



**Geschäftsbericht
2011**

Credit Suisse Group AG



Geschäftsbericht

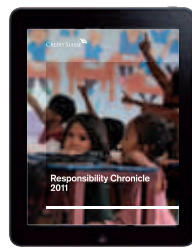
Der Geschäftsbericht enthält eine detaillierte Darstellung der Jahresrechnung der Credit Suisse, der Unternehmensstruktur, der Corporate Governance und Vergütung und des Treasury- und Risikomanagements sowie einen ausführlichen Kommentar zu den Betriebs- und Finanzresultaten.

**Zum Titelbild: Das Bild zeigt Mitarbeitende des Swiss Regulatory Liquidity Team der Division Chief Financial Officer an ihrem Arbeitsplatz in Zürich.
Rückseite: Stadtansicht von Zürich.**



Unternehmensprofil

Das Unternehmensprofil gibt einen umfassenden Einblick in die Aktivitäten aller Divisionen, Regionen und Funktionen der Bank. Es ist dieses Jahr erstmals als iPad-Version verfügbar, mit zusätzlichem Fotomaterial und Videos über unsere Mitarbeitenden. Diese Publikation enthält auch die Broschüre «Geschäftsbericht», die das Finanzergebnis des Berichtsjahres zusammenfasst.



Bericht Unternehmerische Verantwortung und Online-Chronicle

Der Bericht Unternehmerische Verantwortung zeigt detailliert, wie die Credit Suisse im Bankgeschäft ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft wahrnimmt. Seit 2011 ist er erstmals auch als iPad-Version erhältlich. Die Publikation wird durch den Responsibility Chronicle multimedial ergänzt, der Berichte, Videos und Bildergalerien zu unseren internationalen Projekten und Initiativen beinhaltet.

www.credit-suisse.com/chronicle/de/

Inhalt

I	7 Informationen zum Unternehmen
II	41 Kommentar zu den Resultaten
III	97 Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz
IV	157 Corporate Governance und Vergütung
V	229 Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group
VI	391 Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group
	Anhang
	A-2 Ausgewählte Informationen
	A-4 Risikofaktoren
	A-14 Abkürzungsverzeichnis
	A-16 Glossar
	A-20 Informationen für Investoren
	A-22 Finanzinformationen: Termine und Quellen

Im Rahmen dieses Geschäftsberichts beziehen sich, soweit es der Kontext nicht anders erfordert, die Bezeichnungen «Credit Suisse Group», «Credit Suisse», «die Gruppe», «wir», «uns» und «unser(e)» auf die Credit Suisse Group AG und deren konsolidierte Tochtergesellschaften. Das Geschäft der Credit Suisse AG, der Schweizer Tochtergesellschaft der Gruppe, ist weitgehend deckungsgleich mit jenem der Gruppe, und wir verwenden diese Bezeichnungen für beide, wenn der thematische Bezug derselbe oder nahezu derselbe ist. Die Bezeichnung «die Bank» bezieht sich auf Credit Suisse AG, die Schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, sowie deren konsolidierte Tochtergesellschaften.

Abkürzungen und speziell gekennzeichnete Begriffe werden im Abkürzungsverzeichnis und im Glossar am Ende dieses Berichts erklärt.

Die englische Version dieses Geschäftsberichts ist die rechtsgültige Version.

In den Tabellen steht «→» für «nicht aussagekräftig» oder «nicht anwendbar».

Finanzkennzahlen

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Reingewinn (in Mio. CHF)					
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724	(62)	(24)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 953	5 117	6 555	(62)	(22)
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.37	3.91	5.28	(65)	(26)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.36	3.89	5.14	(65)	(24)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	6.0	14.4	18.3	-	-
Kernergebnis (in Mio. CHF) ¹					
Nettoertrag	25 429	30 625	33 617	(17)	(9)
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	-	-
Total Geschäftsaufwand	22 493	23 904	24 528	(6)	(3)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 749	6 800	8 583	(60)	(21)
Kernergebnis: Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %) ¹					
Aufwand-Ertrags-Verhältnis	88.5	78.1	73.0	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	10.8	22.2	25.5	-	-
Effektiver Steuersatz	24.4	22.8	21.4	-	-
Reingewinnmarge ²	7.7	16.6	20.0	-	-
Verwaltete Vermögen und Netto-Neugelder (in Mia. CHF)					
Verwaltete Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 229.5	1 253.0	1 229.0	(1.9)	2.0
Netto-Neugelder	40.9	69.0	44.2	(40.7)	56.1
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005	1 031 427	2	0
Ausleihungen, netto	233 413	218 842	237 180	7	(8)
Total Eigenkapital der Aktionäre	33 674	33 282	37 517	1	(11)
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ³	24 795	24 385	27 922	2	(13)
Buchwert pro ausstehende Aktie (in CHF)					
Total Buchwert pro Aktie	27.59	28.35	32.09	(3)	(12)
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausgegebene Stammaktien	1 224.3	1 186.1	1 185.4	3	0
Eigene Aktien	(4.0)	(12.2)	(16.2)	(67)	(25)
Ausstehende Aktien	1 220.3	1 173.9	1 169.2	4	0
Börsenkaptalisierung					
Börsenkaptalisierung (in Mio. CHF)	27 021	44 683	60 691	(40)	(26)
Börsenkaptalisierung (in Mio. USD)	28 747	47 933	58 273	(40)	(18)
BIZ-Daten (Basel II.5) ⁴					
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)	241 753	247 702	-	(2)	-
Kernkapitalquote (Tier 1) (in %)	15.2	14.2	-	-	-
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) (in %)	10.7	9.7	-	-	-
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.75 ⁵	1.30 ⁶	2.00	-	-
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	49 700	50 100	47 600	(1)	5

¹ Siehe «Berichterstattungsstruktur der Credit Suisse» und «Kernergebnis» in II – Kommentar zu den Resultaten für weitere Informationen zum Kernergebnis. ² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen. ³ Das materielle Eigenkapital der Aktionäre, eine unter GAAP nicht definierte Finanzgrösse, wird durch Abzug des Goodwill und der sonstigen immateriellen Werte vom Total Eigenkapital der Aktionäre berechnet. ⁴ Seit 31. Dezember 2011 unter Basel II.5. Zuvor unter Basel II ausgewiesen. Siehe «Treasury Management» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen. ⁵ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 27. April 2012; aus Reserven aus Kapitaleinlagen zu bezahlen. ⁶ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

Geschäftsbericht 2011



Brady W. Dougan, Chief Executive Officer (links), Urs Rohner, Präsident des Verwaltungsrats.

Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten und des Chief Executive Officer

Sehr geehrte Aktionäre, Kunden und Mitarbeitende

2011 war ein weiteres schwieriges Jahr für die Weltwirtschaft, die Finanz- und die Arbeitsmärkte. Die Finanzbranche sah sich zudem mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Das aufsichtsrechtliche Umfeld hat sich stark verändert, was sich auf sämtliche Aspekte unserer Tätigkeit auswirkt. In der Folge der Marktturbulenzen von 2008 sieht sich die Branche heute mit einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen konfrontiert. Die öffentliche Diskussion über die Banken war geprägt vom mangelnden Vertrauen gegenüber unserer Branche und der weiterhin kontrovers geführten Debatte zu Vergütungspraktiken. Für unsere Kunden, Aktionäre und Mitarbeitenden sowie für die breite Öffentlichkeit war es, angesichts der hohen Kadenz an einschneidenden Ereignissen und in Anbetracht unterschiedlichster Meinungen, häufig schwierig, die Auswirkung dieser Herausforderungen auf unser Geschäft und auf die Branche insgesamt einzuschätzen.

Unsere Leistungen im Überblick

Vor diesem Hintergrund erzielte die Credit Suisse im Jahr 2011 einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 2,0 Mia. und einen bereinigten* Reingewinn von CHF 2,4 Mia. Wir verzeichneten eine Eigenkapitalrendite von 6,0% und eine bereinigte* Eigenkapitalrendite von 7,3%. Zudem verzeichneten wir einen hohen Netto-Neugeldzufluss von CHF 41 Mia. Der Verwaltungsrat wird der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 2011 eine Ausschüttung in Höhe von CHF 0.75 pro Aktie beantragen. Die Aktionäre können die Ausschüttung in Form von Aktien der Credit Suisse Group oder in bar beziehen.

Ebenso wichtig wie unser Finanzergebnis ist in unserem Rückblick die Tatsache, dass wir 2011 entschlossen gehandelt haben. Wir haben dies in der Absicht getan, die Credit Suisse an das veränderte Umfeld und an die strengeren Anforderungen anzupassen, insbesondere aber auch um die Bank auf die neuen Chancen auszurichten. Das ist entscheidend, denn wir wollen langfristig für unsere Kunden die besten Leis-

tungen bringen, für die Aktionäre Wert schaffen, und für unsere Mitarbeitenden ein attraktiver Arbeitgeber sein.

Unsere Ziele

Verwaltungsrat und Geschäftsleitung von weltweit tätigen Grossbanken sehen sich heute mit den Auswirkungen einer sich schnell verändernden Branche konfrontiert. Diese Veränderungen sind auch Gegenstand des öffentlichen Interesses. Wir und alle unsere Mitarbeitenden stellen uns dieser Herausforderung in der täglichen Arbeit. Dabei haben wir für die künftige Entwicklung unserer Bank klare Ziele vor Augen:

- wir wollen unseren Kunden die bestmöglichen Dienstleistungen bieten, damit sie ihre finanziellen Ziele erreichen;
- wir wollen für unsere Aktionäre – und dazu zählen auch viele unserer Mitarbeitenden – nachhaltig Wert schaffen;
- die Credit Suisse soll ein Unternehmen sein, für das unsere Mitarbeitenden mit Stolz und Freude arbeiten;
- wir wollen als Unternehmen unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen und ein aktives Mitglied jener Gemeinschaften sein, in denen wir tätig sind.

Diesen Zielen gerecht zu werden gelingt uns leider nicht bei jeder Entscheidung, die wir treffen, und nicht mit jeder Massnahme, die wir ergreifen. Es ist aber unser Bestreben, diese hochgesteckten Ziele zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass wir auf diese Weise Werte schaffen können für unsere Kunden, unsere Aktionäre, unsere Mitarbeitenden und die Gesellschaft insgesamt. Das Vertrauen all unserer Anspruchsgruppen in die Credit Suisse ist für uns ein wesentlicher Teil unseres Erfolgs als Bank. Uns in Richtung dieser Ziele zu entwickeln, war in den letzten fünf Jahren kein leichtes Unterfangen. Wir meinen in dieser Periode vieles richtig gemacht zu haben, doch sicherlich nicht alles. Die einzige Möglichkeit, unsere Leistung weiter zu verbessern, ist, die Entscheidungen, die wir getroffen haben, kritisch zu hinterfragen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Dies macht ein gutes,

erfolgreiches und verantwortungsbewusstes Unternehmen aus. Wir sind auch überzeugt, dass es ein Vorteil für uns war, uns frühzeitig, vor Beginn der Finanzkrise, klare Ziele gesetzt zu haben und an ihnen über den gesamten Zeitraum festzuhalten.

Die Ereignisse während und nach der Finanzkrise 2008 machten den Reformbedarf im Finanzsystem offensichtlich. Konkrete, mutige Schritte zur Stabilisierung und zur Stärkung seiner Widerstandskraft waren nötig, um die Gefahr einer ähnlichen Entwicklung künftig zu minimieren. Dazu gehörten unter anderem die Forderung nach mehr Eigenkapital und stabilerer Finanzierung für Banken, aber auch die Anpassung der Geschäftsmodelle und der Ausstieg aus bestimmten Geschäftsfeldern. Es war uns von Anfang an bewusst, dass die Veränderungen unausweichlich sind und weitreichende Konsequenzen haben würden. Uns war klar, dass die Märkte und unser Geschäft höherer Volatilität und stärkerer Veränderung ausgesetzt sein würden als in der Vergangenheit. Auch richteten wir uns auf veränderte Verhaltensweisen, Anforderungen und Erwartungen unserer Kunden aus. Schliesslich ist auch deutlich geworden, dass Unternehmen noch stärker als früher sicherstellen müssen, dass sie sämtliche Vorschriften und Regelungen weltweit in allen Märkten, in denen sie tätig sind, einhalten.

All diese notwendigen Veränderungen bedeuteten auch für die Credit Suisse eine grosse Herausforderung. Doch wir waren überzeugt, dass sie uns eine Chance bieten, wenn wir sie unvoreingenommen angehen und uns frühzeitig auf sie einstellen. Dabei bietet unser Geschäftsportfolio eine gute Ausgangslage, um mit einer entschlossenen Neuausrichtung gestärkt aus dieser für die Branche kritischen Periode hervorgehen zu können.

Was wir bisher erreicht haben

Wir haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich an der Verwirklichung unserer Ziele gearbeitet und im Hinblick auf unser Geschäft entschiedene Massnahmen ergriffen.

Wir verfügen heute mit über 20% über eine der höchsten Eigenmittelquote branchenweit, und mit einer Net stable funding ratio – der Kennzahl für die Qualität der Refinanzierung – von 98% per Ende 2011 über ein äusserst robustes Refinanzierungsprofil. Auch die Aktivseite unserer Bilanz verfügt über eine hohe Qualität. Sie weist beispielsweise nur ein geringes Risiko gegenüber den peripheren EU-Staaten auf. All dies wurde auch von den Rating-Agenturen anerkannt, die uns eine der besten Bewertungen unter den vergleichbaren globalen Banken erteilen.

Wir haben unser Geschäft neu ausgerichtet, indem wir uns konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kunden konzentrieren und aus dem Eigenhandel, aus Geschäften mit langfristigen Derivaten sowie weiteren Geschäften, die unter Basel III nicht

mehr kapitaleffizient betrieben werden können, ausstiegen. Wir unternehmen alles, um sicherzustellen, dass wir in sämtlichen Geschäftsbereichen und in allen Ländern, in denen wir tätig sind, die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen einhalten. Im grenzüberschreitenden Private-Banking-Geschäft verfügen wir über ein Geschäftsmodell, das sich auf korrekt versteuerte Kundengelder ausrichtet. Wir sind bemüht, unserer Geschäft umsichtig zu betreiben, indem wir beispielsweise Markt-, Kredit- und operationelle Risiken niedrig halten. Zudem haben wir das Reputationsrisiko verringert, das durch bestimmte Geschäftstätigkeiten entsteht, die – obwohl rechtlich zulässig – nicht den Vorstellungen und Standards von für uns wichtigen Anspruchsgruppen entsprechen.

Wir haben konstruktiv mit den Aufsichtsbehörden weltweit zusammengearbeitet, um gemeinsam wirksame, umsetzbare Lösungen zu finden. Wir waren unter den Ersten, welche neue Kapitalinstrumente wie bedingtes Wandlungskapital (Contingent Convertible Bonds – Cocos) sowie Bail-in befürwortet haben. Mit der Begebung von drei sehr erfolgreichen Buffer-Capital-Note-Anleihen haben wir zudem am Markt eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir sind der Ansicht, dass dies der richtige Weg ist, um wirkliche Verbesserungen im regulatorischen Umfeld zu erzielen und dabei gleichzeitig sicherzustellen, dass wir als Bank ein verlässlicher Partner für unsere Kunden sind und den Kapitalgebern angemessene Renditen bieten können. Mit diesem konstruktiven Ansatz haben wir uns früh von vielen in der Branche unterschieden, die sich den regulatorischen Neuerungen zu widersetzen versuchten.

Die Vielzahl unterschiedlichster Entwicklungen und Ereignisse macht es für manche Beobachter schwierig, unsere Haltung und unser entschlossenes Handeln zu verstehen und deren Nutzen zu erkennen. Wir sind der Überzeugung, dass wir uns an den Diskussionen beteiligen und die Debatten führen müssen. In vielen Belangen haben wir vor allen anderen Mitbewerbern in der Branche Massnahmen ergriffen – in der Überzeugung, dass Veränderungen notwendig sind und sich nicht aufhalten lassen. Wir haben unser Geschäftsmodell angepasst und dabei auf die bewährten Pfeiler gebaut: Auf das breit aufgestellte Geschäftsportfolio in den Bereichen Private Banking, Investment Banking und Asset Management, auf unsere starke Präsenz in den wichtigen Märkten weltweit, und insbesondere auf unseren sehr starken Schweizer Heimatmarkt. So profitiert die Credit Suisse davon, dass wir die Schritte zur Anpassung an das veränderte Umfeld schon weit vor den Mitbewerbern unternommen haben. Dieser Ansatz birgt zwar auch Risiken, doch wir sind der Ansicht, dass er uns erlaubt, auch weiterhin unsere Kunden konsequent zu unterstützen, für unsere Aktionäre attraktive Renditen zu erzielen und unseren Mitarbeitenden ein gutes Arbeitsumfeld und interessante Karrieremöglichkeiten zu bieten.

Das Geschäftsjahr 2011

Das Jahr 2011 war beispielhaft geprägt vom Zusammenspiel verschiedener schwieriger Entwicklungen. Die Bedingungen waren anspruchsvoll, insbesondere im Hinblick auf die Konsequenzen der Verwerfungen in der Eurozone, die die Märkte fast das ganze Jahr über dominierten. Unsere Geschäftstätigkeit mit bedeutenden Aktivitäten in ganz Europa war davon auch betroffen. Die Massnahmen zur raschen Anpassung unseres Geschäftsmodells waren mit Kosten verbunden und haben sich ebenfalls nachteilig auf unsere Ergebnisse ausgewirkt, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte.

Während des gesamten Jahres kamen uns die starke Kapitalbasis und die hohe Liquiditätsposition sehr zugute. Aufgrund unserer Finanzkraft konnten wir im zweiten Halbjahr zielgerichtet Massnahmen ergreifen, um unser integriertes Geschäftsmodell und die Organisation schnell auf das veränderte Umfeld auszurichten.

Teil der Effizienzmassnahmen, die wir angekündigt haben, war auch eine Stellenreduktion um 7%. Die Entscheidung, auf allen Ebenen des Unternehmens Stellen abzubauen, haben wir nicht leichtfertig getroffen. Und wir haben diesen Prozess so fair und verantwortungsvoll wie möglich umgesetzt.

Die Massnahmen zur raschen Anpassung unseres Geschäftsmodells belasteten unser Ergebnis im Berichtsjahr mit rund CHF 1,8 Mia. Wir sind jedoch überzeugt, dass wir dank dieser Massnahmen stabile, hochwertige Gewinne erzielen können und damit auf lange Sicht zum Wohl unserer Aktionäre, Kunden und anderer Anspruchsgruppen handeln.

Private Banking

Im Private Banking sind die Bruttomargen 2011 aufgrund der weiterhin schwachen Kundenaktivität und des anhaltenden Niedrigzinsumfelds zusehends unter Druck geraten. Trotz der schwierigen Bedingungen erzielte das Private Banking 2011 einen hohen Netto-Neugeldzufluss von CHF 44,5 Mia. Ein bedeutender Anteil der Neugelder stammt aus den Emerging Markets, aus dem Segment der äusserst vermögenden Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI) und aus dem Geschäft mit institutionellen und Firmenkunden in der Schweiz (Corporate & Institutional Clients). Für 2011 verzeichnete das Private Banking einen Gewinn vor Steuern von CHF 2 348 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 10 877 Mio. Während das eigentliche Geschäft weiterhin erfolgreich war, reduzierte der negative Effekt des starken Schweizer Frankens den Vorsteuergewinn um CHF 550 Mio. und den Nettoertrag um CHF 844 Mio. Der Bereich Wealth Management Clients verzeichnete 2011 einen Gewinn vor Steuern von CHF 1 468 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 9 030 Mio. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erreichte 2011 einen Gewinn vor Steuern von CHF 880 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 1 847 Mio.

Als Reaktion auf die anspruchsvollen Marktbedingungen und die laufenden regulatorischen Entwicklungen haben wir in der zweiten Jahreshälfte verschiedene Massnahmen zur Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells lanciert. Diese Massnahmen dienen der Optimierung des Private-Banking-Geschäftsportfolios und der Profitabilitätssteigerung. Mit dieser Initiative soll der Vorsteuergewinn des Private Banking bis 2014 um CHF 800 Mio. erhöht werden. Wir investieren weiterhin in stärker wachsende und grosse Märkte und haben gleichzeitig begonnen, die Produktivität und Effizienz unserer Onshore-Aktivitäten gezielt zu steigern. Das Segment der äusserst vermögenden Kunden bleibt für die Credit Suisse, gerade auch aufgrund unseres integrierten Geschäftsmodells, ein wichtiger Wachstumsbereich, für den wir im Lauf des Jahres auch weitere Kundenberater eingestellt haben. Wir sind überzeugt, dass die im Private Banking ergriffenen Massnahmen uns in einem veränderten Umfeld für die Zukunft eine sehr gute Ausgangslage bieten.

Wie im Verlauf von 2011 bekannt gegeben, führen die US-Behörden weiterhin Untersuchungen zu früher getätigten grenzüberschreitenden Geschäften von Schweizer Banken durch. Die Credit Suisse arbeitet weiterhin mit den staatlichen Behörden in den USA und in der Schweiz an einer Lösung in dieser Angelegenheit. Bei den laufenden zwischenstaatlichen Gesprächen unterstützen wir die Bestrebungen der USA und der Schweiz, eine Lösung zu finden, die für beide Staaten annehmbar ist.

Investment Banking

Das Investment Banking verzeichnete für das Gesamtjahr 2011 einen Gewinn vor Steuern von CHF 79 Millionen und einen Nettoertrag von CHF 11 496 Mio. Das Ergebnis widerspiegelt sowohl die kontinuierliche Verschlechterung der Marktbedingungen während des Jahres, als auch die Massnahmen, die wir im Investment Banking zur Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells ergriffen haben.

Mitte 2011 haben wir mit einem aggressiven Abbau der risikogewichteten Aktiven begonnen, den wir im vierten Quartal beschleunigt umgesetzt haben. Wir werden die risikogewichteten Aktiven nach Basel III bereits bis zum Ende des ersten Quartals 2012, statt wie ursprünglich angekündigt bis zum Ende des Jahres, um CHF 80 Mia. reduziert haben. Zudem steigen wir konsequent aus Geschäftsbereichen aus, die unter den neuen regulatorischen Gegebenheiten nicht mehr genügend attraktive Ertragsmöglichkeiten bieten oder die damit verbundenen Kapitalkosten nicht decken. Gleichzeitig investieren wir weiterhin in Wachstumsbereiche und richten das Investment Banking stärker darauf aus, Wettbewerbsvorteile sowie Synergien mit dem Private Banking und dem Asset Management zu nutzen.

Wir sind überzeugt, dass das Investment Banking auf diese Weise unter den Bedingungen von Basel III solide Ergebnisse erzielen wird, selbst wenn die gegenüber den Investment-Banking-Geschäften durchgeführte Kapitalbewertung einen entscheidenden Einfluss hat. Mit den frühzeitig unternommenen Massnahmen besteht kein Anlass zu übereilter Liquidation von Aktiven. Stattdessen können wir uns weiterhin auf unsere Kunden konzentrieren und Kapital bei Bedarf zur Verfügung stellen.

Asset Management

Im Asset Management belief sich der Gewinn vor Steuern für 2011 auf CHF 553 Mio. und der Nettoertrag auf CHF 2 146 Mio. Unsere fortgesetzte Konzentration auf Steigerung der gebührenabhängigen Erträge und auf den Ausbau der Bereiche Multi-Asset Class Solutions, alternative Anlagen und des Schweizer Geschäfts erweist sich als erfolgreich. 2011 verzeichneten wir höhere gebührenabhängige Erträge und niedrigere Betriebskosten. Dadurch konnten wir das Ergebnis vor Steuern gegenüber 2010 um 10% steigern.

Stärkung des Finanzsystems

Regierungen und Aufsichtsbehörden weltweit beschäftigen sich bis heute mit der Frage, wie das Finanzsystem robuster gemacht werden kann. Wir wollen einen konstruktiven Beitrag zu diesen Bemühungen leisten. Die Debatten um die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen und um neue Kapitalinstrumente, um strengere Anforderungen an die Refinanzierung und an die Liquidität von Banken werden intensiv geführt. Auch gibt es Kontroversen um neue Steuern – beispielsweise die Besteuerung von Bilanzgrössen und von Finanztransaktionen – und deren mögliche Auswirkungen auf das Finanzsystem. Und es gibt weitreichende Projekte für strukturelle Änderungen des Finanzsystems, beispielsweise durch den Dodd-Frank Act in den USA. Die Aufsichtsbehörden und die Politik in der Schweiz sind voran gegangen und haben höhere Eigenkapitalanforderungen, die Emission neuer Eigenkapitalinstrumente sowie ein strengeres Liquiditätsregime durchgesetzt, um die Systemstabilität zu verbessern. Die Credit Suisse beteiligte sich in der Schweiz an der Expertenkommission, die zuhanden der Politik wichtige Empfehlungen erarbeitete, und sie hat die von der Regierung und vom Gesetzgeber verlangten Änderungen unterstützt. Wir haben bei der Strukturierung von Buffer Capital Notes eine Vorreiterrolle gespielt, indem wir bereits rund CHF 8,4 Mia. an Cocos-Instrumenten mit hohem Trigger ausgegeben und dadurch

bewiesen haben, dass das Konzept bei Investoren auf grosses Interesse stösst. Wir sind schon früh davon ausgegangen, dass die Kapitalanforderungen sich schliesslich weltweit in allen Ländern auf vergleichbaren Niveaus bewegen würden. Heute können wir feststellen, dass die in Grossbritannien empfohlenen Kapitalanforderungen den Schweizer Anforderungen nahe kommen. Und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich fordert für Grossbanken weltweit eine Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) von 8,0% bis 9,5% – was von den in der Schweiz erforderlichen 10% nicht wesentlich abweicht. Wir haben uns früh für den Einsatz von bedingtem Wandlungskapital und für Bail-in-Konzepte stark gemacht und werden zur regulatorischen Diskussion weiterhin konstruktiv beitragen.

Für die Zukunft gut aufgestellt

Wir möchten ein Unternehmen sein, das für seine Kunden die beste Leistung erbringt, für die Aktionäre langfristig Wert schafft, und seinen Mitarbeitenden ein attraktiver Arbeitgeber ist. Und wir wollen unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Wir werden auch künftig jeden Tag daran arbeiten, um diese Ziele zu erreichen.

Wir haben heute eine klare Vorstellung über die künftige Entwicklung der Märkte und unserer Branche. Wir sind überzeugt, dass die entschlossene Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells der erfolgversprechendste Weg ist, um unsere Ziele zu erreichen. Dies verstehen wir als Teil unserer Verantwortung als Unternehmen und als verlässlicher Partner für unsere Kunden, Aktionäre und Mitarbeitenden.

Wir danken unseren Aktionären und Kunden für ihr Vertrauen in die Credit Suisse. Unseren Mitarbeitenden weltweit danken wir für ihr Engagement und ihren Beitrag zu unserem Geschäftserfolg.

Freundliche Grüsse

Urs Rohner
Präsident des
Verwaltungsrats

Brady W. Dougan
Chief Executive Officer

März 2012

* Die bereinigten Ergebnisse sind Nicht-GAAP-Finanzkennzahlen. Die bereinigte Eigenkapitalquote und der bereinigte Reingewinn für 2011 berücksichtigen nicht den Fair-Value-Gewinn auf eigenen Verbindlichkeiten und Stand-alone-Derivaten von CHF 919 Mio. (CHF 616 Mio. nach Steuern), Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 478 Mio. (CHF 428 Mio. nach Steuern) in Zusammenhang mit den Steuerangelegenheiten in den USA und Deutschland sowie Kosten in Zusammenhang mit den Massnahmen zur Effizienzsteigerung von CHF 847 Mio. (CHF 641 Mio. nach Steuern).



Informationen zum Unternehmen

- 8 Eine integrierte globale Bank
- 10 Strategie
- 14 Unsere Geschäftsbereiche
- 27 Organisation und Regionen
- 29 Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden

Eine integrierte globale Bank

Dass wir unseren Kunden weltweit massgeschneiderte Lösungen anbieten können, ist im heutigen sich rasch wandelnden und wettbewerbsbetonten Markt ein entscheidender Vorteil.

Als integrierte Bank kombinieren wir unsere Stärken und Fachkompetenzen in unseren drei globalen Divisionen Private Banking, Investment Banking und Asset Management, um für unsere Kunden massgeschneiderte Produkte und Beratungsdienstleistungen bereitzustellen. Unterstützt werden die Divisionen von unseren Shared Services. Sie bieten zentrale Dienstleistungen und Geschäftslösungen und gewährleisten eine solide Compliance-Kultur.

Unsere globale Struktur umfasst vier Regionen: Schweiz, Europa, Naher Osten und Afrika, Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik. Dank unserer lokalen Präsenz und unserem globalen Ansatz sind wir gut positioniert, um auf veränderte Kundenbedürfnisse und unsere operativen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Divisionen

Private Banking

Im Private Banking bieten wir Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Das Private Banking umfasst die beiden Bereiche Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients. Wealth Management Clients betreut über zwei Millionen Kunden, einschliesslich äusserst vermögender und sehr vermögender Privatpersonen auf der ganzen Welt sowie Privatkunden in der Schweiz. Wir zählen dadurch zu den grössten Global Players. Unser Netzwerk umfasst 360 Standorte in 46 Ländern. Corporate & Institutional Clients kümmert sich vornehmlich in der Schweiz um die Bedürfnisse von über 100 000 Unternehmen und institutionellen Kunden und ist ein wichtiger Finanzprodukt- und Dienstleistungsanbieter.

Investment Banking

Das Investment Banking bietet eine breite Palette von Finanzprodukten und -dienstleistungen an. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kerngeschäft mit Kunden und kapitaleffizienten Aktivitäten. Unsere Produkte und Dienstleistungen umfassen den weltweiten Verkauf von, Handel und Transaktionen mit Wertpapieren, Prime Brokerage, Kapitalbeschaffung, Unternehmensberatung und umfassende Investmentanalysen. Zu unseren Kunden zählen Unternehmen, staatliche Körperschaften, Vorsorgeeinrichtungen und institutionelle Anleger auf der ganzen Welt. Wir erbringen unsere globalen Dienstleistungen im Investment Banking durch regionale und lokale Teams in allen wichtigen Finanzzentren der Industrie- und Schwellenländer. Dank unserem integrierten Geschäftsmodell verstehen wir unsere Kunden besser und können ihnen kreative, werthaltige und individuelle Lösungen anbieten, die auf dem Fachwissen der gesamten Credit Suisse basieren.

Asset Management

Das Asset Management bietet Produkte für eine breite Palette von Anlagekategorien an. Dazu gehören alternative Anlagen wie Hedgefonds, Private Equity, Immobilien und Kredite sowie Multi-Asset Class Solutions, die Aktien- und festverzinsliche Produkte einschliessen. Die Division verwaltet Portfolios, Anlagefonds und andere Anlagevehikel für staatliche Körperschaften, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden weltweit. Wir haben Büros in 19 Ländern und arbeiten mit unseren Kunden zusammen, um innovative Anlageprodukte und -lösungen zu entwickeln und bereitzustellen, die ihre spezifischen Bedürfnisse erfüllen. Das Asset Management funktioniert als integriertes globales Netzwerk in enger Zusammenarbeit mit dem Private Banking und dem Investment Banking.

Shared Services

Shared Services stellt dem Private Banking, Investment Banking und Asset Management zentralisierte Dienstleistungen und Unterstützung in folgenden Bereichen zur Verfügung: Finance, Legal & Compliance, Risk Management, Information Technology, Talent, Corporate Communications, Corporate Branding, Corporate Development und Public Policy. Shared Services agiert als unabhängige Kontrollfunktion und erbringt Dienstleistungen und Unterstützung aus ein paar regionalen Zentren heraus.

Regionen

Schweiz

In unserem Heimmarkt sind wir eine der führenden Banken für Privatkunden, Unternehmen und institutionelle Kunden. Rund 2 000 Kundenberater in mehr als 200 Niederlassungen bieten unseren Kunden eine umfassende Palette an Private-Banking-Dienstleistungen an. Das Investment Banking stellt für seine Schweizer Kunden vielfältige Finanzdienstleistungen bereit, während das Asset Management traditionelle und alternative Anlageprodukte und Multi-Asset Class Solutions zur Verfügung stellt.

Europa, Naher Osten und Afrika

Die Credit Suisse ist in 31 Ländern der Region Europa, Naher Osten und Afrika mit Niederlassungen in 74 Städten tätig. Unser Hauptsitz in der Region liegt in Grossbritannien, wir unterhalten jedoch Onshore-Präsenzen in allen führenden Ländern dieser Region. Sie umfasst sowohl entwickelte Märkte wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien als auch rasch wachsende Märkte wie Russland, Polen, Türkei, Südafrika und Naher Osten.

Nord- und Südamerika

Die Region Nord- und Südamerika besteht aus den USA, Kanada, der Karibik und Lateinamerika. Dank unserem integrierten Geschäftsmodell und unseren drei Divisionen bieten wir unseren Kunden in unseren Niederlassungen in 46 Städten und 14 verschiedenen Ländern lokale Marktcompetenz und Zugang zu unserer vollständigen Palette globaler Ressourcen an. Im Jahr 2011 verstärkten wir unsere Investment-Banking-Plattform in Kanada weiter, behielten oder vergrösserten unseren Marktanteil in den meisten Produktbereichen in den USA und bauten unsere Private-Banking- und Asset-Management-Angebote in der ganzen Region aus.

Asien-Pazifik

In der Region Asien-Pazifik sind wir mit 18 Niederlassungen in 12 Märkten präsent. Unsere integrierte Bank hat in den grössten Märkten der Region wie Australien, China, Hongkong, Korea und Japan eine starke Präsenz, die durch eine langjährige Führungsposition in Südostasien und rasche Marktanteilgewinne in Indien ergänzt wird. In diesen Märkten streben wir den Aufbau einer branchenweit führenden Stellung im Kundengeschäft an, indem wir Firmen, institutionellen Kunden und vermögenden Privatkunden die Vorteile der integrierten Bank anbieten.

Strategie

Branchentrends und Wettbewerb

Die Finanzdienstleistungsbranche war im Jahr 2011 einem volatilen Marktumfeld ausgesetzt. Hinzu kam die anhaltende Ungewissheit in Bezug auf aufsichtsrechtliche Entwicklungen und Vorschläge. Im Vordergrund standen dabei Vorgaben für die Kapitalausstattung, Verschuldungsgrad und Liquidität, die Vergütungspraktiken und systemische Risiken.

- ▶ Siehe «Treasury Management» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.
- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für weitere Informationen zu regulatorischen Entwicklungen und Vorschlägen.

Wir hoffen, dass diese regulatorischen Änderungen von den nationalen Aufsichtsbehörden möglichst ohne Wettbewerbsverzerrungen umgesetzt werden und langfristig zu einem stabileren und nachhaltigeren globalen Bankensystem beitragen.

Viele Finanzinstitute haben die grössten Verwerfungen der Finanzkrise gemeistert und sind zum Wachstum zurückgekehrt. Deshalb war das Jahr 2011 von einem zunehmenden Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Wegen der anhaltenden Unsicherheiten in Bezug auf die Staatsverschuldungen und einer nur langsamen Erholung vieler entwickelter Volkswirtschaften in Nordamerika und in Europa erwarten wir, dass die grössten Wachstumsimpulse für die Bankenindustrie von den Märkten in Asien und Lateinamerika ausgehen. Als Reaktion auf aufsichtsrechtliche Tendenzen werden Banken ihre Tätigkeit weg vom Eigenhandel und hin zu kundenorientierten Geschäftsmodellen verlagern, was den Wettbewerb um Kundenaufträge verschärfen wird. Dabei werden gut kapitalisierte Banken mit ausgeprägtem Kundenfokus über einen Wettbewerbsvorteil verfügen.

Prioritäten der Gruppe

Wir sind überzeugt, dass unsere starke Kapitalbasis und die Fähigkeit, unseren Kunden weltweit erstklassige integrierte Dienstleistungen zu bieten, einen starken Wertbeitrag darstellen.

Entwicklung unserer Strategie

Die zunehmenden regulatorischen Vorgaben und Kapitalanforderungen sowie die nach wie vor anspruchsvolle Markt- und Wirtschaftslage haben uns im November 2011 dazu bewogen, unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie weiterzuentwickeln und unsere Kostenstruktur anzupassen, um langfristig attraktive Renditen für unsere Aktionäre zu generieren.

Im Private Banking halten wir an einer langfristigen internationalen Wachstumsstrategie fest und konzentrieren uns auf die rasch wachsenden, grossen Onshore-Märkte und das Segment der äusserst vermögenden Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI) als zentrale Wachstumsbereiche und den Ausbau unserer starken Position im Markt Schweiz bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung. Im Zug der Rationalisierung unseres Betriebsmodells für die westeuropäischen Märkte werden wir kleinere Märkte gemäss den Marktopportunitäten bedienen. Mit der Kombination dieser Massnahmen streben wir bei einer unveränderten Marktlage einen zusätzlichen Vorsteuergewinn von CHF 800 Mio. bis 2014 an. Im November 2011 leiteten wir die Integration von Clariden Leu in die Credit Suisse Group ein. Dieser Prozess dürfte Ende des laufenden Jahres abgeschlossen sein.

Im Investment Banking setzen wir Kapital gezielt für Investitionen und den Ausbau des Geschäfts ein und sind dabei, die risikogewichteten Aktiven sowie unsere Kostenbasis signifikant zu reduzieren. Unsere Investitionen und Ausbaumassnahmen konzentrieren sich auf Geschäftsbereiche, in denen wir einen Wettbewerbsvorteil haben und Synergien mit dem Private Banking und dem Asset Management ausweisen. Hierzu zählen unter anderem das Devisengeschäft, der elektronische Handel, Emerging Markets, Prime Services und Equity Capital Markets. Im Fixed-Income-Geschäft kündigten wir damals an, die risikogewichteten Aktiven unter Basel III bis Ende 2014 um 50% zu reduzieren, wodurch der Anteil des Bereichs Fixed Income an den risikogewichteten Aktiven der Gruppe von rund 55% auf 39% sinken wird.

Da das Basel-III-Regelwerk des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) nicht vor dem 1. Januar 2013 umgesetzt wird, haben wir unsere risikogewichteten Aktiven unter Basel III für die Zwecke dieses Berichts gemäss den derzeit vorgeschlagenen Anforderungen und unserer derzeitigen Auslegung dieser Anforderungen, einschliesslich der massgeblichen Annahmen, errechnet. Im Falle von Änderungen bei der tatsächlichen Umsetzung von Basel III würden sich Zahlen ergeben, die von den in diesem Bericht dargestellten Werten abweichen.

Seit November 2011 haben wir unsere Pläne zum Abbau der risikogewichteten Aktiven im Investment Banking beschleunigt. Inzwischen gehen wir davon aus, dass wir die für Ende des Jahres 2012 festgelegte Zielgrösse von USD 229 Mia. an risikogewichteten Aktiven unter Basel III bereits Ende des ersten Quartals 2012 übertreffen. Zudem haben wir neue Zielgrössen für diese risikogewichteten Aktiven unter Basel III festgelegt: Per 2012 und 2014 sollen sie anstatt auf USD 229 Mia. beziehungsweise USD 201 Mia. neu auf je USD 190 Mia. sinken. Wir reduzieren unsere Kostenbasis signifikant, indem wir die Effizienz in der Kundenbetreuung steigern und Redundanzen bei der Abdeckung der einzelnen Länder, Branchen und Produkte eliminieren.

Im Asset Management bauen wir das Angebot an alternativen Produkten in Zusammenarbeit mit dem Private Banking und dem Investment Banking aus, steigern unsere gebührenabhängigen Erträge und arbeiten an weiteren Kostensenkungen durch Optimierung unserer Plattform und Outsourcing.

In allen Geschäftsbereichen weist die Gruppe rasch wachsenden Märkten zusätzliche Ressourcen zu, um den Ertragsbeitrag von derzeit 15% im Jahr 2010 bis auf 25% im Jahr 2014 zu steigern. Diese Massnahmen richten sich vor allem auf Brasilien, Südostasien, Greater China und Russland.

Im zweiten Quartal 2011 haben wir eine Reihe von Initiativen zur Kosteneffizienz eingeführt, von denen wir Kosteneinsparungen von CHF 1,2 Mia. erwarten. Die Reduktion kommt im Jahr 2012 zum Tragen und basiert auf den annualisierten Aufwendungen des ersten Halbjahres 2011 (ohne Berücksichtigung der im ersten Quartal 2012 anfallenden Aufwendungen für die 2011 Partner Asset Facility). Mit zusätzlich implementierten Massnahmen streben wir weitere Kosteneinsparungen in Höhe von CHF 0,8 Mia. bis zum Ende des Jahres 2013 an. Insgesamt belaufen sich diese Einsparungen auf CHF 2,0 Mia., wobei mit einem gruppenweiten Stellenabbau von rund 7% zu rechnen ist. Zudem sollen die Deployment-Möglichkeiten gesteigert werden durch die Rationalisierung unserer Geschäftstätigkeit, ein in höherem Mass integriertes Betriebsmodell, die weitere Zentralisierung unserer Infrastruktur und die Verschlinkung unserer operativen und Support-Funktionen (einschliesslich eines neuen Betriebsmodells im Europa-Geschäft und Effizienzsteigerungen bei der europäischen und Schweizer Plattform). Auch haben wir angekündigt, die Operations-Funktionen des Private Banking und des Investment Banking in einem gemeinsamen Bereich innerhalb von Shared Services zusammenzuführen. Wir haben die Umsetzung der genannten Massnahmen beschleunigt vorangetrieben und in diesem Zusammenhang im Jahr 2011 im Corporate Center Kosten von CHF 847 Mio. erfasst, die zumeist auf Abfindungen und sonstige Kompensationen zurückgehen. Aufgrund der genannten Umsetzungskosten

gehen wir davon aus, dass die Kostensenkungsinitiativen im Verlauf des Jahres 2012 greifen werden. Im Verlauf des Jahres dürften weitere Umsetzungskosten in Höhe von rund CHF 350–400 Mio. anfallen.

- ▶ Siehe «Unsere Geschäftsbereiche» für weitere Informationen zur Anpassung unserer Strategie.
- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen zum Abbau von risikogewichteten Aktiven.

Unser kundenorientiertes und kapitaleffizientes integriertes Geschäftsmodell mit seinem ausgewogenen Portfolio an Aktivitäten hat sich als widerstandsfähig erwiesen, und wir haben in vielen Geschäftsfeldern weitere Marktanteile dazugewonnen. Mit unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie sollten wir von einem verbesserten Marktumfeld profitieren können. Gleichzeitig ist das Verlustpotenzial beschränkt, falls die Finanzmärkte unter Abwärtsdruck geraten. Diese Strategie entspricht unseres Erachtens sowohl den sich wandelnden Kundenbedürfnissen als auch den aufsichtsrechtlichen Entwicklungen. Das künftige aufsichtsrechtliche Umfeld hat sich konkretisiert, und wir sind schon weit fortgeschritten, uns darauf auszurichten.

Wir streben in den kommenden drei bis fünf Jahren eine annualisierte Eigenkapitalrendite (Return on equity, ROE) nach Steuern von 15% oder mehr an. Unsere gegenwärtige Dynamik wollen wir für weitere Marktanteilsgewinne und den Ausbau unserer weltweiten Präsenz nutzen. Dabei gelten folgende Prioritäten:

Kundenfokus

Die Bedürfnisse unserer Kunden stehen für uns an erster Stelle. Wir verstehen uns als beständiger, zuverlässiger, flexibler und langfristiger Partner für Kunden mit komplexen, produktübergreifenden Bedürfnissen wie sie äusserst vermögende Kunden, grosse und mittelgrosse Unternehmen, Unternehmer, institutionelle Kunden und Hedgefonds haben. Wir nehmen ihre Anliegen aktiv auf und entwickeln erstklassige Lösungsansätze, so dass sie optimale, zielgerichtete Entscheide treffen können. Vor dem Hintergrund von wesentlichen Veränderungen innerhalb unserer Industrie sind wir bestrebt sicherzustellen, dass wir konsequent unseren Kunden helfen, dass diese ihre Ziele und Erfolge realisieren können. Die Betreuung unserer wichtigsten Kunden verstärken wir laufend, indem wir sie mit erfahrenen Mitarbeitenden betreuen, die in der Lage sind, unser integriertes Geschäftsmodell umzusetzen. Wir verfügen über eine solide Kapitalausstattung sowie eine bekannte Marke und verzeichnen eine hohe Kundenzufriedenheit. Unsere Fortschritte finden allgemein Anerkennung. Von *Euromoney* wurden wir 2011 in den Awards for

Excellence als «Best Wealth Management House» und zum fünften Mal in Folge als «Best Bank in Switzerland» bezeichnet. *The Banker* wählte uns zur «Bank of the Year» in der Schweiz. Weltweit zählen wir laut *Dealogic* 2011 zu den ersten fünf Finanzinstituten und haben zudem unseren Marktanteil in den globalen Aktienkapitalmärkten ausgeweitet.

Mitarbeitende

Wir wollen hochqualifizierte Mitarbeitende gewinnen, fördern und an uns binden, um unseren Kunden hervorragende, integrierte Lösungen bieten zu können. Alle Bewerber unterziehen wir strengen Auswahlverfahren, die neben fachlichen und intellektuellen Fähigkeiten auch Aspekte berücksichtigen, die wichtig sind für unsere Unternehmenskultur. Das Engagement unserer Mitarbeitenden ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich hoch. Wir begleiten die Entwicklung unserer Talente und identifizieren die optimalen Einsatzmöglichkeiten im Einklang mit ihren eigenen Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Credit Suisse. Wir fördern die Laufbahnentwicklung über Divisionen und Regionen hinweg und unterstützen verstärkt die Rekrutierung innerhalb des Unternehmens und die interne Mobilität. In unserer Unternehmenskultur legen wir Wert auf das Akzeptieren anderer Sichtweisen, auf die Schaffung eines integrativen Umfelds und auf Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Kulturen. Wir haben unser Organisationsverständnis über die traditionelle Vielfältigkeit und Einbeziehung hinaus erweitert, um den Vorteil unserer Unterschiede zur vollständigen Beteiligung der Belegschaft zu nutzen. Mit unserer internen Business School stellen wir sicher, dass unsere leitenden Mitarbeitenden, Fachleute und Kundenberater über das nötige Wissen verfügen. Bei der Vergütung gehen wir umsichtig vor, wobei wir einerseits die individuelle Leistung und jene des Unternehmens berücksichtigen, andererseits aber auch die Interessen der Mitarbeitenden mit jenen der Aktionäre in Einklang zu bringen suchen.

Interne Zusammenarbeit

Wir bedienen unsere Kunden über die Grenzen unserer Organisation und der Divisionen hinweg mit hochstehenden Produkten und Dienstleistungen. Zur Steuerung, Messung und Regelung der divisionsübergreifenden Zusammenarbeit haben wir spezifische Führungsstrukturen geschaffen. Diese Zusammenarbeit soll künftig Erträge von 18% bis 20% des Nettoertrags abwerfen, nachdem sie im Jahr 2011 CHF 4,3 Mia. oder 16,8% des Nettoertrags ausmachte. Seit der Einführung unseres Programms im Jahr 2006 konnten wir zahlreiche Kunden für unsere individuell abgestimmten und integrierten Lösungen gewinnen. Dieser Ansatz unterscheidet die Credit Suisse von vielen Konkurrenten. Diese Form der internen Zusammenarbeit gewinnt laufend an Bedeutung, etwa bei

individuellen Investment-Banking-Lösungen für vermögende Privatkunden und neuen, im Asset Management entwickelten Managed Investment Products für das Private Banking. Unsere divisionsübergreifende Zusammenarbeit profitiert auch vom ebenfalls divisionsübergreifenden Management Development und von der Rekrutierung innerhalb des Unternehmens. Wir erwarten, dass die laufend verstärkte interne Zusammenarbeit sowie Cross-Selling und Empfehlungen durch Kunden einen nachhaltigen Beitrag zum Geschäftserfolg leisten werden.

Kapital- und Risikomanagement

Unser Geschäft beruht auf dem disziplinierten Umgang mit Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten, wobei wir unsere Liquidität und unser Kapital konservativ steuern. Zum Jahresende 2011 betrug die Kernkapitalquote (Tier 1) unter ◉Basel II.5 15,2% gegenüber 14,2% im Vorjahr. Unsere Kernkapitalquote (Tier 1) ist unter ◉Basel II gegenüber dem Vorjahr von 17,2% auf 18,1% gestiegen. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Schweizer Expertenkommission zur ◉«Too Big to Fail»-Problematik haben wir im Februar 2011 Massnahmen ergriffen, um das bedingte Kernkapital (Tier 1) und das bedingte ergänzende Kapital (Tier 2) zu erhöhen. Wir haben unsere Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos in Übereinstimmung mit den Liquiditätsvorgaben des Basel-III-Regelwerks des Basler Ausschusses und den Liquiditätsrichtlinien der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) überarbeitet. Nach wie vor setzen wir unser Kapital diszipliniert ein und stellen unsere gesamten Risiken auf Basis ökonomischer Betrachtungen in Beziehung zu den Kundenbedürfnissen und unseren Kapitalressourcen.

- ▶ Siehe «Treasury Management» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen.

Effizienz

Wir streben weiterhin ein Effizienzniveau im obersten Quartil an, ohne dabei unser Wachstum oder unsere Reputation zu gefährden. Zudem wollen wir eine Gewinnmarge von über 28% vor Steuern erreichen. Im Rahmen der angekündigten Weiterentwicklung unserer Strategie ermöglichen Projekte zur Verbesserung der Effizienz, die unter Mitwirkung des obersten Kaders durchgeführt wurden, Kostensenkungen und tragen zur Stärkung der Kostenkontrolle bei. Wir verfügen über fünf Kompetenzzentren (Centers of Excellence, CoE) in Pune (Indien), Raleigh Durham (USA), Singapur, Wroclaw (Polen) und Mumbai (Indien), in denen unter Verbesserung der Produktivität bereits über 12 000 Stellen angesiedelt wurden. Unser Operational-Excellence-Programm ist für uns unverändert wichtig und ist die Grundlage für kontinuierliche Verbesserungen und stetige Kundenorientierung.

Um unsere Fortschritte zu messen und unsere Leistungen einzuschätzen, haben wir diverse Leistungsindikatoren für Wachstum, Effizienz und Performance und Eigenmittel definiert, die über die Geschäftszyklen hinweg erreicht werden sollen.

- ▶ Siehe «Leistungsindikatoren» in II – Kommentar zu den Resultaten für eine detailliertere Beschreibung von unseren Geschäftsbereichen und ihren Ergebnissen für 2011 im Vergleich zu den definierten Zielen.

Unternehmerische Verantwortung und Code of Conduct

Wir sind davon überzeugt, dass unternehmerische Verantwortung entscheidend ist für den nachhaltigen Geschäftserfolg. Sie bildet die Grundlage unserer gesamten Tätigkeit und ist

begründet in unserem umfassenden Ansatz bei dem wir uns im Dialog mit unseren Anspruchsgruppen der Verantwortung im Bankgeschäft, gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt, aber auch gegenüber unseren Mitarbeitenden stellen.

Unser Code of Conduct legt die ethischen Grundwerte und professionellen Standards fest, die für alle Verwaltungsratsmitglieder und Mitarbeitenden verbindlich sind. Darin wird ausdrücklich betont, dass alle relevanten Gesetze, Vorschriften und Richtlinien einzuhalten sind, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt und gestärkt wird. Der Code of Conduct ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/code in neun Sprachen verfügbar.

Weiterführende Informationen zu unserem Engagement finden sich in unserem Bericht «Unternehmerische Verantwortung» und auf der Website www.credit-suisse.com/verantwortung.

Unsere Geschäftsbereiche

Private Banking

Geschäftsprofil

Im Private Banking bieten wir Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Das Private Banking umfasst die Bereiche Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients. Ende 2011 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf insgesamt CHF 927,9 Mia. Im Bereich Wealth Management Clients betreuen wir mehr als zwei Millionen Kunden, zu denen ◊ äusserst vermögende Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI) und ◊ sehr vermögende Kunden (high-net-worth individuals) auf der ganzen Welt sowie Privatkunden in der Schweiz zählen. Der Bereich Corporate & Institutional Clients ist auf die Bedürfnisse von über 100 000 Unternehmen und Institutionen vorwiegend aus der Schweiz ausgerichtet und ist ein wichtiger Finanzprodukt- und Dienstleistungsanbieter.

Der Bereich Wealth Management Clients zählt weltweit zu den Grössten innerhalb der Vermögensverwaltungsbranche. Wir bieten unseren Kunden ein spezifisches Wertschöpfungsangebot, das globale Reichweite mit einem strukturierten Beratungsprozess sowie dem Zugang zu einer breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen kombiniert. In enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen Investment Banking und Asset Management bieten wir innovative und integrierte Lösungen an. Ende 2011 beliefen sich die verwalteten Vermögen unseres Bereichs Wealth Management Clients auf CHF 791,5 Mia. Unser globales Netzwerk umfasst 360 Standorte in 46 Ländern; davon befinden sich mehr als 120 Standorte ausserhalb der Schweiz. Der Bereich Wealth Management Clients beschäftigt 4 040 Kundenberater und verfügt über 22 ◊ Buchungszentren, was unsere Multi-Shore-Strategie widerspiegelt.

Der Bereich Corporate & Institutional Clients bietet erstklassige Beratung und ein breites Spektrum an Bankdienstleistungen, wie Kreditgewährungen, Cash- und Liquiditätsmanagement, Handelsfinanzierungen, Schiff- und Flugzeugfinanzierungen, Unternehmensfinanzierungen, Anlagelösungen, Global Custody sowie Asset & Liability Management. Unsere Kunden umfassen kleine und mittlere Unternehmen sowie weltweit tätige Konzerne, Rohstoffhändler, Banken, Versicherungsgesellschaften und schweizerische Pensionskassen. Das Geschäftsvolumen von Corporate & Institutional Clients belief sich per Ende 2011 auf insgesamt CHF 250,6 Mia., aufgeteilt auf CHF 194,1 Mia. Kundenvermögen und CHF 56,5 Mia.

Nettoausleihungen. In der Schweiz werden Grossunternehmen von vier Standorten aus bedient, während kleine und mittlere Firmenkunden von 36 Geschäftsstellen aus betreut werden.

Eckdaten – Private Banking

	im Jahr / Ende		
	2011	2010	2009
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	10 877	11 631	11 662
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	2 348	3 426	3 651
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)	927.9	932.9	914.9
Anzahl Mitarbeitende	25 200	25 600	24 300

Strategie

Branchentrends und Wettbewerb

Weltweit sind die Aussichten für die Vermögensverwaltungsbranche unseres Erachtens langfristig nach wie vor gut. Die Vermögenswachstumsraten von vermögenden Privatkunden dürften gemäss Prognosen bei rund 8% pro Jahr in den nächsten fünf Jahren liegen.

Die Vermögensverwaltungsbranche ist derzeit einem massiven Wandel ausgesetzt. Aus regionaler Sicht ist die Verlagerung der Vermögensbildung in die Emerging Markets ungebrochen, da der Unternehmergeist und die relativ solide Konjunktorentwicklung in diesen Ländern anziehend wirken. Entwickelte Märkte wie die USA, Japan und Westeuropa, in welchen sich rund zwei Drittel der weltweiten Vermögen befinden, dürften ein anhaltendes, aber relativ niedrigeres Wachstum aufweisen, das von einem weiteren Vermögensaufbau und der Vermögensübertragung zwischen den Generationen getragen wird. Neue und im Entstehen begriffene internationale Übereinkommen und aufsichtsrechtliche Vorschriften werden für Kunden mit Wohnsitz in gewissen Ländern eine verstärkte Regulierung des grenzüberschreitenden Bankgeschäfts zur Folge haben. Die Schweiz ist ein politisch und wirtschaftlich stabiles Land mit einer langen Tradition in der Vermögensverwaltung. Daher verfügt sie als Finanzplatz über die besten Voraussetzungen, um sich weiterhin erfolgreich in einem sich verändernden Umfeld zu behaupten.

Allerdings belastet der starke Schweizer Franken die Profitabilität der exportorientierten Wirtschaft in der Schweiz. Dies gilt auch für Vermögensverwalter. Im Geschäftsbereich Private Banking belasteten Fremdwährungseffekte den Nettoertrag mit CHF 844 Mio. und das Ergebnis vor Steuern mit CHF 550 Mio. Die anhaltend tiefen Zinsen und die Zurückhal-

tion der Anleger infolge der Schuldenkrise und der wirtschaftlichen Unsicherheit belasten derzeit die Bruttomargen. Dies dürfte sich in absehbarer Zeit kaum ändern. Nicht zuletzt nehmen die regulatorischen Anforderungen an die Anlageberatung zu und erstrecken sich auch auf die Eignung und Angemessenheit der Beratung, die Kundeninformation und -dokumentation. Der intensive Wettbewerb innerhalb der Branche hält an, vor allem auch dadurch, dass zahlreiche Konkurrenten dem Profitabilitätsdruck vermehrte Skaleneffekte entgegensetzen wollen. Die Anwerbung und die Bindung der besten Mitarbeitenden zählen weiterhin zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren. Aufgrund der strukturellen Branchentrends rechnen wir mit einer weiteren Konsolidierung der Branche.

Im Schweizer Markt bestehen im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor langfristige Wachstumschancen für den Bereich Corporate & Institutional Clients. Schweizer Unternehmen haben sich in den letzten Jahren dank soliden Geschäftsmodellen und konservativer Finanzierung relativ gut entwickelt. Der Anstieg des Frankenkurses stellt sie aber vor neue Herausforderungen. Eine steigende Zahl Schweizer Unternehmen muss sich nun der Nachfolgeplanung widmen. Dieser Trend schafft zunehmend Geschäftsmöglichkeiten, vor allem für Banken, die eine massgeschneiderte Kombination von Private-Banking- und Investment-Banking-Dienstleistungen anbieten. Angesichts der schwankenden Wechselkurse und Rohstoffpreise erwarten wir ausserdem eine anhaltende Nachfrage nach Absicherungslösungen.

Weiterentwicklung unserer Strategie

Unser Ziel ist es, die angesehenste Bank für Wealth-Management-Kunden auf der ganzen Welt und für Firmen- und institutionelle Kunden in der Schweiz zu werden. Wir beabsichtigen, bezüglich Kundenzufriedenheit, Mitarbeiterengagement, Profitabilität und Wachstum branchenführend zu sein. Angesichts des schwierigen Umfelds haben wir unsere langfristige Strategie überprüft und bestätigt und im November 2011 eine Weiterentwicklung von Kernelementen dieser Strategie angekündigt. Wir halten an einer langfristigen internationalen Wachstumsstrategie fest und konzentrieren uns auf rascher wachsende und grosse Märkte und die Weiterentwicklung unserer Onshore-Buchungszentren und des Segments der äusserst vermögenden Kunden als zentrale Wachstumsbereiche. Wir bauen auch weiterhin auf unsere Stärke als integrierte Bank, insbesondere im Segment der äusserst vermögenden Kunden, und unsere starke Position im Schweizer Markt bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung durch striktes Kostenmanagement. Wir rationalisieren unser Betriebsmodell für die westeuropäischen Märkte, konzentrieren das grenzüberschreitende Geschäft auf solide Volkswirtschaften mit ausreichender Grösse und implementieren im Geschäft mit

habende Kunden (affluent individuals) ein Dienstleistungsmodell und Angebot, das auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Im November 2011 begann die vollständige Integration von Clariden Leu in die Gruppe zur Steigerung der Profitabilität und der Effizienz. Wir gehen davon, dass die Integration bis Ende 2012 abgeschlossen sein wird.

Mit diesen Massnahmen streben wir bis zum Jahr 2014 einen zusätzlichen Vorsteuergewinn von CHF 800 Mio. an, basierend auf der Annahme unveränderter Marktbedingungen.

Mit diesen Anpassungen verfolgen wir weiterhin unsere langfristige Strategie, die Folgendes kombiniert:

- Internationales Wachstum
- Marktanteilsgewinne in der Schweiz
- Client Centricity
- Integration der Bankbereiche
- Die besten Mitarbeitenden
- Produktivität und finanzielle Leistung

Internationales Wachstum: Wir investieren weiterhin in das internationale Wachstum, indem wir erfahrene Kundenberater rekrutieren und weiterbilden, unsere Lösungsangebote auf internationale Plattformen ausweiten und in ausgewählten Märkten unsere lokale Präsenz weiter ausbauen und optimieren. Dadurch wollen wir die Profitabilität steigern und gleichzeitig Wachstumschancen nutzen. Im Rahmen dieser Schwerpunktsetzung haben wir kürzlich eine Vereinbarung für den Kauf des Private-Banking-Geschäfts von HSBC in Japan unterzeichnet. Wir bieten sowohl Onshore- als auch Offshore-Dienstleistungen im Einklang mit den örtlich geltenden Gesetzen, Regelwerken und Vorschriften an und konzentrieren unsere Investitionen auf Regionen mit schnellerem Wachstum und auf das Segment der äusserst vermögenden Kunden. Im grenzüberschreitenden Geschäft erwarten wir eine vermehrte Konzentration auf Märkte von einer bestimmten Grösse und mit kosteneffizienten Angeboten für wohlhabende Kunden, mit denen wir unsere Effizienz steigern können.

Marktanteilsgewinne in der Schweiz: In unserem Heimmarkt setzen wir auf Wachstum durch Steigerung unseres Marktanteils. Im Segment Privatkunden dürften wir dieses Ziel durch vermehrte Kundenkontakte und laufende Verbesserung der Beratungsqualität erreichen. Im Vermögensverwaltungsgeschäft bieten wir sehr vermögenden und äusserst vermögenden Kunden erstklassige bedarfsgerechte Dienstleistungen, indem wir unsere Beratungskompetenz, unsere fundierte Anlageerfahrung und die Möglichkeiten einer integrierten Bank voll ausschöpfen. Die angesprochenen Wachstumssegmente im Schweizer Geschäft mit Firmen- und institutionellen Kunden umfassen Grossfirmen, institutionelle Anleger, Finanzinstitute und kleine und mittlere Unternehmen mit einer internationalen Ausrichtung. Regelmässige Kunden-

umfragen bestätigen eine hohe Kundenzufriedenheit, die sich unseres Erachtens auch im bedeutenden Zufluss an Netto-Neugeldern in der Schweiz äussert.

Client Centricity: Bei uns stehen die Kunden im Zentrum. Wir bieten ihnen über 150 Jahre Erfahrung in der Vermögensverwaltung, eine umfassende Beratung im Rahmen eines strukturierten Beratungsprozesses, eine zielgruppengerechte Betreuung heterogener Kundensegmente, eine globale Präsenz mit 22 Buchungszentren und 360 Standorten sowie eine breite Dienstleistungspalette und bedarfsgerechte Lösungen dank unserer integrierten Bank. Unsere qualifizierten Research- und Anlagespezialisten entwickeln unsere auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtete Palette an Lösungen weiter und suchen gezielt nach neuen Anlagemöglichkeiten. Die Auswahl von internen oder externen Lösungen beruht auf einer umfassenden Sorgfaltsprüfung hinsichtlich der Eignung für den Kunden oder die Kundengruppe und der geltenden Regeln und Reglemente.

Integration der Bankbereiche: Die enge Zusammenarbeit mit dem Investment Banking und dem Asset Management ermöglicht es uns, massgeschneiderte und innovative Lösungen für unsere Kunden auszuarbeiten, insbesondere für äusserst vermögende Kunden, die zu unserem wachstumsintensivsten und profitabelsten Kundensegment gehören. Mit der spezifischen Betreuung dieser Kunden und der engen Vernetzung innerhalb der integrierten Bank und einem umfassenden Angebot von Lösungen und einer Netzwerk-Plattform wollen wir unseren Vorsteuergewinn im Segment der äusserst vermögenden Kunden bis ins Jahr 2014 um 50% erhöhen. In Zusammenarbeit mit Asset Management bieten wir eine breite Palette an kundenorientierten Vermögensverwaltungsmandaten und den Zugang zu Hedgefonds und Private-Equity-Lösungen an.

Die besten Mitarbeitenden: Da Menschen der entscheidendste Faktor für den Erfolg bei der Erfüllung unseres Leistungsversprechens sind, fördern wir unsere Mitarbeitenden, mit besonderem Fokus auf Mitarbeitenden mit Kundenkontakt, systematisch durch Schulungen und Zertifizierungsprogramme. Wir wollen ein bevorzugter Arbeitgeber sein und investieren im Rahmen unserer Wachstumsstrategie laufend in unsere Kundenberater, was sich wiederum in Netto-Neugeldern reflektiert.

Produktivität und finanzielle Leistung: Wir streben nach Effizienz- und Produktivitätssteigerungen, einerseits durch unsere Programme für Effizienzmanagement und unsere CoE und andererseits durch die aktuelle Integration von Clariden Leu.

Besondere Erfolge

Wichtige Leistungen und Erfolge im Berichtsjahr:

- **Internationales Wachstum:** Im Jahr 2011 generierten wir CHF 31,7 Mia. an Netto-Neugeldern in unserem Auslandsgeschäft. Dies entspricht einem Anteil von 84% der gesamten Netto-Neugelder im Bereich Wealth Management Clients. CHF 13,7 Mia. stammen aus Europa, Naher Osten und Afrika, CHF 7,6 Mia. aus Nord- und Südamerika und CHF 10,4 Mia. aus der Region Asien-Pazifik. Unsere internationale Wachstumsstrategie war für uns auch der Anlass, unser globales Netzwerk von Onshore-Buchungszentren zu prüfen und selektiv anzupassen.
- **Marktanteilssteigerung in der Schweiz:** Mit CHF 12,8 Mia. an Netto-Neugeldern wuchs unser Geschäft in der Schweiz im Jahr 2011 in den meisten Kundensegmenten weiterhin mittels entsprechend fokussierter Fördermassnahmen. Ausserdem generierten wir dank unserem integrierten Bankmodell grosse interne Vermittlungsvolumen innerhalb des Private Banking wie auch zwischen den Divisionen. Corporate & Institutional Clients leistete mit einem Vorsteuergewinn von CHF 880 Mio. einen beachtlichen Beitrag an den Vorsteuergewinn im Private Banking.
- **Client Centricity:** Wir haben die Umsetzung unserer Strategie für äusserst vermögende Kunden weitergeführt und CHF 23 Mia. an Netto-Neugeldern von dieser Kundengruppe aus sämtlichen Regionen angezogen. Dies entspricht einem Anteil von 61% am gesamten Zufluss an Netto-Neugeldern im Bereich Wealth Management Clients. Diese Kundengruppe steuerte 36% der im Bereich Wealth Management Clients per Ende 2011 verwalteten Vermögen bei. In allen Regionen haben wir die übergreifende Betreuung der äusserst vermögenden Kunden erweitert und bedienen sie nun in enger Zusammenarbeit mit dem Investment Banking und dem Asset Management. Zudem haben wir unsere Dienstleistungen in den Bereichen Prime Services, Kreditfazilitäten und Private Label Funds ausgebaut. Diese Aktivitäten werden durch entsprechende Spezialisten für diese Bereiche unterstützt. Wir haben unser Beratungskonzept weiter optimiert, beispielsweise durch die Einführung des globalen Investment Suitability Framework in der Schweiz. Die Kundenzufriedenheit ist weltweit unverändert hoch.
- **Integration der Bankbereiche:** Im Jahr 2011 schlossen wir um 30% mehr Geschäfte mit integrierten Lösungen ab und steigerten die Erträge aus diesem Geschäft um 15%. Hierbei arbeiteten wir hauptsächlich mit dem Investment Banking zusammen, insbesondere im Segment der äusserst vermögenden Kunden. Wir haben im Rahmen der Erweiterung unserer Produktpalette unsere Zusammenarbeit mit dem Asset Management ausgebaut. Insgesamt

kamen über 90% der Gesamterträge aus der segmentübergreifenden Zusammenarbeit der Gruppe in Höhe von CHF 4,3 Mia. unter Beteiligung des Private Banking zustande.

- **Die besten Mitarbeitenden:** Unsere internationale Mitarbeiterrekrutierung stand im Einklang mit unserer anhaltenden Investition in internationales Wachstum. Auch im Berichtsjahr stellten wir Kundenberater ein, von denen 59% Führungskräfte waren. Dies stellte einen Anstieg der Talentbasis dar, auch wenn gleichzeitig der Personalbestand insgesamt im Zusammenhang mit unseren Effizienzinitiativen leicht zurückging. Zudem setzten wir die Einführung eines verbesserten und anerkannten weltweiten Schulungsprogramm für alle Mitarbeitenden mit Kundenkontakt fort.
- **Produktivität und finanzielle Leistung:** In einem von rückläufigen Margen geprägten Marktumfeld erzielten wir eine Bruttomarge von 114 Basispunkten im Bereich Wealth Management Clients. Ausserdem erzielten wir eine solide Gewinnmarge vor Steuern im Private Banking in Höhe von 25,5%, ohne Berücksichtigung von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsfällen in Höhe von CHF 478 Mio. betreffend deutsche und US-amerikanische Steuerangelegenheiten und eines Gewinns aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von CHF 72 Mio. Die Ergebnisse litten deutlich unter dem Kurs des Schweizer Francs gegenüber den Hauptwährungen. Als Antwort auf den Profitabilitätsdruck haben wir Effizienzsteigerungsinitiativen eingeführt, die auf die angekündigten gruppenweiten Anstrengungen zur Senkung der Kostenbasis abgestimmt sind. Wir verfügen nun über mehr als 2 180 Rollen in unseren CoE.

Auszeichnungen

Im Berichtsjahr 2011 erhielten wir zahlreiche Auszeichnungen. Hierzu zählen unter anderem:

- zum dritten Mal in Folge Auszeichnung als «Best Private Bank Globally» im *Private Banking Survey 2012* des Magazins *Euromoney*;
- Auszeichnung als «Best Private Bank in Western Europe», «Best Private Bank in Central and Eastern Europe» sowie «Best Private Bank» in Australien, auf den Bahamas, in Guernsey, Italien, Russland, Singapur, der Schweiz, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Grossbritannien durch *Euromoney* im *Private Banking Survey 2012*;
- «Best Wealth Management House» sowie zum fünften Mal in Folge «Best Bank in Switzerland» bei den Awards for Excellence Survey des Magazins *Euromoney*;
- «Best Private Banking Service in the Middle East», ausgezeichnet durch das Magazin *Banker Middle East*;
- «Best Private Bank in Southeast Asia, Singapore and Indonesia», zweite Nennung seitens *The Asset* in seinen Triple A Investment Awards;
- «Best Swiss Global Custodian 2011» von R&M Surveys;
- «Outstanding Private Bank», das zweite Jahr in Folge ausgezeichnet durch *Private Banker International*.

Produkte und Dienstleistungen

Wealth Management Clients

Das Dienstleistungsangebot des Bereichs Wealth Management Clients basiert auf dem global eingesetzten strukturierten Beratungsprozess, den kundensegmentspezifischen Angeboten, den umfassenden Anlagendienstleistungen und unserer Multi-Shore-Plattform:

- **Strukturierter Beratungsprozess:** Anhand eines strukturierten Ansatzes, der auf eingehenden Kenntnissen der Bedürfnisse unserer Kunden und einer umfassenden Analyse ihrer Vermögenssituation beruht, beurteilen wir die Produktkenntnisse und Erfahrungen des Kunden und erarbeiten für jeden einzelnen Kunden ein Risikoprofil. Auf dieser Grundlage legen wir zusammen mit dem Kunden die individuelle Anlagestrategie fest. Mit der Implementierung der jeweiligen Strategie ist sichergestellt, dass die Qualitätsstandards für das Portfolio eingehalten werden und dass alle Anlageinstrumente den Anforderungen bezüglich ihrer Eignung und Angemessenheit genügen. Bei Vermögensverwaltungsmandaten liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie bei den Portfoliomanagern, bei Beratungsmandaten sind unsere Kundenberater zuständig.
- **Segmentspezifische Kundenlösungen:** Wir bieten eine Palette an Vermögensverwaltungslösungen an, die auf spezifische Kundensegmente zugeschnitten sind. Die von uns bedienten globalen Marktsegmente sind äusserst vermögende Kunden, sehr vermögende Kunden sowie Privatkunden in der Schweiz. Das Segment der äusserst vermögenden und sehr vermögenden Kunden steuerte 36% beziehungsweise 48% der per Ende 2011 verwalteten Vermögen des Bereichs Wealth Management Clients bei. Unternehmern bieten wir eine Palette von Lösungen für verschiedene Bedürfnisse im Private und Corporate Wealth Management an. Dies schliesst Nachfolgeplanung, Steuerberatung, Finanzplanung und Investment-Banking-Dienstleistungen ein. Unsere Unternehmerkunden werden von den erfahrenen Corporate-Finance-Beratern der Credit Suisse betreut, erhalten direkten Zugang zu einem Netzwerk von internationalen Investoren und profitieren von der Vorbereitung und Koordination von Finanztransaktionen. Mit Solutions Partners stellt ein Fachteam ganzheitliche und massgeschneiderte Finanzlösungen für pri-

vate und geschäftliche Ansprüche unserer äusserst vermögenden Kunden zur Verfügung.

- **Umfassende Anlagedienstleistungen:** Wir bieten umfassende Dienstleistungen in der Anlageberatung und in der Vermögensverwaltung auf Mandatsbasis an, die auf den Ergebnissen unseres strukturierten Beratungsprozesses, den Vorgaben des Investment Committee der Credit Suisse sowie auf Analysen und Empfehlungen unseres weltweiten Research-Teams basieren. Dieses stellt die verschiedensten globalen Analysen zur Verfügung, wie makroökonomische Analysen, Aktien-, Anleihen- und Devisenanalysen sowie Analysen zur Schweizer Wirtschaft. Unsere Anlageberatung deckt ein weites Spektrum ab, das von der Portfolioberatung bis hin zur Empfehlung von Einzelanlagen reicht. Unseren Kunden bieten wir effiziente Lösungen für ihr Portfolio- und Risikomanagement, die auch Mandatsprodukte einschliessen. Diese Produkte werden von unseren Spezialisten oder von Dritten aktiv verwaltet und strukturiert. Private Anleger haben so Zugang zu Anlagemöglichkeiten, die ihnen ansonsten nicht zugänglich wären. Für Kunden mit komplexeren Bedürfnissen übernehmen wir die Strukturierung des Anlageportfolios und die Umsetzung individueller Strategien, die auch verschiedenste strukturierte Produkte und alternative Anlagen berücksichtigen. Vermögensverwaltungsmandate eignen sich für Kunden, die es vorziehen, die Anlageentscheidungen der Credit Suisse zu überlassen. In enger Zusammenarbeit mit Investment Banking und Asset Management bieten wir zudem innovative alternative Anlagen mit limitierter Korrelation zu Aktien und Obligationen wie Hedgefonds, Private Equity, Rohstoffe und Immobilien.
- **Multi-Shore-Plattform:** Mit unserem weltweiten Angebot, das, zusätzlich zu unserem Buchungszentrum in der Schweiz, 21 internationale Buchungszentren umfasst, sind wir in der Lage, unseren Kunden Buchungsdienste lokal und auch über unsere internationalen Finanzzentren anzubieten. Unser Multi-Shore-Angebot ist auf Kunden zugeschnitten, die eine geografische Risikostreuung wünschen, mehrere Domizile haben, Zugang zu globalen Ausführungsservices wünschen oder sich für eine breitere Auswahl an Produkten interessieren, als ihnen vor Ort zur Verfügung steht. 70% der im Jahr 2011 vom Bereich Wealth Management Clients erzielten Netto-Neugelder in Höhe von CHF 37,8 Mia. wurden ausserhalb der Schweiz gebucht. Wir gehen davon aus, dass internationale Kunden weiterhin stark zu unserem Wachstum bei den verwalteten Vermögen beitragen.


Zusätzlich bieten wir eine breite Palette an Finanzierungsprodukten wie Baukredite, fixe und variable Hypotheken, Konsum- und Autokredite, verschiedene Leasingangebote und diverse Kreditkarten von Swisscard, einem Joint Venture zwischen der Credit Suisse und American Express. Zudem bieten wir Privatkunden flexible Finanzlösungen an, die auf ihren jeweiligen Lebensabschnitt abgestimmt sind. Diese umfassen Privatkonti, Zahlungsaufträge, Devisendienstleistungen, Vorsorgelösungen und Lebensversicherungen. Das Angebot an Sparprodukten für Privatkunden umfasst Sparkonti, Sparplan-Fonds und Versicherungslösungen mit Sparanteil. Unser zentrales Bankprodukt, Bonviva, fasst Konten, Zahlungsverkehr und Kreditkarten zusammen und vereinfacht so den täglichen Bankverkehr zu einem fixen Preis.

Corporate & Institutional Clients

In unserem Bereich Corporate & Institutional Clients stellen wir umfassende Finanzlösungen zur Verfügung. Dazu gehören Cash Management und Zahlungsverkehr, alle Formen von traditionellen und strukturierten Ausleihungen, Investitionsgüter- und Immobilienleasing, Anlagelösungen und Spezialdienstleistungen wie Unternehmensfinanzierung, Handelsfinanzierung, Schiffs- und Flugzeugfinanzierung, Global Custody sowie Asset & Liability Management. Kunden profitieren zudem von unserem Angebot an massgeschneiderten Finanzlösungen und Beratungen. Wir bieten zudem spezialisierte Produkte und Dienstleistungen, wie etwa Multi-Währungs-Devisenhandel, sowie durchgängig automatisierte Prozesse, wie beispielsweise Brokerage and Execution Services.

Investment Banking

Geschäftsprofil

Das Investment Banking bietet ein breites Spektrum an Finanzprodukten und -dienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kerngeschäft mit kundenorientierten, flow-based und kapitaleffizienten Aktivitäten. Das Produkt- und Dienstleistungsangebot umfasst Wertschriftenverkauf, -handel und -abwicklung weltweit, Prime Brokerage, Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienstleistungen sowie ein umfassendes Investment Research. Unsere Kunden sind Unternehmen, staatliche Körperschaften, Pensionskassen und institutionelle Investoren auf der ganzen Welt. Das Investment Banking betreut seine Kunden über regionale und lokale Teams in grösseren Industrieländern und Emerging Markets weltweit. Dank unserem integrierten Geschäftsmodell verstehen wir unsere Kunden besser und können ihnen kreative, werthaltige und individuelle Lösungen anbieten, die auf das Fachwissen der gesamten Credit Suisse zurückgreifen.

Eckdaten – Investment Banking

	im Jahr / Ende		
	2011	2010	2009
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	11 496	16 214	20 537
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	79	3 531	6 845
Anzahl Mitarbeitende	20 900	20 700	19 400

Strategie

Branchentrends und Wettbewerb

Das Jahr 2011 stellte uns mit seinen Marktverwerfungen und der besorgniserregenden Staatsschuldenkrise in Europa sowie der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums vor einige Herausforderungen. Die ausgeprägten makroökonomischen Unsicherheiten, die politischen Spannungen und immer wieder neue regulatorische Vorschriften machten sich vor allem im Investment Banking negativ bemerkbar. Die verhaltene Risikobereitschaft der Unternehmen und Institutionen, der Einbruch der Kundenaktivität in sämtlichen Geschäftsbereichen und die sehr volatilen Märkte wirkten sich wie bei den meisten unserer Mitbewerber negativ auf das Investment-Banking-Geschäft der Credit Suisse aus. Neben den makroökonomischen Problemen sorgten auch die immer strengeren gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften über die Finanzbranche bei den Finanzinstituten für massiven Druck. Der laufende Ausbau der Regelwerke und die neuen regulatorischen Entwicklungen 2010 und 2011 haben das Geschäfts- und Wettbewerbsumfeld in unserer Branche nachhaltig verändert. Ein Beispiel einer gravierenden Veränderung, die sich auf die Branche auswirkt, ist die gleitende Einführung höherer Mindestkapitalanforderungen im Rahmen von ◊Basel III ab 2013. Als systemrelevant geltende Banken müssen bis Anfang 2019 eine Ausstattung mit Zusatzkapital sicherstellen, um so zur Vermeidung erneuter Finanzkrisen beizutragen. Viele dieser regulatorischen Massnahmen müssen noch im Detail geregelt werden, und ihre Umsetzung dürfte Jahre in Anspruch nehmen. Wir gehen jedoch davon aus, dass die höheren Kapitalanforderungen und die Regelungen für ◊Derivate in der Branche für geringere Risiken und eine grössere Transparenz sorgen werden.

Anpassung der Investment-Banking-Strategie an die veränderten Rahmenbedingungen

Seit dem Jahr 2008 arbeitet die Credit Suisse proaktiv mit einem kundenorientierten, kapitaleffizienten Geschäftsmodell. Zusammen mit unserer konservativen Finanzierungs- und Liquiditätsposition und unserer sehr starken Kapitalbasis ist uns diese Strategie in Zeiten mit beispiellos volatilen Märkten

und tiefgreifenden Veränderungen in unserer Branche zugute gekommen. Nach wie vor hat die Finanzwelt mit Gegenwind zu kämpfen. Daher gaben wir im November 2011 bekannt, dass wir unsere Strategie präziser an das neue Marktumfeld und die aufsichtsrechtlichen Änderungen anpassen wollen. Dieser Ausbau unserer Strategie umfasst unter anderem Pläne für einen umfangreichen Abbau der ◊risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Bereich Fixed Income, Pläne zur Verringerung unserer Kostenbasis, um unsere finanzielle Flexibilität zu erhöhen, und Pläne zur Optimierung unseres Portfolios im Hinblick auf Synergien mit den Divisionen Private Banking und Asset Management sowie den Bereichen, in denen wir Wettbewerbsvorteile zur Erwirtschaftung nachhaltiger, attraktiver Renditen geniessen.

Ohne proaktive Massnahmen würden durch die aufsichtsrechtlichen Änderungen im Rahmen von Basel III die risikogewichteten Aktiven des Investment Banking substantiell zunehmen, wovon insbesondere das Fixed-Income-Geschäft betroffen sein dürfte. Unser Plan, risikogewichtete Aktiven abzubauen, erfolgt über unseren beschleunigten Ausstieg aus Anlagen in verbrieften Produkten mit geringer Bonität und aus langfristigen unbesicherten Zinsgeschäften mit Kontrahenten sowie die Fortsetzung unseres Programms zur Risikoreduktion. Wir sind der Auffassung, dass wir durch die Anpassung unseres Portfolios in der Lage sein werden, auch unter Basel III attraktive Renditen zu erwirtschaften und unseren Beitrag an die von der Gruppe angestrebte Eigenkapitalrendite von mindestens 15% zu leisten. Unsere frühzeitige Anpassung an das veränderte Umfeld dürfte uns Wettbewerbsvorteilen sichern. Im Fixed-Income-Geschäft kündigten wir damals an, die risikogewichteten Aktiven bis Ende 2014 um 50% zu reduzieren, wodurch der Anteil des Bereichs Fixed Income an den risikogewichteten Aktiven der Gruppe von rund 55% auf 39% sinkt.

- ▶ Siehe «Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen.

Ein Schwerpunkt unserer angepassten Strategie sind die seit dem zweiten Quartal 2011 laufenden Kosteninitiativen. Die Gruppe gab ihr Kostensenkungsziel von insgesamt CHF 1,2 Mia. gegenüber unserem Fixkostenblock im ersten Halbjahr 2011 bekannt. Es soll ab Januar 2012 in erster Linie im Investment Banking umgesetzt werden. Im November gab die Gruppe zudem bekannt, dass sie bis Ende 2013 Kostensenkungen in Höhe von CHF 800 Mio. erzielen wolle. Die Hälfte der angestrebten Kostensenkungen soll im Investment Banking realisiert werden. Dank diesen Initiativen erhalten wir mehr Flexibilität bei unserer Kostenstruktur im Investment

Banking und können uns so besser an ein schwieriges Marktumfeld anpassen und allenfalls auch sich ergebende Marktchancen nutzen.

Unsere angepasste Strategie dürfte zu einem zielorientierten, renditegetriebenen Investment-Banking-Modell führen, dass perfekt auf Basel III abgestimmt ist. Wir konzentrieren uns auf die wichtigen Kundengeschäfte, bei denen wir Wettbewerbsvorteile haben und Synergien mit dem Private Banking und dem Asset Management realisieren können. Hierzu zählen unter anderem das Devisengeschäft, der elektronische Handel, die Emerging Markets, Prime Services und Equity Capital

Markets. Eine schmalere Kundenbasis und effizientere Kundenschnittstellen werden dazu beitragen, dass wir erstklassige Dienstleistungen erbringen. Dank unserer soliden Aufstellung und der deutlich verbesserten Flexibilität bezüglich Kosten werden wir im Kundengeschäft weiterhin erfolgreich tätig sein und hervorragende Renditen erzielen.

Die Entwicklung des Geschäftsportfolios mit der strategischen Neuausrichtung unseres Kapitals und unserer Ressourcen ist in der Grafik «Weiterentwicklung der Investment-Banking-Strategie» dargestellt.

Weiterentwicklung der Investment-Banking-Strategie

	Anlegen/Wachsen	Weiterentwicklung	Reduzierung/Ausstieg
Fixed Income	<ul style="list-style-type: none"> ■ Devisen Elektronischer Handel im Private Banking ■ Global Rates Elektronischer Handel ■ Emerging Markets Brasilien, Südostasien, chinesischer Raum, Russland ■ Commodities Kundenfokus im Private Banking 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kreditprodukte Leveraged Finance / Investment Grade ■ Verbriefte Produkte Private-Label-Wertschriftenhandel ■ Emerging Markets Strukturierte Finanzierungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Langfristige unbesicherte Geschäfte Global Rates, Emerging Markets, Commodities ■ Ausstieg aus dem CMBS Emissionsgeschäft, Reduzierung weniger kapitaleffizienter Geschäftssparten Verbriefte Produkte
Aktien	<ul style="list-style-type: none"> ■ Prime Services Ausbau der Produktpalette und Aufbau von OTC-Kapazitäten ■ Derivate Flow- und Unternehmensgeschäfte 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cash Equities Ausbau des elektronischen Handels 	
Investment Banking Department	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausbau von Equity Capital Markets Ziel: Top 3 weltweit 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einsatz von Ressourcen in wichtigen Wachstumsmärkten ■ Unternehmenskredite Fortlaufende Abstimmung auf wichtige Kundengeschäfte 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Abbau von Überschneidungen bei der Betreuung in der Region EMEA Steigerung der Effizienz und Rentabilität bei der Kundenbetreuung durch Abbau von Überschneidungen bei der Länder-, Branchen- und Produktbetreuung

Stand der Strategieumsetzung

Bis anhin können wir bereits bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung der im November 2011 angekündigten angepassten Strategie verbuchen:

- Der Ausstieg aus dem Origination-Geschäft für Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) ist abgeschlossen; der Abbau unserer langfristigen Zinsgeschäfte schreitet fort. Signifikante Fortschritte sind auch bei der Abwicklung des Credit-Correlation-Buchs und des Hartwährungshandels in Schwellenländern zu verzeichnen.
- Wir haben den Abbau unserer risikogewichteten Aktiven beschleunigt und gehen davon aus, dass wir das ursprüng-

lich für das Ende des Jahres 2012 angekündigte Ziel von USD 229 Mia. an risikogewichteten Aktiven unter Basel III bereits am Ende des ersten Quartals 2012 erreichen. Zudem haben wir die entsprechenden Zielvorgaben von USD 229 Mia. für das Jahresende 2012 und USD 201 Mia. für das Jahresende 2014 auf jeweils USD 190 Mia. herabgesetzt.

- Zur Erreichung unserer Zielvorgaben haben wir signifikante Kostensenkungsinitiativen eingeleitet. Die Kostensenkungen und die zunehmende Flexibilität bei den Lohnkosten durch die deutlich geringeren Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen ab dem Jahr 2012 dürften

sowohl das Finanzergebnis als auch die operative Effizienz des Investment Banking verbessern.

Laufende Geschäftsinitiativen

Neben der im November 2011 angekündigten Strategieüberarbeitung haben wir im Jahr 2011 mehrere wichtige Initiativen umgesetzt, um unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie zu unterstützen. Dank der Erweiterung unserer Vertriebsplattform und der Optimierung der elektronischen Möglichkeiten für unsere Kunden stehen die Chancen für den Ausbau unserer Marktanteile in sämtlichen Geschäftsbereichen sehr gut. Die wichtigsten Initiativen des vergangenen Jahres waren:

- Beschleunigte Umsetzung unserer auf die Kunden ausgerichteten, kapitaleffizienten Strategie durch Fokussierung unserer Ressourcen auf die wichtigen Fixed-Income-Geschäfte wie hochverzinsliche Unternehmensanleihen, Verbriefungen. Zudem haben wir uns vermehrt auf zentrale Onshore-Schwellenmärkte wie Brasilien und Korea fokussiert, kombiniert mit anhaltendem Wachstum in Bereichen mit Diversifikationseffekten im weltweiten Zins-, Devisen- oder Rohstoffgeschäft sowie Onshore-Schwellenmärkten in Russland, Indien, China und Mexiko.
- Fortführung einer soliden Innovationskraft durch den Einsatz neuer elektronischer Plattformen und Funktionalitäten im Fixed-Income-Geschäft und den Ausbau unseres Portfolios und unserer Liquidität auf diesen Plattformen. Dies weil unsere Kunden unter anderem den Einbezug von kanadischen Futures, die Erweiterung von Onyx auf europäische Börsenzeiten, die Fähigkeit zur Preisstellung und Ausführung von Credit Default Swaps (CDS) auf MarketAxess sowie TradeWeb mit erweiterten Möglichkeiten der durchgehenden Datenverarbeitung (straight-through processing) verlangten. Unsere Präsenz im Fixed-Income-Markt verstärkte sich ausserdem durch unseren anhaltend intensiven Ausbau des eCommerce: Das Volumen im elektronischen Fixed-Income-Geschäft wuchs im letzten Jahr um 40%.
- Anhaltende Dynamik im Bereich Prime Services dank unserer marktführenden Plattform und unseres diversifizierten Kunden- und Produkt-Mix, nach wie vor marktführende Position im Bereich Cash Equities durch technologische und Produktinnovationen sowie anhaltende ausgewogene Investitionen in Aktienderivaten.
- Neuausrichtung unserer regionalen Strategie auf bestehende und zukünftige Marktchancen wobei wir unser Emissions- und Beratungsgeschäft durch wichtige strategische Rekrutierungen und Konzentration auf eine vermehrt auf grosskapitalisierte Unternehmen ausgerichtete Strategie in den Industrieländern weiter stärken.

Wichtige Transaktionen und Erfolge

Wir haben unsere Präsenz in bestimmten Regionen und Produkten ausgebaut.

- In den Philippinen sind wir neu als Wertschriften-Broker tätig, seit wir die entsprechende Lizenz der Philippine Stock Exchange erworben haben. Damit verstärken wir den Bereich Aktien und ergänzen unsere führende Stellung als Finanzberater in diesem Land.
- Am 30. April 2011 schloss die Credit Suisse die Übernahme des weltweit führenden Hedgefonds-Verwalters von der ABN AMRO Bank (ehemals Fortis Bank Nederland) ab.

Im letzten Jahr tätigten wir eine Reihe bedeutender Transaktionen. Sie illustrieren die Spannweite und Diversität unseres Investment Banking:

- **Kapitalmarkt:** Wir arrangierten wesentliche Finanzierungen für diverse Kunden, unter anderem den deutschen Betreiber von Kabelnetzen Kabel BW, das globale Verpackungsunternehmen Reynolds Group, den in den USA ansässigen, weltweit diversifizierten Finanzdienstleister Wells Fargo, das Elektrizitäts- und Erdgasunternehmen PPL aus den USA, sowie die Ausgliederung und Umschuldung der Beteiligung des multinationalen Unternehmens Cargill Incorporated an The Mosaic Company, einem weltweiten Phosphathersteller und Kalibergbauunternehmen. Zudem führten wir für die Credit Suisse zwei bedingte Kapitalaufnahmen durch: eine Forward-Privatplatzierung von Tier 1 Buffer Capital Notes (BCNs) im Austausch gegen bestehende, von der Credit Suisse im Jahr 2008 ausgegebene, hybride Tier 1 Capital Notes sowie eine Emission von Tier 2 BCNs.
- **Aktienmärkte:** Folgende Unternehmen vertrauten uns ihren Börsengang an: Vallares (eine in der Erdöl- und Erdgasindustrie tätige Investitionsfirma), Glencore International (internationaler Produzent und Anbieter von Rohstoffen), Tudou (chinesische Online-Videoplattform), Groupon (eCommerce-Betreiber). Zudem führten wir eine Folgeemission mit Blocktransaktion für Annaly Capital Management (den grössten börsengehandelten Hypotheken-Real-Estate-Investment-Trust) durch.
- **Fusionen und Übernahmen:** Bei zahlreichen bedeutenden Transaktionen, die im Verlauf des Jahres angekündigt wurden, waren wir als Berater tätig. Hierzu zählen etwa der Verkauf des US-Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom, T-Mobile USA, an das US-amerikanische Telekomunternehmen AT&T, die Übernahme des globalen Verpackungsherstellers Graham Packaging Company durch den globalen Verpackungshersteller und -lieferanten Reynolds Group, der Verkauf des weltweit tätigen Medizinal-

technikunternehmens Synthes an den führenden Hersteller von Gesundheitsprodukten Johnson & Johnson, die Übernahme von Medco Health Solutions, einem US-amerikanischen Pharmacy Benefit Manager, durch die in dieser Branche in den USA führende Express Scripts sowie die Übernahme des Erdgasunternehmens Southern Union Company aus den USA durch Energy Transfer Equity, L.P., einen US-amerikanischen, diversifizierten Energieversorger, und der Verkauf von John Woods Supportgeschäft für die Ölindustrie an die General Electric, die global in den Bereichen Infrastruktur, Finanz und Medien tätig ist.

Entwicklung des Marktanteils:

- In den jüngsten Umfragen von *Greenwich Associates* erhielten wir von Instituten in den USA und Europa Anerkennung für unsere führenden Aktienprogrammhandels- und elektronischen Handelskapazitäten.
- In der Fixed Income Trading Survey 2011 für Nordamerika von *Greenwich Associates* steigerten beziehungsweise hielten wir unseren Marktanteil in allen massgeblichen Geschäftsbereichen und verbesserten unseren Marktanteil im Cash-Handel mit Investment-Grade-Produkten wesentlich.
- Laut *Dealogic* stehen wir bezüglich Marktanteil an den weltweiten angekündigten Fusionen und Übernahmen im Jahr 2011 erneut – wie schon im Vorjahr – auf Rang vier.
- Dieselbe Plattform stufte uns für 2011 weltweit unter den ersten fünf Häusern in den globalen Aktienmärkten ein, wobei unser Marktanteil auf 7,1% stieg (Vorjahr: Rang sechs, Marktanteil 5,7%).
- Unser Share of Wallet in der Region Asia Pacific (ohne Japan) rückte gemäss *Dealogic* von Rang zwei bei einem Marktanteil von 7,2% im Jahr 2010 auf Rang eins bei einem Marktanteil von 8,5% im Jahr 2011 vor. In Europa, dem Nahen Osten und Afrika behaupteten wir uns auf Rang vier und erhöhten unseren Share of Wallet 2011 auf 6,3% (Vorjahr 5,7%).

Produkte und Dienstleistungen

Mit unserer umfassenden Palette an Produkten und Dienstleistungen wollen wir den Bedürfnissen unserer anspruchsvollen Kunden gerecht werden. Wir verwenden vermehrt integrierte Plattformen zur Sicherstellung von Effizienz und Transparenz. Unsere Aktivitäten sind in zwei Funktionsbereiche unterteilt: Investment Banking und Global Securities. Die Aktivitäten im Investment Banking sind nach Branchen, Produkten und Ländern gegliedert. Zu den Branchen gehören Energie, Banken und Versicherungen, Financial Sponsors, Industrie und Dienstleistungen, Gesundheit, Medien und Telekommunikation, Immobilien und Technologie. Die Produkt-

gruppen umfassen Fusionen und Übernahmen sowie Finanzierungsprodukte. Im Bereich Global Securities sind unsere Aktivitäten in den Märkten für Anleihen, Devisen, Rohstoffe, Derivate und Cash-Equities breit diversifiziert, und wir bieten unter anderem Verkauf, Strukturierung, Handel, Finanzierung, Prime Brokerage, Syndizierung und Neuausgabe. Dabei stehen das Kundengeschäft und Broker-Dealer-Transaktionen im Einklang mit der wachsenden Nachfrage nach weniger komplexen und liquideren Produkten und Strukturen im Mittelpunkt.

Investment Banking

Aktien- und Anleihenemissionen

Der Bereich Equity Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Aktien bei Börsengängen (Initial Public Offerings) sowie bei der Ausgabe von Stamm- und Wandelaktien, Übernahmefinanzierungen und anderen Aktienemissionen. Der Bereich Debt Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Unternehmens- und Staatsanleihen.

Beratungsdienstleistungen

Dieser Bereich bietet Kunden Beratungsdienstleistungen in allen Aspekten von Fusionen und Übernahmen, Unternehmensverkäufen und -umstrukturierungen, Veräusserungen und Übernahme-Abwehrstrategien. Die Fund-linked Products Group ist verantwortlich für die Strukturierung, das Risikomanagement sowie den Vertrieb von strukturierten Fonds und alternativen Anlageprodukten und entwickelt innovative, massgeschneiderte Produkte und Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse.

Global Securities

Global Securities bietet Firmenkunden, staatlichen Körperschaften sowie institutionellen Kunden Zugang zu einer umfassenden Palette von Schuld- und Beteiligungstiteln, derivativen Produkten und Finanzierungsmöglichkeiten im gesamten Kapitalspektrum. Global Securities ist in folgende Bereiche unterteilt:

Fixed Income

- Zinsprodukte: Global Rates Products ist ein weltweiter Market Maker in den Kassa- und Derivatemärkten und ein Primärhändler in zahlreichen Hoheitsgebieten wie den USA, Europa und Japan. Diese Tätigkeit deckt ein umfassendes Spektrum an Staatsanleihen, Zinsswaps und Optionen sowie das Angebot von Lösungen zum Management von Forderungen oder Liquiditätsfragen ab.
- Foreign Exchange: Der Bereich Foreign Exchange ist für das Market Making in Produkten wie Spot-Handel und Optionen auf Währungen in Industrieländern zuständig. Das Angebot an Devisenprodukten umfasst auch im

Hause entwickelte marktführende Technologien für Kundenlösungen im elektronischen Handel.

- Credit Products: Der Bereich Credit Products bietet eine umfassende Palette an festverzinslichen Produkten und Instrumenten, die von Investment-Grade- bis zu hochverzinslichen Produkten reichen und klassische Schuldinstrumente, Credit Research sowie fondsgebundene Produkte, derivative Instrumente und strukturierte Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse umfassen. Wir zählen zu den führenden Händlern im Flow-Trading von Single-Name-CDS auf Einzelkredite, Credit-linked Notes und Index Swaps. Investment Grade handelt mit inländischen Anleihen von Staaten und Unternehmen, nicht wandelbaren Vorzugsaktien und Wertschriften mit kurzer Laufzeit wie variabel verzinslichen Notes und ◊Commercial Papers. Leveraged Finance stellt Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienste zur Verfügung sowie Core-Leveraged-Credit-Produkte wie Bankkredite, Überbrückungskredite und hochverzinsliche Anleihen für Unternehmen ohne Investment-Grade-Rating und solche, die von Finanzinvestoren gehalten werden.
- Securitized Products: Der Bereich Securitized Products befasst sich mit dem Handel, der Verbriefung, der Syndizierung, dem Underwriting und dem Research für verschiedene Arten von Wertschriften, insbesondere ◊Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS). Beide genannten Geschäftsbereiche basieren auf Pools von Vermögenswerten und umfassen sowohl staatlich oder durch staatliche Agenturen besicherte Darlehen als auch Ausleihungen an Private.
- Emerging Markets: Der Bereich Emerging Markets bietet ein umfassendes Angebot an Fixed-Income-Produkten und -Instrumenten, einschliesslich Unternehmens- und Staatsanleihen, derivativen Instrumenten in Lokalwährungen und Anlageprodukten nach Mass für diese Märkte.
- Commodities: Der Bereich Commodities umfasst den Handel von Erdöl, Erdgas und sonstigen Energieträgern sowie Basis-, Edel- und Nebenmetallen. Zum Commodity-Angebot zählen auch die von Credit Suisse Commodities entwickelten Benchmarkindizes.

Aktien

- Der Bereich Equity Sales bedient auf Basis unseres Research eine breite Kundengruppe mit umfangreichen Angeboten, Produkten und Dienstleistungen. Zu unseren Kunden gehören unter anderem Fonds, Anlageberater, Banken, Pensionskassen, Hedgefonds, Versicherungen und andere globale Finanzinstitute.

- Sales Trading ist die Verbindung zwischen dem Verkauf und dem Position-Trading. Sales Traders sind verantwortlich für die Steuerung der Kundenaufträge im Markt. Auch unterstützen sie unsere Kunden durch Research, Handelsideen und Kapitalengagements, identifizieren Markttrends und ermitteln die besten und effektivsten Ausführungen.
- Das Trading führt Kundenaufträge und eigene Aufträge aus und übernimmt das Market-Making bei öffentlich gehandelten Wertpapieren und ◊Over-the-Counter-Wertpapieren (OTC), börsengehandelten Fonds und Programmen und sorgt damit sowohl über Kapitalengagements als auch über das Risikomanagement für Liquidität am Markt.
- Der Bereich Equity Derivatives bietet Finanzinstituten, Hedgefonds, Vermögensverwaltern und Unternehmen ein umfassendes Angebot an aktienbezogenen Produkten, Anlageoptionen und Finanzierungslösungen, Know-how für komplexes Hedging und Risk Management sowie umfassende Ausführungskapazitäten.
- Der Bereich Convertibles Trading umfasst Sekundärhandel und Market-Making sowie den Handel mit CDS und Asset Swaps. Er stellt auch Marktinformationen und Research-Analysen zur Verfügung.
- Prime Services bietet eine breite Palette von Dienstleistungen für Hedgefonds und institutionelle Kunden, einschliesslich Prime Brokerage, Start-up-Dienstleistungen, Capital Introductions, Wertpapierleihen sowie synthetische und innovative Finanzierungslösungen.
- ◊Advanced Execution Services (AES®) umfasst fortschrittliche algorithmische Handelsstrategien, -instrumente und -analysen, welche die Credit Suisse im globalen Aktienhandel einsetzt. AES® unterstützt Institutionen und Hedgefonds bei der Reduktion von Marktauswirkungen, indem es Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und Ausführung von Kundenaufträgen einsetzt. Als anerkannter Marktführer auf diesem Gebiet bietet AES® über mehr als 45 Handelssysteme Zugang zu Börsen in 35 Ländern weltweit.

Arbitragegeschäfte

Der Bereich Arbitrage Trading umfasst in erster Linie mit quantitativen und liquiden Handelsstrategien in den wichtigsten weltweiten Aktien- und Fixed-Income-Märkten.

Sonstige

Sonstige Produkte und Aktivitäten sind Kreditgeschäfte, Private-Equity-Beteiligungen, die nicht unter der Division Asset Management geführt werden, bestimmte Immobiliengeschäfte und notleidende Aktiven. Kreditgeschäfte beinhalten erstrangige Bankanleihen in der Form von Konsortialkrediten und

Kreditzusagen an Investment-Grade- und Nicht-Investment-Grade-Kunden.

Research und HOLT

Unsere Tätigkeiten werden durch Research- und HOLT-Funktionen massgeblich unterstützt.

Die Equity-Research-Teams setzen umfangreiche und teilweise proprietäre Methoden und Datensätze für die Analyse von rund 3 000 Unternehmen weltweit ein. Makroökonomische Analysen ergänzen die umfassende Unternehmensbewertung.

HOLT bietet einen der schnellsten und fortschrittlichsten Ansätze zur Performancemessung, Bewertung und Strategieanalyse von über 20 000 Unternehmen in mehr als 64 Ländern.

Asset Management

Geschäftsprofil

Das Asset Management bietet weltweit Anlagelösungen und Dienstleistungen an. Zu unserem breiten Kundenkreis zählen Pensionskassen, staatliche Körperschaften, Stiftungen, Unternehmen und Privatpersonen. Wir investieren in eine breite Palette von Anlagekategorien mit einem Fokus auf alternative Anlagen, Emerging Markets, Asset Allocation und traditionelle Anlagen. Unsere Anlagespezialisten ermöglichen unseren Kunden Zugang zu erstklassigen Produkten und kundenspezifischen Gesamtlösungen und dadurch eine solide Anlageperformance. Per Ende 2011 beliefen sich die von uns verwalteten Vermögen auf CHF 408,0 Mia.

Im Bereich alternative Anlagestrategien zählen wir mit verwalteten Vermögen von CHF 190,9 Mia. per Ende 2011 zu den führenden Anbietern. Zu den alternativen Anlagestrategien gehören Hedgefonds-Strategien, Private Equity, Immobilien und Rohstoffe, Kreditanlagen, Exchange-traded Funds (ETFs) sowie Indexstrategien. Unser Geschäft mit alternativen Anlagen ist in Emerging Markets wie etwa Brasilien und China gut positioniert.

Traditionelle Anlagestrategien mit verwalteten Vermögen von CHF 216,2 Mia. per Ende 2011 umfassen Multi-Asset Class Solutions und andere traditionelle Anlagestrategien, vor allem in der Schweiz, wo wir zu den Branchenführern zählen. Im Bereich Multi-Asset Class Solutions bieten wir unseren Kunden auf der ganzen Welt massgeschneiderte Asset-Allocation-Produkte an und verfügen über verwaltete Vermögen von CHF 109,9 Mia. Bei den sonstigen traditionellen Anlagestrategien mit verwalteten Vermögen von CHF 106,3 Mia. investieren wir in festverzinsliche Anlagen und Aktienmärkte und bieten institutionelle Vorsorgeberatung.

Wir pflegen Partnerschaften mit führenden Investment Managern auf der ganzen Welt. Dank unseren strategischen Allianzen und Joint Ventures können wir unseren Kunden Zugang zu wichtigen Anlagemöglichkeiten in einer Vielzahl von Anlagekategorien gewähren. Im Rahmen unseres kundenorientierten, integrierten Geschäftsmodells koordinieren und nutzen wir zunehmend Synergien mit den Divisionen Private Banking und Investment Banking. In enger Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern streben wir für unseren Kunden erstklassige Lösungen an.

Unsere Fonds umfassen Direktanlagen sowie Anlagen in Personengesellschaften, die ihrerseits direkt oder über Fonds in Portfoliounternehmen investieren.

Eckdaten – Asset Management

	im Jahr / Ende		
	2011	2010	2009
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	2 146	2 332	1 842
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	553	503	35
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)	408.0	425.8	416.0
Anzahl Mitarbeitende	2 700	2 900	3 100

Strategie

Branchentrends und Wettbewerb

Das Asset-Management-Geschäft erwies sich als belastbar und setzte seine Erholung von der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2011 fort, so dass die verwalteten Vermögen wieder auf die früheren Spitzenwerte stiegen. Dennoch verhielten sich die Anleger konservativ und engagierten sich nur zögerlich in riskanteren Anlageklassen. Bei den alternativen Anlagen zeichnete sich in der Hedgefonds-Industrie eine erneute Nachfrage seitens der Anleger ab, insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2011, wobei der Grossteil der Mittelzuflüsse den «Marken»-Managern mit Spitzenperformance zugutekam. Die Kreditstrategien zogen dank des Relative Value in den Nicht-Investment-Grade-Märkten auch in diesem Jahr Kundengelder an. Die Mittelbeschaffung für illiquide Anlagen gestaltete sich nach wie vor anspruchsvoll, insbesondere im Private-Equity- und Immobilienbereich. Bei den traditionellen Anlageklassen blieben die Anleger weiterhin vorsichtig angesichts der volatilen Märkte und der makroökonomischen Unsicherheit. Die Nachfrage nach passiven Vehikeln wie etwa ETFs und Indexprodukten blieb 2011 robust, während die Anleihen- und Aktienprodukte in den Schwellenländern ihre starke Dynamik beibehielten.

Das regulatorische Umfeld hat sich im Jahr 2011 weiter entwickelt und wird dies wohl weiter tun. Im Oktober 2011 gaben die US-Aufsichtsbehörden Vorschläge zur Umsetzung

der Volcker Regel im Rahmen des Dodd-Frank Act heraus. Diese Vorschriften werden unser Sponsoring und unsere Anlagen in bestimmten Private-Equity- oder Hedgefonds einschränken. Neben den Änderungsvorschlägen im Bereich der alternativen Anlagen in Europa beschleunigen diese Änderungen den Trend hin zu einfacheren, stärker regulierten Fondsstrukturen weiterhin. Er verstärkte sich zudem durch das Bedürfnis der Anleger nach umfassenderer Transparenz und besserem Risikomanagement. Zumeist gilt für derartige aufsichtsbehördliche Massnahmen eine Umsetzungsfrist von mehreren Jahren.

Die Restrukturierungen im Vermögensverwaltungsgeschäft setzten sich im Berichtsjahr fort, da Effizienzsteigerungen und in bestimmten Fällen auch die Deckung neuer Eigenmittelanforderungen anstanden. Parallel hierzu tätigten die führenden Vermögensverwalter weitere Investitionen in neue strategische Initiativen. Viele unserer Mitbewerber zählten den Ausbau der Schwellenländeraktivitäten, insbesondere im Bereich alternative Anlagen, zu ihren Schlüsselinitiativen. Bei letzteren strebten sie nach Angebotsverbreiterungen und führten ihre Expansion in das Privatkundensegment durch Auflegung von regulierten Produkten fort.

Entwicklung unserer Strategie

Wir konzentrieren uns weiterhin auf alternative Anlagestrategien, Emerging Markets, Asset Allocation und das traditionelle Geschäft in der Schweiz. Im Rahmen der Entwicklung unserer Strategie planen wir eine Erweiterung unseres Produktangebots für Kunden in Zusammenarbeit mit dem Private Banking und dem Investment Banking, eine Ausweitung unserer gebührenabhängigen Erträge und weitere Kostensenkungen durch die Optimierung unserer Plattform und Outsourcing. Einige der wichtigsten Initiativen, denen wir uns künftig widmen:

- Erzielung einer kontinuierlich starken Anlageperformance;
- Ausbau unseres Angebots an liquiden alternativen Produkten durch zusätzliche Hedgefonds und Dach-Hedgefonds;
- gezielter Einsatz von Ressourcen in Wachstumsmärkten und Aufbau skalierbarer Schwellenmarktprodukte;
- weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit Private Banking sowie des Vertriebs von Asset-Management-Produkten und -Dienstleistungen an Private-Banking-Kunden;
- fortlaufende Umsetzung unseres Kundenbetreuungskonzepts in Übereinstimmung mit unserem regionalen Vertriebsmodell; und
- weitere Verschlankeung und Vereinfachung unseres Middle- und Back-Office.

Einige zentrale und wichtige Beispiele für unsere Fortschritte im Jahr 2011:

- Aufnahme von CHF 1,5 Mia. über unseren sekundären Private-Equity-Fonds und von mehr als CHF 850 Mio. über unsere grünen, internationalen und globalen Immobilienfonds;
- Auflegung eines neuen Fonds mit Schwerpunkt Collateralized Loan Obligations und einem Vermögen von über CHF 300 Mio.;
- Ausweitung unseres ETF-Angebots auf 58 in Zusammenarbeit mit dem Private Banking, Börseneinführung von zwei Aktien- und zwei Geldmarktfonds an der SIX Swiss Exchange;
- strategische Vereinbarung mit HDFC Asset Management Company Ltd (HDFC AMC), einem der grössten Vermögensverwaltungsinstitute Indiens, zwecks Übernahme des Exklusivvertriebs der Anlageprodukte von HDFC AMC ausserhalb Indiens;
- Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an Lucidus Capital Partners LLP, einer rasch wachsender Long/Short-Credit-Manager mit Büros in London und New York, seitens Asset Management Finance LLC;
- erfolgreicher Antrag auf eine Lizenz zum Angebot von Portfoliomanagement-Dienstleistungen an unsere Kunden in Hongkong zur Ausweitung unseres globalen Multi-Asset-Class-Solutions-Geschäfts; und
- ausgezeichnete Klassifizierung in den 2011 Lipper Fund Awards für sechs Schweizer und luxemburgische Fonds mit im Konkurrenzvergleich konsistent hervorragender risikoadjustierter Performance.

Produkte und Dienstleistungen

Das Asset Management bietet ein Produktsortiment aus alternativen und traditionellen Produkten für institutionelle und Privatkunden. Wir erreichen unsere Kunden über eigene Vertriebskanäle, die Divisionen Private Banking und Investment Banking sowie externe Vertriebskanäle. Ausserdem bieten wir Anlagestrategien im Rahmen von wesentlichen Joint Ventures mit externen Asset Managern in verschiedenen Regionen und Anlageklassen an.

Alternative Anlagestrategien

Wir sind marktführend in alternativen Anlagen. Die Produkte umfassen Private Equity, Immobilien sowie liquide Strategien einschliesslich Single-Manager-Hedgefonds-, Multimanager-Hedgefonds, Kreditstrategien, Rohstoffe sowie ETF- und Indexstrategien. Ausserdem bieten wir eine breite Palette an Strategien für Schwellenländer mit einem hohen Wachstumspotenzial an, die beispielsweise über Hedgefonds, Private Equity, Immobilien, Indexstrategien sowie Anleihen- und Aktienlösungen umgesetzt werden.

Dank der Vielzahl angebotener Private-Equity-Fonds können wir gezielt auf die Kundenbedürfnisse eingehen. Unsere für massgeschneiderte Anlagefonds zuständige Abteilung stimmt die Fondsstrategien speziell auf die Private-Equity-Bedürfnisse unserer Kunden ab. Unsere Mezzanine-Fonds nutzen Nachrangdarlehen zusammen mit Aktien zur Investition in private Gesellschaften, während unsere Sekundärfonds Präferenzen für frühe Liquidität in bestehenden Private-Equity-Anlagen nutzen. Zudem stellen wir Anlagevehikel für Infrastruktur, Rohstoffe und Emerging Markets zur Verfügung.

Unser Immobilienkerngeschäft zielt darauf ab, den Anlegern stabile, attraktive Cashflows zu bieten, wobei das aktive Portfoliomanagement der Reduktion der Volatilität dient.

Im Bereich liquide Strategien bieten wir sowohl Zugang zu verschiedenen Anlagen über aktive als auch über passive Anlagestrategien. Im Rahmen unserer aktiven Anlagestrategien bietet unsere Einzelmanager-Hedgefonds-Plattform Zugang zu führenden internen Hedgefonds-Managern sowie über Partnerschaften zu erstklassigen Partnern. Des Weiteren haben wir aktiv verwaltete Dach-Hedgefonds mit verschiedenen Strategien im Angebot, darunter Event-Driven-, Emerging-Market-, Convertible-Arbitrage-, Fixed-Income-Arbitrage-, Global-Macro-, Managed-Futures-, Volatility-Arbitrage- sowie Long/Short-Anlagen.

Darüber hinaus bieten wir hoch liquide, systematische Engagements in den Aktien-, Anleihen-, Immobilien-, Rohstoff-, Volatilitäts- und Hedgefonds-Märkten über Enhanced-Index- oder passive Anlagestrategien. Unsere Indexlösungen und ETF-Produkte bieten institutionellen und Privatkunden den kostengünstigen Zugang zu einer breiten Palette von Anlagekategorien. Der Bereich liquide Strategie umfasst zudem mit dem Dow Jones Credit Suisse Hedge Fund Index einen der weltweit führenden Hedgefonds-Indizes.

Im Bereich Kreditstrategien konzentrieren wir uns darauf, in den Nicht-Investment-Grade-Märkten Alpha zu generieren und in diesem Zusammenhang den Relative Value unterschiedlicher Schuldverschreibungen und wirtschaftlicher Fluktuationen zu nutzen, die sich in den Kreditrisikoprämien niederschlagen. Dieser Geschäftsbereich spezialisiert sich ferner

auf die Verwaltung von fremdfinanzierten Finanzanlagen, wie Anleihen, High-Yield-Bonds und strukturierten Produkten.

In den Emerging Markets bieten wir eine Palette von brasilienorientierten Produkten durch Credit Suisse Asset Management Brasilien und Credit Suisse Hedging-Griffo an. Über unsere brasilianische Plattform steht eine Reihe von Produkten für institutionelle Anleger einschliesslich anleihen- und aktien- sowie Hedgefonds-basierter Lösungen zur Verfügung. Über unsere Beziehung zu ICBC in China können wir lokalen Kunden Anlageprodukte über das starke Vertriebsnetz von ICBC anbieten. Zudem sind wir eine Partnerschaft mit dem Asset-Management-Bereich von HDFC AMC, einem führenden Asset-Management-Haus in Indien, eingegangen, um unseren Kunden weltweit Zugang zu seinen Anlageprodukten zu ermöglichen.

Traditionelle Anlagestrategien

Bei den Multi-Asset Class Solutions entwickeln und bewirtschaften wir für unsere Kunden weltweit innovative Lösungen, die verschiedenste Anlageklassen umfassen. Unser Angebot reicht von weitgehend standardisierten Fondsprodukten bis hin zur massgeschneiderten Strukturierung ganzer Kundenportfolios. Unter Berücksichtigung der Anlageprinzipien, wie des Risikomanagements und der Asset Allocation, verfolgen wir einen aktiven, disziplinierten Anlageansatz. Wir entwickeln und implementieren kundenspezifische Investment-Allocation-Strategien in verschiedenen Anlagekategorien für private und institutionelle Kunden. Diese Lösungen können traditionelle Anlagen wie Bargeld, Anleihen und Aktien mit alternativen Anlagen kombinieren. Vermögensverwaltungsmandate werden nach dem Prinzip der offenen Architektur ausgeübt, so dass wir das Anlage-Know-how der besten Vermögensverwalter weltweit einbeziehen können.

Andere traditionelle Anlagestrategien umfassen eine Reihe von Anleihen- und Aktienfonds, die vor allem in der Schweiz verwaltet werden. Durch diese Strategien erhalten unsere Kunden Zugang zu vielfältigen globalen und regionalen Anlagestrategien sowie hochstehenden Anlageprozessen, Effizienz, Flexibilität, Liquidität und Transparenz.

Organisation und Regionen

Organisationsstruktur

Wir betreiben unser Geschäft in drei globalen Divisionen, die auch unserer Segmentberichterstattung entsprechen – Private Banking, Investment Banking und Asset Management. Im Rahmen unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Geschäftsstrategie koordinieren wir unsere Aktivitäten in vier Marktregionen: Schweiz; Europa, Naher Osten und Afrika; Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik. Darüber hinaus erbringt Shared Services Konzerndienstleistungen und geschäftsunterstützende Aktivitäten sowie unabhängige und wirksame Kontrollverfahren in folgenden Bereichen:

- Der Bereich Chief Financial Officer (CFO) umfasst 16 Funktionen, darunter Corporate Development, Corporate Real Estate and Services, Efficiency Management, Financial Accounting, Group Insurance, Group Financial Planning & Analysis, Investor Relations, New Business, Operations, Product Control, Tax und Treasury.
- Der Bereich General Counsel bietet Unterstützung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und trägt damit zur Wahrung des guten Rufs der Credit Suisse bei. Er bietet Beratung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und stellt den Mitarbeitenden das Fachwissen und die Mittel zur Einhaltung sämtlicher interner Richtlinien sowie externer Vorschriften, Verordnungen und Gesetze zur Verfügung.
- Der Bereich Chief Risk Officer (CRO) umfasst Strategic Risk Management, Credit Risk Management, Risk Analytics and Reporting und Operational Risk Oversight, die eng zusammenarbeiten, um eine strikte Risikokontrolle zu gewährleisten und dazu beizutragen, dass unser Risikokapital vernünftig eingesetzt wird.
- Der Bereich Chief Information Officer (CIO) arbeitet mit dem Geschäftsbereich zusammen, um Technologien im ganzen Geschäftsbereich zur Unterstützung der Ausführung und Produktbereitstellung zu nutzen. Er konzipiert innovative IT-Systeme und Plattformen zur Erfüllung der Bedürfnisse unserer Geschäftsbereiche und Shared Services. Dieser Bereich basiert auf funktionalen und regionalen Abteilungen.
- Die Funktion Talent, Branding and Communications umfasst Human Resources, Corporate Communications, Corporate Branding sowie Werbung. Human Resources ist bestrebt, hervorragende Mitarbeitende zu gewinnen, an das Unternehmen zu binden und zu fördern und gleichzeitig eine anregende Arbeitsumgebung für alle Mitarbeiten-

den zu schaffen. Corporate Communications bietet Unterstützung in den Bereichen Medienbeziehungen, Krisenmanagement, Führungs- und Mitarbeiterkommunikation, Branding und Sponsoring.

Weitere Funktionsbereiche, welche Unternehmensdienstleistungen erbringen, sind u. a. One Bank Collaboration und Public Policy. One Bank Collaboration fördert Initiativen zur divisionsübergreifenden Zusammenarbeit in der ganzen Gruppe und misst und kontrolliert Erträge aus der Zusammenarbeit unserer Geschäftsbereiche. Public Policy schützt und fördert die Interessen der Credit Suisse und stärkt ihren guten Ruf.

Die Chief Executive Officers (CEOs) der Divisionen und Regionen sind direkt dem CEO der Gruppe unterstellt. Zusammen mit dem CFO, CIO, CRO, General Counsel sowie dem Chief Talent, Branding and Communications Officer bildeten sie die Geschäftsleitung der Credit Suisse im Jahr 2011.

Mit unserer Struktur streben wir eine intensive divisionsübergreifende Zusammenarbeit an sowie eine gemeinsame Nutzung von Ressourcen in unseren vier Regionen. Die Regionen erfüllen verschiedene Funktionen zur Koordination und Unterstützung des globalen Geschäfts der drei Divisionen. Auf strategischer Ebene sind die Regionen verantwortlich für die Entwicklung des Unternehmens als Ganzes sowie für die Umsetzung regionaler Geschäftspläne, Projekte und Initiativen. Zudem überwachen sie die Finanzergebnisse in ihrem Marktgebiet. Jede Region ist verantwortlich für die Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden in ihrem Zuständigkeitsgebiet sowie für das regulatorische Risk Management und die Lösung von Angelegenheiten auf regionaler Stufe oder in den einzelnen Ländern. In den Verantwortungsbereich der Regionen gehören zudem die Kunden- und Mitarbeiterbetreuung, die Koordination der Shared-Services-Leistungen sowie die Geschäftsunterstützung in der Region.

Marktregionen

Schweiz

Die Schweiz, unser Heimmarkt, umfasst ein breites Geschäftsportfolio. In der Schweiz sind etwa 21 200 Mitarbeitende für die Credit Suisse tätig. Die Division Private Banking umfasst unsere beiden Bereiche Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients. Im Bereich Wealth Management Clients steht unseren Kunden ein ausgeprägtes

Leistungsangebot zur Verfügung, das eine globale Reichweite mit einem strukturierten Beratungsprozess und dem Zugang zu einer breiten Palette innovativer Produkte und Dienstleistungen verbindet, die auf die verschiedenen Kundengruppen – von Privatkunden bis zu äusserst vermögenden Kunden – zugeschnitten sind. Im Bereich Corporate & Institutional Clients bieten wir erstklassige Beratung und Lösungen für ein breites Spektrum an Bankdienstleistungen an, wie Ausleihungen, Cash- und Liquiditätsmanagement, Handelsfinanzierungen, Unternehmensfinanzierungen, Anlagelösungen, Global Custody sowie Asset & Liability Management. Unter den Kunden finden sich kleine und mittlere Unternehmen, Weltkonzerne, Rohstoffhändler, Banken und schweizerische Pensionskassen. Die Division Investment Banking bietet ihrem Schweizer Kundenstamm ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen an. Sie hält marktführende Positionen im Schweizer Kredit- und Kapitalmarkt sowie in der Fusions- und Übernahmeberatung. Die Division Asset Management hat eine marktführende Stellung im traditionellen Schweizer Geschäft und bietet zudem eine breite Auswahl an alternativen Anlageprodukten und Multi-Asset Class Solutions.

Europa, Naher Osten und Afrika

Wir sind in der Region Europa, Naher Osten und Afrika in 31 Ländern tätig, wo wir rund 9 200 Mitarbeitende in 74 Geschäftsstellen beschäftigen. Unser Hauptsitz in der Region liegt in Grossbritannien, wir unterhalten jedoch Onshore-Präsenzen in allen wichtigen Ländern. Die Region Europa, Naher Osten und Afrika umfasst sowohl entwickelte Märkte wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien als auch Emerging Markets wie Russland, Polen, die Türkei und den Nahen Osten. Wir setzen unsere kundenorientierte, integrierte Strategie auf Länderebene um und sind für Firmenkunden, staatliche Körperschaften sowie institutionelle und private Kunden tätig. Alle drei Divisionen sind in der Region Europa, Naher Osten und Afrika stark vertreten. Das Investment Banking bietet ein komplettes Spektrum an Finanzberatungsdiensten an und besitzt solide Marktanteile bei vielen Schlüsselprodukten und in vielen Schlüsselmärkten. Das Private Banking generiert nach wie vor solide Netto-Neugelder in der Region und entwickelt seine Angebote für sehr vermögende Privatkunden weiter. Das Asset Management konzentriert sich weiterhin auf den Vertrieb vielfältiger Anlageprodukte und den Ausbau der ETF-Plattform. Um unsere

Ressourcen optimal zu nutzen, fördern wir die Zusammenarbeit unserer Mitarbeitenden über die Divisionsgrenzen hinweg. So können wir unseren Kunden massgeschneiderte Lösungen bieten.

Nord- und Südamerika

Die Region Nord- und Südamerika umfasst Aktivitäten in den USA, in Kanada, in der Karibik sowie in Lateinamerika und beschäftigt rund 11 700 Mitarbeitende. In den USA konzentrieren wir uns auf das Kerngeschäft mit Kunden (Flow-based Businesses) im Investment Banking sowie auf die Nutzung der Marktanteile, die wir kapitaleffizient hinzugewonnen haben. Im Private Banking entwickeln wir unsere Onshore-Vermögensverwaltung in den USA, in Brasilien und in Mexiko weiter und sehen grosses Potenzial für integrierte, divisionsübergreifende Lösungen. Das weitere Wachstum unseres Geschäfts mit alternativen Anlagen steht im Zentrum unserer gezielten Wachstumsstrategie im Asset Management. In Lateinamerika, namentlich in unseren Schlüsselmärkten Brasilien und Mexiko, konzentrieren wir uns nach wie vor darauf, unseren Kunden ein komplettes Angebot an divisionsübergreifenden Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Asien-Pazifik

Die Credit Suisse ist auf 12 Märkten in der Region Asien-Pazifik mit 7 600 Mitarbeitenden tätig und gehört dort zu den grössten internationalen Banken. Wir haben stark in unsere Präsenz in entscheidenden Märkten wie Australien, China, Hongkong, Korea, Japan und Indien investiert, erweitern unsere Angebotspalette in Ländern, in denen wir einen Wettbewerbsvorteil besitzen, und haben neue vielversprechende Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Das Private Banking unterhält Hauptzentralen in Singapur und Hongkong und nutzt unsere Investment-Banking- und Asset-Management-Aktivitäten, um unseren Kunden integrierte Lösungen anzubieten. Das Investment Banking baut seine Präsenz in wichtigen Märkten weiter aus und gehört zu den führenden Akteuren in Südostasien. Das Asset Management in der Region Asien-Pazifik arbeitet als weltweit integriertes Geschäft eng mit dem Private Banking und dem Investment Banking zusammen und bietet eine hochqualitative Anlageperformance mit Schwerpunkt auf alternative Anlagen, Vermögensstruktur und Emerging Markets.

Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden

Überblick

Unsere Aktivitäten unterstehen in den Ländern, in denen wir Standorte, Niederlassungen und Tochtergesellschaften haben, lokalen Aufsichtsbehörden. Die Aufsicht über unser Bankgeschäft, das Investment-Banking-Geschäft und das Asset-Management-Geschäft liegt unter anderem bei Zentralbanken, Bankaufsichtsbehörden, der Finanzdienstleistungsaufsicht, bei Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörden und bei Selbstregulierungsorganen von Branchenverbänden. Der aufsichtsrechtliche Rahmen in den Ländern, in denen wir tätig sind, kann sich bis zu einem gewissen Grad auf unsere Möglichkeiten auswirken, neue Märkte zu erschliessen, unsere Dienstleistungen und Produkte in den angestammten Ländern zu gestalten sowie spezifische Aktivitäten zu strukturieren. Wir erfüllen die regulatorischen Vorschriften in allen wesentlichen Aspekten und halten die Eigenmittelanforderungen ein.

Die für uns wichtigsten Aufsichtsbehörden in der Schweiz, in den USA und in Grossbritannien koordinieren ihre Tätigkeit. Die wichtigsten gesetzlichen Auflagen und Vorschriften, die unsere Aktivitäten betreffen, sind nachstehend aufgeführt.

Als Reaktion auf die extrem schwierigen Bedingungen, die seit der zweiten Jahreshälfte 2007 an den Finanz- und Kreditmärkten herrschen, konzentriert sich die Arbeit der für uns wichtigsten Aufsichtsbehörden auf die Reform des Regelwerks für die Tätigkeit der Finanzinstitute. Einige der bedeutsameren kürzlich vorgeschlagenen und erlassenen regulatorischen Auflagen sind nachstehend aufgeführt.

- ▶ Siehe «Risikofaktoren» im Anhang für weitere Informationen bezüglich Risiken, die sich im Zusammenhang mit regulatorischen Auflagen ergeben können.

Jüngste regulatorische Entwicklungen und Vorschläge

Weltweit reagierten die Regierungen und Aufsichtsbehörden auf die Finanzkrise mit zahlreichen Vorschlägen und Erlassen zur Reform des regulatorischen Rahmenwerks für die Tätigkeit von Finanzinstituten wie der Credit Suisse Group. Insbesondere zahlreiche Vorschläge und Erlasse von supranationalen Organisationen sowie seitens der zuständigen Instanzen in der Schweiz, den USA, der EU und Grossbritannien könnten wesentliche Folgen für unsere Geschäftstätigkeit haben. Obwohl wir von regulatorisch bedingten Kostensteigerungen und höheren Kapitalanforderungen, von denen alle grossen

Finanzdienstleistungsunternehmen (einschliesslich der Gruppe) betroffen sein werden, ausgehen, können wir keine Prognosen über die Auswirkungen der vorgeschlagenen neuen Regulierungen auf unsere Geschäftstätigkeit oder unsere Ergebnisse abgeben. Während diese und andere Finanzreformvorschläge diskutiert werden, muss unseres Erachtens die regulatorische Reaktion auf internationaler Ebene eng koordiniert werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Auch muss sie sorgfältig abgestimmt werden, um die Stabilität des Finanzsektors und der Weltwirtschaft zu wahren. Diese regulatorischen Entwicklungen könnten zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit limitieren beziehungsweise einschränken. Unsere Ausgangslage für diese Reformen ist indessen gut, da wir unser Risiko abgebaut haben und nach wie vor über eine solide Kapitalausstattung, Refinanzierung und Liquiditätsausstattung verfügen.

Basler Regelwerk

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) das Basel-III-Regelwerk, das höhere Mindestkapitalanforderungen, neue Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, angepasste risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsvorschriften vorsieht. Dieses Regelwerk zielte auf eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors ab. Die neuen Eigenkapitalanforderungen und Kapitalpuffer verpflichten die Banken, mehr Kapital, vor allem in Form von hartem Kapital (Common Equity), zu halten. Die neuen Eigenkapitalanforderungen werden zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2019 schrittweise eingeführt.

Vor der Veröffentlichung des Regelwerks sprach sich die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) im November 2010 für den Vorschlag des Basler Ausschusses aus. Alle G-20-Nationen müssen die neuen Richtlinien umsetzen, wobei es jedem G-20-Land freisteht, noch strengere oder andere Anforderungen einzuführen.

Das internationale Regelwerk für die Messung, die Vorschriften und die Überwachung von Liquiditätsrisiken unter Basel III enthält eine Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Die LCR-Kennzahl, die am 1. Januar 2015 im Anschluss an eine im Jahr 2011 eingeleitete Beobachtungsphase eingeführt werden soll, betrifft das Liquiditätsrisiko über einen Zeithorizont von 30 Tagen. Die NSFR-Kennzahl, die am 1. Januar 2018 im Anschluss an eine Beobachtungsphase, die 2012 begann, eingeführt werden

soll, stellt Kriterien auf für ein Minimum an stabiler Finanzierung, die einer Bank aufgrund der Liquidität ihrer Vermögenswerte und Aktivitäten über einen Zeithorizont von einem Jahr zur Verfügung steht. Der Basler Ausschuss hat angekündigt, die Auswirkungen dieser Liquiditätsvorschriften auf die Finanzmärkte, die Kreditvergabe und das Wirtschaftswachstum zu überprüfen, um sich mit unbeabsichtigten Folgen befassen zu können.

Mit der LCR soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten, qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den Liquiditätsbedarf für einen Zeithorizont von 30 Tagen zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten: dem Wert des Bestands an qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten in Stresssituationen und den gesamten Netto-Barmittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis zwischen dem Bestand an liquiden Vermögenswerten und den Netto-Barmittelabflüssen sollte mindestens 100% betragen.

Mit der NSFR soll gewährleistet werden, dass die Banken ein langfristiges Refinanzierungsprofil mit einer soliden Struktur und einem Horizont von über einem Jahr aufrechterhalten. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR. Die NSFR ist so strukturiert, dass die Refinanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Dabei definiert die NSFR das Verhältnis verfügbarer stabiler Refinanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Refinanzierungsmittel, wobei dieses Verhältnis immer mindestens 100% betragen sollte.

Gemäss Basel III werden die Mindestanforderungen an die Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1, CET1) von 2% auf 4,5% erhöht. Diese Erhöhung wird zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015 schrittweise eingeführt. Für diese Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) kommen bestimmte regulatorische Abzüge und andere Anpassungen des harten Kapitals (Common Equity), die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 1. Januar 2018 umgesetzt werden, zur Anwendung. Dazu gehören der Abzug von latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, Goodwill, immateriellen Vermögenswerten sowie Investitionen in Bank- und Finanzinstitute. Ausserdem erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Kernkapitalquote (Tier 1) von 4% auf 6% zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015.

Mit Basel III wird ausserdem eine zusätzliche Anforderung an das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1), ein sogenannter Kapitalerhaltungspuffer von zusätzlichen 2,5%, eingeführt, der in Zeiten von finanziellem oder wirtschaftlichem Stress Verluste absorbieren soll. Banken, die keinen

entsprechenden Puffer aufweisen, werden nur beschränkt in der Lage sein, Dividenden auszuschütten oder ermessensabhängige Bonuszahlungen oder andere Gewinnverteilungen vorzunehmen. Der neue Kapitalerhaltungspuffer wird ab 1. Januar 2016 schrittweise eingeführt und am 1. Januar 2019 vollständig in Kraft treten.

Des Weiteren ist unter Basel III ein zusätzlicher antizyklischer Kapitalpuffer von bis zu 2,5% vorgesehen, der aus hartem Kernkapital (Common Equity Tier 1) oder sonstigem Kapital, das eine volle Verlustabsorption gewährleistet, zusammengesetzt ist. Diese Anforderung wird voraussichtlich von den nationalen Aufsichtsbehörden auferlegt werden, wenn diese der Auffassung sind, dass das Kreditwachstum zu hoch sei und zu systemweiten Risiken führe.

Die meisten Kapitalinstrumente, welche die strengen Kriterien für den Einbezug in das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1) unter Basel III nicht erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2013 ausgeschlossen. Kapitalinstrumente, die nicht mehr zum äusseren Kernkapital (Non-Core Tier 1) beziehungsweise zum ergänzenden Kapital (Tier 2) zählen, werden ab 1. Januar 2013 über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise auslaufen. Zudem werden Instrumente mit einem Anreiz zur Tilgung vor ihrer effektiven Fälligkeit, sofern vorhanden, an ihrem effektiven Fälligkeitsdatum, in der Regel am Datum des ersten Step-up-Coupons, auslaufen.

Im Januar 2011 veröffentlichte der Basler Ausschuss Anforderungen, nach denen alle Klassen von Kapitalinstrumenten zum Zeitpunkt drohender Insolvenz («point of non-viability») Verluste vollumfänglich absorbieren müssen, bevor Überwälzungen an die Steuerzahler erfolgen. Von Banken emittierte Finanzinstrumente zählen zum zusätzlichen Kernkapital (Tier 1) oder ergänzendem Kapital (Tier 2), wenn sie die betreffenden Mindestanforderungen erfüllen.

Im November 2011 gab der Basler Ausschuss die definitiven Vorschriften für globale systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks, G-SIBs) heraus. Darin wurde die Methode zur Beurteilung, ob ein Bankinstitut als G-SIB betrachtet werden sollte, beschrieben und es wurden zusätzliche Kapitalanforderungen für diese Institute festgelegt. Laut den Vorschriften stellen G-SIBs für das Finanzsystem ein grösseres Risiko dar und müssen deshalb nicht nur die Anforderungen von Basel III erfüllen, sondern auch in der Lage sein, entsprechend grössere Verluste zu tragen. Die zusätzlichen Anforderungen sind mit Bedingungen an das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1) von 1% bis 2,5% zu erfüllen, je nach Systemrelevanz der betreffenden Bank. Für Banken mit dem höchsten G-SIB-Zuschlag kann eine zusätzliche Verlustabsorption von 1% auferlegt werden, um sie von weiterem systemrelevantem Wachstum abzuhalten. Die zusätzlichen Anforderungen an G-SIBs werden parallel zu dem Kapitaler-

haltungs- und dem antizyklischen Puffer gemäss Basel III ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum Jahresende 2018 eingeführt. Das Financial Stability Board hat die Credit Suisse als G-SIB eingestuft.

Schweiz

Im September 2011 verabschiedete das Schweizer Parlament die «Too Big to Fail»-Regulierungen für Grossbanken. Sie traten am 1. März 2012 in Kraft und umfassen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen sowie Vorschriften zur Risikodiversifikation. Die Gesetzgebung zur Eigenkapitalausstattung baut auf Basel III auf, geht aber über die dortigen Mindestanforderungen hinaus und verlangt von der Gruppe und der Bank, die beide als systemrelevante Finanzinstitute (Systemically Important Financial Institution, SIFI) gelten, dass sie ab dem 1. Januar 2019 ein hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) von mindestens 10% der risikogewichteten Aktiven und Wandlungskapital oder anderes anrechenbares Kapital im Umfang von bis zu 9% der risikogewichteten Aktiven aufweisen. Diese neuen Vorschriften zur Eigenmittelausstattung verlangen von uns drei Kapitalkomponenten: (i) eine grundlegende Mindestausstattung an hartem Kernkapital (Common Equity Tier 1) von 4,5% der risikogewichteten Aktiven einer Bank, (ii) einen Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 8,5% der risikogewichteten Aktiven, bei dem mindestens 5,5% aus hartem Kernkapital (Common Equity Tier 1) und bis zu 3% aus bedingtem Kapital in Form von bedingten Pflichtwandelanleihen mit einem hohen Trigger (7% der risikogewichteten Aktiven) bestehen, und (iii) einer progressiven Kapitalkomponente in Höhe von 6% der risikogewichteten Aktiven, die zur Gänze aus bedingtem Kapital mit einem niedrigeren Trigger (5% der risikogewichteten Aktiven) bestehen kann und zu- oder abnehmen kann basierend auf unserem Marktanteil und der Grösse unserer Bilanz. Ein hoher Trigger bedeutet, dass die Anleihen Verlustabsorption durch Umwandlung in hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) sicherstellen oder abgeschrieben werden müssen, wenn die Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unter 7% fällt, und ein niedriger Trigger bedeutet, dass die Anleihen in hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) umgewandelt oder abgeschrieben werden müssen, wenn die Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unter 5% fällt. Diese bedingten Kapitalinstrumente müssen die Mindestanforderungen von Basel III für ergänzendes Kapital (Tier 2) (Nachrangigkeit, Verlustabsorption zum Zeitpunkt drohender Insolvenz und Mindestlaufzeit) erfüllen.

Im Rahmen der «Too Big to Fail»-Vorschriften haben SIFI zudem einen Sanierungs- und Abwicklungsplan (Recovery and Resolution Plan, RRP) zu erstellen und den RRP der FINMA zur Genehmigung vorzulegen. Wir müssen bis Ende 2012 einen RRP fertigstellen und den Bericht mindestens einmal pro

Jahr aktualisieren. Der «Sanierungs»-Teil des RRP muss Sanierungsmassnahmen aufführen, die einer Bank im Falle verschiedener schwerwiegender Stressereignisse zur Verfügung stehen, darunter Ereignisse, die von einzelfallspezifischen, systemischen, kapital- oder liquiditätsbezogenen Stressszenarien hervorgerufen werden. Zweck des Sanierungsplans ist es, Vorbereitungen für das Überleben der Bank unter derartigen Stressszenarien zu treffen. Im Rahmen des Plans muss ein Regulierungsrahmen mit eindeutigen Eskalations- und Entscheidungspunkten festgelegt werden, der auf bestehenden Kapital- und Liquiditätsplänen beruhen kann. Der «Abwicklungs»-Teil des RRP muss nachweisen, dass eine Bank auf geordnete Art und Weise abgewickelt werden kann, wobei die Fortführung der systemrelevanten Funktionen in der Schweiz (einschliesslich Zahlungsdienstleistungen und Zugang zu Sparguthaben) im Falle einer drohenden Insolvenz sichergestellt sein muss. Bei einem Abwicklungsszenario verfügt die FINMA über erhebliche Handlungsvollmachten, einschliesslich der Befugnis, den Verkauf der gesamten oder eines Teils der Bank zu erzwingen oder eine Überbrückungsbank zu schaffen. Es wird erwartet, dass eine Abwicklung typischerweise Rekapitalisierungsmassnahmen umfasst.

Entwürfe zu Ausführungsverordnungen mit näheren Details zu den Anforderungen der «Too Big to Fail»-Gesetzgebung wurden im Dezember 2011 vom Bundesrat zur Vernehmlassung vorgelegt. Die «Too Big to Fail»-Verordnungen zur Einführung der Gesetzgebung bedürfen der Genehmigung durch den Bundesrat und durch das Parlament. Es ist damit zu rechnen, dass die Ausführungsverordnungen 2012 abgeschlossen werden. Die neuen Anforderungen sollen bis Ende 2018 schrittweise eingeführt werden. Einer der Verordnungsentwürfe umfasst eine Bestimmung, wonach die Schweizer Banken, die als SIFI eingestuft werden, bestimmte Vorschriften bezüglich der Leverage Ratio ab dem 1. Januar 2013 zu erfüllen hätten, d. h. früher als von Basel III gefordert.

Im November 2011 begann das Eidgenössische Finanzdepartement mit Anhörungen, um einen variablen antizyklischen Kapitalpuffer für alle Banken gemäss Basel III einzuführen und damit die Widerstandskraft des Bankensektors gegenüber entsprechenden Risiken in Zeiten übermässigen Kreditwachstums zu stärken. Der antizyklische Kapitalpuffer dürfte voraussichtlich maximal 2,5% der risikogewichteten Aktiven entsprechen und würde durch den Bundesrat auf Anfrage der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nach Rücksprache mit der FINMA aktiviert und anschliessend wieder deaktiviert. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat vorgeschlagen, diesen antizyklischen Kapitalpuffer 2012 einzuführen.

Die Credit Suisse geht davon aus, dass sie in der Lage sein wird, die neuen Anforderungen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen zu erfüllen, indem sie über Gewinne Kapital auf-

baut und Wandlungskapital oder andere anrechenbare Instrumente ausgibt.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Im September 2011 wurde das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (BankG) dahingehend geändert, dass das Restrukturierungsverfahren für angeschlagene Banken gestrafft wurde und die FINMA über vermehrte regulatorische Befugnisse zur Beschleunigung der Umstrukturierung verfügt. Unter anderem kann sie von Banken verlangen, eine Insolvenz mittels sogenannter Debt-for-Stock-Swaps (Tausch von Schuldtiteln gegen Beteiligungspapiere) abzuwenden.

Am 23. September 2009 unterzeichneten die Schweiz und die USA ein Protokoll zur Anpassung des bestehenden Doppelbesteuerungsabkommens bezüglich Einkommenssteuern. Während in der Schweiz dieses Protokoll inzwischen ratifiziert wurde, steht in den USA die Ratifizierung noch aus. Nach dieser Ratifizierung gilt es für Bankdaten ab dem 23. September 2009. Hiermit werden zwei Lockerungen der Anforderungen für positive Reaktionen auf Auskunftsbegehren bei Bankdaten eingeführt. Erstens können Auskünfte erteilt werden in Fällen von Steuerhinterziehung durch eine Person im ersuchenden Staat. Nach den bisherigen Vorschriften werden Auskünfte nur erteilt, falls es sich um einen Fall von Steuerbetrug oder Ähnlichem handelt. Zweitens kann die Identifikation der betroffenen Person in Zukunft aufgrund eines Verhaltensmusters erfolgen, während bis anhin eine eindeutige Identifikation erforderlich war. Verhaltensmuster gelten aber nur dann als Basis für ein Auskunftsbegehren, wenn die betreffende Bank oder ihre Mitarbeitenden materiell an ihnen mitgewirkt haben.

Im September und Oktober 2011 unterzeichnete die Schweiz bilaterale Steuerabkommen mit Deutschland und Grossbritannien, welche die in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte von deutschen und britischen Ansässigen (Residents) regularisieren würden. Vermögenswerte aus der Vergangenheit sollen mittels einer einmaligen anonymen Abgeltungssteuer, die von den Zahlstellen in der Schweiz einzubehalten ist, oder auch durch freiwillige Offenlegung seitens der Kunden bei den deutschen oder britischen Behörden regularisiert. Falls die Abkommen in Kraft treten, könnten deutsche und britische Kunden ihre zukünftigen Anlageerträge und Kapitalgewinne auf zwei Wegen regularisieren: entweder durch Zahlung einer anonymen Verrechnungssteuer oder durch Meldung an die Steuerbehörden an ihrem Wohnsitz. Damit die

Abkommen in Kraft treten, müssen beide noch durch die Parlamente in den Unterzeichnerstaaten ratifiziert werden.

Am 22. Februar 2012 hat der Bundesrat seinen Ansatz in Bezug auf eine glaubwürdige, steuerrechtlich konforme und wettbewerbsfähige Strategie für Finanzzentren bestätigt, wobei davon ausgegangen wird, dass entsprechende konkrete Massnahmen bis September 2012 vorgeschlagen werden.

USA

Im Juli 2010 verabschiedeten die USA den Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (Dodd-Frank Act). Obwohl der Dodd-Frank Act einen breiten Rahmen für regulatorische Änderungen bietet, wird die Umsetzung in den nächsten Jahren weitere detaillierte Regelungen durch verschiedene Aufsichtsbehörden erfordern, beispielsweise durch das US Department of the Treasury (Finanzministerium, US Treasury), die US Federal Reserve (Fed), die US Securities and Exchange Commission (SEC), die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) und die neu geschaffene Finanzmarktaufsichtsbehörde Financial Stability Oversight Council (FSOC).

Der Dodd-Frank Act beschränkt die Möglichkeit von Bank-einheiten, bestimmte Private-Equity- oder Hedgefonds zu sponsern oder in sie zu investieren oder in den USA bestimmte Formen von Eigenhandel ohne Bezug zu Kundengeschäften zu betreiben (sogenannte Volcker-Regel). Im Oktober 2011 und im Januar 2012 veröffentlichten die US-Aufsichtsbehörden Entwürfe für Vorschriften zur Umsetzung der Volcker-Regel. Derzeit analysieren wir die Auswirkungen dieser Vorschläge auf unser Geschäft, im Falle einer Umsetzung.

Der Dodd-Frank Act gibt den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit, strengere Kapital-, Verschuldungs- und Liquiditätsvorschriften sowie andere Vorsichtsmassnahmen, insbesondere für systemrelevante Finanzinstitute, vorzuschreiben.

Die US-amerikanischen Aufsichtsbehörden können zudem die Grösse und das Wachstum von systemrelevanten bankfremden Finanzgesellschaften und grossen vernetzten Bankholdinggesellschaften beschränken und Finanzunternehmen, die nach dem Ermessen des FSOC eine Gefahr für die finanzielle Stabilität darstellen, unmissverständliche Vorschriften für das Verhältnis zwischen Fremd- und Eigenkapital machen.

Ausserdem schafft der Dodd-Frank Act einen umfangreichen Rahmen für die Regulierung von OTC-Derivaten und verlangt eine umfassendere Regulierung von Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Kreditauskunfteien. Der Dodd-Frank Act führt auch ein neues Regime ein für die ordnungsgemässe Auflösung systemrelevanter Nicht-Bank-Finanzunternehmen und berechtigt zur Beurteilung, ob gewisse Finanzunternehmen, einschliesslich solche mit konsolidierten Aktiven von USD 50 Mia. oder mehr, bei einer Auflösung nach dem neuen

Insolvenzverfahren zur Rückzahlung von Krediten des US Treasury verpflichtet sind. Die Fed und die FDIC verabschiedeten definitive Vorschriften zur Umsetzung der Anforderungen an Abwicklungspläne gemäss Dodd-Frank Act, nach denen Bank-Holding-Unternehmen mit Aktiven von mindestens USD 50 Mia. sowie bestimmte Nicht-Bank-Finanzunternehmen jährlich bei der Fed und dem FDIC Abwicklungspläne einzureichen haben. Diese Pläne müssen die Strategie für eine rasche und geordnete Abwicklung gemäss dem US Bankruptcy Code oder anderen massgeblichen Insolvenzverfahrensvorschriften darlegen. Wir haben unseren ersten derartigen Plan bis zum 1. Juli 2012 einzureichen. Ausserdem müssen Emittenten von kotierten Wertpapieren, zu denen auch ausländische Emittenten wie die Gruppe zählen, Rückzahlungsklauseln einführen, mit denen im Falle einer Neudarstellung der Finanzsituation ungerechtfertigte Vergütungen zurückgefordert werden können. Der Dodd-Frank Act gewährt der SEC auch erheblichen Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung von neuen Regeln in Bezug auf die Sorgfaltspflicht von Brokern, Händlern und Anlageberatern und erweitert die extraterritoriale Zuständigkeit von US-amerikanischen Gerichten auf Klagen der SEC oder der USA im Zusammenhang mit Verstössen gegen die Vorschriften zur Bekämpfung des Betrugs, die im Securities Act von 1933, im Securities Exchange Act von 1934 und im Investment Advisers Act von 1940 enthalten sind.

Im Dezember 2011 verabschiedete die CFTC Vorschriften im Rahmen des Dodd-Frank Act, nach denen ab Juli 2012 über zahlreiche OTC-Derivate gegenüber den Aufsichtsbehörden und öffentlich Bericht zu erstatten ist. Zudem begann die CFTC im Januar und Februar 2012 mit der abschliessenden Formulierung der Vorschriften zur Regulierung von Swap-Händlern und grossen Swap-Gegenparteien im Rahmen des Dodd-Frank Act. Unter anderem sind nach diesen Vorschriften Swap-Händler und grosse Swap-Gegenparteien, zu denen auch bestimmte, in den US-amerikanischen OTC-Derivatmärkten aktive Einheiten der Credit Suisse zählen, verpflichtet, sich bei der CFTC als zuständiger Aufsichtsbehörde zu registrieren und sich deren Regulierung zu unterstellen. Derzeit analysieren wir die Auswirkungen dieser neuen Vorschriften auf unser OTC-Derivatgeschäft, einschliesslich der potenziell anstehenden Anpassungen in den Rechtseinheiten, die dieses Geschäft für uns ausüben.

Zudem befassen wir uns mit der Entwicklung und Einführung der umfassenden technologischen, betrieblichen und Compliance-relevanten Infrastruktur, die aufgrund dieser Vorschriften erforderlich wird.

Die Umsetzung des Dodd-Frank Act und der damit verbundenen definitiven Regelungen könnte zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit einschränken beziehungsweise verbieten. Allerdings sind zahlreiche Einzel-

heiten, Auswirkungen und Zeitvorgaben dieser Reformen noch offen. Diese und weitere gegenwärtige Reformvorschläge könnten möglicherweise wesentliche Folgen für unsere Geschäftstätigkeit haben.

Der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) trat am 18. März 2010 in den USA in Kraft. Gemäss diesem Gesetz sind ausländische Finanzinstitute (Foreign Financial Institutions, FFI) wie die Credit Suisse verpflichtet, einen FFI-Vertrag abzuschliessen und der US-amerikanischen Steuerbehörde (US Internal Revenue Service, IRS) Auskunft über die von US-Personen und ausländischen Einheiten in US-amerikanischem Besitz gehaltenen Konten zu erteilen. Ansonsten ist eine Verrechnungssteuer von 30% auf den verrechnungssteuerfähigen Auszahlungen zu entrichten. Zudem haben FFI, die den betreffenden Vertrag abgeschlossen haben, auf Zahlungen an FFI ohne derartigen Vertrag diese Verrechnungssteuer einzubehalten. Dasselbe gilt für Zahlungen an Kontoinhaber, deren Angaben nicht ausreichen, um festzustellen, ob es sich um ein US-Konto oder ein anderes Konto handelt, sowie US-Kontoinhaber, die mit der Meldung ihres Kontos an die IRS nicht einverstanden sind. Im Februar 2012 veröffentlichten die IRS und das Treasury umfassende Entwürfe für Vorschriften zum Ersatz der bisherigen Vorgaben zur Umsetzung von FATCA, die unter anderem auch die Umsetzung bestimmter FATCA-Anforderungen verzögern und einen Bestandschutz (Grandfathering) für bestimmte, am 1. Januar 2013 ausstehende Instrumente gewährleisten würden. Sämtliche definitiven Vorschriften dürften auf alle FFI weltweit anwendbar sein, wobei die Einhaltung der Anforderungen zur Identifikation, zum Einbehalt der Steuer und zur Berichterstattung signifikante Investitionen in die Compliance- und Berichterstattungseinrichtungen der FFI nach sich ziehen dürfte. Wir verfolgen die Entwicklungen bezüglich FATCA genau und stellen die Koordination mit allen zuständigen Behörden sicher.

EU

Auch die EU und Grossbritannien haben Vorschriften zur Eindämmung systemischer Risiken und zu einer stärkeren Regulierung der Wertpapierbranche vorgeschlagen und verabschiedet.

Im September 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Entwurf zur Regulierung von OTC-Derivaten, zentralen Gegenparteien und Transaktionsregistern (auch unter dem Namen EMIR-Verordnung oder European Market Infrastructure Regulation bekannt). Gemäss diesem Entwurf müssten bestimmte standardisierte OTC-Derivate über ein zentrales Clearing abgewickelt werden; zudem hätten die Marktteilnehmer bei zentralen Transaktionsregistern Meldung bezüglich nicht über Clearing abgewickelter OTC-Derivatege-

schäfte zu erstatten. Diese Verordnung dürfte Ende 2012 in Kraft treten.

Im September 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf für eine Finanztransaktionssteuer in den 27 Mitgliedstaaten. Nach seiner Umsetzung müssten die Mitgliedstaaten eine Reihe von Finanztransaktionen mit mindestens 0,1% (Handel in Anleihen und Aktien) beziehungsweise 0,01% (Handel in derivativen Produkten) besteuern. Zudem haben einige Mitgliedstaaten Bankenabgaben vorgeschlagen oder eingeführt, um eine faire Lastenverteilung sicherzustellen und Anreize zu schaffen, die systemischen Risiken in Grenzen zu halten, so etwa Frankreich, Deutschland und Grossbritannien. Eingehende Angaben zu der in Grossbritannien erhobenen Abgabe finden sich unten.

Im Oktober 2011 verabschiedete die EU einen Verordnungsentwurf zur Begrenzung von Sovereign CDS und ungedeckter Leerverkäufe von Staatsanleihen und Beteiligungspapieren. Die Verordnung dürfte im November 2012 in Kraft treten.

Im Oktober 2011 nahm die Europäische Kommission Gesetzesvorschläge für eine neue Regulierung über Insidergeschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch) sowie für eine Richtlinie zu Strafnormen bei Insidergeschäften und Marktmanipulation an. Hiermit würde der Geltungsbereich der aktuellen Regelungen zum Verbot des Marktmissbrauchs in der EU beträchtlich ausgeweitet.

Ebenfalls im Oktober 2011 legte die Europäische Kommission ihre Revisionsvorschläge für die Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID II) vor. Die Vorschläge betreffen die Überarbeitung des regulatorischen Rahmens der EU für das Wertpapierdienstleistungsgeschäft und den Handel in Finanzinstrumenten und umfassen einige einschneidende Reformen wie deutlich umfangreichere aufsichtsrechtliche Anforderungen für Nicht-EU-Unternehmen (wie die Credit Suisse), die in der EU bestimmte Finanzdienstleistungen erbringen wollen.

Es wird ein Entwurf der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Restrukturierung und Abwicklung bei Kreditinstituten und Investmentfirmen für Mitte 2012 erwartet. Diese Richtlinie wird den einzelnen staatlichen Aufsichtsbehörden umfassende Interventionskompetenzen verleihen, wenn eine Einrichtung vor der Insolvenz steht, um negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität insgesamt zu verhindern. Die Richtlinie wird auch eine Reihe von Instrumenten für die Abwicklung von Banken darstellen. Diese werden voraussichtlich Lösungen in Form von Brückenbanken und Schuldabschreibungen (inklusive Bail-in Varianten) umfassen. Die Aufsichtsbehörden der einzelnen Länder werden ermächtigt, Institute anzuweisen, sämtliche von ihnen im Vorfeld identifizierten Abwicklungshindernisse zu beheben. Die betroffenen Institute müssen ihre

Restrukturierungspläne zudem von den einheimischen Aufsichtsbehörden genehmigen lassen. Restrukturierungspläne beschreiben Massnahmen, die nach einer signifikanten Verschlechterung zu einer Normalisierung der finanziellen Lage dieser Institute führen sollen.

In Grossbritannien ist die Financial Services Authority (FSA) im Rahmen des Financial Services Act von 2010 verpflichtet, Vorschriften für Restrukturierungs- und Abwicklungspläne zu entwerfen. Die Vorschläge für derartige Pläne sind zwar nicht mit den oben dargestellten EU Vorschlägen verknüpft, grösstenteils jedoch vergleichbar. Die betroffenen Institute haben analoge Pläne zu den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen zu entwerfen und von der FSA genehmigen zu lassen. Zudem müssen sie bestimmte Daten zu ihrer Organisation melden, so dass die FSA Abwicklungspläne entwerfen kann. Die definitiven Vorschriften der FSA dürften in Kürze veröffentlicht werden. Ebenfalls in Grossbritannien veröffentlichte die Independent Commission on Banking (unabhängiger Bankenausschuss, ICB) in einem Schlussbericht bestimmte Empfehlungen zur Verbesserung der Stabilität und Konkurrenzfähigkeit im britischen Bankensektor. Diese Vorschläge betreffen auch die britischen Banken, die Tochtergesellschaften einer ausländischen Bankengruppe sind. Die ICB-Empfehlungen betreffen unter anderem die Verbesserung der Fähigkeit des Eigenkapitals der Banken, Verluste zu absorbieren, und die «Absonderung» des Retailgeschäfts (retail ring fence). Dies würde eine Trennung der Annahme von Einlagen von beziehungsweise der Bereitstellung von Krediten für Privatpersonen und kleine sowie mittlere Unternehmen von einer breiten Palette von Anlage- und anderen Bankgeschäften bedeuten. Der ICB-Bericht enthält verschiedene Grundsätze und Alternativen für die Umsetzung dieser Reformvorschläge. Zu Beginn des Jahres 2012 wird die Regierung ein Weissbuch mit weiteren Details zur Implementierung der ICB-Reformen veröffentlichen. Die Umsetzung der Reformen dürfte phasenweise erfolgen und im Jahr 2019 abgeschlossen sein.

Regulatorischer Rahmen

Schweiz

Die Credit Suisse Group ist zwar gemäss Bankengesetz und der Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung) in der jeweiligen aktuellen Fassung keine Bank im eigentlichen Sinne. Trotzdem ist die Gruppe gemäss den Bestimmungen des Bankengesetzes über die konsolidierte Aufsicht von Finanzgruppen und Finanzkonglomeraten verpflichtet, gewisse Auflagen für Banken zu erfüllen, darunter auch in Bezug auf die Eigenmittelunterlegung,

Liquidität und Risikokonzentration auf konsolidierter Basis sowie die Offenlegung. Am 1. Januar 2009 ging die Eidgenössische Bankenkommision in der FINMA auf. In der Schweiz werden unsere Banken von der FINMA als eigenständige Rechtseinheiten und, sofern anwendbar, auf konsolidierter Basis überwacht.

Unsere Banken in der Schweiz verfügen in Übereinstimmung mit dem Bankengesetz und der Bankenverordnung über eine Banklizenz der FINMA. Einige dieser Banken sind zusätzlich von der FINMA in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) zum Effektenhandel zugelassen.

Die FINMA ist das einzige Überwachungsorgan für Banken in der Schweiz und als solches von der SNB unabhängig. Gemäss dem Bankengesetz ist die FINMA für die Überwachung des schweizerischen Bankensystems zuständig. Die SNB wiederum ist für die Umsetzung der Geldpolitik im Zusammenhang mit Banken und Effekthändlern sowie für die Stabilität des Finanzsystems verantwortlich.

Unsere Banken in der Schweiz unterstehen einer engmaschigen und ständigen Kontrolle und den direkten Prüfungen durch die FINMA: Gemäss dem Bankengesetz unterstehen unsere Banken auch der Pflicht zu einer externen Revision durch eine von der FINMA zugelassene unabhängige Revisionsgesellschaft, die vom Verwaltungsrat der Bank ernannt wird. Diese führt jährlich eine Prüfung der Jahresrechnung durch und überprüft ausserdem, ob die Bank sämtliche rechtlichen Bestimmungen, einschliesslich der Bestimmungen des Bankengesetzes, der Bankenverordnung sowie der FINMA-Bestimmungen einhält.

Das Bankengesetz schreibt Banken ein angemessenes Verhältnis zwischen den anrechenbaren eigenen Mitteln und den risikogewichteten Aktiven vor. Diese Bestimmung gilt für die Gruppe auf konsolidierter Basis. Um den Eigenmittelanforderungen der FINMA zu entsprechen, wird das aufsichtsrechtliche Kapital in Kernkapital (Tier 1) und ergänzendes Kapital (Tier 2) unterteilt.

Unser aufsichtsrechtliches Kapital wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) berechnet, jedoch mit gewissen Anpassungen, die von der FINMA gefordert oder mit ihr abgesprochen wurden. Die FINMA verlangt, dass die anrechenbaren eigenen Mittel der Gruppe auf konsolidierter Basis gemäss den Richtlinien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und den für die Schweiz geltenden Eigenkapitalanforderungen dauernd mindestens 8% der risikogewichteten Aktiven betragen. Diese vorgeschriebene Kapitalquote errechnet sich, indem das gesamte anrechenbare Kapital nach Bereinigung

um gewisse Abzüge durch die gesamten risikogewichteten Aktiven geteilt wird.

Für die Gruppe gelten seit dem 1. Januar 2008 die internationalen Eigenkapitalanforderungen gemäss Basel II sowie gewisse weiterführende Anforderungen an Grossbanken («Swiss Finish») gemäss der Eigenmittelverordnung und den Vorgaben der FINMA. Im November 2008 einigten wir uns mit der FINMA auf die Einhaltung der in einer Verfügung festgelegten höheren Eigenmittelanforderungen anstelle des «Swiss Finish» sowie der Bestimmungen bezüglich des Leverage Capitals bis ins Jahr 2013. Die neuen Eigenmittelunterlegungsvorschriften werden zwischen 50% und 100% über den Vorschriften gemäss Säule 1 (Pillar 1) von Basel II liegen. Die Verfügung enthält ausserdem Bestimmungen bezüglich des Leverage Capitals, welche von uns verlangen, bis 2013 eine Leverage Ratio einzuhalten, bei der sich das Verhältnis zwischen Kernkapital (Tier 1) und Bilanzsumme (auf nicht risikogewichteter Basis) auf konsolidierter Gruppen- und Bankenebene auf minimal 3% und auf Ebene des Einzelabschlusses der Bank auf minimal 4% beläuft. Zur Berechnung der Leverage Ratio werden gewisse Bereinigungen an der Bilanzsumme vorgenommen. Diese Bereinigungen umfassen Aktiven aus dem Schweizer Kreditgeschäft und Aktiven, welche bei der Bestimmung des Kernkapitals nicht berücksichtigt werden. Von diesen stufenweise umzusetzenden neuen Anforderungen wird eine antizyklische Wirkung erwartet, da in guten Zeiten die erwarteten Eigenmittelziele 100% über den Anforderungen der Säule 1 und die Leverage Ratio über dem Minimum von 3% beziehungsweise 4% liegen sollten. Diese Anforderungen gelten für uns weiter, bis die neuen Anforderungen unter Basel III ab dem 1. Januar 2013 phasenweise bis zur vollständigen Umsetzung zum 1. Januar 2019 eingeführt werden.

Nach schweizerischem Recht müssen Banken einen bestimmten Liquiditätsstandard aufrechterhalten. Im April 2010 implementierten wir das mit der FINMA vereinbarte und von dieser mit der SNB abgesprochene Liquiditätsregime. Mit diesem Regime stellen wir sicher, dass die Gruppe und die Bank auf konsolidierter Basis angemessene Bestände an liquiden, nicht belasteten, erstklassigen Wertschriften besitzen, die in einer Krisensituation für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen. Das Regime trat zum Ende des zweiten Quartals 2010 in Kraft. Das Krisenszenario berücksichtigt Annahmen zu globalen Marktturbulenzen, umfangreichen Bilanz- und Ausserbilanzabflüssen, fehlendem Zugang zu unbesicherter Wholesale-Finanzierung, starkem Einlagenabfluss, unterschiedlichem Zugang zu besicherter Marktfinanzierung sowie den Auswirkungen von Insolvenzüngsten. Mit den neuen Regelungen soll gewährleistet werden, dass wir unseren finanziellen Verpflichtungen in einer Extremsituation über mindes-

tens dreissig Tage nachkommen können. Diese Regelungen berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren und erfordern, dass wir im Zusammenhang mit unserer Kapitalverwaltung und Unternehmensführung auch mögliche Notfallrefinanzierungskosten einbeziehen. Zudem wird eine zusätzliche Berichterstattung an die FINMA verlangt. Diese vereinbarten Liquiditätsanforderungen können abgeändert werden, um den definitiven Liquiditätsvorschriften des Basler Ausschusses Rechnung zu tragen. Im März 2011 wurden die Liquiditätsgrundsätze auf die Bank (ohne ihre konsolidierten Tochtergesellschaften) ausgedehnt, sowohl mit als auch ohne ausländische Geschäftsstellen.

- ▶ Siehe «Treasury Management» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Gemäss dem schweizerischen Bankengesetz sind Banken und Effektenhändler zu einem Risikomanagement verpflichtet, das Risikokonzentrationen auf spezifische Grenzen beschränkt. Die Gesamtausleihungen an eine einzelne Gegenpartei oder eine Gruppe verbundener Gegenparteien muss in einem angemessenen Verhältnis zu den anrechenbaren eigenen Mitteln der Bank stehen und die Risiken der Gegenpartei sowie Massnahmen zur Risikominderung berücksichtigen.

Das Bankengesetz und das BEHG verpflichten Schweizer Banken und Effektenhändler, die Existenz von Kundenbeziehungen sowie sämtliche Aspekte dieser Beziehungen vertraulich zu behandeln. Vom gesetzlichen Schutz der Vertraulichkeit von Kundendaten ausgenommen sind jedoch Straftaten wie Insidergeschäfte, Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Steuerbetrug oder -hinterziehung oder das Verhindern der Offenlegung von Informationen gegenüber Gerichten und Behörden.

Die schweizerischen Regeln und Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sind umfassend und verlangen von den Banken und den anderen Finanzintermediären die sorgfältige Prüfung und Dokumentation der Kundenidentität vor Aufnahme einer Geschäftsbeziehung. Zusätzlich sind in diesen Regeln und Vorschriften Verpflichtungen enthalten, angemessene Richtlinien bezüglich Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen und Verfahren und Kontrollen zur Aufdeckung und Vermeidung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, inklusive der Meldung von verdächtigen Aktivitäten an die Behörden, zu unterhalten.

Unser Wertpapiergeschäft wird in der Schweiz hauptsächlich über die Bank abgewickelt und untersteht dem BEHG, das sämtliche Aspekte des Effektenhandels in der Schweiz regu-

liert, darunter das aufsichtsrechtliche Kapital, die Risikoverteilung, die Verkaufsmethoden und Handelsusancen, die Aufbewahrung und Archivierung von Akten sowie die periodische Berichterstattung. Wertschriftenhändler unterstehen der Oberaufsicht durch die FINMA.

Unser Asset-Management-Geschäft in der Schweiz, das auch die Errichtung und Verwaltung von zum öffentlichen Vertrieb zugelassenen Anlagefonds umfasst, untersteht der Aufsicht durch die FINMA.

Seit dem 1. Januar 2010 sind die Vergütungen, ihre Umsetzung und ihre Offenlegung nach den Vorschriften des FINMA-Rundschreibens «Vergütungssysteme» zu gestalten.

USA

Unsere Banktätigkeiten in den USA unterliegen auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene einer Vielzahl von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Unsere eigenen Geschäftsstellen umfassen eine New Yorker Niederlassung (New Yorker Niederlassung) und Vertretungen in Kalifornien. Jede Geschäftsstelle verfügt über eine Zulassung durch die State Banking Authority im jeweiligen Gliedstaat, deren Bestimmungen und Überprüfung sie unterliegt.

Zum 3. Oktober 2011 wurden das New York State Banking Department und das New York State Insurance Department aufgehoben; ihre Befugnisse wurden an das neu geschaffene Department of Financial Services übertragen. Es steht unter der Leitung des Superintendent of Financial Services (Superintendent). Die New Yorker Niederlassung besitzt eine Lizenz des Superintendent. Sie unterliegt der Überwachung des New York State Department of Financial Services sowie den anwendbaren Gesetzen und Bestimmungen für ausländische Banken mit einer Niederlassung in New York. Gemäss dem New Yorker Bankengesetz ist die New Yorker Niederlassung verpflichtet, bankfähige Aktiven bei Banken im Staat New York zu halten. Die Höhe dieser Mittel, die als Prozentsatz der Verbindlichkeit an Dritte ausgedrückt werden, würde angehoben, falls der Superintendent der New Yorker Niederlassung ihr gutes Rating entziehen würde.

Das Bankengesetz des Staates New York ermächtigt den Superintendent, unter bestimmten Umständen den Geschäftsbetrieb und das Vermögen der New Yorker Niederlassung in Besitz zu nehmen. Diese Umstände beinhalten in der Regel Gesetzesverstösse, unsichere oder unseriöse Geschäftspraktiken oder Überschuldung. Im Falle einer Liquidation oder nach der Besitznahme des Geschäftes der New Yorker Bank würde der Superintendent ausschliesslich die Begleichung der Forderungen von Einlegern oder anderen Gläubigern (die uns nicht angegliedert sind) zulassen, die aus den Transaktionen mit der New Yorker Niederlassung entstanden sind. Nach der Begleichung der Forderungen der Gläubiger aus dem

Geschäft und Vermögen der New Yorker Bank würde der Superintendent das allfällige Restvermögen uns oder unserem Liquidator oder vorläufigen Konkursverwalter übertragen.

Nach dem New Yorker Bankengesetz unterliegt die New Yorker Niederlassung einer Begrenzung der Kreditvergabe an einzelne Schuldner. Diese Kreditlimite wird als Prozentsatz des weltweiten Kapitals der Bank ausgedrückt.

Unsere Tätigkeit unterliegt ferner den Berichts- und Überprüfungsvorschriften der bundesstaatlichen Aufsichtsbehörden. Unsere bankfremden Aktivitäten in den USA unterliegen der Aufsicht der Fed in ihrer Eigenschaft als unser Dachaufsichtsorgan in den USA. Die New Yorker Niederlassung unterliegt ebenfalls der Aufsicht der Fed und hat in Bezug auf die Entgegennahme und das Halten von Einlagen die Anforderungen und Beschränkungen der Fed zu beachten. Die New Yorker Niederlassung hat keine Beschränkungen für die Zahlung von Zinsen auf Sichteinlagen mehr einzuhalten, da diese mit dem Dodd-Frank Act im Juli 2011 entfallen sind. Da jedoch die New Yorker Niederlassung keine Publikumeinlagen entgegennimmt, ist sie weder Mitglied der FDIC, noch sind ihre Einlagen durch diese versichert.

Die nationalen US-amerikanischen Bankengesetze sehen vor, dass eine Geschäftsstelle (wie die New Yorker Niederlassung) oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer einzelstaatlichen Lizenz grundsätzlich keine Aktivitäten in eigener Regie ausüben darf, die einer Geschäftsstelle oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer bundesstaatlichen Lizenz nicht erlaubt sind, ausser diese Aktivitäten werden von der Fed als seriöse Bankpraxis erachtet. Auch nach den nationalen Bankengesetzen unterliegen Geschäftsstellen oder Vertretungen mit einer einzelstaatlichen Lizenz einer Begrenzung der Kreditvergabe an einzelne Schuldner, die auf einem bestimmten Prozentsatz des Kapitals der gesamten ausländischen Bank beruht. Unter dem Dodd-Frank Act wird bei der Begrenzung der Kreditvergabe das Kreditrisiko aufgrund von derivativen Transaktionen, Wertpapierleihgeschäften sowie Repo- und Reverse-Repo-Geschäften mit Gegenparteien berücksichtigt. Ausserdem können vom FSOC ausgesprochene Empfehlungen die Art der Tätigkeiten beeinträchtigen, welche die Bank (einschliesslich der New Yorker Niederlassung) ausüben könnte; der FSOC ist auch befugt, die Ausübung solcher Tätigkeiten zu beschränken.

Die Fed ist befugt, die Aktivitäten einer US-Geschäftsstelle oder -Vertretung einer ausländischen Bank zu unterbinden, (i) wenn sie befindet, dass die ausländische Bank im Herkunftsland keiner umfassenden Aufsicht untersteht oder (ii) gegen das Gesetz verstossen hat beziehungsweise in den USA gefährliche oder unseriöse Bankgeschäfte getätigt hat oder (iii) wenn die ausländische Bank ein Risiko für die Stabilität des US-amerikanischen Finanzsystems darstellt und das

Heimatland der betreffenden Bank kein geeignetes Finanzaufsichtssystem zur Minderung dieser Risiken eingeführt beziehungsweise bedeutende Fortschritte bei der Einführung eines derartigen Systems erzielt hat.

Ein besonderer Schwerpunkt der US-amerikanischen Politik und Gesetzgebung im Zusammenhang mit Finanzinstituten ist die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Diese Gesetze und Durchführungsbestimmungen verpflichten zur Einhaltung angemessener Richtlinien, Verfahren und Kontrollen, um Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu erkennen, zu verhindern und zu melden, die Kundenidentität festzustellen und wirtschaftliche Sanktionen einzuhalten. Wer es versäumt, angemessene Programme zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu lancieren und umzusetzen, oder gegen wirtschaftliche Sanktionen, Gesetze oder Durchführungsbestimmungen verstösst, muss unter Umständen mit ernsthaften rechtlichen Konsequenzen und einer erheblichen Schädigung der Reputation rechnen. Deshalb nehmen wir unsere Pflicht, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in den USA und weltweit zu verhindern, äusserst ernst. Gleichzeitig respektieren und wahren wir die Privatsphäre unserer Kunden. Unsere Weisungen, Verfahren und Mitarbeiterschulungen gewährleisten, dass unsere Mitarbeitenden die erforderlichen Anhaltspunkte haben, um die Kundenidentifikation korrekt vornehmen und entscheiden zu können, wann eine Kunden- oder Geschäftsbeziehung als höheres Risiko für uns einzustufen ist.

Seit dem 23. März 2000 werden die Credit Suisse Group und die Bank unter dem US-amerikanischen Bankengesetz als Finanzholdinggesellschaften behandelt und dürfen deshalb in den USA eine breit gefächerte Palette an bankfremden Aktivitäten anbieten, darunter auch Versicherungen, Wertpapiere, Private Equity und andere Finanzgeschäfte, solange die betreffenden regulatorischen Anforderungen und Auflagen eingehalten werden. Die Credit Suisse Group benötigt weiterhin die vorgängige Zustimmung durch die Fed (sowie weiterer US-amerikanischer Aufsichtsbehörden), bevor sie, direkt oder indirekt, mehr als 5% der stimmberechtigten Aktien einer US-amerikanischen Bank, Bankholding-Gesellschaft oder von anderen einlagenehmenden Instituten und deren Holding-Gesellschaften übernehmen oder kontrollieren kann oder eine solche Gesellschaft auf eine andere Art kontrolliert. Dasselbe gilt gemäss dem Dodd-Frank Act für bestimmte Übernahmen von grossen Nichtbanken. Die New Yorker Niederlassung unterliegt zudem gewissen Beschränkungen in Bezug auf Koppelungsvereinbarungen, die Produkte und Dienstleistungen zum Gegenstand haben, und in Bezug auf gewisse Transaktionen mit gewissen verbundenen Gesellschaften. Sollten indessen die Credit Suisse Group oder die Bank gemäss den anwendbaren Vorschriften der Fed nicht mehr über eine solide

Eigenkapitalausstattung verfügen oder gut geführt werden und auch sonst die Anforderungen an den Status einer Finanzholdinggesellschaft nicht mehr erfüllen, so könnten sie gezwungen werden, bestimmte Finanzaktivitäten wieder einzustellen oder die New Yorker Niederlassung zu schliessen. Ausserdem könnte dies auch die Aussichten der Credit Suisse Group auf eine Bewilligung von für Finanzholdinggesellschaften zugelassene Akquisitionen erheblich beeinträchtigen.

Für unsere in den USA ansässigen Broker-Dealer gelten eingehende Vorschriften der zuständigen US-Aufsichtsbehörden. Broker-Dealer, Anlageberater oder Investmentfirmen unterstehen in erster Linie der Oberaufsicht durch die SEC, während Terminkommissionäre, Terminverwalter und Terminhandelsberater von der CFTC reguliert werden. Zudem können auch die folgenden Instanzen aufsichtsrechtliche Funktionen wahrnehmen: das US Treasury im Zusammenhang mit Anleihen des US Treasury und von Regierungsbehörden sowie das Municipal Securities Rulemaking Board im Zusammenhang mit Anleihen von Stadtverwaltungen und bei gewissen Wertpapierkreditgeschäften. Broker-Dealer unterstehen ausserdem der Aufsicht durch Selbstregulierungsorganisationen der Wertpapierbranche, einschliesslich der Financial Industry Regulatory Authority (FINRA) (die im Juli 2007 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen National Association of Securities Dealers und des Regulierungs-, Vollzugs- und Arbitragebereichs der New York Stock Exchange hervorgegangen ist) sowie der einzelstaatlichen Wertschriftenaufsicht. In Bezug auf Termingeschäfte unterstehen die Broker-Dealer Selbstregulierungsbehörden wie der National Futures Association.

Unsere US-Broker-Dealer sind bei der SEC und in allen 50 Gliedstaaten, im District of Columbia, in Puerto Rico sowie den US Virgin Islands registriert, während unsere US-Terminkommissionäre und US-Terminhandelsberater bei der CFTC registriert sind. Unsere in den USA registrierten Geschäftseinheiten unterstehen weitgehenden Vorschriften, die sämtliche Aspekte ihres Wertpapier- und Termingeschäfts abdecken. Dazu gehören: die Höhe der Eigenmittel; Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertschriften; Eignung von Kundenanlagen; Aktenaufbewahrung und Reporting; Mitarbeiterangelegenheiten; Kreditbeschränkungen bei Wertpapiertransaktionen; Verhinderung und Aufdeckung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung; Verfahren zur Gewährleistung der Unabhängigkeit von Finanzanalysten; Freigabe und Settlement von Handelsabschlüssen sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Für unsere US-Broker-Dealer gilt ausserdem die Nettokapitalregel der SEC, die diesen einen bestimmten Anteil ihres aufsichtsrechtlichen Nettokapitals in relativ liquider Form vorschreibt. Das Einhalten dieser Nettokapitalregel könnte die Aktivitäten mit hohem Kapitalbedarf einschränken, so etwa

das Emissions- und Handelsgeschäft und die Finanzierung von Kundenkonten. Ausserdem könnte der Kapitalabzug von unseren Broker-Dealer-Tochtergesellschaften eingeschränkt werden. Unsere US-Broker-Dealer unterstehen ausserdem den Nettokapitalvorschriften der FINRA und, in einigen Fällen, verschiedener Selbstregulierungsorganisationen.

Einige unserer US-Broker-Dealer sind auch als Terminkommissionäre registriert und unterstehen den Kapitalauflagen sowie weiteren Anforderung der CFTC.

Unser Wertschriften- und das Asset-Management-Geschäft umfassen Rechtspersönlichkeiten, die bei der SEC als Anlageberater registriert sind. Die bei der SEC registrierten Anlagefonds, welche wir beraten, unterstehen dem Investment Company Act von 1940. Bei Kunden, die Pensionsfonds sind, unterliegen wir dem Employee Retirement Income Security Act von 1974 und ähnlichen bundesstaatlichen Bestimmungen. Für Warentermin-Investmentfonds, die wir beraten, gelten die Bestimmungen des Commodity Exchange Act.

EU

Seit dem 1999 eingeleiteten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen der EU sind zahlreiche Massnahmen (EU-Richtlinien und EU-Verordnungen) erlassen worden, die auf eine Integration und Harmonisierung des EU-Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen abzielen. Während EU-Verordnungen unmittelbar gültig und in allen EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich sind, bedürfen EU-Richtlinien einer Umsetzung in nationales Recht. Dies hat zur Folge, dass die Umsetzung von Richtlinien unter Umständen nicht in allen Mitgliedstaaten gleich ausgestaltet ist. Die EU hat einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board) eingerichtet, der für die makroprudentielle Überwachung des Finanzsystems zuständig ist, die Europäische Bankenaufsicht (European Banking Authority), die Europäische Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (European Insurance and Occupational Pensions Authority) und die Europäische Wertpapieraufsicht (European Securities and Markets Authority). Diese Organe sind für Förderung der Konsistenz zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht verantwortlich.

Die in verschiedenen EU-Ländern, darunter auch in Grossbritannien, umgesetzte Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) wendet die Eigenkapitalvorschriften des Basel-II-Regelwerks auf im EU-Raum tätige Bankengruppen an. Inzwischen ist die CRD überarbeitet und das Änderungs paket CRD II vorgelegt worden. Diese Änderungen, die im Wesentlichen die Eigenmittel, grosse Kreditrisikopositionen, das Beaufsichtigungsregime, qualitative Standards für die Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos sowie für Verbriefungen betreffen, traten am 31. Dezember 2010 in

Kraft. Am 1. Januar 2011 trat der Teil eines weiteren Änderungs pakets, CRD III, in Kraft, der sowohl die Offenlegung als auch den Inhalt der Vergütungspolitik und -praxis von Banken regelt; per 31. Dezember 2011 treten schliesslich mit der Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für das Handelsbuch und der Eigenkapitalvorschriften für Weiterverbriefungen sowie der Offenlegung von Verbriefungsrisiken weitere Regelungen der CRD III in Kraft. CRD IV enthält weitere Reformvorschläge. Sie soll die aktuelle CRD mit neuen Massnahmen zur Umsetzung der Anforderungen von Basel III ersetzen sowie ein einziges harmonisiertes Regelwerk für Banken schaffen, neue Corporate-Governance-Anforderungen einführen und die Kompetenzen der Aufsichtsbehörden erweitern. CRD IV dürfte am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Die bestehende EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID) legt auf hoher Ebene Standards für die Organisation und Geschäftsführung fest, die für alle Wertschriftenunternehmen verbindlich sind. Dazu gehören Regelungen über den Umgang mit Interessenkonflikten, die Verpflichtung zur kundengünstigsten Ausführung von Aufträgen («Best Execution»), die Kundenklassifikation und die Auflage, auf die Einigung der Gegenparteien zu achten. Das Regelwerk stellt Vorschriften für regulierte Märkte (Börsen) und Betreiber sogenannter multilateraler Handelssysteme auf und enthält Vorhandels- und Nachhandelstransparenzvorschriften für den Aktienhandel. Ausserdem schreibt die Finanzmarktrichtlinie die Offenlegung von Gebühren und anderen Vermittlerprovisionen von und an Dritte im Rahmen von Anlageberatungsdienstleistungen vor und reguliert die Anlagedienstleistungen im Zusammenhang mit Warenderivaten. MiFID führt einen einheitlichen «Pass» («MiFID-Pass») ein, der es Wertpapierfirmen ermöglicht, nach einer Zulassung in ihrem Herkunftsland im ganzen EU-Raum grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen und Zweigstellen zu errichten.

Grossbritannien

In Grossbritannien wird die Geschäftstätigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen hauptsächlich von der FSA überwacht, deren Rechtsgrundlage der Financial Services and Markets Act 2000 (FSMA) ist. Die FSA regelt die Tätigkeit von Banken, Versicherungen, das Investment-Geschäft und die Aktivitäten von Hypothekenvermittlern. Sie verfolgt in der Regel einen risikoorientierten Ansatz und überwacht sämtliche Aspekte der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens wie Eigenkapitalausstattung, Systeme und Kontrollmechanismen, Führungsstruktur, Geschäftsführung, Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sowie Mitarbeiterschulung. Die FSA verfügt über eine breite Palette an aufsichtsrechtlichen Befugnissen und kann von Finanzdienstleistungsunternehmen Informationen und Berichte einfordern, Untersu-

chungsbeauftragte einsetzen, bei Gericht einstweilige Verfügungen oder Verfügungen auf Herausgabe gestohlener Gegenstände an den Eigentümer erwirken, Straftaten strafrechtlich verfolgen, Geldstrafen verhängen, öffentliche Stellungnahmen abgeben oder eine Rüge erteilen sowie erteilte Bewilligungen ändern, annullieren oder entziehen. Im Juni 2010 gab die britische Regierung die für Ende 2012 geplante Ablösung der FSA durch drei neue Behörden bekannt: die Prudential Regulation Authority, die als Untergesellschaft der Bank of England für die aufsichtsrechtliche Mikroregulierung von Banken und grösseren Wertpapierfirmen zuständig sein wird; die Financial Conduct Authority mit Befugnissen in der Marktregulierung und Regulierung der Geschäftsführung aller Finanzunternehmen sowie der Regulierung derjenigen Unternehmen, die nicht der Prudential Regulation Authority unterstehen, und das Financial Policy Committee der Bank of England, das sich mit der Makroregulierung befasst.

Als EU-Mitglied ist Grossbritannien zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht verpflichtet. Das Aufsichtsregime, dem Banken in Grossbritannien unterstellt sind, entspricht den Richtlinien der Europäischen Union auch in Hinsicht auf die Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung, den Kundenschutz, die Geschäftsführung und die Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Die im Rahmen dieser Richtlinien festgelegten Normen, Anforderungen und Regelungen werden in allen anderen Ländern der Europäischen Union, in denen wir tätig sind, ähnlich umgesetzt und sind in Umfang und Zweck weitgehend mit den aufsichtsbehördlichen Eigenmittel- und Kundenschutzanforderungen vergleichbar, welche die US-Gesetzgebung vorschreibt.

Die Londoner Geschäftsstelle der Credit Suisse (Londoner Geschäftsstelle), die Credit Suisse International sowie die Credit Suisse (UK) Limited sind zur Entgegennahme von Publikumseinlagen zugelassen. Wir verfügen zudem über eine Reihe von Rechtseinheiten mit einer Bewilligung zum Führen des Investment-Geschäfts und von Asset-Management-Aktivitäten. Bevor die FSA eine Bewilligung erteilen kann, muss sie ermitteln, ob die Antragstellerin die Mindestanforderungen für eine Zulassung erfüllt und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) bietet. Neben der Regulierung durch die FSA unterstehen gewisse Geldmarktgeschäfte dem Non-Investment Products Code, einem freiwilligen, von der Bank of England veröffentlichten Verhaltenskodex. Die FSA erwartet, dass die von ihr regulierten Unternehmen sich bei Geldmarktgeschäften an diesen Verhaltenskodex halten.

Die Londoner Niederlassung wird weiterhin hauptsächlich die aufsichtsrechtlichen Auflagen der Schweiz einzuhalten haben. Die FSA reagierte allerdings auf die weltweite Finanzkrise, indem sie die Aufsichtsvorschriften in ihrem «Handbook

of Rules and Guidance» anpasste. Neu gilt ein «Autarkie»-Prinzip, nach dem die britische Niederlassung eines in- oder ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ansässigen Finanzinstituts sich nicht länger auf Kapital anderer Einheiten desselben Konzerns stützen darf. Seit dem 1. Dezember 2009 verlangt die FSA von den genannten Finanzinstituten ein qualitativ und quantitativ angemessenes Liquiditätsniveau in Form von Kapitalreserven. Die Londoner Niederlassung hat sicherzustellen, dass ihre liquiden Mittel unter laufender Überwachung ihrer Geschäftsleitung stehen, unbelastet in einem Depotkonto im Namen dieser Niederlassung gehalten und in ihrer Bilanz ausgewiesen werden. Zudem verlangt die FSA von der Credit Suisse International und der Credit Suisse (UK) Limited im Rahmen der Umsetzung der CRD eine Mindestkapitalquote sowie die Überwachung und Meldung von grossen Engagements.

Unsere Londoner Broker-Dealer-Tochtergesellschaften und Asset-Management-Gesellschaften sind durch den FSMA autorisiert und unterstehen den Bestimmungen der FSA. Ob eine Wertpapierfirma in Grossbritannien die Zulassung erhält oder nicht, hängt von der Erfüllung gewisser Mindestanforderungen der FSA in Bezug auf ihre Eignung sowie allgemeiner Qualitätsanforderungen an Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) ab. Die FSA reguliert die meisten Aspekte des Wertpapiergeschäfts: die Höhe der Eigenmittel,

Verkaufsmethoden und Handelsusancen, Aktenaufbewahrung, Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertpapieren, Margengestaltung, Registrierungsvorschriften für Einzelpersonen mit bestimmten Funktionen, Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sowie die periodische Berichterstattung und Abrechnungsverfahren.

Am 1. Januar 2011 hat die FSA die Anforderungen der CDR III mit dem Inkrafttreten ihrer überarbeiteten Praxisvorschriften für die Gestaltung der Vergütungspolitik umgesetzt. Seither haben die Vergütungsprinzipien von sowohl innerhalb als auch ausserhalb des EWR ansässigen Banken, Bausparkassen und Wertpapierfirmen den Grundsätzen eines wirksamen Risikomanagements zu genügen. Zudem enthalten diese Vorschriften zwölf Grundsätze, welche Bereiche wie Governance, Leistungsmessung und Zusammensetzung von Vergütungen regeln. Dies ermöglicht es den betroffenen Unternehmen zu verstehen, wie die FSA entsprechende Einzelprüfungen vornimmt.

Seit dem 1. Januar 2011 wird eine Bankabgabe auf dem britischen Geschäft der Grossbanken bei bestimmten Finanzierungen erhoben. Im Jahresverlauf 2011 galt ein Abgabesatz von 7,5 Basispunkten für kurzfristige Verbindlichkeiten sowie von 3,75 Basispunkten für langfristige Beteiligungen und Verbindlichkeiten. Am 1. Januar 2012 ist dieser Satz auf 8,8 Basispunkte beziehungsweise 4,4 Basispunkte gestiegen.



Kommentar zu den Resultaten

- 42 Geschäftsumfeld**
- 46 Credit Suisse**
- 50 Kernergebnis**
- 61 Leistungsindikatoren**
- 62 Private Banking**
- 71 Investment Banking**
- 77 Asset Management**
- 83 Corporate Center**
- 84 Zusammenfassung der Resultate**
- 86 Verwaltete Vermögen**
- 89 Kritische Bewertungen in
der Rechnungslegung**

Geschäftsumfeld

2011 war die globale Wirtschaft mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Zunehmende Sorgen bezüglich der europäischen Staatsverschuldung belasteten die Märkte in hohem Masse. Die wichtigsten Zentralbanken hielten die Zinssätze niedrig und liessen verlauten, dass sie für geraume Zeit auf niedrigen Niveaus bleiben würden. Aufgrund des fortgesetzten Kursanstiegs des Schweizer Frankens gab die Schweizerische Nationalbank eine Untergrenze für den EUR/CHF-Wechselkurs bekannt. Über das gesamte Jahr waren die Aktienmärkte von Volatilität geprägt.

Wirtschaftsumfeld

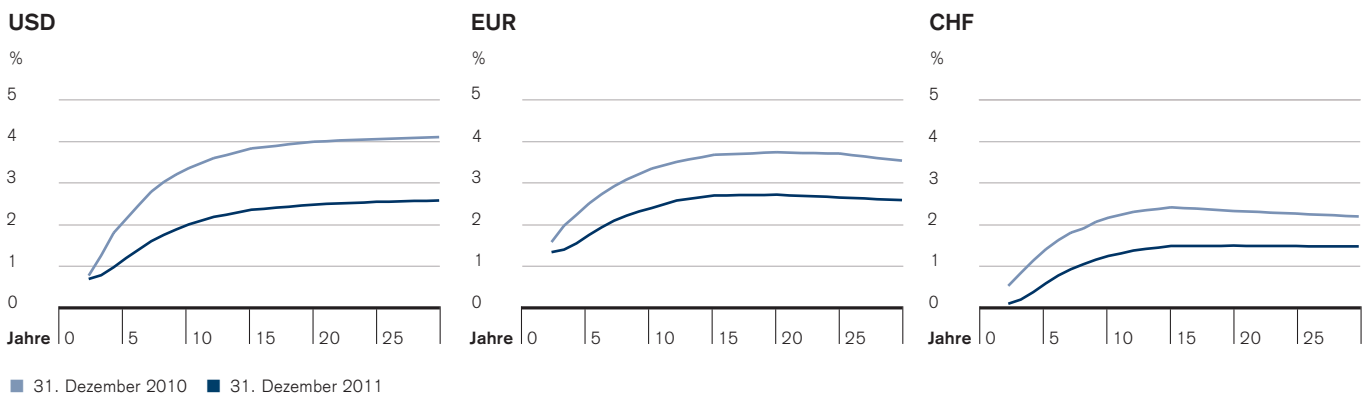
2011 begann die Weltwirtschaft Anzeichen für eine Erholung zu zeigen, mit Wachstumssteigerungen im verarbeitenden Gewerbe in den meisten grössten Volkswirtschaften und fallenden Arbeitslosenzahlen in den USA und in Europa. Im Verlauf des Jahres jedoch belasteten Ungewissheit und Volatilität die Volkswirtschaften und Märkte über das Restjahr. Zu den wesentlichen Gründen hierfür gehörten die politischen Unruhen im Nahen Osten, die europäische Staatsschuldenkrise, wirtschaftliche Turbulenzen aufgrund der Naturkatastrophe in Japan und des politischen Stillstands in den USA sowie die daraus resultierende Herabstufung der US-amerikanischen Staatsanleihen. Die Situation gipfelte im Sommer in einem Ausverkauf an den Aktienmärkten. Zur Jahresmitte war klar, dass sich die globale Wirtschaft nach einer relativ robusten

Erholungsphase im Anschluss an die Krise abkühlte. Die Befürchtungen, dass die Weltwirtschaft in eine zweite Rezession abrutschen könnte, schwächten sich gegen Ende des Jahres etwas ab, als die Indikatoren für das Wirtschaftswachstum in den USA besser zu werden begannen und die wichtigsten Zentralbanken weiterhin eine lockere Geldpolitik unterstützten.

In der ersten Jahreshälfte stieg die Inflation weltweit. Die Zentralbanken in vielen Regionen erhöhten die Zinssätze, oder es wurde damit gerechnet. Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte die Zinssätze im April. Nach einer zweiten Erhöhung im Juli signalisierte die EZB im September, dass keine weitere Erhöhung folgen würde. Im vierten Quartal 2011 senkte die EZB die Zinssätze wegen der schwächeren wirtschaftlichen Aussichten für die Eurozone wieder auf das Niveau von Anfang des Jahres. Die US Federal Reserve (Fed) hielt über das gesamte Jahr am niedrigen Zinsniveau fest und brachte ihren

Renditekurven

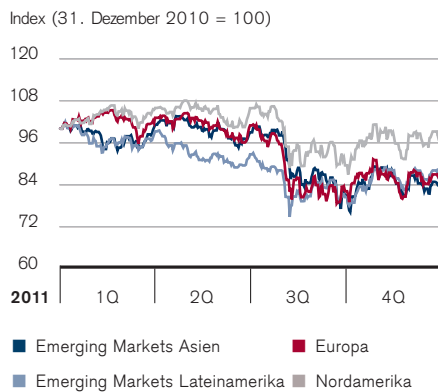
Infolge der Sorgen um das weltweite Wachstum sanken die Renditekurven im Jahr 2011 über sämtliche Laufzeiten.



Aktienmärkte

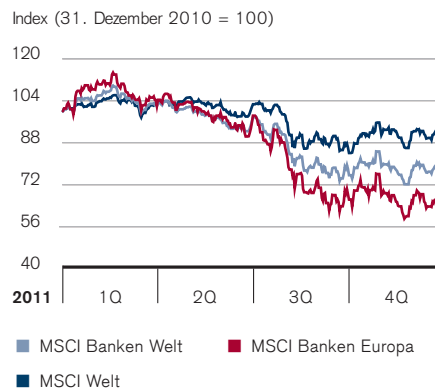
Die meisten wichtigen Aktienmärkte schlossen das Jahr auf einem tieferen Stand. Die Volatilität war im dritten Quartal 2011 wegen der europäischen Staatsschuldenkrise am ausgeprägtesten.

Performance Region



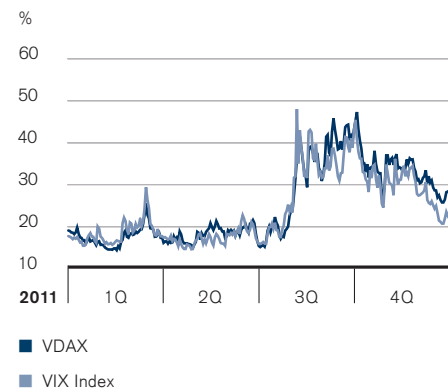
Quelle: Bloomberg, MSCI Barra, Credit Suisse

Performance Banken weltweit



Quelle: Datastream, MSCI Barra, Credit Suisse

Volatilität



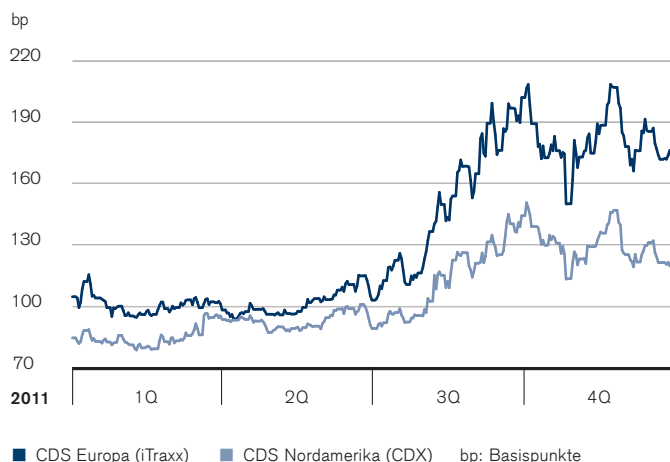
Quelle: Datastream, Credit Suisse

Plan, langfristige Staatsanleihen im Wert von USD 600 Mia. aufzukaufen, zum Abschluss, mit dem Ziel, Impulse für die US-amerikanische Wirtschaft zu setzen. Überdies gab die Fed bekannt, dass sie die kurzfristigen Zinssätze bis Mitte 2013 auf einem niedrigen Niveau halten würde, und änderte die Zusammensetzung des von ihr gehaltenen Bestandes an US-Staatsanleihen zugunsten eines grösseren Anteils an solchen

mit längeren Laufzeiten, um die langfristigen Zinssätze zu senken. In den Schwellenländern gab es geldpolitische Massnahmen unterschiedlicher Art. Von Anfang des Jahres bis August erhöhte die brasilianische Zentralbank ihren Referenzzinssatz um 1,75 Prozentpunkte, senkte die Sätze in der zweiten Jahreshälfte dann aber schrittweise. Die indische Zentralbank erhöhte die Zinssätze während des gesamten Jahres. China straffte die Geldpolitik im Laufe des Jahres, indem es die Banken dazu verpflichtete, höhere Rücklagen für Verbindlichkeiten aus Einlagen zu halten, senkte jedoch im vierten Quartal 2011 den Mindestreservesatz. Bis Ende 2011 war die Inflation in vielen Schwellenländern wieder rückläufig und verlangsamte sich in den meisten entwickelten Ländern.

Kreditrisikoprämien

Die Kreditrisikoprämien erhöhten sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte aufgrund der Befürchtungen im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung in Europa.



Quelle: Bloomberg, Credit Suisse

2011 war die Verschuldung mehrerer entwickelter Länder Anlass für grosse Besorgnis. Im dritten Quartal 2011 stufte die Ratingagentur Standard & Poor's die langfristige Kreditwürdigkeit der USA auf AA+ herunter. Das Rating mehrerer europäischer Staaten wurde ebenfalls herabgestuft, und die Risikoprämien für italienische und spanische Staatsanleihen erreichten neue Höchstwerte, während die Renditen deutscher Staatsanleihen auf ein Rekordtief fielen. Griechische Staatsanleihen sorgten weiterhin für Beunruhigung, und führende Politiker der EU traten dafür ein, die Sicherheitsmarge für von Privatanlegern gehaltene griechische Anleihen zu erhöhen. Im Juli verständigten sich die EU-Finanzminister darauf, den effektiven Umfang der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) zu erhöhen und ihren Geltungsbereich auszuweiten.

In der Schweiz waren die ersten drei Quartale von solidem Wachstum, geringer Inflation und niedrigen Arbeitslosenzahlen

Marktvolumen (jährliches Wachstum in %)

2011	Global	Europa
Aktienhandelsvolumen ¹	–	3
Angekündigte Fusionen und Übernahmen ²	4	5
Vollzogene Fusionen und Übernahmen ²	13	25
Aktienemissionsgeschäft ²	(25)	(23)
Anleihenemissionsgeschäft ²	(9)	(10)
Konsortialkredite – Investment Grade ²	38	–

¹ London Stock Exchange, Borsa Italiana, Deutsche Börse, BME und Euronext. Global enthält auch die New York Stock Exchange und NASDAQ. ² Dealogic.

gekennzeichnet, obwohl leichte Anzeichen für eine Abschwächung zu erkennen waren. Eine massive, anhaltende Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber bedeutenden Währungen löste die Befürchtung aus, dass das künftige Wachstum erheblich gedämpft werden könnte. Der Kursanstieg des Schweizer Frankens wurde durch seinen Status als sicherer Hafen befeuert, da die Sorgen um die Staatsverschuldung in der EU anhielten. Im September gab die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Untergrenze für den CHF/EUR-Wechselkurs von 1,20 Schweizer Franken je Euro bekannt, die von der SNB beibehalten wurde.

Die Aktienmärkte waren 2011 hochgradig volatil. Laut dem Chicago Board of Options Exchange Market Volatility Index (VIX) erreichte die Volatilität ihren höchsten Stand im dritten Quartal 2011, als es auf den Aktienmärkten sowohl der entwickelten als auch der aufstrebenden Staaten zu massiven Korrekturen kam (siehe hierzu die «Aktienmärkte»-Tabellen). Im vierten Quartal 2011 erholten sich die meisten Aktienmärkte etwas, als sich zeigte, dass die Unternehmen recht solide Gesamtergebnisse erzielt hatten, doch die Gesamthandelsvolumen bei Aktien blieben gering. US-amerikanische Aktien litten europäische Aktien weit hinter sich und waren stärker als Aktien aus asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern (siehe hierzu die «Aktienmärkte»-Tabellen).

Die Renditen von Staatsanleihen auf den meisten grossen Märkten gingen im Verlaufe des Jahres zurück (siehe hierzu die «Renditekurven»-Tabellen). Zehnjährige US-Staatsanleihen wurden in der zweiten Jahreshälfte mit unter 2% gehandelt, und die Renditen für zehnjährige Schweizer Staatsanleihen lagen Ende 2011 bei unter 70 Basispunkten. Nach einer guten Entwicklung für die Kreditmärkte in der ersten Hälfte von 2011 trieb die Schuldenkrise in Europa die Renditen von einigen finanziell schwächeren europäischen Staaten und von europäischen Banken auf Rekordhöhen. 2011 verzeichnete das US-Segment hochverzinslicher Anleihen positive Gesamtrenditen, insbesondere dank der besseren US-Wirtschaftsdaten, gegenüber negativen Gesamtrenditen des europäischen Segments für das Jahr (siehe hierzu die «Risikoprämien»-Tabellen).

Die europäischen Schuldenkrise, der USD-Finanzierungsdruck für viele europäischen Banken und die Sorgen um das weltweite Wachstum waren die Hauptfaktoren, die das Geschehen auf den Währungsmärkten bestimmten. Niedrige Zinssätze in den USA und ihr Aussenhandelsdefizit verhinderten die Aufwertung des US-Dollar bis zum vierten Quartal 2011, als der Dollar auf breiter Front stärker wurde, insbesondere gegenüber den europäischen Währungen. Der japanische Yen war über das Jahr die stärkste Währung unter den G-10-Staaten, bedingt durch seinen Status als sicherer Hafen. Die Währungen der Schwellenländer schwächten sich zum Jahresende angesichts der Sorgen um das weltweite Wachstum gegenüber dem US-Dollar ab.

Die Rohstoffmärkte waren volatil, starteten im ersten Quartal mit einem massiven Kursanstieg und verzeichneten danach zur Jahresmitte fallende Kurse. In den ersten vier Monaten des Jahres stiegen die Ölpreise aufgrund grosser politischer Spannungen im Nahen Osten und Nordafrika massiv. Nach Rückgängen in der Mitte des Jahres verzeichneten die Energiemärkte zum Jahresende 2011 erhebliche Zuwächse, hauptsächlich aufgrund steigender Ölpreise infolge der hohen Verbrauchszahlen und fallender Bestände. Gold beendete das Jahr unter USD 1 600, nachdem es im September einen Höchststand von USD 1 900 pro Unze erreicht hatte.

Geschäftsumfeld

2011 war ein schwieriges Jahr für den Bankensektor. Europäische Bankaktien verloren 2011 über 30% unter anderem wegen der sich verschärfenden Staatsschuldenkrise. Nordamerikanische Bankaktien beendeten das Jahr mit Einbussen von rund 8% (siehe hierzu die «Aktienmärkte»-Tabellen). Die Volatilität im Bankensektor war hoch.

Akteure aus der Branche ergriffen weitere Massnahmen, um ihr Geschäftsmodell dem sich wandelnden regulatorischen Umfeld des Bankensektors anzupassen. Die Unterperformance des Sektors widerspiegelt aufsichtsrechtliche Ungewissheit,

zum Beispiel Vorschläge betreffend einer Beschränkung bestimmter Bankaktivitäten, höhere Kernkapitalquoten und die Besteuerung von Finanztransaktionen. Die Unterperformance der europäischen Banken ist insbesondere auf die Diskussionen über die Rekapitalisierung der Banken zurückzuführen.

Die Mittelbeschaffung war 2011 insbesondere für viele europäische Banken schwierig. Erhöhte Unsicherheit aufgrund der Sorgen um die Staatsverschuldung in Europa sowie höhere Kapital- und Liquiditätsanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden zwangen viele Banken, Restrukturierungs- und Entschuldungspläne anzukündigen. Das über das Jahr schwache Geschäftsumfeld und die gedämpften Geschäftsaktivitäten waren weitere Probleme, mit denen sich die Banken konfrontiert sahen.

Der Bereich **Wealth Management** litt unter geringer Handelsaktivität auf den Anleihen- und Aktienmärkten. Die negative Marktstimmung führte zu zurückhaltendem Kundenverhalten. Der starke Schweizer Franken wirkte sich weiter nachteilig auf die in der Vermögensverwaltung tätigen Schweizer Finanzinstitute aus. Der Sektor setzte seine Anstrengungen zur Anpassung an die branchenspezifischen regulatorischen Änderungen, darunter neue Anforderungen für das grenzübergreifende Geschäft und den Anlegerschutz, fort.

Im Bereich **Investment Banking** verzeichnete der globale Gebührenpool in den beiden ersten Quartalen des Jahres ein relativ gutes Niveau. Doch das zweite Halbjahr litt unter Marktvolatilität, einem erheblichen Rückgang des Risikoappetits und einer Abschwächung der Kapitalmärkte. Alles in allem blieb der Gebührenpool im Jahr 2011 im Vergleich zu 2010 unverändert. Die Beiträge des Kreditgeschäfts sowie Mergers & Acquisitions erhöhten sich, während die Aktivität auf den Anleihen- und Aktienkapitalmärkten zurückging. Im Jahr 2011 lagen die globalen Aktienmarktvolumen im Einklang mit denen von 2010. Die Handelsvolumen bei US-amerikanischen Anleihen waren 2011 geringfügig höher als 2010, allerdings bei generell ähnlichem Volatilitätsgrad.

Im Bereich **Asset Management** verlor der Dow Jones Credit Suisse Hedge Fund Index 2,5%. Angesichts der generell hohen Volatilität konnten die meisten Hedgefonds nicht von den Trends profitieren. Die Mittelbeschaffung im Bereich Private Equity blieb 2011 verhalten – die Fonds sammelten weltweit USD 266 Mia. ein und lagen damit leicht unter dem Niveau von 2010. Die Schwellenländer trugen hierzu rund 20% bei.

Credit Suisse

Wir verzeichneten im Jahr 2011 einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 1 953 Mio. Das verwässerte Ergebnis pro Aktie betrug CHF 1.36. Die den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite betrug 6,0%. Wir verfügen weiterhin über eine starke Kapitalbasis mit einer BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II.5 von 15,2% per Ende 2011.

Ergebnisse

	Veränderung in %				
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	6 433	6 541	6 891	(2)	(5)
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	12 952	14 078	13 750	(8)	2
Handelserfolg	5 020	9 338	12 151	(46)	(23)
Sonstiger Ertrag	1 820	1 429	502	27	185
Nettoertrag	26 225	31 386	33 294	(16)	(6)
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	-	-
Personalaufwand	13 213	14 599	15 013	(9)	(3)
Sachaufwand	7 372	7 231	7 701	2	(6)
Kommissionsaufwand	1 992	2 148	1 997	(7)	8
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 364	9 379	9 698	0	(3)
Total Geschäftsaufwand	22 577	23 978	24 711	(6)	(3)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 461	7 487	8 077	(54)	(7)
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835	(57)	(16)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 790	5 939	6 242	(53)	(5)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	100	-
Reingewinn	2 790	5 920	6 411	(53)	(8)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	837	822	(313)	2	-
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724	(62)	(24)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 953	5 117	6 555	(62)	(22)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	100	-
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.37	3.93	5.14	(65)	(24)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.37	3.91	5.28	(65)	(26)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.36	3.91	5.01	(65)	(22)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.36	3.89	5.14	(65)	(24)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	6.0	14.4	18.3	-	-
Den Aktionären zurechenbare Rendite auf dem materiellen Eigenkapital ¹	8.1	19.8	25.1	-	-
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	49 700	50 100	47 600	(1)	5

¹ Basierend auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre, berechnet aus Total Eigenkapital der Aktionäre abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Werte. Das Management ist der Ansicht, dass die Rendite auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre aussagekräftig ist, da sie eine einheitliche Leistungsbeurteilung von Geschäftsbereichen erlaubt, ohne Rücksicht darauf, ob die Geschäftsbereiche erworben wurden.

Gruppenergebnis und Kernergebnis

	Kernergebnis			Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung			Credit Suisse		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	25 429	30 625	33 617	796	761	(323)	26 225	31 386	33 294
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	0	0	0	187	(79)	506
Personalaufwand	13 151	14 562	14 927	62	37	86	13 213	14 599	15 013
Sachaufwand	7 350	7 194	7 604	22	37	97	7 372	7 231	7 701
Kommissionsaufwand	1 992	2 148	1 997	0	0	0	1 992	2 148	1 997
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 342	9 342	9 601	22	37	97	9 364	9 379	9 698
Total Geschäftsaufwand	22 493	23 904	24 528	84	74	183	22 577	23 978	24 711
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen, vor Steuern									
Geschäftsbereichen, vor Steuern	2 749	6 800	8 583	712	687	(506)	3 461	7 487	8 077
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835	0	0	0	671	1 548	1 835
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen									
Geschäftsbereichen	2 078	5 252	6 748	712	687	(506)	2 790	5 939	6 242
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	0	0	0	0	(19)	169
Reingewinn/(-verlust)	2 078	5 233	6 917	712	687	(506)	2 790	5 920	6 411
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	125	135	193	712	687	(506)	837	822	(313)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724	0	0	0	1 953	5 098	6 724
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)									
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	88.5	78.1	73.0	-	-	-	86.1	76.4	74.2
Gewinnmarge vor Steuern	10.8	22.2	25.5	-	-	-	13.2	23.9	24.3
Effektiver Steuersatz	24.4	22.8	21.4	-	-	-	19.4	20.7	22.7
Reingewinnmarge ¹	7.7	16.6	20.0	-	-	-	7.4	16.2	20.2

¹ Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Berichterstattungsstruktur der Credit Suisse

Das Ergebnis der Credit Suisse enthält Erträge und Aufwendungen aus der Konsolidierung gewisser Private-Equity-Fonds und sonstiger Gesellschaften, an welchen wir Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung an deren Erträgen und Aufwendungen halten. Das Kernergebnis enthält das Ergebnis unserer drei Segmente und des Corporate Centers sowie aufgebener Geschäftsbereiche, nicht jedoch die Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung.

Credit Suisse					
Kernergebnis				Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	
Private Banking		Investment Banking	Asset Management		Corporate Center
Wealth Management Clients	Corporate & Institutional Clients				

Unterschiede zwischen der Gruppe und der Bank

Wenn nicht anders vermerkt, ist das Geschäft der Bank im Wesentlichen mit dem der Credit Suisse Group identisch und wird durch die Segmente Private Banking, Investment Banking und Asset Management besorgt. Das Ergebnis dieser Segmente ist im Kernergebnis enthalten. Einige Aktiven und Verbindlichkeiten sowie Geschäftsergebnisse werden zwar innerhalb der drei Segmente geführt, sind aber nicht Teil der konsolidierten Jahresrechnung der Bank, da sie rechtlich der Gruppe zuzuordnen sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich dies vor allem auf die Aktivitäten von Clariden Leu, der Neuen

Aargauer Bank und von BANK-now, welche als Teil des Private Banking geführt werden, und auf die Absicherungsaktivitäten im Zusammenhang mit aktienbasierten Ansprüchen. Das Kernergebnis enthält auch bestimmte Corporate-Center-Aktivitäten, die für die Bank nicht anwendbar sind.

Diese Geschäftstätigkeiten können sich von Periode zu Periode ändern, weshalb sich Unterschiede zwischen der konsolidierten Jahresrechnung der Bank und derjenigen der Gruppe ergeben können.

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Bank.

Unterschiede zwischen den Geschäftsfeldern der Gruppe und der Bank

Gesellschaft	Hauptgeschäftstätigkeit
Clariden Leu	Banking und Wertschriften
Neue Aargauer Bank	Banking (Kanton Aargau)
BANK-now	Privatkredite und Autoleasing (in der Schweiz)
Finanzierungsgesellschaften der Gruppe	Spezialzweckgesellschaften für verschiedene Finanzierungsaktivitäten der Gruppe, einschliesslich zum Zweck der Eigenmittelbeschaffung

Vergleich der konsolidierten Erfolgsrechnungen

	Gruppe			Bank		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Nettoertrag	26 225	31 386	33 294	24 301	29 598	31 993
Total Geschäftsaufwand	22 577	23 978	24 711	21 842	23 451	24 176
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 461	7 487	8 077	2 362	6 271	7 357
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835	433	1 258	1 794
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 790	5 939	6 242	1 929	5 013	5 563
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	0	(19)	169
Reingewinn	2 790	5 920	6 411	1 929	4 994	5 732
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	837	822	(313)	901	802	(697)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724	1 028	4 192	6 429

Vergleich der konsolidierten Bilanzen

Ende	Gruppe		Bank	
	2011	2010	2011	2010
Bilanzdaten (in Mio. CHF)				
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005	1 023 175	1 008 761
Total Verbindlichkeiten	1 008 080	988 990	986 725	969 597

Kapitalisierung und Verschuldung

Ende	Gruppe		Bank	
	2011	2010	2011	2010
Kapitalisierung und Verschuldung (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	40 147	37 493	51 484	47 675
Kundeneinlagen	313 401	287 564	287 699	263 767
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	176 559	168 394	176 559	168 394
Langfristige Verbindlichkeiten	162 655	173 752	159 407	171 140
Sonstige Verbindlichkeiten	315 318	321 787	311 576	318 621
Total Verbindlichkeiten	1 008 080	988 990	986 725	969 597
Total Eigenkapital	41 085	43 015	36 450	39 164
Total Kapitalisierung und Verschuldung	1 049 165	1 032 005	1 023 175	1 008 761

Eigenmittelunterlegung

Ende	Gruppe			Bank		
	Basel II.5	Basel II	Basel II	Basel II.5	Basel II	Basel II
	2011	2011	2010	2011	2011	2010
Eigenmittel (in Mio. CHF)						
Kernkapital (Tier 1)	36 844	38 029	37 725	33 459	34 644	35 310
davon hybride Instrumente	10 888	10 888	11 098	10 888	10 888	10 589
Total anrechenbare Eigenmittel	48 654	51 024	47 799	46 628	48 998	47 569
Eigenmittelquoten (in %)						
Kernkapitalquote (Tier 1)	15.2	18.1	17.2	14.5	17.4	17.1
Eigenmittelquote	20.1	24.2	21.9	20.2	24.6	23.1

Dividenden der Bank an die Gruppe

Ende	2011	2010
Pro ausgegebene Aktie (in CHF)		
Dividende ^{1,2}	0.23 ³	0.23

Namenaktien zum Nennwert von je CHF 100.00. Per 31. Dezember 2011 und 2010 bestand das Aktienkapital aus 43 996 652 Namenaktien.

¹ Dividenden werden in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Statuten der Bank festgelegt. ² In den Jahren 2009, 2008 und 2007 betrug die Dividende pro ausgegebene Aktie CHF 68.19, CHF 0.23 beziehungsweise CHF 59.10. ³ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 27. April 2012; aus Reserven aus Kapitaleinlagen zu bezahlen.

Kernergebnis

Der den Aktionären zurechenbare Reingewinn betrug im Jahr 2011 CHF 1 953 Mio. Das Ergebnis widerspiegelte die Auswirkungen eines anspruchsvollen Marktumfelds und die Umsetzung unserer Strategie. Aufgrund der Umsetzung unserer Strategie sind im Ergebnis negative Auswirkungen in Höhe von insgesamt CHF 1,8 Mia. aus Restrukturierungskosten, aufgegebenen Geschäftsbereichen und der Reduzierung der risikogewichteten Aktiven aus dem Anleihengeschäft unseres Investment Banking enthalten. Ebenfalls enthalten sind Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. im Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA. Im Investment Banking haben wir deutliche Fortschritte bei der Reduzierung der risikogewichteten Aktiven nach Basel III erzielt, sie verringerten sich um CHF 76 Mia. auf CHF 233 Mia. im Jahr 2011. Der Zufluss an Netto-Neugeldern betrug CHF 40,9 Mia.

Ergebnisse

	Veränderung in %				
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	6 405	6 474	6 763	(1)	(4)
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	12 984	14 131	13 702	(8)	3
Handelserfolg	4 921	9 328	12 127	(47)	(23)
Sonstiger Ertrag	1 119	692	1 025	62	(32)
Nettoertrag	25 429	30 625	33 617	(17)	(9)
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	–	–
Personalaufwand	13 151	14 562	14 927	(10)	(2)
Sachaufwand	7 350	7 194	7 604	2	(5)
Kommissionsaufwand	1 992	2 148	1 997	(7)	8
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 342	9 342	9 601	–	(3)
Total Geschäftsaufwand	22 493	23 904	24 528	(6)	(3)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 749	6 800	8 583	(60)	(21)
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835	(57)	(16)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 078	5 252	6 748	(60)	(22)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	100	–
Reingewinn	2 078	5 233	6 917	(60)	(24)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn	125	135	193	(7)	(30)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 953	5 098	6 724	(62)	(24)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 953	5 117	6 555	(62)	(22)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	100	–
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	88.5	78.1	73.0	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	10.8	22.2	25.5	–	–
Effektiver Steuersatz	24.4	22.8	21.4	–	–
Reingewinnmarge ¹	7.7	16.6	20.0	–	–
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	49 700	50 100	47 600	(1)	5

¹ Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Im Kernergebnis enthalten sind die Ergebnisse unserer drei Segmente, des Corporate Center und der aufgegebenen Geschäftsbereiche. Nicht darin enthalten sind Erträge und Aufwendungen aus Minderheitsanteilen ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligungen. Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft wie Finanzierungen der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen und Erträge, die nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wird der aggregierte Ertrag bewertet, einschliesslich einer Beurteilung des Handelsergebnisses und des entsprechenden Zinsertrags und -aufwands aus der Finanzierung und Absicherung von Positionen. Daher können individuelle Ertragskategorien keine Indikatoren für unsere Performance sein.

Da das Basel-III-Regelwerk des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht nicht vor dem 1. Januar 2013 umgesetzt wird, haben wir unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III für die Zwecke dieses Berichts gemäss den derzeit vorgeschlagenen Anforderungen und unserer derzeitigen Auslegung dieser Anforderungen, einschliesslich der massgeblichen Annahmen, errechnet. Im Falle von Änderungen bei der tatsächlichen Umsetzung von Basel III würden sich Zahlen ergeben, die von den in diesem Bericht dargestellten Werten abweichen.

Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

Auswirkung von Bewegungen bei Kreditrisikoprämien

Die in unserem Kernergebnis enthaltenen Erträge wurden von den Veränderungen der Kreditrisikoprämie auf langfristige gewöhnliche Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse, die zum Fair Value ausgewiesen wurden, beeinträchtigt. Für die Zwecke der Segmentberichterstattung werden die kumulativen Fair-Value-Gewinne von CHF 1,5 Mia. aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse per Anfangsbilanz 2010 den Segmenten auf Basis einer linearen Amortisation belastet. Die Differenz zwischen dieser Amortisation und der Fair-Value-Bewertung dieser Verbindlichkeiten der Credit Suisse aufgrund von Veränderungen der Kreditrisikoprämie wird im Corporate Center erfasst.

- ▶ Siehe «Änderungen der Rechnungslegungsmethoden im ersten Quartal 2010» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis im Geschäftsbericht 2010 der Credit Suisse für weitere Informationen.

Unser Kernergebnis wurde auch durch Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) aus freistehenden Derivaten im Zusammenhang mit bestimmten Finanzierungsverbindlichkeiten beeinflusst. Die Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) aus freistehenden Derivaten werden im Corporate Center erfasst und widerspiegeln die Volatilität von Währungsswaps und Renditekurven und führen während der Laufzeit der Derivate zu keinen Nettogewinnen/(-verlusten). Das aufsichtsrechtliche Kapital umfasst keine kumulierten Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) in Bezug auf unsere eigenen langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) und strukturierten Schuldtitel nach Steuern.

	2011	2010	2009
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust), ohne Einfluss aus Veränderungen der Kreditrisikoprämien (in Mio. CHF)	1 337	4 880	7 325
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus eigenen langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten	1 210	341	(750)
davon im Corporate Center	1 421	590	(327)
davon dem Investment Banking zugerechnet	(197)	(232)	(397)
davon den anderen Divisionen zugerechnet	(14)	(17)	(26)
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus freistehenden Derivaten	(291)	1	–
Steueraufwand/(-vorteil)	303	124	(149)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724

Kernergebnis nach Divisionen

	Veränderung in %				
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	9 030	9 829	9 871	(8)	0
Corporate & Institutional Clients	1 847	1 802	1 791	2	1
Private Banking	10 877	11 631	11 662	(6)	0
Investment Banking	11 496	16 214	20 537	(29)	(21)
Asset Management	2 146	2 332	1 842	(8)	27
Corporate Center	910	448	(424)	103	-
Nettoertrag	25 429	30 625	33 617	(17)	(9)
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	83	70	33	19	112
Corporate & Institutional Clients	27	(52)	147	-	-
Private Banking	110	18	180	-	(90)
Investment Banking	77	(97)	326	-	-
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	-	-
Total Geschäftsaufwand (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	7 479	7 231	6 940	3	4
Corporate & Institutional Clients	940	956	891	(2)	7
Private Banking	8 419	8 187	7 831	3	5
Investment Banking	11 340	12 780	13 366	(11)	(4)
Asset Management	1 593	1 829	1 807	(13)	1
Corporate Center	1 141	1 108	1 524	3	(27)
Total Geschäftsaufwand	22 493	23 904	24 528	(6)	(3)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	1 468	2 528	2 898	(42)	(13)
Corporate & Institutional Clients	880	898	753	(2)	19
Private Banking	2 348	3 426	3 651	(31)	(6)
Investment Banking	79	3 531	6 845	(98)	(48)
Asset Management	553	503	35	10	-
Corporate Center	(231)	(660)	(1 948)	(65)	(66)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 749	6 800	8 583	(60)	(21)

Ergebnisse im Überblick

2011 gegenüber 2010

2011 verzeichneten wir einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 1 953 Mio., was einem Rückgang von 62% gegenüber 2010 entspricht. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 25 429 Mio. und verringerte sich damit um 17%. Im Vergleich zu 2010 ging der Geschäftsaufwand um 6% auf CHF 22 493 Mio. zurück, was hauptsächlich auf einen geringeren Personalaufwand zurückzuführen ist. Unser Ergebnis für 2011 enthielt negative Auswirkungen von CHF 1,8 Mia., zu denen Restrukturierungskosten für Massnahmen zur Effizienzsteigerung in Höhe von CHF 847 Mio. und CHF 974 Mio. (CHF 547 Mio. negative Erträge und CHF 427 Mio. für damit

verbundene Kosten) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen und der Reduzierung von risikogewichteten Aktiven aus dem Anleihengeschäft unseres Investment Banking gehören. Ebenfalls enthalten sind Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. im Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA. Wir erzielten Fair-Value-Gewinne in Höhe von CHF 1 210 Mio. aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse sowie Fair-Value-Verluste in Höhe von CHF 291 Mio. aus freistehenden Derivaten. Die Aufwertung des Schweizer Francs im Verhältnis zu den Hauptwährungen wirkte sich negativ auf unsere Erträge und positiv auf unsere Aufwendungen aus. Im Vergleich zu 2010 verringerte sich durch den negativen Einfluss

der Nettoertrag um CHF 3 092 Mio. und das Ergebnis vor Steuern um CHF 909 Mio.

Im **Private Banking** verringerte sich der Nettoertrag von CHF 10 877 Mio. um 6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die tieferen Durchschnittskurse der Hauptwährungen im Vergleich zum Schweizer Franken wirkten sich auf den Nettoertrag und das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsbereich Private Banking negativ mit CHF 844 Mio. beziehungsweise CHF 550 Mio. aus. Ohne diese negativen Fremdwährungseffekte und den im Berichtsjahr erzielten Gewinn aus dem Verkauf von Immobilien in der Höhe von CHF 72 Mio. blieb der Ertrag gegenüber 2010 stabil. In einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld ging der Zinserfolg um 7% zurück. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge sanken um 7%, da sich die durchschnittlich verwalteten Vermögen geringfügig verminderten, was in erster Linie auf die negativen Fremdwährungseffekte zurückzuführen war. Unter Ausschluss der Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion in den Jahren 2011 und 2010 in Höhe von CHF 17 Mio. beziehungsweise CHF 50 Mio., sowie des 2011 erzielten Gewinns aus dem Verkauf von Immobilien, verringerte sich der transaktionsabhängige Ertrag um 9%. Dieser Rückgang ist auf signifikant geringere Courtagen und Erträge aus Produktemissionen zurückzuführen, welche eine geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volumen widerspiegeln.

Im **Investment Banking** sank der Nettoertrag in Höhe von CHF 11 496 Mio. gegenüber dem Vorjahr um 29%. In vielen Geschäftsbereichen wurden unsere Ergebnisse 2011 durch eine im Vergleich zu 2010 sehr geringe Kundenaktivität und ein volatiles Handelsumfeld beeinflusst. Wir haben unseren Plan zur Reduzierung risikogewichteter Aktiven zügig umgesetzt und gemäss unseren Erwartungen werden wir unser Ziel, unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III bis Ende 2012 auf USD 229 Mia. zu reduzieren, bereits per Ende des ersten Quartals 2012 erreichen. Die risikogewichteten Aktiven nach Basel III wurden im Jahr 2011 um CHF 76 Mia. reduziert. Unser Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel war im Jahr 2011 erheblich geringer, was an den schwierigen Handelsbedingungen, der geringen Kundenaktivität in den meisten Geschäftsbereichen und der Umsetzung der Strategie zur Risikoreduktion lag. Wir verzeichneten Belastungen von CHF 547 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen und der Reduktion risikogewichteter Aktiven. Die Erträge aus verbrieften Produkten fielen deutlich geringer aus als 2010, was auf Wertminderungen des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes und Verluste aus dem Verkauf des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und einer geringeren Kundenaktivität zurückzuführen ist. Auch die Ergebnisse unserer

Kreditgeschäfte, einschliesslich Leveraged Finance und Investment Grade Trading, waren aufgrund von Mark-to-Market-Verlusten von im Kundengeschäft gehaltenen Beständen im Vergleich zu 2010 deutlich schlechter. Unser Ergebnis im Aktienverkauf und -handel fiel trotz einer geringen Kundenaktivität solide aus. Zudem waren verminderte Cash-Equities-Ergebnisse aufgrund einer verhaltenen Handelsaktivität der Kunden und schlechtere Ergebnisse bei den Derivaten infolge einer reduzierten Kundenaktivität zu verzeichnen. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. Im Jahr 2011 konnten wir unseren Marktanteil und unsere führende Marktpositionierung in den Bereichen Cash Equities und Prime Services beibehalten. Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft fielen schlechter aus, was auf einen branchenweiten Rückgang des Kapitalemissionsvolumens bzw. einen Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften zurückzuführen ist. 2011 haben wir im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln Gewinne aus Bewertungsanpassungen aufgrund der Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämie (Debit Valuation Adjustment, DVA) von CHF 698 Mio. erzielt; 2010 hatten wir DVA-Verluste von CHF 73 Mio.

Im **Asset Management** verringerte sich der Nettoertrag in Höhe von CHF 2 146 Mio. im Vergleich zu 2010 um 8%. Gründe hierfür sind hauptsächlich ungünstige Fremdwährungseffekte im Jahr 2011 sowie im Jahr 2010 erzielte Gewinne aus Wertschriften, die von unseren Geldmarktfonds erworben wurden, in Höhe von CHF 143 Mio. Die negative Auswirkung des höheren durchschnittlichen Devisenkurses des Schweizer Francs gegenüber den Hauptwährungen auf den Nettoertrag und das Ergebnis vor Steuern belief sich auf CHF 239 Mio. bzw. CHF 69 Mio. Der Nettoertrag vor Anlagegewinnen belief sich auf CHF 1 841 Mio., was einem Zuwachs um 5% entspricht, ausschliesslich der 2010 erzielten Gewinne aus Wertschriften, die von unseren Geldmarktfonds erworben wurden. Im Vergleich zu 2010 stiegen die gebührenabhängigen Erträge um 2%. Die Gebühren im Bereich Asset Management in Höhe von CHF 1 263 Mio. verringerten sich um 10%. Gründe hierfür sind Fremdwährungseffekte sowie die Abspaltung und Veräusserung von Geschäftsbereichen ausserhalb des Kerngeschäfts im Jahr 2010. Das durchschnittlich verwaltete Vermögen sank um 2,0% auf CHF 419,3 Mia. und wurde von negativen Marktleistungen und ungünstigen Entwicklungen im Zusammenhang mit Fremdwährungen nachteilig beeinflusst. Die Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren in Höhe von CHF 259 Mio. verzeichneten einen Zuwachs von 61% aus gestiegenen Platzierungsgebühren im Bereich Private Equity

Kernergebnis nach Regionen

	Veränderung in %				
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Schweiz	8 130	8 416	8 800	(3)	(4)
Europa, Naher Osten und Afrika	6 474	7 145	9 009	(9)	(21)
Nord- und Südamerika	7 304	11 558	12 794	(37)	(10)
Asien-Pazifik	2 611	3 058	3 438	(15)	(11)
Corporate Center	910	448	(424)	103	–
Nettoertrag	25 429	30 625	33 617	(17)	(9)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)					
Schweiz	2 518	2 913	3 295	(14)	(12)
Europa, Naher Osten und Afrika	293	417	2 146	(30)	(81)
Nord- und Südamerika	124	3 762	4 262	(97)	(12)
Asien-Pazifik	45	368	828	(88)	(56)
Corporate Center	(231)	(660)	(1 948)	(65)	(66)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 749	6 800	8 583	(60)	(21)

Ein bedeutender Teil unseres Geschäfts erfordert Koordination innerhalb der Regionen, um den Ansprüchen unserer Kunden gerecht zu werden. Die Methodik zur Verteilung der Resultate auf die Regionen ist von der Beurteilung des Managements abhängig. Im Private Banking werden die Resultate entsprechend der Managementstruktur unserer Kundenberater und der Region, welche die Transaktion bucht, aufgeteilt. Im Investment Banking werden die Handelsergebnisse nach primärem Ort des Risikomanagements aufgeteilt und die gebührenabhängigen Resultate nach Kundendomizil. Im Asset Management erfolgt die Aufteilung entsprechend dem Standort der Portfoliomanager und der Verkaufsteams.

sowie Verluste im Zusammenhang mit von der Asset Management Finance LLC (AMF) gehaltenen Anlagen im Jahr 2010. Leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen (Carried Interest) in Höhe von CHF 221 Mio. stiegen um 18% aufgrund eines höheren Carried Interest in Verbindung mit realisierten Private-Equity-Gewinnen, teilweise kompensiert durch niedrigere leistungsabhängige Gebühren. Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von CHF 122 Mio. nahmen gegenüber 2010 um 37% zu und resultierten aus den gestiegenen Erträgen aus Single-Manager-Hedgefonds. Die Anlagegewinne blieben mit CHF 305 Mio. um 29% hinter den Vorjahreswerten zurück.

Das **Corporate Center** umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft, einschliesslich der Finanzierung der Gruppe, Kosten im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie bestimmte Kosten, welche nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst. 2011 belief sich der Verlust vor Steuern auf CHF 231 Mio. gegenüber einem Verlust vor Steuern von CHF 660 Mio. im Jahr 2010, hauptsächlich aufgrund von Fair-Value-Gewinnen aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse in Höhe von CHF 1 421 Mio. gegenüber CHF 590 Mio. im Jahr 2010. Die Fair-Value-Gewinne aus eigene Verbindlichkeiten widerspie-

geln die ausgeweiteten Kreditrisikoprämien bei allen Währungen, einschliesslich vorrangiger und nachrangiger Verbindlichkeiten. Ferner enthielten die Verluste 2011 einen Betrag von CHF 847 Mio. für Aufwendungen, hauptsächlich bestehend aus Abfindungen und sonstigem Personalaufwand in Verbindung mit der beschleunigten Umsetzung gruppenweiter Massnahmen zur Effizienzsteigerung, sowie Verluste aus freistehenden Derivaten von CHF 291 Mio.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** umfasste Nettorückstellungen in Höhe von CHF 187 Mio. Im Private Banking wurden Rückstellungen von CHF 110 Mio. und im Investment Banking von CHF 77 Mio. gebildet.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** belief sich auf CHF 22 493 Mio. und ging somit um 6% zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Personalaufwand um 10% sank, bedingt durch eine niedrigere ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung und günstige Fremdwährungseffekte, die teilweise durch Massnahmen zur Effizienzsteigerung in Höhe von CHF 715 Mio. neutralisiert wurden. Der Sachaufwand stieg um 2%. Gründe hierfür sind höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, höhere Aufwendungen für IT-Investitionen und Kosten in Höhe von CHF 132 Mio. in Verbindung mit unseren Massnahmen zur Effizienzsteigerung, die teilweise durch niedrigere Dienstleistungsgebühren und günstige Fremdwährungseffekte neutralisiert wurden. Die Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten

umfassen CHF 478 Mio. im Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** betrug 2011 24,4% gegenüber 22,8% im Jahr 2010. Der effektive Steuersatz für das Gesamtjahr 2011 war im Wesentlichen durch die geografische Diversifikation unserer Ergebnisse, einen Anstieg der latenten Steuerguthaben in der Schweiz und den USA und die Auflösung von Abgrenzungen für Steuerrisiken beeinflusst. Der effektive Steuersatz widerspiegelte auch eine Erhöhung der Wertberichtigungen von latenten Steuerguthaben in Grossbritannien und Asien sowie Abschreibungen auf latenten Steuerguthaben, bedingt durch Senkungen des Körperschaftssteuersatzes in Grossbritannien und Japan. Die latenten Nettosteuer-guthaben sind im Jahr 2011 insgesamt um CHF 495 Mio. auf CHF 8 510 Mio. zurückgegangen.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die **verwalteten Vermögen** aus fortzuführenden Geschäftsbereichen beliefen sich per Ende 2011 auf CHF 1 229,5 Mia. Dies entspricht einer Abnahme um 1,9% gegenüber Ende 2010. Im Jahr 2011 verzeichneten wir Netto-Neugelder von CHF 40,9 Mia., ein Minus von 40,7% im Vergleich zum Vorjahr. Der Zufluss an Netto-Neugeldern belief sich im Private Banking auf CHF 44,5 Mia., im Asset Management wurde ein Netto-Geldabfluss von CHF 0,9 Mia. verzeichnet.

2010 gegenüber 2009

Wir verzeichneten im Jahr 2010 einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 5 098 Mio., was einem Rückgang von 24% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Vergleich zu 2009 ging der Nettoertrag um 9% auf CHF 30 625 Mio. und der Geschäftsaufwand um 3% auf CHF 23 904 Mio. zurück. Unser Kernergebnis für 2010 enthielt Fair-Value-Gewinne von CHF 341 Mio. auf gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse. Fair-Value-Verluste in Höhe von CHF 249 Mio. wurden gemäss der linearen Amortisation den Segmenten (primär dem Investment Banking) belastet, während Fair-Value-Gewinne von CHF 590 Mio. im Corporate Center erfasst wurden. Die Rückstellung für Kreditrisiken verzeichnete Nettoauflösungen in Höhe von CHF 79 Mio. im Vergleich zu Nettorückstellungen von CHF 506 Mio. per Ende 2009, was auf das verbesserte Kreditumfeld zurückzuführen war. Der Geschäftsaufwand ging insgesamt leicht zurück, hauptsächlich aufgrund von Fremdwährungseffekten und einer geringeren leistungsbezogenen variablen Vergütung.

Im **Private Banking** blieb der Nettoertrag mit CHF 11 631 Mio. im Vergleich zum Vorjahr stabil. Die gegenüber 2009 schwächeren Durchschnittskurse des US-Dollars und des Euro belasteten den Nettoertrag im Bereich Wealth

Management Clients mit ungefähr CHF 350 Mio. und das Ergebnis vor Steuern mit ungefähr CHF 250 Mio. Die wiederkehrenden Erträge, welche 78% des Nettoertrags ausmachten, waren stabil. In einem weiterhin tiefen Zinsumfeld blieb der Zinserfolg stabil und reflektierte geringfügig tiefere Margen auf Ausleihungen und Kundeneinlagen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge erhöhten sich um 3% und die durchschnittlich verwalteten Vermögen lagen 9,9% über dem Vorjahreswert. Die Anleger verhielten sich im Jahr 2010 weiterhin zurückhaltend, was sich in Investitionen in weniger komplexen Anlagen mit tieferen Margen selbst bei den Mandatsprodukten äusserte. Die verwalteten Vermögen wurden zu einem bedeutenden Teil in Geld- und Sichtguthaben gehalten. Der transaktionsabhängige Ertrag verringerte sich geringfügig, was die geringere Kundenaktivität widerspiegelte. Der Rückgang war primär auf tiefere Erträge aus integrierten Lösungen und aus Courtagen sowie Erträgen aus Immobilien- und Auction Rate Securities (ARS)-Verkäufen im Jahr 2009 zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch höhere Erträge aus Produkt-emissionen und geringere Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion im Vergleich zum Jahr 2009 nur teilweise kompensiert.

Im **Investment Banking** sank der Nettoertrag im Vergleich zu 2009 um 21% auf CHF 16 214 Mio. Rund CHF 1,3 Mia. der erwirtschafteten Erträge im Jahr 2009 sind auf die Normalisierung der Märkte nach den im vierten Quartal 2008 entstandenen Verwerfungen zurückzuführen. Zudem wirkte sich in zahlreichen Geschäftsbereichen die im Vergleich zum Vorjahr geringere Handelstätigkeit der Kunden im Jahr 2010 negativ aus. Die Implementierung der auf Kunden ausgerichteten, kapitaleffizienten Strategie schritt weiter voran und trug zur Steigerung des Marktanteils in den meisten Geschäftsbereichen und Regionen bei. Das Anleihengeschäft erzielte ein solides Ergebnis, wenngleich im Vergleich zu 2009 ein signifikanter Rückgang erfolgte, da die Branche mit makroökonomischen Unsicherheiten konfrontiert war. Residential Mortgage-backed Securities (RMBS), Unternehmensanleihen, das internationale Zinsgeschäft und der Handel in den Emerging Markets leisteten die grössten Ergebnisbeiträge. Die Erträge aus dem internationalen Zins- und Unternehmensanleihengeschäft einschliesslich Leveraged Finance und Handel in Investment-Grade-Instrumenten erwiesen sich zwar als solide, blieben aber von den verglichen mit dem Vorjahr weniger günstigen Marktbedingungen und der Volatilität, die 2010 durch Befürchtungen über die Staatsverschuldung in einigen europäischen Ländern ausgelöst wurde, nicht unberührt. Erträge aus RMBS und dem Leveraged-Finance-Handel profitierten vom gestiegenen Anlegerinteresse für renditeorientierte Produkte. Das Ergebnis im Aktiengeschäft fiel robust aus, lag aber, aufgrund geringerer

Handelsaktivitäten der Kunden, unter dem guten Ergebnis des Jahres 2009. Einen wesentlichen Ergebnisbeitrag leisteten die Geschäftsbereiche Cash Equities, Prime Services und Derivate. Im Jahr 2010 steigerte das Investment Banking seinen Marktanteil und konnte die führende Marktposition bei Cash Equities und Prime Services beibehalten. Das Emissions- und Beratungsgeschäft erzielte ein ausgezeichnetes Ergebnis, getragen durch das branchenweit höhere Kapitalaufnahmevermögen sowie einen Anstieg des Marktanteils durch vermehrt abgeschlossene M&A-Geschäfte und gesteigerte Kundenprofitabilität. Das Anleihenemissionsgeschäft erzielte vor dem Hintergrund eines branchenweiten Anstiegs des Volumens von High-Yield-Schuldverschreibungen nahezu rekordhohe Erträge. Im Beratungsgeschäft verbesserte sich das Ergebnis durch vermehrt abgeschlossene M&A-Geschäfte und den daraus resultierenden Anstieg des Marktanteils. Die Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft entwickelten sich parallel zum Rückgang des weltweiten Aktienemissionsvolumens, insbesondere bei Folgeemissionen und Wandelanleihen. Der deutliche Volumenanstieg bei den Börsengängen kompensierte diese Entwicklung zum Teil. Das Ergebnis umfasste negative Marktwertanpassungen auf Fremdkapital der Credit Suisse in Höhe von CHF 232 Mio. im Jahr 2010 gegenüber negativen Marktwertanpassungen von CHF 397 Mio. im Jahr 2009 sowie signifikant höhere zugewiesene Finanzierungskosten.

Im **Asset Management** stieg der Nettoertrag von CHF 2 332 Mio. um 27% gegenüber CHF 1 842 Mio. im Jahr 2009. Dies war vor allem auf Anlagegewinne zurückzuführen, während im Vorjahr Anlageverluste angefallen waren. Diese Gewinne wurden teilweise durch den Ertragsschwund bei Beteiligungen kompensiert. Die Anlagegewinne – ein Anzeichen für die bessere Lage der Aktienmärkte – betrugen CHF 420 Mio., gegenüber den Vorjahresverlusten von CHF 365 Mio. Die Vermögensverwaltungsgebühren in Höhe von CHF 1 412 Mio. weisen einen Zuwachs von 3% auf und sind Ausdruck der gestiegenen durchschnittlich verwalteten Vermögen. Die durchschnittlich verwalteten Vermögen stiegen um 2,2% auf CHF 427,8 Mia. Schwankungen im Zusammenhang mit den Devisenkursen sowie der Spin-off von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten belasteten dieses Ergebnis. Die Platzierungs-, Transaktions- und sonstigen Gebühren in Höhe von CHF 143 Mio. gingen um 15% zurück, da Anlagen von AMF Verluste generierten und die Erträge aus integrierten Lösungen rückläufig waren. Ein Teil dieser Entwicklungen wurde durch höhere Einnahmen aus Platzierungsgebühren in den Bereichen Private Equity und Transaktionsgebühren aus Immobilien ausgeglichen. Performance Fees und Gewinnbeteiligungen (Carried Interest) in Höhe von CHF 187 Mio. verringerten sich um 15% aufgrund von niedrigeren Performance-Gebühren bei Hedging-Griffen und diversifizierten Instrumenten

im Zusammenhang mit der Verwaltung der Partner Asset Facility 2008 (PAF), was teilweise durch realisierte Gewinnbeteiligungen im Private-Equity-Bereich kompensiert wurde. Der Ertrag aus Beteiligungen in Höhe von CHF 41 Mio. lag um 88% unter dem Vorjahresertrag. Im Jahr 2009 waren bedeutende Gewinne aus dem Verkauf eines Teils des traditionellen Anlagegeschäfts an Aberdeen Asset Management (Aberdeen) und dem Verkauf von Joint Ventures der Credit Suisse in Polen und Korea angefallen. Die sonstigen Erträge der Jahre 2010 und 2009 bestehen hauptsächlich aus Gewinnen aus dem Verkauf von Wertschriften, die von Geldmarktfonds der Credit Suisse erworben wurden, sowie aus von Kunden übernommenen Wertschriftenleiheportfolios. Ohne die von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften und vor Anlagegewinnen von CHF 1 769 Mio. ging der Nettoertrag vor allem aufgrund geringerer Beteiligungserträge um 16% zurück.

Das **Corporate Center** verzeichnete einen geringeren Verlust von CHF 660 Mio. gegenüber einem Verlust von CHF 1 948 Mio. im Jahr 2009, was hauptsächlich auf geringere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und auf Fair-Value-Gewinne aus den gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten im Vorjahr zurückzuführen war. Der Verlust im Jahr 2010 beinhaltete die britische Abgabe auf variablen Vergütungen in Höhe von CHF 404 Mio. und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 216 Mio. Diese Entwicklung wurde durch Fair-Value-Gewinne von CHF 590 Mio. aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse, welche die positive Differenz zwischen der den Segmenten belasteten linearen Amortisation und dem Nettoeffekt der Wertveränderungen der Verbindlichkeiten aufgrund der Ausweitung der Kreditrisikoprämien widerspiegeln, teilweise kompensiert.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** verzeichnete Nettoauflösungen in Höhe von CHF 79 Mio. Im Investment Banking wurden Rückstellungen von CHF 97 Mio. aufgelöst, während im Private Banking Nettorückstellungen in Höhe von CHF 18 Mio. gebildet wurden.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** ging um 3% auf CHF 23 904 Mio. zurück, was hauptsächlich auf Fremdwährungseffekte und geringere leistungsbezogene variable Vergütungen zurückzuführen war, die teilweise durch gestiegene Saläre und Salärnebenleistungen neutralisiert wurden. Diese standen im Einklang mit höheren Jahressalären und einem grösseren Personalbestand sowie der Belastung von CHF 404 Mio. im Zusammenhang mit der britischen Abgabe auf variablen Vergütungen. Die Abgrenzungen für die leistungsbezogene variable Vergütung 2010 entsprachen einer geringeren risikoangepassten Ertragskraft, höheren Jahressalären und einem höheren Anteil an leistungsbezogener variabler Vergütung, die aktienbasierte, Restricted-Cash- und andere

Ansprüche umfasst. Der Personalaufwand enthielt einen erheblich geringeren Aufwand im Zusammenhang mit PAF. Der Sachaufwand ging um 5% zurück, was auf Fremdwährungseffekte und einen erheblichen Anstieg der Rückstellungen und Belastungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen war und teilweise durch höhere Dienstleistungsgebühren und IT-Kosten neutralisiert wurde.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** 2010 betrug 22,8%, gegenüber 21,4% im Vorjahr. Der effektive Steuersatz widerspiegelte die geografische Zusammensetzung der Ergebnisse und enthielt die Erfassung von zusätzlichen latenten Steuerguthaben, einen Rückgang der latenten Steuerverbindlichkeiten in der Schweiz und die Auflösung von Abgrenzungen für Steuerrisiken. Die latenten Steuerguthaben, netto, stiegen um CHF 186 Mio. auf CHF 9 005 Mio. per Ende 2010 an.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die **verwalteten Vermögen** aus fortzuführenden Geschäftsbereichen beliefen sich per Ende 2010 auf CHF 1 253,0 Mia. Dies entsprach einer Zunahme um 2,0% gegenüber Ende 2009. Im Jahr 2010 betrug der Zufluss an Netto-Neugeldern CHF 69,0 Mia., was einer Zunahme um 56,1% im Vergleich zum Jahr 2009 entsprach. Wir verzeichneten einen Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 54,6 Mia. im Private Banking und von CHF 20,6 Mia. im Asset Management.

Kapitaltrends

Unsere konsolidierte Kernkapitalquote (Tier 1) der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) unter ◻Basel II.5 betrug per Ende 2011 starke 15,2% verglichen mit 14,2% per Ende 2010. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiven und die Zunahme des Kernkapitals waren für diese Steigerung verantwortlich.

Unser Verwaltungsrat wird den Aktionären an der Generalversammlung vom 27. April 2012 für das Jahr 2011 eine Ausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie aus den Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Die Ausschüttung ist von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegt keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Kapitalanlage halten. Die Aktionäre werden im Rahmen allfälliger rechtlicher Einschränkungen, die in ihrem Domizilland allenfalls gelten, die Wahl haben, die Ausschüttung entweder in bar oder in neuen Aktien der Gruppe zu erhalten.

- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen zu Kapitaltrends.

Risikotrends

2011 haben wir unser Risikoprofil weiterhin sorgfältig gesteuert, um den Herausforderungen eines von Volatilität geprägten Marktumfelds und eines sich wandelnden regulatorischen Rahmens gerecht zu werden. Wir haben unsere Risikomanagementfunktion gestärkt, unsere Risikomanagementansätze und -methoden verbessert sowie weitere bedeutende Investitionen in unsere IT-Infrastruktur getätigt. Wir haben das Regelwerk für unseren Risikoappetit weiter überprüft, das die Grundprinzipien für die Bewirtschaftung und Steuerung von Risiken definiert, um ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten. Das ◻Positionsrisiko erhöhte sich insgesamt um 2%, der durchschnittliche ◻Risikomanagement-Value-at-Risk (VaR) unserer Handelsbücher ging um 26% zurück, und unsere gefährdeten Ausleihungen sind um 8% gesunken.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unseren Risikotrends.

Veränderungen in der Geschäftsleitung und im Verwaltungsrat

Per 1. August 2011 ernannte der Verwaltungsrat Walter Berchtold zum Chairman Private Banking und Hans-Ulrich Meister zum Chief Executive Officer Private Banking. Hans-Ulrich Meister übernimmt diese neue Position zusätzlich zu seiner Funktion als Chief Executive Officer der Credit Suisse Schweiz. Walter Berchtold und Hans-Ulrich Meister gehören weiterhin der Geschäftsleitung an.

Per Generalversammlung vom 29. April 2011 legte Hans-Ulrich Doerig das Amt des Präsidenten des Verwaltungsrats (Präsident) nieder und wurde von Urs Rohner als vollamtlicher Verwaltungsratspräsident abgelöst. Der Verwaltungsrat schlägt die folgenden Kandidaten an der Generalversammlung vom 27. April 2012 zur Wahl in den Verwaltungsrat vor: Iris Bohnet, Studiendekan und Professor für Public Policy an der Harvard Kennedy School, und Jean-Daniel Gerber, früherer Staatssekretär und Direktor des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Der Verwaltungsrat schlägt auch die folgenden Mitglieder zur Wiederwahl vor: Walter B. Kielholz, Andreas N. Koopmann, Urs Rohner, Richard E. Thornburgh und John Tiner. Peter F. Weibel, vormaliger Vorsitzender des Audit Committee, hat sich entschieden an der Generalversammlung 2012 als Mitglied des Verwaltungsrats zurückzutreten da er die interne Altersgrenze erreicht hat.

Entwicklung unserer Strategie

Im November 2011 gaben wir bekannt, dass wir unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie anpassen und unsere Kostenstruktur verbessern werden, um attraktive Renditen für unsere Aktionäre sicherzustellen.

- ▶ Siehe «Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen.

Regulatorische Entwicklungen und Änderungsvorschläge

Die Vertreter der Regierungen und Aufsichtsbehörden konzentrierten sich nach wie vor auf die Reform der Finanzdienstleistungsbranche. Hierzu zählen neue Anforderungen an die Kapitalausstattung, den Leverage und die Liquiditätsausstattung, Änderungen der Vergütungspraxis und des systemischen Risikos.

- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen – für weitere Informationen bezüglich regulatorischer Vorschläge und Entwicklungen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand reflektiert die Stärke und den Umfang der Geschäftsergebnisse sowie den Mitarbeiterbestand. Er umfasst fixe Bestandteile, wie Saläre, Salärnebenleistungen und Kosten für die Amortisierung von aktienbasierten und anderen aufgeschobenen Vergütungen aus den Vorjahren sowie eine ermessensabhängige variable Komponente. Die variable Komponente reflektiert die leistungsbezogenen Vergütungen für das laufende Jahr. Der Anteil der aufgeschobenen leistungsbezogenen Vergütungen, der aus aktienbasierten und anderen Ansprüchen besteht, wird in zukünftigen Perioden erfasst und hängt von der im Plan definierten Dauer, in der die Ansprüche erworben werden können, sowie weiteren Bestimmungen ab.

Unser Eigenkapital spiegelt die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung wider. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung (der in der Regel auf dem Fair Value am Zuteilungsdatum beruht) reduziert das Eigenkapital, die Erfassung der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ausgabe der Aktien erhöht jedoch das Eigenkapital um den entsprechenden Betrag. Die Zuteilung und Übertragung von aktienbasierten Ansprüchen, einschliesslich der Ausgabe von Aktien aus genehmigtem, bedingtem Kapital, ist in der Regel eigenkapitalneutral. Die Gruppe gibt Aktien aus dem bedingten Kapital aus, um ihre Verpflichtung zur Erbringung aktienbasierter Vergütun-

gen zu erfüllen. Wenn die Credit Suisse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Das Eigenkapital umfasst auch den unter Kapitalreserven erfassten überschüssigen Steuervorteil/Steueraufwand im Zusammenhang mit der Erfüllung von aktienbasierten Vergütungsansprüchen.

- ▶ Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» und «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Steuervorteile aus aktienbasierten Vergütungen» in Anhang 26 – Steuern in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Variable Vergütung für 2011

Anpassungen der Vergütungspläne für 2011 basieren auf bestehenden Vergütungsgrundsätzen, die die branchenüblichen und aufsichtsrechtlichen Entwicklungen widerspiegeln und Bestandteil unserer Kapitalbewirtschaftung sind.

Die aufgeschobenen Vergütungen für 2011 wurden in Form von Ansprüchen auf Aktien der Gruppe und Anteilen an Partner Asset Facility 2011 (PAF2) gewährt.

Die Ansprüche auf Aktien der Gruppe werden über einen Zeitraum von drei Jahren anteilmässig übertragen, ihr endgültiger Wert hängt von der Entwicklung des Aktienkurses der Gruppe während der Periode, in der die Ansprüche erworben wurden, ab. Ferner wurden Managing Directors und anderen Mitarbeitenden, die als wesentliche Risikonehmer gelten, leistungsbezogene Performance Share Awards, die eine Rückforderungsbestimmung enthalten, mit der gleichen Periode zugeteilt.

Beim PAF2-Plan handelt es sich um einen neuen aufgeschobenen Vergütungsplan für Managing Directors und Directors. PAF2-Einheiten sind grundsätzlich festverzinsliche strukturierte Schuldverschreibungen, die dem Kreditrisiko von Gegenparteien ausgesetzt sind, mit denen die Gruppe bestimmte Swaps- und andere Derivatgeschäfte getätigt hat oder möglicherweise künftig tätigen wird. Mitarbeitende, die PAF2-Anteile halten, haben Anspruch auf Couponzahlungen von 5 bis 6,5% pro Jahr, der Kapitalbetrag verringert sich jedoch um die Kosten allfälliger Zahlungsausfälle im Portfolio, die Verluste von USD 500 Mio. überschreiten. Mit dem PAF2-Plan wird das Risiko von der Gruppe auf die Mitarbeitenden übertragen, was zur Risikoreduzierung und Kapitaleffizienz beiträgt. Die PAF2-Anteile werden am 31. März 2012 übertragen und führen zu Aufwendungen von CHF 540 Mio. im ersten Quartal 2012. Allfällige Änderungen des Fair Value der PAF2-Einheiten werden sich bis zur Schlussabrechnung der Ansprüche in den Ergebnissen der Credit Suisse widerspiegeln.

Andere Änderungen sind eine Anhebung des Schwellenwerts für die aufgeschobene variable Vergütung von CHF/USD 50 000 im Jahr 2010 auf CHF/USD 250 000 im Jahr 2011. Ferner beginnt der Prozentsatz der aufgeschobenen Vergütung eines Mitarbeiters bei 15%, im Vergleich zu 35% im Jahr 2010. Unser Grundsatz bezüglich der aufgeschobenen Vergütung entspricht weiterhin den Anforderungen der Regulierungsbehörden, wonach ein wesentlicher Anteil der variablen Vergütung von der künftigen Leistung abhängt und Rückforderungsbestimmungen unterliegt.

Allokation und Refinanzierung

Allokation segmentsübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentsübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Gewinnvereinbarungen die Zuteilung der Gewinne oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Gewinnaufteilungs- und Dienstleistungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, einschliesslich Human Resources, Legal & Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie, erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Wir bewirtschaften unser Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank emittiert. Die Bank leiht ihren operativen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen den Bedürfnissen entsprechend vorrangig oder nachrangig Gelder aus. Nachrangige Gelder werden in der Regel ausgeliehen, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Den Segmenten wird auf der Grundlage von Faktoren wie vorgeschriebenen Eigenkapitalanforderungen, verwendetem Economic Capital und vergangener und künftig zu erwartender Kapitalrendite Kapital zur Verfügung gestellt.

Der interne Refinanzierungsaufwand wird jedem Segment in Abhängigkeit des von diesem genutzten Kapitals zugeordnet und basiert auf marktgerechten Preisen. Unser Transferpreis-

system ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Auch die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzpositionen wie Goodwill, die nicht von den einzelnen Geschäftsbereichen gesteuert werden können, werden auf die Geschäftsbereiche verteilt. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten von angespannten Kapitalmärkten, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Fair Value

Der Fair Value kann eine wichtige Messgrösse für Finanzinstrumente sein, wenn dabei die Rechnungslegung für diese Instrumente und die Art und Weise, wie wir unsere Geschäfte tätigen, aufeinander abgestimmt werden. Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind gemäss Definition der massgeblichen Rechnungslegungsgrundsätze kein Mass für das wirtschaftliche Risiko, sondern ein Indikator für die Beobachtbarkeit von Preisen oder Bewertungseingabeparametern.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 33 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die regelmässige Überprüfung der beobachtbaren Parameter, die bei den Preismodellen verwendet werden, hat dazu geführt, dass die Gruppe 2011 eine Anpassung der Schätzwerte zur Ermittlung des Fair Value bestimmter besicherter Derivate durch die Verwendung der Zinsertragskurven von Overnight Indexed Swaps (OIS) statt anderer Referenzzinssätze, wie des London Interbank Offered Rate (LIBOR), vorgenommen hat. Dies hat im Investment Banking zu einem Verlust von CHF 146 Mio. beim Ertrag aus dem Anleihengeschäft geführt.

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden (Level 1), oder auf beobachtbaren Marktparametern (Level 2). Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte Commercial Papers, die Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse Over-the-Counter-Derivate (OTC) sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Marktparameter verfügbar sind (Level 3). Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. Unter solchen Umständen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu den Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivate, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene und forderungsbesicherte Wertschriften (Collateralized Debt Obligations, CDO), Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Diese Produkte werden anhand von Modellen bewertet. Die Modelle werden intern entwickelt und von Funktionen ausserhalb des Front Office geprüft, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Marktbedingungen Rechnung tragen. Bei den Modellen kommen subjektive Beurteilungen und unterschiedlich umfangreiche Einschätzungen zum Einsatz, welche von der Liquidität, Konzentration, Hypothesen zur Preisstellung und instrumentenspezifischen Risiken abhängig sind. Bei den Modellen werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter in die Bewertung der Produkte einbezogen, einschliesslich bestimmter Indizes im Zusammenhang mit diesen Produkten. Die Bedeutung dieser Indizes hat in Zeiten abnehmender Marktaktivität zugenommen.

Per Ende 2011 wurden 52% unserer Aktiven und 40% unserer Passiven zum Fair Value ausgewiesen.

Das Total der Level-3-Aktiven ging 2011 um CHF 3,5 Mia. zurück. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf den Rückgang in den Positionen sonstige Anlagen und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen zurückzuführen und wurde teilweise durch die Zunahme der Ausleihungen kompensiert. Der Rückgang der sonstigen Anlagen beruhte hauptsächlich auf

Nettoverkäufen, was durch realisierte Gewinne teilweise ausgeglichen wurde. Der Rückgang der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen war hauptsächlich auf Überträge aus Level 3 aufgrund verbesserter Beobachtbarkeit von Preisdaten und Nettoverkäufe zurückzuführen. Der Anstieg der Ausleihungen widerspiegelte hauptsächlich Nettokäufe.

Unsere Level-3-Aktiven, ohne Minderheitsanteile und Aktiven konsolidierter Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entity, VIEs), bei denen es sich nicht um risikogewichtete Aktiven im Sinne des Basel-Regelwerks handelt, beliefen sich auf CHF 39,3 Mia., gegenüber CHF 39,0 Mia. im Vorjahr. Per Ende 2011 beliefen sich diese Aktiven auf 4% der Gesamtkativen und 8% der zum Fair Value ausgewiesenen Gesamtkativen, die beide auf derselben Basis angepasst wurden (per Ende 2010: 4% beziehungsweise 7%).

Wir gehen davon aus, dass die gesamte Bewertungsunsicherheit sich nicht wesentlich auf unsere finanzielle Lage auswirken wird. Sie könnte jedoch für unser Betriebsergebnis in jeder Berichtsperiode von wesentlicher Bedeutung sein, teilweise in Abhängigkeit von der Höhe des Betriebsergebnisses.

Mitarbeitende

Per Ende 2011 betrug der Personalbestand 49 700 Mitarbeitende, 400 weniger als Ende 2010. Die Abnahme widerspiegelte Personalkürzungen von 2 100 Mitarbeitenden in Verbindung mit unseren Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz in der zweiten Jahreshälfte 2011, insbesondere im Investment Banking und Private Banking. Dies wurde teilweise kompensiert durch die saisonbedingte Einstellung von Hochschulabsolventen und die Einstellung von Auszubildenden, durch Neueinstellungen aufgrund von regulatorischen Anforderungen und durch zusätzliche Mitarbeitende aufgrund der Übernahme des PFS-Hedgefonds-Verwaltungsgeschäfts von ABN AMRO (früher Fortis Bank Nederland), die im zweiten Quartal 2011 abgeschlossen wurde. Gegenüber Ende 2009 ist der Personalbestand um 2 100 gestiegen.

- Siehe «Überblick» in IV – Corporate Governance und Vergütungen – Corporate Governance für zusätzliche Informationen zum Mitarbeiterbestand.

Leistungsindikatoren

Unsere KPI-Ziele sollen innerhalb von drei bis fünf Jahren unabhängig von den Marktzyklen erreicht werden. Sie werden jährlich im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses überprüft.

Wachstum

Wir haben uns Erträge aus der divisionsübergreifenden Zusammenarbeit von 18% bis 20% des Gesamtertrags zum Ziel gesetzt. Im Jahr 2011 beliefen sich diese Erträge auf 16,8% des Gesamtertrags.

Bei den Netto-Neugeldern streben wir weiterhin ein Wachstum von über 6,0% an. 2011 betrug die Zunahme an Netto-Neugeldern 3,3%.

Effizienz und Performance

Was die Aktionärsrendite betrifft, wollen wir einen im Branchenvergleich überdurchschnittlichen Aktienkursanstieg plus Dividende erzielen. Das Total der Aktionärsrendite betrug (39,4)% im Jahr 2011. Die durchschnittliche Aktionärsrendite unserer Bezugsgruppe betrug (35,0)%.

Bei der den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitalrendite haben wir uns eine Jahresrendite von über 15% zum Ziel gesetzt. Im Jahr 2011 belief sich diese auf 6,0%.

Für das Kernergebnis streben wir eine Gewinnmarge vor Steuern von über 28,0% an. Im Jahr 2011 betrug unsere Gewinnmarge vor Steuern 10,8%.

Eigenmittel

Bezüglich BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1) sind unsere Kapitalvorgaben auf die Einhaltung der schweizerischen «Too Big to Fail»-Vorschriften und die Anforderungen von Basel III ausgerichtet. Ende 2011 betrug die Kernkapitalquote 15,2% unter Basel II.5 und das innere Kernkapital (Core Tier 1) 10,7% unter Basel II.5.

- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen.

im Jahr / Ende	Ziel	2011	2010	2009
Wachstum (in %)				
Ertrag aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit	18–20% der Nettoerträge	16.8	14.4	15.5
Zunahme der Netto-Neugelder	Über 6%	3.3	5.6	4.0
Effizienz und Performance (in %)				
Total Aktionärsrendite (Credit Suisse) ¹	Überdurchschnittliche Rendite im Vergleich zur Bezugsgruppe	(39.4)	(23.3)	80.1
Total Aktionärsrendite der Bezugsgruppe ^{1,2}	–	(35.0)	(1.7)	36.6
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	Über 15%	6.0	14.4	18.3
Kernergebnis: Gewinnmarge vor Steuern	Gewinnmarge vor Steuern über 28%	10.8	22.2	25.5

¹ Quelle: Bloomberg. Das Total Aktionärsrendite wird berechnet aus Wertzunahme oder -abnahme der entsprechenden Aktie für eine definierte Periode, zuzüglich allfälliger Dividenden, angegeben in Prozenten des Aktienwertes zu Beginn der Periode. ² Die Bezugsgruppe für diesen Vergleich umfasst Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, HSBC, JPMorgan Chase, Société Générale und UBS. Das Total Aktionärsrendite dieser Bezugsgruppe wird als einfacher, ungewichteter Durchschnitt der von Bloomberg berichteten Rendite jedes Mitglieds der Bezugsgruppe berechnet.

Private Banking

Wir erzielten 2011 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 2 348 Mio. sowie einen Nettoertrag von CHF 10 877 Mio. In einem anspruchsvollen Marktumfeld verzeichneten wir Netto-Neugelder in Höhe von CHF 44,5 Mia., welche hauptsächlich aus den Emerging Markets und dem Segment der äusserst vermögenden Kunden stammen.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	10 877	11 631	11 662	(6)	0
Rückstellung für Kreditrisiken	110	18	180	-	(90)
Personalaufwand	4 601	4 737	4 651	(3)	2
Sachaufwand	3 176	2 793	2 580	14	8
Kommissionsaufwand	642	657	600	(2)	10
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 818	3 450	3 180	11	8
Total Geschäftsaufwand	8 419	8 187	7 831	3	5
Ergebnis vor Steuern	2 348	3 426	3 651	(31)	(6)
davon Wealth Management Clients	1 468	2 528	2 898	(42)	(13)
davon Corporate & Institutional Clients	880	898	753	(2)	19
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	77.4	70.4	67.1	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	21.6	29.5	31.3	-	-
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	6 940	6 589	6 236	5	6
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ¹	34.2	52.5	59.0	-	-
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	25 200	25 600	24 300	(2)	5

¹ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill.

Ergebnisse (Fortsetzung)

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	4 592	4 931	5 000	(7)	(1)
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	3 827	4 105	3 980	(7)	3
Transaktionsabhängig	2 458	2 595	2 682	(5)	(3)
Nettoertrag	10 877	11 631	11 662	(6)	0
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)					
Neue Rückstellungen	276	289	419	(4)	(31)
Auflösung von Rückstellungen	(166)	(271)	(239)	(39)	13
Rückstellung für Kreditrisiken	110	18	180	-	(90)
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Ausleihungen, netto	196 268	182 880	176 009	7	4
davon Wealth Management Clients ¹	139 725	130 435	125 671	7	4
davon Corporate & Institutional Clients	56 543	52 445	50 338	8	4
Einlagen	257 521	245 108	257 650	5	(5)
davon Wealth Management Clients ¹	203 350	194 013	210 718	5	(8)
davon Corporate & Institutional Clients	54 171	51 095	46 932	6	9
Anzahl Kundenberater					
Schweiz	1 950	2 020	1 980	(3)	2
Europa, Naher Osten und Afrika	1 180	1 260	1 190	(6)	6
Nord- und Südamerika	550	560	550	(2)	2
Asien-Pazifik	360	360	360	0	0
Wealth Management Clients	4 040	4 200	4 080	(4)	3
Corporate & Institutional Clients (Schweiz)	520	490	490	6	0
Anzahl Kundenberater	4 560	4 690	4 570	(3)	3

¹ Wealth Management Clients deckt das Individualkundengeschäft mit den wohlhabenden, sehr vermögenden und äusserst vermögenden Kunden ab.

Ergebnisse im Überblick

Das Ergebnis vor Steuern für 2011 betrug CHF 2 348 Mio. und lag somit 31 % unter dem Wert von 2010. Der Nettoertrag von CHF 10 877 Mio. verringerte sich um 6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die tieferen Durchschnittskurse der Hauptwährungen im Vergleich zum Schweizer Franken wirkten sich auf den Nettoertrag und das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsbereich Private Banking negativ mit CHF 844 Mio. beziehungsweise CHF 550 Mio. aus. Ohne diese negativen Fremdwährungseffekte und den im Berichtsjahr erzielten Gewinn aus dem Verkauf von Immobilien in der Höhe von CHF 72 Mio. blieb der Ertrag gegenüber 2010 stabil.

In einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld ging der Zinserfolg um 7 % zurück. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge sanken um 7 %, da sich die durchschnittlich verwalteten Vermögen geringfügig verminderten, was in erster Linie auf die negativen Fremdwährungseffekte zurückzuführen war. Unter Ausschluss der Fair-Value-Verluste im Zusammen-

hang mit der Clock-Finance-Transaktion in den Jahren 2011 und 2010 in Höhe von CHF 17 Mio. beziehungsweise CHF 50 Mio. sowie des 2011 erzielten Gewinns aus dem Verkauf von Immobilien verringerte sich der transaktionsabhängige Ertrag um 9 %. Dieser Rückgang ist auf signifikant geringere Courtagen und Erträge aus Produktemissionen zurückzuführen, welche eine geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volumen widerspiegeln.

Die Rückstellung für Kreditrisiken belief sich 2011 auf CHF 110 Mio. gegenüber CHF 18 Mio. im Jahr 2010, hauptsächlich aufgrund geringerer Auflösungen von Rückstellungen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr.

Der Geschäftsaufwand belief sich auf insgesamt CHF 8 419 Mio. und stieg gegenüber 2010 leicht an. Dies ist insbesondere auf gebildete Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. zurückzuführen, von denen CHF 183 Mio. (EUR 150 Mio.) in Verbindung mit der steuerlichen Angelegenheit in Deutschland und CHF 295 Mio. in Verbindung mit der steuerlichen Angelegenheit in den USA stan-

den. Ohne diese im Jahr 2011 gebildeten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und die nichtkreditbezogenen Rückstellungen für **ARS** in Höhe von CHF 44 Mio. im Jahr 2010 ging der Geschäftsaufwand um 2% zurück. Der Personalaufwand verringerte sich um 3% und reflektierte die vorteilhaften Fremdwährungseffekte sowie einen geringeren Aufwand für diskretionäre leistungsbezogene Vergütungen.

Ende 2011 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 927,9 Mia. und blieben somit im Vergleich zum Vorjahreswert stabil. Die hohen Netto-Neugelder in Höhe von CHF 44,5 Mia. wurden grösstenteils durch negative Marktentwicklungen kompensiert. Die Netto-Neugelder spiegeln die Stärke unserer internationalen Präsenz wider und trotzen der anspruchsvollen Wirtschaftslage, welche durch sehr volatile Aktien- und Devisenmärkte und ein risikoaverses Kundenverhalten geprägt war. Der Bereich Wealth Management Clients trug Netto-Neugelder in Höhe von CHF 37,8 Mia. bei. Ein grosser Teil entfiel auf die Emerging Markets und das Segment der **«**äusserst vermögenden Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI). Die Netto-Neugelder aus der Schweiz beliefen sich auf CHF 12,8 Mia., wovon CHF 6,7 Mia. auf den Bereich Corporate & Institutional Clients entfielen. Die durchschnittlich verwalteten Vermögen waren 2011 leicht rückläufig, da die Netto-Neugelder durch tiefer notierende Aktienmärkte und unvorteilhafte Fremdwährungseffekte mehr als kompensiert wurden.

Angesichts der zunehmenden regulatorischen Anforderungen, strengerer Kapitalvorschriften sowie einer weiterhin anspruchsvollen Markt- und Wirtschaftslage haben wir eine gezielte Verfeinerung unserer Private-Banking-Strategie bekannt gegeben.

- ▶ [Siehe «Entwicklung unserer Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen – Strategie und «Private Banking» in I – Informationen zum Unternehmen – Unsere Geschäftsbereiche für weitere Informationen.](#)

Das Ergebnis vor Steuern für 2010 betrug CHF 3 426 Mio. und lag um 6% unter dem Ergebnis von 2009. Der Nettoertrag blieb mit CHF 11 631 Mio. im Vergleich zum Vorjahr stabil. Die gegenüber 2009 schwächeren Durchschnittskurse des US-Dollars und des Euro belasteten den Nettoertrag im Bereich Wealth Management Clients mit ungefähr CHF 350 Mio. und das Ergebnis vor Steuern mit ungefähr CHF 250 Mio.

Die wiederkehrenden Erträge, welche 78% des Nettoertrags ausmachten, waren stabil. In einem weiterhin tiefen Zinsumfeld blieb der Zinserfolg stabil und reflektierte geringfügig tiefere Margen auf Ausleihungen und Kundeneinlagen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge erhöhten sich um 3% und die durchschnittlich verwalteten Vermögen lagen 9,9%

über dem Vorjahreswert. Die Anleger verhielten sich 2010 weiterhin zurückhaltend, was sich in Investitionen in weniger komplexen Anlagen mit tieferen Margen, auch innerhalb der Mandatsprodukte, äusserte. Die verwalteten Vermögen wurden zu einem bedeutenden Teil in Geld- und Sichtguthaben gehalten. Der transaktionsabhängige Ertrag verringerte sich geringfügig, was die tiefere Kundenaktivität widerspiegelte. Der Rückgang war primär auf tiefere Erträge aus integrierten Lösungen und aus Courtagen sowie auf Gewinne aus Immobilien- und ARS-Verkäufen im Jahr 2009 zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch höhere Erträge aus Produktmissionen und geringere Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion von CHF 50 Mio. gegenüber CHF 118 Mio. im Jahr 2009 nur teilweise kompensiert. Unter Ausschluss dieser Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion in den Jahren 2010 und 2009 verringerte sich der transaktionsabhängige Ertrag um 6%.

Die Rückstellung für Kreditrisiken ging mit CHF 18 Mio. im Jahr 2010 gegenüber CHF 180 Mio. im Jahr 2009 markant zurück. Dies ist primär auf Nettoauflösungen von Rückstellungen für den Bereich Corporate & Institutional Clients von CHF 52 Mio. zurückzuführen, während in diesem Bereich im Jahr 2009 Netto-rückstellungen von CHF 147 Mio. erforderlich waren.

Der Geschäftsaufwand belief sich insgesamt auf CHF 8 187 Mio. und stieg damit um 5% gegenüber dem Jahr 2009. Der Sachaufwand fiel um 8% höher aus, was primär auf Vergütungen der firmeneigenen Versicherung (Captive) von CHF 100 Mio. im Jahr 2009, auf höhere Marketing- und Verkaufsaufwendungen und auf laufende Investitionen in die Kundenberatung und die internationalen Plattformen im Jahr 2010 zurückzuführen war. Diese Aufwendungen waren mehrheitlich IT-bezogen. Der Personalaufwand stieg geringfügig an, was primär den höheren Personalbestand und die höheren Grundsäläre reflektierte. Diese Entwicklung wurde durch geringere leistungsbezogene Personalaufwendungen nur teilweise ausgeglichen. Der Rückgang der leistungsbezogenen Personalaufwendungen ist auf die höheren Grundsäläre und auf den höheren Anteil an aufgeschobenen, leistungsbezogenen variablen Vergütungen in Form von aktienbasierten und anderen Ansprüchen zurückzuführen.

Ende 2010 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 932,9 Mia. und lagen damit 2,0% über dem Vorjahresbestand. Starke Netto-Neugeldzuflüsse sowie positive Entwicklungen an Aktien- und Anleihenmärkten wurden grösstenteils durch negative Fremdwährungseffekte kompensiert, da der Euro und der US-Dollar gegenüber dem Schweizer Franken an Wert verloren. Die Netto-Neugelder beliefen sich auf CHF 54,6 Mia. und stiegen damit im Vergleich zu 2009 um 31,3%. In sämtlichen Regionen waren starke Zuflüsse zu verzeichnen. Der Bereich Wealth Management Clients generierte

Verwaltete Vermögen – Private Banking

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Verwaltete Vermögen nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	305.2	323.7	328.2	(5.7)	(1.4)
Europa, Naher Osten und Afrika	262.4	268.6	277.3	(2.3)	(3.1)
Nord- und Südamerika	140.9	137.2	129.6	2.7	5.9
Asien-Pazifik	83.0	78.5	67.7	5.7	16.0
Wealth Management Clients	791.5	808.0	802.8	(2.0)	0.6
Corporate & Institutional Clients (Schweiz)	136.4	124.9	112.1	9.2	11.4
Verwaltete Vermögen	927.9	932.9	914.9	(0.5)	2.0
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mio. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	921.4	941.8	857.2	(2.2)	9.9
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	296.6	300.9	298.2	(1.4)	0.9
EUR	204.5	220.7	248.4	(7.3)	(11.2)
CHF	296.2	292.3	269.9	1.3	8.3
Sonstige	130.6	119.0	98.4	9.7	20.9
Verwaltete Vermögen	927.9	932.9	914.9	(0.5)	2.0
Netto-Neugelder nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	6.1	8.3	5.5	(26.5)	50.9
Europa, Naher Osten und Afrika	13.7	15.1	10.3	(9.3)	46.6
Nord- und Südamerika	7.6	9.5	8.0	(20.0)	18.8
Asien-Pazifik	10.4	12.4	11.5	(16.1)	7.8
Wealth Management Clients	37.8	45.3	35.3	(16.6)	28.3
Corporate & Institutional Clients (Schweiz)	6.7	9.3	6.3	(28.0)	47.6
Netto-Neugelder	44.5	54.6	41.6	(18.5)	31.3
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder	37.8	45.3	35.3	–	–
Sonstige Einflüsse	(54.3)	(40.1)	73.3	–	–
davon Marktbewegungen	(37.9)	36.8	83.3	–	–
davon Währung	(8.2)	(70.8)	(4.1)	–	–
davon Sonstige	(8.2)	(6.1)	(5.9)	–	–
Wealth Management Clients	(16.5)	5.2	108.6	–	–
Corporate & Institutional Clients	11.5	12.8	17.4	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	(5.0)	18.0	126.0	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	4.8	6.0	5.3	–	–
davon Wealth Management Clients	4.7	5.6	5.1	–	–
davon Corporate & Institutional Clients	5.4	8.3	6.7	–	–
Sonstige Einflüsse	(5.3)	(4.0)	10.7	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	(0.5)	2.0	16.0	–	–

Netto-Neugeldzuflüsse von CHF 45,3 Mia. Über 80% dieser Netto-Neugelder entfielen auf das internationale Geschäft, insbesondere auf hohe Zuflüsse bei Emerging Markets und im Segment der äusserst vermögenden Kunden. Der Netto-Neugeldzufluss aus der Schweiz belief sich auf CHF 17,6 Mia.,

wovon CHF 9,3 Mia. aus dem Bereich Corporate & Institutional Clients stammten. Während die verwalteten Vermögen im Jahr 2010 um 2,0% gegenüber dem Vorjahresendbestand anstiegen, nahmen die durchschnittlich verwalteten Vermögen im Vergleich zu 2009 um 9,9% zu.

Kennzahlen

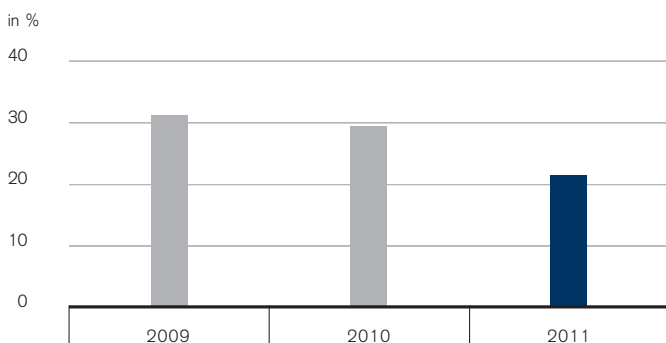
Gewinnmarge vor Steuern (KPI)

Unser Ziel ist eine Gewinnmarge vor Steuern von mehr als 35% über die Marktzyklen hinweg. Im Jahr 2011 betrug die Gewinnmarge vor Steuern 21,6%, gegenüber 29,5% im Jahr 2010 und 31,3% im Jahr 2009.

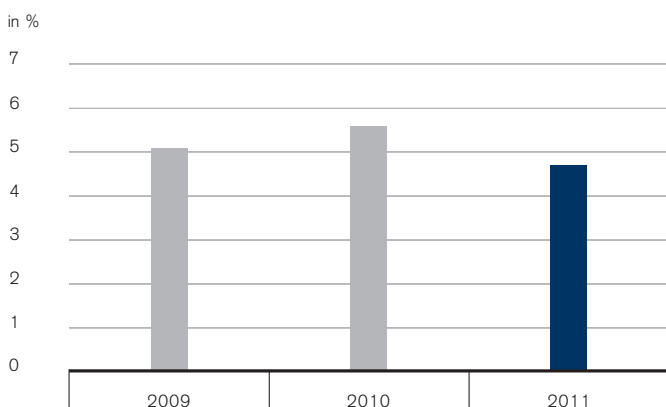
Zuwachsrate an Netto-Neugeldern im Bereich Wealth Management Clients (KPI)

Unser Ziel ist eine Wachstumsrate von über 6% über die Marktzyklen hinweg. Im Jahr 2011 verzeichneten wir eine Zuwachsrate an Netto-Neugeldern von 4,7%. Im Jahr 2010 verzeichneten wir eine Zuwachsrate an Netto-Neugeldern von 5,6%. Im Jahr 2009 betrug die Zuwachsrate 5,1%, trotz dem Netto-Abfluss von Kundengeldern in Höhe von CHF 5,6 Mia. infolge einer Steueramnestie in Italien.

Gewinnmarge vor Steuern



Zunahme der Netto-Neugelder in Wealth Management Clients



Ergebnisanalyse

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse 2011 im Vergleich zu 2010 und 2010 im Vergleich zu 2009.

Nettoertrag

Die wiederkehrenden Erträge stammen aus dem Zinserfolg, aus Kommissions- und Gebührenerträgen inklusive leistungsabhängiger Gebühren in Zusammenhang mit verwalteten und verwahrten Vermögen sowie aus Gebühren in Zusammenhang mit allgemeinen Bankprodukten und -dienstleistungen. Der Zinserfolg enthält eine Zinsmarge, die eine Gutschrift für stabile Einlagen und eine Belastung auf Ausleihungen enthält. Die transaktionsabhängigen Erträge stammen vorwiegend aus Courtagen, Erträgen aus Produktemissionen, Devisenerträgen aus Kundentransaktionen und anderen transaktionsabhängigen Erträgen.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 6% von CHF 11 631 Mio. auf CHF 10 877 Mio.

Der Rückgang ist auf geringere Erträge über alle Ertragskategorien hinweg sowie auf die negativen Fremdwährungseffekte in Höhe von CHF 844 Mio. zurückzuführen. Der Zinserfolg ist aufgrund tieferer Margen auf Kundeneinlagen bei niedrigeren Durchschnittsvolumen und aufgrund geringfügig tieferer Margen auf Ausleihungen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen um 7% gesunken. Die tieferen Margen auf Kundeneinlagen widerspiegeln das anhaltend niedrige Zinsumfeld mit einer relativ flachen Zinskurve. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge gingen aufgrund der rückläufigen Erträge in den meisten Kategorien um 7% zurück. Diese Entwicklung spiegelt im Wesentlichen die negativen Fremdwährungseffekte wider, inklusive ihrer Auswirkungen auf die durchschnittlich verwalteten Vermögen. Die transaktionsabhängigen Erträge verzeichneten einen Rückgang um 5%, hauptsächlich bedingt durch deutlich geringere Courtagen und Erträge aus Produktemissionen infolge einer geringeren Kundenaktivität und tieferer transaktionsabhängiger Volumen, insbesondere bei Anleihen, Aktien und Anlagefonds. Der Rückgang wurde zum Teil durch einen aus dem Verkauf von Immobilien im Jahr 2011 erzielten Gewinn in Höhe von CHF 72 Mio. ausgeglichen. Die transaktionsabhängigen Erträge beinhalteten Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion in Höhe von CHF 17 Mio. im Jahr 2011 im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten von CHF 50 Mio. im Jahr 2010.

2010 gegenüber 2009: Stabil bei CHF 11 631 Mio.

Der stabile Nettoertrag widerspiegelte einen Anstieg der wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge, einen Rückgang des transaktionsabhängigen Ertrags und einen stabilen Zinserfolg. Der Zinserfolg ist Ausdruck von anhaltend tiefen Zinsen sowie geringfügig tieferen Margen auf Ausleihungen

und Kundeneinlagen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen. Die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge stiegen um 3% und die durchschnittlich verwalteten Vermögen um 9,9%. Höhere Wertschriftendepot- und Dienstleistungsgebühren aufgrund gestiegener Durchschnittsvolumen trugen primär zur Zunahme der wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge bei. Diese Entwicklung wurde durch geringere Kommissionen im Treuhandgeschäft aufgrund rückläufiger Margen und Volumen teilweise aufgehoben. Obwohl die durchschnittlich verwalteten Vermögen um 9,9% stiegen, blieben die Verwaltungsgebühren wegen des anhaltend risikoscheuen Anlagenmixes stabil. Eine Anpassung der Schätzwerte für abgegrenzte Gebühren aus früheren Jahren beeinflusste die Gebührenerträge aus dem Fondsmanagement positiv. Der transaktionsabhängige Ertrag sank um 3% und beinhaltete Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion in Höhe von CHF 50 Mio. im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten von CHF 118 Mio. im Vorjahr. Unter Ausschluss dieser Fair-Value-Verluste ergab sich ein Rückgang des transaktionsabhängigen Ertrags um 6%, welcher auf tiefere Erträge aus integrierten Lösungen, welche im Jahr 2009 besonders hoch waren, und geringere Courtagen zurückzuführen war. Diese Entwicklungen wurden durch höhere Erträge aus Produktmissionen nur teilweise kompensiert. Im Jahr 2009 enthielt der transaktionsabhängige Ertrag zudem Gewinne aus ARS-Positionen und Immobilienverkäufen.

Rückstellung für Kreditrisiken

2011 gegenüber 2010: Zunahme von CHF 18 Mio. auf CHF 110 Mio.

Die Rückstellung für Kreditrisiken betrug CHF 110 Mio. und war damit gegenüber 2010 um CHF 92 Mio. höher. Dies ist auf geringere Auflösungen von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Die Neubildungen von Rückstellungen waren 4% tiefer. Die Rückstellung für Kreditrisiken umfasste Nettorückstellungen in Höhe von CHF 83 Mio. im Bereich Wealth Management Clients und Nettorückstellungen in Höhe von CHF 27 Mio. im Bereich Corporate & Institutional Clients. Das Kreditportfolio des Bereichs Wealth Management Clients besteht grösstenteils aus Wohnhypotheken in der Schweiz und aus durch Wertschriften besicherten Krediten. Unser Kreditportfolio für Firmenkunden und institutionelle Kunden ist von solider Qualität, weist eine relativ geringe Risikokonzentration auf und ist vorwiegend durch Hypotheken, Wertschriften und andere finanzielle Sicherheiten besichert.

2010 gegenüber 2009: Abnahme von CHF 180 Mio. auf CHF 18 Mio.

Die Abnahme der Rückstellung für Kreditrisiken widerspiegelte primär Nettoauflösungen von Rückstellungen im Jahr 2010 im Bereich Corporate & Institutional Clients, während im Jahr 2009 in diesem Bereich Nettorückstellungen erforderlich waren. Die Rückstellung für Kreditrisiken in Höhe von

CHF 18 Mio. beinhaltete Nettorückstellungen von CHF 70 Mio. für den Bereich Wealth Management Clients und Nettoauflösungen von CHF 52 Mio. für den Bereich Corporate & Institutional Clients. Ein wesentlicher Teil der neuen Rückstellungen in Höhe von CHF 289 Mio. wurde im Bereich Wealth Management Clients gebildet, während ein wesentlicher Teil der Auflösungen in Höhe von CHF 271 Mio. das Kreditportfolio des Bereichs Corporate & Institutional Clients betraf, obwohl die Schweiz 2010 rekordhohe Firmenkonkurse verzeichnete. Das Kreditportfolio des Bereichs Wealth Management Clients besteht grösstenteils aus Wohnhypotheken in der Schweiz und aus durch Wertschriften besicherten Krediten. Unser Kreditportfolio für Firmenkunden und institutionelle Kunden ist von solider Qualität, weist eine relativ geringe Risikokonzentration auf und ist vorwiegend durch Hypotheken und Wertschriften besichert. Die Rückstellung für Kreditrisiken des Bereichs Wealth Management Clients in den Jahren 2010 und 2009 stammt primär aus dem Konsumkreditgeschäft in der Schweiz.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 3% von CHF 4 737 Mio. auf CHF 4 601 Mio.

Der Personalaufwand ging geringfügig zurück, bedingt durch vorteilhafte Fremdwährungseffekte und einen geringeren Aufwand für diskretionäre leistungsbezogene Vergütungen.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 2% von CHF 4 651 Mio. auf CHF 4 737 Mio.

Die Zunahme stand in erster Linie im Zusammenhang mit dem höheren Personalbestand und den höheren Grundsälären samt zugehörigen Leistungen. Diese Entwicklung wurde durch geringere leistungsbezogene Personalaufwendungen nur teilweise ausgeglichen. Der Rückgang der leistungsbezogenen Personalaufwendungen ist auf die höheren Grundsäläre und auf den höheren Anteil an aufgeschobenen, leistungsbezogenen variablen Vergütungen in Form von aktienbasierten und anderen Ansprüchen zurückzuführen.

Sachaufwand

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 14% von CHF 2 793 Mio. auf CHF 3 176 Mio.

Die Zunahme ist vor allem auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. zurückzuführen, von denen CHF 183 Mio. (EUR 150 Mio.) in Verbindung mit der steuerlichen Angelegenheit in Deutschland und CHF 295 Mio. in Verbindung mit der steuerlichen Angelegenheit in den USA anfielen. 2010 wurden Rückstellungen im Zusammenhang mit ARS in Höhe von CHF 44 Mio. verzeichnet. Ohne diese Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ging der Sachaufwand leicht zurück.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 8% von CHF 2 580 Mio. auf CHF 2 793 Mio.

Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr war primär auf Vergütungen der firmeneigenen Versicherung (Captive) von CHF 100 Mio. im Jahr 2009, höhere Marketing- und Verkaufsaufwendungen sowie weitere Investitionen in die Kundenberatung und die internationalen Plattformen im Jahr 2010 zurückzuführen. Diese waren mehrheitlich IT-bezogen.

Mitarbeitende

Per Ende 2011 betrug der Personalbestand 25 200 Mitarbeitende, gegenüber 25 600 Mitarbeitenden per Ende 2010 und 24 300 Mitarbeitenden per Ende 2009. Der Rückgang gegenüber dem Jahr 2010 ist im Wesentlichen auf Reduktionen in Verbindung mit unseren Kosteneffizienzmassnahmen zurückzuführen. Dieser Rückgang wurde teilweise durch Investitionen in unsere Wachstumsmärkte, Beratungs- und Lösungskapazitäten sowie unser Multi-Shore-Geschäftsmodell, einschliesslich IT-Investitionen, ausgeglichen. Die Anzahl der Kundenberater im Bereich Wealth Management Clients verringerte sich um 160 im Vergleich zum Jahr 2010. Der Abbau erfolgte primär im Zuge unserer Kosteneffizienzmassnahmen sowie im Rahmen unseres fortlaufenden «Talent Upgrade». Gegenüber 2009 wurde eine Verringerung von 40 Kundenberatern in diesem Bereich verzeichnet.

Wealth Management Clients

Nettoertrag

Zinserfolg

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 9% von CHF 3 747 Mio. auf CHF 3 407 Mio.

Der Rückgang ist hauptsächlich auf tiefere Margen auf Kundeneinlagen bei tieferen Durchschnittsvolumen sowie auf stabile Margen auf Ausleihungen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen zurückzuführen.

2010 gegenüber 2009: Stabil bei CHF 3 747 Mio.

Der stabile Zinserfolg widerspiegelte stabile Margen auf Ausleihungen und Kundeneinlagen. Dabei hat sich das durchschnittliche Ausleihungsvolumen erhöht, während das durchschnittliche Kundeneinlagenvolumen stabil blieb.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 6% von CHF 3 679 Mio. auf CHF 3 440 Mio.

Die Abnahme beruhte auf einem Rückgang der Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten, der Bankgebühren und der Gebühren für Vermögensverwaltungsmandate. Teilweise wurde diese Entwicklung durch höhere Gebühren für

Anlagekonten und -dienstleistungen ausgeglichen. Insgesamt ist die Abnahme auf den Rückgang der durchschnittlich verwalteten Vermögen zurückzuführen, hauptsächlich aufgrund der unvorteilhaften Marktentwicklungen und des Anstiegs des Durchschnittskurses des Schweizer Franks gegenüber den Hauptwährungen im Vergleich zum Jahr 2010.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 2% von CHF 3 604 Mio. auf CHF 3 679 Mio.

Höhere Wertschriftendepot- und Dienstleistungsgebühren aufgrund gestiegener Durchschnittsvolumen trugen primär zur Zunahme der wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge bei. Diese Entwicklung wurde durch geringere Kommissionen im Treuhandgeschäft aufgrund rückläufiger Margen und Volumen teilweise kompensiert. Obwohl die durchschnittlich verwalteten Vermögen um 8,7% stiegen, blieben die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren stabil. Der Grund hierfür liegt im anhaltend risikoscheuen Anlagenmix und in den geringeren leistungsabhängigen Gebühren von Hedging-Griffo, welche im Vorjahr besonders hoch waren. Eine Anpassung der Schätzwerte für abgegrenzte Gebühren aus früheren Jahren beeinflusste die Gebührenerträge aus dem Fondsmanagement positiv. Das Anlegerverhalten blieb auch im Jahr 2010 zurückhaltend und äusserte sich in Investitionen in weniger komplexen Anlagen mit tiefen Margen, auch innerhalb der Mandatsprodukte.

Transaktionsabhängig

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 9% von CHF 2 403 Mio. auf CHF 2 183 Mio.

Die Abnahme beruhte auf deutlich geringeren Courtagen und Erträgen aus Produktemissionen, insbesondere bei Anleihen, Aktien und Anlagefonds, welche auf eine signifikant geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volumen zurückzuführen sind. Der Rückgang wurde durch einen Gewinn aus dem Verkauf von Immobilien im Jahr 2011 in Höhe von CHF 72 Mio. teilweise ausgeglichen.

2010 gegenüber 2009: Abnahme um 6% von CHF 2 561 Mio. auf CHF 2 403 Mio.

Die Abnahme war primär auf tiefere Erträge aus integrierten Lösungen, welche im Jahr 2009 besonders hoch waren, auf Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien und ARS-Positionen im Jahr 2009 und auf tiefere Courtagen aufgrund der zurückhaltenden Kundenaktivität zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch höhere Produktemissionserträge nur teilweise kompensiert.

Bruttomarge

Im Jahr 2011 betrug die Bruttogewinnmarge 114 Basispunkte und lag somit um sechs Basispunkte unter dem Niveau von 2010 und um 17 Basispunkte unter dem Niveau von 2009.

Ergebnisse – Wealth Management Clients

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	9 030	9 829	9 871	(8)	0
Rückstellung für Kreditrisiken	83	70	33	19	112
Total Geschäftsaufwand	7 479	7 231	6 940	3	4
Ergebnis vor Steuern	1 468	2 528	2 898	(42)	(13)
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	82.8	73.6	70.3	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	16.3	25.7	29.4	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	3 407	3 747	3 706	(9)	1
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	3 440	3 679	3 604	(6)	2
Transaktionsabhängig	2 183	2 403	2 561	(9)	(6)
Nettoertrag	9 030	9 829	9 871	(8)	0
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mio. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	791.7	820.9	755.4	(3.6)	8.7
Bruttogewinnmarge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte) ¹					
Zinserfolg	43	46	49	–	–
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	43	45	48	–	–
Transaktionsabhängig	28	29	34	–	–
Bruttogewinnmarge	114	120	131	–	–

¹ Nettoertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Die Nettozinsmarge sank gegenüber dem Vorjahr um drei Basispunkte, da der Zinserfolg um 9% und die durchschnittlich verwalteten Vermögen um 3,6% sanken. Die Marge aus den wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträgen ging 2011 um zwei Basispunkte zurück, da die wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenerträge um 6% sanken und zugleich die durchschnittlich verwalteten Vermögen abnahmen. Die transaktionsabhängige Marge verringerte sich um einen Basispunkt, bedingt durch den Rückgang der transaktionsabhängigen Erträge um 9% und die Abnahme der durchschnittlich verwalteten Vermögen.

Corporate & Institutional Clients

Nettoertrag

Zinserfolg

2011 gegenüber 2010: Stabil bei CHF 1 185 Mio.

Der stabile Zinserfolg ist auf geringfügig höhere Margen auf Kundeneinlagen bei höheren Durchschnittsvolumen und auf geringfügig tiefere Margen auf Ausleihungen bei leicht höheren Durchschnittsvolumen zurückzuführen.

2010 gegenüber 2009: Abnahme um 9% von CHF 1 294 Mio. auf CHF 1 184 Mio.

Die Abnahme war hauptsächlich auf wesentlich geringere Margen auf Kundeneinlagen bei höheren durchschnittlichen Volumina sowie geringere Margen auf Ausleihungen bei stabilen durchschnittlichen Volumina zurückzuführen.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 9% von CHF 426 Mio. auf CHF 387 Mio.

Die Abnahme ist auf geringere Gebühren für Anlagekonto- und Dienstleistungsgebühren, tiefere Gebühren für das Management von Anlageprodukten sowie tiefere Gebühren für Bankdienstleistungen zurückzuführen.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 13% von CHF 376 Mio. auf CHF 426 Mio.

Dieser Anstieg war im Wesentlichen das Ergebnis höherer Kredit- und bestandesabhängiger Gebühren aus dem umfangreicheren Geschäft mit Finanzinstituten.

Ergebnisse – Corporate & Institutional Clients

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	1 847	1 802	1 791	2	1
Rückstellung für Kreditrisiken	27	(52)	147	–	–
Total Geschäftsaufwand	940	956	891	(2)	7
Ergebnis vor Steuern	880	898	753	(2)	19
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	50.9	53.1	49.7	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	47.6	49.8	42.0	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	1 185	1 184	1 294	0	(9)
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	387	426	376	(9)	13
Transaktionsabhängig	275	192	121	43	59
Nettoertrag	1 847	1 802	1 791	2	1
Durchschnittliches Geschäftsvolumen (in Mia. CHF)					
Durchschnittliches Geschäftsvolumen	240.9	231.8	208.9	3.9	11.0
Geschäftsvolumen (in Mia. CHF)					
Kundenvermögen	194.1	182.7	170.0	6.2	7.5
davon verwaltete Vermögen	136.4	124.9	112.1	9.2	11.4
davon Geschäftsvermögen	50.8	50.9	51.1	(0.2)	(0.4)
davon Depotvermögen	6.9	6.9	6.8	0.0	1.5
Ausleihungen, netto	56.5	52.4	50.3	7.8	4.2
Geschäftsvolumen	250.6	235.1	220.3	6.6	6.7
Rendite auf dem Geschäftsvolumen (Basispunkte) ¹					
Rendite auf dem Geschäftsvolumen	77	78	86	–	–

¹ Nettoertrag dividiert durch das durchschnittliche Geschäftsvolumen.

Transaktionsabhängig

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 43% von CHF 192 Mio. auf CHF 275 Mio.

Die Zunahme beruhte in erster Linie auf geringeren Fair-Value-Verlusten im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion in Höhe von CHF 17 Mio. im Jahr 2011 gegenüber Fair-Value-Verlusten in Höhe von CHF 50 Mio. im Jahr 2010. Darüber hinaus ist der Anstieg auf höhere Devisenerträge aus Kundentransaktionen und auf höhere Erträge aus integrierten Lösungen zurückzuführen.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 59% von CHF 121 Mio. auf CHF 192 Mio.

Die Zunahme beruhte in erster Linie auf Fair-Value-Verlusten in Höhe von CHF 50 Mio. im Zusammenhang mit der Clock-Finance-Transaktion gegenüber Fair-Value-Verlusten in Höhe von CHF 118 Mio. im Jahr 2009. Unter Ausschluss der Fair-Value-Verluste bei der Clock-Finance-Transaktion waren die transaktionsabhängigen Erträge stabil.

Rendite auf dem Geschäftsvolumen

Die Rendite auf dem Geschäftsvolumen misst den Ertrag auf dem durchschnittlichen Geschäftsvolumen, das sich aus Kundenvermögen und Nettoausleihungen zusammensetzt.

Die Rendite auf dem Geschäftsvolumen betrug im Jahr 2011 77 Basispunkte und lag damit einen Basispunkt unter dem Vorjahreswert, da der Nettoertrag um 2% zunahm, während das durchschnittliche Geschäftsvolumen um 3,9% anstieg. Der Hauptgrund für den Anstieg des Geschäftsvolumens lag in der Zunahme der durchschnittlich verwalteten Vermögen.

Investment Banking

Für das Jahr 2011 verzeichneten wir ein Ergebnis vor Steuern von CHF 79 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 11 496 Mio. Eine geringe Kundenaktivität und ein volatiles Handelsumfeld beeinträchtigten die Geschäftsentwicklung. Wir haben erhebliche Fortschritte bei der Ausführung unserer überarbeiteten Strategie erzielt und unter anderem unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III von CHF 309 Mia. per Ende 2010 auf CHF 233 Mia. per Ende 2011 reduziert.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	11 496	16 214	20 537	(29)	(21)
Rückstellung für Kreditrisiken	77	(97)	326	–	–
Personalaufwand	6 667	8 033	8 652	(17)	(7)
Sachaufwand	3 503	3 495	3 559	–	(2)
Kommissionsaufwand	1 170	1 252	1 155	(7)	8
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 673	4 747	4 714	(2)	1
Total Geschäftsaufwand	11 340	12 780	13 366	(11)	(4)
Ergebnis vor Steuern	79	3 531	6 845	(98)	(48)
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	98.6	78.8	65.1	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	0.7	21.8	33.3	–	–
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	19 917	20 735	20 155	(4)	3
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ¹	1.0	17.6	34.6	–	–
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	20 900	20 700	19 400	1	7

¹ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill.

Ergebnisse (Fortsetzung)

	Veränderung in %				
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Anleihenemissionsgeschäft	1 441	2 015	1 141	(28)	77
Aktienemissionsgeschäft	719	901	1 190	(20)	(24)
Total Emissionsgeschäft	2 160	2 916	2 331	(26)	25
Beratungs- und sonstige Kommissionserträge	857	1 090	793	(21)	37
Total Emissions- und Beratungskommissionen	3 017	4 006	3 124	(25)	28
Anleihenverkauf und -handel	3 886	6 446	10 457	(40)	(38)
Aktienverkauf und -handel	4 738	5 884	7 469	(19)	(21)
Total Verkauf und Handel	8 624	12 330	17 926	(30)	(31)
Sonstige	(145)	(122)	(513)	19	(76)
Nettoertrag	11 496	16 214	20 537	(29)	(21)
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Value-at-Risk (in Mio. CHF) ¹					
Zins- und Kreditrisikoprämien	72	94	152	(23)	(38)
Fremdwährungen	24	17	21	41	(19)
Rohstoffe	10	20	25	(50)	(20)
Aktien	13	26	32	(50)	(19)
Diversifikationseffekt	(44)	(61)	(85)	(28)	(28)
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Value-at-Risk	75	96	145	(22)	(34)
Basel-III-risikogewichtete Aktiven (in Mia.) ²					
Risikogewichtete Aktiven (CHF)	233	309	332	(25)	(7)
Risikogewichtete Aktiven (USD)	248	330	322	(25)	2

¹ Als Teil der laufenden Überprüfung zur Verbesserung der Risikomanagementansätze und -methoden wurde die Messgrösse des durchschnittlichen Ein-Tages-Risikomanagement-VaR im 2. Quartal 2011 überarbeitet. Siehe «Marktrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zu VaR und Änderungen der VaR-Methode. ² Da Basel III nicht vor dem 1. Januar 2013 eingeführt wird, haben wir unsere risikogewichteten Aktiven unter Basel III für diesen Bericht gemäss den aktuell vorgeschlagenen Bestimmungen und unserer Auslegung dieser Bestimmungen (einschliesslich relevanter Annahmen) berechnet. Änderungen bei der eigentlichen Basel-III-Einführung hätten eine Veränderung der in diesem Bericht gezeigten Zahlen zur Folge.

Ergebnisse im Überblick

Im Jahr 2011 erzielten wir ein Ergebnis vor Steuern von CHF 79 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 11 496 Mio., verglichen mit einem Ergebnis vor Steuern von CHF 3 531 Mio. und einem Nettoertrag von CHF 16 214 Mio. im Vorjahr. In vielen Geschäftsbereichen wurden unsere Ergebnisse 2011 durch eine im Vergleich zu 2010 sehr geringe Kundenaktivität und ein volatiles Handelsumfeld beeinflusst.

Angesichts höherer Kapital- und regulatorischer Anforderungen sowie anhaltend schwieriger Markt- und Wirtschaftsverhältnisse kündigten wir Anpassungen unserer Investment-Banking-Strategie an. Wir haben erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung unserer überarbeiteten Strategie erzielt, und unseren Plan zur Reduzierung risikogewichteter Aktiven zügig umgesetzt und gemäss unseren Erwartungen werden wir unser Ziel, unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III bis Ende 2012 auf USD 229 Mia. zu reduzieren, bereits per Ende des ersten Quartals 2012 erreichen. Die risikogewichteten Aktiven nach Basel III wurden im Jahr 2011 um CHF 76 Mia. reduziert.

- ▶ Siehe «Entwicklung unserer Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen – Strategie und «Investment Banking» in I – Informationen zum Unternehmen – Unsere Geschäftsbereiche für weitere Informationen.

Unser Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel war im Jahr 2011 erheblich geringer, was an den schwierigen Handelsbedingungen, der geringen Kundenaktivität in den meisten Geschäftsbereichen und der Umsetzung der Strategie zur Risikoreduktion lag. Wir verzeichneten Belastungen von CHF 547 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen und der Reduktion risikogewichteter Aktiven. Die Erträge aus verbrieften Produkten fielen deutlich geringer aus als 2010, was auf Wertminderungen des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes und Verluste aus dem Verkauf des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und einer geringeren Kundenaktivität zurückzuführen ist. Auch die Ergebnisse unserer Kreditgeschäfte, einschliesslich Leveraged Finance und Investment Grade Trading, waren aufgrund von Mark-to-Market-Verlusten von im

Kundengeschäft gehaltenen Beständen im Vergleich zu 2010 deutlich schlechter.

Unser Ergebnis im Aktienverkauf und -handel fiel trotz einer geringen Kundenaktivität solide aus. Zudem waren verminderte Cash-Equities-Ergebnisse aufgrund einer verhaltenen Handelsaktivität der Kunden und schlechtere Ergebnisse bei den Derivaten infolge einer reduzierten Kundenaktivität zu verzeichnen. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. Im Jahr 2011 konnten wir unseren Marktanteil und unsere führende Marktpositionierung in den Bereichen Cash Equities und Prime Services beibehalten.

Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft fielen schlechter aus, was auf einen branchenweiten Rückgang des Kapitalemissionsvolumens bzw. einen Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften zurückzuführen ist.

2011 haben wir im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln DVA-Gewinne von CHF 698 Mio. erzielt; 2010 hatten wir DVA-Verluste von CHF 73 Mio. Zudem beinhalteten unsere Ergebnisse im Jahr 2011 Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von CHF 197 Mio. verglichen mit Fair-Value-Verlusten von CHF 232 Mio. im Jahr 2010.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» in V – Konzernrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Netto bestanden 2011 Rückstellungen für Kreditrisiken in Höhe von CHF 77 Mio., während im Jahr 2010 Nettorückstellungen in Höhe von CHF 97 Mio. aufgelöst wurden. Die Gründe hierfür sind höhere Rückstellungen, hauptsächlich für eine Garantie, die in einem früheren Jahr für eine Drittbank gestellt wurde, sowie weniger Rückstellungsaufösungen und Wiedereingänge.

Der Geschäftsaufwand belief sich auf CHF 11 340 Mio. und ging somit um insgesamt 11% zurück, da der Personalaufwand um 17% gesenkt werden konnte. Die Einsparungen beim Personalaufwand sind hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausgaben für aufgeschobene Vergütungen infolge von in der Vergangenheit erfolgten Zuteilungen, einen mit der Verschlechterung der Ergebnisse zusammenhängenden Rückgang der ermessensabhängigen leistungsbezogenen Vergütungen sowie geringere Lohnkosten zurückzuführen. Der Sachaufwand in Schweizer Franken war gleichbleibend, was die Fremdwährungseffekte widerspiegelt. In US-Dollar stiegen die Aufwendungen um 18%. Gründe für die Zunahme sind eine Rückstellung für die britische Bankenabgabe von CHF 115 Mio., eine Zunahme der IT-Investitionen, höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und eine Steigerung der Risikomanagementkosten.

Der im Jahr 2011 schwächere Durchschnittskurs des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken wirkte sich nachteilig auf die Erträge und entsprechend positiv auf die Aufwendungen aus. Der Nettoertrag in US-Dollar ging um 17% zurück, während der Geschäftsaufwand insgesamt um 4% über dem Vorjahr lag.

Das Ergebnis vor Steuern für das Jahr 2010 belief sich auf CHF 3 531 Mio. und der Nettoertrag auf CHF 16 214 Mio. gegenüber einem Ergebnis vor Steuern von CHF 6 845 Mio. und einem Nettoertrag von CHF 20 537 Mio. im Jahr 2009. Rund CHF 1,3 Mia. der im Jahr 2009 erwirtschafteten Erträge waren darauf zurückzuführen, dass sich die Märkte nach den massiven Verwerfungen im vierten Quartal 2008 wieder normalisierten. Zudem wirkte sich die im Vergleich zum Vorjahr geringere Handelstätigkeit der Kunden im Jahr 2010 in zahlreichen Geschäftsbereichen negativ aus. Die Umsetzung der kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie kam weiter voran und trug zur Steigerung des Marktanteils in den meisten Geschäftsbereichen und Regionen bei. Das Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel war robust, wenngleich auch erheblich geringer als 2009; es wurde beeinflusst durch eine Normalisierung des Marktumfelds gegenüber einem starken Ergebnis im Jahr 2009 und ein schwieriges Umfeld im Jahr 2010. Der Sektor war geprägt von makroökonomischen Unsicherheiten im Zuge der Staatsverschuldungskrise in Europa, welche die Marktvolatilität steigen liess. Das Ergebnis im Aktienverkauf und -handel war solide, aber trotz einem höheren Marktanteil weniger gut als im Jahr 2009, was auf geringere Handelsaktivitäten von Kunden zurückzuführen war. Im Emissions- und Beratungsgeschäft haben wir gute Ergebnisse erzielt, die dem branchenweiten Kapitalemissionsvolumen, dem Volumen an abgeschlossenen M&A-Geschäften sowie verbesserter Kundenprofitabilität entsprachen. Zudem beinhalteten unsere Ergebnisse Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von CHF 232 Mio., verglichen mit Netto-Fair-Value-Verlusten von CHF 397 Mio. im Jahr 2009, und wurden unter anderem durch DVA-Verluste im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 73 Mio. im Vergleich zu DVA-Verlusten von CHF 321 Mio. im Jahr 2009 beeinflusst. Netto wurden 2010 Rückstellungen für Kreditrisiken in Höhe von CHF 97 Mio. aufgelöst im Vergleich zur Bildung von Nettorückstellungen in Höhe von CHF 326 Mio. im Jahr 2009. Der Geschäftsaufwand lag 4% unter dem Wert von 2009, insbesondere infolge des um 7% gesenkten Personalaufwands. Der im Jahr 2010 schwächere Durchschnittskurs des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken wirkte sich nachteilig auf die Erträge und entsprechend positiv auf die Aufwendungen aus. Der Nettoertrag in US-Dollar ging um 17% zurück, während der Geschäftsaufwand insgesamt um 1% über dem Jahr 2009 lag.

Kennzahlen

Gewinnmarge vor Steuern (KPI)

Unser Ziel ist eine von den Marktzyklen unabhängige Gewinnmarge vor Steuern von mindestens 25%. 2011 betrug unsere Gewinnmarge vor Steuern 0,7% gegenüber 21,8% im Jahr 2010 und 33,3% im Jahr 2009.

Value-at-Risk

Der durchschnittliche Ein-Tages-98%-Risikomanagement-Value-at-Risk (☉Risikomanagement-VaR) betrug 2011 CHF 75 Mio. verglichen mit CHF 96 Mio. im Jahr 2010 und CHF 145 Mio. im Jahr 2009.

- ▶ Siehe «Marktrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zum VaR.

Ergebnisanalyse

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate für 2011 im Vergleich zu 2010 und 2010 im Vergleich zu 2009.

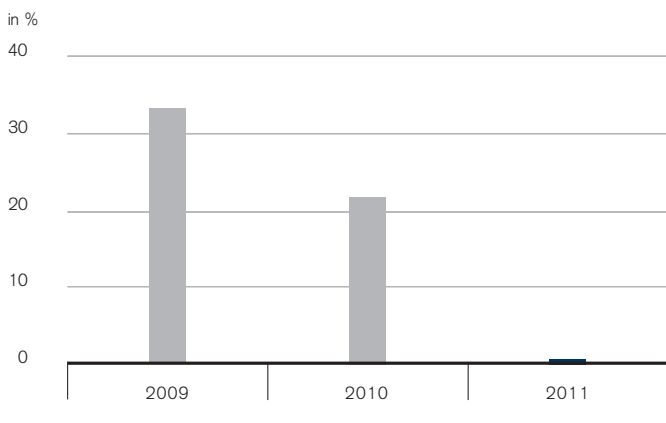
Nettoertrag

Anleihenemissionsgeschäft

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 28% von CHF 2 015 Mio. auf CHF 1 441 Mio.

Dieser Rückgang war hauptsächlich auf schwächere Ergebnisse im Bereich Leveraged Finance zurückzuführen, die eine branchenweite Abnahme der Emissionstätigkeit im High-Yield-Bereich widerspiegeln. Auch im Bereich der Investment-Grade-Emissionen waren infolge eines leicht gesunkenen Marktanteils schlechtere Ergebnisse zu verzeichnen.

Gewinnmarge vor Steuern



2010 gegenüber 2009: Zunahme um 77% von CHF 1 141 Mio. auf CHF 2 015 Mio.

Der Anstieg war auf deutlich bessere Ergebnisse im Geschäftsbereich Leveraged Finance zurückzuführen. Aufgrund umfangreicher Refinanzierungen im Jahr 2010 stieg die Emissionstätigkeit im High-Yield-Bereich branchenweit auf Rekordhöhe an. Zudem schlugen sich signifikante Gebühreneinnahmen aus dem Strukturierungs- und Syndizierungsgeschäft im Zusammenhang mit einer grossen Privatfinanzierung sowie der Ertragsanstieg aus strukturierten Kreditvergaben in den Emerging Markets in diesem Ergebnis positiv nieder. Die Emissionstätigkeit im Investment-Grade-Bereich generierte stabile Erträge; branchenweit gingen die Volumen leicht zurück, während unser Marktanteil unverändert blieb.

Aktienemissionsgeschäft

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 20% von CHF 901 Mio. auf CHF 719 Mio.

Die Hauptgründe für diesen Rückgang waren geringere Erträge aus Börsengängen aufgrund einer im Vergleich zu 2010 branchenweit geringeren Emissionstätigkeit. Auch in den Bereichen Wandelemissionen und Anschluss-Angeboten wurden schlechtere Ergebnisse erzielt.

2010 gegenüber 2009: Rückgang um 24% von CHF 1 190 Mio. auf CHF 901 Mio.

Der Rückgang war hauptsächlich auf eine Verringerung des branchenweiten Folgeemissionsvolumens zurückzuführen, gegenüber dem branchenweiten hohen Aktienemissionsvolumen im Jahr 2009, sowie geringere Gebührenmargen einiger grosser Transaktionen im Jahr 2010. Der Rückgang wurde teilweise durch höhere Erträge aufgrund eines Anstiegs branchenweiter Volumen bei Börsengängen kompensiert. Ausserdem stiegen im vierten Quartal 2010 die Volumen bei den Börsengängen auf Rekordhöhe an und unser Marktanteil bei Börsengängen konnte erhöht werden. Weltweit verlagerte sich die Aktienemissionstätigkeit im Jahr 2010 von den im Jahr 2009 dominierenden Bankrekaptalisierungen erneut zu wachstumsbezogenen Emissionen.

Beratungs- und sonstige Kommissionserträge

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 21% von CHF 1 090 Mio. auf CHF 857 Mio.

In diesem Rückgang spiegeln sich geringere M&A- und andere Beratungsgebühren wider, die sich durch einen leichten Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften erklären lassen.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 37% von CHF 793 Mio. auf CHF 1 090 Mio.

Der Anstieg war auf höhere M&A-Gebührenmargen aufgrund des Anstiegs unseres Marktanteils bei abgeschlossenen M&A-Geschäften zurückzuführen.

Anleihenverkauf und -handel

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 40% von CHF 6 446 Mio.

auf CHF 3 886 Mio.

Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus erheblich geringeren Erträgen aus verbrieften Produkten, was auf eine Wertminderung des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes, einschliesslich ◉Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) und ◉RMBS, Verluste aus dem Verkauf des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und eine geringere Kundenaktivität zurückzuführen ist. Auch die Ergebnisse unserer Kreditgeschäfte, einschliesslich Leveraged Finance und Investment Grade Trading, waren aufgrund von Mark-to-Market-Verlusten in Bezug auf den Kundenbestand schwächer. Auch die Erträge aus allen anderen Anleihengeschäften, wie beispielsweise dem weltweiten Zinsgeschäft, dem Devisengeschäft, dem Handel in den Emerging Markets, dem Unternehmenskreditgeschäft und dem Rohstoffhandel, fielen aufgrund des schwierigen Handelsumfelds tiefer aus. Zudem verzeichneten wir infolge des Rückzugs aus bestimmten Geschäftsbereichen und des Abbaus von risikogewichteten Aktiven Verluste von CHF 547 Mio. 2011 gingen DVA-Gewinne im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 460 Mio. in unsere Ergebnisse ein; 2010 betrug die DVA-Verluste CHF 10 Mio. Die Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse beliefen sich 2011 auf CHF 178 Mio. im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten in Höhe von CHF 209 Mio. im Jahr 2010.

2010 gegenüber 2009: Rückgang um 38% von CHF 10 457 Mio.

auf CHF 6 446 Mio.

Der Rückgang war auf geringere Erträge in einem Grossteil des Anleihengeschäfts, insbesondere im globalen Zins- und Unternehmensanleihengeschäft einschliesslich Leveraged Finance und des Handels mit Investment-Grade-Instrumenten, zurückzuführen. Erträge dieser Geschäftsbereiche erwiesen sich zwar als solide, lagen aber aufgrund der verglichen mit dem Vorjahr weniger günstigen Marktbedingungen und der Volatilität, die im Jahr 2010 durch Befürchtungen über die Staatsverschuldung einiger europäischer Länder ausgelöst wurde, unter denen des erfolgreichen Vorjahrs 2009. Die globalen Geschäftsbereiche Devisen und Firmenkredite waren ebenfalls weniger ertragreich als im Vorjahr; unser aufzugebendes Geschäft sowie unser Fixed-Income-Arbitrage-Handel verzeichneten Verluste, nachdem im Jahr 2009 Erträge angefallen waren. Rund CHF 1 100 Mio. der Erträge aus dem Anleihenverkauf und -handel im Jahr 2009 waren auf die Normalisierung der Märkte nach den im vierten Quartal 2008 entstandenen Verwerfungen zurückzuführen. Ergebnisverbesserungen in einigen aufzugebenden Geschäftsbereichen sorgten für einen partiellen Ausgleich des Ertragsrückgangs. Hierzu zählen

etwa im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Wertminderungen in dem aufzugebenden CMBS-Portfolio sowie Gewinne in bestimmten Wohnhypothekengeschäftsbereichen, die im Jahr 2009 Verluste generiert hatten. Auch unser RMBS-Geschäft in den USA war erfolgreich; höhere Erträge aus dem Non-Agency-RMBS-Geschäft kompensierten den Rückgang des Agency-RMBS-Geschäfts. Im Jahr 2010 herrschte eine starke anlegerseitige Nachfrage nach renditeorientierten Produkten, die den Erträgen aus dem RMBS- und Leveraged-Finance-Geschäft zugutekam. Der Marktanteil in unseren kundenorientierten Geschäftsbereichen (◉Flow-based Businesses) verbesserte sich im Jahreslauf bei den meisten Produkten und in den meisten Regionen. Unser Ergebnis umfasste DVA-Verluste im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 10 Mio., im Vergleich zu DVA-Verlusten von CHF 347 Mio. 2009. Die Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse beliefen sich auf CHF 209 Mio. im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten in Höhe von CHF 358 Mio. im Jahr 2009.

Aktienverkauf und -handel

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 19% von CHF 5 884 Mio.

auf CHF 4 738 Mio.

Dieser Rückgang war auf geringere Cash-Equities-Ergebnisse infolge einer reduzierten Handelsaktivität der Kunden zurückzuführen. Bei den Derivaten wurden infolge einer verminderten Kundenaktivität ebenfalls schwache Ergebnisse erzielt. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. 2011 konnten wir unseren Marktanteil und die führende Marktposition in den Bereichen Cash Equities und Prime Services halten. In unsere Ergebnisse flossen DVA-Gewinne aus Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 238 Mio., verglichen mit DVA-Verlusten in Höhe von CHF 63 Mio. im Jahr 2010, und Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von CHF 20 Mio. im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten von CHF 23 Mio. im Jahr 2010 ein.

2010 gegenüber 2009: Rückgang um 21% von CHF 7 469 Mio.

auf CHF 5 884 Mio.

Im Vergleich zu einem äusserst erfolgreichen Vorjahr gingen die Erträge im Jahr 2010 in einem Grossteil unseres Aktiengeschäfts zurück. Cash Equities verzeichneten solide Ergebnisse, die aufgrund des schwankenden Marktvolumens und geringeren Kundenhandels unter den Vorjahreswerten lagen. Die Erträge aus Arbitrage-Aktienhandelsstrategien waren im Vergleich zu 2009 ebenfalls rückläufig; das Geschäft mit Wandelanleihen und Derivaten erbrachte solide, wenngleich geringere

Erträge als im Vorjahr. Die Erträge aus den letzteren beiden Geschäftsbereichen umfassten im Jahr 2009 rund CHF 200 Mio., die auf die Normalisierung der Märkte nach den im vierten Quartal 2008 entstandenen Verwerfungen zurückzuführen waren. Unser Prime-Services-Geschäft hatte aufgrund der Währungskursentwicklungen ebenfalls etwas geringere Erträge als im Vorjahr. Die in US-Dollar verbuchten Erträge des Prime-Services-Geschäfts erreichten trotz der gedämpften Hedgefonds-Leverage und -Aktivität einen Rekordstand aufgrund der höheren Kundenbestände und des grösseren Marktanteils. Im Jahr 2010 steigerten wir unseren Marktanteil und konnten die führende Marktposition in den Bereichen Cash Equities und Prime Services beibehalten. Zudem beinhalteten unsere Ergebnisse DVA-Verluste aus Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 63 Mio., verglichen mit DVA-Gewinnen in Höhe von CHF 26 Mio. im Jahr 2009, und Fair-Value-Verluste aus gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von CHF 23 Mio. im Vergleich zu Fair-Value-Verlusten von CHF 40 Mio. 2009.

Rückstellung für Kreditrisiken

2011 gegenüber 2010: Von CHF (97) Mio. auf CHF 77 Mio.

Die Veränderung resultierte aus höheren Rückstellungen, hauptsächlich für eine Garantie, die in einem früheren Jahr für eine Drittbank gestellt wurde, sowie weniger Rückstellungsauflösungen und Wiedereingängen.

2010 gegenüber 2009: Von CHF 326 Mio. auf CHF (97) Mio.

Die Auflösungen waren auf das freundlichere Umfeld für das Kreditgeschäft mit deutlich geringeren Neurückstellungen sowie höheren Auflösungen und Wiedereingängen zurückzuführen. Hierzu zählte auch der abnehmende Rückstellungsbedarf im Zusammenhang mit einer Garantie, die in einem früheren Jahr für eine Drittbank gestellt wurde. Im Jahr 2009 umfasste das Ergebnis auch grosse Rückstellungen im Zusammenhang mit Krediten an einen einzelnen Schuldner im Emerging-Markets-Geschäft.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 17% von CHF 8 033 Mio.

auf CHF 6 667 Mio.

Diese Veränderung war hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausgaben für aufgeschobene Vergütungen infolge von in der Vergangenheit erfolgten Zuteilungen, einen mit der Verschlechterung der Ergebnisse zusammenhängenden Rückgang der ermessensabhängigen leistungsbezogenen Vergütungen sowie geringere Gehaltsausgaben zurückzuführen.

2010 gegenüber 2009: Rückgang um 7% von CHF 8 652 Mio.

auf CHF 8 033 Mio.

Der Rückgang der leistungsbezogenen variablen Vergütungen war auf niedrigere leistungsbezogene Abgrenzungen für variable Vergütungen zurückzuführen. Die leistungsbezogene variable Vergütung im Jahr 2010 widerspiegelte eine geringere risiko-adjustierte Profitabilität, höhere Basissaläre und den Aufschub eines grösseren Anteils leistungsbezogener aktienbasierter Vergütungen in Form von Restricted-Cash- oder sonstigen Ansprüchen. Die ansteigenden Lohnaufwendungen aufgrund der Erhöhung der Jahressaläre, ein Anstieg an Mitarbeitenden sowie höhere aufgeschobene Vergütungen aus Aktienzuteilungen der Vorjahre kompensierten diese Entwicklung zum Teil.

Sachaufwand

2011 gegenüber 2010: Stabile Entwicklung von CHF 3 495 Mio.

auf CHF 3 503 Mio.

Der Sachaufwand spiegelte die Fremdwährungseffekte wider. In US-Dollar stiegen die Aufwendungen um 18%. Gründe für die Zunahme waren eine Rückstellung für die britische Bankenabgabe von CHF 115 Mio., eine Zunahme der IT-Investitionen, höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und eine Steigerung der Risikomanagementkosten.

2010 gegenüber 2009: Rückgang um 2% von CHF 3 559 Mio.

auf CHF 3 495 Mio.

Dieser leichte Rückgang war Ausdruck des deutlich geringeren Rückstellungsbedarfs für Rechtsstreitigkeiten, niedrigerer Mietaufwendungen und sinkender Aufwendungen für Dienstleistungsgebühren, die allerdings grösstenteils durch umfangreichere IT-Investitionen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Rekrutierung sowie höhere Aufwendungen für Reisen und Spesen im Zusammenhang mit dem Ausbau des auf die Kunden ausgerichteten Geschäfts beansprucht wurden. Zu den Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten zählten im Jahr 2009 auch Aufwendungen in Höhe von CHF 344 Mio. im Zusammenhang mit dem Vergleich im Rechtsstreit mit Huntsman.

Mitarbeitende

Der Personalbestand lag Ende 2011 bei 20 900 im Vergleich zu 20 700 per Ende 2010 und 19 400 per Ende 2009. In der Zunahme gegenüber dem Jahr 2010 widerspiegelte sich unter anderem die saisonale Einstellung von Hochschulabsolventen in den Bereichen Investment Banking, Fixed income und Equities und der Mitarbeiterzuwachs durch die Übernahme der PFS-Hedgefonds-Verwaltung von ABN AMRO (zuvor Fortis Bank Nederland), die im zweiten Quartal 2011 abgeschlossen wurde. Dieser Zuwachs wurde durch den Personalabbau im Bereich Investment Banking und den Abbau damit verbundener Support-Funktionen im Zuge von Kostensenkungsmassnahmen teilweise wieder aufgehoben.

Asset Management

Das Ergebnis vor Steuern für 2011 belief sich auf CHF 553 Mio., der Nettoertrag auf CHF 2 146 Mio. Die gebührenabhängigen Erträge stiegen aufgrund von höheren Platzierungsgebühren und Gewinnbeteiligungen (Carried Interest) auf realisierte Private-Equity-Gewinne. Die Anlagegewinne verringerten sich auf CHF 305 Mio. Wir verzeichneten Netto-Geldabflüsse von CHF 0,9 Mia., mit Mittelzuflüssen bei alternativen Anlagen und Multi-Asset Class Solutions, die von den Mittelabflüssen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, der Veräusserung von Investitionen und der Vorsorgeberatung mehr als kompensiert wurden.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	2 146	2 332	1 842	(8)	27
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Personalaufwand	932	1 082	1 090	(14)	(1)
Sachaufwand	527	583	557	(10)	5
Kommissionsaufwand	134	164	160	(18)	2
Total sonstiger Geschäftsaufwand	661	747	717	(12)	4
Total Geschäftsaufwand	1 593	1 829	1 807	(13)	1
Ergebnis vor Steuern	553	503	35	10	–
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	74.2	78.4	98.1	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	25.8	21.6	1.9	–	–
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	3 359	3 539	3 467	(5)	2
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ¹	17.5	15.2	2.1	–	–
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	2 700	2 900	3 100	(7)	(6)

¹ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill.

Ergebnisse (Fortsetzung)

	2011	2010	2009	Veränderung in %	
				11 / 10	10 / 09
Details zum Nettoertrag nach Ertragsart (in Mio. CHF)					
Vermögensverwaltungsgebühren	1 263	1 396	1 367	(10)	2
Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren	259	161	180	61	(11)
Leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen	221	187	220	18	(15)
Beteiligungen	122	89	52	37	71
Gebührenbezogener Ertrag	1 865	1 833	1 819	2	1
Anlagegewinne/(-verluste)	305	432	(365)	(29)	-
Beteiligungsgewinne/(-verluste)	7	(48)	286		
Sonstiger Ertrag ¹	(31)	115 ²	102 ^{2,3}	-	13
Nettoertrag	2 146	2 332	1 842	(8)	27
Details zum Nettoertrag nach Anlagestrategien (in Mio. CHF)					
Alternative Anlagen	1 247	1 193	1 087	5	10
Traditionelle Anlagen	505	521	464	(3)	12
Diversifizierte Anlagen ⁴	123	63	425	95	(85)
Sonstige	(34)	123 ²	231 ^{2,3}	-	(47)
Nettoertrag vor Anlagegewinnen/(-verlusten)	1 841	1 900	2 207	(3)	(14)
Anlagegewinne/(-verluste)	305	432	(365)	(29)	-
Nettoertrag	2 146	2 332	1 842	(8)	27
Gebührenbezogene Marge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte)					
Gebührenbezogene Marge ⁵	44	43	43	-	-

¹ Enthält zugeteilte Finanzierungskosten. ² Enthält realisierte und unrealisierte Gewinne aus von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften. ³ Enthält realisierte und unrealisierte Gewinne aus von Kunden übernommenen Wertschriftenleiheportfolios. ⁴ Enthält Erträge aus der Verwaltung der Partner Asset Facility 2008 und das Ergebnis unserer Beteiligung an Aberdeen. ⁵ Gebührenbezogener Ertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Ergebnisse im Überblick

2011 belief sich das Ergebnis vor Steuern auf CHF 553 Mio., im Vergleich zu CHF 503 Mio. im Jahr 2010. Die negative Auswirkung des höheren durchschnittlichen Devisenkurses des Schweizer Frankens gegenüber den Hauptwährungen auf den Nettoertrag und das Ergebnis vor Steuern belief sich auf CHF 239 Mio. beziehungsweise CHF 69 Mio. Der Nettoertrag in Höhe von CHF 2 146 Mio. verringerte sich im Vergleich zu 2010 um 8%. Gründe hierfür sind hauptsächlich ungünstige Fremdwährungseffekte 2011 sowie 2010 erzielte Gewinne aus Wertschriften, die von unseren Geldmarktfonds erworben wurden, in Höhe von CHF 143 Mio. Der Nettoertrag vor Anlagegewinnen belief sich auf CHF 1 841 Mio., was einem Zuwachs um 5% entspricht, abzüglich der 2010 erzielten Gewinne aus Wertschriften, die von unseren Geldmarktfonds erworben wurden.

Im Vergleich zu 2010 stiegen die gebührenabhängigen Erträge um 2%. Die Gebühren im Bereich Asset Management in Höhe von CHF 1 263 Mio. verringerten sich um 10%. Gründe hierfür sind negative Fremdwährungseffekte sowie die Abspaltung und Veräusserung von Geschäftsbereichen ausser-

halb des Kerngeschäfts im Jahr 2010. Das durchschnittlich verwaltete Vermögen sank um 2,0% auf CHF 419,3 Mia. und wurde von negativen Marktleistungen und ungünstigen Entwicklungen im Zusammenhang mit Fremdwährungen nachteilig beeinflusst. Die Platzierungs-, Transaktions- und sonstigen Gebühren in Höhe von CHF 259 Mio. verzeichneten einen Zuwachs von 61% aus gestiegenen Platzierungsgebühren im Bereich Private Equity sowie Verluste im Zusammenhang mit von der AMF gehaltenen Anlagen im Jahr 2010. Leistungsabhängige Gebühren und Carried Interest in Höhe von CHF 221 Mio. stiegen um 18% aufgrund eines höheren Carried Interest in Verbindung mit realisierten Private-Equity-Gewinnen, teilweise kompensiert durch niedrigere leistungsabhängige Gebühren. Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von CHF 122 Mio. nahmen gegenüber 2010 um 37% zu und resultierten aus den gestiegenen Erträgen aus Single-Manager-Hedgefonds. Die Anlagegewinne blieben mit CHF 305 Mio. um 29% hinter den Vorjahreswerten zurück. In den sonstigen Erträgen schlugen sich 2010 hauptsächlich Gewinne aus dem Verkauf von Wertschriften, die von unseren Geldmarktfonds erworben wurden, nieder. Der gesamte Geschäftsaufwand in Höhe von CHF 1 593 Mio. lag 13% unter dem Wert von 2010,

was auf niedrigeren Personal- und Sachaufwand zurückzuführen ist, der von positiven Fremdwährungseffekten begünstigt wurde.

Die verwalteten Vermögen erreichten CHF 408,0 Mia. und blieben damit um 4,2% hinter dem Vorjahreswert zurück. Gründe hierfür sind eine negative Marktleistung, ungünstige Entwicklungen im Zusammenhang mit der Währungsumrechnung sowie Netto-Geldabflüsse. Netto-Geldabflüsse in Höhe von CHF 0,9 Mia. im Jahr 2011 beinhalteten Netto-Geldabflüsse in Höhe von CHF 4,9 Mia. bei traditionellen Anlagen und Netto-Geldzuflüsse in Höhe von CHF 3,9 Mia. bei alternativen Anlagen. Bei traditionellen Anlagen wurden die Mittelabflüsse bei der Vorsorgeberatung teilweise durch Mittelzuflüsse bei Multi-Asset Class Solutions ausgeglichen. Bei den alternativen Anlagen wurden Mittelzuflüsse aus dem Immobilien- und Rohstoffgeschäft und Exchange-Traded Funds (ETF) teilweise durch Netto-Mittelabflüsse in unserem Emerging-Markets-Geschäft und Hedgefonds sowie Abflüsse aus aufgegebenen Geschäftsbereichen und der Veräusserung von Investitionen kompensiert.

2010 belief sich das Ergebnis vor Steuern auf CHF 503 Mio. gegenüber CHF 35 Mio. per Ende 2009. Das Ergebnis wurde von dem schwächeren Durchschnittskurs des US-Dollars und des Euros gegenüber dem Schweizer Franken beeinträchtigt. Der Nettoertrag in Höhe von CHF 2 332 Mio. lag 27% über dem Vorjahreswert, hauptsächlich aufgrund von Anlagegewinnen im Vergleich zu Verlusten per Ende 2009, die teilweise von niedrigeren Gewinnen aus Beteiligungen ausgeglichen wurden. Die Vermögensverwaltungsgebühren in Höhe von CHF 1 396 wiesen einen Zuwachs von 2% auf und waren Ausdruck der gestiegenen durchschnittlich verwalteten Vermögen. Die durchschnittlich verwalteten Vermögen stiegen um 2,2% auf CHF 427,8 Mia. Schwankungen im Zusammenhang mit den Devisenkursen sowie der Spin-off von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten belasteten dieses Ergebnis. Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren sanken um 11% auf CHF 161 Mio., was auf Verluste im Zusammenhang mit den von der AMF gehaltenen Anlagen und niedrigeren Erträgen aus integrierten Lösungen zurückzuführen war. Dieser Verlust wurde teilweise durch höhere Gebühren für Private-Equity-Platzierungen und Transaktionsgebühren aus dem Immobilienbereich ausgeglichen. Performance-Gebühren und Carried Interest in Höhe von CHF 187 Mio. verringerten sich um 15% aufgrund von niedrigeren leistungsabhängigen Gebühren (Performance Fees) und diversifizierten Instrumenten für das Management der PAF, was teilweise durch Carried Interest auf realisierte Private-Equity-Gewinne kompensiert wurde. Der Ertrag aus Beteiligungen in Höhe von CHF 89 Mio. nahm gegenüber 2009 um 71% zu und widerspiegelt die gestiegenen Erträge aus diversifizierten Strategien. Die Anlagegewinne beliefen sich auf CHF 432 Mio. gegenüber Anlageverlusten

von CHF 365 Mio. im Vorjahr, was auf die Erholung an den Aktienmärkten zurückzuführen war. Die Verluste aus Beteiligungen waren 2010 auf eine Verringerung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen aufgrund der Ausgabe von Aktien durch Aberdeen zurückzuführen, wohingegen wir 2009 erhebliche Gewinne verzeichnen konnten, unter anderem aufgrund der Veräusserung eines Teils des traditionellen Anlagegeschäfts an Aberdeen sowie der Veräusserung von zwei Joint Ventures. Die sonstigen Erträge der Jahre 2010 und 2009 bestehen hauptsächlich aus Gewinnen aus dem Verkauf von Wertschriften, die von Geldmarktfonds der Credit Suisse erworben wurden, sowie von Wertschriften, die aus kundenseitigen Wertpapierleihportfolios erworben wurden. Der Nettoertrag vor Erfolg aus den von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften und Anlagegewinnen von CHF 1 757 Mio. ging um 16% zurück, was hauptsächlich auf geringere Erträge aus Beteiligungen zurückzuführen war. Der gesamte Geschäftsaufwand war mit CHF 1 829 Mio. stabil.

Die verwalteten Vermögen erreichten CHF 425,8 Mia. und wuchsen somit um 2,4% im Vergleich zum Vorjahr. Die starken Netto-Neugeldzuflüsse und die positive Marktentwicklung wurden zum Teil durch negative Fremdwährungseffekte kompensiert. Die 2010 eingegangenen Netto-Neugelder in Höhe von CHF 20,6 Mia. setzen sich aus CHF 12,9 Mia. an Zuflüssen in alternative Anlagen, insbesondere ETFs, Immobilien und Indexstrategien, sowie Nettozuflüssen in Höhe von CHF 7,7 Mia. in traditionelle Anlagen, insbesondere Multi-Asset Class Solutions, zusammen.

Im Februar 2012 verkauften wir eine Beteiligung an Aberdeen Asset Management. Daraus resultierte ein Gewinn von rund CHF 170 Mio., der im ersten Quartal 2012 verbucht wurde. Unsere verbleibende Beteiligung an Aberdeen beträgt 9,8%.

In Anbetracht wachsender aufsichtsrechtlicher Anforderungen und steigenden Kapitalbedarfs sowie weiterhin anspruchsvoller Bedingungen im Hinblick auf Märkte und Konjunktur kündigten wir eine gezielte Anpassung unserer Strategie an.

► [Siehe «Entwicklung unserer Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen – Strategie und «Asset Management» in I – Informationen zum Unternehmen – Unsere Geschäftsbereiche für weitere Informationen.](#)

Kennzahlen

Gewinnmarge vor Steuern (KPI)

Unser Ziel ist eine Gewinnmarge vor Steuern von mehr als 35%, unabhängig von Marktzyklen. 2011 betrug unsere Gewinnmarge vor Steuern 25,8% gegenüber 21,6% im Jahr 2010 und 1,9% im Jahr 2009.

Zuwachsrate an Netto-Neugeldern (KPI)

Wir streben eine Zuwachsrate an Netto-Neugeldern von über 6% an. 2011 betrug unsere Zuwachsrate (0,2)%, gegenüber 5,0% im Jahr 2010 und 0,1% im Jahr 2009.

Gebührenabhängige Marge

Die gebührenabhängige Marge, die sich aus Vermögensverwaltungsgebühren, Platzierungs-, Transaktions- und sonstigen Gebühren, leistungsabhängigen Gebühren sowie Carried Interest und Erträgen aus Gewinnbeteiligungen geteilt durch die durchschnittlich verwalteten Vermögen ergibt, betrug im Jahr 2011 44 Basispunkte, im Vergleich zu 43 Basispunkten in den Jahren 2010 und 2009.

Ergebnisanalyse

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate für 2011 im Vergleich zu 2010 und 2009.

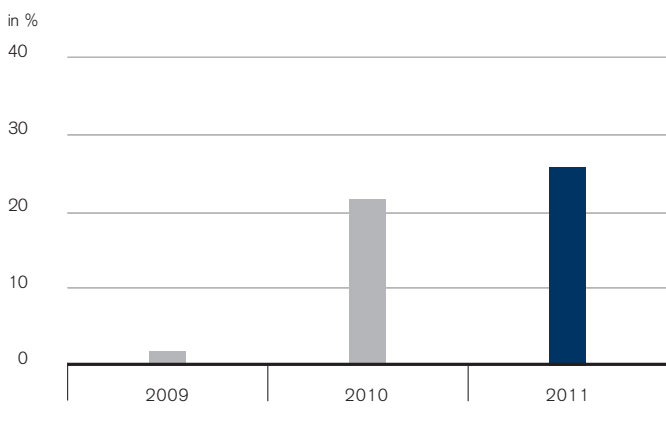
Nettoertrag

Vermögensverwaltungsgebühren

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 10% von CHF 1 396 Mio. auf CHF 1 263 Mio.

Die Abnahme ist das Ergebnis niedrigerer Gebühren bei alternativen Anlagen, diversifizierten Anlagen und traditionellen Anlagen und ist weitgehend auf Fremdwährungseffekte zurückzuführen. Zusätzlich zu den Fremdwährungseffekten beruht der Gebühnerrückgang bei alternativen Anlagen auf der Abspaltung unseres Immobilien-Private-Equity-Fonds und unseres Kredit-Hedgefonds im Jahr 2010 sowie auf niedrigeren Gebühren bei Fund-of-Hedgefonds, teilweise kompensiert durch höhere Gebühreneinnahmen bei Index-Produkten und Emerging-Markets-Strategien. Die diversifizierten Anlagen

Gewinnmarge vor Steuern



erbrachten geringere Gebühren. Grund hierfür ist der Ablauf unserer vorläufigen Dienstleistungsvereinbarung mit Aberdeen. Bei Anleihenprodukten und der Vorsorgeberatung fielen die Gebühreneinnahmen aus dem traditionellen Geschäft niedriger aus; sie wurden jedoch partiell durch höhere Gebühreneinnahmen bei Multi-Asset Class Solutions kompensiert.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 2% von CHF 1 367 Mio.

auf CHF 1 396 Mio.

Der Rückgang der Gebühren aus diversifizierten Anlagen wurde durch höhere Gebühreneinnahmen bei den alternativen und den traditionellen Anlagen mehr als kompensiert. Die Gebühreneinnahmen aus alternativen Anlagen fielen bei Hedging-Griffo, ETFs, Indexprodukten und Single-Manager-Hedgefonds höher aus, da der Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen angestiegen war. Der Gebührenanstieg wurde zum Teil durch geringere Gebühreneinnahmen bei Private Equity, Fund-of-Hedgefonds, Kreditstrategien und Immobilien kompensiert, wobei der Spin-off des Immobilien-Private-Equity-Fonds und des Kredit-Hedgefonds im Verlauf von 2010 sowie Fremdwährungseffekte die Gebühreneinnahmen belasteten. Bei Aktien- und Anleihenprodukten und Multi-Asset Class Solutions fielen die Gebühreneinnahmen aus dem traditionellen Geschäft höher aus, wurden jedoch partiell durch niedrigere Gebühreneinnahmen bei der Vorsorgeberatung kompensiert. Die diversifizierten Anlagen erbrachten geringere Gebühren als im Vorjahr, insbesondere im Bereich Fondsverwaltung, da die Luxemburger Fondsverwaltung im ersten Quartal 2010 in das Private Banking verlagert wurde. Höhere Gebühren aus der vorläufigen Dienstleistungsvereinbarung mit Aberdeen glichen diese Entwicklung teilweise aus.

Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 61% von CHF 161 Mio. auf

CHF 259 Mio.

Die Zunahme ist auf höhere Gebühren für Private-Equity-Platzierungen und 2010 erlittene Verluste aus von der AMF gehaltenen Anlagen zurückzuführen, teilweise kompensiert durch niedrigere Erträge aus integrierten Lösungen.

2010 gegenüber 2009: Abnahme um 11% von CHF 180 Mio. auf

CHF 161 Mio.

Verluste auf Anlagen von AMF und geringere Erträge aus integrierten Lösungen wurden zum Teil durch höhere Platzierungsgebühren im Bereich Private Equity und Transaktionsgebühren bei den Immobilienfonds kompensiert.

Leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 18% von CHF 187 Mio. auf

CHF 221 Mio.

Die Zunahme beruhte auf gestiegenen Gewinnbeteiligungen aus realisierten Private-Equity-Gewinnen, teilweise kompen-

Verwaltete Vermögen – Asset Management

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Alternative Anlagen	190.9	196.0	185.5	(2.6)	5.7
davon Hedgefonds	24.9	27.3	25.2	(8.8)	8.3
davon Private Equity	28.4	30.8	32.2	(7.8)	(4.3)
davon Immobilien und Rohstoffe	47.1	43.4	41.5	8.5	4.6
davon Kredit	19.0	18.3	18.5	3.8	(1.1)
davon ETF	14.6	14.6	10.0	0.0	46.0
davon Indexstrategien	51.5	54.2	51.9	(5.0)	4.4
davon Sonstige	5.4	7.4	6.2	(27.0)	19.4
Traditionelle Anlagen	216.2	229.4	230.2	(5.8)	(0.3)
davon Multi-Asset Class Solutions	109.9	114.9	117.4	(4.4)	(2.1)
davon Anleihen und Aktien	43.0	46.4	45.1	(7.3)	2.9
davon Vorsorgeberatungsleistungen	63.3	68.1	67.7	(7.0)	0.6
Diversifizierte Anlagen	0.9	0.4	0.3	125.0	33.3
Sonstige	0.0	0.0	0.0	–	–
Verwaltete Vermögen ¹	408.0	425.8	416.0	(4.2)	2.4
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mio. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	419.3	427.8	418.4	(2.0)	2.2
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	93.5	100.8	94.8	(7.2)	6.3
EUR	59.0	58.7	61.5	0.5	(4.6)
CHF	233.5	245.1	240.3	(4.7)	2.0
Sonstige	22.0	21.2	19.4	3.8	9.3
Verwaltete Vermögen	408.0	425.8	416.0	(4.2)	2.4
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder ²	(0.9)	20.6	0.4	–	–
Sonstige Einflüsse	(16.9)	(10.8)	4.1	–	–
davon Marktbewegungen	(8.5)	8.9	30.7	–	–
davon Währung	(3.0)	(23.4)	0.2	–	–
davon Sonstige	(5.4) ³	3.7	(26.8) ⁴	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	(17.8)	9.8	4.5	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	(0.2)	5.0	0.1	–	–
Sonstige Einflüsse	(4.0)	(2.6)	1.0	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	(4.2)	2.4	1.1	–	–
Eigene Anlagen (in Mio. CHF)					
Eigene Anlagen ⁵	3.4	3.4	3.8	–	(10.5)

¹ Nicht enthalten ist unser Anteil der verwalteten Vermögen unserer Beteiligung an Aberdeen. ² Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen. ³ Enthält eine Anpassung, um den investierten Teil der verwalteten Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert auszuweisen und nicht gezogene Verpflichtungen nur zu erfassen, sofern diese Gebühren abwerfen. Vergangene Perioden wurden nicht angepasst. ⁴ Enthält verwaltete Vermögen des ans Investment Banking übertragenen Managed-Lending-Geschäfts von CHF 13,2 Mia. und Abnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf von zwei Joint Ventures. ⁵ Hauptsächlich Private-Equity-Anlagen.

siert durch niedrigere leistungsabhängige Gebühren auf Hedging-Griffo, Single-Manager-Hedgefonds, Kreditstrategien und der Verwaltung der PAF.

2010 gegenüber 2009: Abnahme um 15% von CHF 220 Mio. auf CHF 187 Mio.

Hedging-Griffo sowie die Verwaltung der PAF generierten deutlich geringere leistungsabhängige Gebühren, dagegen stiegen die Gewinnbeteiligungen bei den alternativen Anlagen durch Realisierung von Private-Equity-Gewinnen und höhere Gebühreneinnahmen aus Single-Manager-Hedgefonds und Kreditstrategien.

Erträge aus Beteiligungen

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 37% von CHF 89 Mio. auf CHF 122 Mio.

Die Zunahme resultierte hauptsächlich aus höheren Erträgen bei Single-Manager-Hedgefonds.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 71% von CHF 52 Mio. auf CHF 89 Mio.

Die Zunahme resultierte hauptsächlich aus höheren Erträgen bei diversifizierten Strategien.

Anlagegewinne/(-verluste)

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 29% von CHF 432 Mio. auf CHF 305 Mio.

Im Jahr 2011 fielen realisierte und unrealisierte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen an, bei denen es sich vor allem um die Sektoren Gesundheitsfürsorge, Industrie, Rohstoffe und Transport handelte, teilweise kompensiert durch nicht realisierte Verluste in der Technologiebranche. Im Jahr 2010 fielen realisierte und nicht realisierte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen an, hauptsächlich in den Sektoren Energie, Industrie und Rohstoffe sowie Anlagen auf dem Kreditmarkt.

2010 gegenüber 2009: Zunahme von CHF (365) Mio. auf CHF 432 Mio.

Im Jahr 2010 fielen realisierte und unrealisierte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen an, bei denen vor allem die Sektoren Energie, Industrie und Rohstoffe sowie Kreditanlagen gute Ergebnisse erbrachten. 2009 wiesen bei den Private-Equity-Anlagen vor allem der Immobilien-, Finanzdienstleistungs- und Energiesektor unrealisierte Verluste auf, die durch unrealisierte Gewinne in Kreditanlagen teilweise kompensiert wurden.

Gewinne/(Verluste) aus Beteiligungen

2011 gegenüber 2010: Zunahme von CHF (48) Mio. auf CHF 7 Mio.

Der 2011 erzielte Gewinn ist auf die teilweise Veräusserung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen zurückzuführen, mit der wir unsere Beteiligung von 21,0% auf 19,8% reduzierten, teilweise ausgeglichen durch eine Wertminderung bei einer Joint-Venture-Beteiligung. Die 2010 erzielten Verluste waren

das Ergebnis einer Reduzierung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen aufgrund der Ausgabe von Aktien durch Aberdeen.

2010 gegenüber 2009: Abnahme von CHF 286 Mio. auf CHF (48) Mio.

Die 2010 erzielten Verluste sind das Ergebnis einer Reduzierung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen aufgrund der Ausgabe von Aktien durch Aberdeen. Die 2009 erzielten Gewinne waren auf Gewinne in Höhe von CHF 228 Mio. aus der Aberdeen-Transaktion und CHF 58 Mio. aus der Veräusserung unserer Joint Ventures in Polen und Korea zurückzuführen.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 14% von CHF 1 082 Mio. auf CHF 932 Mio.

Der Geschäftsaufwand sank hauptsächlich aufgrund positiver Fremdwährungseffekte sowie niedrigerer aufgeschobener Vergütungen aus dem Vorjahr.

2010 gegenüber 2009: Stabil bei CHF 1 082 Mio.

Der Personalaufwand blieb stabil, da in geringerem Ausmass leistungsbezogene variable Vergütungen abgegrenzt wurden. Dies war eine Folge der höheren Basissaläre und der Tatsache, dass ein grösserer Anteil der variablen Vergütungen in Form von aktienbasierten und anderen Zuweisungen aufgeschoben wurde, während andererseits die Basissaläre sowie der Aufwand für aufgeschobene Vergütungen aus in der Vergangenheit erfolgten Zuteilungen stiegen.

Sachaufwand

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 10% von CHF 583 Mio. auf CHF 527 Mio.

Der Rückgang beruhte hauptsächlich auf den positiven Fremdwährungseffekten sowie niedrigeren Dienstleistungsgebühren.

2010 gegenüber 2009: Zunahme um 5% von CHF 557 Mio. auf CHF 583 Mio.

Die Zunahme war vor allem auf den höheren Fondsverwaltungsaufwand zurückzuführen, zu dem auch der Transfer der Luxemburger Fondsverwaltung an das Private Banking zählt. Ausserdem stiegen die Dienstleistungsgebühren. Beide Entwicklungen wurden durch den Minderaufwand für nicht kreditbezogene Rückstellungen zum Teil ausgeglichen.

Mitarbeitende

Der Personalbestand sank 2011 auf 2700, was einem Minus von 200 Personen gegenüber 2010 und 400 gegenüber 2009 entspricht. Der Rückgang gegenüber 2010 ist Ausdruck unserer laufenden Kosteneffizienzmassnahmen. Der Rückgang von 2009 auf 2010 betraf hauptsächlich die 2010 erfolgte Verlagerung der Fondsverwaltung in Luxemburg in die Division Private Banking.

Corporate Center

Wir verzeichneten 2011 einen Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern von CHF 231 Mio., was hauptsächlich auf Abfindungen und andere Vergütungen im Zusammenhang mit den gruppenweiten Massnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch Fair-Value-Gewinne aus den gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse teilweise kompensiert.

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft, einschliesslich der Finanzierung der Gruppe, Kosten im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Kosten und Erträge, welche nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate 2011 im Vergleich zu 2010 und 2010 im Vergleich zu 2009.

Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern

2011 gegenüber 2010: Von CHF (660) Mio. auf CHF (231) Mio.

Die Abnahme des Verlusts ist hauptsächlich auf geringere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und auf höhere Fair-Value-Gewinne aus den langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse zurückzuführen. Der Verlust im Jahr 2011 beinhaltete den Aufwand für Abfindungen und andere Vergütungen im Zusammenhang mit der beschleunigten Umsetzung gruppenweiter Massnahmen zur Effizienzsteigerung in Höhe von CHF 847 Mio. und Fair-Value-Verluste aus freistehenden Derivaten in Höhe von CHF 291 Mio. Diese Entwicklung wurde durch Fair-Value-Gewinne auf den langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von

CHF 1 421 Mio. teilweise kompensiert. Die Fair-Value-Gewinne widerspiegeln die positive Differenz zwischen der linearen Abschreibung, welche den Segmenten belastet wurde, und dem Nettoeffekt der Fair-Value-Anpassungen auf den Verbindlichkeiten der Credit Suisse aufgrund der Ausweitung der Kreditrisikoprämien.

2010 gegenüber 2009: Von CHF (1 948) Mio. auf CHF (660) Mio.

Die Abnahme des Verlusts ist auf geringere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und auf Fair-Value-Gewinne aus den gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse zurückzuführen. Der Verlust im Jahr 2010 beinhaltete den Aufwand für die britische Abgabe auf variablen Vergütungen in Höhe von CHF 404 Mio. und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 216 Mio. Diese Entwicklung wurde durch Fair-Value-Gewinne aus den langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse in Höhe von CHF 590 Mio. teilweise kompensiert. Die Fair-Value-Gewinne widerspiegeln die positive Differenz zwischen der linearen Abschreibung, welche den Segmenten belastet wurde, und dem Nettoeffekt der Fair-Value-Anpassungen auf den Verbindlichkeiten der Credit Suisse aufgrund der Ausweitung der Kreditrisikoprämien. Nettoertrag und Personalaufwand beinhalteten zudem Umbuchungen im Zusammenhang mit PAF, da PAF-Gewinne und der kompensierende Vergütungsaufwand im Handelsertrag des Investment Banking erfasst wurden.

Ergebnisse

	2011	2010	2009	Veränderung in %	
				11 / 10	10 / 09
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	910	448	(424)	103	–
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Personalaufwand	951	710	534	34	33
Sachaufwand	144	323	908	(55)	(64)
Kommissionsaufwand	46	75	82	(39)	(9)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	190	398	990	(52)	(60)
Total Geschäftsaufwand	1 141	1 108	1 524	3	(27)
Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	(231)	(660)	(1 948)	(65)	(66)

Zusammenfassung der Resultate

im Jahr / Ende	Private Banking			Investment Banking			Asset Management		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	10 877	11 631	11 662	11 496	16 214	20 537	2 146	2 332	1 842
Rückstellung für Kreditrisiken	110	18	180	77	(97)	326	0	0	0
Personalaufwand	4 601	4 737	4 651	6 667	8 033	8 652	932	1 082	1 090
Sachaufwand	3 176	2 793	2 580	3 503	3 495	3 559	527	583	557
Kommissionsaufwand	642	657	600	1 170	1 252	1 155	134	164	160
Total sonstiger Geschäftsaufwand	3 818	3 450	3 180	4 673	4 747	4 714	661	747	717
Total Geschäftsaufwand	8 419	8 187	7 831	11 340	12 780	13 366	1 593	1 829	1 807
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 348	3 426	3 651	79	3 531	6 845	553	503	35
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reingewinn/(-verlust)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)									
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	77.4	70.4	67.1	98.6	78.8	65.1	74.2	78.4	98.1
Gewinnmarge vor Steuern	21.6	29.5	31.3	0.7	21.8	33.3	25.8	21.6	1.9
Effektiver Steuersatz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnmarge aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reingewinnmarge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite									
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	6 940	6 589	6 236	19 917	20 735	20 155	3 359	3 539	3 467
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ³	34.2	52.5	59.0	1.0	17.6	34.6	17.5	15.2	2.1
Bilanzdaten (in Mio. CHF)									
Total Aktiven	350 955	337 496	345 488	804 420	803 613	819 081	28 667	27 986	19 289
Ausleihungen, netto	196 268	182 880	176 009	37 134	35 970	61 175	-	-	-
Goodwill	743	749	789	6 363	6 347	6 843	1 485	1 489	1 635
Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)									
Anzahl Mitarbeitende	25 200	25 600	24 300	20 900	20 700	19 400	2 700	2 900	3 100

¹ Das Kernergebnis umfasst die Ergebnisse unseres integrierten Bankgeschäfts, ausser Ertrag und Aufwand im Zusammenhang mit Gesellschaften, an welchen wir keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung halten. ² Enthält Diversifikationseffekt. ³ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill. ⁴ Mit dem zentralen Treasury-Modell ergibt die Gruppenfinanzierung zwischen den Segmenten Intra-Gruppen-Salden. Die Elimination dieser Guthaben und Verbindlichkeiten erfolgt im Corporate Center.

Zusammenfassung der Resultate

2011	Corporate Center		Kernergebnis ¹			Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung			Credit Suisse		
	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009
910	448	(424)	25 429	30 625	33 617	796	761	(323)	26 225	31 386	33 294
0	0	0	187	(79)	506	0	0	0	187	(79)	506
951	710	534	13 151	14 562	14 927	62	37	86	13 213	14 599	15 013
144	323	908	7 350	7 194	7 604	22	37	97	7 372	7 231	7 701
46	75	82	1 992	2 148	1 997	0	0	0	1 992	2 148	1 997
190	398	990	9 342	9 342	9 601	22	37	97	9 364	9 379	9 698
1 141	1 108	1 524	22 493	23 904	24 528	84	74	183	22 577	23 978	24 711
(231)	(660)	(1 948)	2 749	6 800	8 583	712	687	(506)	3 461	7 487	8 077
-	-	-	671	1 548	1 835	0	0	0	671	1 548	1 835
-	-	-	2 078	5 252	6 748	712	687	(506)	2 790	5 939	6 242
-	-	-	0	(19)	169	0	0	0	0	(19)	169
-	-	-	2 078	5 233	6 917	712	687	(506)	2 790	5 920	6 411
-	-	-	125	135	193	712	687	(506)	837	822	(313)
-	-	-	1 953	5 098	6 724	0	0	0	1 953	5 098	6 724
-	-	-	88.5	78.1	73.0	-	-	-	86.1	76.4	74.2
-	-	-	10.8	22.2	25.5	-	-	-	13.2	23.9	24.3
-	-	-	24.4	22.8	21.4	-	-	-	19.4	20.7	22.7
-	-	-	8.2	17.1	20.1	-	-	-	10.6	18.9	18.7
-	-	-	7.7	16.6	20.0	-	-	-	7.4	16.2	20.2
1 269 ²	1 113 ²	(31) ²	31 473	31 958	29 810	-	-	-	31 473	31 958	29 810
-	-	-	9.3	21.9	29.4	-	-	-	11.6	24.0	27.7
(139 626) ⁴	(143 945) ⁴	(161 826) ⁴	1 044 416	1 025 150	1 022 032	4 749	6 855	9 395	1 049 165	1 032 005	1 031 427
11	(8)	(4)	233 413	218 842	237 180	-	-	-	233 413	218 842	237 180
-	-	-	8 591	8 585	9 267	-	-	-	8 591	8 585	9 267
900	900	800	49 700	50 100	47 600	-	-	-	49 700	50 100	47 600

Verwaltete Vermögen

Die verwalteten Vermögen per 31. Dezember 2011 betragen CHF 1 229,5 Mia., was im Vergleich zum 31. Dezember 2010 einem Rückgang von 1,9% entsprach. Dies ist in erster Linie auf die negative Marktentwicklung und Fremdwährungseffekte zurückzuführen, die teilweise durch den Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 44,5 Mia. im Private Banking kompensiert wurden.

Verwaltete Vermögen

Die verwalteten Vermögen beinhalten Vermögenswerte, die bei uns zu Anlagezwecken gehalten werden. Dazu gehören Vermögen mit Verwaltungsmandat oder auf Beratungsbasis.

Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat sind Vermögen, bei denen der Kunde einer Einheit der Credit Suisse mittels eines Verwaltungsmandats eine Vollmacht erteilt. Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat werden sowohl im Segment, in welchem die Beratung stattfindet, als auch im Segment, in welchem die Anlageentscheidungen gefällt werden, ausgewiesen. Verwaltete Vermögen, welche im Asset Management für Kunden des Private Banking verwaltet werden, werden in beiden Segmenten ausgewiesen und auf Gruppenstufe eliminiert.

Vermögen auf Beratungsbasis umfassen bei uns platzierte Vermögen, bei welchen der Kunde Zugang zu Anlageberatungsdienstleistungen erhält, aber die Anlageentscheidungen selbst trifft.

Die verwalteten Vermögen beliefen sich per 31. Dezember 2011 auf CHF 1 229,5 Mia., was einem Rückgang von CHF 23,5 Mia. oder 1,9% gegenüber dem 31. Dezember 2010 entsprach. Dies ist in erster Linie das Ergebnis von negativen Marktentwicklungen und Fremdwährungseffekten und Netto-Geldabflüssen von CHF 0,9 Mia. im Asset Management, die teilweise durch den Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 44,5 Mia. im Private Banking kompensiert wurden.

Im Private Banking beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 927,9 Mia. Und blieben damit gegenüber dem 31. Dezember 2010 unverändert, da der Zufluss an Netto-

Verwaltete Vermögen und Kundenvermögen

			Ende	Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Private Banking	927.9	932.9	914.9	(0.5)	2.0
Asset Management	408.0	425.8	416.0	(4.2)	2.4
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	(106.4)	(105.7)	(101.9)	0.7	3.7
Verwaltete Vermögen	1 229.5	1 253.0	1 229.0	(1.9)	2.0
davon Vermögen mit Verwaltungsvollmacht	411.6	429.1	422.3	(4.1)	1.6
davon Vermögen auf Beratungsbasis	817.9	823.9	806.7	(0.7)	2.1
Kundenvermögen (in Mia. CHF)					
Private Banking	1 083.6	1 087.1	1 063.4	(0.3)	2.2
Asset Management	434.1	452.5	444.7	(4.1)	1.8
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	(106.4)	(105.7)	(101.9)	0.7	3.7
Kundenvermögen	1 411.3	1 433.9	1 406.2	(1.6)	2.0

Zuwachs an verwalteten Vermögen

	2011	2010	2009
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)			
Private Banking	44.5	54.6	41.6
Asset Management ¹	(0.9)	20.6	0.4
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	(2.7)	(6.2)	2.2
Netto-Neugelder	40.9	69.0	44.2
Private Banking	(49.5)	(36.6)	84.4
Asset Management	(16.9) ²	(10.8)	4.1
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	2.0	2.4	(9.8)
Sonstige Einflüsse	(64.4)	(45.0)	78.7
Private Banking	(5.0)	18.0	126.0
Asset Management	(17.8)	9.8	4.5
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	(0.7)	(3.8)	(7.6)
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(23.5)	24.0	122.9
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.0	0.0	(67.9) ³
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen	(23.5)	24.0	55.0
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %) ⁴			
Private Banking	4.8	6.0	5.3
Asset Management	(0.2)	5.0	0.1
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	2.6	6.1	(2.3)
Netto-Neugelder	3.3	5.6	4.0
Private Banking	(5.3)	(4.0)	10.7
Asset Management	(4.0)	(2.6)	1.0
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	(1.9)	(2.4)	10.4
Sonstige Einflüsse	(5.2)	(3.7)	7.1
Private Banking	(0.5)	2.0	16.0
Asset Management	(4.2)	2.4	1.1
Im Asset Management für Private-Banking-Kunden verwaltete Vermögen	0.7	3.7	8.1
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen	(1.9)	1.9	11.1

¹ Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen. ² Enthält eine Anpassung, um den investierten Teil der verwalteten Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert auszuweisen und nicht gezogene Verpflichtungen nur zu erfassen, sofern diese Gebühren abwerfen. Vorgangene Perioden wurden nicht angepasst. ³ Enthält verwaltete Vermögen im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Teils unseres Geschäftsbereichs Traditionelle Anlagestrategien im Asset Management. ⁴ Auf Basis der fortzuführenden Geschäftsbereiche berechnet.

Neugeldern von CHF 44,5 Mia. durch negative Marktentwicklungen grösstenteils kompensiert wurden. Im Asset Management betrug der Zuwachs an verwalteten Vermögen CHF 408,0 Mia., was einem Rückgang von CHF 17,8 Mia. oder 4,2% gegenüber dem 31. Dezember 2010 entsprach. Dieser Rückgang war auf die negative Marktentwicklung und Fremdwährungseffekte und die Netto-Geldabflüsse zurückzuführen.

- ▶ Siehe «Private Banking» und «Asset Management» für weitere Informationen zu verwalteten Vermögen in diesen Divisionen.
- ▶ Siehe «Anhang 36 – Verwaltete Vermögen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu verwalteten Vermögen.

Netto-Neugelder

Netto-Neugelder setzen sich aus einzelnen Geldzahlungen, Titellieferungen sowie aus Geldflüssen, die aus der Erhöhung oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen, zusammen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividenden erträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden nicht berücksichtigt, da diese nichts über den Erfolg in Bezug auf die Akquisition von verwaltetem Vermögen aussagen. Im Weiteren fliessen Veränderungen aufgrund von Fremdwährungsbewegungen oder Marktentwicklungen sowie Mittelzu- oder -abflüsse aufgrund der Übernahme oder Veräusserung von Geschäftsbereichen nicht in die Berechnung von Netto-Neugeldern ein.

Das Private Banking verzeichnete einen hohen Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 44,5 Mia, sowohl aus dem Ausland als auch aus der Schweiz, im Vergleich zu Netto-Neugeldern von CHF 54,6 Mia. im Jahr 2010. Das Asset Management verzeichnete Netto-Geldabflüsse von CHF 0,9 Mia. Darin enthalten sind Abflüsse von CHF 4,9 Mia. bei traditionellen Anlagen und Zuflüsse von CHF 3,9 Mia. bei alternativen Anlagen, im Vergleich zu Netto-Neugeldern von CHF 20,6 Mia. im Jahr 2010.

Kundenvermögen

Kundenvermögen ist ein umfassenderer Begriff als verwaltetes Vermögen, da in diesem auch Transaktions- und Depotkonten (Vermögenswerte, die lediglich zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden) sowie Vermögenswerte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutionen, die vorwiegend dem Cash Management oder zu Transaktionszwecken dienen, zusammengefasst werden.

Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung

Um eine konsolidierte Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) zu erstellen, muss das Management bestimmte buchhalterische Schätzungen vornehmen, um die Bewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten zu beurteilen. Diese Bewertungen sind Ermessenssache und beruhen auf den aktuell verfügbaren Informationen. Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen. Das Management ist davon überzeugt, dass die beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung verwendeten Schätzungen und Annahmen vorsichtig und angemessen sind und einheitlich angewendet werden.

Wir glauben, dass die nachfolgend beschriebenen kritischen Bewertungen in der Rechnungslegung die komplexesten Beurteilungen und Einschätzungen umfassen.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über wichtige Rechnungslegungsgrundsätze und neue Rechnungslegungsstandards.

Fair Value

Ein bedeutender Teil unserer Aktiven und Verbindlichkeiten wird zum ◉Fair Value ausgewiesen. Der Fair Value der Mehrheit dieser Finanzinstrumente beruht auf in aktiven Märkten gestellten Preisen oder auf beobachtbaren Marktparametern.

Zudem halten wir auch Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Marktparameter verfügbar sind. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbil-

dungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. Unter solchen Umständen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse ◉OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivaten, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◉CDOs, Private-Equity-Anlagen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte (einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen) sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Wir haben von der Vereinfachung der Rechnungslegung unter US GAAP, die gemäss Anleitung bezüglich Fair-Value-Option unter Accounting Standards Codification (ASC) Topic 825, «Financial Instruments», angeboten wird, hauptsächlich für die Segmente Investment Banking und Asset Management Gebrauch gemacht. Dies wurde erreicht, indem die Fair-Value-Option grundsätzlich für Positionen gewählt wurde, für welche die Hedge-Accounting-Vorschriften unter US GAAP anwendbar wären, sowohl bei deren Einführung als auch für nachfolgende Transaktionen. Für Instrumente, für welche die Anwendung von Hedge-Accounting nicht möglich war und für welche wir wirtschaftlich abgesichert sind, haben wir die Fair-Value-Option gewählt. Auch wo wir eine Aktivität auf Fair-Value-Basis führen, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durften, haben wir die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um unsere Finanzbuchführung auf unsere Risikoberichterstattung abzustimmen.

Kontrollprozesse werden angewendet, um zu gewährleisten, dass die in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesenen Fair Values von Finanzinstrumenten, einschliesslich

jener, die von Bewertungsmodellen abgeleitet wurden, richtig sind und auf einer angemessenen Basis ermittelt werden.

Diese Kontrollprozesse umfassen die Überprüfung und Genehmigung neuer Instrumente, die regelmässige Überprüfung der Gewinne und Verluste, Risikoüberwachung und -beurteilung, Preisverifikationsverfahren und die Überprüfung der Modelle, mit welchen die Fair Values von Finanzinstrumenten geschätzt werden. Diese Kontrollen werden von Mitgliedern des höheren Kaders und Mitarbeitenden mit entsprechendem Fachwissen durchgeführt, welche unabhängig von Handels- oder Anlagefunktionen sind.

- ▶ Siehe «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» und «Anhang 33 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Fair Value.

Zweckgesellschaften mit variablem Anteil

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit wickeln wir auch verschiedene Geschäfte mit Einheiten ab, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten. VIEs sind Spezialzweckgesellschaften, die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaft haben. Diese Gesellschaften sind dahingehend zu beurteilen, ob sie unter US GAAP konsolidiert werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern, und potenziell einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich der kontinuierlichen Neubeurteilung von VIEs zur möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide verlangen.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze», «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» und «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über VIEs.

Eventualverbindlichkeiten und Verlustrückstellungen

Unter einer Eventualität wird eine Situation verstanden, bei der ein Grad an Unsicherheit besteht, die erst mit dem Eintreten oder Ausbleiben künftiger Ereignisse aufgelöst wird.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit unserer Geschäftstätigkeit sind wir an verschiedenen gerichtlichen, regulatorischen und schiedsgerichtlichen Verfahren beteiligt. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Ausgang vieler dieser Verfahren nur schwer vorauszusagen ist. Das gilt insbesondere für Fälle, in welchen Klagen für verschiedene Klassen von Klägern erhoben werden, in welchen Schadenersatz für nicht präzisierte oder unbestimmbare Beträge gefordert wird, oder welche neuartige rechtliche Forderungen betreffen. Bei der Vorlage unserer konsolidierten Jahresrechnung geht das Management von Annahmen bezüglich des Ausgangs gerichtlicher, regulatorischer und schiedsgerichtlicher Verfahren aus und belastet die Erfolgsrechnung entsprechend, wenn Verluste im Zusammenhang mit solchen Angelegenheiten wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können. Mit Ausnahme der Rechtskosten der Verteidigung werden keine Aufwendungen für Angelegenheiten verbucht, wenn sich Verluste nicht angemessen abschätzen lassen. Annahmen beruhen naturgemäss auf Ermessen und aktuell verfügbaren Informationen. Dabei wird eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Natur der Rechtsstreitigkeit, der Forderung oder des Verfahrens, der Fortschritt in der Angelegenheit, erhaltene Rechtsauskünfte von Rechtsanwälten, unsere Verteidigung und Erfahrungen aus ähnlichen Fällen oder Verfahren sowie unsere Einschätzung der Angelegenheiten, einschliesslich Vergleichen, unter Einbezug anderer Beklagter in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten.

Wertberichtigung und Rückstellung für Kreditrisiken

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit sind wir aufgrund unserer Kreditbeziehungen, festen Zusagen und Akkreditive sowie Gegenpartearisiken aus ◻ Derivat-, Fremdwährungs- und anderen Transaktionen Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiko ist das Risiko eines Verlustes, weil ein Schuldner oder eine Gegenpartei den finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann oder weil sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtert hat. Bei Nichterfüllung erleiden wir normalerweise einen Verlust in der Höhe des vom

Schuldner geschuldeten Betrags abzüglich allfälliger Wiedereingänge aus Pfändung, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung der Gesellschaft des Schuldners. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird als eine angemessene Schätzung der an den Bilanzstichtagen bestehenden Kreditverluste erachtet. Diese Wertberichtigung besteht für wahrscheinliche Kreditverluste latenter Art aus bestehenden Positionen und für Kreditpositionen mit Einzelwertberichtigungsbedarf.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Wertberichtigung für Kreditverluste.

Wertberichtigung für latente Kreditverluste

Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Kreditpositionen, die nicht einzeln wertberichtigt werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Ausfallrisiken vorhanden sind. Die Schätzung dieser Komponente der Wertberichtigung für das Portfolio der Privatkundenkredite beinhaltet die Analyse historischer und aktueller Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischer Erfahrungen und entsprechender aktueller Annahmen zur Wiedereinbringlichkeit bei homogenen Krediten basierend auf internen Risikoratings und Produkttypen. Bei der Schätzung dieser Komponente bei Wertberichtigungen des Portfolios von Krediten an Unternehmen und Institutionelle unterteilt die Gruppe die Kredite nach Risiko, Branche oder Länderrating. Die Methodik für das Investment Banking adjustiert die ratingspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten, um nicht nur historische Daten von Dritten, sondern auch die aus aktuell notierten Kreditrisikoprämien (Credit Spreads) resultierenden Daten einzubeziehen.

Viele Faktoren werden zur Abschätzung latenter Kreditverluste in bestehenden Positionen herangezogen. Dazu zählen die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingänderungen, das Ausmass des potenziellen Verlusts, interne Risikoratings, geografische, branchenbezogene und andere ökonomische Faktoren sowie die Messgenauigkeit der zur Kreditrisikoschätzung verwendeten Methoden und Modelle. Allgemeine Kreditrisikoindikatoren werden ebenfalls berücksichtigt, wie zum Beispiel Trends bei Positionen mit internem Rating, klassifizierte Positionen, Barkredite, jüngste Verlusterfahrungen und prognostizierte Abschreibungen sowie branchenbezogene und geografische Konzentrationen und aktuelle Entwicklungen in den betreffenden Segmenten oder Standorten. Wichtige Faktoren sind auch unsere aktuelle Unternehmensstrategie und unser Kreditprozess, einschliesslich Kreditgenehmigung und -limiten, sowie Kriterien für die Kreditgewährung und Umschuldung.

Die Auswertung dieser Faktoren verlangt wesentliche Ermessensentscheide. So erfordert zum Beispiel die Abschätzung der Höhe eines potenziellen Verlustes eine Beurteilung des Zeitraums der zugrunde liegenden Daten. Daten, die keinen vollständigen Kreditzyklus erfassen, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Festzulegen, welche externen Daten hinsichtlich der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet werden sollten und wann sie zu verwenden sind, ist ebenfalls Ermessenssache. Auch die Verwendung von Marktindizes und Ratings, die nicht genügend mit den Eigenschaften unserer spezifischen Positionen korrelieren, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Das Abschätzen der Auswirkung von Unsicherheiten bezüglich makroökonomischer und politischer Bedingungen, Währungsabwertungen auf grenzüberschreitenden Positionen, Veränderungen der Kriterien für die Übernahme von Kreditemissionen, unerwarteten Korrelationen zwischen Positionen sowie anderen Faktoren erfordert wesentliche Ermessensentscheide. Änderungen in unseren Schätzungen bezüglich latenter Kreditverluste im Portfolio können sich auf die Rückstellung auswirken und eine Änderung der Wertberichtigung zur Folge haben.

Wertberichtigungen für spezifische Kreditverluste

Wir bilden Rückstellungen für spezifische Kreditverluste auf wertgeminderten Ausleihungen gestützt auf eine regelmässige und ausführliche Analyse aller im Portfolio enthaltenen Kredite. Diese Analyse umfasst eine Schätzung des realisierbaren Werts allfälliger Sicherheiten, die mit der Rückzahlung und Realisierung entsprechender Sicherheiten verbundenen Kosten, die allgemeine finanzielle Lage, Ressourcen und das bisherige Zahlungsverhalten der Gegenpartei, den Umfang unserer übrigen Positionen gegenüber derselben Gegenpartei sowie die Aussichten auf Unterstützung durch finanziell verantwortliche Garantiegeber.

Die Methodik zur Festlegung spezifischer Wertberichtigungen erfordert Beurteilungen auf vielen Ebenen. Erstens beinhaltet sie eine Früherkennung von sich verschlechternden Kreditpositionen. Eine ausführliche Beurteilung ist notwendig, um die verschiedenen Indikatoren für die finanzielle Lage einer Gegenpartei und die Rückzahlungswahrscheinlichkeit richtig auszuwerten. Würden bestimmte Indikatoren nicht erkannt oder nicht angemessen gewichtet, könnte dies zu einer anderen Schlussfolgerung bezüglich des Kreditrisikos führen. Das Abschätzen des Kreditrisikos ist naturgemäss mit Einschränkungen bezüglich der Vollständigkeit und Genauigkeit der im Schätzungszeitpunkt verfügbaren Informationen bezüglich Gegenpartei, Sicherheiten oder Garantie verbunden. Die Bemessung des Wertberichtigungsbedarfs erfordert ein hohes Urteilsvermögen. Wenn möglich werden in den Modellen zur Schätzung der Kreditverluste unabhängige, verifizierbare Daten

oder unsere eigene historische Verlust Erfahrung verwendet. Ein wesentlicher Grad an Unsicherheit bleibt jedoch bei Anwendung solcher Bewertungstechniken bestehen. Auf die Verbuchungspraxis für Zinserträge hat gemäss unserer Kreditpolitik auch die Klassierung bezüglich Kreditstatus einen bedeutenden Einfluss.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Offenlegung von Kreditportfolios und Wertberichtigungen und bestimmte andere Informationen, die der Beurteilung von Kreditrisiken und des Kreditrisikomanagements dienen.

Wertberichtigungen auf Goodwill

Unter US GAAP wird Goodwill nicht amortisiert, sondern jährlich auf den 31. Dezember oder häufiger, falls Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auf Werthaltigkeit überprüft. Unter anderen können folgende Umstände einen Werthaltigkeitstest auslösen: (i) makroökonomische Bedingungen, wie eine bedeutende Verschlechterung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas oder andere Entwicklungen auf den Aktien- und Kreditmärkten; (ii) branchen- und marktbezogene Erwägungen, wie die Verschlechterung des Umfelds, in dem die Einheit aktiv ist, ein Umfeld des zunehmenden Wettbewerbs, ein Rückgang der marktabhängigen Multiplikatoren zur Unternehmensbewertung oder Kennzahlen (sowohl in absoluten als auch in relativen Werten gegenüber Mitbewerbern) und aufsichtsrechtliche oder politische Entwicklungen; (iii) sonstige relevante für die Einheit spezifische Ereignisse, wie Veränderungen in Bezug auf Management, Schlüsselmitarbeitende oder Strategie; (iv) die mehr als 50-prozentige Wahrscheinlichkeit eines Verkaufs oder einer anderweitigen Veräusserung der gesamten oder eines Teils einer Berichterstattungseinheit (Reporting Unit); (v) Ergebnisse aus der Überprüfung der Werthaltigkeit einer bedeutenden Gruppe von Vermögenswerten in einer Berichterstattungseinheit; (vi) die Erfassung einer Wertberichtigung auf Goodwill im Abschluss einer Tochtergesellschaft, welche Teil einer Berichterstattungseinheit ist; (vii) ein nachhaltiger Rückgang des Börsenkurses (betrachtet sowohl in absoluten als auch relativen Werten gegenüber Mitbewerbern).

Bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Goodwills wird jede Berichterstattungseinheit einzeln beurteilt. Als Berichterstattungseinheit gilt ein operatives Segment oder die Stufe unter einem operativen Segment, die auch als Komponente bezeichnet wird. Eine Komponente eines operativen Segments gilt als Berichterstattungseinheit, wenn die Komponente einen

Geschäftsbereich bildet, für welchen separate Finanzinformationen verfügbar sind, und dessen Geschäftsergebnis vom Management regelmässig überprüft wird. Im Private Banking werden Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients als Berichterstattungseinheiten betrachtet. Das Investment Banking ist eine einzige Berichterstattungseinheit. Im Asset Management werden Alternative Anlagestrategien und Traditionelle Anlagestrategien als Berichterstattungseinheiten betrachtet. Falls der geschätzte Fair Value einer Berichterstattungseinheit ihren Buchwert übersteigt, ist der Goodwill nicht wertgemindert. Zu den Faktoren, die bei der Bestimmung des Fair Value einer Berichterstattungseinheit berücksichtigt werden, zählen unter anderen: eine Bewertung der jüngsten Übernahmen ähnlicher Geschäftseinheiten im Markt, aktuelle Aktienwerte ähnlicher Publikumsgesellschaften im Markt einschliesslich Preis-Multiples, jüngste Trends hinsichtlich unseres Aktienkurses und derjenigen von Konkurrenten, Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials aufgrund unseres strategischen Drei-Jahres-Geschäftsplans und das Zinsniveau.

Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials und desjenigen der Berichterstattungseinheiten erfordern wesentliche Beurteilungen einschliesslich der Erwartungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Veränderungen der Marktzyklen, des regulatorischen Umfelds, der erwarteten Ergebnisse aus der Umsetzung von Unternehmensstrategien, Konkurrenzfaktoren und Annahmen bezüglich der Bindung von Schlüsselmitarbeitenden. Ungünstige Veränderungen der Schätzungen und Annahmen, die zur Ermittlung des Fair Value der Berichterstattungseinheiten der Gruppe verwendet wurden, können in Zukunft eine Wertberichtigung des Goodwills zur Folge haben.

Auf der Grundlage unserer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwills per 31. Dezember 2011 kamen wir zum Schluss, dass der geschätzte Fair Value für die vier Berichterstattungseinheiten in unseren Segmenten Privat Banking und Asset Management den entsprechenden Bilanzwert wesentlich überstieg und per 31. Dezember 2011 keine Wertberichtigung notwendig war.

Auch für unsere Berichterstattungseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Bilanzwert um 9% überstieg. Das Risiko einer zukünftigen Wertberichtigung des Goodwills dieser Berichterstattungseinheit ist aber gestiegen, da die Bewertung der Berichterstattungseinheit stark mit den Wirtschafts- und Finanzmarktbedingungen, den Handelsaktivitäten und der Investitionstätigkeit der Kunden und dem regulatorischen Umfeld, in dem sie tätig ist, korreliert. Wir haben einen unabhängigen Bewertungsspezialisten beauftragt, uns bei der Bewertung der Berichterstattungseinheit per 31. Dezember 2011 unter Verwendung einer Kombination des marktorientier-

ten und des ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branchen berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows einer Berichterstattungseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwills der Berichterstattungseinheit Investment Banking würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden, für die Bewertung der Berichterstattungseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnten wir in Zukunft gezwungen sein, eine wesentliche Wertberichtigung auf dem im Investment Banking erfassten Goodwill von CHF 6 363 Mio. vorzunehmen.

- ▶ Siehe «Anhang 20 – Goodwill und sonstige immaterielle Werte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Goodwill und dessen Überprüfung auf Werthaltigkeit.

Steuern

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

Die Gruppe befolgt die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Tax», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Ertragsteuerpositionen bieten.

Die Entscheidung, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund des technischen Sachverhalts mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse, erfordert wesentliches Ermessen. Weiteres Ermessen ist für die Festlegung der Höhe des Steuervorteils erforderlich, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Ertragsteuerpositionen.

Wertberichtigungen für latente Steuern

Per Bilanzstichtag der Gruppe werden latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten für die geschätzten zukünftigen steuer-

lichen Auswirkungen von steuerlichen Verlustvorträgen und zeitlich befristeten Differenzen zwischen den für die konsolidierte Jahresrechnung massgeblichen Bilanzwerten bestehender Aktiven und Verbindlichkeiten und den relevanten Steuerwerten ausgewiesen.

Die Realisierbarkeit latenter Steuerguthaben auf zeitlich befristeten Wertdifferenzen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in den Zeiträumen ab, in welchen die betreffenden befristeten Wertdifferenzen zu steuerlich abzugsfähigen Aufwendungen führen. Die Realisierbarkeit entsprechender latenter Steuerguthaben auf steuerlichen Verlustvorträgen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in zukünftigen Perioden ab, in denen die steuerlichen Verlustvorträge geltend gemacht werden können (soweit diese zeitlich nicht unbefristet sind). Das Management überprüft regelmässig, ob latente Steuerguthaben realisiert werden können. Ist das Management der Auffassung, dass die Realisierbarkeit eines latenten Steuerguthabens oder eines entsprechenden Teils mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% nicht mehr gegeben ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Bei der Prüfung der Werthaltigkeit latenter Steuerguthaben berücksichtigt das Management sowohl positive als auch negative Anhaltspunkte einschliesslich prognostizierter zukünftiger steuerbarer Erträge, die Auflösungen latenter Steuerverbindlichkeiten, die planbar sind, und Steuerplanungsstrategien.

Diese Bewertung erfordert ein wesentliches Ermessen des Managements vor allem hinsichtlich des prognostizierten steuerbaren Ertrags. Zukünftiger steuerbarer Ertrag lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Er wird aus Budgets und strategischen Geschäftsplänen abgeleitet, hängt aber von zahlreichen Faktoren ab, die zum Teil ausserhalb der Kontrolle des Managements liegen. Erhebliche Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geschätzten zukünftigen steuerbaren Gewinnen oder Änderungen unserer Schätzungen hinsichtlich der zukünftigen steuerbaren Gewinne und mögliche Restrukturierungen könnten Änderungen bezüglich Realisierbarkeit der latenten Steuerguthaben zur Folge haben und eine entsprechende Anpassung der Wertberichtigung erfordern.

Im Rahmen seines üblichen Vorgehens führte das Management eine detaillierte Beurteilung seiner erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung berücksichtigte das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Wichtigkeit des Investment-Banking-Segments innerhalb der integrierten Bank sowie die Veränderungen im Kerngeschäft der Gruppe und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Bewertung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Steuerguthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Danach verglich das Management die erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den

für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuerrecht gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, im britischen Steuerrecht ist die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge unbegrenzt und das schweizerische Steuerrecht gestattet steuerliche Verlustvorträge für eine Periode von sieben Jahren.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu latenten Steuerguthaben.

Vorsorgepläne

Die Gruppe

Die Gruppe deckt Vorsorgebedürfnisse in der Schweiz und in anderen Ländern über verschiedene Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und Beitragsprimat ab.

Unsere Richtlinien zur Finanzierung der Vorsorgepläne im Ausland stehen in Einklang mit lokalen staatlichen und steuerlichen Anforderungen.

Die Berechnung des Aufwands und der Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat erfordert eine umfangreiche Verwendung von Annahmen, welche Diskontsatz, erwartete Rendite der Planvermögen und Rate der zukünftigen Lohn-erhöhungen einschliessen. Das Management legt diese Annahmen, gestützt auf aktuell verfügbare Markt- und Branchendaten sowie die historische Wertentwicklung der Pläne, fest. Weiter konsultiert das Management einen unabhängigen Aktuar, um bei der Wahl angemessener Annahmen und den Bewertungen der entsprechenden Verbindlichkeiten mitzuwirken. Die von der Gruppe verwendeten versicherungsmathematischen Annahmen können infolge veränderter Markt- und Wirtschaftsbedingungen, höherer oder niedrigerer Austrittsraten sowie einer längeren oder kürzeren Lebenserwartung der Versicherten wesentlich von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen. Solche Abweichungen können sich deutlich auf die Höhe des in zukünftigen Jahren verbuchten Vorsorgeaufwands auswirken.

Die Über- beziehungsweise Unterdeckung unserer Vorsorgepläne und Pläne für sonstige Leistungen mit Leistungsprimat an Mitarbeitende im Ruhestand werden in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die Auswirkungen aus der Neubemessung des Finanzierungsstatus (berücksichtigt in den versicherungsmathematischen Gewinnen beziehungsweise Verlusten) und aus Planänderungen (berücksichtigt im nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand beziehungsweise in der Dienstzeitgut-schrift) werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Summe der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) unserer Vorsorgepläne mit Leistungsprimat enthielt per 31. Dezember 2011 einen Betrag von CHF 568 Mio. für angenommene künftige Salärerhöhungen, verglichen mit CHF 1 052 Mio. per 31. Dezember 2010. Die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) sind definiert als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen abzüglich des für die zukünftigen Salärerhöhungen geschätzten Betrags. Die Differenz zwischen dem Fair Value der Planvermögen und den aktuellen Vorsorgeverpflichtungen entsprach einer Überdeckung von CHF 139 Mio. für 2011, verglichen mit einer Überdeckung von CHF 415 Mio. für 2010.

Die zur Berechnung des in der konsolidierten Erfolgsrechnung zu erfassenden Vorsorgeaufwands verwendete erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen muss von uns geschätzt werden. Die Schätzung zukünftiger Renditen auf dem Planvermögen ist besonders subjektiv, denn sie erfordert eine Beurteilung möglicher zukünftiger Markttrenditen basierend auf der Zusammensetzung der Planvermögen. Zur Berechnung des Vorsorgeaufwands und zur Ermittlung der erwarteten langfristigen Rendite verwenden wir den Marktwert der Vermögenswerte. Die per Bemessungsstichtag für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen verwendeten Annahmen werden auch benutzt, um den periodischen Nettovorsorgeaufwand für die dem Stichtag folgende 12-Monats-Periode zu berechnen.

Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite der Planvermögen für 2011 und 2010 betrug 4,8% für die Schweizer Pläne und 7,3% beziehungsweise 7,2% für die ausländischen Pläne. Wäre die erwartete langfristige Rendite für 2011 um einen Prozentpunkt gestiegen/gesunken, hätte sich der Nettovorsorgeaufwand für die Schweizer Pläne um CHF 141 Mio. und der Nettovorsorgeaufwand für die ausländischen Pläne um CHF 22 Mio. verringert/erhöht.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Bei der Ermittlung des Diskontsatzes berücksichtigen wir die Beziehung zwischen den Unternehmensanleihen sowie Zeitpunkt und Höhe der zukünftigen Geldabflüsse für Leistungsauszahlungen. Der für Schweizer Pläne verwendete durchschnittliche Diskontsatz reduzierte sich um 0,3 Prozentpunkte von 3,1% per 31. Dezember 2010 auf 2,8% per 31. Dezember 2011, was vor allem auf einen Rückgang der Sätze am Schweizer Anleihenmarkt zurückzuführen war. Der für ausländische Pläne verwendete durchschnittliche Diskontsatz verringerte sich um 0,7 Prozentpunkte von 5,5% per 31. Dezember 2010 auf 4,8% per 31. Dezember 2011, was vor allem auf einen Rückgang der Sätze an den Anleihenmärkten in der EU, Grossbritannien und den USA zurückzuführen

führen war. Der Diskontsatz wirkt sich sowohl auf den Vorsorgeaufwand als auch auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aus. Wäre der Diskontsatz für die Schweizer Pläne per 31. Dezember 2011 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 919 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 159 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 672 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 75 Mio. zur Folge gehabt. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen Pläne per 31. Dezember 2011 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 574 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 50 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 461 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 43 Mio. zur Folge gehabt.

Versicherungsmathematische Verluste und nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit per 31. Dezember 2011 betrug bei den Schweizer Plänen etwa zehn Jahre, bei den ausländischen Plänen zwischen vier und 26 Jahren. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation der versicherungsmathematischen Nettoverluste und des nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat betrug per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 CHF 152 Mio., CHF 140 Mio. beziehungsweise CHF 60 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2012 für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 120 Mio. belaufen. Der Betrag, um den die tatsächliche Rendite der Planvermögen von unserer Schätzung der erwarteten Rendite dieser Vermögenswerte abweicht, wirkt sich weiter auf die Höhe der im Eigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Nettoverluste beziehungsweise -gewinne aus, was einen höheren oder niedrigeren Amortisationsaufwand in den Perioden nach 2012 zur Folge haben wird.

- ▶ Siehe «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeleistungen.

Die Bank

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden in der Schweiz über die Beteiligung an einem von der Gruppe gesponserten Vorsorgeplan mit Leistungsprimat ab (Gruppenplan). An diesen Gruppenplan, bei welchem es sich um eine in Zürich domizilierte unabhängige Stiftung handelt, sind verschiedene Rechtseinheiten der Gruppe angeschlossen. Die Gruppe führt den Gruppenplan als selbständigen Vorsorgeplan mit Leistungsprimat. Dabei wendet sie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands, der erwarteten zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (PBO), der aktuellen Vorsorgeverpflichtungen (ABO) und der entsprechenden Beträge, welche in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen werden, das Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Die Über- oder Unterdeckung des Gruppenplans wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste und der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand beziehungsweise die Dienstzeitgutschrift werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Bank führt den Gruppenplan als Beitragsprimatplan. Dabei erfasst die Bank nur diejenigen Beträge als periodenbezogenen Nettovorsorgeaufwand, welche für die jeweilige Periode an den Gruppenplan zu leisten sind, und weist nur die fälligen, unbezahlten Beiträge als Verbindlichkeit aus. Darüber hinaus erfasst die Bank für den Gruppenplan keinen weiteren Aufwand und keine Bilanzpositionen.

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden an ausländischen Standorten über die Beteiligung an verschiedenen Vorsorgeplänen ab. Diese werden als selbständige Vorsorgepläne mit Leistungs- oder Beitragsprimat geführt.

Hätte die Bank den Gruppenplan für 2011 als Leistungsprimatplan ausgewiesen, hätte die erwartete langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf dem Planvermögen als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, 4,8% betragen. Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf den Planvermögen der ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, betrug für 2011 7,3%.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Hätte die Bank den Gruppenplan per 31. Dezember 2011 als Leistungsprimatplan geführt, hätten die zur Berechnung der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten Diskontsätze 2,8% beziehungsweise 3,1% betragen. Die zur Berechnung

der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten gewichteten durchschnittlichen Diskontsätze für die ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat beliefen sich per 31. Dezember 2011 auf 4,8% beziehungsweise 5,5%. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen selbständigen Pläne um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 574 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 50 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 461 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 43 Mio. zur Folge gehabt.

Die Bank weist für den Gruppenplan keine Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten oder von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand aus. Versicherungsmathematische Verluste und nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in Bezug auf die ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation von nicht erfassten versicherungsmathematischen Nettoverlusten und nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand betrug per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 CHF 51 Mio., CHF 37 Mio. beziehungsweise CHF 18 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2012, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 47 Mio. belaufen.



Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz

98 Treasury Management

122 Risikomanagement

152 Bilanzielle, ausserbilanzielle und
sonstige vertragliche
Verpflichtungen

Treasury Management

Wir haben unsere Liquiditäts- und Finanzierungsposition weiter bewirtschaftet. Ende 2011 wiesen wir eine nach wie vor starke Kapitalbasis mit einer BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II.5 von 15,2% auf, verglichen mit 14,2% Ende 2010. Die Mehrheit unserer unbesicherten Refinanzierung stammt aus stabilen Kundeneinlagen und langfristigem Fremdkapital.

Refinanzierungs-, Liquiditäts-, Kapital- sowie unsere Fremdwährungsrisiken im Bankenbuch werden zentral vom Treasury gesteuert. Die Aufsicht über diese Aktivitäten liegt beim Capital Allocation and Risk Management Committee (CARMC), einem Ausschuss, dem die Chief Executive Officers (CEOs) der Gruppe und der Divisionen, der Chief Financial Officer, der Chief Risk Officer (CRO) und der Treasurer angehören. Das CARMC ist verantwortlich für die Überwachung der Kapitalausstattung, der Bilanzentwicklung, der derzeitigen und zukünftigen Refinanzierung, der Zinsrisiken und der Fremdwährungspositionen sowie für die Bestimmung und Überwachung der Einhaltung interner Risikolimiten.

Management von Liquidität und Refinanzierung

Überblick

Unsere Liquiditäts- und unsere Refinanzierungsstrategie werden vom CARMC genehmigt und vom Verwaltungsrat überwacht. Die Umsetzung und Ausführung dieser beiden Strategien liegt bei Treasury. Treasury stellt die Einhaltung der Liquiditätspolitik sowie die effiziente Koordination der besicherten Refinanzierungsbereiche sicher. So können wir potenzielle Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken besser bewirtschaften und unsere Liquidität und Refinanzierung umgehend an Stresssituationen anpassen. Es erfolgt eine regelmässige Berichterstattung über das Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil an das CARMC und den Verwaltungsrat. Diese beiden Instanzen legen die Risikobereitschaft und die Nutzung der Bilanz durch die einzelnen Geschäftsbereiche fest.

Unser Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil spiegelt die Strategie, den Risikoappetit und die Geschäftstätigkeit der Gruppe sowie die Marktlage und das gesamte Geschäftsumfeld wider. Wir haben diese beiden Profile entsprechend angepasst, um den Lehren aus der Finanzkrise und der in der Folge vorgenommenen Änderung unserer Geschäftsstrategie Rechnung zu tragen. Unser Liquiditätsrisikomanagement ist zudem von der Entwicklung der Best-Practice-Normen in einem herausfordernden Umfeld geprägt. Wir beteiligen uns aktiv an aufsichtsrechtlichen und branchenspezifischen Foren zur För-

derung von Best-Practice-Normen im Bereich der Liquiditätssteuerung.

Im April 2010 implementierten wir die mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) nach deren Beratung mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze, die sicherstellen sollen, dass die Gruppe und die Bank auf konsolidierter Basis angemessene Bestände an liquiden, nicht belasteten, erstklassigen Wertpapieren besitzen, die in einer Krisensituation für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen. Die Grundsätze traten zum Ende des zweiten Quartals 2010 in Kraft. Das Krisenszenario berücksichtigt Annahmen zu globalen Marktunruhen, umfangreichen Bilanz- und Ausserbilanzabflüssen, fehlendem Zugang zu unbesicherter Wholesale-Finanzierung, starkem Einlagenabfluss, unterschiedlichem Zugang zu besicherter Marktfinanzierung sowie den Auswirkungen von Insolvenzfällen. Mit den neuen Regelungen soll gewährleistet werden, dass wir unseren finanziellen Verpflichtungen in einer Extremsituation über mindestens dreissig Tage nachkommen können. Diese Regelungen berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren und erfordern, dass wir im Zusammenhang mit unserer Kapitalverwaltung und Unternehmensführung auch mögliche Notfallrefinanzierungskosten einbeziehen. Zudem wird eine zusätzliche Berichterstattung an die FINMA verlangt. Diese vereinbarten Liquiditätsanforderungen können abgeändert werden, um den definitiven Liquiditätsvorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) Rechnung zu tragen. Im März 2011 wurden die Liquiditätsgrundsätze auf die Bank (ohne ihre konsolidierten Tochtergesellschaften) ausgedehnt, sowohl mit als auch ohne ausländische Geschäftsstellen.

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss das internationale Regelwerk Basel III für die Messung, Vorschriften und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Das Regelwerk enthält eine Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Die LCR-Kennzahl, die am 1. Januar 2015 im Anschluss an eine im Jahr 2011 begonnene Beobachtungsphase eingeführt werden soll, beurteilt das Liquiditätsrisiko über einen Zeitraum von 30 Tagen. Die

NSFR-Kennzahl, die am 1. Januar 2018 im Anschluss an eine im Jahr 2012 begonnene Beobachtungsphase eingeführt werden soll, etabliert Kriterien für ein Minimum an stabiler Finanzierung, die einer Bank aufgrund der Liquidität ihrer Vermögenswerte und Aktivitäten über einen Zeithorizont von einem Jahr zur Verfügung steht. Der Basler Ausschuss hat angekündigt, die Auswirkungen dieser Liquiditätsvorschriften auf die Finanzmärkte, die Kreditverlängerung und das Wirtschaftswachstum zu überprüfen, um sich mit unbeabsichtigten Folgen befassen zu können.

Mit der LCR soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten, qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den Liquiditätsbedarf für einen Zeithorizont von 30 Tagen zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten: dem Wert des Bestands an qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten in Stresssituationen und den gesamten Netto-Barmittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis zwischen dem Bestand an liquiden Vermögenswerten und den Netto-Barmittelabflüssen sollte mindestens 100% betragen.

Mit der NSFR soll gewährleistet werden, dass die Banken ein langfristiges Refinanzierungsprofil mit einer soliden Struktur und einem Horizont von über einem Jahr aufrechterhalten. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR. Die NSFR ist so strukturiert, dass die Refinanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Dabei definiert die NSFR das Verhältnis verfügbarer stabiler Refinanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Refinanzierungsmittel, wobei dieses Verhältnis immer mindestens 100% betragen sollte.

Unsere überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze und unser Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement, die durch die FINMA genehmigt wurden, entsprechen den Liquiditätsanforderungen des Basel-III-Regelwerks.

Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement

Unser internes Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement wird seit mehreren Jahren von den Aufsichtsbehörden und den Ratingagenturen geprüft und überwacht. Die Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik ist darauf ausgelegt, ausreichende Refinanzierungen zur Deckung aller Verpflichtungen in Extremfällen bereitzustellen, die entweder auf Marktereignisse oder auf Probleme der Credit Suisse selbst zurückgehen. Dies wird in erster Linie durch eine konservative Asset-Liability-Management-Strategie zur Sicherstellung einer Refinanzierungsstruktur mit langfristigen Verbindlichkeiten, stabilen Einlagen und Barmitteln erreicht, deren Umfang die illiquiden Vermögenswerte erheblich übersteigt. Um kurzfristigen Liquiditätseng-

pässen begegnen zu können, halten wir Barmittel und hochliquide Wertschriften als Liquiditätspuffer. Unsere Liquiditätsrisikoparameter spiegeln diverse Stressszenarien wider, welche wir als konservativ einschätzen. Bei der Liquiditätssteuerung sorgen wir für eine Liquidität, die erheblich über das Mindestziel hinausgeht und zur längerfristigen Fortführung unserer Geschäftstätigkeit ausreichen würde, falls wir keinen Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsmitteln haben sollten.

Das CARMC überprüft die Methode und die Annahmen des Regelwerks für das Liquiditätsrisikomanagement und legt den Liquiditätshorizont fest, den Treasury einhalten muss, um eine ausreichend hohe Liquidität gewährleisten zu können. Der Verwaltungsrat ist für die Festlegung unserer gesamthaften Risikobereitschaft, welche in einer Aufstellung über den Risikoappetit enthalten ist, verantwortlich.

Unser stark integriertes Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement beruht auf ähnlichen Methoden wie die im Liquiditätsregelwerk des Basler Ausschusses vorgesehenen Methoden. Das angestrebte Refinanzierungsprofil soll es uns ermöglichen, über längere Zeit den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, ohne dass wir unsere Geschäftspläne in Stresssituationen anpassen müssen.

Obwohl die NSFR voraussichtlich erst 2018 eingeführt wird und noch durch den Basler Ausschuss und die FINMA geändert werden kann, haben wir 2012 damit angefangen, die NSFR als Hauptinstrument zur Kontrolle unserer strukturellen Liquiditätsposition, zur Refinanzierungsplanung sowie als Basis für unsere Funds-Transfer-Pricing-Strategie einzusetzen. Die Credit Suisse ist bestrebt, bis Ende 2013 eine NSFR von 100% zu erreichen. Wir schätzen unsere NSFR per Ende 2011 auf 98%. Wo die Anforderungen unklar sind oder noch durch nationale Regulatoren festgelegt werden müssen, haben wir für unsere aktuelle Schätzung eigene Annahmen getroffen.

Wir verwenden unser internes Liquiditätsbarometer weiterhin, um sowohl spezifisch auf die Credit Suisse bezogene Stressszenarien als auch systemische Marktstressszenarien abzubilden. Mithilfe des Barometers können wir den Zeithorizont steuern, in welchem der angepasste Marktwert unbelasteter Aktiven (einschliesslich Barmitteln) den gesamten Wert vertragsgemäss abfliessender unbesicherter Verbindlichkeiten zuzüglich eines konservativen Prognosewerts für erwartete Eventualverpflichtungen übersteigt.

Unser Liquiditätssteuerungs-Regelwerk ermöglicht es uns, Stressanalysen unserer Bilanz- und Ausserbilanzpositionen vorzunehmen, die unter anderem Folgendes umfassen:

- Eine mehrstufige Rückstufung der langfristigen Kreditratings der Credit Suisse, welche einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf auslöst, da bestimmte ausserbilanzielle Eventualverpflichtungen bestehen;

- bedeutende Mittelabflüsse bei Kundeneinlagen im Private Banking;
- möglicher Mittelabfluss im Zusammenhang mit dem Prime-Brokerage-Geschäft;
- die Verfügbarkeit besicherter Refinanzierung erfordert eine wesentliche Überdeckung;
- es besteht kein Zugang zu Kapitalmärkten sowie Märkten für Einlagenzertifikate und ◉Commercial Papers (CP);
- andere Zugänge zum Geldmarkt sind deutlich eingeschränkt;
- Rückgang des Refinanzierungswertes unbelasteter Aktiven;
- fehlender Zugriff auf Aktiven von Gruppengesellschaften aufgrund von regulatorischen, betrieblichen oder sonstigen Einschränkungen;
- die Möglichkeit, dass wir in Zeiten von stressbelasteten Märkten nicht vertraglich vereinbarte Liquiditätsunterstützungen, einschliesslich des Ankaufs unserer nicht besicherten Schuldtitel, zur Verfügung stellen;
- Überwachung von Konzentrationen bei den Quellen der Wholesale-Finanzierung, wodurch die Refinanzierungsvielfalt gefördert wird;
- Überwachung der Zusammensetzung und Analyse der unbelasteten Aktiven; sowie
- beschränkte Verfügbarkeit von Fremdwährungs-Swap-Märkten.

Zudem verwaltet Treasury umfangreiche Bestände an liquiden Vermögenswerten. Dieses Portfolio enthält Barmittel, hochwertige Anleihen und andere liquide Wertpapiere einschliesslich an wesentlichen Märkten gehandelte Aktien, die als Liquiditätspuffer dienen. Die Anleihen können in Repo-Geschäften mit verschiedenen Zentralbanken einschliesslich der SNB, der US Federal Reserve, der Europäischen Zentralbank und der Bank of England eingesetzt werden. Die meisten dieser liquiden Vermögenswerte sind nach den Liquiditätsvorschriften des Basler Ausschusses anrechenbar.

Im Falle einer Liquiditätskrise kommt unser Liquiditätskrisenplan zum Tragen. Dieser Plan konzentriert sich auf spezifische Massnahmen, einschliesslich eines detaillierten Plans für die Kommunikation mit Gläubigern, Anlegern und Kunden. Dieser Plan wird in regelmässigen Abständen aktualisiert und umfasst einen dreiphasigen Prozess, in den die einzelnen Massnahmen eingebunden sind:

- Phase I – Marktverwerfung oder Ereignis auf Ebene Gruppe/Bank
- Phase II – Märkte für unbesicherte Refinanzierungsmittel sind zum Teil unzugänglich
- Phase III – Märkte für unbesicherte Refinanzierungsmittel sind vollständig unzugänglich

Bei Liquiditätskrisen würde der Liquiditätskrisenstab (Liquidity Crisis Committee) den Krisenplan umsetzen. Zu diesem Stab zählen höhere Kader der Geschäftsbereiche sowie der Refinanzierungs- und Finanzabteilungen. Während der ganzen Dauer der Krise würde dieser Stab regelmässig zusammentreten, um die Ausführung des Plans sicherzustellen.

Refinanzierung und Verwendung der Refinanzierungsmittel

Wir refinanzieren unsere Bilanz hauptsächlich durch Kern-Kundeneinlagen, langfristiges Fremdkapital und Eigenkapital. Ein erheblicher Teil der Bilanz ist fristenkongruent (◉Match funded) refinanziert und erfordert keine ungesicherte Refinanzierung. Fristenkongruent refinanzierte Bilanzpositionen umfassen Aktiven und Passiven mit nahezu identischer Liquiditätsbindung und nahezu identischen Werten, sodass die von den Positionen generierte beziehungsweise benötigte Liquidität und die Refinanzierung im Wesentlichen übereinstimmen. Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken sind hochliquide Positionen. Ein wesentlicher Teil unserer Vermögenswerte, insbesondere die Aktiven aus nicht belasteten Handelsgeschäften, die das Wertschriftengeschäft unterstützen, setzen sich aus Wertpapierbeständen und besicherten Forderungen zusammen, die Schwankungen ausgesetzt, jedoch generell liquide sind. Diese liquiden Aktiven sind zur Erfüllung kurzfristiger Verbindlichkeiten verfügbar. Sie umfassen unseren Puffer in Höhe von CHF 176 Mia. in Form von Bargeld, von den Zentralbanken akzeptierte Wertschriften und andere hochliquiden unbelasteten Wertschriften, die in einem Zeitraum, der mit unseren kurzfristigen Stressannahmen im Einklang steht, in gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden können. Unser Puffer, welcher per Ende 2010 CHF 150 Mia. betrug, ist im Berichtsjahr um 17% angestiegen. Dieser Anstieg widerspiegelt im Wesentlichen eine Zunahme der flüssigen Mittel. Ausleihungen, der grösste Bestandteil unserer illiquiden Vermögenswerte, werden von den Kern-Kundeneinlagen refinanziert. Per Ende 2011 wiesen wir diesbezüglich eine Überdeckung von 22% auf. Der Rückgang gegenüber 25% per Ende 2010 ist vor allem auf zusätzliche Ausleihungen im Private Banking zurückzuführen. Die sonstigen illiquiden Vermögenswerte einschliesslich Immobilien, Private Equity und anderer langfristiger Investitionen sowie eine Sicherheitsmarge (◉Haircut) für die illiquiden Anteile von Wertschriften werden mit langfristigen Verbindlichkeiten und Eigenkapital refinanziert. Dabei versuchen wir, einen umfangreichen Refinanzierungspuffer beizubehalten.

- ▶ Siehe Abbildung «Refinanzierungsstruktur der Bilanz» sowie «Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen» für weitere Informationen.

Refinanzierungsstruktur der Bilanz

Per 31. Dezember 2011 (in Mia. CHF)

Reverse-Repo-Geschäfte	201	Match funded	207	Repo-Geschäfte
Belastete Handelsbestände	74		68	Leerverkäufe
Finanzierungsneutrale Aktiven ¹	139		139	Finanzierungsneutrale Verbindlichkeiten ¹
Fl. Mittel & Bankford.	113		53	Sonst. kurzfr. Verb. ²
Unbelastete liquide Aktiven ³	150		100	Bankverb. & kurzfr. Verb.
Ausleihungen ⁴	228	122% Deckung	278	Einlagen ⁵
				auf Termin 69
				auf Sicht 113
				Spareinlagen 54
				Treuhand 42
Sonstige illiquide Aktiven	144		163	Langfristige Verbindlichkeiten
			41	Total Eigenkapital
Aktiven: 1 049			Passiven: 1 049	

¹ Enthält hauptsächlich Forderungen/Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, positive/negative Wiederbeschaffungswerte und Barsicherheiten. ² Enthält hauptsächlich den Überschuss der finanzierungsneutralen Verbindlichkeiten (aus Kundenhandel) gegenüber den entsprechenden Aktiven. ³ Enthält hauptsächlich unbelastete Handelsbestände, unbelastete Anlagen in Wertschriften und überschüssige Reverse-Repo-Geschäfte, nach Haircuts. ⁴ Nicht enthalten sind Ausleihungen an Banken. ⁵ Nicht enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagenzertifikate.

Unsere Kern-Kundeneinlagen betragen Ende 2011 insgesamt CHF 278 Mia. Dies entspricht einem Anstieg von 5% (CHF 266 Mia. Ende 2010) aufgrund von Einlagenzuflüssen. Kern-Kundeneinlagen stammen von Kunden, mit denen wir eine enge und langjährige Beziehung pflegen. Nicht enthalten in den Kern-Kundeneinlagen sind Einlagen von Banken und Einlagenzertifikate. Wir legen Wert auf die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Kundeneinlagen, da sie sich auch in schwierigen Marktlagen als eine stabile und widerstandsfähige Refinanzierungsquelle erwiesen haben. Die Refinanzierung durch Kern-Kundeneinlagen wird durch Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten ergänzt. In diesem Zusammenhang

konnten wir unseren Refinanzierungsplan für das Jahr 2011 trotz den schwierigen Marktbedingungen im ersten Teil des Jahres umsetzen und mit der Vorrefinanzierung eines Teils unseres für 2012 erwarteten Refinanzierungsbedarfs beginnen.

Treasury ist für die Entwicklung, Umsetzung und regelmäßige Aktualisierung unseres Refinanzierungsplans verantwortlich. Dieser beruht auf den Wachstumserwartungen für die Geschäftstätigkeit, der Bilanzentwicklung, dem zukünftigen Refinanzierungsbedarf, den Laufzeitstrukturen sowie den Auswirkungen der jeweiligen Marktlagen.

Der Zinsaufwand der langfristigen Verbindlichkeiten, ohne strukturierte Schuldtitel, wird im Verhältnis zu bestimmten, für die Finanzindustrie relevanten Indizes, wie zum Beispiel London Interbank Offered Rate, überwacht und bewirtschaftet. Dieser Ansatz der Refinanzierung zeigt die Sensitivität unserer Passiven und Aktiven gegenüber Veränderungen der Zinssätze. Unsere durchschnittlichen Refinanzierungskosten, welche den Divisionen zugeteilt werden, blieben weitgehend unverändert gegenüber Ende 2010.

Wir halten die Auswirkungen von Refinanzierungsaufschlägen mittels sorgfältiger Bewirtschaftung der Fälligkeiten unserer Verbindlichkeiten und der günstigen Aufnahme von Fremdkapital in Grenzen. Wie stark sich Refinanzierungsaufschläge auf den Zinsaufwand auswirken, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem auch von der absoluten Höhe der Indizes, auf die sich unsere Refinanzierungen stützen.

Wir diversifizieren unsere Refinanzierungsquellen durch die Emission strukturierter Schuldtitel. Hierbei handelt es sich um Schuldverschreibungen, deren Rendite an die Entwicklung von Rohstoffen, Aktien, Indizes oder Devisen beziehungsweise von anderen Aktiven gekoppelt ist. Wir sichern diese Instrumente normalerweise über Positionen in den als Basiswert dienenden Vermögenswerten beziehungsweise Derivaten ab. Unsere Liquiditätsplanung umfasst auch die Fälligkeit von strukturierten Schuldtiteln. Ende 2011 waren CHF 35,7 Mia. an strukturierten Schuldtiteln der Gruppe ausstehend im Vergleich zu CHF 38,0 Mia. Ende 2010, was auf die auch im Jahr 2011 anhaltende Veränderung der Kundenaktivität und die Risikoaufversion zurückzuführen war.

Zudem setzen wir besicherte Finanzierungen ein, darunter Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihe. Das Volumen unserer Repo-Geschäfte schwankt in Abhängigkeit von Marktchancen, den Kundenbedürfnissen nach hochliquiden Sicherheiten, beispielsweise US-Schatzanweisungen und -Agency-Securities, und der Auswirkung von Limiten bezüglich Bilanzwachstum und risikogewichteter Aktiven. Zudem sind Matched-Book-Geschäfte – Transaktionen, bei denen Wertschriften im Rahmen von Weiterverkaufsvereinbarungen gekauft und gleichzeitig im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen mit ver-

gleichbaren Laufzeiten und Margen verkauft werden – relativ risikofrei und stehen im Allgemeinen in Zusammenhang mit der Kundenaktivität.

Unsere wichtigste Liquiditätsquelle sind konsolidierte Gesellschaften. Mittelaufnahmen über nicht konsolidierte Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) und über die Verbriefung von Aktiven sind unwesentlich.

Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank, unsere wichtigste operative Tochtergesellschaft und zudem ein US-Registrant, emittiert. Die Bank leiht ihren Tochter- und verbundenen Gesellschaften, den Bedürfnissen entsprechend, vor- oder nachrangig Gelder aus. Nachrangige Gelder werden in der Regel ausgeliehen, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu unterstützen.

Emission und Rückzahlung von Schuldverschreibungen

Die Kapitalmarktmissionen der Gruppe umfassen vor- und nachrangige Schuldverschreibungen in Form von US-registrierten Angeboten und Medium-Term-Note-Programmen, Euro-Medium-Term-Note-Programmen, Australian-Dollar-Domestic-Medium-Term-Note-Programmen, einer sogenannten Samurai-Shelf-Registrierung in Japan und Pfandbriefprogrammen. Als global tätige Bank haben wir Zugang zu den verschiedensten Märkten in aller Welt, und unsere wichtigsten Finanzierungszentren umfassen Zürich, New York, London und Tokio.

Wir setzen eine breite Palette von Produkten und Währungen ein, um effiziente und hinsichtlich der Märkte und Anlegertypen gut diversifizierte Refinanzierungen sicherzustellen. Praktisch alle unsere unbesicherten vorrangigen Schuldverschreibungen werden ohne die Einhaltung von Financial Covenants begeben (wie negative Veränderungen unseres Kreditratings, unserer Geldflüsse oder Finanzkennzahlen), die unsere Refinanzierungskosten in die Höhe treiben oder die Fälligkeit der Schuldverschreibungen verkürzen könnten.

Unsere langfristigen Verbindlichkeiten von CHF 162,7 Mia. sanken seit Ende 2010 um CHF 11,1 Mia. Dies ist in erster Linie auf den Rückgang um CHF 7,2 Mia. an vorrangigen Schuldtiteln und auf den Rückgang um CHF 4,9 Mia. an einmaligen Verbindlichkeiten aus konsolidierten Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) zurückzuführen. Der Rückgang der vorrangigen Schuldtitel ist vor allem bedingt durch einen Anstieg bei den Fälligkeiten, der durch Neuemissionen teilweise kompensiert wurde. Die kurzfristigen Geldaufnahmen erhöhten sich von CHF 21,7 Mia. auf CHF 26,1 Mia. Der Anteil der unbesicherten Finanzierungen aus langfristigen Verbindlichkeiten, ohne rückgriffsfreie Ver-

bindlichkeiten in Zusammenhang mit der Konsolidierung von VIEs, belief sich per Ende 2011 auf 26% (Ende 2010: 28%).

Pfandbriefrefinanzierungen erfolgen in Form von durch Hypotheken gedeckte inländische Pfandanleihen, bei denen die Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute als Emittent auftritt. Zusammen mit einem anderen Institut wurde diese Bank durch die Bundesversammlung im Jahr 1930 per Gesetz gegründet, um die Emission von Pfandbriefen zu zentralisieren. Zudem nutzen wir unser eigenes internationales Pfandbriefprogramm, das wir im Dezember 2010 gestartet haben.

2011 haben wir CHF 1,2 Mia. an inländischen Pfandbriefanleihen, CHF 2,4 Mia. an internationalen Pfandbriefanleihen und CHF 2,3 Mia. an vorrangigen Schuldverschreibungen ausgegeben, während CHF 1,7 Mia. an inländischen Pfandbriefanleihen, CHF 10,3 Mia. an vorrangigen Schuldverschreibungen und CHF 1,1 Mia. an nachrangigen Schuldverschreibungen fällig oder zurückgezahlt wurden. Per 31. Dezember 2011 waren CHF 11,6 Mia. an Pfandbriefanleihen ausstehend.

Im ersten Quartal 2012 haben wir Pfandbriefanleihen in Höhe von EUR 1,25 Mia. und USD 2,0 Mia. ausgegeben.

Die Credit Suisse hat an keinem durch den Staat garantierten Anleihenemissionsprogramm teilgenommen.

- ▶ Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen über die Ausgabe von Kapital, einschliesslich Buffer Capital Notes.

Die durchschnittliche gewichtete Laufzeit unserer langfristigen Verbindlichkeiten betrug sieben Jahre (einschliesslich Einlagenzertifikaten mit einer einjährigen oder längeren Laufzeit, aber ohne strukturierte Notes, und unter der Annahme, dass kündbare Schuldverschreibungen bei Endfälligkeit und Instrumente ohne feste Endfälligkeit im Jahr 2030 getilgt werden).

- ▶ Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Transferpreissystem

Unser internes Transferpreissystem basiert auf marktgerechten Preisen und ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Die Kosten zur Refinanzierung der ausserbilanziellen Eventualverbindlichkeiten sowie die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzposten wie Goodwill, die sich der Kontrolle der einzelnen Geschäftsbereiche

entziehen, werden den Geschäftsbereichen ebenfalls zugewiesen. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten von angespannten Kapitalmärkten, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Geldfluss aus operativer, Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Als weltweit tätiges Finanzinstitut sind unsere Geldflüsse komplex und zusammenhängend, mit geringem Bezug zu unseren Nettoerträgen und unserem Nettovermögen. Daher sind wir der Ansicht, dass herkömmliche Geldflussanalysen bei der Einschätzung unserer Liquiditätsposition weniger aussagekräftig sind als die oben dargestellte Finanzierungs- und Liquiditätspolitik. Geldflussanalysen sind allerdings gegebenenfalls nützlich, um bestimmte Makro-Trends im Geschäft der Gruppe herauszuarbeiten.

Für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr belief sich der Nettogeldzufluss aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche auf CHF 38,6 Mia., was hauptsächlich auf eine Zunahme der Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, netto, eine Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und das im Jahr 2011 erzielte Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch eine Zunahme der übrigen Aktiven und sonstige Nettoanpassungen teilweise kompensiert. Die operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe sind aufgrund der Höhe und des Zeitrahmens der Geldflüsse im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit starken Schwankungen ausgesetzt. Das Management ist der Ansicht, dass die Geldflüsse aus Geschäftstätigkeit, die verfügbaren Barmittelbestände und die lang- und kurzfristigen Ausleihungen ausreichen, um die operativen Liquiditätsbedürfnisse der Gruppe zu finanzieren.

Unsere Investitionstätigkeit umfasst in erster Linie die Schaffung von bis zum Verfall zu haltenden Ausleihungen, sonstige Forderungen und das Wertschriftenanlageportfolio. Für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr betrug der Nettogeldabfluss für Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche CHF 26,0 Mia., was hauptsächlich auf die Zunahme der Ausleihungen und eine Zunahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repurchase-Geschäften und Wertschriftenleihen zurückzuführen war.

Unsere Finanzierungsaktivitäten umfassen vor allem die Emission von Schuldverschreibungen und die Entgegennahme von Kundeneinlagen. Wir schütten jährlich Dividenden auf unseren Stammaktien aus. 2011 belief sich der Nettogeldzu-

fluss aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche auf CHF 33,1 Mia., was hauptsächlich auf die Emission langfristiger Schuldverschreibungen, die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Banken und der Kundeneinlagen, den Verkauf eigener Aktien im Rahmen von Market-Making-Aktivitäten sowie eine Erhöhung der Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repurchase-Geschäften und Wertpapierleihen zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch die Rückzahlung langfristiger Verbindlichkeiten und den Rückkauf eigener Aktien teilweise kompensiert.

Kreditratings

Unser Zugang zu den Kapitalmärkten und die Kosten für die Mittelaufnahmen hängen wesentlich von unserem Kreditrating ab. Bei der Vergabe eines Unternehmensratings ziehen die Ratingagenturen zahlreiche Faktoren in Betracht. Hierzu zählen etwa die Gewinnentwicklung, die Mischung der Geschäftsaktivitäten, die Position im Markt, die Eigentümerverhältnisse, die Finanzstrategie, die Kapitalisierung, die Risikobewirtschaftungspolitik und -praxis, die Unternehmensleitung und die allgemeinen Aussichten für die Finanzdienstleistungsbranche. Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit anheben, herabstufen oder entziehen beziehungsweise öffentlich bekannt geben, dass sie ihre Ratings anheben oder senken wollen.

Obwohl Bankeinlagen in den Bereichen Retail und Private Banking im Allgemeinen weniger empfindlich auf Änderungen der Kreditratings einer Bank reagieren, sind die Kosten und der Zugang zu anderen Quellen für unbesicherte externe Mittel grundsätzlich an die Kreditratings gekoppelt. Diese Ratings sind besonders wichtig für uns, wenn wir in bestimmten Märkten tätig sind und wenn wir nach längerfristigen Möglichkeiten für die Mittelaufnahme, einschliesslich **Over-the-Counter-Derivaten (OTC)**, suchen.

Eine Herabstufung der Kreditratings könnte unseren Zugang zu den Kapitalmärkten erschweren, die Kosten für Mittelaufnahmen erhöhen, Bedarf an zusätzlichen Sicherheiten schaffen oder Gegenparteien bestimmter Handels- und besicherter Finanzierungsvereinbarungen sowie von Derivatkontrakten eine Kündigung der Transaktion ermöglichen. Geringere Liquidität und negative Auswirkungen auf unser Betriebs- und Finanzergebnis wären die Folge. Diese mit einer eventuellen Herabstufung unserer Kreditratings um zwei Stufen verbundenen Ereignisse fliessen in unser Liquiditätsbarometer mit ein. Die Auswirkungen einer Rating-Herabstufung der langfristigen Verbindlichkeiten der Bank um eine, zwei oder drei Stufen hätte zusätzliche Deckungsverpflichtungen oder auch Kündigungszahlungen im Rahmen bestimmter derivativer Instrumente in Höhe von CHF 1,8 Mia., CHF 3,8 Mia. beziehungsweise CHF 4,5 Mia. zur Folge und hätte keine wesentli-

chen Auswirkungen auf unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsplanung. Per Ende 2011 erfüllten wir die Anforderungen bezüglich der Beibehaltung eines bestimmten Kreditratings im Rahmen dieser derivativen Instrumente.

- ▶ Siehe «Informationen für Investoren» im Anhang für weitere Angaben zu den Kreditratings der Gruppe und der Bank.

Kapitalbewirtschaftung

Kapitalstrategie

Die Credit Suisse misst einer starken und effizienten Kapitalbasis eine hohe Priorität bei. Mittels unserer Kapitalstrategie stärken wir unsere Kapitalbasis und optimieren den Einsatz der risikogewichteten Aktiven, insbesondere im Hinblick auf neue Eigenmittelanforderungen, weiterhin.

Wir überstanden die Finanzkrise ohne direkte staatliche Unterstützung und mit beschränkter Verwässerung für unsere Aktionäre. Die insgesamt anrechenbaren Eigenmittel unter Basel II beliefen sich per Ende 2011 auf CHF 51,0 Mia., gegenüber CHF 41,6 Mia. per Ende 2007, was einer Zunahme um 23% entspricht. Die Anzahl ausgegebener Aktien nahm im gleichen Zeitraum um 5% zu. Die risikogewichteten Aktiven unter Basel II beliefen sich per Ende 2011 auf CHF 210,4 Mia., gegenüber CHF 323,6 Mia. per Ende 2007. Als Folge des höheren aufsichtsrechtlichen Kapitals und der niedrigeren risikogewichteten Aktiven verbesserten wir unsere Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II deutlich von 10,0% im Jahr 2007 auf 18,1% per Ende 2011.

Dank der Verbesserung unserer regulatorischen Kapitalbasis in den letzten paar Jahren sind wir gut positioniert, um die strengeren Kapitalanforderungen unter Basel III und das Schweizer «Too Big to Fail»-Regelwerk zu erfüllen. Basierend auf unseren Kapitalsimulationen rechnen wir mit einem harten Kernkapital (Common Equity Tier 1) von 12,9% per Anfang 2013. Um den Aufbau unserer Eigenmittel zu beschleunigen, beschlossen wir, unsere Verpflichtungen bezüglich ausstehender aktienbasierter Mitarbeitervergütungen in den Jahren 2011 und 2012 primär durch die Emission von Aktien aus bedingtem Kapital zu begleichen, statt wie in den vergangenen Jahren Aktien am Markt zu erwerben. In unserer konsolidierten Jahresrechnung werden die eigenen Aktien zu Einstandskosten erfasst und als eigene Aktien ausgewiesen. Dies führt zu einer Reduktion des Eigenkapitals. Der Verwaltungsrat wird anlässlich der Generalversammlung vom 27. April 2012 ausserdem eine Ausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie aus den Reserven aus Kapitaleinlagen für das Geschäftsjahr 2011 beantragen. Diese können die Aktionäre wahlweise entweder als Ausschüttung in bar oder in Form von Aktien der Gruppe erhalten. Letzteres hängt von rechtlichen Beschränkungen,

welche gemäss der Gerichtsbarkeit in der jeweiligen Heimat der Aktionäre zu Anwendung kommen, ab. Beide Massnahmen tragen zur Erhaltung des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) und somit zur Einhaltung der regulatorischen Anforderungen bei.

- ▶ Siehe «Vergütung» in IV – Corporate Governance und Vergütung für weitere Informationen zu den Kapitalauswirkungen unserer Vergütungspraktiken.

Kapitalbewirtschaftungsregelwerk

Der Kapitalbedarf der Credit Suisse insgesamt spiegelt die aufsichtsrechtlichen Ziele, die Ratingziele des Managements sowie die uns zugrunde liegenden Risiken wider. Mit unserem Regelwerk berücksichtigen wir den Kapitalbedarf sowohl für realisierte als auch unrealisierte Verluste und sorgen dafür, dass wir unsere starke Kapitalbasis beibehalten können. Mehrjährige Prognosen und Kapitalpläne werden für die Gruppe sowie für die bedeutendsten Tochtergesellschaften erstellt und zusammen mit den Aufsichtsbehörden während des Jahres laufend überprüft. Diese Pläne werden mehreren Stresstests unterworfen, welche sowohl makroökonomische als auch spezifische Risiko-Szenarien berücksichtigen. Im Zusammenhang mit diesen Stresstests werden Notfallpläne für das Kapital entwickelt. Dadurch wird sichergestellt, dass die möglichen Abfederungsmassnahmen mit dem Risikokapital und mit den herrschenden Marktbedingungen bezüglich Zugang zu Zusatzkapital im Einklang stehen.

Economic Capital ist ein konsistentes und umfassendes Instrument für das Risikomanagement, die Kapitalbewirtschaftung und die Rentabilitätsmessung. Economic Capital misst Risiken anhand ökonomischer Realitäten und weniger anhand aufsichtsrechtlicher oder bilanzieller Regeln. Economic Capital ist der geschätzte Kapitalbetrag, der in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzstärke (unserem langfristigen Kreditrating) benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungs- und handlungsfähig zu bleiben.

- ▶ Siehe «Economic Capital und Positionsrisiko» in Risikomanagement für weitere Informationen zum Economic Capital.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittelvorschriften

Überblick

Das regulatorische Umfeld, in dem die Credit Suisse tätig ist, erfährt nach wie vor wichtige Änderungen, die immer konservativere Messstandards und höhere Eigenkapitalanforderungen zur Folge haben.

Seit 2008 wendeten wir die als Basel II bekannten internationalen Eigenmittelvorschriften des Basler Ausschusses, wie sie von der FINMA umgesetzt wurden, einschliesslich einiger zusätzlicher Anforderungen für Schweizer Grossbanken,

bekannt als «Swiss Finish», an. Basel II lieferte das Regelwerk für die Messung der angemessenen Eigenkapitalausstattung und die Mindeststandards, die von den lokalen Aufsichtsbehörden anzuwenden sind, und wirkte sich so auf die Messung sowohl der risikogewichteten Aktiven als auch der gesamten anrechenbaren Eigenmittel aus. Die Anwendung von Basel II, wie sie von der FINMA umgesetzt wurden, hatte für die Credit Suisse bedeutend höhere risikogewichtete Aktiven und geringere anrechenbare Eigenmittel zur Folge.

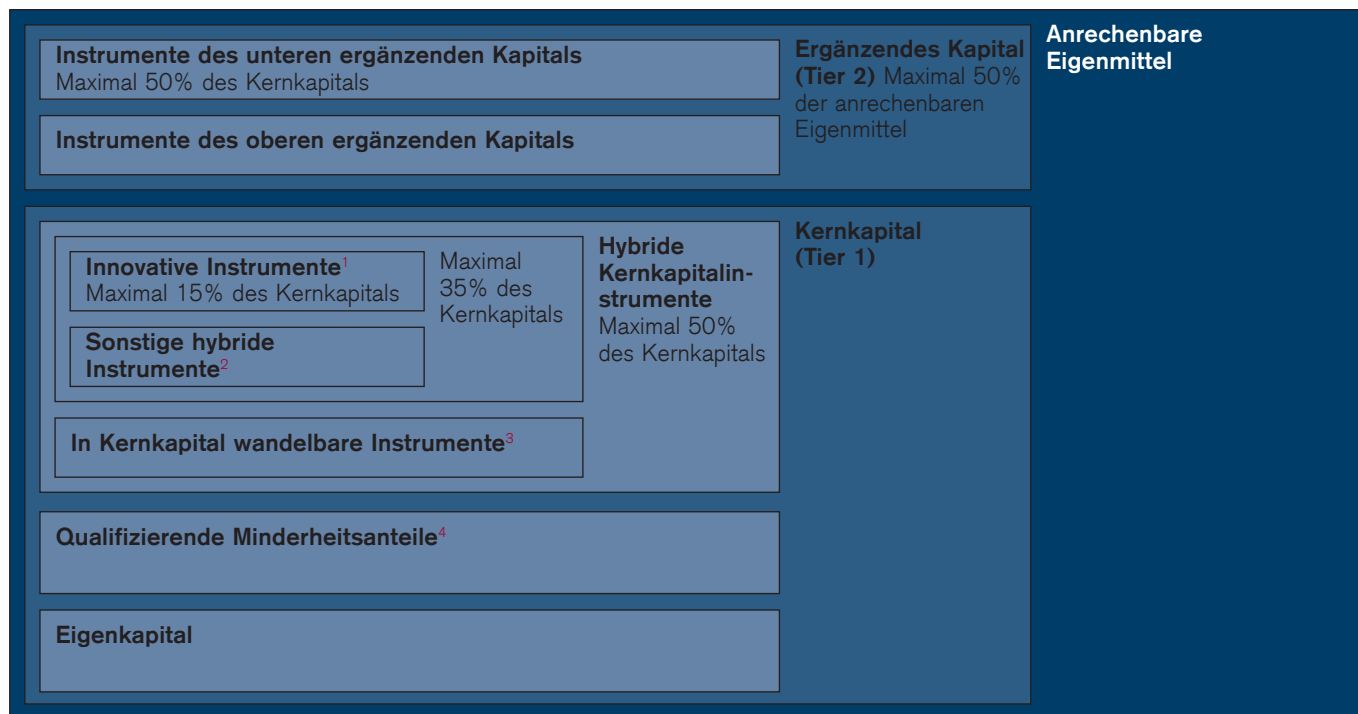
Basel II beruht auf drei Säulen, sie sich gegenseitig ergänzen sollen:

- Säule 1: Mindestkapitalanforderungen – verlangt von einem Institut, dass es über genügend Kapital zur Deckung seines Kreditrisikos, seines Marktrisikos und seiner operationellen Risiken verfügt.

- Säule 2: Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren – beschreibt die Rolle der Aufsichtsinstanz, die darin besteht, sicherzustellen, dass die Institute über ein angemessenes Verfahren zur Beurteilung und zur Aufrechterhaltung der Eigenkapitalquote über die regulatorischen Mindestanforderungen hinaus verfügen.
- Säule 3: Marktdisziplin – enthält die Offenlegungsanforderungen, insbesondere für jene Institute, die um die Anerkennung bankinterner Modelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen ersuchen.

Informationen zur Eigenmittelunterlegung gemäss den Offenlegungsanforderungen unter Säule 3 (Pillar 3) sind unter www.credit-suisse.com/pillar3 verfügbar.

Eigenmittelstruktur – Basel II/II.5 «Swiss Finish»



Die Eigenmittelstruktur ist für Basel II und Basel II.5 gleich. Die Prozentsätze beziehen sich auf das Kernkapital (Tier 1) und die anrechenbaren Eigenmittel vor etwaigen Abzügen.

¹ Hybride Instrumente, welche in Form nichtkumulierbarer, unbefristeter Vorzugspapiere und nachrangiger Schuldtitel ausgegeben werden. Sie verfügen entweder über eine feste Laufzeit oder einen Anreiz zur Rückzahlung, wie z. B. eine Erhöhung des Coupons, wenn das Instrument im Falle der Abrufbarkeit nicht zurückbezahlt wird. ² Hybride Instrumente, welche in Form nichtkumulierbarer, unbefristeter Vorzugspapiere und nachrangiger Schuldtitel ausgegeben werden. Sie verfügen über keine feste Laufzeit und keinen Anreiz zur Rückzahlung. ³ Hybride Instrumente, welche durch einen vorgegebenen Mechanismus in Kernkapital (Tier 1) gewandelt werden können, wie beispielsweise Pflichtwandelanleihen auf Stammaktien. ⁴ Anrechenbare Minderheitsanteile an Tochtergesellschaften umfassen Stammaktien in konsolidierten Tochtergesellschaften im Banken- und Finanzbereich sowie Kernkapitalpapiere, welche von einer Dritt-Zweckgesellschaft ausgegeben wurden und auf einer nachrangigen Basis garantiert werden.

Das Regelwerk von Basel II beschrieb eine Reihe von Auswahlmöglichkeiten zur Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen, um den Banken und Aufsichtsbehörden die Wahl jener Ansätze zu ermöglichen, die für ihre Geschäfte und ihre Finanzmarktinfrastruktur am besten geeignet sind. Die Credit Suisse hat sich generell für die am weitesten fortgeschrittenen Ansätze entschieden, die sich mit dem internen Risikomanagement decken und sich durch die beste Risikosensitivität auszeichnen.

Die FINMA hat die Verwendung des **Advanced Internal Rating-Based Approach (A-IRB-Ansatz)** zur Berechnung des Kreditrisikos genehmigt. Beim A-IRB-Ansatz werden die nach Risiko gewichteten Positionen anhand interner Risikoparameter wie der **Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD)**, der **erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD)** sowie der effektiven Restlaufzeit berechnet. Das Ausfallrisiko wird entweder anhand von Bilanzdaten oder Modellen errechnet.

Nicht gegenparteibezogene Risiken entstehen durch Bestände an Liegenschaften und Einrichtungen, Immobilien und Investitionen in Immobilienunternehmen.

Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken erfolgt gemäss **Internal Models Approach**, der Standardmessmethode und dem Standardansatz.

Im Rahmen von Basel II wird das operationelle Risiko in den risikogewichteten Aktiven berücksichtigt. Die FINMA hat die Verwendung des **Advanced Measurement Approach (AMA)** genehmigt. Zur Messung des operationellen Risikos anhand des AMA-Ansatzes wurden zentrale Szenarien definiert, welche die massgeblichen operationellen Risiken anhand eines Ereignismodells beschreiben.

Im Januar 2011 führte die Credit Suisse, wie von der FINMA verlangt, die Basler Marktrisikoänderungen («Revisions to the Basel II market risk framework») des Basler Ausschusses (**Basel II.5**) für die Eigenmittelvorschriften der FINMA ein. Als Folge davon wiesen wir für das ganze Jahr 2011 die gesamten anrechenbaren Eigenmittel, die risikogewichteten Aktiven und die Eigenkapitalquoten gegenüber der FINMA auf Basis von Basel II.5 aus. Unsere Finanzberichterstattung erfolgte jedoch generell auf Basis von Basel II, da der Basler Ausschuss die Umsetzung von Basel II.5 für die Zwecke der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erst ab dem 31. Dezember 2011 verlangte.

Unsere Umsetzung von Basel II.5 hatte geringere anrechenbare Eigenmittel und höhere risikogewichtete Aktiven zur Folge. Zu diesen Änderungen gehörte ein **Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC)** sowie ein **Stress-Value-at-Risk- (VaR-) Regelwerk**. Beim IRC handelt es sich um einen aufsichtsrechtlichen Eigenmittelzuschlag für Ausfall- und Migrationsrisiken bei Positionen in den

Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk für **VaR-Modellierungen** einschliesslich des **Stress-VaR** dar. **Stress-VaR** repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode für wesentliche finanzielle Stresssituationen und trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren. Neben Änderungen in der Berechnung der risikogewichteten Aktiven verlangt Basel II.5 zusätzliche Abzüge auf dem Kapital, einschliesslich höherer Beträge für Tranchen bestimmter verbriefter Wertpapiere. Als Folge davon verzeichneten wir eine Zunahme der risikogewichteten Aktiven und einen zusätzlichen Abzug für verbrieftete Tranchen mit niedrigen Ratings in den Handelsbüchern, die vor allem mit dem Geschäft mit verbrieften Produkten im Investment Banking zusammenhängen.

Im Einklang mit den BIZ-Vorschriften verwendet die FINMA einen Multiplikator für eine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken für jeden im **regulatorischen VaR** festgestellten **Backtesting-Ausreisser**, der die Anzahl von vier Backtesting-Ausreissern in der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt. Für diese Messung werden Backtesting-Ausreisser unter Verwendung einer Untergruppe der effektiven täglichen Handelsgewinne berechnet. Darin sind nur die Auswirkungen der Tagesveränderungen von Finanzmarktvariablen wie Zinssätzen, Aktienkursen und Wechselkursen auf den Positionen des Vorabends enthalten. Der Multiplikator für die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken blieb 2011 auf den Mindestniveaus der FINMA und der BIZ, und wir verzeichneten keine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken aufgrund des Multiplikators.

- ▶ Siehe [«Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals»](#) für weitere Informationen zu den jüngsten Entwicklungen, einschliesslich Basel III und der Schweizer [«Too Big to Fail»-Vorschriften](#).

Kapitalstruktur – Basel II und Basel II.5

Das Total der anrechenbaren Eigenmittel gemäss Definition unter Basel II und II.5 in der Umsetzung durch die FINMA wird im folgenden Text erläutert.

- ▶ Siehe [Abbildung «Eigenmittelstruktur – Basel II/II.5 «Swiss Finish»](#) für weitere Informationen.

Kernkapital (Tier 1)

Das BIZ-Kernkapital (Tier 1) umfasst das Total Eigenkapital der Aktionäre, qualifizierende Minderheitsanteile und hybride Kernkapitalinstrumente.

Qualifizierende Minderheitsanteile an Tochtergesellschaften umfassen Stammaktien in konsolidierten Tochtergesell-

schaften im Banken- und Finanzbereich sowie Beteiligungspapiere der Bank, welche an eine Dritt-Zweckgesellschaft ausgegeben wurden (Kernkapitalpapiere). Diese Dritt-Zweckgesellschaft emittierte unkündbare, nicht kumulative Schuldtitel, die durch Kernkapitalpapiere der Bank sowie durch Vorzugspapiere, die von einer Tochtergesellschaft der Gruppe ausgegeben wurden und von der Bank auf einer nachrangigen Basis garantiert werden, besichert sind. Dividenden auf Kernkapital- und Vorzugspapieren dürfen nur dann ausgerichtet werden, wenn die Bilanzgewinne dafür ausreichen, keine Beschränkungen auf Dividendenausschüttungen auf Kernkapital- und Vorzugspapieren bestehen und die Auflagen bezüglich Eigenmittelunterlegung und Liquidität eingehalten werden können. Die Rückzahlung von Kernkapital- oder Vorzugspapieren bedingt eine angemessene Eigenkapitalunterlegung und Solvenz sowie die vorherige Zustimmung durch die FINMA.

Zu den hybriden Kernkapitalinstrumenten zählen unter anderem Vorzugspapiere, die von Zweckgesellschaften ausgegeben wurden, und direkt von der Bank emittierte nachrangige Schuldtitel. Diese hybriden Kernkapitalinstrumente sind unbesicherte, unkündbare, nichtkumulierbare und tief nachrangige Instrumente, denen im Rang nur Stammaktien und anrechenbare Minderheitsanteile nachstehen. Wir sind nur dann zu Zins- beziehungsweise Dividendenzahlungen auf diese hybriden Kernkapitalinstrumente verpflichtet, wenn auch Dividenden auf Stammaktien und anrechenbare Minderheitsanteile ausgeschüttet werden. Das Risiko dieser hybriden Kernkapitalinstrumente ist mit dem Risiko von Stammaktien und qualifizierenden Minderheitsanteilen vergleichbar. Bis zu einer Limite von 15% können sie in Verbindung mit Call-Optionen Erhöhungen des Coupons aufweisen, die frühestens fünf Jahre nach der Emission zum Tragen kommen. Auf diesen Instrumenten dürfen nur dann Zinsen oder Dividenden ausgerichtet werden, wenn die Bilanzgewinne dafür ausreichen und die Auflagen in Bezug auf die Eigenmittelunterlegung und Liquidität eingehalten werden können. Die Rückzahlung dieser Instrumente bedingt eine angemessene Eigenkapitalunterlegung und Solvenz sowie die vorherige Genehmigung durch die FINMA.

Hybride Kernkapitalinstrumente unterstehen einer Limite von 50% vom Kernkapital. Die folgenden Kategorien und Limiten bestimmen das Ausmass, in welchem diese hybriden Kernkapitalinstrumente zum Kernkapital anrechenbar sind:

- Ein Maximum von 15% vom Kernkapital kann in der Form von innovativen Instrumenten sein. Diese Instrumente haben entweder eine feste Laufzeit oder einen Anreiz zur Rückzahlung, wie beispielsweise eine Erhöhung des Coupons, wenn das Instrument im Falle der Abrufbarkeit nicht zurückbezahlt wird.

- Ein Maximum von 35% vom Kernkapital, nach Abzug der Instrumente, welche der 15%-Limite unterstehen, kann in der Form von anderen hybriden Kernkapitalinstrumenten sein. Diese haben keine feste Laufzeit und keinen Anreiz zur Rückzahlung.
- Ein Maximum von 50% vom Kernkapital, nach Abzug der Instrumente, welche der 15%- und 35%-Limite unterstehen, kann in der Form von Instrumenten sein, welche durch einen vorgegebenen Mechanismus in Kernkapital gewandelt werden können, wie beispielsweise Wandelanleihen mit Wandelpflicht auf Credit Suisse Group Namenaktien.

Zur Berechnung des Kernkapitals werden gewisse Abzüge vom Total Eigenkapital der Aktionäre vorgenommen:

- Goodwill und andere immaterielle Werte;
- Beteiligungen an Versicherungsgesellschaften, Investitionen in bestimmte Bank- und Finanzgesellschaften und gewisse Verbriefungspositionen (identischer Abzug vom Kernkapital und vom ergänzenden Kapital); sowie
- weitere Anpassungen einschliesslich kumulativer ◉Fair-Value-Anpassungen von Schuldtiteln der Credit Suisse nach Steuern, erwartete, aber noch nicht vereinbarte Dividenden, Netto-Long-Position in eigenen Aktien im Handelsbuch sowie eine Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen.

Instrumente des ergänzenden Kapitals (Tier 2)

Ergänzendes Kapital wird in oberes und unteres ergänzendes Kapital unterteilt. Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals sind unbesicherte, unkündbare und nachrangige Instrumente, die lediglich gegenüber Kernkapitalinstrumenten Vorrang haben. Zinszahlungen sind zwar aufschiebbar, wir sind jedoch zu Zinszahlungen (einschliesslich aufgeschobener Zinsen) auf diese Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals verpflichtet, wenn wir auf Kernkapital Dividenden ausschütten beziehungsweise Rückzahlungen vornehmen. Diese Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals können im Zusammenhang mit Call-Optionen frühestens fünf Jahre nach der Emission moderate Erhöhungen aufweisen. Die Rückzahlung dieser Instrumente setzt eine angemessene Liquidität voraus. Das obere ergänzende Kapital enthält ausserdem allfällige Überschüsse der anrechenbaren Rückstellungen gegenüber erwarteten Verlusten (bis zu einer Obergrenze von 0,6% der risikogewichteten Positionen) für Positionen, welche dem A-IRB-Ansatz für Kreditrisiken unterstehen.

Instrumente des unteren ergänzenden Kapitals sind unbesicherte, nachrangige Instrumente, die lediglich gegenüber den Kernkapitalinstrumenten und den oberen ergänzenden

Kapitalinstrumenten Vorrang haben und über eine feste Laufzeit von mindestens fünf Jahren verfügen. Unteres ergänzendes Kapital unterliegt der regulatorischen Amortisierung über eine Periode von fünf Jahren vor der Rückzahlung.

Eigenmittelanforderungen – Gruppe

Basel II

Per Ende 2011 betrug unsere Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II 18,1% gegenüber 17,2% per Ende 2010. Diese Entwicklung ist auf ein stabiles Kernkapital (Tier 1) und niedrigere risikogewichtete Aktiven zurückzuführen. Die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) unter Basel II belief sich per Ende 2011 auf 12,9%, gegenüber 12,2% per Ende 2010. Diese Entwicklung ist auf ein höheres inneres Kernkapital und niedrigere risikogewichtete Aktiven zurückzuführen. Unsere Eigenmittelquote unter Basel II betrug per Ende 2011 24,2% gegenüber 21,9% per Ende 2010.

Per Ende 2011 betrug unser Kernkapital (Tier 1) unter Basel II CHF 38,0 Mia. gegenüber CHF 37,7 Mia. per Ende 2010. Dieser Zuwachs ist in erster Linie dem Reingewinn (ohne die Auswirkungen von Fair-Value-Gewinnen/-Verlusten auf das Fremdkapital der Credit Suisse vor Steuern) und den Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung zuzuschreiben. Diese Entwicklung wurde durch die Abgrenzung für Dividenden, Veränderungen der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht, die Rückzahlung eines hybriden Kernkapitalinstruments (Tier 1) in Höhe von EUR 400 Mio. sowie Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert. Per Ende 2011 betrug unser ergänzendes Kapital (Tier 2) unter Basel II CHF 13,0 Mia. gegenüber CHF 10,0 Mia. per Ende 2010. Dies ist vor allem auf die Emission von Buffer Capital Notes im Umfang von USD 2,0 Mia., einen höheren Gewinn aus überschüssigen

Rückstellungen und niedrigere Fair-Value-Gewinne aus Absicherungsgeschäften zurückzuführen, was durch die für regulatorische Zwecke vorgenommene Amortisation von Instrumenten des ergänzenden Kapitals (Tier 2) kompensiert wurde. Die Summe der anrechenbaren Eigenmittel unter Basel II erhöhte sich von CHF 47,8 Mia. per Ende 2010 auf CHF 51,0 Mia. per Ende 2011.

Die risikogewichteten Aktiven unter Basel II gingen per Ende 2011 um CHF 8,3 Mia. auf CHF 210,4 Mia. zurück. Dieser Rückgang widerspiegelt einen bedeutenden Rückgang des Marktrisikos und einen Rückgang des Kreditrisikos, was durch eine Zunahme des operativen Risikos teilweise kompensiert wurde. Der Rückgang des Marktrisikos infolge der Umsetzung bedeutender Änderungen der VaR-Methodologie wurde durch ein höheres Risiko aufgrund der Marktvolatilität und der sich ausweitenden Kreditrisikoprämien teilweise aufgewogen. Der Rückgang des Kreditrisikos war den Rückgängen im Investment Banking zu verdanken, die durch Zunahmen im Private Banking teilweise kompensiert wurden. Der Rückgang im Investment Banking war auf eine Reduktion der gegenparteibezogenen Risiken bei Derivaten und damit verbundenen Absicherungen in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen, gefolgt von deutlicheren Rückgängen der gegenparteibezogenen Risiken im vierten Quartal 2011. Im Private Banking stieg das Kreditrisiko im Laufe des Jahres stetig an, was höhere Engagements sowie Zunahmen als Folge veränderter Parameter widerspiegelte. Das operationelle Risiko erhöhte sich nach der Aktualisierung der Szenarioparameter zur Berücksichtigung höherer Risiken von Rechtsstreitigkeiten.

- ▶ [Siehe «Marktrisiko» in Risikomanagement für weitere Informationen zum Marktrisiko und zur VaR-Methodologie.](#)

BIZ-Daten

	Gruppe				Bank			
	Basel II.5 ¹	Basel II	Basel II	Basel II, Veränderung in %	Basel II.5 ¹	Basel II	Basel II	Basel II, Veränderung in %
Ende	2011	2011	2010	11 / 10	2011	2011	2010	11 / 10
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)								
Total Eigenkapital der Aktionäre	33 674	33 674	33 282	1	27 502	27 502	27 783	(1)
Goodwill und immaterielle Werte	(8 876)	(8 876)	(9 320)	(5)	(7 735)	(7 735)	(8 166)	(5)
Qualifizierende Minderheitsanteile	3 365	3 365	3 350	0	4 476	4 476	4 373	2
Abzüge vom bereinigten Kernkapital (Tier 1), 50%	(2 274)	(1 089)	(1 088)	0	(2 224)	(1 039)	(1 037)	0
Sonstige Anpassungen	67 ²	67 ²	403	(83)	552	552	1 768	(69)
Inneres Kernkapital (Core Tier 1)	25 956	27 141	26 627	2	22 571	23 756	24 721	(4)
Hybride Kernkapitalinstrumente (Tier 1) ³	10 888 ⁴	10 888	11 098	(2)	10 888 ⁴	10 888	10 589	3
Kernkapital (Tier 1)	36 844	38 029	37 725	1	33 459	34 644	35 310	(2)
Oberes ergänzendes Kapital (Tier 2)	1 841	1 841	1 128	63	1 900	1 900	1 713	11
Unteres ergänzendes Kapital (Tier 2)	12 243	12 243	10 034	22	13 493	13 493	11 583	16
Abzüge vom ergänzenden Kapital (Tier 2), 50%	(2 274)	(1 089)	(1 088)	0	(2 224)	(1 039)	(1 037)	0
Ergänzendes Kapital (Tier 2)	11 810	12 995	10 074	29	13 169	14 354	12 259	17
Total anrechenbare Eigenmittel	48 654	51 024	47 799	7	46 628	48 998	47 569	3
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)								
Kreditrisiko	157 237	155 352	158 735	(2)	147 224	145 338	147 516	(1)
Marktrisiko	40 609	11 170	18 925	(41)	39 810	10 371	18 008	(42)
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	7 819	7 819	7 380	6	7 274	7 274	6 819	7
Operationelles Risiko	36 088	36 088	33 662	7	36 088	36 088	33 663	7
Risikogewichtete Aktiven	241 753	210 429	218 702	(4)	230 396	199 071	206 006	(3)
Eigenmittelquoten (in %)								
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1)	10.7	12.9	12.2	–	9.8	11.9	12.0	–
Kernkapitalquote (Tier 1)	15.2	18.1	17.2	–	14.5	17.4	17.1	–
Eigenmittelquote	20.1	24.2	21.9	–	20.2	24.6	23.1	–

¹ Für die BIZ-Berichterstattung war Basel II.5 per 31. Dezember 2011 in Kraft. ² Enthält kumulierte Fair-Value-Anpassungen von CHF (2,6) Mia. auf eigene gewöhnliche Verbindlichkeiten und strukturierte Schuldtitel nach Steuern, die Dividendenabgrenzung auf Aktien der Gruppe für 2011 von CHF (0,5) Mia. (entsprechend einer Kapitalausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie, wovon gemäss Annahme 50% in Aktien ausgeschüttet werden) und einer Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen von CHF 2,9 Mia. ³ Nicht kumulierende unbefristete Vorzugspapiere und nachrangige Schuldtitel. Gemäss Bescheid der FINMA darf die Gruppe und die Bank ins Kernkapital (Tier 1) für 2011 weiterhin CHF 0,6 Mia. beziehungsweise CHF 3,2 Mia. Eigenkapital von Spezialzweckgesellschaften mit einbeziehen, welche unter US GAAP dekonsolidiert werden (2010: CHF 1,1 Mia. beziehungsweise CHF 3,1 Mia.). ⁴ Gemäss Bescheid der FINMA darf das Kernkapital (Tier 1) bis maximal 35% in Form von hybriden Kapitalinstrumenten bestehen, was unter Basel III auslaufen wird. Per Ende 2011 entsprachen das hybride Kernkapital unter Basel II.5 27,8% und 30,5% des bereinigten Kernkapitals der Gruppe beziehungsweise der Bank.

Wir verfügten per Ende 2011 über qualifizierende Minderheitsanteile von CHF 3,4 Mia. Davon entfielen CHF 3,2 Mia. auf Kernkapitalpapiere (Tier 1), die durch von der Bank herausgegebene Beteiligungspapiere garantiert sind. Ausserdem verfügten wir über hybride Kernkapitalinstrumente (Tier 1) im Umfang von CHF 10,9 Mia., wovon CHF 2,5 Mia. innovative Instrumente waren. Die hybriden Kernkapitalinstrumente (Tier 1) umfassten Tier 1 Buffer Capital Notes mit einem Coupon

von 11% für USD 3,45 Mia. sowie Tier 1 Buffer Capital Notes mit einem Coupon von 10% für CHF 2,5 Mia., deren Erwerb oder Austausch für Tier 1 Capital Notes frühestens am 23. Oktober 2013, dem ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, erfolgen wird.

► Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» für weitere Informationen.

Entwicklung des Kernkapitals (Tier 1)

Ende	2011	2010	Veränderung in % 11 / 10
Kernkapital (Tier 1) (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode – Basel II	37 725	36 207	4
Reingewinn	1 953	5 098	(62)
Für regulatorische Zwecke nicht erfasste Fair-Value-Gewinne/(Verluste), nach Steuern	(1 415)	466	–
Fremdwährungseinfluss auf Kernkapital (Tier 1)	(361)	(2 799)	(87)
Sonstige ¹	127	(1 247)	–
Bestand am Ende der Periode – Basel II	38 029	37 725	1
Zusätzliche Auswirkung von Basel II.5	(1 185)	–	–
Bestand am Ende der Periode – Basel II.5	36 844	–	–

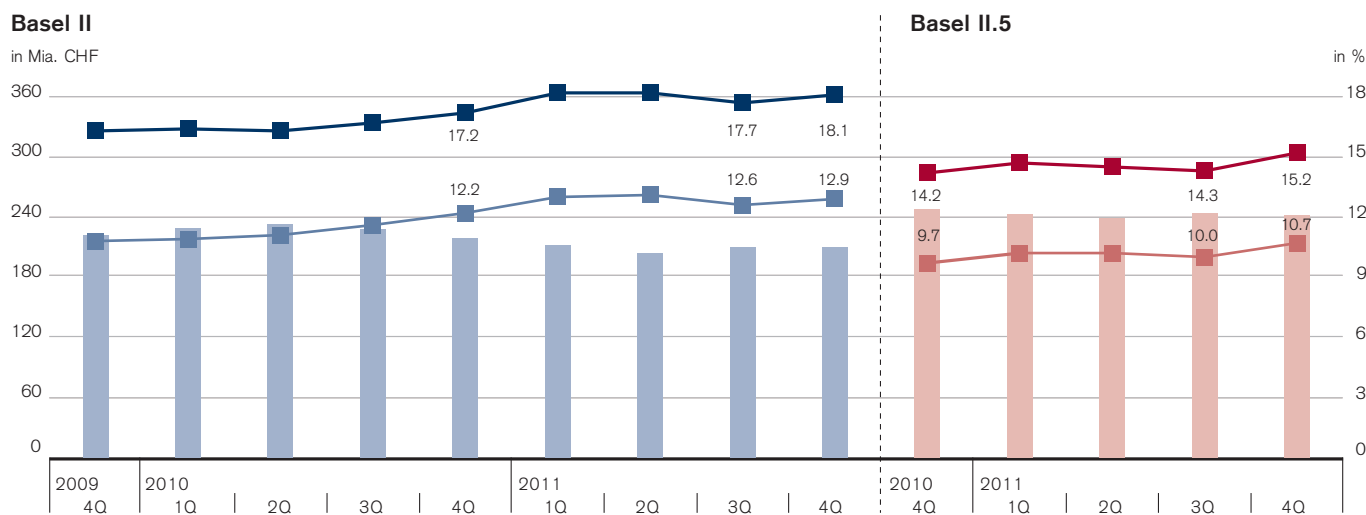
¹ Zeigt die Ausgabe und Rücknahme von Kernkapital (Tier 1), eine Dividendenabgrenzung, den Einfluss der aktienbasierten Vergütung und die Veränderung der aufsichtsrechtlichen Abzüge.

Umsetzung von Basel II.5

Durch die Umstellung von Basel II auf Basel II.5 per Ende 2011 reduzierte sich unser Kernkapital (Tier 1) um CHF 1,2 Mia. Grund dafür ist der zusätzliche Abzug für verbrieft Tranchen mit niedrigen Ratings in den Handelsbüchern, die vor allem mit dem Geschäft mit verbrieften Produkten im Investment Banking zusammenhingen, wovon 50% dem Kernkapital (Tier 1) zugerechnet werden. Die Umsetzung von Basel II.5 liess auch unsere risikogewichteten Aktiven um CHF 31,3 Mia. ansteigen, was auf die neuen Ausfall- und Migrationsrisiken sowie das Stress-VaR-Regelwerk zurückzuführen war. Dies hing in erster Linie mit dem Geschäft mit verbrieften Produkten im Investment Banking zusammen und äusserte sich vor allem im Marktrisiko.

Per Ende 2011 betrug unsere Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II.5 15,2% gegenüber 14,2% per Ende 2010. Die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) unter Basel II.5 belief sich per Ende 2011 auf 10,7%, gegenüber 9,7% per Ende 2010. Die Verbesserung der Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) im Jahr 2011 gegenüber 2010 betrug 100 Basispunkte unter Basel II.5 gegenüber 70 Basispunkten unter Basel II. Die deutlichere Verbesserung unter Basel II.5 war auf niedrigere Abzüge für verbrieft Hypotheken im Handelsbuch im Investment Banking zurückzuführen, was das innere Kernkapital verbesserte, sowie auf niedrigere risikogewichtete Aktiven infolge geringerer Risikopositionen, die in den reduzierten Berechnungen des Stress-VaR und der Verbriefungen in den Handelsbüchern zum Tragen kamen.

Risikogewichtete Aktiven und Kapitalquoten – Group



■ / ■ Risikogewichtete Aktiven ■ / ■ Kernkapitalquote (Tier 1) ■ / ■ Innere Kernkapitalquote (Core Tier 1)¹
¹ Ausgenommen sind hybride Instrumente. Reflektiert Änderungen der in den Vorjahren ausgewiesenen Methode zur Berechnung der inneren Kernkapitalquote, welche jetzt gewisse Abzüge beinhaltet.

Per Ende 2011 betrug unser Kernkapital (Tier 1) unter Basel II.5 CHF 36,8 Mia. Das entspricht einer Zunahme um CHF 1,6 Mia. gegenüber CHF 35,2 Mia. per Ende 2010. Unsere risikogewichteten Aktiven unter Basel II.5 betragen per Ende 2011 CHF 241,8 Mia. Das entspricht einem Rückgang um CHF 5,9 Mia. gegenüber CHF 247,7 Mia. per Ende 2010.

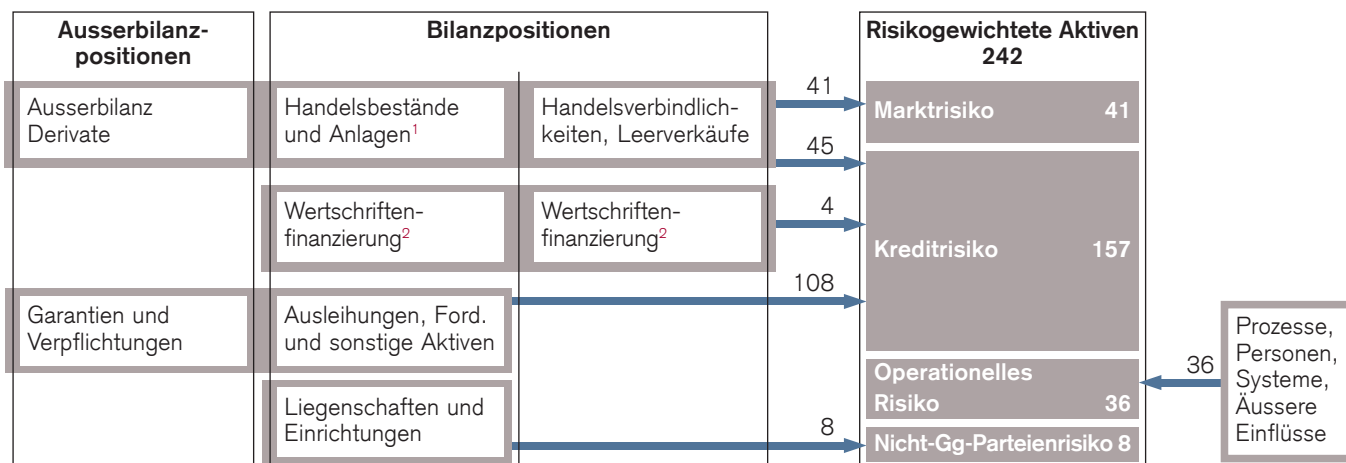
Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen

	Basel II.5	Basel II	Basel II	Basel II, Veränderung in %
Ende	2011	2011	2010	11 / 10
Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen (in Mio. CHF)				
Private Banking	73 260	73 252	63 588	15
Investment Banking	144 147	112 993	131 233	(14)
Asset Management	12 030	12 030	13 544	(11)
Corporate Center	12 316	12 154	10 337	18
Risikogewichtete Aktiven	241 753	210 429	218 702	(4)

Für Managementzwecke verrechnet die Gruppe den Divisionen auf das regulatorische Kapital bezogene risikogewichtete Aktivenäquivalente und bestimmte Abzüge für immaterielle Werte vom Kernkapital (Tier 1) der Gruppe.

Risikogewichtete Aktiven – Basel II.5

Per 31. Dezember 2011 (in Mia. CHF)



¹ Enthält hauptsächlich Handelsbestände, Wertschriftenanlagen und sonstige Anlagen. ² Enthält Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäfte sowie Verbindlichkeiten aus Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen.

Die Abbildung «Risikogewichtete Aktiven – Basel II.5» zeigt die Bilanz- und Ausserbilanzpositionen, aus denen die risikogewichteten Aktiven für Markt- und Kreditrisiko, für operationelles Risiko und für nicht gegenparteibezogenes Risiko abgeleitet werden. Die vom Marktrisiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge potenzieller Veränderungen im Fair Value von Finanzinstrumenten wegen Marktbewegungen, was sich sowohl auf die Bilanz- als auch auf die Ausserbilanzpositionen niederschlägt. Die vom Kreditrisiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge eines möglichen Verlusts, der entstehen würde, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seinen beziehungsweise ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte oder wenn sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtern würde. Die vom operationellen Risiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge von Verlustrisiken im Zusammenhang mit unzulänglichen oder falschen internen Abläufen, menschlichem oder technischem Versagen oder äusseren Einflüssen. Die vom nicht gegenparteibezogenen Risiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge unserer Liegenschaften und Einrichtungen. Die risikogewichteten Aktiven werden nicht anhand der nominalen Grösse, sondern anhand der Art der Bilanz- und Ausserbilanzpositionen bestimmt (dabei wird auch die Risikominderung durch Sicherheiten oder Absicherungsaktivitäten berücksichtigt).

Eigenmittelanforderungen – Bank Basel II

Die Kernkapitalquote (Tier 1) der Bank unter Basel II belief sich per Ende 2011 auf 17,4%, was einer Zunahme gegenüber den per Ende 2010 erzielten 17,1% entspricht. Der Zuwachs der Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II ist auf eine leichte Abnahme des Kernkapitals (Tier 1) und einen Rückgang der risikogewichteten Aktiven zurückzuführen. Per Ende 2011 betrug die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) der Bank unter Basel II 11,9% gegenüber 12,0% per Ende 2010. Die gesamte Eigenmittelquote der Bank unter Basel II betrug per Ende 2011 24,6% gegenüber 23,1% per Ende 2010. Dies war vor allem der höheren Eigenkapitalbasis und einem Rückgang der risikogewichteten Aktiven zuzuschreiben.

Die Summe der anrechenbaren Eigenmittel der Bank unter Basel II erhöhte sich von CHF 47,6 Mia. per Ende 2010 auf CHF 49,0 Mia. per Ende 2011.

Die risikogewichteten Aktiven unter Basel II gingen per Ende 2011 um CHF 6,9 Mia. auf CHF 199,1 Mia. zurück. Das Kernkapital (Tier 1) der Bank verringerte sich von CHF 35,3 Mia. per Ende 2010 auf CHF 34,6 Mia. per Ende 2011.

Das Geschäft der Bank entspricht im Wesentlichen dem Geschäft der Gruppe. Die Tendenzen für die Bank in Bezug auf Basel II sind im Einklang mit denjenigen der Gruppe.

Umsetzung von Basel II.5

Durch die Umstellung von Basel II auf Basel II.5 per Ende 2011 reduzierte sich das Kernkapital (Tier 1) der Bank um CHF 1,2 Mia. Grund dafür ist der zusätzliche Abzug für verbrieft Tranchen mit niedrigen Ratings in den Handelsbüchern, die vor allem mit dem Geschäft mit verbrieften Produkten im Investment Banking zusammenhängen, wovon 50% dem Kernkapital (Tier 1) zugerechnet werden. Die Umsetzung von Basel II.5 liess auch unsere risikogewichteten Aktiven um CHF 31,3

Mia. ansteigen, was auf die neuen Ausfall- und Migrationsrisiken sowie das Stress-VaR-Regelwerk zurückzuführen war. Dies hing in erster Linie mit dem Geschäft mit verbrieften Produkten im Investment Banking zusammen und äusserte sich vor allem im Marktrisiko.

Die Kernkapitalquote (Tier 1) und die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) der Bank unter Basel II.5 betragen per Ende 2011 14,5% beziehungsweise 9,8%.

Leverage Ratio

	Gruppe								Bank
	Basel II.5	Basel II	Basel II	Basel II, Veränderung in %	Basel II.5	Basel II	Basel II	Basel II, Veränderung in %	
Ende	2011	2011	2010	11 / 10	2011	2011	2010	11 / 10	
Kernkapital (Tier 1) (in Mia. CHF)									
Kernkapital (Tier 1)	36.8	38.0	37.7	1	33.5	34.6	35.3	(2)	
Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven (in Mio. CHF) ¹									
Durchschnittsbestand der Aktiven	1 038	1 038	1 065	(3)	1 012	1 012	1 041	(3)	
Bereinigungen:									
Aktiven aus dem Schweizer Kreditgeschäft ²	(145)	(145)	(139)	4	(119)	(119)	(115)	3	
Flüssige Mittel und Guthaben von Zentralbanken	(81)	(81)	(40)	103	(80)	(80)	(39)	105	
Sonstige	(15)	(15)	(28)	(46)	(13)	(13)	(27)	(52)	
Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven	797	797	858	(7)	800	800	860	(7)	
Leverage Ratio (in %)									
Leverage Ratio	4.6	4.8	4.4	9	4.2	4.3	4.1	5	

¹ Aus dem Durchschnitt der Monatsendwerte für die letzten drei Kalendermonate berechnet. ² Nicht enthalten ist das Schweizer Interbankengeschäft.

Leverage Ratios

Die Kapitalausstattung der Gruppe und der Bank unterliegt dem qualitativen Urteil der Aufsichtsbehörden, inklusive der FINMA, bezüglich der Kapitalkomponenten, der Risikogewichtung und anderer Faktoren. Im November 2008 erliess die FINMA eine Verordnung zur Definition neuer Eigenmittelunterlegungs- und Leverage-Ratio-Vorschriften, die bis im Jahr 2013 schrittweise umzusetzen sind. Das neue Eigenmittelunterlegungsziel gemäss dieser Verordnung liegt zwischen 50% und 100% über den Vorschriften gemäss Säule 1 (Pillar 1) von Basel II. Zudem enthält die Verordnung Grenzwerte für Fremdmittelaufnahmen, nach denen die Gruppe und die Bank konsolidiert bis 2013 eine minimale Leverage Ratio von Kernkapital (Tier 1) zum Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven von 3% (auf nicht risikogewichteter Basis) aufzuweisen hat. Die Verordnung schreibt für die Bank auf unkonsolidierter Basis eine Leverage Ratio von 4% vor.

Zur Berechnung dieser Leverage Ratio erfolgt eine Anpassung der Bilanzsumme. Sie wird um Vermögenswerte aus dem

Kreditgeschäft in der Schweiz (unter Ausschluss der schweizerischen Interbankenausleihungen), Bareinlagen und Saldi bei Zentralbanken, gewisse Reverse-Repo-Geschäfte in Schweizer Franken und bestimmte sonstige Vermögenswerte, wie Goodwill und immaterielle Vermögenswerte, die bei der Bestimmung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals (Tier 1) ausgenommen sind, bereinigt. Die FINMA hat zu verstehen gegeben, dass in ihren Augen die Marktbedingungen den Umfang der zusätzlichen Kapitalreserven mitbestimmen, gleichzeitig aber die Absicht besteht, sicherzustellen, dass diese Reserven mit den prozyklischen Aspekten dieses Messinstruments vereinbar sind.

Die Leverage Ratio der Gruppe und der Bank lag per Ende 2011 auf Basis des Kernkapitals (Tier 1) unter Basel II.5 bei 4,6% beziehungsweise 4,2%.

Auf Basis des Kernkapitals (Tier 1) unter Basel II lag die Leverage Ratio der Gruppe und der Bank per Ende 2011 bei 4,8% beziehungsweise 4,3%, verglichen mit 4,4% beziehungsweise 4,1% per Ende 2010. Die Zunahme der Leverage

Ratio unter Basel II war auf einen niedrigeren Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven und ein etwas höheres Kernkapital (Tier 1) zurückzuführen. Der niedrigere Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven widerspiegelte deutliche Rückgänge bei den Vermögenswerten im Investment Banking, die durch höhere Vermögenswerte im Private Banking teilweise kompensiert wurden.

► Siehe Tabelle «Leverage Ratio» für weitere Informationen.

Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen

Im Februar 2011 erzielten wir mit verbundenen und nahestehenden Gesellschaften und Personen der Qatar Investment Authority (QIA) und der Olayan Group (den Investoren) definitive Vereinbarungen über die Emission von Tier 1 Buffer Capital Notes (Tier 1 BCNs). Im Rahmen der Vereinbarungen werden die Investoren Tier 1 BCNs in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. erwerben, entweder gegen Barzahlung oder im Austausch für im Jahr 2008 emittierte Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%). Der Erwerb oder Austausch der BCNs erfolgt frühestens am 23. Oktober 2013, dem ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, und unterliegt der Bedingung, dass die Regulierung in der Schweiz entsprechende Kapitalpuffer vorschreibt und dass unsere Hauptaufsichtsbehörde FINMA die Anrechenbarkeit der Tier 1 BCNs als Kapitalpuffer und zusätzliches Kernkapital (Tier 1) bestätigt. Zudem müssen die notwendigen Zustimmungen und Bewilligungen unserer Aufsichtsbehörden und Aktionäre vorliegen, einschliesslich der Zustimmung für zusätzliches bedingtes Kapital oder Wandlungskapital. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, werden wir von den Investoren Bargeld oder Tier 1 Capital Notes für die Tier 1 BCNs erhalten. Bei der Ausgestaltung der Konditionen der Tier 1 BCNs haben wir eng mit der FINMA zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass die Tier 1 BCNs als bedingtes, auf den Kapitalpuffer anrechenbares Wandlungskapital geltend gemacht werden können. Zusätzlich zu den Tier 1 Capital Notes halten die QIA und die Olayan Group auch in bedeutendem Umfang Aktien und andere Finanzprodukte der Credit Suisse Group. Die Tier 1 BCNs werden in Stammaktien der Credit Suisse Group gewandelt, sollte die gemäss Basler Ausschuss ermittelte Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) zum Ende eines Kalenderquartals unter 7% (oder eine anwendbare niedrigere Mindestgrenze) fallen. Davon ausgenommen sind Fälle, in denen die FINMA auf unseren Antrag hin bei oder vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse zustimmt, dass Massnahmen, Umstände oder Ereignisse die Quote wieder über den anwendbaren Schwellenwert gehoben haben beziehungsweise in Kürze heben werden. Der Wandelpreis beträgt mindestens USD 20 / CHF 20 pro Aktie (vorbe-

haltlich weiterer Anpassungen) oder entspricht – falls höher – dem nach Tagesvolumen gewichteten Durchschnittskurs der Aktie während eines Zeitraums von fünf Tagen vor Bekanntgabe der Umwandlung. Die Tier 1 BCNs werden auch dann in Aktien der Credit Suisse Group gewandelt, wenn die FINMA bestimmt, dass die Credit Suisse staatliche Kapitalunterstützung braucht, um zu verhindern, dass wir insolvent, bankrott oder ausserstande sind, einen wesentlichen Teil unserer Anleihen zurückzuzahlen, oder wenn andere Umstände dies erfordern würden. Die Tier 1 BCNs sind tief nachrangig und unbefristet und können von uns fünf Jahre nach dem Erwerb oder Austausch (d. h. frühestens 2018) sowie unter bestimmten anderen Umständen mit Genehmigung der FINMA gekündigt werden. Auf die Tier 1 BCNs in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. wird ein fester Coupon von 9,5% beziehungsweise 9% gezahlt, der nach dem ersten Call-Datum neu festgesetzt wird. Die Couponzahlungen unterliegen im Allgemeinen dem Ermessen des Emittenten (sofern kein Trigger-Ereignis eingetreten ist), können unter bestimmten Umständen eingestellt werden und sind nicht kumulativ.

Im Februar 2011 platzierten wir USD 2 Mia. an Tier 2 Buffer Capital Notes (Tier 2 BCNs) mit einem Coupon von 7,875% und einer Laufzeit bis 2041. Die Tier 2 BCNs sind nachrangige Anleihen und können vom Emittenten jederzeit ab August 2016 zurückgezahlt werden. Der Coupon wird ab August 2016 alle fünf Jahre neu festgelegt. Zinszahlungen unterliegen nicht dem Ermessen des Emittenten und sind nicht aufschiebbar. Die Tier 2 BCNs werden in Stammaktien der Credit Suisse Group gewandelt, sollte vor Umsetzung von Basel III unsere Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) beziehungsweise nach Umsetzung von Basel III unsere Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unter 7% sinken. Der Wandelpreis beträgt mindestens USD 20 pro Aktie (vorbehaltlich weiterer Anpassungen) oder entspricht – falls höher – dem nach Tagesvolumen gewichteten Durchschnittskurs unserer Stammaktien während eines Zeitraums von 30 Tagen vor Bekanntgabe der Umwandlung. Die Tier 2 BCNs werden auch dann in Aktien der Credit Suisse Group gewandelt, wenn die FINMA bestimmt, dass die Credit Suisse staatliche Kapitalunterstützung braucht, um zu verhindern, dass wir insolvent, bankrott oder ausserstande sind, einen wesentlichen Teil unserer Anleihen zurückzuzahlen, oder wenn andere Umstände dies erfordern würden.

Die Bank zahlte 2011 ein hybrides Kernkapitalinstrument (Tier 1) im Umfang von EUR 400 Mio. zurück.

Im März 2012 gaben wir ein Zeichnungsangebot zum Rückkauf bestimmter ausstehender Kernkapitalinstrumente (Tier 1) sowie von Instrumenten des ergänzenden Kapitals (Tier 2) bis zu einem Gesamtbetrag von CHF 4,75 Mia. bekannt.

Im März 2012 gaben wir die Platzierung von wir CHF 750 Mio. an Tier 2 BCNs mit einem Coupon von 7,125% und einer Laufzeit bis 2022 bekannt. Die Tier 2 BCNs werden in Stammaktien der Credit Suisse Group gewandelt, sollte vor Umsetzung von Basel III unsere Quote des inneren Kernkapi-

tals (Core Tier 1) beziehungsweise nach Umsetzung von Basel III unsere Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unter 7% sinken. Die Tier 2 BCNs können vom Emittenten im März 2017 zurückgezahlt werden.

Eigenmittel

Ende	Gruppe			Bank		
	2011	2010	Veränderung in %	2011	2010	Veränderung in %
Eigenkapital der Aktionäre (in Mio. CHF)						
Stammaktien	49	47	4	4 400	4 400	0
Kapitalreserve	21 796	23 026	(5)	23 170	24 026	(4)
Bilanzgewinn	27 053	25 316	7	10 870	10 068	8
Eigene Aktien (zu Anschaffungskosten)	(90)	(552)	(84)	–	–	–
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	(15 134)	(14 555)	4	(10 938)	(10 711)	2
Total Eigenkapital der Aktionäre	33 674	33 282	1	27 502	27 783	(1)
Goodwill	(8 591)	(8 585)	0	(7 456)	(7 450)	0
Sonstige immaterielle Werte	(288)	(312)	(8)	(280)	(304)	(8)
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ¹	24 795	24 385	2	19 766	20 029	(1)
Ausstehende Aktien (in Mio.)						
Ausgegebene Stammaktien	1 224.3	1 186.1	3	44.0	44.0	0
Eigene Aktien	(4.0)	(12.2)	(67)	–	–	–
Ausstehende Aktien	1 220.3	1 173.9	4	44.0	44.0	0
Nennwert (in CHF)						
Nennwert	0.04	0.04	0	100.00	100.00	0
Buchwert pro Aktie (in CHF)						
Total Buchwert pro Aktie	27.59	28.35	(3)	625.05	631.43	(1)
Goodwill pro Aktie	(7.04)	(7.31)	(4)	(169.45)	(169.32)	0
Sonstige immaterielle Werte pro Aktie	(0.23)	(0.27)	(15)	(6.37)	(6.91)	(8)
Materieller Buchwert pro Aktie ¹	20.32	20.77	(2)	449.23	455.20	(1)

¹ Das Management ist der Ansicht, dass das materielle Eigenkapital der Aktionäre und der materielle Buchwert pro Aktie, beides unter GAAP nicht definierte Finanzgrössen, aussagekräftige Werte sind, da sich Branchenanalysten zur Beurteilung von Bewertung und Eigenkapitalausstattung darauf stützen.

Eigenkapital

Gruppe

Das Total Eigenkapital der Aktionäre der Gruppe blieb mit CHF 33,7 Mia. per Ende 2011 stabil gegenüber Ende 2010. Das Total Eigenkapital der Aktionäre wurde durch den Reingewinn 2011, den Effekt der aktienbasierten Vergütungen und die Emission von Stammaktien im Zusammenhang mit der Emission von Mandatory Convertible Securities im Umfang von CHF 350 Mio. durch die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Ltd. beeinflusst. Diese Entwicklungen wurden durch eine Bardividende 2011, eine versicherungsmathematische Rentenanpassung, Veränderungen der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht und durch Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen teilweise kompensiert.

- ▶ Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Total Eigenkapital der Gruppe.

Bank

Das Total Eigenkapital der Aktionäre der Bank blieb mit CHF 27,5 Mia. per Ende 2011 stabil gegenüber Ende 2010. Das Total Eigenkapital der Aktionäre wurde durch den Reingewinn 2011 und eine versicherungsmathematische Rentenanpassung beeinflusst, die durch den Effekt der Veränderungen der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht, Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen, aktienbasierte Vergütungen und die 2011 gezahlte Bardividende teilweise kompensiert wurde.

Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss das Basel-III-Regelwerk, das eine höhere Mindestkapitalanforderung, neue Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Puffer, neue risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsstandards vorsieht. Ziel dieser Massnahmen war es, die Widerstandskraft des Bankensektors zu stärken. Aufgrund der neuen Eigenkapitalanforderungen und Kapitalpuffer müssen die Banken künftig über mehr Eigenkapital verfügen, und zwar in erster Linie in Form von hartem Kernkapital (Common Equity Tier 1). Die neuen Kapitalanforderungen werden zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2019 schrittweise eingeführt.

Bevor es herausgegeben wurde, einigten sich die Finanzminister und Notenbankchefs der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) im November 2010 über das Regelwerk des Basler Ausschusses. Nun müssen alle G-20-Staaten die neuen Richtlinien umsetzen, wobei es jedem G-20-Staat freisteht, noch strengere oder andere Anforderungen einzuführen.

Gemäss Basel III werden die Mindestanforderungen an die Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) von 2% auf 4,5% erhöht. Diese Erhöhung wird zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015 schrittweise eingeführt. Für diese Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) kommen bestimmte regulatorische Abzüge und andere Anpassungen des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1), die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 1. Januar 2018 umgesetzt werden, zur Anwendung. Dazu gehören der Abzug von latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, Goodwill, immateriellen Vermögenswerten sowie Investitionen in Bank- und Finanzinstitute. Ausserdem erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Kernkapitalquote (Tier 1) von 4% auf 6% zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015.

Mit Basel III wird ausserdem eine zusätzliche Anforderung an das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1), ein sogenannter Kapitalerhaltungspuffer von zusätzlichen 2,5%, eingeführt, der in Zeiten von finanziellem oder wirtschaftlichem Stress Verluste absorbieren soll. Banken, die keinen entspre-

chenden Puffer aufweisen, werden nur beschränkt in der Lage sein, Dividenden auszuschütten oder ermessensabhängige Bonuszahlungen oder andere Gewinnverteilungen vorzunehmen. Der neue Kapitalerhaltungspuffer wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise eingeführt und am 1. Januar 2019 vollständig in Kraft treten.

Des Weiteren ist unter Basel III ein zusätzlicher antizyklischer Kapitalpuffer von bis zu 2,5% vorgesehen, der aus hartem Kernkapital (Common Equity Tier 1) oder sonstigem Kapital, das eine volle Verlustabsorption gewährleistet, zusammengesetzt ist. Diese Anforderung wird voraussichtlich von den nationalen Aufsichtsbehörden auferlegt werden, wenn diese der Auffassung sind, dass das Kreditwachstum zu hoch sei und zu systemweiten Risiken führe.

Die meisten Kapitalinstrumente, welche die strengen Kriterien für den Einbezug in das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1) unter Basel III nicht erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2013 ausgeschlossen. Kapitalinstrumente, die nicht mehr zum äusseren Kernkapital (Non-Core Tier 1) beziehungsweise zum ergänzenden Kapital (Tier 2) zählen, werden ab 1. Januar 2013 über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise auslaufen. Zudem werden Instrumente mit einem Anreiz zur Tilgung vor ihrer effektiven Fälligkeit, sofern vorhanden, an ihrem effektiven Fälligkeitsdatum, in der Regel am Datum des ersten Step-up-Coupons, auslaufen.

Im November 2011 gab der Basler Ausschuss die definitiven Vorschriften für globale systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks, G-SIBs) heraus. Darin wurde die Methode zur Beurteilung, ob ein Bankinstitut als G-SIB betrachtet werden solle, beschrieben und es wurden zusätzliche Kapitalanforderungen zwischen 1% und 2,5% (mit möglichen zusätzlichen 1%) des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) festgelegt. Die zusätzlichen Anforderungen an G-SIBs werden parallel zu dem Kapitalerhaltungs- und antizyklischen Puffer gemäss Basel III ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum Jahresende 2018 eingeführt. Das Financial Stability Board hat uns als G-SIB identifiziert.

- ▶ Siehe Abbildung «Kapitalanforderungen im Vergleich» für weitere Informationen zum neuen Kapitalerhaltungspuffer.
- ▶ Siehe Tabelle «Basel-III-Einführungsbestimmungen des Basler Ausschusses» für weitere Informationen zum Auslaufen von Kapitalinstrumenten.

Basel-III-Einführungsbestimmungen des Basler Ausschusses

1. Januar	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Basel-III-Einführungsbestimmungen							
Minimale Quote des harten Kernkapitals	3.5% ¹	4.0% ¹	4.5%	4.5%	4.5%	4.5%	4.5%
Kapitalerhaltungspuffer				0.625% ¹	1.25% ¹	1.875% ¹	2.5%
Minimale Quote des harten Kernkapitals mit Kapitalerhaltungspuffer	3.5% ¹	4.0% ¹	4.5% ¹	5.125% ¹	5.75% ¹	6.375% ¹	7.0%
Einführungsabzüge vom harten Kernkapital (Tier 1) ²		20.0% ¹	40.0% ¹	60.0% ¹	80.0% ¹	100.0%	100.0%
Minimales Kernkapital (Tier 1)	4.5% ¹	5.5% ¹	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%
Minimales Gesamtkapital	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%	8.0%
Minimales Gesamtkapital mit Kapitalerhaltungspuffer	8.0%	8.0%	8.0%	8.625% ¹	9.25% ¹	9.875% ¹	10.5%
Kapitalinstrumente, die nicht mehr als Instrumente des äusseren Kernkapitals (Non-Core Tier 1) oder des ergänzenden Kapitals (Tier 2) qualifizieren.	Ab 2013 über einen Zeithorizont von 10 Jahren auslaufend						

Quelle: Basler Ausschuss.

¹ Bezeichnet die Übergangsperiode. ² Enthält Beträge, welche die Limite für latente Steuerguthaben und Beteiligungen an Finanzinstituten übersteigen.

Im September 2011 verabschiedete das schweizerische Parlament das Gesetz in Bezug auf Grossbanken («Too Big to Fail»). Das Gesetz trat am 1. März 2012 in Kraft. Dieses umfasst Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie Vorschriften zur Risikoverteilung und Notfallplanung, die auf die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Funktionen, selbst im drohenden Insolvenzfall, ausgerichtet sind. Die Gesetzgebung zu den Kapitalanforderungen basiert auf Basel III, geht aber über die Mindeststandards hinaus, indem bis zum 1. Januar 2019 von der Gruppe und der Bank verlangt wird, dass sie ein hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) von mindestens 10% der risikogewichteten Aktiven sowie bedingtes Kapital oder anderes anrechenbares Kapital von weiteren 9% der risikogewichteten Aktiven aufweisen.

Entwürfe zu Ausführungsverordnungen mit näheren Details zu den Anforderungen der «Too Big to Fail»-Gesetzgebung wurden im Dezember 2011 vom Bundesrat zur Vernehmlassung vorgelegt. Die «Too Big to Fail»-Verordnungen zur Einführung der Gesetzgebung bedürfen der Genehmigung durch den Bundesrat und durch das Parlament. Es ist damit zu rechnen, dass die Ausführungsverordnungen 2012 abgeschlossen werden. Die neuen Anforderungen sollen bis Ende 2018 schrittweise eingeführt werden. Einer dieser Verordnungsentwürfe enthält eine Bestimmung, wonach Schweizer Banken bestimmte Anforderungen an die Leverage Ratios gemäss Basel III drei Jahre früher erfüllen müssten als vorgeschrieben.

Kapitalanforderungen im Vergleich

	Basel II/II.5	Basel II/II.5 "Swiss Finish"	Basel III	Basel III Swiss "Too Big to Fail"
Progressive Komponente				Bedingtes Kapital 6%¹ (Trigger bei 5% ²)
Puffer		Ergänzendes Kapital (Tier 2) 4%	Progressiver Puffer zwischen 1% and 2.5% für G-SIBs Kapitalerhaltungspuffer 2.5% (Hartes Kernkapital)	Bedingtes Kapital 3%¹ (Trigger bei 7% ²) Swiss Finish 3% (Hartes Kernkapital) Kapitalerhaltungspuffer 2.5% (Hartes Kernkapital)
		Zusätzliches Kernkapital (Tier 1) 2% Minimum (Hartes Kernkapital) 2%		
Minimum	Ergänzendes Kapital (Tier 2) 4% Zusätzliches Kernkapital (Tier 1) 2% Hartes Kernkapital 2%	Ergänzendes Kapital (Tier 2) 4% Zusätzliches Kernkapital (Tier 1) 2% Hartes Kernkapital 2%	Ergänzendes Kapital (Tier 2) 2% Zusätzliches Kernkapital (Tier 1) 1.5% Hartes Kernkapital 4.5%	Bedingtes Kapital 3.5%¹ aus dem Puffer und der progressiven Komponente Hartes Kernkapital 4.5%

■ Hartes Kernkapital von geringerer Qualität. ■ Hartes Kernkapital von höherer Qualität.

¹ Kann je nach den zugrunde liegenden Instrumenten den Basel-III-Mindestanforderungen als Kernkapital (Tier 1) oder als ergänzendes Kapital (Tier 2) angerechnet werden. Die Höhe der progressiven Komponente hängt von der Grösse des Unternehmens und des Marktanteils am systemrelevanten Geschäft im Inland. ² Trigger bei 5% oder 7% des harten Kernkapital (Common Equity Tier 1) unter Basel III.

Im November 2011 begann das Eidgenössische Finanzdepartement mit Anhörungen, um einen variablen antizyklischen Kapitalpuffer für alle Banken gemäss Basel III einzuführen und damit die Widerstandskraft des Bankensektors gegenüber entsprechenden Risiken in Zeiten übermässigen Kreditwachstums zu stärken. Der antizyklische Kapitalpuffer dürfte voraussichtlich maximal 2,5% der risikogewichteten Aktiven entsprechen und würde durch den Bundesrat auf Anfrage der SNB nach Rücksprache mit der FINMA aktiviert und anschliessend wieder deaktiviert. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat vorgeschlagen, diesen antizyklischen Kapitalpuffer 2012 einzuführen.

Die Credit Suisse geht davon aus, dass sie in der Lage sein wird, die neuen Anforderungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu erfüllen. Der Kapitalaufbau würde über Gewinne und die Emission von bedingtem Kapital oder anderen anrechenbaren Instrumenten erfolgen.

Simulation der Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unter Basel III

Da das Basel-III-Regelwerk des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht nicht vor dem 1. Januar 2013 umgesetzt wird, haben wir unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III für die Zwecke dieses Berichts gemäss den derzeit vorgeschlagenen Anforderungen und unserer derzeitigen Auslegung dieser Anforderungen, einschliesslich der massgeblichen Annahmen, errechnet. Im Falle von Änderungen bei der tatsächlichen Umsetzung von Basel III würden sich Zahlen ergeben, die von den in diesem Bericht dargestellten Werten abweichen.

Unseren Schätzungen gemäss dürfte sich die Erhöhung der risikogewichteten Aktiven infolge von Basel III per 1. Januar 2013 auf CHF 97 Mia. belaufen. Dabei rechnen wir damit, dass praktisch die ganze durch Basel III bedingte Erhöhung der risikogewichteten Aktiven im Geschäft mit verbrieften Produkten sowie im Zins-, Kredit- und Aktienderivatgeschäft des Investment Banking erfolgen wird. Wir gehen davon aus, die risikogewichteten Aktiven nach Basel III vor allem in Zinsprodukten, verbrieften Produkten, Krediten, Emerging Markets und nicht weiterzuführenden Geschäftsbereichen im Investment Banking um rund CHF 56 Mia. zu mindern. Die Reduktion der risikogewichteten Aktiven ist Ausdruck unserer weiterentwickelten Strategie, die einen Abbau der risikogewichteten Aktiven im festverzinslichen Bereich vorsieht.

- ▶ Siehe «Entwicklung unserer Strategie» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis für weitere Informationen zur Strategie der Gruppe.

Zusätzlich zur Konsenserwartung des Reingewinns und der Dividendenannahme für 2012 basiert die Simulation der Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) darauf, dass unsere Verpflichtung bezüglich aktienbasierter Vergütungen, die durch Aktien erfüllt wird, welche mit bedingtem Kapital herausgegeben werden, sowie andere erwartete Veränderungen und Abzüge beim regulatorischen Kapital 2012 einen Vorteil von CHF 2,6 Mia. bringen werden. Innerhalb dieser Parameter dürfte unsere Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) per 1. Januar 2013 rund 12,9% betragen. Die folgende Darstellung stimmt mit den Basel-III-Einführungsbestimmungen überein.

Simulation der Quote des harten Kernkapitals (CET1)

Kapitalentwicklung (in Mia. CHF)

Total Eigenkapital der Aktionäre – 31. Dezember 2011	33.7
Aufsichtsrechtliche Abzüge:	
Fair Value der eigenen Verbindlichkeiten ¹	(2.6)
Dividendenabgrenzung ²	(0.5)
Hartes Kernkapital (CET1) – 31. Dezember 2011	30.6
Konsenserwartung Reingewinn 2012 ³	3.8
Dividendenannahme 2012 ⁴	(0.5)
Aktienbasierte Vergütung und sonstige Einflüsse	2.6
Hartes Kernkapital (CET1) – 1. Januar 2013	36.5

Entwicklung der risikogewichteten Aktiven (RWA) (in Mia. CHF)

RWA (Basel II.5) – 31. Dezember 2011	242
Geschätzte Basel-III-Änderungen	97
RWA (Basel III, vor Reduktion)	339
Reduktion von RWA	(56)
RWA (Basel III) – 1. Januar 2013⁵	283

Kapitalquote (in %)

Quote des harten Kernkapitals (CET1) – 1. Januar 2013	12.9⁶
--	-------------------------

¹ Der Fair Value der eigenen Verbindlichkeiten entspricht den Fair-Value-Änderungen aus Veränderungen der Kreditrisikoprämien auf unseren eigenen gewöhnlichen Verbindlichkeiten und strukturierten Schuldtiteln, nach Steuern. ² Entspricht dem Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 27. April 2012; aus Reserven aus Kapitaleinlagen zu bezahlen. ³ Die Bloomberg-Konsensschätzung des Reingewinns wird von uns weder bestätigt noch verifiziert und dient ausschliesslich der Veranschaulichung. Der tatsächliche Reingewinn kann wesentlich davon abweichen. ⁴ Auf der Annahme beruhend, dass diese der Dividendenabgrenzung für das Jahr 2011 entspricht; dient ausschliesslich der Veranschaulichung. Die tatsächlichen Dividenden können wesentlich davon abweichen. ⁵ Gemäss unserem strategischen Geschäftsplan wird das Geschäftswachstum eine Umverteilung des Kapitals bedingen, da wir anstreben, dass die risikogewichteten Aktiven brutto nicht zunehmen. ⁶ Das im März 2012 bekannt gegebene Angebot, bestimmte ausstehende Wertschriften des Kernkapitals (Tier 1) und des ergänzenden Kapitals (Tier 2) bis zu einem Gesamtvolumen im Bargegenwert von CHF 4,75 Mia. zurückzukaufen, ist nicht berücksichtigt.

Von 2014 bis 2018 werden während einer fünfjährigen Übergangsfrist Abzüge für Goodwill und andere Kapitalabzüge nach Basel III schrittweise (20% jährlich) anfallen (z. B. Rückstellungen für latente Steuern und Beteiligungen an Finanzinstitu-

ten). Ausgehend von einem Goodwillabzug von CHF 8,9 Mia. und anderen Kapitalabzügen von CHF 7,6 Mia. nach der vollständigen Einführung dürfte unsere Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) unseren Schätzungen gemäss per 1. Januar 2013 auf ungefähr 7,1% zu stehen kommen.

Aktienrückkäufe

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht unterliegt das Halten oder der Rückkauf eigener Aktien einer gewissen Beschränkung. So können wir nur dann einen Aktienrückkauf durchführen, wenn frei verfügbares Eigenkapital in der Höhe der dafür nötigen Mittel vorhanden ist und der gesamte Nennwert dieser Aktien 10% des Aktienkapitals nicht übersteigt. Zudem hat die Gruppe in der Rechnungslegung der Holdinggesellschaft besondere Rückstellungen in Höhe des Kaufpreises der erworbenen Aktien vorzunehmen. In der konsolidierten Jahresrechnung werden die eigenen Aktien zu Einstandskosten erfasst und als eigene Aktien ausgewiesen. Dies führt zu einem Rückgang des Eigenkapitals. Von uns zurückgekaufte Aktien haben keinerlei Stimmrechte an den Generalversammlungen.

Im Jahr 2011 haben wir 366,8 Mio. Stammaktien zurückgekauft und 368,0 Mio. Stammaktien verkauft. Dies geschah hauptsächlich im Rahmen unseres Engagements als Market Maker und zur Unterstützung von Kundenaufträgen. Per 31. Dezember 2011 hielt die Gruppe 4,0 Mio. eigene Aktien.

- ▶ Siehe «Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Vergütung für weitere Information.

Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien

In Mio., wo nicht anders vermerkt	Anzahl Aktien	Durchschnittspreis pro Aktie in CHF
2011		
Januar	26.3	41.32
Februar	31.4	43.36
März	48.0	40.17
April	34.9	39.61
Mai	32.0	36.64
Juni	22.0	33.63
Juli	28.9	30.08
August	33.7	23.58
September	32.7	21.71
Oktober	21.3	24.57
November	21.4	21.93
Dezember	34.2	22.01
Total Käufe von eigenen Aktien	366.8¹	–
Total Verkäufe von eigenen Aktien	368.0	–

¹ Vorwiegend für Market-Making-Zwecke und zur Ermöglichung von Kundenaufträgen.

Dividenden und Dividendenpolitik

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenausschüttungen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Der Verwaltungsrat kann eine Dividendenausschüttung vorschlagen, jedoch nicht selber festlegen. Die Revisionsstelle muss zudem bestätigen, dass der Dividendenvorschlag des Verwaltungsrats mit den gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmt. In der Regel stimmen die Aktionäre dem Dividendenvorschlag des Verwaltungsrats zu. Dividenden sind normalerweise nach der Beschlussfassung der Generalversammlung über die Gewinnverwendung fällig und zahlbar. Gemäss schweizerischem Obligationenrecht beträgt die Verjährungsfrist bei genehmigten Dividendenausschüttungen fünf Jahre.

Das Ziel unserer Dividendenpolitik besteht darin, unseren Investoren eine stabile und effiziente Form der Kapitalausschüttung zu bieten. Die im Geschäftsjahr 2011 für 2010 vorgenommene Dividendenausschüttung bestand aus einer

Barausschüttung von CHF 1.30 pro Aktie aus Eigenmittellrückstellungen.

Unser Verwaltungsrat wird den Aktionären an der Generalversammlung vom 27. April 2012 für das Jahr 2011 eine Ausschüttung in Höhe von CHF 0.75 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Dieser Vorschlag unterliegt der Genehmigung durch die Generalversammlung. Aufgrund einer Änderung des Steuerrechts in der Schweiz, die im Januar 2011 in Kraft getreten ist, ist diese Ausschüttung von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegt keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Anlage halten. Die Aktionäre werden im Rahmen allfälliger rechtlicher Einschränkungen, die in ihrem Domizilland allenfalls gelten, die Wahl haben, entweder eine Barausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie oder neue Aktien der Gruppe in einem vom Verwaltungsrat festzulegenden Zeichnungsverhältnis zu erhalten. Das Zeichnungsverhältnis wird auf einem Emissionskurs der neuen Aktien basieren, der etwa 92% des durchschnittlichen Eröffnungs- und Schlusskurses der Aktien der Gruppe an der SIX Swiss Exchange während fünf Handelstagen im Anschluss an die Generalversammlung, abzüglich der Ausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie, ausmachen dürfte. Als Ex-Datum wurde der 9. Mai 2012 festgelegt.

Aufgrund unserer Holdingstruktur hält die Gruppe alle Investitionen in Tochtergesellschaften und ist deshalb auf die Dividenden ihrer Tochtergesellschaften angewiesen, um Aktionärsdividenden zu zahlen und langfristige Schulden zu bedienen. Die Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen in der Regel den gesetzlichen Beschränkungen in Bezug auf die zulässige Höhe von Dividendenausschüttungen. Die Höhe der Dividendenausschüttungen von operativen Tochtergesellschaften hängt von den Zukunftserwartungen und den Wachstumsaussichten des operativen Geschäfts ab.

- ▶ Siehe «Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals» für Informationen zu möglichen Dividendenbeschränkungen gemäss dem Basel-III-Regelwerk.
- ▶ Siehe «Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung für weitere Informationen zu den Dividenden.

Dividende pro Aktie

Ende	USD ¹	CHF
Dividende pro Aktie		
2010	1.48	1.30
2009	1.78	2.00
2008	0.10	0.10
2007	2.40	2.50
2006 ²	2.20	2.70

¹ Entspricht der Ausschüttung für jede American Depositary Share. Weitere Informationen finden sich unter www.credit-suisse.com/dividende. ² Die Ausschüttung bestand aus einer Dividende von CHF 2.24 (USD 1.82) und einer Nennwertreduktion von CHF 0.46 (USD 0.38), wie am 4. Mai 2007 für das Geschäftsjahr 2006 beschlossen.

Fremdwährungs- und Zinsrisikomanagement

Die Bewirtschaftung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit Investitionen in Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen erfolgt im Rahmen festgelegter Parameter, die ein Gleichgewicht zwischen der Stabilität der Eigenmittel und dem Erhalt des Aktienkapitals in Schweizer Franken bewahren. Die Entscheidungen bezüglich dieser Parameter werden vom CARMC getroffen und regelmässig überprüft.

Fremdwährungsrisiken in Verbindung mit Vermögenswerten der Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften, die nicht auf die Funktionswährung lauten, werden durch eine Kombination vorwärts- und rückwärtsgerichteter Absicherungen bewirtschaftet, mit dem Ziel, die fremdwährungsbedingte Volatilität der berichteten Erträge zu mindern.

Die mit den Bankenbuch-Transaktionen wie Kreditvergaben beziehungsweise der Annahme von Einlagen verbundenen Zinsänderungsrisiken werden von den Divisionen an Treasury übertragen und dort mit allen anderen Zinsrisikopositionen zentral gesteuert. Zudem entwickelt und unterhält Treasury die erforderlichen Modelle zur Festlegung von Zinsänderungsrisiken bei Produkten ohne vorgegebene Laufzeit (etwa Einlagen auf Sicht, Spargelder). Zu diesem Zweck kommt in enger Zusammenarbeit mit Risikomanagement eine Replikationsmethode zur Anwendung, um die Stabilität und Nachhaltigkeit von Erträgen aus Renditedifferenzen in den Divisionen zu maximieren. Ausserdem steuert Treasury die Zinsrisiken für das Eigenkapital der Bank anhand mit dem Management vereinbarter Ziele.

Risikomanagement

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank. 2011 haben wir unser Risikoprofil weiterhin sorgfältig gesteuert, um den Herausforderungen eines von Volatilität geprägten Marktumfelds und eines sich wandelnden regulatorischen Rahmens gerecht zu werden. Wir haben unsere Risikomanagementfunktion gestärkt, unsere Risikomanagementansätze und -methoden verbessert sowie weitere bedeutende Investitionen in unsere IT-Infrastruktur getätigt. Wir haben das Regelwerk für unseren Risikoappetit weiter überprüft. Dieses Regelwerk definiert die Grundprinzipien für die Steuerung von Risiken, mit dem Ziel, ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten. Das Positionsrisiko erhöhte sich insgesamt um 2%, der durchschnittliche Risikomanagement-VaR unserer Handelsbücher ging um 26% zurück und unsere gefährdeten Ausleihungen sind um 8% gesunken.

Wichtigste Entwicklungen im Bereich der Risiken 2011

Die Reform der Finanzdienstleistungsbranche stand auch im vergangenen Jahr im Fokus von führenden Regierungsvertretern und Aufsichtsbehörden. Sie umfasst unter anderem Anforderungen an Kapitalausstattung, Leverage (Verschuldungsgrad) und Liquidität sowie Änderungen der Vergütungspraxis und systemische Risiken. Die G-20 und nationale Regierungen verpflichteten sich zu einer Verschärfung der Vorschriften und zu einer verbesserten Koordination bei der Aufsicht von Banken und Finanzinstituten.

- ▶ Siehe «Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals» in Treasury Management für weitere Informationen zu unserem aktuellen regulatorischen Regelwerk zu Kapitalausstattung, Leverage und Liquidität, einschliesslich gewisser erwarteter Änderungen bezüglich dieses Regelwerks.
- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für Informationen zu sonstigen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen und Vorschlägen.
- ▶ Siehe «Neue Modelle zur Risikomessung» in Marktrisiko für weitere Informationen zu den im Rahmen von Basel II.5 umgesetzten Risikomanagementmassnahmen.
- ▶ Siehe «VaR» in Marktrisiko für weitere Informationen zur im Juni 2011 eingeführten, überarbeiteten VaR-Methode für den Risikomanagement-VaR und den regulatorischen VaR.

Diese und andere Änderungen der aufsichtsbehördlichen Anforderungen werden sich auch künftig auf die Zusammensetzung unserer Geschäftstätigkeit auswirken und einigen Geschäftsbereichen Beschränkungen auferlegen. Wir entwickeln unsere divisionalen Geschäftsmodelle in Reaktion auf diese Anforderungen weiter. Wir erwarten, dass die im Umfang des vorgeschlagenen Regulierungsrahmens enthalte-

nen komplexen Risikomanagementtechniken und -massnahmen die Kosten und benötigten Ressourcen erhöhen werden.

Im Investment Banking wird sich unser Risikoprofil verringern, da wir uns auf eine Verkleinerung beziehungsweise die Aufgabe von Geschäftsbereichen konzentrieren, die geringe Renditen erzielen oder keinen klaren Wettbewerbsvorteil bieten (beispielsweise die Emission von Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)). Zudem wollen wir die risikogewichteten Aktiven unter Basel III in unserem Anleihegeschäft wesentlich verringern. Angesichts der spezifischen Auswirkungen der neuen regulatorischen Anforderungen gehen wir davon aus, dass die Kosten für das Halten von Kreditpositionen im Handelsbuch, namentlich bei Verbriefungspositionen und im Kredithandel, steigen werden, so dass das kundenorientierte Vermittlungsgeschäft im Vergleich zu Kreditverbriefungs- und Warehousing-Aktivitäten weiter an Attraktivität gewinnen dürfte. Die Kapitalanforderung unter Basel III für das Kreditrisiko von OTC-Derivatgeschäften wird sich stärker auf die risikogewichteten Aktiven auswirken. Wir erwarten zudem, dass die höhere Eigenmittelunterlegung von OTC-Derivaten auch einen grösseren Anreiz bietet, solche Risiken an zentrale Börsenkontrahenten auszulagern.

Das Risikoprofil im Private Banking stieg 2011 leicht an, und das Risikoprofil im Asset Management blieb relativ stabil. Derzeit gehen wir nicht davon aus, dass sich mit der Anpassung der Geschäftsstrategie im Private Banking und im Asset Management ihre Risiken massgeblich erhöhen werden. Trotzdem haben strategische Änderungen einen Einfluss auf die natürlichen Risiken eines Geschäfts.

Im vergangenen Jahr hat sich die Branche auf die Einhaltung von Anforderungen im Hinblick auf die Eignung und Angemessenheit von Kapitalanlagen konzentriert. Das Augenmerk lag dabei auf dem Anlegerschutz und einer Erhöhung der Transparenz von Finanzprodukten und -dienstleistungen. Ob

Anlagen für unsere Kunden geeignet und angemessen sind, wird fortlaufend überprüft.

Auch das Reputationsrisiko war im vergangenen Jahr ein Schwerpunktthema. Hier haben wir unseren Geschäftsansatz unter anderem in Bezug auf verschiedene Schwellenländer, gewisse Branchen, Transaktionen mit politisch exponierten Personen und staatlichen Investitionsfonds überarbeitet.

- ▶ Siehe «Reputationsrisiken» für weitere Informationen zum Reputationsrisiko.

Risikomanagementorganisation und Aufsicht

Risiko-Governance

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank. Die Risikomanagementstrategie strebt primär den Schutz unserer Finanzkraft und Reputation an. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass das Kapital optimal eingesetzt wird, um die Geschäftstätigkeit zu unterstützen und den Shareholder Value zu steigern. Unsere Risikoorganisation basiert auf Transparenz, Verantwortlichkeit des Managements und unabhängiger Aufsicht. Das Risikomanagement ist ein fester Bestandteil unseres Geschäftsplanungsprozesses, worin Geschäftsleitung und Verwaltungsrat stark eingebunden sind.

Um den Herausforderungen eines von Volatilität geprägten Marktumfelds und eines sich wandelnden regulatorischen Rahmens gerecht zu werden, stärken wir unser Risikomanagement laufend. Das Risikomanagement ist unabhängig von den Front-Bereichen, steht aber in engem Kontakt zu diesen, um einen optimalen Informationsaustausch und solide Kontrollen zu gewährleisten. 2011 haben wir unsere Kontrollkultur und die entsprechenden Systeme weiter gestärkt und bedeutende Investitionen in unsere Risikomanagementinfrastruktur, dazugehörige Prozesse sowie in die Risikomessung und entsprechenden Instrumente getätigt. Wir haben umfassende Risikomanagementprozesse und weit entwickelte Kontrollsysteme eingeführt und setzen weiterhin alles daran, die Auswirkungen negativer Entwicklungen durch sorgfältige Steuerung von Risikokonzentrationen zu beschränken. Weiter bewirkt die Zusammensetzung der Geschäfte von Private Banking, Investment Banking und Asset Management eine gewisse Risikodiversifikation.

Risikomanagementorganisation

Risiken entstehen in all unseren Geschäftsaktivitäten und lassen sich nicht vollständig ausschliessen. Wir steuern jedoch Risiken im Rahmen unserer internen Kontrollumgebung aktiv. Unsere Risikomanagementorganisation orientiert sich an den

spezifischen Gegebenheiten der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken im Rahmen der festgelegten Limiten transparent und zeitgerecht gesteuert werden. Auf Verwaltungsratsebene (einschliesslich der Committees) umfasst dies folgende Verantwortungsbereiche:

- Verwaltungsrat: Verantwortlich gegenüber den Aktionären für die Strategie, Überwachung und Kontrolle der Gruppe sowie für die Festlegung unseres gruppenweiten Risikoappetits in Form eines entsprechenden Statements.
- Risk Committee: Verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit in Risikobereichen. Dies umfasst die Festlegung der Grundsätze der Risiko-Governance sowie die Entwicklung des Risikoprofils und der Eigenkapitalunterlegung, einschliesslich der regelmässigen Überprüfung der wichtigsten Risikopositionen und der Genehmigung von globalen Risikolimiten.
- Audit Committee: Verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit. Dies umfasst die Überwachung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Finanzberichterstattung, die interne Kontrolle, die Finanzbuchführung sowie die juristische und regulatorische Compliance. Zusätzlich ist das Audit Committee verantwortlich für die Überwachung der Unabhängigkeit und die Aufgabenerfüllung der Internen Revision und der externen Revisionsstellen.

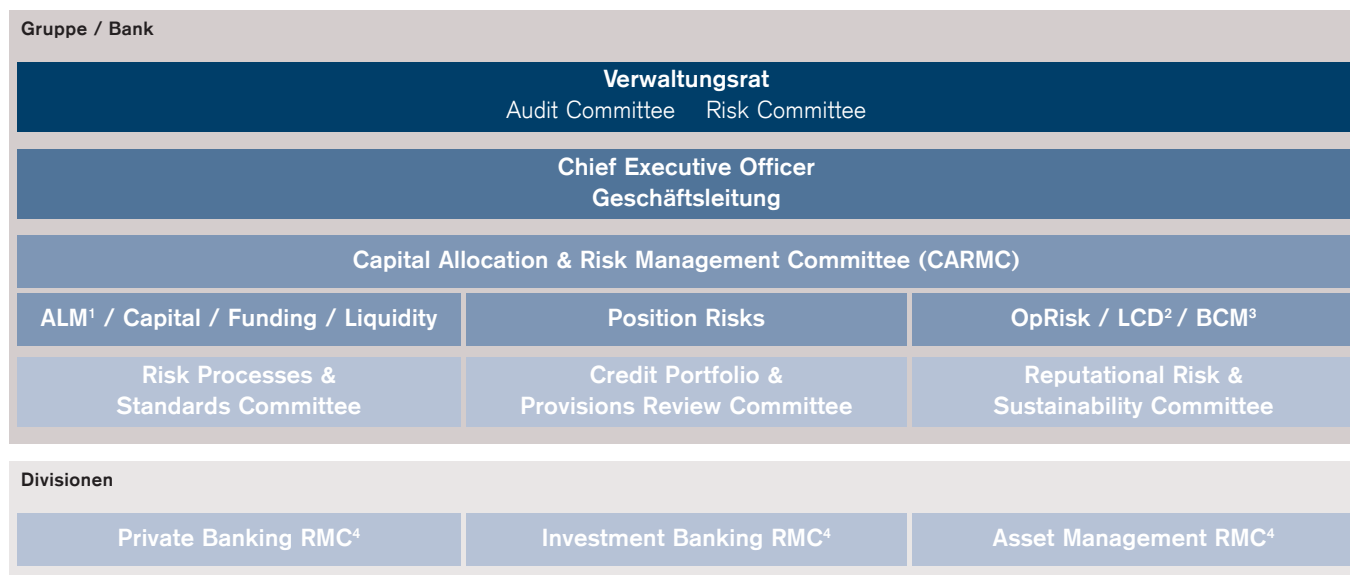
Die globalen Risikolimiten werden durch den Verwaltungsrat und sein Risk Committee festgelegt. Durch das CARMC überprüft die Geschäftsführung monatlich die Risikopositionen, Risikokonzentrationen und risikobezogene Aktivitäten. CARMC ist für die Überwachung und Lenkung unseres Risikoprofils auf konsolidierter Basis zuständig und gibt Empfehlungen für Risikolimiten an den Verwaltungsrat und dessen Risk Committee ab. Ausserdem trägt CARMC innerhalb der verschiedenen Geschäftsbereiche die Verantwortung für die Festlegung und Zuweisung von Risikolimiten. Das CARMC führt alternierend folgende drei Sitzungszyklen durch: Asset & Liability Management/Liquidität, Markt- und Kreditrisiken sowie operationelle Risiken/Legal and Compliance.

Auf Geschäftsleitungsebene wurden Ausschüsse gebildet, die das Risikomanagement weiter unterstützen: Das Risk Processes & Standards Committee ist zuständig für das Erstellen und Bewilligen von Normen für die Risikomessung und -bewirtschaftung, einschliesslich Methodologie und Risikoparametern. Das Credit Portfolio & Provisions Review Committee überwacht die Qualität des Kreditportfolios mit dem Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der gefährdeten Aktiven und der Beurteilung der gebildeten Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Das Reputational Risk & Sustainability Committee legt Grundsätze fest und überprüft Prozesse und wesentliche Fälle in Bezug auf Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen.

Weiter gibt es auch die divisionalen Risikomanagementausschüsse.

Risikomanagement Organisation und Ausschüsse



¹ Asset & Liability Management ² Abteilung Legal & Compliance ³ Business Continuity Management ⁴ Risk Management Committee

Die Risikoausschüsse werden zudem vom Treasury unterstützt, das für die Steuerung unserer Bilanz, das Kapitalmanagement, die Liquidität und damit verbundene Absicherungsrichtlinien zuständig ist.

Die Risikomanagementfunktion untersteht dem CRO, der von den Geschäftsbereichen unabhängig ist und der Geschäftsleitung angehört. 2011 deckte diese Funktion folgende Bereiche ab:

- Strategic Risk Management (SRM)
- Risk Analytics and Reporting (RAR)
- Credit Risk Management (CRM)
- Bank Operational Risk Oversight (BORO)
- Business Continuity Management
- Reputational Risk Management

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die Risikoüberwachung und für den Aufbau der zur Risikosteuerung notwendigen Organisationsstruktur über vier primäre Risikofunktionen: das SRM beurteilt das Risikoprofil der Gruppe nach strategischen Gesichtspunkten und empfiehlt bei Bedarf Korrekturmassnahmen; dabei ist es auch für die Überwachung des Marktrisikos verantwortlich, einschliesslich Messung und Limitenwesen; das RAR ist verantwortlich für Risikoanalysen,

Berichterstattung, Systemeinführungen und Richtlinien; das CRM ist verantwortlich für die Genehmigung von Kreditlimiten, die Überwachung und Steuerung von Einzelpositionen, die Überwachung und Steuerung der Qualität von Kreditportfolios und deren Wertberichtigungen; das BORO ist die zentrale Stelle für alle Funktionen, welche operationelle Risiken der Segmente betreffen. Schliesslich befasst sich die Risikomanagementfunktion auch mit kritischen Risikobereichen wie die Notfallplanung und die Steuerung der Reputationsrisiken.

Risikoarten

Innerhalb unserer Risikoorganisation unterscheiden wir folgende Arten von Risiken:

Managementrisiken:

- Strategierisiko: Ergebnis strategischer Entscheidungen oder Entwicklungen; und
- Reputationsrisiko: Gefährdung unseres Ansehens im Markt.

Gewählte Risiken:

- Marktrisiko: Veränderungen von Marktfaktoren wie Preise, Volatilitäten und Korrelationen;

- Kreditrisiko: Veränderungen der Kreditwürdigkeit von anderen Gesellschaften; und
- Kostenrisiko: Differenz zwischen den Kosten und den Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses.

Folgerisiken:

- Operationelles Risiko: Unangemessenheit oder Versagen von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder externe Ereignisse; und
- Liquiditätsrisiko: Unfähigkeit, Aktiven oder Verpflichtungen zu marktgängigen Bedingungen zu refinanzieren oder erfüllen.

Die Managementrisiken lassen sich schwer quantifizieren. Die Steuerung des Strategierisikos ist auf Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsebene angesiedelt. Für die globale Erfassung und Steuerung des Reputationsrisikos wurde ein entsprechendes Verfahren eingeführt. Gewählte Risiken sind meist in hohem Mass quantifizierbar, stellen aber hinsichtlich Komplexität und Umfang hohe Anforderungen. Dies gilt insbesondere, wenn sie über alle Positionen und Arten von Finanzinstrumenten hinweg aggregiert werden. Hinzu kommt, dass die herkömmlichen Grenzen zwischen Markt- und Kreditrisiken zunehmend verwischt wurden. Für die Steuerung des operationellen Risikos haben wir primär Verfahren auf Gruppen-, Segment- und regionaler Ebene eingeführt. Die Liquiditätssteuerung ist im Treasury zentralisiert.

Gemäss Säule 3 des Basel-II-Regelwerks erforderliche Angaben zum Risiko sind auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/pillar3 abrufbar.

Risikoappetit und Risikolimiten

Wir verfügen über ein Regelwerk zum Risikoappetit, das die Grundprinzipien für die Steuerung von Risiken definiert, um ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten. Der wichtigste Aspekt des Regelwerks zum Risikoappetit ist ein solides System von integrierten Risikolimiten zur Kontrolle der Risikokapazität insgesamt und als wesentliche Entscheidungshilfe auf Geschäftsführungsebene. Unser Regelwerk für den Risikoappetit orientiert sich an den folgenden allgemeinen Grundsätzen:

- Ausrichtung der Geschäftsführung auf ein angestrebtes Kreditrating
- Erfüllung der regulatorischen Anforderungen und Erwartungen
- Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung
- Gewährleistung einer geringen Exponierung gegenüber Stressereignissen
- Aufrechterhaltung stabiler Erträge
- Sicherstellung einer stabilen Dividende an die Aktionäre
- Gewährleistung einer soliden Steuerung des Liquiditäts- und Finanzierungsrisikos

Der Risikoappetit wird vom Verwaltungsrat jedes Jahr unter Einbezug der strategischen und geschäftlichen Planung überprüft und neu festgelegt. Die entsprechenden Vorgaben werden anschliessend mithilfe eines detaillierten Regelwerks mit Portfolio- und Positionslimiten auf Gruppen- und Geschäftsdivisionsebene umgesetzt. Die nachfolgende Grafik vermittelt einen Überblick über das Regelwerk zum Risikoappetit der Gruppe und zeigt ausgewählte gruppenweite und divisionsspezifische quantitative Limiten und qualitative Auflagen.

Regelwerk zum Risikoappetit

	Gruppenweit	Divisionsspezifisch		
		Private Banking	Investment Banking	Asset Management
Ausgewählte quantitative Limiten	Economic-Capital-Limiten Liquiditätskennzahlen Leverage Ratio Szenarioverlustlimiten	Economic-Capital-Limiten Markttrisikolimiten Kredittrisikolimiten		
Ausgewählte qualitative Auflagen	Einhaltung von ausländischem und lokalem Rechts Reputationsrisiko	Vermeidung von Risikokonzentrationen Einhaltung der Anforderungen bezüglich Eignung und Angemessenheit Einhaltung von Branchenrichtlinien und internen Weisungen		

Ein einwandfreies Risikolimitensystem ist für ein wirksames Risikomanagement entscheidend. Die Limiten legen unter Berücksichtigung der Marktbedingungen, der Geschäftsstrategie und der vorhandenen Kapitalausstattung unsere maximale Risikoposition in Bilanz und Ausserbilanz fest.

Wir verwenden ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um unsere Risiken umfassend zu steuern. Die globalen Risikolimiten der Gruppe werden durch den Verwaltungsrat und sein Risk Committee festgelegt und sind verbindlich. Bei Überschreiten dieser Limiten werden der Vorsitzende des Risk Committee des Verwaltungsrats und der CEO der Gruppe umgehend benachrichtigt. Ferner wird auch der Gesamtverwaltungsrat an seiner nächsten Sitzung schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt. Im Anschluss an die Benachrichtigung kann der CRO diejenigen Positionen genehmigen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um nicht mehr als einen zulässigen Prozentsatz überschreiten, wobei solche Genehmigungen stets dem Gesamtverwaltungsrat mitgeteilt werden. Positionen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um mehr als diesen zulässigen Prozentsatz überschreiten, können nur gemeinsam durch den CRO und den Gesamtverwaltungsrat genehmigt werden. 2011 und 2010 wurden keine Limiten des Verwaltungsrats überschritten.

Im Rahmen des gesamten Risikoappetits der Gruppe – gemäss den vom Verwaltungsrat und vom Risk Committee definierten Limiten – ist das CARMC verantwortlich für die Festlegung divisionaler Risikolimiten sowie spezifischerer Risikolimiten, die für die Kontrolle der Risikokonzentration innerhalb einzelner Geschäftsbereiche als notwendig erachtet werden. Zu diesem Zweck verwendet das CARMC ein umfassendes Modell mit über 100 verschiedenen Risikolimiten, mit dem die Risikonahme durch einzelne Geschäftsbereiche sowie insgesamt detailliert kontrolliert werden soll. Die Limitenmessgrössen umfassen \bullet VaR, Economic Capital, Risikopositionen, Risikosensitivität und Szenarioanalysen. Das Regelwerk umfasst spezifische Limiten für zahlreiche unterschiedliche Konzentrationen von Produkt- und Risikoarten. Beispielsweise bestehen konsolidierte Limiten für Handelspositionen, Zinsrisiken im Bankenbuch, Private-Equity- und Startkapital- (Seed Money) und Emerging-Markets-Positionen. Innerhalb der Segmente werden Risikolimiten an tiefere organisatorische Einheiten zugeteilt. Sie umfassen unter anderem ein Kreditlimitensystem für Gegenpartierisiken auf Basis der einzelnen Gegenpartei. Die Limiten von CARMC sind verbindlich und werden üblicherweise eng gesetzt, um sicherzustellen, dass jede deutliche Zunahme von Risiken umgehend eskaliert wird. Der Leiter des SRM der jeweiligen Division oder bestimmte andere Mitglieder der Geschäftsleitung können die CARMC-Limiten vorübergehend für einen Zeitraum von maximal 90 Tagen um einen im Voraus genehmigten Prozentsatz

erhöhen. Jede Überschreitung der CARMC-Limiten unterliegt einem formalen Eskalationsverfahren und ist durch die Geschäftsleitung zu korrigieren oder explizit zu genehmigen. Die Genehmigung durch die Geschäftsleitung gilt standardmässig für einen Zeitraum von zehn Tagen (oder weniger als zehn Tagen für bestimmte Limitenarten). Sie ist um weitere Standardzeiträume zu verlängern, wenn eine Überschreitung nicht innerhalb des ursprünglichen Standardzeitraums korrigiert werden kann. Die Mehrheit dieser Limiten unterliegt einer täglichen Überwachung. Limiten, bei welchen die inhärente Berechnungszeit länger ist, unterliegen einer wöchentlichen Überwachung. Eine kleinere Untergruppe von Limiten im Zusammenhang mit Risikopositionen, bei welchen sich das Risikoprofil weniger häufig verändert (beispielsweise Limiten im Zusammenhang mit illiquiden Anlagen), wird monatlich überwacht. Im Jahr 2011 wurden 93% der Überschreitungen von CARMC-Limiten innerhalb des als Standard vorgegebenen Zeitraums korrigiert.

Economic Capital und Positionsrisiko

Überblick

Economic Capital ist ein konsistentes und umfassendes Instrument für das Risikomanagement, die Kapitalbewirtschaftung und die Performance-Messung. Es ist unser zentrales gruppenweites Risikomanagementinstrument zur Messung und Meldung aller quantifizierbaren Risiken. Economic Capital misst Risiken auf der Basis der ökonomischen Realitäten und nicht nach aufsichtsrechtlichen oder bilanziellen Regeln. Das Economic Capital entspricht der geschätzten Kapitalausstattung, die in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzkraft (das heisst dem langfristigen Kreditrating) benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungs- und handlungsfähig zu bleiben. Das Economic Capital hat zudem eine gemeinsame Sprache für die Risiken in allen Bereichen der Gruppe geschaffen, was zu einer erhöhten Risikotransparenz beiträgt und den Wissenstransfer erleichtert. Entwicklung und Einsatz von Methodologien und Modellen auf der Basis von Economic Capital haben sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt, ohne dass sie branchenweit standardisiert wurden, so dass Vergleiche zwischen verschiedenen Unternehmen wenig Aussagekraft enthalten.

Gemäss der Säule 2 des Basel-II-Regelwerks («Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren») sind Banken verpflichtet, ein solides und umfassendes Regelwerk festzulegen, mit dem sie die Eigenmittelunterlegung beurteilen, interne Eigenkapitalziele formulieren und die Einhaltung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Risiken und Eigenmitteln in ihrem

aktuellen operativen Umfeld sicherstellen. Unseren Vorgaben zum Economic Capital kommt im Rahmen der Säule 2 eine wichtige Rolle zu, denn sie widerspiegeln unsere interne Einschätzung des Kapitalbedarfs zur Sicherung unserer Geschäftstätigkeit.

Economic Capital wird getrennt für das ◉Positionsrisiko, das operationelle Risiko sowie das sonstige Risiko berechnet. Diese drei Risikokategorien werden zur Berechnung des beanspruchten Economic Capital verwendet und sind wie folgt definiert:

- **Positionsrisiko:** unerwarteter ökonomischer Verlust auf unseren Positionen über einen Horizont von einem Jahr, der nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für Risikomanagementzwecke; 0,03% für Kapitalbewirtschaftungszwecke). Das Positionsrisiko wird zur Beurteilung, Überwachung und Meldung der Risiken in der ganzen Gruppe verwendet.
- **Operationelles Risiko:** geschätzter Verlust über den Zeitraum von einem Jahr infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder von externen Ereignissen, der mit einer geringen Wahrscheinlichkeit (0,03%) überschritten wird. Die Schätzung dieser Art von Economic Capital erfordert von Natur aus den Einbezug subjektiver Kriterien und basiert auf quantitativen Instrumenten sowie der Einschätzung der Geschäftsführung.
- **Sonstige Risiken:** Zu den Risiken, die oben nicht erfasst werden, zählen insbesondere das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, das Fremdwährungsrisiko im Zusammenhang mit dem zur Verfügung stehenden Economic Capital und dem beanspruchten Economic Capital sowie das Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz. Das Kostenrisiko wird als Differenz zwischen den Kosten und den Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses – unter Ausschluss jener Elemente, die durch Positionsrisiken und operationelle Risiken abgedeckt werden – definiert. Das Vorsorgerisiko wird als potenzielle Unterdeckung der Vorsorgeverpflichtungen der Gruppe bei extremen Ereignissen definiert.

Unsere Economic-Capital-Methodik wird regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass das Modell auch bei veränderten Marktbedingungen und Geschäftsstrategien aussagekräftig bleibt. 2011 haben wir einige Optimierungen bei der Positionsrisiko-Methodik zu Risikomanagementzwecken vor-

genommen; sie betrafen unter anderem Internationale Kredite & Gegenparteirisiken sowie den Anleihenhandel. Unter Internationale Kredite & Gegenparteirisiken haben wir die Berechnung der ◉Fair-Value-Kreditpositionen optimiert. Im Anleihenhandel haben wir die Methodik für Kredithandelspositionen verfeinert, um den Detaillierungsgrad bei Kreditrisikoprämien-schocks zu erhöhen und dadurch Marktsektoren abzudecken und die Risikomodellierung für Renditekurven zu verbessern. Die Vorjahreszahlen wurden an die Änderungen der Methodik angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Der gesamthafte Effekt der Methodenänderungen im Jahr 2011 auf das Positionsrisiko per 31. Dezember 2010 war eine Zunahme von CHF 306 Mio. beziehungsweise 3%.

Beim beanspruchten Economic Capital, das zur Kapitalbewirtschaftung eingesetzt wird, haben wir im Rahmen der sonstigen Risiken unseren Ansatz zur Aggregation der Risiken im Zusammenhang mit unseren Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat angepasst. Beim zur Verfügung stehenden Economic Capital haben wir unsere Methodik der wirtschaftlich bedingten Anpassungen für voraussichtliche Dividenden verfeinert. Die Werte des Vorjahres wurden an die Änderungen der Methodik im Jahr 2011 angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Methodenänderungen wirkten sich auf das beanspruchte Economic Capital und das zur Verfügung stehende Economic Capital der Gruppe per 31. Dezember 2010 mit einer Zunahme in Höhe von insgesamt CHF 674 Mio. oder 2% beziehungsweise einem Rückgang von CHF 311 Mio. oder 1% aus.

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 wurden von den Aufsichtsbehörden Veränderungen am Regelwerk für die Eigenmittelanforderungen vorgenommen. Dies erfolgte über die Umsetzung von ◉Basel II.5 und Basel III. Um der ökonomischen Realität Rechnung zu tragen, ändern wir unser Economic-Capital-Modell oft bereits im Vorfeld regulatorischer Änderungen. Beispielsweise sind jüngst eingeführte Anforderungen, etwa Eigenkapitalanforderungen wie IRC und Credit Valuation Adjustments (CVA), bereits seit einigen Jahren fester Bestandteil unseres Economic-Capital-Modells. Wir überprüfen das Modell regelmässig, so dass es die Risiken in Form von möglichen Verlusten von wirtschaftlichem Wert widerspiegelt.

- ▶ [Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen und «Entwicklungen und Vorschläge bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kapitals» in Treasury – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen.](#)

Positionsrisiko der Gruppe

	Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Positionsrisiko (in Mio. CHF)					
Anleihenhandel ¹	2 813	2 658	3 220	6	(17)
Aktienhandel & Anlagen	2 322	2 399	2 874	(3)	(17)
Private Banking Geschäfts- & Privatkredite	2 182	2 072	2 284	5	(9)
Internationale Kredite & Gegenparteiisiken	4 572	4 230	4 396	8	(4)
Emerging-Markets-Länderereignisrisiko	860	632	512	36	23
Immobilien & Strukturierte Vermögenswerte ²	2 111	2 597	2 454	(19)	6
Einfache Summe über alle Risikokategorien	14 860	14 588	15 740	2	(7)
Diversifikationseffekt ³	(2 670)	(2 631)	(2 785)	1	(6)
Positionsrisiko (Konfidenzniveau 99% für Risikomanagementzwecke)	12 190	11 957	12 955	2	(8)

Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurden Vergleichszahlen aufgrund von Methodenänderungen angepasst.

¹ Diese Kategorie umfasst Anleihenhandels-, Fremdwährungs- und Rohstoffrisiken. ² Diese Kategorie umfasst Geschäfts- und Wohnbauhypotheken (einschliesslich RMBS und CMBS), ABS-Positionen, an Auktionen erworbene Immobilien und Anlagen in Immobilienfonds. ³ Entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der Positionsrisikokategorien und dem Positionsrisiko über das gesamte Portfolio.

Entwicklung der Positionsrisiken

Im Vergleich zu 2010 erhöhte sich das Positionsrisiko für Risikomanagementzwecke um 2%. Dies beruhte vor allem auf einem höheren Corporate-Banking- und Leveraged-Finance-Kreditrisiko für Internationale Kredite & Gegenparteiisiken, einem höheren Emerging-Markets-Länderereignisrisiko in Asien und Osteuropa und einem höheren Zinsrisiko im Anleihenhandel. Darüber hinaus hatten wir höhere Risiken aus kommerziellen Ausleihungen im Bereich Private Banking Geschäfts- & Privatkredite. Diese Erhöhungen wurden teilweise durch geringere Risiken aus Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) in Immobilien & Strukturierte Ver-

mögenswerte sowie das geringere Private-Equity-Risiko im Bereich Aktienhandel & Anlagen ausgeglichen.

Im Rahmen unseres gesamten Risikomanagements verfügen wir über ein Portfolio mit Absicherungsinstrumenten. Diese Absicherungen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertschriften durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Dabei können Gewinne oder Verluste auf den Absicherungen entsprechende Verluste oder Gewinne auf den bezeichneten abgesicherten Portfolios kompensieren. Aufgrund der unterschiedlichen Art und Struktur der Absicherungsinstrumente können Gewinne oder Verluste aus dem Portfolio nicht immer in vollem Umfang kompensiert werden.

Economic Capital

Ende	Gruppe			Bank ¹		
	2011	2010	Veränderung in %	2011	2010	Veränderung in %
Vorhandenes Economic Capital (in Mio. CHF)						
Kernkapital (Tier 1) ²	36 844	37 725	–	33 459	35 310	–
Wirtschaftlich bedingte Anpassungen ³	2 417	2 912	–	2 179	1 491	–
Vorhandenes Economic Capital	39 261	40 637	(3)	35 638	36 801	(3)
Beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)						
Positionsrisiko (99,97% Konfidenzniveau)	21 721	21 262	2	21 020	20 584	2
Operationelles Risiko	3 128	2 936	7	3 128	2 936	7
Sonstige Risiken ⁴	8 591	5 773	49	6 805	4 796	42
Beanspruchtes Economic Capital	33 440	29 971	12	30 953	28 316	9

Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurden Vergleichszahlen zum Economic Capital aufgrund von Methodenänderungen angepasst.

¹ Der Hauptunterschied zwischen dem Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken von Clariden Leu, Neue Aargauer Bank, BANK-now und Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken. ² 2011 unter Basel II.5 ausgewiesen. Die Vorperiode wurde unter Basel II ausgewiesen und ist daher nicht vergleichbar. ³ Enthält hauptsächlich Anpassungen für Verbriefungen, voraussichtliche Dividenden und unrealisierte Gewinne auf eigenen Liegenschaften. Wirtschaftlich bedingte Anpassungen werden im Kernkapital (Tier 1) vorgenommen, um den Vergleich zwischen beanspruchtem und verfügbarem Kapital unter dem Basel-Regelwerk zu ermöglichen. ⁴ Enthält das Risiko auf eigenen Liegenschaften, das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, das Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital, das Zinsrisiko auf Treasury-Positionen, den Diversifikationseffekt sowie eine Schätzung der Auswirkung bestimmter für 2012 geplanter Methodenänderungen.

Economic Capital pro Division

im Jahr / Ende	2011	2010	Veränderung in %
Beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking	7 357	6 477	14
Investment Banking	20 851	19 073	9
Asset Management	3 314	3 345	(1)
Corporate Center ¹	1 922	1 092	76
Beanspruchtes Economic Capital – Gruppe ²	33 440	29 971	12
Beanspruchtes Economic Capital – Bank ³	30 953	28 316	9
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking	6 940	6 589	5
Investment Banking	19 917	20 735	(4)
Asset Management	3 359	3 539	(5)
Corporate Center ¹	1 269	1 113	14
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Gruppe ⁴	31 473	31 958	(2)
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Bank ³	29 646	30 248	(2)

Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurden Vergleichszahlen zum Economic Capital aufgrund von Methodenänderungen angepasst.

¹ Enthält hauptsächlich Diversifikationseffekt auf dem Kostenrisiko der Divisionen, Kostenrisiko sowie Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital. ² Enthält per 31. Dezember 2011 und 2010 einen Diversifikationseffekt von CHF 4 Mio. beziehungsweise CHF 16 Mio. ³ Der Hauptunterschied zwischen dem Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken von Clariden Leu, Neue Aargauer Bank, BANK-now und Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken. ⁴ Enthält per 31. Dezember 2011 und 2010 einen Diversifikationseffekt von CHF 12 Mio. beziehungsweise CHF 18 Mio.

Entwicklung des beanspruchten Economic Capital

Unser beanspruchtes Economic Capital stieg im Verlauf von 2011 um 12%, was hauptsächlich auf das höhere Kostenrisiko, das höhere Vorsorgerisiko im Zusammenhang mit den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Credit Suisse, das

höhere Fremdwährungsrisiko im Zusammenhang mit der Differenz zwischen dem beanspruchten Economic Capital und dem zur Verfügung stehenden Economic Capital sowie das höhere Positionsrisiko zurückzuführen war. Die Zunahmen wurden durch grössere ökonomische Vorteile im Zusammen-

hang mit unseren aufgeschobenen aktienbasierten Vergütungen teilweise kompensiert.

Im Private Banking stieg das beanspruchte Economic Capital um 14% aufgrund des höheren Vorsorgerisikos im Zusammenhang mit den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Credit Suisse, des höheren operationellen Risikos und des höheren Positionsrisikos für Private Banking Geschäfts- & Privatkredite.

Im Investment Banking nahm das beanspruchte Economic Capital um 9% zu, was hauptsächlich auf das höhere Kostenrisiko, das höhere Vorsorgerisiko im Zusammenhang mit den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Credit Suisse und das höhere Positionsrisiko zurückzuführen war. Die Zunahmen wurden durch grössere ökonomische Vorteile im Zusammenhang mit unseren aufgeschobenen aktienbasierten Vergütungen teilweise kompensiert.

Im Asset Management nahm das beanspruchte Economic Capital um 1% ab, was hauptsächlich auf das geringere operationelle Risiko zurückzuführen war, das durch das höhere Kostenrisiko teilweise kompensiert wurde.

Im Corporate Center stieg das beanspruchte Economic Capital um 76% aufgrund höherer Fremdwährungsrisiken im Zusammenhang mit der Differenz zwischen dem beanspruchten Economic Capital und dem zur Verfügung stehenden Economic Capital sowie aufgrund des höheren Kostenrisikos.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko aufgrund ungünstiger Veränderungen von Zinssätzen, Fremdwährungskursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Marktparametern wie Volatilitäten. Wir definieren unser Marktrisiko als mögliche Veränderungen des Fair Value von Finanzinstrumenten, die sich aus den Marktveränderungen ergeben können. Ein einzelnes Geschäft kann einer Anzahl von unterschiedlichen Marktrisiken ausgesetzt sein.

Wir betreiben einen beträchtlichen Aufwand, um sicherzustellen, dass das Marktrisiko umfassend erfasst, richtig modelliert und berichtet sowie wirksam gesteuert wird. Die Handels- und Anlagebestände werden auf verschiedenen Stufen der Organisation bewirtschaftet, von den aggregierten Risikopositionen auf Gruppenebene bis hinunter zu einzelnen Portfolios. Wir verwenden Mess- und Steuerungsmethoden, welche den Branchenstandards entsprechen oder diese übertreffen. Das umfasst allgemeine Kalkulationsmethoden, um gruppenweit die vergleichbaren Risiken zu erfassen, sowie spezialisierte Instrumente, die produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften modellieren können. Die Instrumente werden für die interne Steuerung der Marktrisiken, für das interne Marktrisi-

koreporting sowie für externe Offenlegungszwecke verwendet. Unsere wichtigsten Messmethoden für das Marktrisiko sind VaR- und Szenarioanalysen. Zudem werden unsere Marktrisiken in unseren Berechnungen des Economic Capital erfasst. Die Risikomanagementtechniken und -richtlinien werden regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass sie angemessen bleiben.

Neue Modelle zur Risikomessung

Wir haben neue Modelle zur Risikomessung eingeführt, unter anderem einen ◉ Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC) und einen ◉ Stress-VaR, in Umsetzung des Basel II.5-Marktrisikoregelwerks für Eigenmittelanforderungen der FINMA (in Kraft per 1. Januar 2011). Beim IRC handelt es sich um eine regulatorische Kapitalanforderung für Ausfallrisiken und Ratingveränderungen bei Positionen in den Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk für VaR-Modellierungen einschliesslich Stress-VaR dar. Der Stress-VaR repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode mit wesentlichen finanziellen Stresssituationen. Er trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren.

VaR

VaR quantifiziert den möglichen Verlust aus Finanzinstrumenten infolge ungünstiger Marktbedingungen während eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit. VaR ist für alle Risikoklassen mit verlässlichem historischem Zahlenmaterial anwendbar. Das Risiko wird über Risikoklassen und nicht über Produkte aggregiert. So enthält zum Beispiel das Zinsrisiko Risiken aus Zinsen, Fremdwährungen, Aktien- und Rohstoffoptionen, Geldmarkt- und Swapgeschäften sowie Anleihen. Die Verwendung des VaR erlaubt den Vergleich der Risiken in verschiedenen Geschäftsbereichen, wie beispielsweise im Anleihen- und Aktiengeschäft, und ermöglicht die Aggregation einer Vielfalt von Positionen unter Berücksichtigung von aktuellen Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögenswerten.

Historische Finanzmarktdaten, Preise und Volatilitäten bilden die Grundlage der statistischen VaR-Modelle zur Schätzung der möglichen Verluste. Wir wenden eine Ein-Tages-Halfterperiode und ein Konfidenzniveau von 98% an, um die Risiken in unseren Handelsbüchern zu internen Risikomanagementzwecken zu modellieren, sowie eine Zehn-Tages-Halfterperiode und ein Konfidenzniveau von 99% zur Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen. Diese Annahmen erfüllen die Anforderungen des Basler Ausschusses und weiterer internationaler Standards an die Steuerung von

Marktrisiken. Für gewisse Zwecke wie ◉Backtesting, Offenlegung und den Vergleich mit anderen Banken wird der VaR auf Basis einer Ein-Tages-Halteperiode berechnet oder von einer längeren Halteperiode hinunterskaliert.

Wir verwenden für die meisten Risikotypen und Geschäftsbereiche in unseren Handelsbüchern die Methode der historischen Simulation. Das Modell basiert auf Gewinn- und Verlustverteilungen aufgrund historischer Veränderungen von Marktsätzen, Preisen und Volatilitäten, die zur Bewertung des Portfolios angewendet werden.

Wir wenden für Risikomanagement- und regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke das gleiche VaR-Modell an, ausser in Bezug auf das Konfidenzniveau und die Halteperiode. Das VaR-Modell wird von uns regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass es in Anbetracht des jeweiligen Marktumfelds und der Zusammensetzung unseres Handelsportfolios stets angemessen ist. Im Zuge der laufenden Überprüfung zur Verbesserung der Risikomanagementansätze und -methoden führten wir im zweiten Quartal 2011 eine in wesentlichen Belangen revidierte VaR-Methode sowohl für den ◉Risikomanagement-VaR als auch für den ◉regulatorischen VaR ein. Unseres Erachtens erhöhen diese Änderungen den Nutzen von VaR als Risikomanagementinstrument und verbessern die Reaktionsgeschwindigkeit des Modells in Bezug auf die Marktvolatilität. Wir erhielten von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung dieser revidierten VaR-Methode sowohl für Risikomanagement- als auch für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke. Wir haben den Risikomanagement-VaR für die Vergleichsperioden angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Methodenänderungen wurden im Juni 2011 eingeführt und sind im Risikomanagement-VaR vollständig abgebildet. Für den regulatorischen VaR werden diese Methodenänderungen erst seit der Einführung abgebildet. Die Änderungen an der VaR-Methode betrafen Folgendes:

- die historische Datenreihe wurde auf zwei Jahre herabgesetzt (zuvor: drei Jahre);
- exponentielle Gewichtung, um den jüngeren Marktdaten und der Volatilität mehr Bedeutung beizumessen (gegenüber einer gleichwertigen Gewichtung der Marktdaten und der Verwendung eines skalierten VaR);
- Berechnung erwarteter Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste (zuvor: Verwendung von Verlusten aus einem Einzelereignis);
- Ein-Tages-Halteperiode für den Risikomanagement-VaR (gegenüber einer auf einen Tag skalierten Zehn-Tages-Halteperiode; der regulatorische VaR basiert aber nach wie vor auf einer Zehn-Tages-Halteperiode); und
- Änderung des Konfidenzniveaus auf 98% für den Risikomanagement-VaR (gegenüber 99%; der regulatorische

VaR basiert aber nach wie vor auf einem Konfidenzniveau von 99%).

Zudem nahmen wir auch Methodenänderungen in Bezug auf die Anlagekategorien vor. Dazu zählen Änderungen des Nicht-Investment-Grade-Modells hin zu einem risikoprämienbasierten statt eines kursbasierten Modells, um emittentenspezifische Basis- und Fälligkeitsrisiken besser zu erfassen, sowie Änderungen des Modells für gehandelte Ausleihungen, um das Basisrisiko besser zu erfassen. Ausserdem führten wir ein Modell für die Einzeltitelvolatilität von Aktien ein, um Aktienpositionen besser zu erfassen. Wir haben auch die VaR-Methode für RMBS-Positionen nicht staatlich gesponserter Unternehmen optimiert, um den Risiken von Vermögenswerten, die auf Kursbasis statt auf Risikoprämienbasis gehandelt werden, Rechnung zu tragen sowie nicht lineare Effekte und Basisrisiken besser zu erfassen.

Die FINMA hat unser regulatorisches VaR-Modell für die Berechnung der Eigenmittel zur Unterlegung der Marktrisiken des Handelsbuchs genehmigt. Dasselbe trifft für bestimmte Aufsichtsbehörden in den Ländern unserer Tochtergesellschaften zu. Wir erhalten auch weiterhin Genehmigungen der Aufsichtsbehörden für laufende Optimierungen der Methode. Das Modell wird zudem regelmässig durch die Aufsichtsbehörden überprüft.

Für den Risikomanagement-VaR verwenden wir eine Ein-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 98%. Dies bedeutet, dass ein Risiko von 1 zu 50 besteht, dass aus der Marktbewertung der Handelsbücher ein Tagesverlust auftritt, der mindestens so hoch wie der ausgewiesene VaR ist. Für den regulatorischen VaR weisen wir den Ein-Tages-99%-VaR aus, der einem Zehn-Tages-VaR, umgerechnet auf eine Ein-Tages-Halteperiode, entspricht. Um das kumulierte Marktrisiko in unseren Handelsbüchern aufzuzeigen, bildet die Grafik mit dem Titel «Täglicher Risikomanagement-VaR» die Marktrisiken im Handelsbuch auf konsolidierter Basis ab.

Das VaR-Modell verwendet Annahmen und Schätzungen, die unserer Meinung nach angemessen sind. VaR quantifiziert jedoch den möglichen Verlust eines Portfolios nur unter normalen Marktbedingungen. Zur Abschätzung von Verlusten aufgrund ungewöhnlich heftiger Veränderungen am Markt werden andere Risikomessverfahren, wie etwa Szenarioanalysen, verwendet. Die wichtigsten Annahmen und Grenzen von VaR sind folgende:

- VaR stützt sich auf historische Daten, um Schätzungen über zukünftige Veränderungen der Marktbedingungen zu machen. Damit lassen sich aber nicht alle möglichen Zukunftsszenarien abbilden, vor allem dann nicht, wenn der Markt erheblichen Veränderungen unterliegt, wie zum Beispiel höheren Volatilitäten;

- VaR berücksichtigt zwar die Korrelationen zwischen einzelnen Risikofaktoren, welche jedoch von schwierigen Marktverhältnissen beeinträchtigt werden können;
- VaR verwendet bei der Schätzung möglicher Verluste ein Konfidenzniveau von 98% für das interne Risikomanagement und von 99% für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke; das bedeutet, dass keine Schätzungen zum Ausmass von Verlusten gemacht werden, die ausserhalb des Konfidenzniveaus liegen;
- VaR beruht auf einer Halteperiode von einem Tag (für interne Risikomanagement-, Backtesting- und Offenlegungszwecke) oder von zehn Tagen (für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke). Dabei wird davon ausgegangen, dass Risiken während der Halteperiode entweder veräussert oder abgesichert werden können, was jedoch nicht für sämtliche Risikotypen möglich sein dürfte, insbesondere in Zeiten illiquider Märkte oder während Marktunbullenzen;
- VaR benutzt zur Berechnung die Positionen am Ende jedes Geschäftstages und berücksichtigt daher keine Intraday-Positionen.

Szenarioanalyse

Stresstests dienen der Ergänzung anderer Risikomassnahmen, indem das Risiko, dem die Gruppe aufgrund unwahrscheinlicher, aber dennoch plausibler Ereignisse ausgesetzt ist, erfasst wird. Solche Ereignisse können durch eine Reihe starker Bewegungen auf verschiedensten Finanzmärkten ausgedrückt werden. Die wichtigsten Szenarien beziehen sich auf wesentliche Veränderungen der Kreditrisikoprämien, der Zinssätze, der Aktienkurse und Rohstoffpreise, der Fremdwährungskurse sowie auf ungünstige Veränderungen in den Ausfallrisiko- und Wiedereinbringungsraten von Gegenparteien. Der grösste Teil der Szenario-Analyse-Berechnungen ist auf die Risikoprofile der einzelnen Geschäftsbereiche abgestimmt; wenn Limiten unseres Erachtens eine angemessene Kontrolle darstellen, werden sie eingeführt. Um Risikokonzentrationen zu identifizieren und mögliche Verluste auf Gruppenebene unter Extrembedingungen abzuschätzen, bedienen wir uns einer Reihe von Szenarien, die divisionsübergreifend einheitlich angewandt werden, und nehmen eine Einschätzung der Auswirkungen bedeutender und gleichzeitig auf vielen Märkten und in vielen Anlageklassen stattfindender Bewegungen vor.

Stresstests sind ein fundamentaler Bestandteil des Regelwerks der Risikokontrolle unserer Gruppe. Die Ergebnisse der Stresstests werden mit den Limiten verglichen und bei der Besprechung des Risikoappetits und des strategischen Geschäftsplans herangezogen. Ausserdem unterstützen sie unsere interne Beurteilung der Eigenmittelunterlegung. Stresstestszenarien werden in regelmässigen Abständen

erstellt, und die Ergebnisse, Trendinformationen und begleitenden Analysen werden an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und die Geschäftsdivisionen rapportiert.

Das Stresstesting-Regelwerk der Gruppe ist umfassend und unterliegt der Kontrolle durch einen speziellen Steuerungsausschuss. Die Szenarien können unter Bezugnahme auf historische Ereignisse oder auf Basis zu erwartender, hypothetischer Ereignisse festgelegt werden, die Auswirkungen auf die Positionen, das Kapital oder die Rentabilität der Gruppe haben könnten. Die Szenarien werden regelmässig und entsprechend der Entwicklung der Markt- und Geschäftsstrategien überprüft und aktualisiert. Neue Szenarien werden vom Risikomanagement in Zusammenarbeit mit unserem Global Research und den Geschäftsdivisionen ausgearbeitet.

Handelsbuch

Risikomessung und -management

Die von uns eingegangenen Marktrisiken gehen vor allem auf die Handelsaktivitäten des Investment Banking zurück. Unsere anderen Divisionen sind im Handel ebenfalls aktiv, jedoch in wesentlich geringerem Ausmass.

Für die vorliegende Berichterstattung wird zur Quantifizierung des Marktrisikos im Handelsbuch der VaR berechnet. Das Handelsbuch umfasst diejenigen Finanzinstrumente, welche für das Handelsbuch gemäss Definition für die regulatorische Eigenmittelunterlegung berücksichtigt werden müssen. Diese Klassierung der Aktiven als Handelsbestände dient der Analyse unseres Marktrisikos und entspricht nicht der Klassierung in der Jahresrechnung.

Wir sind auf den meisten bedeutenden Finanzmärkten aktiv und setzen die meisten gebräuchlichen Handels- und Absicherungsprodukte ein, einschliesslich ◊ Derivaten wie Swaps, Futures, Optionen und strukturierter Produkte (darunter auch auf Kunden- oder Eigenbedürfnisse zugeschnittene Derivatkombinationen). Aufgrund unserer breiten Aktivität in verschiedenen Produkten und Märkten kommt eine Vielzahl von verschiedenen Handelsstrategien zum Einsatz. Entsprechend sind auch unsere Positionen sowohl geografisch als auch bezüglich der Risiken breit gestreut.

Entwicklung der Marktrisiken im Handelsbuch

Die Tabellen unter «Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%)» zeigen unsere Marktrisiken im Handelsbuch, gemessen am Ein-Tages-Risikomanagement-VaR mit einem Konfidenzniveau von 98% und am regulatorischen Ein-Tages-99%-VaR. Der VaR wurde anhand einer historischen Datenreihe über zwei Jahre berechnet. Wir messen den VaR des Handelsbuches für das interne Risikomanagement in US-Dollar, wobei die VaR-Werte zum Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet wurden. Der VaR wird

sowohl getrennt nach einzelnen Risikoarten als auch für das gesamte Portfolio basierend auf einer historischen Simulation berechnet. Der Diversifikationseffekt entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der 98%-Perzentil-Verluste für

den Risikomanagement-VaR (beziehungsweise der 99%-Perzentil-Verluste für den regulatorischen VaR) für die einzelnen Risikoarten und dem Verlust für das gesamte Portfolio.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (CHF)

im Jahr / Ende						Risikomanagement-VaR (98%)	Regulatorischer VaR (99%)
	Zinsen & Kreditrisikoprämien	Fremdwährungen	Rohstoffe	Aktien	Diversifikationseffekt	Total	Total
2011 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	73	13	10	23	(44)	75	94
Minimum	54	5	2	14	- ¹	54	49
Maximum	99	25	26	47	- ¹	107	161
Ende der Periode	73	12	4	25	(40)	74	79
2010 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	102	18	22	27	(67)	102	142
Minimum	78	6	10	15	- ¹	68	103
Maximum	127	43	32	50	- ¹	142	205
Ende der Periode	90	21	18	25	(63)	91	124
2009 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	150	21	25	31	(83)	144	143
Minimum	94	6	16	17	- ¹	85	80
Maximum	245	63	40	60	- ¹	237	269
Ende der Periode	104	12	18	32	(71)	95	131

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenparteirisiken und Risiken aus eigenen Schulden. Im Juni 2011 nahmen wir wesentliche Veränderungen an unserer VaR-Methode vor. Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurde der Risikomanagement-VaR für Perioden vor der Einführung angepasst. Für den regulatorischen VaR wurden die Methodenänderungen erst ab Einführung berücksichtigt.

¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (USD)

im Jahr / Ende						Risikomanagement-VaR (98%)	Regulatorischer VaR (99%)
	Zinsen & Kreditrisikoprämien	Fremdwährungen	Rohstoffe	Aktien	Diversifikationseffekt	Total	Total
2011 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	82	14	11	26	(48)	85	105
Minimum	64	6	2	15	- ¹	65	55
Maximum	107	29	29	51	- ¹	117	177
Ende der Periode	77	13	4	27	(42)	79	84
2010 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	91	16	20	24	(60)	91	136
Minimum	68	6	9	14	- ¹	64	95
Maximum	111	38	28	44	- ¹	124	210
Ende der Periode	78	18	16	22	(54)	80	132
2009 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	137	19	23	29	(77)	131	128
Minimum	93	6	13	17	- ¹	83	78
Maximum	217	54	38	52	- ¹	210	226
Ende der Periode	100	11	17	31	(67)	92	126

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenpartei-risiken und Risiken aus eigenen Schulden. Im Juni 2011 nahmen wir wesentliche Veränderungen an unserer VaR-Methode vor. Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurde der Risikomanagement-VaR für Perioden vor der Einführung angepasst. Für den regulatorischen VaR wurden die Methodenänderungen erst ab Einführung berücksichtigt.

¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

Wir steuern den VaR in US-Dollar, da praktisch das gesamte Marktrisiko aus dem Investment Banking kommt.

Der durchschnittliche Risikomanagement-VaR sank im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 7% auf USD 85 Mio. Die Verringerung war auf Risikominderungen im gesamten Fixed-Income-Bereich zurückzuführen, insbesondere bei Kreditprodukten und Verbriefungen, zu denen es vor dem Hintergrund einer geringeren Marktliquidität und einer anhaltend geringen Kundenaktivität kam. Dies wurde teilweise durch eine höhere Marktvolatilität, steigende Kreditrisikoprämien und geringere Diversifikationseffekte ausgeglichen.

Der Risikomanagement-VaR für das Periodenende per 31. Dezember 2011 lag bei USD 79 Mio. und blieb damit gegenüber dem 31. Dezember 2010 stabil.

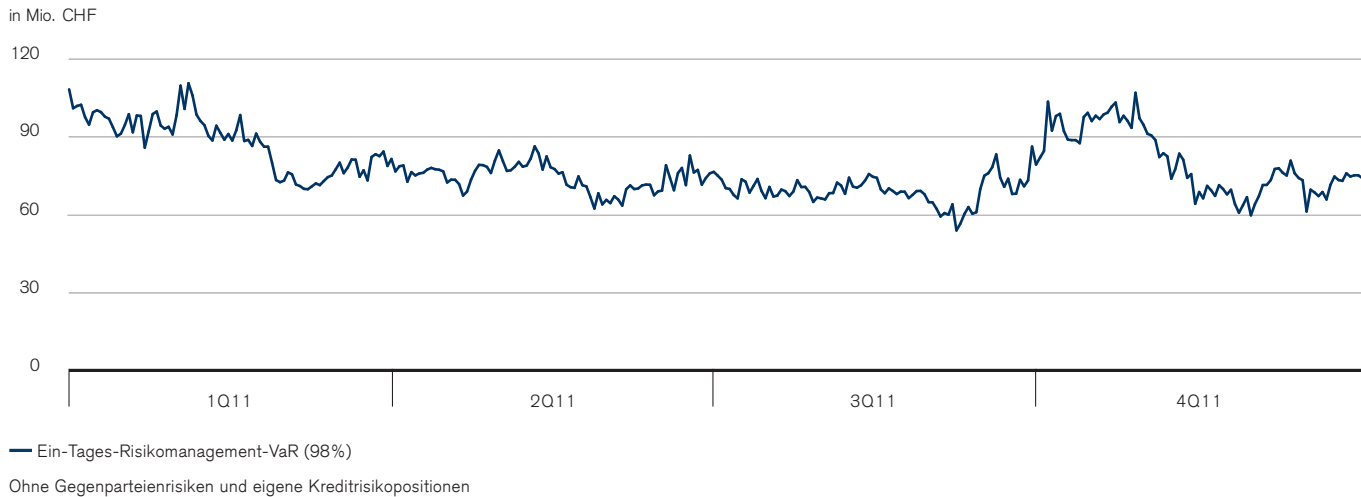
Wir benutzen verschiedene Methoden, um die Korrektheit der VaR-Modelle für die Handelsbestände zu überprüfen, einschliesslich Backtesting. Unser Backtesting erfolgt derzeit auf Basis des tatsächlichen täglichen Handelserfolgs. Der tatsächliche tägliche Handelserfolg wird mit dem regulatorischen 99%-VaR unter Verwendung einer Ein-Tages-Halteperiode verglichen. Als Backtesting-Ausreisser wird ein Handelsverlust betrachtet, der grösser ist als der geschätzte Ein-Tages-VaR.

2011, 2010 und 2009 gab es keine solchen Backtesting-Ausreisser. Die FINMA wendet entsprechend den BIZ-Anforderungen einen Multiplikator an. Für jeden Ausreisser des regulatorischen VaR, der vier Ausreisser in der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt – berechnet auf Basis einer bereinigten Teilmenge des effektiven täglichen Handelserfolgs – erhöhen sich aufgrund des Multiplikators die notwendigen Eigenmittel für das Marktrisiko.

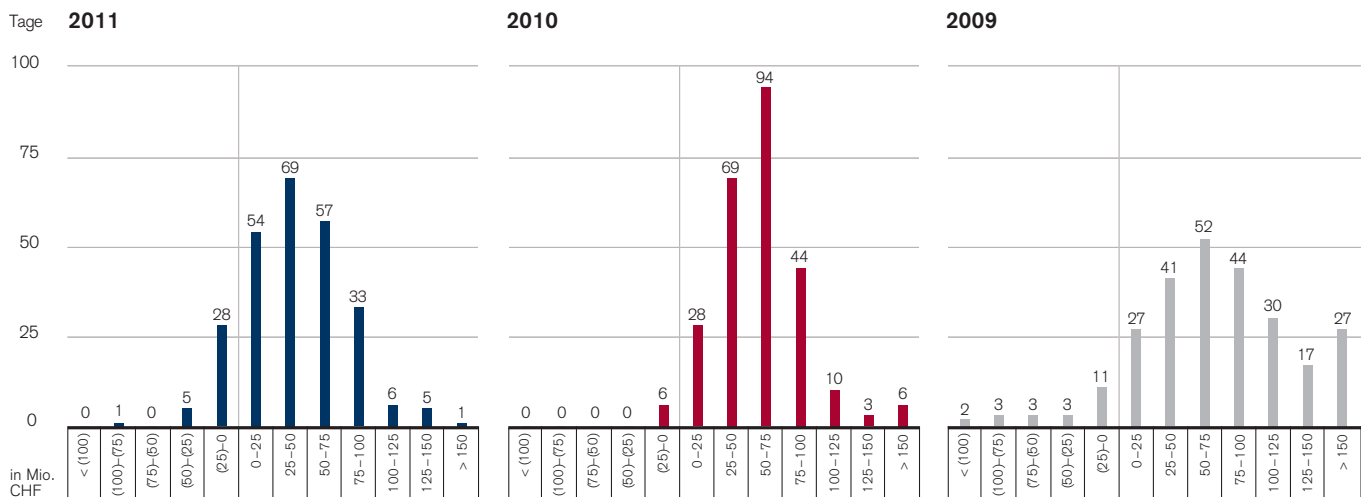
- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in [Treasury Management für weitere Informationen zur Verwendung unseres Modells für den regulatorischen VaR in der Berechnung der notwendigen Eigenmittel zur Unterlegung der Marktrisiken.](#)

Die Grafik «Verteilung der Handelserfolge» vergleicht die Verteilung des täglichen Handelserfolgs im Jahre 2011 mit denjenigen der Jahre 2010 und 2009. Die Streuung der täglichen Handelserfolge ist ein Mass für die Volatilität unserer Handelsaktivitäten. Im Jahr 2011 verzeichneten wir an 34 Tagen Handelsverluste, wobei sechs Handelsverluste mehr als CHF 25 Mio. betragen, im Vergleich zu sechs Tagen mit Handelsverlusten im Jahr 2010, wobei keiner der Handelsverluste mehr als CHF 25 Mio. betrug.

Täglicher Risikomanagement-VaR



Verteilung der Handelserfolge



Ohne Clariden Leu und Neue Aargauer Bank.

Handelserfolge schliessen Wertanpassungen im Zusammenhang mit Gegenparteirisiko und eigener Schuldnerbonität nicht ein.

Bankenbuch

Risikomessung und -management

Die Marktrisiken aus unseren Bankenbüchern beziehen sich vor allem auf Zinsrisiken aus entsprechenden Fristenkongruenzen zwischen Aktiven und Verbindlichkeiten, auf Aktienbeteiligungen und auf Anlagen in Obligationen und Geldmarktinstrumente. Alle unsere Segmente und das Corporate Center haben Bestände im Bankenbuch, welche gewisse Marktrisiken tragen.

Die mit den Bankenbüchern zusammenhängenden Marktrisiken werden mit verschiedenen Instrumenten gemessen, über-

wacht und begrenzt, einschliesslich Economic Capital, Szenarioanalyse, Sensitivitätsanalyse und VaR. Für die vorliegende Berichterstattung werden die aggregierten Marktrisiken unserer Bankenbücher auf Basis von Sensitivitätsanalysen dargestellt. Die Sensitivitätsanalysen für die Bestände der Bankenbücher messen den möglichen Marktwertverlust als Resultat von definierten hypothetischen Schocks auf den Marktparametern. Sie messen nicht den möglichen Einfluss auf den ausgewiesenen Erfolg, da die Bestände der Bankenbücher im Allgemeinen nicht über die Erfolgsrechnung bewertet werden.

Entwicklung der Marktrisiken im Bankenbuch

Wir gehen Zinsrisiken in den Bankenbüchern ein durch die Emission zinsensitiver Positionen im Private Banking, deren Risiken ins Treasury transferiert werden, durch Geldmarkt- und Finanzierungsaktivitäten im Treasury, durch die Anlage unseres konsolidierten Eigenkapitals sowie durch weitere Aktivitäten wie Market Making und Handelsgeschäfte, die Bankenbuchpositionen in den Divisionen, vor allem im Investment Banking, betreffen. Sparkonten und viele andere Retailbankingprodukte haben keinen vertraglichen Fälligkeitstermin oder direkt marktabhängigen Zinssatz. Ihre Risiken werden auf gepoolter Basis mittels Replikationsportfolios (unter Annäherung des Preisbildungsverhaltens der zugrunde liegenden Produkte) vom Private Banking ins Treasury transferiert. Treasury und bestimmte andere Bereiche der Gruppe, die Zinsrisikopositionen halten, verwalten die Positionen im Rahmen der genehmigten Limiten.

Die Sensitivität einer parallelen Verschiebung der Renditekurven um einen Basispunkt gegenüber dem Fair Value zinsensitiver Positionen im Bankenbuch entsprach per 31. Dezember 2011 einer Zunahme von CHF 6,6 Mio., verglichen mit einer Zunahme von CHF 8,5 Mio. per 31. Dezember 2010. Der Rückgang gegenüber 2010 war in erster Linie auf die Laufzeit der Kapitalinstrumente, Markteinflüsse auf den Wert dieser Instrumente und eine Verbesserung des Modells zurückzuführen. Die Verbesserung wurde eingeführt, um das Zinsrisiko für Kapitalinstrumente zu messen. Die Reduktion wurde teilweise durch die Ausgabe von Buffer Capital Notes im ersten Quartal 2011 und den Effekt der Verbesserung einer Methode, die bei nicht zinstragenden Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zum Einsatz kommt, kompensiert.

Parallele Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2011 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	0.4	4.8	1.1	0.1	0.2	6.6
2010 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	0.1	7.8	0.1	0.1	0.4	8.5

Das Zinsrisiko im Bankenbuch wird auch durch anderweitige Messungen ermittelt. Dazu zählt die mögliche Wertveränderung, die sich aus einer bedeutenden Veränderung der Renditekurven ergeben könnte. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen

einer sofortigen Veränderung der Renditekurven um 100 und 200 Basispunkte (da die Zinsen derzeit sehr tief sind, werden die Veränderungen nach unten begrenzt, um sicherzustellen, dass die daraus resultierenden Zinssätze nicht negativ ausfallen).

Zinssatzsensitivität – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2011 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	98	948	194	15	47	1 302
+100 Basispunkte	44	477	101	7	25	654
-100 Basispunkte	(1)	(487)	(110)	(6)	(23)	(627)
-200 Basispunkte	31	(813)	(137)	(3)	(45)	(967)
2010 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	27	1 574	4	18	83	1 706
+100 Basispunkte	11	784	5	9	42	851
-100 Basispunkte	22	(729)	(13)	(6)	(38)	(764)
-200 Basispunkte	20	(1 375)	(30)	(6)	(71)	(1 462)

Per 31. Dezember 2011 wirkte sich eine ungünstige Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte mit einem Fair-Value-Verlust von CHF 1,0 Mia. aus, im Vergleich zu einem Fair-Value-Verlust von CHF 1,5 Mia. per 31. Dezember 2010. Dieses Risiko wird täglich überwacht. Die monatliche Analyse der potenziellen Auswirkungen einer wesentlichen Veränderung der Renditekurven zeigte, dass per Ende 2011 und 2010 der Fair-Value-Effekt einer ungünstigen Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte und ungünstiger Veränderungen der Zinskurven, umgerechnet auf eine Ein-Jahres-Halteperiode mit einem Konfidenzniveau von 99% im Verhältnis zu den gesamten anrechenbaren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln, deutlich unter der 20%-Schwelle lag. Dieser Schwellenwert wird von den Aufsichtsbehörden angewendet, um Banken zu identifizieren, die exzessive Zinsänderungsrisiken in ihrem Bankenbuch aufweisen.

Unsere Beteiligungspapiere im Bankenbuch umfassen Positionen in Private Equity, Hedgefonds, strategischen Anlagen und anderen Instrumenten, die vom Investment Banking verwaltet werden. Diese Positionen müssen mit den normalen Aktienmärkten nicht stark korrelieren. Aktienkursrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines 10%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den Industrienationen und eines 20%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den Emerging Markets gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs unter diesem Szenario betrug per 31. Dezember 2011 CHF 626 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 731 Mio. per 31. Dezember 2010.

Rohstoffrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines Rückgangs der Rohstoffpreise von 20% gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs infolge dieses Szenarios betrug per 31. Dezember 2011 CHF 4 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 11 Mio. per 31. Dezember 2010.

► [Siehe «Fremdwährungs- und Zinsrisikomanagement» in Treasury Management für weitere Informationen.](#)

Anpassung der Bewertung aufgrund der Gegenpartei- und der eigenen Kreditrisikoprämien

Im VaR auf derivative Produkte werden die Auswirkungen aus Veränderungen der Gegenpartei-kreditrisikoprämien und unseren eigenen Kreditrisikoprämien nicht berücksichtigt. Die geschätzte Sensitivität gegenüber einem Anstieg der Kreditrisikoprämien (der Gegenpartei und unserer eigenen) um einen Basispunkt auf Derivate im Investment Banking entsprach per 31. Dezember 2011 einem Verlust von CHF 0,1 Mio., einschliesslich des Einflusses von Absicherungsinstrumenten. Weiter entsprach die geschätzte Sensitivität gegenüber einem Anstieg unserer Kreditrisikoprämien um einen Basispunkt auf

unsere zum Fair Value bewerteten strukturierten Schuldtitel per 31. Dezember 2011 einem Gewinn von CHF 6,6 Mio., einschliesslich des Einflusses von Absicherungsinstrumenten.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seine beziehungsweise ihre finanziellen Verpflichtungen nicht mehr bedient oder aufgrund einer Verschlechterung der Bonität eines Schuldners oder einer Gegenpartei. Bei Ausfall eines Kunden ergibt sich für eine Bank in der Regel ein Verlust, der sich aus dem ausstehenden Kreditbetrag abzüglich allfälliger Verwertungserlöse aus Konkurs, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung des Schuldnerunternehmens ergibt. Eine Veränderung der Bonität einer Gegenpartei hat Auswirkungen auf die Bewertung jener Aktiven, die zum Fair Value bewertet werden. Die Bewertungsänderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere Offenlegung europäischer Kreditrisikopositionen umfasst alle Länder der EU, die ein Rating von weniger als AA oder dem entsprechenden Rating durch mindestens eine der drei führenden Ratingagenturen aufweisen und deren Bruttoreisikoposition über unserem Schwellenwert von EUR 0,5 Mia. liegen. Nach unserer Ansicht ist dieses externe Rating eine nützliche Messgrösse, um die finanziellen Möglichkeiten eines Landes, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, festzustellen. Dabei gibt das Rating auch einen Hinweis darauf, wie empfindlich ein Land gegenüber ungünstigen geschäftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ist.

Als Basis für die Darstellung der Länderpositionen dient unsere interne Risikosicht gemäss Risikodomizil. Diese basiert auf dem Domizil der juristischen Gegenpartei, das heisst, sie kann Positionen gegenüber einer juristischen Person einschliessen, die ihr Domizil im ausgewiesenen Land hat, deren Mutterhaus sich aber ausserhalb des betreffenden Landes befindet.

Die Kreditrisikoposition in der Tabelle wird aus Risikosicht dargestellt. Unsere Kreditrisikoposition und die damit verbundene ◊Risikominderung werden für die folgenden unterschiedlichen Kategorien ausgewiesen:

- Das *Bruttokreditrisiko* umfasst den Kapitalbetrag der ausbezahlten Kredite, der ausgestellten Akkreditive und die nicht gezogenen Teile zugesagter Fazilitäten, den ◊positiven Wiederbeschaffungswert derivativer Instrumente, nach Berücksichtigung rechtlich durchsetzbarer ◊Nettingver-

- einbarungen, den Nennwert von Anlagen in Geldmarktfonds und die Marktwerte von Wertschriftenfinanzierungstransaktionen und des Handelsportfolios physischer Schuldtitel (kurzfristige Wertschriften), die auf Ebene des Emittenten verrechnet werden.
- Die *Risikominderung* umfasst
 - Credit Default Swaps (CDS) und andere Absicherungsinstrumente, Garantien, Versicherungen und Sicherheiten (hauptsächlich Bargeld, Wertschriften und in geringerem Umfang Immobilien, vor allem für Positionen des Private Banking gegenüber Unternehmen und sonstigen Gegenparteien). Die zur Berechnung der Nettorisikoposition verwendeten Deckungswerte werden gemäss unseren Risikomanagementrichtlinien festgelegt und berücksichtigen die Vorgaben der anzuwendenden Margenhaltung.
 - Das *Nettokreditrisiko* umfasst das Bruttokreditrisiko abzüglich der Risikominderung.
 - Das *Inventar* umfasst die Longpositionen in physischen und synthetischen Schuldtiteln des Handelsbestands und ausserhalb des Handelsbestands, jeweils zum Marktwert bewertet und auf Ebene des Emittenten verrechnet. Physische Schuldtitel sind nicht-derivative Schuldtitel (beispielsweise Anleihen). Synthetische Positionen entstehen durch OTC-Kontrakte (beispielsweise CDS und ▫ Total Return Swaps).
- Unsere Kreditrisikopositionen gegenüber diesen europäischen Ländern werden im Rahmen unseres Risikomanagementprozesses gesteuert. Die Gruppe verwendet Länderlimiten und nimmt regelmässige Szenarioanalysen vor. Hierzu gehören auch Analysen zu unseren indirekten Kreditrisikopositionen gegenüber Staaten, die aus unseren Positionen gegenüber ausgewählten europäischen Finanzinstituten resultieren.

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

	Brutto-Kreditrisikoposition	Risikominderung		Netto-kreditrisikoposition	Inventar	Total Kreditrisikoposition	
		CDS	Sonstige ¹			Brutto	Netto
31. Dezember 2011							
Griechenland (in Mia. EUR)							
Staaten	0.2	0.1	0.0	0.1	0.0	0.2	0.1
Finanzinstitute	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0
Unternehmen & Sonstige	0.5	0.0	0.4	0.1	0.0	0.5	0.1
Total	0.8	0.1	0.5	0.2	0.0	0.8	0.2
Irland (in Mia. EUR)							
Staaten	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzinstitute	1.7	0.0	1.4	0.3	0.1	1.8	0.4
Unternehmen & Sonstige	0.8	0.0	0.5	0.3	0.1	0.9	0.4
Total	2.5	0.0	1.9	0.6	0.2	2.7	0.8
Italien (in Mia. EUR)							
Staaten	3.5	2.6	0.4	0.5	0.0	3.5	0.5
Finanzinstitute	2.0	0.0	1.7	0.3	0.7	2.7	1.0
Unternehmen & Sonstige	2.3	0.3	1.2	0.8	0.2	2.5	1.0
Total	7.8	2.9	3.3	1.6	0.9	8.7	2.5
Portugal (in Mia. EUR)							
Staaten	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0
Finanzinstitute	0.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.2	0.0
Unternehmen & Sonstige	0.2	0.0	0.1	0.1	0.0	0.2	0.1
Total	0.5	0.1	0.3	0.1	0.0	0.5	0.1
Spanien (in Mia. EUR)							
Staaten	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzinstitute	1.6	0.0	1.2	0.4	0.5	2.1	0.9
Unternehmen & Sonstige	1.7	0.2	0.8	0.7	0.2	1.9	0.9
Total	3.3	0.2	2.0	1.1	0.7	4.0	1.8
Total (in Mia. EUR)							
Staaten	3.8	2.8	0.4	0.6	0.0	3.8	0.6
Finanzinstitute	5.6	0.0	4.6	1.0	1.3	6.9	2.3
Unternehmen & Sonstige	5.5	0.5	3.0	2.0	0.5	6.0	2.5
Total	14.9	3.3	8.0	3.6	1.8	16.7	5.4

¹ Enthält sonstige Absicherungen (derivative Instrumente), Garantien, Versicherungen und Sicherheiten.

Unsere risikobasierte Bruttokreditrisikoposition gegenüber Staaten, vor Berücksichtigung der Risikominderung, betrug per 31. Dezember 2011 gegenüber Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien insgesamt EUR 3,8 Mia. Unsere Nettokreditrisikoposition gegenüber diesen Staaten betrug EUR 0,6 Mia. Unsere Bestände an Staatsanleihen dieser Länder wurden in vollem Umfang durch Leerverkäufe solcher Anleihen ausgeglichen. Unsere risikobasierten Nettokreditrisikopositionen gegenüber nicht staatlichen Gegenparteien in diesen Ländern betragen per 31. Dezember 2011 EUR 2,3 Mia. gegenüber Finanzinstituten und EUR 2,5 Mia. gegenüber

Unternehmen und sonstigen Gegenparteien. Eine grosse Mehrheit der Kreditsicherungen wurde von Banken ausserhalb der betroffenen Staaten gekauft; soweit dies nicht der Fall war, wurde das entsprechende Kreditrisiko in der Brutto- und Nettokreditrisikoposition der einzelnen Länder berücksichtigt.

In den ersten zwei Monaten des Jahres 2012 waren die Ratings der Staatsanleihen der in der Tabelle aufgeführten Länder wie folgt betroffen: Standard & Poor's stufte das Langfrustrating für Italien um zwei Stufen von A auf BBB+, für Portugal von BBB- auf BB und für Spanien von AA- auf A herab. Fitch senkte das Rating für Italien von A+ auf A- und

für Spanien von AA– auf A. Moody's stufte Italien von A2 auf A3, Portugal von Ba2 auf Ba3 und Spanien von A1 auf A3 zurück. Die Ratingänderungen hatten keine wesentliche Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

Kreditrisikoquellen

Unsere Kreditrisiken fallen vor allem im Private Banking und im Investment Banking an. Kreditrisiken entstehen aus Kreditprodukten, Kreditzusagen und Akkreditiven sowie aus Gegenparteiisiken aus Derivatgeschäften, Devisenhandel und sonstigen Transaktionen.

Kreditrisikomanagement

Wirkungsvolles Kreditrisikomanagement beruht auf einem strukturierten Prozess, um Kreditrisiken einheitlich zu beurteilen, zu quantifizieren, zu messen, zu überwachen und zu steuern. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der Risikoposition, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Unser Kreditrisikomanagementansatz deckt sämtliche Kreditrisiken der Gruppe ab und enthält die folgenden Kernelemente:

- Systeme für individuelle Gegenparteiratings;
- Transaktionsratingsysteme;
- ein Gegenparteilimitensystem;
- Länderrisikolimiten;
- Methoden zur Ermittlung risikobasierter Kreditkonditionen;
- aktives Kreditportfoliomanagement; und
- eine Kreditrückstellungsmethode.

Wir verwenden eine Reihe von Kreditratings, um unsere Gegenparteien intern zu bewerten, die uns als Vertragspartei unter anderem für Kredite, Kreditzusagen, Wertpapierfinanzierungen oder OTC-Derivatkontrakte einem Kreditrisiko aussetzen. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden auf Basis intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Unsere internen Ratings können von externen Gegenparteiratings abweichen. Die internen Ratings werden mindestens einmal jährlich überprüft. Zur Berechnung interner Risikoschätzungen und der risikogewichteter Aktiven wird jeder Fazität eine ◻Ausfallwahrscheinlichkeit zugewiesen. Bei den Gegenparteien Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit anhand des internen Kredit-

ratings ermittelt. Für diese Kundensegmente werden die internen Ratings auf die Analyse und Evaluation sowohl quantitativer als auch qualitativer Faktoren abgestützt. Die spezifischen Faktoren, die analysiert werden, hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse verwendet einen zukunftsorientierten Ansatz und konzentriert sich auf ökonomische Trends und finanzielle Fundamentaldaten. Kreditanalysten nutzen Peer-Analysen, Branchenvergleiche, externe Ratings und Analysen sowie das Urteil von Kreditspezialisten. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen Ausfallerfahrung mittels externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) als auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunftsfirmen) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke, basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Wir weisen zudem jeder Transaktion einen geschätzten Verlust eines Gegenparteiausfalls, basierend auf Ausgestaltung und Struktur der einzelnen Transaktion, zu. Das Gegenparteirating wird zusammen mit der Kreditrisikoposition (oder dem Kreditäquivalent) und der transaktionsspezifischen, ◻erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) benutzt, um den erwarteten Kreditverlust einer bestimmten Kreditposition zu bestimmen. Die erwartete Verlustquote bezeichnet den voraussichtlichen Verlust aus einer Transaktion im Falle eines Schuldnerausfalls, wobei die Struktur des Kredits, die Sicherheiten, die Rangfolge der Forderung und, in bestimmten Bereichen, die Art der Gegenpartei berücksichtigt. Wir verwenden einheitliche Kreditrisikoschätzungen für die Gewährung, Einrichtung und Überwachung von Kreditlimiten und für das Kreditportfoliomanagement, die Kreditpolitik, das Managementreporting, die risikoadjustierte Performancemessung, die Berechnung und Zuweisung des Economic Capital sowie für Rechnungslegungszwecke. Dieser Ansatz erlaubt uns auch, die Kreditkonditionen risikogerechter und auf der Basis von Risiko-Ertrags-Überlegungen zu gestalten. Das allgemeine interne Kreditratingsystem wurde von der FINMA für die Verwendung im Rahmen des ◻A-IRB-Ansatzes von Basel II genehmigt.

Wir überwachen die einzelnen Gegenparteiisiken mittels spezifischer Kreditlimiten. Ein Kreditlimitensystem besteht zur

Beschränkung von Risikokonzentrationen, welches ein umfassendes Länderrisikolimitensystem sowie Limiten für gewisse Produkte einschliesst. Risikokomitees überprüfen unter Einbezug von Trendanalysen und des wirtschaftlichen Umfelds regelmässig Kreditrisikokonzentrationen. Ein umfassender Wiedervorlageprozess für Kredite hat die frühzeitige Identifikation potenzieller Veränderungen in der Bonität der Kreditkunden zum Ziel. Dies beinhaltet neben einer eingehenden Analyse der Kreditwürdigkeit der Gegenparteien und der Kreditsicherheiten auch eine Analyse der Jahresrechnungen und die Beurteilung der Wirtschafts- und relevanten Branchenentwicklung. Regelmässig auf den neuesten Stand gebrachte Überwachungslisten und Kreditüberprüfungsbesprechungen dienen der Identifikation von Gegenparteien, deren Bonität sich negativ verändern könnte.

Unsere regelmässige Analyse der Kreditwürdigkeit von Kunden und Gegenparteien hängt nicht von der buchhalterischen Behandlung der einzelnen Kreditposition oder Verpflichtung ab. Wir überprüfen die Angemessenheit von Wertberichtigungen für Kreditverluste in regelmässigen Abständen. Bewertungsänderungen als Folge von Veränderungen der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien der zum Fair Value bewerteten Ausleihungen werden erfolgswirksam ausgewiesen. Diese Positionen sind daher nicht in den gefährdeten Ausleihungen enthalten. Gefährdete Ausleihungen werden als potenzielle Problemausleihungen, notleidende Ausleihungen oder zinslos gestellte Ausleihungen klassiert, und die entsprechenden Positionen werden in der Regel in Spezialabteilungen zur Wie-

dereinbringung oder Verwertung von Krediten bewirtschaftet. Das Credit Portfolio and Provisions Review Committee überprüft regelmässig die Angemessenheit der Wertberichtigungen.

Risikominderung

Wir bewirtschaften unsere Kreditengagements aktiv mit Hilfe von Kreditabsicherungen, Kreditsicherheiten und Garantien. Als Kreditsicherheit dienen Sicherheiten in Form von Vermögenswerten, wie Bargeld oder marktfähige Wertschriften, die das latente Kreditverlustrisiko mindern und bei einem Ausfall die Rückführungsquote erhöhen.

Die Grundsätze und Verfahren zur Bewertung und Bewirtschaftung von Sicherheiten stützen sich auf:

- die rechtlichen Unterlagen, die mit unseren Gegenparteien vereinbart wurden, und
- eine intern unabhängige Funktion, die die Sicherheiten bewirtschaftet.

Für unser Handelsportfolio erfolgt die Bewertung des Portfolios der Sicherheiten entsprechend der Verfügbarkeit unabhängiger Marktdaten, für gehandelte Produkte im Allgemeinen täglich. In Ausnahmefällen wird die Berechnungshäufigkeit durch die in den rechtlichen Unterlagen festgehaltenen Vereinbarungen bestimmt. Die Bewirtschaftung von Sicherheiten ist standardisiert und zentralisiert, um eine umfassende Berücksichtigung der gehandelten Produkte zu gewährleisten.

Übersicht zu den Kreditrisiken

Alle Transaktionen, die potenziellen Verlusten ausgesetzt sind, weil eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, unterliegen den Prozessen der Bewertung und Bewirtschaftung von Kreditrisikopositionen. Die folgende Tabelle zeigt das Kreditrisiko von Ausleihungen, Kreditverpflichtungen und

bestimmten anderen ausserbilanziellen Eventualverpflichtungen, zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen, gehandelten Ausleihungen und derivativen Instrumenten vor Berücksichtigung von Risikominderungen wie flüssigen Mitteln und markt-gängigen Wertschriften oder Kreditabsicherungen.

Kreditrisiko

Ende	2011	2010	Veränderung in %
Kreditrisiko (in Mio. CHF)			
Bilanz			
Ausleihungen, brutto	234 357	219 891	7
davon zum Fair Value ausgewiesen	20 694	18 552	12
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	20 457	24 925	(18)
Gehandelte Ausleihungen	3 581	4 346	(18)
Derivative Instrumente ¹	56 254	50 477	11
Total Bilanz	314 649	299 639	5
Ausserbilanz			
Kreditverpflichtungen ²	220 560	209 553	5
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	7 348	7 408	(1)
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	5 687	4 551	25
Total Ausserbilanz	233 595	221 512	5
Total Kreditrisiko	548 244	521 151	5

Vor Risikominderung, wie beispielsweise Sicherheiten, Kreditabsicherungen.

¹ Positiver Wiederbeschaffungswert, nach Netting-Vereinbarungen. ² Enthält CHF 138 051 Mio. und CHF 136 533 Mio. unbenutzte Kreditlimiten per Ende 2011 beziehungsweise 2010, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar waren.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen

Ausleihungen, die wir bis zur Fälligkeit halten wollen und können, werden zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich allfälliger Wertberichtigungen für Kreditverluste bewertet. Kreditverpflichtungen umfassen unwiderrufliche Kreditzusagen im Private Banking und im Investment Banking sowie im Pri-

vate Banking auch unbenutzte Kreditlimiten, die unsererseits jederzeit mit einer Mitteilung an den Kunden gekündigt werden können. Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, für welche die Fair-Value-Option gewählt wird, werden zum Fair Value erfasst und die Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen

Ende	2011	2010	Veränderung in %
Ausleihungen und Kreditverpflichtungen (in Mio. CHF)			
Ausleihungen, brutto	234 357	219 891	7
davon Private Banking	197 017	183 664	7
davon Investment Banking	37 329	36 235	3
Kreditverpflichtungen	220 560	209 553	5
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	454 917	429 444	6
davon Private Banking	343 721	326 870	5
davon Investment Banking	111 069	102 467	8

Im Private Banking besteht das Portfolio vor allem aus Hypotheken und Ausleihungen, die mit jederzeit liquidierbaren, marktfähigen Wertschriften besichert sind. Im Investment Banking werden Kreditrisiken vor allem durch den Einsatz von Kreditabsicherungen oder liquidierbaren Sicherheiten gesteuert. Kreditabsicherungen geben den Nominalwert der Kreditrisiken wieder, welcher auf Gegenparteien mit erstklassiger Bonität

übertragen wurde, meist in Form von CDS und Kreditversicherungsverträgen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Auswirkungen der Risikominderung durch Bardeckung, marktfähige Wertschriften und Kreditabsicherungen über die gesamte Risikoposition aus Ausleihungen und Kreditverpflichtungen.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen – Private Banking

Ende	2011			2010		
Interne Ratings	Brutto- risiko	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko	Brutto- risiko	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko
Risikominderung (in Mio. CHF)						
AAA	2 515	(79)	2 436	1 603	(78)	1 525
AA	7 465	(521)	6 944	6 879	(509)	6 370
A	21 279	(1 022)	20 257	18 582	(1 006)	17 576
BBB	234 578	(133 475)	101 103	223 681	(129 985)	93 696
BB	71 345	(7 716)	63 629	69 275	(6 219)	63 056
B	4 833	(460)	4 373	5 055	(331)	4 724
CCC	429	(2)	427	371	0	371
D	1 277	(162)	1 115	1 424	(173)	1 251
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	343 721	(143 437)	200 284 ¹	326 870	(138 301)	188 569 ¹

Enthält unwiderrufliche Kreditzusagen und nichtbenutzte Kreditlimiten, welche wir mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündigen können.

¹ Zudem verfügen wir über ein synthetisches gedecktes Kreditportfolio von CHF 4,8 Mia., die Clock-Finance-Transaktion, welche das Risiko auf einem Kreditportfolio von Corporate & Institutional Clients mit einer First-Loss-Tranche wirksam an Investoren im Kapitalmarkt überträgt.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen – Investment Banking

Ende	2011			2010				
Interne Ratings	Brutto- risiko	Kredit- absiche- rungen	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko	Brutto- risiko	Kredit- absiche- rungen	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko
Risikominderung (in Mio. CHF)								
AAA	8 758	(90)	(869)	7 799	8 240	0	(124)	8 116
AA	12 331	(3 228)	(4)	9 099	8 691	(2 070)	0	6 621
A	22 560	(6 773)	(779)	15 008	19 237	(4 183)	0	15 054
BBB	31 289	(9 586)	(673)	21 030	24 239	(6 937)	(189)	17 113
BB	15 156	(2 452)	(474)	12 230	20 903	(2 469)	(2 084)	16 350
B	17 289	(1 738)	(890)	14 661	17 383	(1 316)	(135)	15 932
CCC	1 869	(359)	(1)	1 509	1 906	(350)	(9)	1 547
CC	64	0	(21)	43	286	(59)	0	227
C	241	(113)	(62)	66	246	(96)	0	150
D	1 512	(190)	(19)	1 303	1 336	(291)	0	1 045
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	111 069	(24 529)	(3 792)	82 748	102 467	(17 771)	(2 541)	82 155

Enthält nicht gezogene unwiderrufliche Kreditzusagen.

Erwartete Verlustquote

Im Private Banking bestimmen verpfändete Sicherheiten und Garantien die zugewiesene erwartete Verlustquote, wobei die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen berücksichtigt wird. Die hohe Zahl der Kreditnehmer im Private Banking mit einem BBB- oder BB-Rating und einer niedrigen erwarteten

Verlustquote ist weitgehend dem Geschäft mit Wohnbauhypotheken zuzuschreiben, welches in hohem Mass besichert ist. Im Investment Banking bestimmen die Ratingstufen der Positionen die erwartete Verlustquote, wobei die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen und Anpassung für erhaltene Garantien berücksichtigt wird.

Das Bewertungssystem zur Berechnung der erwarteten Verlustquote wird regelmässig von interner unabhängiger Stelle überprüft und wurde von den Aufsichtsbehörden zur Verwendung im A-IRB-Ansatz von Basel II genehmigt.

In den folgenden Tabellen sind unsere Ausleihungen im Private Banking und im Investment Banking, nach Abzug der Risikominderungen und aufgeteilt nach Klassen erwarteter Verlustquoten, dargestellt.

Ausleihungen – Private Banking

Ende 2011	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	Kategorien erwarteter Verlustquoten					
			0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Interne Ratings								
Erwartete Verlustquoten (in Mio. CHF)								
AAA	1 213	1 211	368	141	405	290	1	6
AA	3 818	3 777	742	1 118	1 610	287	11	9
A	17 405	17 071	5 610	7 674	3 105	603	33	46
BBB	112 061	78 304	22 426	32 335	18 722	4 102	249	470
BB	56 577	52 409	8 096	20 781	16 851	3 835	1 228	1 618
B	4 351	3 953	720	1 271	1 253	547	161	1
CCC	427	425	3	361	34	27	0	0
D	1 165	1 113	110	267	468	160	68	40
Total Ausleihungen	197 017	158 263	38 075	63 948	42 448	9 851	1 751	2 190

Ausleihungen – Investment Banking

Ende 2011	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	Kategorien erwarteter Verlustquoten					
			0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Interne Ratings								
Erwartete Verlustquoten (in Mio. CHF)								
AAA	3 846	3 744	0	0	2 675	1 069	0	0
AA	1 611	1 140	0	0	630	510	0	0
A	3 935	2 924	0	0	1 659	1 265	0	0
BBB	9 515	4 854	431	0	794	3 566	63	0
BB	8 530	6 300	55	11	3 827	2 369	38	0
B	7 111	5 281	10	40	1 985	3 046	200	0
CCC	989	635	0	9	465	152	9	0
CC	62	41	0	0	0	41	0	0
C	237	62	4	0	44	14	0	0
D	1 493	1 303	97	0	252	954	0	0
Total Ausleihungen	37 329	26 284	597	60	12 331	12 986	310	0

Ausleihungen

Im Vergleich zum Jahresende 2010 stiegen die Bruttoausleihungen um 7% auf CHF 234,4 Mia. Das Private Banking verzeichnete eine Zunahme der Bruttoausleihungen um 7% auf CHF 197,0 Mia., die hauptsächlich auf eine Zunahme der Privatkundenkredite sowie die Ausleihungen an Gewerbe und Industrie zurückzuführen war. Im Investment Banking wurde eine leichte Zunahme der Bruttoausleihungen auf CHF 37,3 Mia. verzeichnet, die hauptsächlich höheren Ausleihungen an Finanzinstitute sowie Gewerbe und Industrie zuzuschreiben war.

- ▶ Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Gefährdete Ausleihungen

Der Bruttobetrag der gefährdeten Ausleihungen sank 2011 um CHF 145 Mio. auf CHF 1,7 Mia. Das Total der notleidenden und zinslos gestellten Ausleihungen ging im Investment Banking und Private Banking zusammen um CHF 281 Mio. auf CHF 1,0 Mia. zurück. Das Total der sonstigen gefährdeten Ausleihungen stieg um CHF 136 Mio. auf CHF 0,7 Mia., wobei eine Zunahme der potenziellen Problemausleihungen im Private Banking, bedingt durch einzelne Fälle sowohl bei Corporate & Institutional Clients als auch bei Wealth Management Clients, durch einen Rückgang der potenziellen Problemausleihungen und restrukturierten Ausleihungen im Investment Banking teilweise kompensiert wurde.

- ▶ Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für weitere Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen.

Wertberichtigung für Kreditverluste

Bei den zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewerteten Ausleihungen halten wir Wertberichtigungen in einer Höhe, von der wir annehmen, dass diese die latenten Verluste im Kreditportfolio angemessen decken dürfte. Wertberichtigungen für Kreditverluste bilden wir auf Basis einer regelmässigen und detaillierten Analyse aller Gegenparteien, wobei der Wert von Sicherheiten berücksichtigt wird. Falls Unsicherheit bezüglich Rückzahlung des Kapitalbetrags oder der Zinsen besteht, wird eine Wertberichtigung gebildet oder die beste-

hende Wertberichtigung angepasst. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird vom Kreditrisikomanagement der Gruppe je nach Risikoprofil des Schuldners oder abhängig von kreditrelevanten Ereignissen jährlich oder häufiger neu bewertet.

Wertberichtigung für latente Kreditrisiken

In Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) beziehen sich Wertberichtigungen für latente Kreditverluste auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Kreditverluste vorhanden sind. Die Ermittlung der latenten Kreditverluste aus Ausleihungen im Private Banking basiert auf aktuellen internen Ratings sowie Sicherheiten und Struktur der Transaktionen, wobei historische Erfahrungswerte zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten angewendet werden. Im Investment Banking werden latente Kreditverluste auf Ausleihungen aufgrund von homogenen Kunden-, Industrie- oder Länderportfolios geschätzt. Latente Kreditverluste auf Ausleihungen werden aufgrund von historischen Erfahrungswerten für Verluste und Wiedereinbringung geschätzt und als Wertberichtigung für Kreditverluste erfasst. Eine Rückstellung für latente Kreditverluste für kreditbezogene Ausserbilanzgeschäfte wie Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird ebenfalls berechnet, wobei eine Methode zur Anwendung kommt, die ähnlich ist wie diejenige, welche für Ausleihungen benutzt wird.

Rückstellung für Kreditrisiken

Die Nettorückstellungen für Kreditrisiken zu Lasten der konsolidierten Erfolgsrechnung beliefen sich 2011 auf CHF 187 Mio. gegenüber Nettoauflösungen von CHF 79 Mio. im Jahr 2010. Im Private Banking betragen die Nettorückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2011 CHF 110 Mio. gegenüber CHF 18 Mio. im Jahr 2010. Im Investment Banking beliefen sich die Nettorückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2011 auf CHF 77 Mio., gegenüber Nettoauflösungen von CHF 97 Mio. im Jahr 2010. Die Veränderung im Investment Banking geht in erster Linie auf eine Garantie zurück, die einer Drittbank gewährt wurde, sowie auf geringere Auflösungen und Wiedereinbringungen.

Ausleihungen

Ende	Private Banking		Investment Banking		Credit Suisse ¹	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	88 255	84 625	0	0	88 255	84 625
Lombardkredite	26 461	24 552	0	0	26 461	24 552
Privatkredite	6 031	5 026	664	682	6 695	5 708
Privatkunden	120 747	114 203	664	682	121 411	114 885
Immobilien	23 287	21 209	1 898	2 153	25 185	23 362
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	44 620	39 812	15 367	14 861	59 998	54 673
Finanzinstitute	7 085	7 309	18 288	17 463	25 373	24 764
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 278	1 131	1 112	1 076	2 390	2 207
Unternehmen & Institutionelle	76 270 ²	69 461 ²	36 665	35 553	112 946	105 006
Ausleihungen, brutto	197 017	183 664	37 329	36 235	234 357	219 891
davon zum Fair Value ausgewiesen	402	–	20 292	18 552	20 694	18 552
(Unrealisierter Ertrag) / Abgegrenzter Aufwand, netto	(6)	(2)	(28)	(30)	(34)	(32)
Wertberichtigung für Kreditverluste ³	(743)	(782)	(167)	(235)	(910)	(1 017)
Ausleihungen, netto	196 268	182 880	37 134	35 970	233 413	218 842
Gefährdete Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Notleidende Ausleihungen	602	626	156	335	758	961
Zinslos gestellte Ausleihungen	230	321	32	19	262	340
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	832	947	188	354	1 020	1 301
Restrukturierte Ausleihungen	5	4	13	48	18	52
Potenzielle Problemausleihungen	603	397	77	113	680	510
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	608	401	90	161	698	562
Gefährdete Ausleihungen, brutto ³	1 440	1 348	278	515	1 718	1 863
davon Ausleihungen mit Einzelwertberichtigung	1 286	1 164	261	487	1 547	1 651
davon Ausleihungen ohne Einzelwertberichtigung	154	184	17	28	171	212
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode ³	782	937	235	458	1 017	1 395
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	113	26	28	(119)	141	(93)
Bruttoabschreibungen	(194)	(202)	(105)	(92)	(299)	(294)
Wiedereingänge	36	40	5	23	41	63
Nettoabschreibungen	(158)	(162)	(100)	(69)	(258)	(231)
Rückstellungen für Zinsen	5	2	9	0	14	2
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	1	(21)	(5)	(35)	(4)	(56)
Bestand am Ende der Periode ³	743	782	167	235	910	1 017
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	544	585	106	164	650	749
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	199	197	61	71	260	268
Kennzahlen zu Ausleihungen (in %)						
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen / Ausleihungen, brutto ⁴	0.4	0.5	1.1	2.0	0.5	0.6
Gefährdete Ausleihungen, brutto / Ausleihungen, brutto ⁴	0.7	0.7	1.6	2.9	0.8	0.9
Wertberichtigung für Kreditverluste / Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen ³	89.3	82.6	88.8	66.4	89.2	78.2
Wertberichtigung für Kreditverluste / Gefährdete Ausleihungen, brutto ³	51.6	58.0	60.1	45.6	53.0	54.6

¹ Einschliesslich Asset Management und Corporate Center ² Enthält Ausleihungen besichert durch finanzielle Sicherheiten und Hypotheken. Der Wert der finanziellen Sicherheiten und Hypotheken, berücksichtigt bis zum Betrag der entsprechenden Ausleihungen, betrug per 31. Dezember 2011 und 2010 CHF 62 036 Mio. beziehungsweise CHF 55 124 Mio. ³ Gefährdete Ausleihungen und Wertberichtigung für Kreditverluste beziehen sich nur auf Ausleihungen, welche nicht zum Fair Value bilanziert werden. ⁴ Ohne zum Fair Value bilanzierte Ausleihungen.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit zwecks Market Making, Positionierungen und Arbitrage sowie im Zusammenhang mit unserem eigenen Risikomanagementbedarf eingegangen. Zum Letzteren zählt die Minderung von Zinsänderungs-, Fremdwährungskurs- und Kreditrisiken.

Derivate sind entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte sind Zinsswaps und CDS, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Fremdwährungs- und Zinsfutures.

Der Wiederbeschaffungswert einzelner derivativer Instrumente entspricht dem Fair Value am Stichtag der konsolidierten Bilanz und stammt aus Transaktionen für Rechnung von Kunden beziehungsweise Transaktionen auf eigene Bücher. Positive Wiederbeschaffungswerte begründen einen Vermögenswert, negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über künftige Gewinne oder Verluste, sondern zeigt die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen Aufschläge, sofern zutreffend, sowie die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values aller Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen hauptsächlich am Markt beobachtete Preise, falls verfügbar, und, falls nicht verfügbar, beobachtbare Marktparameter für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, Nettobarwertanalysen oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

Terminkontrakte und Futures

Wir gehen Kauf- und Verkaufsverträge für hypothekarbesicherte Wertschriften (Mortgage-backed Securities), Fremdwährungen und Verpflichtungen zum Kauf oder Verkauf von Hypotheken auf Wohn- und Geschäftsbauten ein. Zudem gehen wir Futureskontrakte auf Aktienindizes und Kontrakte auf andere Finanzinstrumente sowie Optionen auf Futureskontrakte ein. Der Abschluss dieser Kontrakte erfolgt üblicherweise zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken.

Bei Termingeschäften sind wir dem Kreditrisiko der Gegenpartei ausgesetzt. Zur Minderung dieses Kreditrisikos limitieren wir Transaktionen pro Gegenpartei, prüfen Kreditlimiten in regelmässigen Abständen und halten uns an intern festgelegte Richtlinien für die Kreditvergabe.

Bei Futureskontrakten und Optionen auf Futureskontrakten werden Änderungen des Marktwerts täglich bar über eine Clearingstelle ausgeglichen. Daher beschränkt sich unser Kreditrisiko gegenüber der betreffenden Clearingstelle auf die positive Nettoveränderung des Marktwerts eines einzigen Tages.

Swaps

Unsere Swap-Vereinbarungen bestehen in erster Linie aus Zinsswaps, CDS, Währungsswaps und Swaps auf Beteiligungsinstrumenten. Swap-Vereinbarungen gehen wir zu Handels- und Risikomanagementzwecken ein. Zinsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zinszahlungen, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Laufzeiten beruhen. CDS sind vertragliche Vereinbarungen, bei welchen der Käufer des Swaps eine periodische Gebühr entrichtet und im Gegenzug eine Zahlung des Verkäufers erhält, falls bei der Referenzgesellschaft des Swaps ein Kreditereignis (Credit Event) eintritt. Als Kreditereignis gelten im Allgemeinen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche ungünstige Schuldenrestrukturierungen oder Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit. Währungsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zahlungen in unterschiedlicher Währung, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Währungspaaren beruhen. Bei Swaps auf Beteiligungsinstrumenten handelt es sich um vertragliche Vereinbarungen, den Wertzuwachs oder die Wertabnahme eines Beteiligungsinstruments im Vergleich zum festgelegten Ausübungspreis zu erhalten, gegen Zahlung eines anderen Satzes, der üblicherweise auf einem Index oder auf Zinsbewegungen beruht.

Optionen

Wir schreiben Optionen zur Erfüllung von spezifischen Kundenbedürfnissen und zu Handelszwecken. Geschriebene Optionen setzen uns gegenüber dem Kunden keinem Kreditrisiko aus, da im Falle einer Ausübung wir selbst und nicht der Kunde zu Leistungen verpflichtet sind. Zu Beginn der Kontraktlaufzeit erhalten wir eine Barprämie. Während der Kontraktlaufzeit tragen wir das Risiko ungünstiger Wertveränderungen des als Basiswert der Option dienenden Finanzinstruments. Um dieses Marktrisiko zu bewirtschaften, kaufen oder verkaufen wir Basiswerte beziehungsweise derivative Finanzinstrumente. Solche Käufe und Verkäufe können Schuldtitel und Beteiligungspapiere, Termin- und Futureskontrakte, Swaps und Optionen beinhalten.

Wir kaufen auch Optionen zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken. Mit gekauften Optionen erwerben wir das Recht, den betreffenden Basiswert zu einem festgelegten Preis an oder vor einem bestimmten Datum zu kaufen oder zu verkaufen. Während der Kontraktlaufzeit beschränkt sich das eingegangene Risiko auf die bezahlte Prämie. Zu den Basiswerten dieser Optionen zählen üblicherweise Anleihen und Beteiligungspapiere, Fremdwährungen und Zinsinstrumente oder Indizes. Die Kreditwürdigkeit der Gegenparteien dieser Optionskontrakte wird regelmässig überprüft.

Die folgende Tabelle zeigt, wie bei Forderungen aus Derivaten das Kreditrisiko durch den Einsatz rechtlich durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen zu Sicherheiten (Collateral Agreements) gemindert wird. Netting-Vereinbarungen ermöglichen uns, den Nettosaldo derivativer Forderungen und Verbindlichkeiten mit derselben Gegenpartei auszuweisen, falls diese Vereinbarungen rechtlich durchsetzbar sind und die Absicht besteht, mit der Gegenpartei auf Nettobasis abzurechnen.

Die Wiederbeschaffungswerte in der konsolidierten Bilanz werden nach Abzug solcher Vereinbarungen dargestellt. Vereinbarungen in Bezug auf Sicherheiten werden mit bestimmten Gegenparteien abgeschlossen, wobei dies von der Art der Gegenpartei beziehungsweise der Transaktion abhängig ist. Solche Verträge verlangen die Hinterlegung von Barmitteln oder Wertschriften.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit

Ende / fällig innerhalb	2011				2010			
	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Positiver Wiederbeschaffungswert	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Positiver Wiederbeschaffungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)								
Zinsprodukte	40.6	208.6	483.0	732.2	38.9	175.0	269.0	482.9
Devisenprodukte	40.6	20.7	14.9	76.2	44.2	25.0	15.8	85.0
Edelmetallprodukte	1.5	0.8	0.0	2.3	1.6	0.8	0.0	2.4
Beteiligungs-/Indexprodukte	9.2	7.2	4.8	21.2	7.2	9.3	3.8	20.3
Kreditderivate	4.5	34.9	23.9	63.3	4.5	26.0	19.0	49.5
Sonstige Produkte	4.9	3.9	2.6	11.4	9.6	7.6	2.1	19.3
Derivative Instrumente (OTC)	101.3	276.1	529.2	906.6	106.0	243.7	309.7	659.4
Börsengehandelte derivative Instrumente				22.5				22.4
Netting-Vereinbarungen ¹				(872.9)				(631.4)
Total derivative Instrumente				56.2				50.4
davon in Handelsbestände verbucht				52.5				47.7
davon in Sonstige Aktiven verbucht				3.7				2.7

¹ Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivate, die ein Kreditrisiko darstellen, unterliegen dem Kreditantrags- und Kreditbewilligungsprozess, der laufenden Überwachung der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei sowie dem

Kreditbeurteilungsprozess in Bezug auf die Transaktion. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Ratings auf unseren Kreditpositionen aus Derivaten.

Derivative Instrumente nach Kreditrating der Gegenpartei

Ende	2011	2010
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)		
AAA	6.0	5.5
AA	9.6	11.9
A	18.3	15.3
BBB	11.8	7.9
BB oder tiefer	8.0	8.2
Derivative Instrumente (OTC)	53.7	48.8
Börsengehandelte derivative Instrumente ¹	2.5	1.6
Total derivative Instrumente¹	56.2	50.4

¹ Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit und nach Kreditrating der Gegenpartei für die Bank unterscheiden sich nicht wesentlich von den in den Tabellen gezeigten Informationen der Gruppe – weder in Bezug auf die absoluten Beträge noch in Bezug auf die Veränderungen.

Derivative Instrumente werden entweder der Kategorie Handel oder, falls diese für das Hedge Accounting qualifizieren, der Kategorie Absicherung zugeteilt. Die Kategorie Handel beinhaltet Positionen aus dem Market Making, der Positionierung in diesen Märkten und aus Arbitrage-Geschäften sowie ökonomische Absicherungen zu Risikomanagementzwecken, sofern die eingesetzten Instrumente nicht für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren. Die Kategorie Absicherung enthält alle Kontrakte, die sich für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren, wie zum Beispiel Fair-Value-Absicherungen, Cashflow-Absicherungen und Nettoinvestitionsabsicherungen.

- ▶ Siehe «Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu derivativen Instrumenten, einschliesslich einer Übersicht über Derivate nach Produkten und Zweck (Handel und Absicherung).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Unsere primäre Zielsetzung liegt in der Früherkennung, Erfassung, Beurteilung, Überwachung, Verhinderung und Verminderung von operationellen Risiken sowie in einer zeitnahen und aussagekräftigen Managementberichterstattung. Wo sinnvoll und möglich, transferieren wir operationelle Risiken an nicht mit der Gruppe verbundene Versicherungsgesellschaften.

Operationelle Risiken sind ein fester Bestandteil unserer meisten Aktivitäten und umfassen zahlreiche verschiedenartige Risiken. Während Markt- und Kreditrisiken oft bewusst und mit der Aussicht auf Gewinne eingegangen werden, müssen operationelle Risiken in der Regel als notwendige Folge der Geschäftstätigkeit akzeptiert werden. Im Vergleich mit Markt- und Kreditrisiken sind operationelle Risiken schwierig umfassend zu identifizieren, und eine Quantifizierung ist naturbedingt schwierig. Wir sind überzeugt, dass eine wirkungsvolle Steuerung operationeller Risiken die Zuweisung der entsprechenden Verantwortlichkeit innerhalb eines bankweiten, gemeinsamen Rahmens an das für den Prozess zuständige Management erfordert.

Unter diesem Ansatz ist jeder Geschäftsbereich für die eigenen operationellen Risiken und für die Bereitstellung der

zur Steuerung der betreffenden Risiken erforderlichen Mittel und Prozesse verantwortlich. Die Geschäftsbereiche werden auf Divisions- und Gruppenebene durch designierte Funktionsbereiche für operationelle Risiken unterstützt.

Das zentrale BORO innerhalb der Risikomanagementfunktion ist auf Unternehmensebene für die Koordination von konsistenten Richtlinien, Hilfsmitteln und Methoden zur Steuerung, Messung, Überwachung und Berichterstattung aller operationellen Risiken verantwortlich. Dieses Team ist auch für das gesamte Regelwerk für die Steuerung operationeller Risiken, die Messmethoden und die Kalkulation der entsprechenden Eigenmittelanforderungen zuständig.

Geschäftsdivisionen und Spezialistenteams von Shared Services für operationelle Risiken sind für die Umsetzung des Systems zur Steuerung der operationellen Risiken, der Hilfsmittel, der Berichterstattung und der Methoden innerhalb ihrer Bereiche sowie für die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beim Auftreten operationeller Risikosituationen verantwortlich.

Die Belange in Bezug auf operationelle Risiken, Kennzahlen und Risikopositionen werden an den vierteljährlichen Sitzungen des CARMC zu operationellen Risiken sowie innerhalb von divisionalen Risikomanagementausschüssen unter Beizug von Fachverantwortlichen aller relevanten Funktionen besprochen. Wir verwenden eine Vielzahl von unternehmensweiten Hilfsmitteln zur Steuerung und Berichterstattung von operationellen Risiken. Diese umfassen Risiko- und Kontrollselbstbeurteilungen, Szenarioanalysen, die Berichterstattung zu Risikoindikatoren sowie das Sammeln, die Berichterstattung und die Analyse von internen und externen Daten zu entsprechenden Verlusten. Um ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen, werden Wissen und Erfahrungen innerhalb der ganzen Gruppe ausgetauscht.

Wir verwenden seit 2000 dieselbe Methodik, um das für das operationelle Risiko erforderliche Economic Capital zu berechnen, und haben von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung einer ähnlichen Methodik für den ◉Advanced Measurement Approach (AMA) unter ◉Basel II erhalten. Die Economic-Capital/AMA-Methodik basiert auf der Identifikation einer Anzahl von Risikoszenarien, die unsere grösseren heutigen operationellen Risiken beschreiben. Expertenteams analysieren die Szenarien und schätzen deren Eintretenswahrscheinlichkeit und potenzielle Verlusthöhe. Als Basis dieses Prozesses dienen interne und externe Verlustdaten, ergänzt mit gewissen Faktoren bezüglich Geschäftsumgebung und internen Kontrollen wie Resultaten aus Selbstbeurteilungen und Indikatoren zu Schlüsselrisiken. Die Ergebnisse aus diesen Analysen werden in ein Modell für operationelle Risiken eingegeben, das eine Verlustverteilung generiert. Auf diese Weise wird das zur Deckung der operationellen Risiken erforderliche

derliche Kapital ermittelt. Wo möglich wird die Verlustabwälzung auf Versicherungen einkalkuliert, indem die Höhe der Versicherungsdeckung pro Verlustszenario ermittelt und mittels eines Abschlags (Haircut) berücksichtigt wird.

Reputationsrisiken

Unsere Strategie ist darauf ausgerichtet, jede Transaktion oder Dienstleistung, die das Risiko einer potenziell untragbaren Schädigung unseres Rufs darstellt, zu unterlassen.

Die Quellen für Reputationsrisiken sind vielfältig und beinhalten unter anderem Art oder Zweck einer geplanten Transaktion oder Dienstleistung, die Art oder Tätigkeit eines umstrittenen potenziellen Kunden, das regulatorische oder politische Klima, in welchem eine Transaktion ausgeführt würde, ein möglicherweise kontroverses Umfeld, soziale Auswirkungen einer Transaktion oder eine sehr hohe öffentliche Aufmerksamkeit in Bezug auf die Transaktion. Wo das Vorhandensein dieser oder anderer Faktoren die Erhöhung des Reputationsrisikos vermuten lässt, muss die vorgeschlagene Transaktion oder Dienstleistung den weltweit einheitlichen Prozess

der Reputationsrisikoprüfung durchlaufen. Dies beinhaltet die Eingabe durch einen Antragsteller (alle Mitarbeiter), die Bestätigung durch einen Unternehmensbereichsleiter oder Beauftragten und die Weiterleitung an einen der regionalen Verantwortlichen für das Reputationsrisiko, die alle erfahrene und hochrangige, vom Geschäftssegment unabhängige Führungskräfte sind und die Befugnis haben, unsere Beteiligung an der Transaktion oder Dienstleistung zu erlauben, zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen. Um unsere Anspruchsgruppen darüber zu informieren, wie wir gewisse mit dem Bankgeschäft verbundene ökologische und gesellschaftliche Risiken handhaben, veröffentlichen wir unseren Bericht «Unternehmerische Verantwortung». Darin beschreiben wir, was wir unternehmen, damit wir unsere Tätigkeit in umweltbewusster und sozialverträglicher Weise ausüben und einen Beitrag an die Gesellschaft im weiteren Sinn leisten. Für die Überwachung und aktive Diskussion der Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen ist auf globaler Basis das Reputational Risk & Sustainability Committee der Geschäftsleitung zuständig. Auf regionaler Ebene nehmen die Reputational Risk Councils diese Aufgaben wahr.

Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen

Wir haben unsere Bilanzsumme 2011 um 2% erhöht. Die meisten unserer Transaktionen werden in der Bilanz erfasst. Gewisse Transaktionen können aber sowohl zu bilanziellen als auch ausserbilanziellen Positionen führen.

Bilanzübersicht

	Ende			Veränderung in %	
	2011	2010	2009	11 / 10	10 / 09
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	110 573	65 467	51 857	69	26
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	236 963	220 443	209 499	7	5
Handelsbestände	279 553	324 704	332 238	(14)	(2)
Ausleihungen, netto	233 413	218 842	237 180	7	(8)
Forderungen aus Kundenhandel	43 446	38 769	41 960	12	(8)
Alle übrigen Aktiven	145 217	163 780	158 693	(11)	3
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005	1 031 427	2	0
Passiven (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	40 147	37 493	36 214	7	4
Kundeneinlagen	313 401	287 564	286 694	9	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	176 559	168 394	191 687	5	(12)
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	127 760	133 997	133 481	(5)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	162 655	173 752	159 365	(6)	9
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	68 034	61 746	58 965	10	5
Alle übrigen Verbindlichkeiten	119 524	126 044	116 693	(5)	8
Total Verbindlichkeiten	1 008 080	988 990	983 099	2	1
Total Eigenkapital der Aktionäre	33 674	33 282	37 517	1	(11)
Minderheitsanteile	7 411	9 733	10 811	(24)	(10)
Total Eigenkapital	41 085	43 015	48 328	(4)	(11)
Total Passiven	1 049 165	1 032 005	1 031 427	2	0

Bilanz

Das Total der Aktiven betrug per Ende 2011 CHF 1 049,2 Mia. und nahm damit gegenüber Ende 2010 um CHF 17,2 Mia. oder 2% zu. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung stieg das Total der Aktiven um CHF 15,4 Mia.

In Schweizer Franken widerspiegelte die Zunahme der flüssigen Mittel und Forderungen gegenüber Banken von CHF 45,1 Mia. oder 69% vor allem eine Zunahme der Einlagen bei

Zentralbanken. Bei den Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen gab es eine Zunahme von CHF 16,5 Mia. oder 7%, die vor allem auf Zunahmen bei den Reverse-Repo-Geschäften, einschliesslich durch Staatspapiere gesicherter Reverse-Repo-Geschäften, zurückzuführen war. Die Nettoausleihungen stiegen um CHF 14,6 Mia. oder 7%, was vor allem auf höhere Ausleihungen an Gewerbe und Industrie in der ganzen Gruppe, höhere Privatkundenkredite und Ausleihungen an Immobilien-

gesellschaften im Private Banking sowie höhere Ausleihungen an Finanzinstitute im Investment Banking zurückzuführen war. Die Forderungen aus Kundenhandel erhöhten sich um CHF 4,7 Mia. oder 12%, was kundenbezogene Geschäfte widerspiegelte. Die Handelsbestände sanken um CHF 45,2 Mia. oder 14%, was Rückgänge der Beteiligungs- und Schuldtitel aufgrund der Herausforderungen an den Aktienmärkten sowie die Staatsschuldenkrise in Europa widerspiegelte. Alle übrigen Aktiven verringerten sich um CHF 18,6 Mia. oder 11%. Darin enthalten waren Rückgänge der als Sicherheit erhaltenen Wertschriften von CHF 12,0 Mia. oder 28%, der sonstigen Anlagen von CHF 3,3 Mia. oder 20%, der Anlagen in Wertschriften von CHF 3,2 Mia. oder 39% und der sonstigen Aktiven von CHF 1,3 Mia. oder 2%.

Das Total der Verbindlichkeiten betrug per Ende 2011 CHF 1 008,1 Mia. und stieg damit gegenüber Ende 2010 um CHF 19,1 Mia. oder 2%. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung stieg das Total der Verbindlichkeiten um CHF 17,5 Mia.

In Schweizer Franken war die Zunahme der Kundeneinlagen von CHF 25,8 Mia. oder 9% vor allem auf Zunahmen der Einlagenzertifikate und Termineinlagen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen stiegen um CHF 8,2 Mia. oder 5%, was vor allem auf Zunahmen der Repo-Geschäfte in den USA zurückzuführen war. Die Verbindlichkeiten aus Kundenhandel erhöhten sich um CHF 6,3 Mia. oder 10%, was Zunahmen bei Margenkonten von Kunden, offenen Kassageschäften und Prime Brokerage widerspiegelte. Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken stiegen um CHF 2,7 Mia. oder 7%, was vor allem auf eine Zunahme der zinstragenden Einlagen von Banken, einschliesslich Zentralbanken, zurückzuführen war. Die langfristigen Verbindlichkeiten sanken um CHF 11,1 Mia. oder 6% primär aufgrund von Rückgängen der vorrangigen Verbindlichkeiten um CHF 7,2 Mia. und der Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs um CHF 4,9 Mia. Die Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen verringerten sich um CHF 6,2 Mia. oder 5%, was einen Rückgang der Leerverkäufe widerspiegelte. Alle übrigen Verbindlichkeiten sanken um CHF 6,5 Mia. oder 5%. Darin enthalten war ein Rückgang der Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften von CHF 12,0 Mia., der teilweise durch eine Zunahme der kurzfristigen Geldaufnahmen von CHF 4,4 Mia. kompensiert wurde.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in Treasury Management für weitere Informationen, auch zur Finanzierung der Bilanz und der Leverage Ratio.

Ausserbilanz

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit schliessen wir Ausserbilanzgeschäfte ab. Dabei handelt es sich um Transaktionen oder sonstige vertragliche Vereinbarungen mit oder zugunsten einer Gesellschaft, die nicht konsolidiert wird. Solche Transaktionen umfassen derivative Instrumente, Garantien und ähnliche Vereinbarungen, einbehaltene oder Eventualanteile an Aktiven, die an eine nicht konsolidierte Gesellschaft im Rahmen unserer Einbindung bei SPEs übertragen wurden, sowie Verpflichtungen und Verbindlichkeiten (einschliesslich Eventualverpflichtungen und -verbindlichkeiten) im Rahmen variabler Anteile nicht konsolidierter Gesellschaften, welche Finanzierungen, Liquidität, Kredit und sonstige Unterstützung bieten.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit für Market-Making, das Eingehen von Positionen und Arbitrage sowie aufgrund unserer eigenen Risikomanagementbedürfnisse, vor allem zur Minderung des Zinssatz-, Fremdwährungs- und Kreditrisikos, eingegangen.

Derivate sind entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte schliessen Zins-, Devisen- und Credit Default Swaps (CDS), Zins- und Währungsoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Wiederbeschaffungswerte der einzelnen derivativen Instrumente aus Transaktionen auf Rechnung des Kunden und eigenen Transaktionen entsprechen dem Fair Value am Bilanzstichtag. Positive Wiederbeschaffungswerte stellen einen Vermögenswert dar, während negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit darstellen. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über zukünftige Gewinne oder Verluste, vielmehr zeigt er die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen Aufschläge, sofern verfügbar, und die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values der einzelnen Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen hauptsächlich am Markt gestellte Preise, falls verfügbar, und, falls nicht verfügbar, bestehende Marktpreise für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, eine Analyse des Nettobarwerts oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

- ▶ Siehe «Derivative Instrumente» in Risikomanagement – Kreditrisiko für weitere Informationen.

- ▶ Siehe «Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Derivaten.

Garantien und ähnliche Vereinbarungen

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit werden Garantien und Schadlosklauseln abgegeben, welche die Credit Suisse zu Eventualzahlungen an den Garantieempfänger oder die schadlos zu haltende Partei verpflichten, falls bei einem Vermögenswert, einer Verbindlichkeit oder einem Beteiligungspapier des Garantiebegünstigten oder der schadlos gehaltenen Partei Änderungen eintreten. Dabei sind wir zu Eventualzahlungen an einen Garantieempfänger verpflichtet, wenn eine andere Gesellschaft ihre Leistungen nicht erfüllt oder wenn wir eine indirekte Garantie auf Schulden Dritter abgegeben haben. Die gewährten Garantien umfassen unter anderem – aber nicht ausschliesslich – übliche Schadlosklauseln zugunsten von: Käufern im Zusammenhang mit dem Verkauf von Aktiven oder Geschäftsbereichen; Anlegern in von uns gesponserten Private-Equity-Fonds hinsichtlich potenzieller Verpflichtungen ihrer Mitarbeitenden zur Rückzahlung von zuvor als Gewinnbeteiligungen ausgeschütteten Beträgen; Anlegern in unseren Wertpapieren und anderen Vereinbarungen zur Übernahme von Quellensteuerabzügen, Steuerrückbehalten oder anderen staatlichen Belastungen; sowie Gegenparteien im Zusammenhang mit Wertschriftenleihgeschäften.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewähren wir dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, potenzielle Risiken aus nicht quantifizierbaren und unbekanntem Eventualverlusten, beispielsweise im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, Steuern oder geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Wir überwachen solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in unserer konsolidierten Jahresrechnung angemessen berücksichtigt sind.

Unter US GAAP sind die maximal möglichen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien offenzulegen, soweit sie sich abschätzen lassen und die Erfassung einer Verbindlichkeit für den Fair Value eingegangener Verpflichtungen aus Garantien, die nach dem 31. Dezember 2002 ausgegeben oder angepasst wurden, erfordern.

- ▶ Siehe «Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für Offenlegungen der abschätzbaren maximalen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien und zugehörige Informationen.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking hat die Gruppe bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Die Gruppe hat diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die die Gruppe von anderen Parteien gekauft hat. Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete Eigenschaften nicht zutreffend waren, kann die Gruppe dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlittene Verluste zu entschädigen. Ob der Gruppe im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Ansprüche, der Gültigkeit solcher Ansprüche (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Ansprüche); ob die Gruppe erfolgreich Forderungen gegen Parteien stellen kann, die Kredite an die Gruppe verkauft und dabei gegenüber der Gruppe Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle; ob die Verpflichtungen aus den verbrieften Instrumenten durch Dritte garantiert oder versichert waren.

- ▶ Siehe «Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite» in Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Einbindung bei Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities)

Die Gruppe schliesst im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und macht von diesen Gebrauch. Eine SPE ist eine Rechtseinheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen Rechtsform, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Sie ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte der SPE gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen der Gruppe und ihren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und zur Schaffung von Anlageprodukten. Die Gruppe verwendet SPEs auch für andere kundengetriebene Aktivitäten, wie der Ermöglichung von Finanzierungen, und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe.

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit beteiligen wir uns an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten und allgemein drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: ◊ Forderungsbesicherte Wertschriften (Collateralized Debt Obligations, CDO), ◊ CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. Solche Gesellschaften sind auf eine Konsolidierungspflicht gemäss US GAAP zu überprüfen, wobei die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zwingend zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern und möglicherweise einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich einer laufenden Neubeurteilung der VIEs bezüglich einer möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide verlangen.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten können wir Anteile an VIEs halten.

- ▶ Siehe «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Wir haben durch Ausgabe hybrider Kapitalinstrumente über SPEs, welche von uns emittierte nachrangige Schuldtitel kaufen, hybrides Kernkapital (Tier 1) aufgenommen. Diese SPEs haben keine Vermögenswerte oder Geschäftstätigkeiten, welche nicht in direktem Bezug zu Aufnahme, Administration oder Rückzahlung der hybriden Kapitalinstrumente stehen, und werden von uns nicht konsolidiert.

Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen

Im Zusammenhang mit unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bestimmte vertragliche Verpflichtungen und Zusagen zur Finanzierung bestimmter Aktiven ein. Das Total der langfristigen Verpflichtungen ging 2011 um CHF 11,4 Mia. auf CHF 168,3 Mia. zurück. Dies widerspiegelte in erster Linie den Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten um CHF 11,1 Mia. auf CHF 162,7 Mia.

- ▶ Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten und den zugehörigen Zinsverpflichtungen.
- ▶ Siehe «Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Zusagen.

Die kurzfristigen Verpflichtungen stiegen 2011 um CHF 33,0 Mia. auf CHF 575,5 Mia., was vor allem auf eine Zunahme der Kundeneinlagen um CHF 25,8 Mia. auf CHF 313,4 Mia. und eine Zunahme der Verbindlichkeiten aus Kundenhandel um CHF 6,3 Mia. auf CHF 68,0 Mia. zurückzuführen war.

Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen

					2011	2010
Zahlungen fällig innerhalb	Weniger als 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Total	Total
Langfristige Verpflichtungen (in Mio. CHF)						
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	25 346	46 607	28 313	62 389	162 655 ²	173 752 ²
Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing	0	0	0	0	0	130
Verpflichtungen aus Operating Leasing	601	1 020	793	2 145	4 559	4 490
Kaufverpflichtungen	460	452	133	50	1 095	1 307
Total langfristige Verpflichtungen³	26 407	48 079	29 239	64 584	168 309	179 679

¹ Siehe «Emission und Rückzahlung von Schuldverschreibungen» in Treasury Management und in Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten. ² Enthält per 31. Dezember 2011 und 2010 Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs von CHF 14 858 Mio. beziehungsweise CHF 19 739 Mio. ³ Nicht enthalten sind die abgegrenzten Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne und sonstige Pläne mit Leistungsprimat in Höhe von CHF 1 101 Mio. und CHF 980 Mio. per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010, welche in der konsolidierten Bilanz in Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, da die abgegrenzten Verbindlichkeiten nicht den erwarteten Liquiditätsbedürfnissen entsprechen. Siehe «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeverpflichtungen und anderen Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand.

Kurzfristige Verpflichtungen

Ende			2011	2010
Kurzfristige Verpflichtungen (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken			40 147	37 493
Kundeneinlagen			313 401	287 564
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen			127 760	133 997
Kurzfristige Geldaufnahmen			26 116	21 683
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel			68 034	61 746
Total kurzfristige Verpflichtungen			575 458	542 483

IV

Corporate Governance und Vergütungen

158 Corporate Governance

193 Vergütungen

Corporate Governance

Übersicht

Grundlagen und Richtlinien zur Corporate Governance

Die Credit Suisse strebt die Umsetzung international anerkannter hoher Standards der Corporate Governance an, um die Interessen aller Anspruchsgruppen angemessen zu wahren, und anerkennt die Wichtigkeit von Corporate Governance bei der Erreichung dieses Ziels. Eine transparente Beschreibung der Corporate Governance erleichtert den verschiedenen Interessenvertretern, die Qualität der Gruppe und ihres Managements zu beurteilen, und unterstützt die Investoren bei ihren Anlageentscheidungen.

Die Credit Suisse richtet sich nach den im Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance vorgeschriebenen Prinzipien einschliesslich der im Anhang aufgeführten Empfehlungen zur Festsetzung der Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung. Wir passen unsere Praktiken auch laufend den Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate-Governance-Grundsätze und -Praktiken in Rechtsgebieten ausserhalb der Schweiz an. Wie bereits in den vergangenen Jahren richteten die Aufsichtsbehörden auch im Jahr 2011 ein besonderes Augenmerk auf die Vergütungspraxis von Finanzgesellschaften und erhöhten ihre Auflagen in Bezug auf Vergütungspraktiken, Vergütungsreglemente und Offenlegung. Diese Anpassungen haben wir in der Offenlegung unserer Vergütung berücksichtigt.

► [Siehe «Vergütung» für weitere Informationen.](#)

Als an der SIX Swiss Exchange (SIX) kotierte Gesellschaft unterstehen wir der SIX-Richtlinie betreffend Informationen zur Corporate Governance. Darüber hinaus sind unsere Aktien in Form von American Depositary Shares (ADS) auch an der New York Stock Exchange (NYSE) kotiert. Deshalb sind gewisse amerikanische Gesetze und Richtlinien für uns ebenfalls anwendbar. Weiter halten wir die von der NYSE erlassenen Corporate-Governance-Standards weitgehend ein, obgleich diese Regeln generell für ausländische, an der NYSE kotierte Emittenten nicht verbindlich sind.

Die Hauptunterschiede zwischen der Corporate Governance der Credit Suisse und den von der NYSE erlassenen und nur für amerikanische Gesellschaften zwingend anwendbaren Standards sind:

- Genehmigung von Mitarbeiterbeteiligungsplänen: Gemäss den NYSE-Standards bedürfen die Einführung neuer sowie bedeutende Änderungen bestehender Pläne der Genehmigung durch die Generalversammlung. In der

Schweiz muss der Generalversammlung die Schaffung von bedingtem Kapital für Mitarbeiterpläne zur Genehmigung vorgelegt werden. Es liegt jedoch nicht in der Kompetenz der Generalversammlung, über die Ausgestaltung der Pläne an sich zu entscheiden.

- Risikobeurteilung und Risikomanagement: Die NYSE-Standards weisen die Verantwortung für den Erlass von Richtlinien und Rahmenbedingungen für ein angemessenes Risikomanagement dem Audit Committee zu. Bei der Credit Suisse wird diese Verantwortung vom Risk Committee wahrgenommen. Währenddem die Mitglieder des Audit Committee sämtliche NYSE-Unabhängigkeitsvorschriften erfüllen müssen, kann das Risk Committee der Credit Suisse auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen.
- Unabhängigkeit der Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee: Gemäss den NYSE-Standards müssen alle Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee unabhängig sein. Das Chairman's and Governance Committee bei der Credit Suisse kann hingegen auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen.
- Berichterstattung: Die NYSE-Standards sehen vor, dass die Verwaltungsratskommissionen bestimmte Informationen den Aktionären direkt zukommen lassen. Das Schweizer Recht sieht hingegen vor, dass die Kommissionen ausschliesslich an den Verwaltungsrat rapportieren und die Kommunikation mit den Aktionären dem Gesamtverwaltungsrat vorbehalten ist.
- Ernennung der externen Revisionsgesellschaft: Die NYSE-Standards verlangen, dass das Audit Committee direkt für die Ernennung, Entschädigung, Fortsetzung des Mandats und Aufsicht der externen Revisionsgesellschaft verantwortlich ist, es sei denn, das für die betreffende Gesellschaft geltende Heimrecht sehe eine anders lautende Regelung vor. Gemäss Schweizer Recht liegt die Ernennung der externen Revisionsgesellschaft in der ausschliesslichen Kompetenz der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat unterbreitet den Aktionären auf Empfehlung des Audit Committee einen entsprechenden Vorschlag.

Corporate-Governance-Regelwerk

Unsere Corporate Governance wird in einer Reihe von Dokumenten beschrieben. Der Verwaltungsrat hat die «Corporate Governance Guidelines» erlassen, welche die Grundsätze für eine zweckmässige Corporate Governance festlegen und auf

weitere Dokumente verweisen, die bestimmte Aspekte der Corporate Governance detailliert regeln. Im Folgenden sind unsere Corporate-Governance-Dokumente aufgeführt, die alle auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/governance verfügbar sind:

- Statuten: Legen den Gesellschaftszweck, die Kapitalstruktur und die grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen fest. Die Statuten der Gruppe sind vom 8. Februar 2012, die Statuten der Bank vom 2. Mai 2011 datiert.
- Code of Conduct: Hält die ethischen Grundsätze und professionellen Standards der Gruppe fest, die für den Verwaltungsrat und alle Mitarbeitenden bindend sind, und betont ausdrücklich, dass unsere Mitarbeitenden alle geltenden Gesetze, Vorschriften und Richtlinien einzuhalten haben, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt und gestärkt wird. Im Übrigen setzt er auch die im Sarbanes-Oxley-Act of 2002 (SOX) enthaltenen Vorschriften betreffend die Festsetzung ethischer Grundsätze um, die sich speziell an den Chief Executive Officer (CEO) und die für das Finanzwesen verantwortlichen Mitglieder des oberen Managements richten. Es sind keine Abweichungen oder Ausnahmen von unserem Code of Conduct zulässig. Unser Code of Conduct ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/code in neun Sprachen verfügbar.
- Organisations- und Geschäftsreglement (OGR): Legt die Verantwortlichkeiten und Befugnisse der verschiedenen Führungsstufen innerhalb der Gruppe sowie die Prozesse der internen Berichterstattung fest.
- Corporate Governance Guidelines: Fassen bestimmte Grundsätze zusammen und beschreiben die Funktion des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse sowie die wirksame Kontrolle der Gruppe.
- Verwaltungsratsreglement: Beschreibt die Organisation und Verantwortlichkeiten des Verwaltungsrats.
- Kommissionsreglemente: Beschreiben die Organisation und Verantwortlichkeiten der Verwaltungsratskommissionen.
- Vergütungspolitik: 2011 überarbeitet und im Februar 2012 vom Verwaltungsrat genehmigt; dient als Grundlage für die Entwicklung solider Vergütungspläne und von Praktiken zur Unterstützung der langfristigen strategischen Ziele der Gruppe. Unser Vergütungsreglement ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/verguetung verfügbar.

Gesellschaft

Die Credit Suisse Group AG und die Credit Suisse AG sind im Handelsregister des Kantons Zürich als schweizerische Aktiengesellschaften unter den Nummern CH-

020.3.906.075–9 (per 3. März 1982) beziehungsweise CH – 020.3.923.549 – 1 (per 27. April 1883) eingetragen und haben ihren Hauptsitz am Paradeplatz 8, 8001 Zürich, Schweiz. Die Credit Suisse Group AG wurde am 3. März 1982, die Credit Suisse AG am 5. Juli 1856 auf unbestimmte Zeit gegründet. Die rechtmässige Vertretung der Credit Suisse Group AG und der Credit Suisse AG in den USA wird durch die Credit Suisse (USA), Inc., 11 Madison Avenue, New York, 10010 New York, wahrgenommen. Der Zweck der Credit Suisse Group AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die direkte oder indirekte Beteiligung an Unternehmen aller Art in der Schweiz und im Ausland, insbesondere an Unternehmen im Bank-, Finanz-, Vermögensverwaltungs- und Versicherungsbereich. Der Zweck der Credit Suisse AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die Tätigkeit einer Bank mit allen damit zusammenhängenden Bank-, Finanz-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Handelsaktivitäten in der Schweiz und im Ausland. Die Statuten der Gruppe und der Bank halten fest, dass sie neue Unternehmen gründen, sich an bestehenden Unternehmen beteiligen und sie finanzieren sowie Liegenschaften im In- und Ausland erwerben, belasten und verkaufen können.

Wir betreiben unser Geschäft im Rahmen dreier Divisionen: Private Banking, Investment Banking und Asset Management. Die drei Divisionen werden ergänzt durch eine übergreifende Shared-Services-Organisation sowie eine regionale Management-Struktur.

- ▶ Siehe «I – Informationen zum Unternehmen» für weitere Informationen zur Gruppenstruktur.
- ▶ Siehe «II – Kommentar zu den Resultaten» für eine detaillierte Beschreibung der Aktivitäten und der finanziellen Ergebnisse.
- ▶ Siehe «Anhang 38 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für eine Aufstellung der wichtigsten zum Konsolidierungskreis der Credit Suisse Group AG zählenden Beteiligungen.

Die Gruppe ist an der SIX kotiert (Valor 1213853), mit einer Börsenkapitalisierung per 31. Dezember 2011 von CHF 27 021 Mio. Es ist keine Tochtergesellschaft an der SIX oder einer anderen Börse kotiert. Nach dem öffentlichen Kaufangebot zum Erwerb der restlichen rund 1,4% der Aktien der Neuen Aargauer Bank AG im Jahr 2010, hält die Gruppe nun 100% der Aktien der Neuen Aargauer Bank AG. Damit ist die Neue Aargauer Bank AG nicht mehr als separate Gesellschaft an der SIX kotiert.

Nach schweizerischem Obligationenrecht müssen die Mitglieder des Verwaltungsrats und Personen, die mit der Geschäftsführung befasst sind, ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren. Zwar besteht nach Schweizer Recht keine all-

gemeine Vorschrift bezüglich Interessenkonflikten; jedoch gilt die Auffassung, dass Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder aufgrund ihrer Sorgfalts- und Treuepflicht von einer Beteiligung an Beschlüssen, die sie selber direkt betreffen könnten, ausgeschlossen sind. Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sind für Verstösse gegen diese Bestimmungen gegenüber der Gesellschaft persönlich haftbar.

Weder nach Schweizer Recht noch aufgrund der Statuten bestehen irgendwelche Einschränkungen hinsichtlich der Aufnahme von Krediten oder anderer Gelder. Entscheidungen über die Aufnahme finanzieller Mittel erfolgen durch den Verwaltungsrat oder unter dessen Anweisung. Es ist dazu kein Aktionärsbeschluss erforderlich.

Anzahl Mitarbeitende

Ende	2011	2010	Veränderung in %
Mitarbeiter (auf Vollzeitbasis)			
Private Banking	25 200	25 600	(2)
Investment Banking	20 900	20 700	1
Asset Management	2 700	2 900	(7)
Corporate Center	900	900	0
Anzahl Mitarbeiter	49 700¹	50 100	(1)
davon in der Schweiz	21 200	21 700	(2)
davon Europa, Naher Osten und Afrika	9 200	9 200	0
davon Nord- und Südamerika	11 700	12 100	(3)
davon Asien-Pazifik	7 600	7 100	7

¹ Nicht enthalten sind 2 100 Mitarbeitende im Zusammenhang mit den Kosteneffizienzinitiativen im Jahr 2011.

Mitarbeitende

Per 31. Dezember 2011 hatte die Credit Suisse weltweit 49 700 Mitarbeitende. Davon waren 21 200 in der Schweiz und 28 500 im Ausland angestellt.

Die Mitarbeiterzahl sank gegenüber Ende 2010 um 400 Personen beziehungsweise 1 %. Diese Reduktion des Personalbestands reflektiert den Abbau von 2 100 Mitarbeitenden in der zweiten Jahreshälfte 2011 welche auf die durchgeführten Initiativen zur Steigerung der Kosteneffizienz zurückzuführen sind und vor allem die Divisionen Investment Banking und Private Banking betrafen. Der Rückgang wurde teilweise durch die saisonale Rekrutierung von Hochschulabgängern und Lernenden durch Personalzuwächse aufgrund regulatorischer Auflagen und als Folge des im zweiten Quartal 2011 erworbenen Hedgefonds-Verwaltungsgeschäfts PFS der ABN AMRO (vormals Fortis Bank Nederland) aufgehoben.

Wir kennen folgende Corporate Titles: Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President sowie nicht-

leitende Mitarbeitende. Die meisten unserer Mitarbeitenden sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Während der letzten Jahre kam es zu keinen bedeutenden Streiksituationen, Arbeitsniederlegungen oder ähnlichen Auseinandersetzungen mit Mitarbeitergruppen. Wir pflegen ein konstruktives Verhältnis zu unseren Mitarbeitenden.

Informationspolitik

Die Credit Suisse ist einer offenen und fairen Informationspolitik gegenüber ihren Aktionären wie auch anderen Anspruchsgruppen verpflichtet. Die Abteilungen Investor Relations und Corporate Communications sind verantwortlich für Auskunftsbeglehen.

Alle im Aktienregister der Credit Suisse Group AG eingetragenen Aktionäre erhalten eine Einladung zur ordentlichen Generalversammlung, einschliesslich eines Bestellformulars für den Geschäftsbericht und andere Berichte. Sie erhalten zudem vierteljährlich einen Aktionärsbrief mit einem kurzen Überblick über den Geschäftsgang der Gruppe während des vergangenen Quartals. Zusätzlich erstellt die Gruppe detaillierte Quartals-Berichte zu den Finanzergebnissen, die den Aktionären auf Wunsch zugestellt werden.

Alle erwähnten Unterlagen und andere Informationen sind auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/investors/de verfügbar.

Statuten

- ▶ Siehe «Aktionärsrechte» und «Zusätzliche Informationen» für eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen unserer Statuten und des Schweizerischen Obligationenrechts, die für die Aktien der Credit Suisse Group AG von Bedeutung sind.

Die Zusammenfassungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und erfolgen unter dem generellen Vorbehalt des Schweizerischen Obligationenrechts und der Statuten. Die Statuten der Gruppe und der Bank finden sich auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/statuten.

Schadloshaltung

Weder die Statuten noch geltendes Schweizer Recht enthalten Vorschriften über die Schadloshaltung von Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung. Den allgemeinen Grundsätzen des schweizerischen Arbeitsrechts gemäss ist ein Arbeitgeber unter bestimmten Umständen verpflichtet, einen Mitarbeitenden gegen Verluste und Kosten schadlos zu halten, die der betreffenden Person durch die Ausübung ihrer Pflichten im Rahmen ihres Arbeitsvertrags entstanden sind, es sei denn, die Verluste und Kosten sind durch Fehlverhalten als Folge grober Fahrlässigkeit oder Vorsatzes eines Mitarbeitenden entstanden. Die Credit Suisse verfolgt den Grundsatz, ihre

gegenwärtigen und ehemaligen Verwaltungsratsmitglieder und/oder Mitarbeitenden unter bestimmten Bedingungen und abgesehen von einigen Ausnahmen gegen Verluste und Kosten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied oder Mitarbeitende unseres Unternehmens, einer mit uns verbundenen Gesellschaft oder eines anderen von uns anerkannten Unternehmens schadlos zu halten. Für ihre Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder verfügt die Credit Suisse über eine Organhaftpflichtversicherung.

Aktionäre

Kapitalstruktur

Unser Aktienkapital betrug per 31. Dezember 2011 CHF 48 973 323, eingeteilt in 1 224 333 062 Namenaktien mit einem Nominalwert von CHF 0.04 pro Aktie. Die Namenaktien der Credit Suisse Group AG sind an der SIX und als ADS an der NYSE kotiert.

- ▶ Siehe «Anhang 7 – Aktienkapital, bedingtes und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group sowie Statuten der Credit Suisse Group AG (Artikel 26, 26b–c und 27) für Einzelheiten zu den Veränderungen der Kapitalstruktur sowie des genehmigten und bedingten Kapitals während des Berichtsjahrs.

Aktionariat

Wir verfügen über eine breite Aktionärsbasis. Die Mehrheit der Aktien wird direkt oder indirekt von institutionellen Investoren ausserhalb der Schweiz gehalten. Mithilfe einer externen Gesellschaft, welche sich auf die Beschaffung von Marktdaten spezialisiert hat, bereiten wir regelmässig zusätzliche Informationen über die Zusammensetzung unseres Aktionariats auf, insbesondere auch bezüglich derjenigen Aktien, die nicht im Aktienregister eingetragen sind. Gemäss diesen Daten setzte sich unsere Aktionärsbasis per 31. Dezember 2011 aus 10% privaten Anlegern, 78% institutionellen Anlegern und 12% anderen Anlegern zusammen. Der geografische Hintergrund der institutionellen Anleger ist dabei wie folgt: 20% Schweiz, 9% Kontinentaleuropa (exkl. Schweiz), 14% Grossbritannien und Irland, 40% USA und 17% andere Länder.

Per 31. Dezember 2011 waren 145 656 Aktionäre in unserem Aktienregister eingetragen. Es bestehen unseres Wissens keine Vereinbarungen, die zu einem Wechsel in der Kontrolle über die Gruppe führen könnten. Per 31. Dezember 2011 waren insgesamt 48 Mio., oder 3,9%, der ausgegebenen Aktien in Form von ADS. Weitere 1 Mio. oder 0,9% der ausgegebenen Aktien wurden per 31. Dezember 2011 auf Aktionäre mit Domizil in den USA eingetragen (ohne Nominées).

Die nachfolgenden Tabellen zeigen eine Übersicht über die Zusammensetzung der im Aktienregister eingetragenen Aktien der Gruppe.

Aktienverteilung der Gruppe im Aktienregister

Ende	2011				2010			
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Aktienverteilung der Gruppe								
Schweizer	128 470	88	113 717 974	10	129 333	88	110 771 741	9
Ausländer	12 057	8	12 442 468	1	12 096	8	11 852 180	1
Private Anleger	140 527	96	126 160 442	11	141 429	96	122 623 921	10
Schweizer	4 426	3	143 700 242	12	4 645	3	133 663 669	11
Ausländer	703	1	544 466 906	44	826	1	517 265 377	44
Institutionelle Anleger	5 129	4	688 167 148	56	5 471	4	650 929 046	55
Aktien mit Eintrag im Aktienregister	145 656	100	814 327 590	67	146 900	100	773 552 967	65
davon in der Schweiz	132 896	91	257 418 216	21	133 978	91	244 435 410	21
davon Europa	11 380	8	301 566 718	25	11 404	8	266 308 720	22
davon USA	225	0	161 319 018	13	259	0	162 486 114	14
davon Sonstige	1 155	1	94 023 638	8	1 259	1	100 322 723	8
Aktien ohne Eintrag im Aktienregister	–	–	410 005 472	33	–	–	412 621 475	35
Total ausgegebene Aktien	–	–	1 224 333 062	100	–	–	1 186 174 442	100

Im Aktienregister eingetragene institutionelle Anleger nach Branche

Ende	2011		2010					
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Institutionelle Anleger nach Industrie								
Banken	43	0	17 406 303	1	44	0	2 149 606	0
Versicherungsgesellschaften	94	0	12 216 227	1	104	0	11 543 941	1
Vorsorgeeinrichtungen	912	1	34 877 001	3	961	1	32 465 565	3
Anlagestiftungen	339	0	72 892 153	6	400	0	71 096 802	6
Sonstige Stiftungen	847	1	7 306 944	1	856	1	6 277 961	1
Staatliche Institutionen	32	0	3 968 027	0	12	0	5 964 710	1
Sonstige ¹	2 645	2	168 443 544	14	2 877	2	169 526 525	14
Direkteinträge	4 912	4	317 110 199	26	5 254	4	299 025 110	25
Treuhänderisch gehalten	217	0	371 056 949	30	217	0	351 903 936	30
Total institutionelle Anleger	5 129	4	688 167 148	56	5 471	4	650 929 046	55

¹ Enthält verschiedene weitere institutionelle Anleger, für welche eine Gliederung nach Branchenart nicht verfügbar war.

Bedeutende Aktionäre

Gemäss dem schweizerischen Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) ist jeder, der Anteile einer an der SIX kotierten Gesellschaft hält, verpflichtet, die entsprechende Gesellschaft sowie die SIX zu benachrichtigen, sobald seine Stimmrechtsanteile eine der folgenden Grenzen übersteigen oder unterschreiten: 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 33 $\frac{1}{3}$ %, 50% oder 66 $\frac{2}{3}$ %, unabhängig davon, ob die Stimmrechte ausgeübt werden können oder nicht (das heisst, Meldungen müssen auch bestimmte Derivatpositionen umfassen wie beispielsweise Optionen oder ähnliche Instrumente). Das Unternehmen ist verpflichtet, nach Eingang einer entsprechenden Meldung die Öffentlichkeit zu informieren. Ausserdem ist ein Unternehmen nach Schweizerischem Obli-

gationenrecht verpflichtet, im Anhang zur Jahresrechnung die Identität aller Aktionäre, die mehr als 5% der Aktien halten, offenzulegen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der neuesten publizierten Meldungen bezüglich der Beteiligungen unserer bedeutenden Aktionäre. In Übereinstimmung mit den BEHG-Vorschriften beziehen sich die unten aufgeführten Prozentzahlen auf das Aktienkapital gemäss den Statuten zum Zeitpunkt der Meldung. Der vollständige Text aller Offenlegungsmittelungen kann auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/aktionaere eingesehen werden.

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu bedeutenden Aktionären.

Bedeutende Aktionäre

	Publikation der Meldung durch die Gruppe	Ungefähre Beteiligung in %
31. Dezember 2011		
Die Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	2. Februar 2010	6.6
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	30. April 2011	6.2
Dodge & Cox	15. Dezember 2011	3.0
Franklin Resources, Inc.	15. Dezember 2011	3.0
31. Dezember 2010		
Die Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	2. Februar 2010	6.6
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding Netherlands B.V.)	27. August 2010	6.2
Black Rock Inc.	1. Dezember 2009	3.8
Koor Industries Ltd.	9. Februar 2010	3.1
Capital Group Companies, Inc.	25. Februar 2010	3.1
31. Dezember 2009		
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	22. Oktober 2008	9.9
Die Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	25. September 2009	6.6
Black Rock Inc.	1. Dezember 2009	3.8
Koor Industries Ltd.	9. Februar 2010	3.1
Capital Group Companies, Inc.	25. Februar 2010	3.1

Die Gruppe hält auch bedeutende Positionen an eigenen Aktien, für welche die gleichen Offenlegungsvorschriften gelten wie für bedeutende externe Aktionäre. Diese Positionen schwanken und widerspiegeln primär das Market Making und die Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen unserer Mitarbeitervergütungspläne. Am 31. Dezember 2011 informierten wir, dass unsere gehaltenen Positionen sich auf 14,4% beliefen, davon 3,3% als Kaufpositionen (0,5% Namenaktien und 2,8% Erwerbsrechte) und 11,1% als Verkaufpositionen (Veräusserungsrechte). Von der Gruppe gehaltene eigene Aktien besitzen kein Stimmrecht.

Kreuzverflechtungen

Es bestehen keine Kreuzverflechtungen mit einer anderen Gesellschaft, die 5% des Aktienkapitals oder der Stimmrechte übersteigen.

Aktionärsrechte

Wir sind dem Gleichbehandlungsgebot aller Aktionäre verpflichtet und ermutigen diese, an der Generalversammlung teilzunehmen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der Aktionärsrechte in der Gruppe. Für weitere Informationen verweisen wir auf unsere Statuten, die von unserer Website unter www.credit-suisse.com/statuten abgerufen werden können.

Stimmrecht und Aktienübertrag

Weder nach schweizerischem Recht noch aufgrund der Statuten bestehen irgendwelche Beschränkungen, Aktien der Gruppe zu halten.

Jede Aktie berechtigt grundsätzlich zu einer Stimme an der Generalversammlung. Die von der Gruppe gehaltenen Aktien verfügen über keine Stimmrechte. Ein Aktionär kann jedoch direkt oder indirekt für eigene und vertretene Aktien zusammen nur das Stimmrecht von höchstens 2% des ausstehenden Aktienkapitals ausüben, ausser eine der nachfolgenden Ausnahmen findet Anwendung. Die Stimmrechtsbeschränkung findet keine Anwendung:

- auf die Ausübung des Stimmrechts durch den von der Gruppe bezeichneten Organvertreter, durch den von der Gruppe bezeichneten unabhängigen Stimmrechtsvertreter sowie durch Depotvertreter;
- auf Aktien, für welche der Aktionär gegenüber der Gruppe bestätigt, dass er oder sie diese Aktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben hat, und für welche die Meldepflicht gemäss BEHG und den anwendbaren Verordnungen und Richtlinien erfüllt wurde; oder
- auf Aktien, welche auf den Namen eines Nominee eingetragen sind, sofern der Nominee gegenüber der Gruppe die Namen, Adressen und Aktienbestände derjenigen Personen auf Anfrage bekannt gibt, für deren Rechnung er 0,5% oder mehr des jeweils ausstehenden Aktienkapitals

hält, und bestätigt, dass die Meldepflicht gemäss BEHG erfüllt wurde.

Um das Stimmrecht ausüben zu können, müssen Aktien direkt oder via einen Nominee im Aktienregister eingetragen werden. Um seine Aktien ins Aktienregister eintragen zu lassen, muss der Erwerber ein Eintragungsgesuch einreichen. Die Eintragung von Aktien ins Aktienregister kann jederzeit verlangt werden. Ohne Eintrag in das Aktienregister kann der Erwerber weder an der Generalversammlung teilnehmen noch das Stimmrecht ausüben. Unabhängig vom Eintrag im Aktienregister erhält jeder Aktionär eine Dividende oder eine Ausschüttung in einer anderen Form, wie sie von der Generalversammlung genehmigt wurde. Die Übertragung von Aktien erfolgt durch einen entsprechenden Eintrag im Wertschriftenbuchungssystem einer Bank oder Depotstelle im Anschluss an eine Zession durch den Veräusserer und durch Anzeige an uns durch den Veräusserer, die Bank oder die Depotstelle.

Generalversammlung

Gemäss schweizerischem Recht muss die Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres stattfinden. Die Einberufung einer Generalversammlung, einschliesslich der Tagesordnung und der Anträge des Verwaltungsrats und allfälliger Anträge von Aktionären, erfolgt durch Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtsblatt mindestens 20 Tage vor der Versammlung.

An der Generalversammlung stimmberechtigt sind Aktien hingegen nur, wenn sie spätestens drei Tage vor der Generalversammlung mit Stimmrecht im Aktienregister eingetragen werden.

Einberufung der Generalversammlung

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat oder, sofern nötig, durch die Revisionsgesellschaft mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag einberufen. Der Verwaltungsrat ist darüber hinaus verpflichtet, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, wenn dies an einer Generalversammlung beschlossen wurde oder wenn Aktionäre, die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertreten, es verlangen. Die Forderung nach Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung muss schriftlich zuhänden des Verwaltungsrats unter gleichzeitiger Hinterlegung von mindestens 10% des Aktienkapitals der Gruppe erfolgen. Die Aktien sind bis am Tag nach der ausserordentlichen Generalversammlung zu hinterlegen.

Traktandierungsbegehren

Aktionäre, die zusammen Aktien mit einem Nennwert von mindestens CHF 40 000 halten, haben das Recht, ein Begehren

um Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands an der Generalversammlung zu stellen. Ein Traktandierungsbegehren und die entsprechenden Anträge sind dem Verwaltungsrat spätestens 45 Tage vor der Generalversammlung unter gleichzeitiger Hinterlegung von Aktien der Gruppe im Nennwert von mindestens CHF 40 000 einzureichen. Die Aktien sind bis am Tag nach der Generalversammlung zu hinterlegen.

Beschlussfassung

Die Generalversammlung ist grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre oder der vertretenen Aktien beschlussfähig. Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht zwingendes Recht oder anderslautende Bestimmungen der Statuten entgegenstehen, mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen.

Beschlüsse der Generalversammlung, die mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen gefällt werden können, sind:

- Statutenänderungen, vorbehältlich spezieller Quorumsvorschriften;
- die Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und der gesetzlichen Revisionsstelle;
- die Genehmigung des Jahresberichts sowie des statutarischen und konsolidierten Abschlusses;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung; und
- die Gewinnverwendung.

Die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Aktienstimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Änderung des Gesellschaftszwecks;
- die Einführung von Stimmrechtsaktien;
- die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;
- die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
- die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechts;
- die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft; und
- die Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens drei Vierteln der vertretenen Stimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Umwandlung von Namenaktien in Inhaberaktien;
- die Änderung der Statuten bezüglich der Eintragung und der Stimmberechtigung der Nominees; und
- die Auflösung der Gesellschaft.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens sieben Achteln der abgegebenen Stimmen sind erforderlich für Statutenänderungen bezüglich Stimmrecht.

«Say on pay»-Abstimmung

In Übereinstimmung mit dem Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance legt die Gruppe an der Generalversammlung den Aktionären ihren Vergütungsbericht (zu finden im Abschnitt *Corporate Governance und Vergütung* des Geschäftsberichts) zu einer konsultativen Abstimmung vor.

Bezugsrecht

Nach schweizerischem Recht bedarf jede Ausgabe von Aktien, sei es gegen Entgelt in bar oder in anderer Form oder ohne Entgelt, der vorherigen Zustimmung durch die Generalversammlung. Die Aktionäre einer Schweizer Aktiengesellschaft besitzen für die Zeichnung neu ausgegebener Aktien ein Bezugsrecht im Verhältnis des Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien (Art. 652b Abs. 1 OR). Das Bezugsrecht kann jedoch aus wichtigen Gründen durch einen mit einem qualifizierten Mehr gefassten Beschluss der Generalversammlung eingeschränkt oder aufgehoben werden (Art. 652b Abs. 2 OR).

Mitteilungen

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen durch Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtsblatt. Der Verwaltungsrat kann weitere Kommunikationsmittel für die Veröffentlichung von Mitteilungen an die Aktionäre bestimmen. Mitteilungen, die gemäss Kotierungsreglement der SIX vorgeschrieben sind, werden entweder in zwei Schweizer Tageszeitungen in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht und der SIX zugestellt, oder sie werden der SIX in anderer Weise gemäss geltendem Kotierungsreglement zugestellt. Die SIX kann die entsprechenden Informationen weiterverbreiten.

Verwaltungsrat

Mitgliedschaft und Anforderungsprofil

Die Statuten bestimmen, dass der Verwaltungsrat aus mindestens 7 Mitgliedern besteht. Gegenwärtig setzt sich der Verwaltungsrat aus 14 Mitgliedern zusammen. Grundsätzlich soll der Verwaltungsrat eine genügende Grösse aufweisen, um seine ständigen Kommissionen mit qualifizierten Mitgliedern besetzen zu können. Gleichzeitig soll er jedoch klein genug sein, um zielgerichtete, rasche Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden einzeln für eine Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Statuten sehen keine gestaffelte Erneuerung des Verwaltungsrats vor. Unter einem Amtsjahr gilt die Zeitdauer von einer ordentlichen Generalversammlung bis zum Schluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Während die Statuten keine Altersgrenze oder eine Begrenzung der maximalen Amtsdauer vorsehen, führt das OGR der Credit Suisse Group AG aus, dass Verwaltungsratsmitglieder längstens auf die in dem Jahr stattfindende ordentliche Generalversammlung zurücktreten sollen, in dem sie ihr 70. Altersjahr vollenden oder nachdem sie ihr Mandat insgesamt 15 Jahre ausgeübt haben. Unter bestimmten Umständen kann der Verwaltungsrat ein Mitglied trotz Erreichen der Alters- beziehungsweise Amtszeitbegrenzung für weitere drei Jahre zur Wahl vorschlagen.

Der Verwaltungsrat verfügt über vier Kommissionen: das Chairman's and Governance Committee, das Audit Committee, das Compensation Committee und das Risk Committee. Die Kommissionsmitglieder werden vom Verwaltungsrat für jeweils ein Jahr gewählt. Die nachstehende Tabelle bietet eine Übersicht über die Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Credit Suisse AG ist mit derjenigen des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group AG identisch.

Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen

	Verwaltungs- ratsmitglied seit	Ende der laufenden Amts- periode	Unabhängigkeit	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Compensation Committee	Risk Committee
31. Dezember 2011							
Urs Rohner, Präsident	2009	2012	Nicht unabhängig	Präsident	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	1997	2014	Unabhängig	Mitglied	–	–	–
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	2010	2013	Nicht unabhängig	–	–	–	–
Robert H. Benmosche	2010	2013	Unabhängig	–	–	Mitglied	–
Noreen Doyle	2004	2013	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Walter B. Kielholz	1999	2012	Unabhängig	Mitglied	–	Mitglied	–
Andreas N. Koopmann	2009	2012	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Jean Lanier	2005	2014	Unabhängig	–	Mitglied	Mitglied	–
Anton van Rossum	2005	2014	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Aziz R.D. Syriani	1998	2013	Unabhängig	Mitglied	–	Präsident	–
David W. Syz	2004	2013	Unabhängig	–	Mitglied	–	–
Richard E. Thornburgh	2006	2012	Unabhängig	Mitglied	Mitglied	–	Präsident
John Tiner	2009	2012	Unabhängig	Mitglied	Präsident	–	Mitglied
Peter F. Weibel	2004	2012	Unabhängig	–	Mitglied	–	–

Per Generalversammlung vom 29. April 2011 legte Hans-Ulrich Doerig das Amt des Präsidenten des Verwaltungsrats nieder und wurde von Urs Rohner als vollamtlicher Verwaltungsratspräsident abgelöst. Der Verwaltungsrat schlägt die folgenden Kandidaten zur Wahl in den Verwaltungsrat an der Generalversammlung vom 27. April 2012 vor: Iris Bohnet, Academic Dean und Professor of Public Policy an der Harvard Kennedy School, und Jean-Daniel Gerber, ehemaliger Staatssekretär und Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Der Verwaltungsrat schlägt auch die folgenden Mitglieder zur Wiederwahl vor: Walter B. Kielholz, Andreas N. Koopmann, Urs Rohner, Richard E. Thornburgh und John Tiner. Peter F. Weibel, der ehemalige Vorsitzende des Audit Committee, hat sich entschieden an der Generalversammlung 2012 als Mitglied des Verwaltungsrats zurückzutreten da er die interne Altersgrenze erreicht hat.

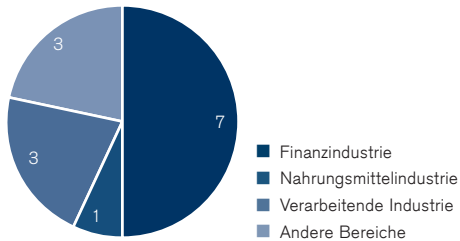
Zusammensetzung des Verwaltungsrats

Das Chairman's and Governance Committee begutachtet regelmässig die Zusammensetzung des Verwaltungsrats als Ganzes und plant die Besetzung von Kommissionsfunktionen. Das Chairman's and Governance Committee rekrutiert und evaluiert Kandidaten für ein Verwaltungsratsmandat unter Berücksichtigung des vom Committee erstellten Anforderungs-

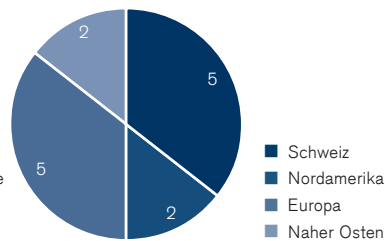
profils. Das Chairman's and Governance Committee kann zur Identifikation und Rekrutierung neuer Kandidaten für den Verwaltungsrat externe Berater herbeiziehen. In seiner Beurteilung berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee die Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale der einzelnen Kandidaten sowie die Zusammensetzung des Verwaltungsrats insgesamt. Im Hinblick auf die konkreten Bedürfnisse des Verwaltungsrats zur Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee unter anderem Aspekte der Unabhängigkeit, der Vielfalt, des Alters, der Ausbildung und der Managementenerfahrung. Das Chairman's and Governance Committee bezieht auch andere Aktivitäten und Belastungen einer Person in seine Beurteilung ein, um sicherzustellen, dass der betreffende Kandidat über genügend zeitliche Kapazität für die Ausübung eines Verwaltungsratsmandats in der Gruppe verfügt. Hintergrund, Kompetenz und Erfahrung unserer Verwaltungsratsmitglieder sind vielfältig und breit abgestützt und beruhen unter anderem auf Positionen im obersten Management von Finanzdienstleistungs- und anderen Branchenunternehmen in und ausserhalb der Schweiz oder auf Führungspositionen in Regierungs- und internationalen Organisationen. Dem Verwaltungsrat gehören Personen mit unterschiedlicher Erfahrung, geografischer Herkunft und Amtsdauer an.

Zusammensetzung des Verwaltungsrats

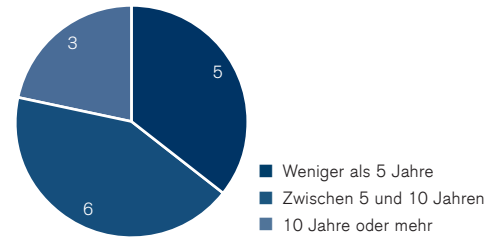
Erfahrung nach Industrien



Geografische Herkunft



Amtszeit



Um in Zukunft eine Vielfalt und Unabhängigkeit unseres Verwaltungsrats zu gewährleisten, verfügen wir über einen Nachfolgeplanungsprozess, der potenzielle Kandidaten für den Verwaltungsrat frühzeitig identifiziert. Damit sind wir für den Fall eines Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Verwaltungsrat gut vorbereitet. Neben formellen Kriterien, die sich nach den gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften richten, sind nach unserer Überzeugung auch andere Aspekte wie Teamdynamik und persönliche Reputation der einzelnen Mitglieder für einen gut funktionierenden Verwaltungsrat entscheidend. Aus diesem Grund legen wir grösstes Gewicht auf die richtige Zusammensetzung aus Persönlichkeiten, die ihre spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Verwaltungsrat einbringen können.

Eintritte

Jedes neu gewählte Mitglied wird im Rahmen eines Einführungsprogramms mit der Organisationsstruktur und der Strategie der Gruppe, mit den wesentlichen Aspekten des Finanz- und Rechnungswesens sowie mit Risikofragen und anderen wichtigen Materien vertraut gemacht. Die konkrete Ausgestaltung des Einführungsprogramms hängt von den persönlichen Erfahrungen und Kenntnissen des Betroffenen ab und berücksichtigt insbesondere auch die Anforderungen für eine allfällige Kommissionstätigkeit, für welche das neue Verwaltungsratsmitglied vorgesehen ist. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden aufgefordert, sich laufend und unaufgefordert weiterzubilden. Ferner laden der Verwaltungsrat und die Kommissionen des Verwaltungsrats regelmässig Spezialis-

ten aus der Gruppe ein mit dem Ziel, das Verständnis der Mitglieder für bestimmte Themen zu fördern, die für unser Geschäft von Bedeutung sind oder es in Zukunft sein werden.

Sitzungen

Während des Geschäftsjahrs 2011 traf sich der Verwaltungsrat zu sechs ganztägigen Sitzungen sowie drei weiteren Sitzungen. Zudem hielt der Verwaltungsrat eine zweitägige Strategiesitzung ab. Darüber hinaus können Geschäfte auch auf dem Zirkularweg entschieden werden, ausser ein Mitglied des Verwaltungsrats verlangt die Traktandierung und Diskussion in einer Sitzung.

Es wird erwartet, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats ausserhalb der Sitzungen die notwendige Vorbereitungszeit aufwenden, um ihre Verantwortung angemessen wahrzunehmen. Für gewöhnlich beruft der Präsident eine Sitzung unter Wahrung einer angemessenen Frist ein. Er erstellt für jede Sitzung eine Tagesordnung. Darüber hinaus hat jedes Mitglied des Verwaltungsrats das Recht, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen. Es liegt im Ermessen des Präsidenten, Vertreter der Geschäftsleitung oder andere Personen zu den Sitzungen einzuladen. In der Regel nehmen die Mitglieder der Geschäftsleitung an den Verwaltungsratssitzungen teil, um eine effiziente Kommunikation mit dem Verwaltungsrat zu gewährleisten. Es findet jeweils auch ein separater Sitzungsteil unter Ausschluss des Managements statt. Über die Verhandlungen und die Beschlüsse des Verwaltungsrats wird ein Protokoll geführt.

Sitzungsteilnahme

	Verwaltungs- rat	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Compensation Committee	Risk Committee
im Jahr 2011					
Gesamtzahl der abgehaltenen Sitzungen	9	13	9	6	6
Anzahl Mitglieder, die an keiner Sitzung fehlten	9	4	4	5	3
Anzahl Mitglieder, die an einer Sitzung fehlten	2	2	1	1	2
Anzahl Mitglieder, die an zwei oder mehr Sitzungen fehlten	4	2	0	0	1
Sitzungsteilnahme, in %	89	92	98	96	88

Sitzungsteilnahme

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind gehalten, an allen Sitzungen des Verwaltungsrats und der Kommissionen, denen sie angehören, teilzunehmen. Der Präsident des Verwaltungsrats und der Vize-Präsident können an ausgewählten Kommissionssitzungen als Gäste ohne Stimmrecht teilnehmen. Die Teilnahmestatistik zu den Verwaltungsrats- und Kommissionssitzungen geht aus der Tabelle «Sitzungsteilnahme» hervor.

Unabhängigkeit

Der Verwaltungsrat besteht ausschliesslich aus Mitgliedern, die nicht mit Geschäftsaufgaben innerhalb der Gruppe betraut sind. Per 31. Dezember 2011 gelten 12 Mitglieder des Verwaltungsrats als unabhängig. Zwei Mitglieder, Urs Rohner und Jassim bin Hamad J.J. Al Thani, gelten als nicht unabhängig. Der Verwaltungsrat bestimmt die Unabhängigkeit seiner Mitglieder nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung der im OGR festgelegten Kriterien, der Kommissionsreglemente und des anwendbaren Rechts und der Kotierungsanforderungen. Die Unabhängigkeitsstandards der Gruppe werden zudem regelmässig auf ihre Angemessenheit im Vergleich mit internationalen Best-Practice-Entwicklungen überprüft.

Das Chairman's and Governance Committee prüft einmal im Jahr die Unabhängigkeit jedes Verwaltungsratsmitglieds und berichtet dem Verwaltungsrat über seine Schlussfolgerungen. Im Allgemeinen gilt ein Verwaltungsratsmitglied dann als unabhängig, wenn es:

- nicht der Geschäftsleitung der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften angehört oder in den drei vorangegangenen Jahren angehört hat;
- weder Mitarbeiter noch Partner unserer Revisionsgesellschaft ist oder in den drei vorausgegangenen Jahren war; und
- keine wesentliche direkte oder indirekte Geschäftsbeziehung mit der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften unterhält.

Als nicht unabhängig gilt ein Verwaltungsratsmitglied, das bei einer Gesellschaft angestellt ist, in deren Entschädigungsausschuss eines unserer Geschäftsleitungsmitglieder Einsitz hat oder während der letzten drei Jahre hatte. Verwaltungsräte mit nahen Familienmitgliedern, die nicht als unabhängig zu qualifizieren sind, gelten ebenfalls nicht als unabhängig. Die Amtsdauer eines Verwaltungsratsmitglieds ist kein Kriterium für dessen Unabhängigkeit. Der Status als bedeutender Aktionär gilt ebenfalls nicht als Unabhängigkeitskriterium, es sei denn, die Beteiligung beträgt über 10% des Aktienkapitals der Gruppe. Unsere Unabhängigkeitskriterien stimmen mit denjenigen des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance und der NYSE überein. Über die eigentlichen Unabhängigkeitskriterien hinaus prüft das Chairman's and Governance Committee zudem, ob ein Verwaltungsratsmitglied trotz anderweitiger Engagements seinen Aufgaben in unserem Verwaltungsrat ausreichend Zeit widmen kann.

Bei der Beurteilung, ob zwischen einem Verwaltungsratsmitglied und der Gruppe eine wesentliche Geschäftsbeziehung vorliegt, berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee im Speziellen folgende Faktoren:

- Volumen und Umfang der Transaktionen im Verhältnis zur finanziellen Situation und zur Bonität des entsprechenden Verwaltungsratsmitglieds oder Unternehmens, in dem das Verwaltungsratsmitglied Partner oder Geschäftsleitungsmitglied ist oder an dem die betreffende Person eine substanzielle Beteiligung hält;
- die auf eine solche Transaktion anwendbaren Geschäftsbedingungen im Vergleich zu den Bedingungen, wie sie für Transaktionen mit Gegenparteien von vergleichbarer Bonität gelten;
- ob die Transaktionen die gleichen internen Genehmigungsprozesse durchlaufen wie Transaktionen mit anderen Gegenparteien;
- ob die Transaktionen im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit liegen; und

- ob die Transaktionen auf eine Art und Weise strukturiert sind und Bedingungen unterliegen, wie sie ohne weiteres für eine andere Gegenpartei Anwendung fänden.

Urs Rohner gilt aufgrund seiner früheren Funktion als Chief Operating Officer und General Counsel der Gruppe, die er bis zur Generalversammlung im April 2009 innehatte, als nicht unabhängig. Jassim bin Hamad J.J. Al Thani, Präsident des Verwaltungsrats der Qatar Investment Bank, wurde aufgrund des Umfangs der zahlreichen Geschäftsbeziehungen zwischen der Gruppe und der Qatar Investment Authority (QIA), einer staatlichen Gesellschaft mit engen Beziehungen zur Familie Al Thani, sowie zwischen der Gruppe und der Familie Al Thani für nicht unabhängig erklärt. Diese Geschäftsbeziehungen könnten nach Auffassung der Gruppe einer bedeutenden Geschäftsbeziehung im obgenannten Sinn entsprechen.

Die Credit Suisse ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen. Viele ihrer Verwaltungsratsmitglieder oder mit ihnen verbundene Gesellschaften unterhalten Bankbeziehungen mit uns. Mit Ausnahme der unten beschriebenen Transaktionen werden alle diese Beziehungen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen.

- ▶ Siehe «Anhang 28 – Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Ausführungen zu Transaktionen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats.

Im Februar 2011 erzielten wir eine definitive Vereinbarung mit Qatar Holdings LLC (eine mit der QIA verbundene Gesellschaft) und The Olayan Group, die beide bedeutende Positionen an Aktien der Gruppe halten, über die Emission von Tier 1 Buffer Capital Notes gegen Barzahlung oder im Austausch für im Jahr 2008 emittierte Tier 1 Buffer Capital Notes. Der Erwerb oder der Austausch wird frühestens im Oktober 2013 erfolgen, dem ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes. Die Tier 1 Buffer Capital Notes werden in Aktien der Credit Suisse Group gewandelt, sollte die ausgewiesene Quote an Common

Equity Tier 1 unter 7% sinken. Die Gruppe kam zum Schluss, dass dies eine bedeutende Transaktion darstellt. Sie erachtet QIA (bzw. Qatar Holdings LLC) und The Olayan Group als nahestehende Gesellschaften von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise Aziz R.D. Syriani, was die Evaluation der Bedingungen und Corporate Governance der Transaktion anging. Der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani und Aziz R. D. Syriani, die sich nicht am Entscheidungsprozess beteiligten) beschloss, dass die Bedingungen der Transaktion angesichts ihres Umfangs, der Art des bedingten Pufferkapitals, für das kein etablierter Markt bestand, sowie der Bedingungen der 2008 emittierten und von QIA und The Olayan Group gehaltenen Tier 1 Capital Notes als fair zu betrachten seien.

- ▶ Siehe «Ausgabe und Rückkauf von Kapitalinstrumenten» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen zu den Bedingungen der Transaktion.

Präsident des Verwaltungsrats

Der Präsident des Verwaltungsrats koordiniert die Arbeit des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen und stellt einen angemessenen Informationsfluss unter den einzelnen Mitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Präsident des Verwaltungsrats übt keine exekutiven Geschäftsführungsaufgaben aus. Mit Ausnahme des Chairman's and Governance Committee gehört der Präsident keiner Verwaltungsratskommission an. Allerdings kann er als Gast ohne Stimmrecht an ausgewählten Kommissionssitzungen und an den Sitzungen der Geschäftsleitung teilnehmen. Er spielt eine wichtige Rolle in der Erarbeitung der strategischen Geschäftspläne und Ziele und arbeitet eng mit dem CEO bei der Erstellung der Nachfolgeplanung für wichtige Managementfunktionen zusammen.

Der Verwaltungsratspräsident vertritt die Gruppe gegenüber dem Publikum, Aufsichtsbehörden, Investoren, Branchenvereinigungen sowie anderen Anspruchsgruppen.

Pflichten des Verwaltungsrats

In Übereinstimmung mit dem OGR hat der Verwaltungsrat die Geschäftsleitung der Gesellschaft sowie die Vorbereitung und die Umsetzung der Beschlüsse des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen an bestimmte Geschäftsleitungsgremien oder einzelne Geschäftsleitungsmitglieder delegiert, soweit dies durch das Gesetz, im Besonderen Art. 716a und 716b des Schweizerischen Obligationenrechts, und die Statuten erlaubt ist.

Dem Verwaltungsrat obliegt die Gesamtleitung, die Aufsicht und Kontrolle der Gruppe. Er prüft regelmässig das Konkurrenzumfeld und genehmigt die Strategie- und Finanzpläne. An jeder ordentlichen Sitzung wird dem Verwaltungsrat über die finanzielle Entwicklung, die Kapitalisierung, Finanzierungs- und Liquiditätslage der Gruppe Bericht erstattet. Zusätzlich erhält der Verwaltungsrat monatlich Unterlagen, worin die Entwicklung der finanziellen Lage der Gruppe ausführlich dargestellt wird. Ferner erhält er vierteljährliche Berichte über die Risikoentwicklung und verschiedene Zukunftsszenarien. Schliesslich informiert die Geschäftsleitung den Verwaltungsrat regelmässig über andere wichtige Angelegenheiten und besondere Vorkommnisse. Zwecks angemessener Erfüllung ihrer Verantwortlichkeiten haben alle Verwaltungsratsmitglieder Zugang zu sämtlichen die Gruppe betreffenden Informationen.

Der Verwaltungsrat prüft und beschliesst bedeutende Veränderungen in der Organisation der Gruppe und übernimmt eine aktive Rolle bei Akquisitionen, Verkäufen und grösseren Investitionsvorhaben. Der Verwaltungsrat und seine Kommissionen sind jederzeit nach eigenem Ermessen berechtigt, auf Kosten der Gesellschaft externe Berater zu Themen in ihren Aufgabengebieten beizuziehen. Der Verwaltungsrat führt einmal jährlich eine Selbstbeurteilung durch, bei der er seine eigene Leistung mit dem in seinem Reglement festgelegten Mandat vergleicht, und legt die künftige Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen und einen Arbeitsplan für das kommende Jahr fest.

Kommissionen des Verwaltungsrats

Anlässlich jeder Sitzung des Verwaltungsrats berichten die Vorsitzenden der Kommissionen über ihre Aktivitäten. Zusätzlich können die Protokolle einschliesslich der dazugehörigen Sitzungsunterlagen der Kommissionen jederzeit von allen Mitgliedern des Verwaltungsrats eingesehen werden.

Chairman's and Governance Committee

Dem Chairman's and Governance Committee gehören der Präsident des Verwaltungsrats, der Vize-Präsident, die Präsidenten der Kommissionen des Verwaltungsrats sowie allfällige weitere vom Verwaltungsrat bestimmte Mitglieder an. Es kann auch nicht unabhängige Verwaltungsratsmitglieder umfassen.

Das Chairman's and Governance Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Sitzungen, an denen auch der CEO teilnimmt, finden in der Regel einmal pro Monat statt. Der Vorsitzende kann darüber hinaus weitere Mitglieder der Geschäftsleitung oder Fachspezialisten zu den Sitzungen einladen.

Das Chairman's and Governance Committee berät den Verwaltungsratspräsidenten und unterstützt ihn in der Vorbereitung der Verwaltungsratssitzungen. Ferner hat das Chairman's and Governance Committee die Aufgabe, Grundsätze zur Corporate Governance zu erlassen beziehungsweise zu überprüfen und sie dem Verwaltungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Einmal jährlich beurteilt das Chairman's and Governance Committee die Unabhängigkeit der Verwaltungsratsmitglieder und präsentiert seine Einschätzung dem Verwaltungsrat zur abschliessenden Beurteilung. Das Chairman's and Governance Committee ist zudem verantwortlich für die Evaluation, Rekrutierung und Nominierung neuer Verwaltungsratsmitglieder unter Berücksichtigung des geltenden internen Anforderungsprofils sowie der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien.

Zudem sorgt das Chairman's and Governance Committee für die jährlich durch den Verwaltungsrat vorzunehmende Leistungsbeurteilung des Verwaltungsratspräsidenten, des CEO sowie der Mitglieder der Geschäftsleitung. Dabei nimmt der Präsident an der Diskussion über seine eigene Leistung nicht an der Sitzung teil. Das Chairman's and Governance Committee schlägt dem Verwaltungsrat die Ernennung, die Entlassung oder den Ersatz von Geschäftsleitungsmitgliedern vor. Es berät ausserdem mit dem Präsidenten und dem CEO die Nachfolgeplanung bezüglich wichtiger Funktionen in der Gruppe und macht Vorschläge zur Besetzung dieser Positionen.

Audit Committee

Das Audit Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Unser Audit Committee besteht aus fünf Mitgliedern, die alle unabhängig sind.

Das Audit Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Mitglieder des Audit Committee unterliegen neben den für Verwaltungsratsmitglieder geltenden Unabhängigkeitserfordernissen weiteren Unabhängigkeitserfordernissen. So darf ein Mitglied des Audit Committee weder eine mit der Gruppe verbundene Person sein, noch darf es, abgesehen von der Entschädigung für seine Verwaltungsrats- und Kommissionstätigkeit, weder direkt noch indirekt, anderweitige Entschädigungen für Beratungen oder Dienstleistungen von der Credit Suisse erhalten. In Übereinstimmung mit dem Reglement müssen alle Mitglieder des Audit Committee über solide Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen verfügen. Darüber hinaus sollen sie nicht Mitglieder des Audit Committee von mehr als zwei weiteren Gesellschaften sein, ausser der Verwaltungsrat befindet, dass dies eine Mitgliedschaft im Audit Committee der Credit Suisse nicht beeinträchtigt.

Des Weiteren verlangt die US Securities and Exchange Commission (SEC), dass das Unternehmen offenlegt, ob eines oder mehrere Mitglieder des Audit Committee als sogenannte «Financial Experts» im Sinne von SOX gelten. Der Verwaltungsrat hat Peter F. Weibel und John Tiner als «Financial Experts» bezeichnet.

Das Audit Committee trifft sich mindestens vierteljährlich vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zu Sitzungen. Darüber hinaus finden während des Jahres zusätzliche Sitzungen oder Telefonkonferenzen statt. An den Sitzungen nehmen je nach Traktanden die zuständigen Vertreter der Geschäftsleitung sowie der Leiter der Internen Revision und Vertreter der externen Revisionsgesellschaft teil. Anlässlich der meisten Sitzungen wird den internen und externen Revisoren die Möglichkeit geboten, Themen mit dem Audit Committee ohne Beisein von Managementvertretern zu diskutieren. Der Leiter der Internen Revision ist direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Die wichtigste Funktion des Audit Committee ist die Unterstützung des Verwaltungsrats in seiner Verantwortung für:

- die Überwachung und Beurteilung der Integrität der Abschlüsse und der externen Darstellung der finanziellen Situation sowie der operativen Resultate und des Cashflows der Gruppe;
- die Überwachung der Prozesse der Gruppe hinsichtlich der Wahrung eines angemessenen internen Kontrollsystems sowie der Einhaltung der rechtlichen und regulatorischen Vorschriften;

- die Beurteilung der Qualifikation, der Unabhängigkeit und der Leistung der internen und der externen Revisoren; und
- die Prüfung der Angemessenheit der Prozesse bezüglich finanzieller Berichterstattung und interner Buchhaltungs- und Finanzkontrollen.

Das Audit Committee wird regelmässig über bedeutende Projekte zur Verbesserung der Schlüsselprozesse orientiert und erhält zudem regelmässige Berichte über die wichtigsten Gerichtsfälle und bedeutende aufsichtsrechtliche und Compliance-Angelegenheiten. Das Audit Committee beaufsichtigt die Arbeit der externen Revisionsgesellschaft und genehmigt deren Beauftragung und Entschädigung für alle Aufgaben innerhalb und ausserhalb des eigentlichen Revisionsmandats. In diesem Zusammenhang hat die Kommission ein Reglement erlassen, welches zur Wahrung der Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft beitragen soll. Das Reglement beschränkt die Kategorien von Aufgaben, mit welchen die Credit Suisse oder eine ihrer Tochtergesellschaften die Revisionsgesellschaft betrauen darf, auf eigentliche Revisionsarbeiten und bestimmte Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom Audit Committee zum Voraus bewilligt wurden. Alle weiteren Mandate müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Die externe Revisionsgesellschaft muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten. Weiter hat das Audit Committee spezielle Regeln erstellt, welche die Prozesse für die Behandlung von Hinweisen betreffend Probleme im Bereich Rechnungslegung, interne Kontrolle oder Revisionsangelegenheiten regeln, einschliesslich der Bereitstellung einer Hotline, über welche Beschwerden vertraulich und anonym deponiert werden können. Das Audit Committee führt jährlich eine Selbstbeurteilung durch, anlässlich welcher es seine eigene Leistung im abgelaufenen Jahr kritisch hinterfragt sowie die Zielsetzungen, einschliesslich allfälliger Schwerpunktthemen, und einen Arbeitsplan für das kommende Jahr verabschiedet.

Compensation Committee

Das Compensation Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Unser Compensation Committee besteht aus vier Mitgliedern, die alle unabhängig sind.

Die Kommission verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Reglementgemäss finden mindestens vier Sitzungen im Jahr statt. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen werden. Anlässlich der Hauptsitzung im Januar werden die Leistungen der Geschäftsbereiche

und der betreffenden Managementteams beurteilt und die gesamthaft zu entrichtenden variablen Vergütungen, die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie des Leiters der Internen Revision und bestimmter anderer Mitglieder der Direktion festgelegt beziehungsweise dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Weitere Aufgaben umfassen die Überarbeitung der Vergütungspraxis der Gruppe sowie neuer beziehungsweise revidierter Vergütungsprogramme zuhanden des Gesamtverwaltungsrats. Der Vorsitzende des Compensation Committee entscheidet über die Teilnahme von Managementvertretern an den Sitzungen der Kommission.

Das Compensation Committee wird in seiner Arbeit von einem externen Anwalt (Nobel & Hug) sowie einem unabhängigen Beratungsunternehmen (Johnson Associates, Inc.) unterstützt. Die von Johnson Associates erbrachten Dienstleistungen beschränken sich ausschliesslich auf die Unterstützung des Compensation Committee. Das Compensation Committee setzt sich einmal jährlich mit seiner eigenen Leistung auseinander und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

- ▶ Siehe «Prozesse bezüglich Festsetzung der Vergütung» in Vergütung für Informationen zur Vergütungspolitik der Credit Suisse Group AG.

Risk Committee

Das Risk Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Es kann auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Unser Risk Committee besteht aus fünf Mitgliedern, die alle unabhängig sind.

Das Risk Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement und trifft sich in der Regel viermal pro Jahr. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen werden. Bei Bedarf werden Vertreter des Managements zu den Sitzungen eingeladen.

Die Hauptaufgabe der Kommission ist die Unterstützung des Verwaltungsrats in der Beurteilung der verschiedenen Risiken, denen die Gruppe ausgesetzt ist, sowie der Organisation und der Prozesse in unserem Risikomanagement. Das Risk Committee genehmigt bestimmte Risikolimiten und gibt Empfehlungen zuhanden des Verwaltungsrats im Zusammenhang mit dessen Aufgaben im Risikomanagement-Bereich ab, einschliesslich der Überprüfung der wesentlichsten Prozesse des Risikomanagements und der Angemessenheit der Eigenkapitalisierung. Das Risk Committee beurteilt einmal im Jahr seine eigenen Leistungen und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

Lebensläufe der Verwaltungsratsmitglieder



Urs Rohner
 Jahrgang 1959
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Urs Rohner ist seit der Generalversammlung 2011 vollamtlicher Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee. Von 2009 bis 2011 war er vollamtlicher Vize-Präsident des Verwaltungsrats und Mitglied des Chairman's and Governance Committee und des Risk Committee. Von 2004 bis 2009 war Urs Rohner Mitglied der Executive Boards der Credit Suisse Group AG und der Credit Suisse AG, dies als General Counsel Credit Suisse Group (2004–2009) und COO und General Counsel Credit Suisse (2006–2009). Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2012 ab. Aufgrund seiner früheren Tätigkeit im Gruppenmanagement wurde er in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe vom Verwaltungsrat für nicht unabhängig erklärt. Weitere Informationen finden sich unter «Unabhängigkeit».

Urs Rohner absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, das er 1983 abschloss. 1986 erwarb er das Anwaltspatent des Kantons Zürich und 1990 wurde er in New York als Anwalt zugelassen. Von 1983 bis 1988 war er in der Anwaltskanzlei Lenz & Stähelin in Zürich und von 1988 bis 1989 bei Sullivan & Cromwell, einer New Yorker Anwaltskanzlei, tätig. Von 1992 bis 1999 war er Partner von Lenz & Stähelin. Von 2000 bis 2004 war er Vorstandsvorsitzender und CEO von ProSieben und der ProSiebenSat.1 Media AG.

Urs Rohner ist Stiftungsratspräsident der Credit Suisse Foundation und Vorsitzender des Credit Suisse Research Institute sowie Mitglied des Vorstands von Economiesuisse, des European Financial Services Roundtable und der European Banking Group. Er ist Co-Vorsitzender des International Advisory Board of the Moscow International Finance Center und Mitglied im International Business Leaders Advisory Council für den Bürgermeister von Beijing sowie im Institute International d'Etudes Bancaires. Urs Rohner ist ausserdem Vorsit-

zender des Advisory Board des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich, Mitglied des Verwaltungsrats des Zürcher Opernhauses und Stiftungsratsmitglied der Alfred Escher-Stiftung und des Lucerne Festival.



Peter Brabeck-Letmathe
 Jahrgang 1944
 Österreichischer
 Staatsangehöriger

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 2008 Vize-Präsident des Verwaltungsrats, eine Funktion, die er bereits von 2000 bis 2005 ausübte. Er gehört dem Verwaltungsrat seit 1997 an und ist seit 2008 Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Von 2008 bis 2011 war er Mitglied des Compensation Committee. Beiden Gremien gehörte er bereits früher an: dem Compensation Committee von 2000 bis 2005 und dem Chairman's and Governance Committee von 2003 bis 2005. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Peter Brabeck-Letmathe studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Welthandel in Wien. Nach dem Studienabschluss im Jahr 1968 begann er seine Laufbahn in der österreichischen Verkaufsgesellschaft von Nestlé SA. Während seiner Karriere bei Nestlé SA nahm er verschiedene Aufgaben in mehreren europäischen Ländern sowie in Lateinamerika wahr. Seit 1987 ist er am Hauptsitz von Nestlé SA in Vevey tätig. Seit 2005 ist Peter Brabeck-Letmathe Verwaltungsratspräsident der Nestlé SA. Zwischen 1997 und 2008 war er zudem CEO.

Peter Brabeck-Letmathe ist Mitglied des Verwaltungsrats der L'Oréal SA, Paris (seit 1997), sowie der Exxon Mobil Corporation und der Delta Topco (Formel 1) (beide seit 2010). Ausserdem ist er Mitglied des Gründungsausschusses des Weltwirtschaftsforums und des European Round Table of Industrialists.



**Jassim Bin Hamad J.J.
Al Thani**
Jahrgang 1982
Katarischer
Staatsangehöriger

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ist seit 2010 Mitglied des Verwaltungsrats. Seine Amtszeit läuft an der Generalversammlung 2013 ab. Er wurde in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe vom Verwaltungsrat für nicht unabhängig erklärt. Weitere Informationen finden sich unter «*Unabhängigkeit*».

Seit April 2005 ist Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani Präsident des Verwaltungsrats der Qatar Islamic Bank. Er ist auch Präsident von QInvest, der ersten in Qatar gegründeten islamischen Investmentbank, QIB (UK), einer von der Qatar Islamic Bank in London gegründeten islamischen Investmentbank, Damaan Islamic Insurance Co. (BEEMA) und Q-RE LLC, einer Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaft. Er ist Mitglied des Verwaltungsrats der Qatar Navigation Company, der Qatar Insurance Company und der ARCAPITA Bank, Bahrain, sowie CEO des Familienunternehmens Al Mirqab LLC, Qatar.

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani hat in Qatar studiert und hat die Royal Military Academy, Sandhurst, Grossbritannien, als Officer Cadet abgeschlossen.



Robert H. Benmosche
Jahrgang 1944
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Robert H. Benmosche ist seit 2002 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2003 Mitglied des Compensation Committee. Robert Benmosche trat im August 2009 aus dem Verwaltungsrat aus, nachdem er zum Präsidenten und CEO von American International Group, Inc. (AIG) ernannt worden war. Aufgrund von Änderungen im Geschäftsfeld von AIG konnte Robert Benmosche dem Verwaltungsrat im April 2010 wieder beitreten. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Robert Benmosche ist Präsident und CEO von AIG, New York. Er war Präsident des Verwaltungsrats und CEO von MetLife Inc., New York, seit der Demutualisierung der Gesellschaft im Jahr 2000 und von Metropolitan Life Insurance Company, New York, von 1998 bis zu seiner Pensionierung 2006. Vor seinem Eintritt bei MetLife im Jahr 1995 arbeitete Robert Benmosche während 13 Jahren bei PaineWebber, New York. Robert Benmosche verfügt über einen BA-Abschluss in Mathematik der Alfred University, New York, aus dem Jahr 1966.



Noreen Doyle
 Jahrgang 1949
 Irische und amerikanische
 Staatsangehörige

Noreen Doyle ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats und Mitglied des Risk Committee seit 2009. In den Jahren 2007 und 2008 gehörte sie dem Audit Committee an, und von 2004 bis 2007 gehörte sie dem Risk Committee an. Noreen Doyle hat als nicht exekutives Mitglied des Verwaltungsrats der beiden britischen Tochtergesellschaften Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited auch die Leitung der Audit Committee dieser Gremien inne. Ihre Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde sie vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Noreen Doyle war von 2001 bis 2005 erste Vize-Präsidentin und Leiterin Banking der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Sie begann 1992 ihre Laufbahn bei der EBRD als Leiterin Syndikatsgeschäfte, bevor sie 1994 zum Chief Credit Officer und 1997 zum Deputy Vice President, Risk Management, ernannt wurde. Zuvor arbeitete Noreen Doyle während 18 Jahren bei der Bankers Trust Company, wo sie in verschiedenen Funktionen in Houston, New York und London tätig war.

Noreen Doyle erwarb 1971 einen BA in Mathematik am College of Mount Saint Vincent, New York, und 1974 einen MBA am Dartmouth College, New Hampshire.

Seit 2005 ist Noreen Doyle Mitglied des Verwaltungsrats von Newmont Mining Corporation, QinetiQ Group Plc., einer in England domizilierten, in der Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie tätigen Gesellschaft, und Rexam Plc., einer weltweit tätigen Konsumgüterverpackungsgesellschaft. Zudem ist sie Mitglied des Beirats des Macquarie European Infrastructure Fund und des Macquarie Renaissance Infrastructure Fund.



Walter B. Kielholz
 Jahrgang 1951
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Walter B. Kielholz ist seit 1999 Mitglied des Verwaltungsrats, seit 2009 Mitglied des Compensation Committee und seit 2011 Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Von 2003 bis 2009 war er Präsident des Verwaltungsrats und von 1999 bis 2002 amtierte er als Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee. Seine Amtszeit läuft an der Generalversammlung 2012 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Walter Kielholz studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und schloss sein Studium 1976 mit dem Lizentiat in Finanzwirtschaft und Rechnungswesen ab.

Ausgangspunkt der beruflichen Laufbahn von Walter Kielholz war die General Reinsurance Corporation in Zürich, wo er nach Einsätzen in den USA, in Grossbritannien und Italien die Verantwortung für das Marketing in Europa übernahm. 1986 wechselte er zur Credit Suisse, wo er innerhalb der Abteilung Multinational Services für die Kundenbeziehungen zu grossen Versicherungsgesellschaften zuständig war.

Walter Kielholz kam Anfang 1989 zur Swiss Re in Zürich und wurde 1993 in die Geschäftsleitung berufen. Von 1997 bis 2002 war er CEO der Swiss Re. Seit 1998 ist er zudem Mitglied des Verwaltungsrats der Swiss Re, dessen exekutiver Vize-Präsident er zwischen 2003 und 2007 war. 2007 übernahm er die Funktion des Vize-Präsidenten, und seit Mai 2009 ist er Präsident des Verwaltungsrats der Swiss Re.

Walter Kielholz Vorstandsmitglied der Geneva Association, des European Financial Roundtable und des Institute of International Finance. Walter Kielholz war von 1998 bis 2005 und ist seit 2009 erneut Mitglied des International Business Leader Advisory Council und Mitglied des International Advisory Panel, das die Monetary Authority of Singapore bezüglich Reformen und Strategien des Finanzsektors berät. Walter Kielholz ist ferner Mitglied und ehemaliger Präsident der Stiftung Zukunft Schweiz und ein Senior Advisor des Credit Suisse Research Institute. Schliesslich ist Walter Kielholz Mitglied der Zürcher Kunstfreunde, des Stiftungsrats des Lucerne Festival und Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft, welche das Zürcher Kunsthaus betreibt.



Andreas N. Koopmann
 Jahrgang 1951
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Andreas N. Koopmann ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2012 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Von 1982 bis 2009 bekleidete Andreas Koopmann führende Positionen bei der Bobst Group SA Lausanne, einem weltweit führenden Anbieter von Produkten und Dienstleistungen für die Verpackungsindustrie. So war er unter anderem von 1995 bis Mai 2009 CEO und von 1998 bis 2002 auch Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens.

Andreas Koopmann verfügt über ein Diplom als Maschineningenieur der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich (1976) und über einen MBA des IMD in Lausanne (1978).

Von 2010 bis Februar 2012 war Andreas Koopmann Verwaltungsratspräsident der Alstom (Schweiz) AG. Seit 2010 ist er auch Mitglied des Verwaltungsrats der Georg Fischer AG, wo er im März 2012 das Amt des Verwaltungsratspräsidenten übernahm. Seit 2003 ist Andreas Koopmann Mitglied des Verwaltungsrats von Nestlé SA, erster Vize-Präsident und Mitglied des Chairman's and Corporate Governance Committee. Andreas Koopmann ist überdies Mitglied des Verwaltungsrats der CSD Group, eines führenden Schweizer Ingenieur- und Beratungsunternehmens und war Vizepräsident von Swissmem (bis März 2012), dem Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Andreas Koopmann war von 1995 bis 1999 Mitglied des Verwaltungsrats der Credit Suisse First Boston. Von 1999 bis 2007 war er Mitglied des Beirats der Credit Suisse.



Jean Lanier
 Jahrgang 1946
 Französischer
 Staatsangehöriger

Jean Lanier ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Im Jahr 2011 wurde er ins Compensation Committee berufen. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jean Lanier ist der frühere Vorstandsvorsitzende und Group CEO von Euler Hermes, Paris. Er präsierte zudem die Verwaltungsräte der wichtigsten Tochtergesellschaften der Euler Hermes. Diese Funktionen hielt er von 1998 bis 2004. Davor war er von 1990 bis 1997 COO und Managing Director von SFAC, einer Vorgängergesellschaft von Euler Hermes SFAC, sowie von 1996 bis 1998 der Euler Group.

Jean Lanier begann seine Karriere 1970 in der Paribas-Gruppe, wo er bis 1983 in verschiedenen Funktionen tätig war, zuletzt als Senior Vice President der Paribas Group Finance Division und als Senior Executive for North America in New York. 1983 wechselte er zur Pargesa-Gruppe, wo er von 1983 bis 1989 Präsident von Lambert Brussels Capital Corporation, New York, war und von 1988 bis 1990 die Position des Managing Director von Pargesa in Paris und Genf innehatte.

Jean Lanier erlangte 1969 seinen Abschluss als Ingenieur an der Ecole centrale des arts et manufactures, Paris, und 1970 sein Master-of-Sciences-Diplom an der Cornell University, Ithaca, New York.

Jean Lanier ist Präsident des Verwaltungsrats von Swiss RE Europe SA, Swiss RE International SE und Swiss RE Europe Holdings SA sowie Mitglied der Prüfungs- und Risikoausschüsse dieser Gesellschaften. Zudem ist er Ritter der Ehrenlegion in Frankreich und Stiftungsratsmitglied von «La Fondation Internationale de l'Arche».



Anton van Rossum
Jahrgang 1945
Niederländischer
Staatsangehöriger

Anton van Rossum ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2008 Mitglied des Risk Committee. Zuvor gehörte er von 2005 bis 2008 dem Compensation Committee an. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Anton van Rossum war von 2000 bis 2004 CEO und Mitglied des Verwaltungsrats von Fortis sowie Verwaltungsratspräsident der wichtigsten Tochtergesellschaften dieser Gruppe.

Davor arbeitete er während 28 Jahren bei McKinsey and Company, wo er eine Vielzahl von Top-Management-Beratungsmandaten mit besonderem Schwerpunkt auf der Bank- und Versicherungsbranche leitete. 1979 wurde er zum Partner und 1986 zum Director ernannt.

Anton van Rossum studierte an der Erasmus-Universität, Rotterdam, und erwarb dort 1965 einen Bachelor- und 1969 einen Master-Abschluss in Volks- und Betriebswirtschaft.

Er ist Mitglied des Aufsichtsrats von Munich Re, einer internationalen Rück- und Erstversicherungsgesellschaft, und Vorsitzender des Aufsichtsrats von Vopak NV, Rotterdam, einer internationalen Öl-, Chemie- und LNG-Lagerhaltungsgesellschaft. Ausserdem ist er Mitglied des Verwaltungsrats von Solvay S.A., Brüssel, eines international tätigen Chemie- und Pharmazieunternehmens, Mitglied des Aufsichtsrats von Rodamco Europe NV, Rotterdam, einer kommerziellen Immobiliengesellschaft, und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Erasmus-Universität, Rotterdam. Weiter ist er Vorsitzender des Niederländischen Wirtschaftsinstituts und engagiert sich in einer Reihe philanthropischer und kultureller Organisationen.



Aziz R. D. Syriani
Jahrgang 1942
Kanadischer
Staatsangehöriger

Aziz R. D. Syriani ist seit 1998 Mitglied des Verwaltungsrats. Er ist Vorsitzender des Compensation Committee (seit 2004) sowie Mitglied des Chairman's and Governance Committee (seit 2003). Von 2003 bis 2007 war er zudem Mitglied des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Aziz Syriani hat Rechtswissenschaften an der University of St. Joseph in Beirut studiert, wo er 1965 das Lizenziat erwarb. Ausserdem ist er Inhaber eines Master-of-Laws-Abschlusses der Harvard University aus dem Jahr 1972. Er ist seit 1978 Präsident und seit 2002 CEO der Olayan Group. Die Olayan Group ist ein privates Unternehmen, das in den Bereichen Distribution, Produktion und Finanzinvestitionen auf der ganzen Welt tätig ist und zum Kreis der bedeutenden Aktionäre der Gruppe gehört.

Weiter ist er seit 1983 Mitglied des Verwaltungsrats der Occidental Petroleum Corporation, Los Angeles, dessen Audit Committee er zurzeit präsidiert und wo er ausserdem Lead Independent Director sowie Mitglied des Executive und des Corporate Governance Committee ist.



Noreen Doyle



Walter Kielholz



Jean Lanier



Richard Thornburgh



Anton van Rossum



Andreas Koopmann



Robert Benmosche



Jassim Bin Hamad J. J. Al Thani



Aziz Syriani



Urs Rohner



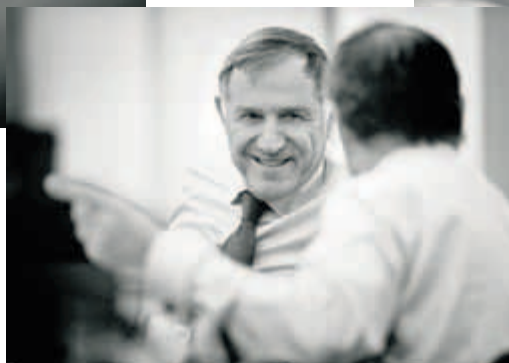
Peter Brabeck-Letmathe



Peter Weibel



John Tiner



David Syz



David W. Syz
 Jahrgang 1944
 Schweizer
 Staatsangehöriger

David W. Syz ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

David Syz studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich. Nach dem Studienabschluss und seiner Promotion 1972 erwarb er 1973 einen MBA am INSEAD in Fontainebleau. Danach startete er seine berufliche Karriere als Direktionsassistent bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich und wechselte später in derselben Funktion zur Elektrowatt AG, Zürich. 1975 wurde er zum Finanzchef und vier Jahre später zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Staefa Control System AG, Stäfa, ernannt. Von 1982 bis 1984 war er zudem Direktionspräsident der Cerberus AG, Männedorf. 1985 kehrte David Syz als Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung, zuständig für den Unternehmensbereich Industrie und Elektronik, zur Elektrowatt AG zurück. 1996 übernahm er die Funktion des CEO bei der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft Holding AG (SIG), Neuhausen.

1999 ernannte ihn der Bundesrat zum Staatssekretär. Als solcher leitete er das Staatssekretariat für Wirtschaft. 2004 trat er von dieser Funktion zurück.

David Syz ist Präsident des Verwaltungsrats der Huber & Suhner AG, Pfäffikon (seit 2005, davor seit 2004 Vize-Präsident), und der ecodocs AG, Zollikon (seit 2004). Ausserdem ist er seit 2005 Präsident der Stiftung Klimarappen, welche mit der Implementierung des CO₂-Reduktionsprogramms im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll beauftragt ist.



Richard E. Thornburgh
 Jahrgang 1952
 Amerikanischer
 Staatsangehöriger

Richard E. Thornburgh ist seit 2006 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee und seit 2009 beziehungsweise 2011 Vorsitzender des Risk Committee und Mitglied des Chairman's and Governance Committee und des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2012 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Richard Thornburgh ist seit 2006 Vize-Präsident von Corsair Capital, einer Private-Equity-Gesellschaft.

Richard Thornburgh erlangte 1974 einen BBA an der University of Cincinnati und 1976 einen MBA an der Harvard Business School und begann anschliessend seine Karriere im Investment Banking bei The First Boston Corporation in New York, einer Vorgängergesellschaft der Credit Suisse First Boston. 1995 wurde er zum Chief Financial and Administrative Officer und zum Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston ernannt. 1997 wurde er in das Group Executive Board berufen, dem er bis 2005 angehörte. Von 1997 bis 1999 war Richard Thornburgh CFO der Credit Suisse Group und von 1999 bis 2002 Vize-Präsident der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston. Ausserdem war er von Mai 2000 bis Ende 2002 CFO der Credit Suisse First Boston. Von 2003 bis 2004 hatte er die Funktion des Group CRO inne, bevor er 2004 zum Executive Vice Chairman der Credit Suisse First Boston ernannt wurde.

Richard Thornburgh ist Mitglied des Verwaltungsrats von Reynolds American Inc. (RAI), Winston-Salem, und The McGraw-Hill Companies, New York (bei beiden seit 2011), CapStar Bank, Nashville (seit 2008), und New Star Financial Inc., Boston (seit 2006). Zudem ist er im Executive Committee der University of Cincinnati Foundation und im Investment Committee der University of Cincinnati engagiert.



John Tiner
 Jahrgang 1957
 Britischer
 Staatsangehöriger

John Tiner ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seit der Generalversammlung 2011 hat er den Vorsitz des Audit Committee inne und ist zudem Mitglied des Chairman's and Governance Committee und des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2012 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig und zum Financial Expert gemäss SOX erklärt.

John Tiner ist seit September 2008 CEO von Resolution Operations LLP, einem privaten Beratungsunternehmen, das Dienstleistungen für Resolution Ltd. erbringt. Resolution Ltd. ist an der London Stock Exchange kotiert. Das Unternehmen kauft und restrukturiert Firmen aus den Bereichen Lebensversicherungen, Asset Management, allgemeine Versicherungen, Banking und Finanzdienstleistungen. Diese Position hat er seit September 2008 inne. Von 2003 bis 2007 amtierte John Tiner als CEO der britischen Finanzaufsichtsbehörde (FSA). Er war dort 2001 als Managing Director zuständig für das Konsumenten-, Versicherungs- und Anlagegeschäft. Während seiner Zeit bei der FSA war er Mitglied des Committee of European Insurance and Occupational Pensions Regulators sowie Präsident des Committee of European Securities Regulators – Standing Committee on Accounting and Auditing. Bevor John Tiner zur FSA stiess, war er bei Arthur Andersen als Managing Partner tätig und verantwortlich für das weltweite Finanzdienstleistungsgeschäft.

John Tiner ist Mitglied des Verwaltungsrats von Lucida Plc, einer britischen Versicherungsgesellschaft, von Friends Provident Holdings und Friends Provident Plc, einer britischen Lebensversicherungsgesellschaft, sowie Mitglied des Beirats von Corsair Capital, eines Private-Equity-Unternehmens. Er ist zudem Mitglied des Beirats des Centre for Corporate Reputation und Visiting Fellow an der Universität von Oxford.

In Anerkennung seiner Dienste für die Finanzindustrie wurde John Tiner 2008 der Orden «Commander of the British Empire» sowie im Jahr 2010 die Ehrendoktorwürde der Kingston University, seiner ehemaligen Hochschule, verliehen.



Peter F. Weibel
 Jahrgang 1942
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Peter F. Weibel ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats, des Chairman's and Governance Committee und des Audit Committee, dessen Vorsitzender er von 2004 bis zur Generalversammlung 2011 war. Peter Weibel hat sich entschieden an der Generalversammlung 2012 als Mitglied des Verwaltungsrats zurückzutreten da er die interne Altersgrenze erreicht hat. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig und zum Financial Expert gemäss SOX erklärt.

Nach Abschluss des Studiums der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich 1968 erhielt Peter Weibel 1972 sein Doktorat. Nach drei Jahren als Berater bei IBM Schweiz stiess er 1975 zur Abteilung Central Accounting der UBS. Später wurde er zum Senior Vice President der Corporate Banking Division ernannt. 1988 wurde er CEO von Revisuisse, einem Vorgängerunternehmen von PricewaterhouseCoopers AG, Zürich, und war von 1998 bis 2001 Mitglied des PricewaterhouseCoopers Global Oversight Board. 2003 trat er von seiner Funktion als CEO von PricewaterhouseCoopers AG, Zürich, zurück.

Peter Weibel ist Vorsitzender des Executive-MBA-Programms der Universität Zürich, Mitglied des Verwaltungsrats der Greater Zurich Area AG, des Swiss Advisory Council und des Executive Committee der American Swiss Foundation sowie Mitglied des Senior Advisory Council der Schweizerisch-amerikanischen Handelskammer. Zudem ist er Stiftungsrat der Careum Stiftung sowie Präsident der Pestalozzi-Stiftung, der Braille without Borders Stiftung (Schweiz) und der Zürcher Festspiele.

Ehrenpräsident der Credit Suisse Group

Rainer E. Gut

Jahrgang 1932

Schweizer Staatsangehöriger

Rainer E. Gut wurde im Jahr 2000 zum Ehrenpräsidenten der Credit Suisse Group ernannt, nachdem er von seinem seit 1986 gehaltenen Mandat als Präsident des Verwaltungsrats zurückgetreten war. Rainer Gut war von 1981 bis 2005 Mitglied des Verwaltungsrats der Nestlé SA, von 1991 bis 2000 in der Funktion des Vize-Präsidenten und von 2000 bis 2005 in der Funktion des Präsidenten.

Als Ehrenpräsident nimmt Rainer Gut keine Funktion innerhalb der Corporate Governance der Gruppe ein. Er nimmt nicht an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil.

Sekretäre des Verwaltungsrats

Pierre Schreiber

Joan E. Belzer

Geschäftsleitung

Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist für das operative Management der Gruppe verantwortlich. Sie erarbeitet die vom Verwaltungsrat zu genehmigenden Strategiepläne für die Gruppe wie auch für die Hauptgeschäftsbereiche und setzt sie anschliessend um. Weiter überprüft und koordiniert sie bedeutende Initiativen, Projekte und Geschäftsentwicklungen in den Divisionen, Regionen sowie in den Shared-Services-Funktionen und

erlässt gruppenweit anwendbare Richtlinien. Die Zusammensetzung der Geschäftsleitung der Gruppe ist mit derjenigen der Geschäftsleitung der Bank identisch. Per 1. August 2011 ernannte der Verwaltungsrat Walter Berchtold zum Chairman Private Banking und Hans-Ulrich Meister zum CEO Private Banking. Hans-Ulrich Meister übernimmt diese neue Position zusätzlich zu seiner Rolle als CEO Credit Suisse Schweiz. Walter Berchtold und Hans-Ulrich Meister gehören weiterhin der Geschäftsleitung an.

Mitglieder der Geschäftsleitung

	Ernannt im Jahr	Funktion
31. Dezember 2011		
Brady W. Dougan, CEO	2003	CEO der Gruppe
Osama S. Abbasi, CEO Region Asien-Pazifik	2010	Regionalleiter
Walter Berchtold, Vorsitzender Private Banking ¹	2003	Vorsitzender Private Banking
Romeo Cerutti, General Counsel	2009	Leiter Shared Services
Tobias Guldemann, CRO	2004	Leiter Shared Services
Fawzi Kyriakos-Saad, CEO Region Europa, Naher Osten und Afrika	2010	Regionalleiter
Karl Landert, CIO	2009	Leiter Shared Services
David R. Mathers, CFO	2010	Leiter Shared Services
Hans-Ulrich Meister, CEO Private Banking und CEO Region Schweiz ²	2008	Divisionsleiter/Regionalleiter
Antonio C. Quintella, CEO Region Nord- und Südamerika	2010	Regionalleiter
Robert S. Shafir, CEO Asset Management	2007	Divisionsleiter
Pamela A. Thomas-Graham, Chief Talent, Branding and Communications Officer	2010	Leiter Shared Services
Eric M. Varvel, CEO Investment Banking	2008	Divisionsleiter

¹ Per 1. August 2011 zum Vorsitzenden Private Banking ernannt. ² Per 1. August 2011 zum CEO Private Banking ernannt, zusätzlich zur aktuellen Funktion als CEO Region Schweiz.

Lebensläufe der Geschäftsleitungsmitglieder



Brady W. Dougan
Jahrgang 1959
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Brady W. Dougan ist seit 2007 CEO der Gruppe. Zuvor war er CEO Investment Banking und als CEO Credit Suisse Nord- und Südamerika tätig. Er ist seit 2003 Mitglied der Geschäftsleitung.

Brady Dougan schloss sein Wirtschaftsstudium an der Universität von Chicago 1981 mit einem BA ab und erlangte an derselben Hochschule 1982 einen MBA in Finanzwesen. Er begann seine Laufbahn im Derivatgeschäft von Bankers Trust, bevor er 1990 zur Credit Suisse First Boston stiess. Dort leitete er fünf Jahre lang das Aktiengeschäft und wurde 2001 zum Leiter des gesamten Wertschriftengeschäfts weltweit ernannt. Von 2002 bis Juli 2004 war er Co-Präsident von Institutional Securities bei der Credit Suisse First Boston und von 2004 bis 2005 war er CEO von Credit Suisse First Boston und nach dem Zusammenschluss mit der Credit Suisse im Mai 2005 war er bis 2007 CEO Investment Banking.

Brady Dougan ist seit 2005 Verwaltungsratsmitglied von Humacyte Inc., einem Biotechnologieunternehmen.



Osama S. Abbasi
Jahrgang 1968
Britischer
Staatsangehöriger

Osama S. Abbasi ist CEO der Region Asien-Pazifik der Credit Suisse und seit Oktober 2010 Mitglied der Geschäftsleitung.

Osama Abbasi hat die Wharton School of Business der University of Pennsylvania mit dem Grad eines Bachelor of

Science im Fach Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen. Bevor er CEO der Region Asien-Pazifik der Credit Suisse wurde, leitete er das Aktiengeschäft der Region Asien-Pazifik und gehörte dem Global Equity Management Committee und dem Management Committee der Division Investment Banking an. Zuvor war Osama Abbasi Leiter Global Securities für Asien ex Japan und Australien und verantwortlich für das Aktiengeschäft und für das Geschäft mit festverzinslichen Anlagen sowie Leiter von European Securities.

Osama Abbasi trat im Jahr 1996 in die Credit Suisse Financial Products, die damalige für Derivate zuständige Tochtergesellschaft der Credit Suisse First Boston, ein, nachdem er bei Bankers Trust verschiedene Positionen im Handel und Marketing in den Bereichen Fixed Income und Aktien bekleidet hatte.



Walter Berchtold
Jahrgang 1962
Schweizer
Staatsangehöriger

Walter Berchtold wurde per 1. August 2011 zum Chairman Private Banking ernannt. Zuvor war er während fünf Jahren CEO Private Banking bei der Credit Suisse. Er ist seit 2003 Mitglied der Geschäftsleitung.

Nach Erwerb seines Handelsdiploms stiess Walter Berchtold 1982 zur Credit Suisse First Boston Services AG in Zürich und wechselte ein Jahr später als Händler in den Bereich Edelmetall- und Devisenoptionen der Valeurs White Weld SA in Genf, die später in Credit Suisse First Boston Futures Trading SA umbenannt wurde. 1987 wurde er mit der Leitung des Handelsteams Wandelnotes Japan betraut, und im darauf folgenden Jahr übernahm er die Mitverantwortung für alle Geschäftsaktivitäten der Credit Suisse First Boston Futures Trading AG in Zürich.

1991 kam Walter Berchtold als Leiter Arbitrage im Wertschriftenhandel zur Schweizerischen Kreditanstalt, und 1992 wurde er zum Leiter Effektenhandel Derivate ernannt. 1993 leitete er den Bereich Wertschriftenhandel, und 1994 übernahm er die Gesamtverantwortung für den weltweiten Wertschriftenhandel und -verkauf der Schweizerischen Kreditanstalt.

Von 1997 bis 2003 war Walter Berchtold Leiter Trading and Sales bei der Credit Suisse First Boston Schweiz. Anschliessend wurde er zum Country Manager ernannt und war in dieser Funktion zuständig für das gesamte Schweizer Geschäft der Credit Suisse First Boston. Von 2003 bis Juli 2004 war er Leiter Trading and Sales, Credit Suisse Financial Services, und im April 2004 wurde er zum CEO Banking, Credit Suisse Financial Services, ernannt. Im Juli 2004 wurde er CEO der Credit Suisse, eine Funktion, die er bis zum Zusammenschluss mit der Credit Suisse First Boston im Mai 2005 innehatte. Zwischen Mai und Dezember 2005 wurde er CEO der Credit Suisse.

Walter Berchtold ist Mitglied des Vorstands der Schweizerischen Bankiervereinigung sowie mehrerer philanthropischer und kultureller Stiftungen.



Romeo Cerutti
Jahrgang 1962
Schweizer und italienischer
Staatsangehöriger

Romeo Cerutti ist seit April 2009 General Counsel der Gruppe und Mitglied der Geschäftsleitung. Zuvor übte er von 2006 bis 2009 die Funktion des General Counsel der Division Private Banking und von 2008 bis 2009 das Amt des globalen Co-Leiters Compliance Credit Suisse aus.

Bevor Romeo Cerutti zur Credit Suisse stiess, war er von 2004 bis 2006 Partner der Group Holding von Lombard Odier Darier Hentsch & Cie und von 1999 bis 2006 Head Corporate Finance bei Lombard Odier Darier Hentsch & Cie.

Von 1995 bis 1999 war Romeo Cerutti als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Homburger Rechtsanwälte in Zürich tätig und von 1993 bis 1995 arbeitete er als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Latham & Watkins in Los Angeles.

Romeo Cerutti studierte Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg, wo er 1990 den Dokortitel erwarb. 1989 erhielt er die Anwaltszulassung des Kantons Zürich und 1992 die Anwaltszulassung des Staates Kalifornien. Romeo Cerutti erwarb ausserdem den Titel eines Master of Laws an der University of California, School of Law, Los Angeles.

Romeo Cerutti gehört seit 2006 dem Stiftungsrat der Universität Fribourg an.



Tobias Guldemann
Jahrgang 1961
Schweizer
Staatsangehöriger

Tobias Guldemann ist seit Juni 2009 CRO der Credit Suisse. Er ist seit 2004 als Group CRO Mitglied der Geschäftsleitung.

Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich, wo er 1989 promovierte. Seine berufliche Karriere begann er 1986 innerhalb der Internen Revision der Credit Suisse, bevor er 1990 in den Investment-Banking-Bereich wechselte. 1992 wurde er zum Leiter Derivatives Sales bestimmt. 1993 folgte die Ernennung zum Leiter Treasury Sales, und 1994 wurde er Leiter Global Treasury Coordination. 1997 war er für den Managementsupport des CEO der Credit Suisse First Boston verantwortlich, bevor er 1998 zum Deputy CRO der Credit Suisse Group ernannt wurde. Diese Funktion übte er bis 2004 aus. Von 2002 bis 2004 leitete Tobias Guldemann zusätzlich das Strategic Risk Management der Credit Suisse.

Tobias Guldemann ist Stiftungsratsmitglied des International Financial Risk Institute und dessen Präsident seit 2010.



Fawzi Kyriakos-Saad
Jahrgang 1962
Britischer und libanesischer
Staatsangehöriger

Fawzi Kyriakos-Saad ist CEO der Region Europa, Naher Osten und Afrika der Credit Suisse und seit dem 1. Juli 2010 Mitglied der Geschäftsleitung.

Fawzi Kyriakos-Saad besitzt einen Bachelor-Abschluss als Bauingenieur der Amerikanischen Universität Beirut und einen MBA der Columbia University, New York.

Bevor Fawzi Kyriakos-Saad seine Funktion als CEO der Region Europa, Naher Osten und Afrika im Juli 2010 übernahm, war er CEO Russland, Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und Türkei der Credit Suisse. Vor seinem Eintritt in die Credit Suisse im Jahr 2006 war er in leitenden Funktionen in den Bereichen Fixed Income und Emerging Markets bei J. P. Morgan Chase tätig. Zuvor war er während acht Jahren bei Goldman Sachs in New York und London tätig.



Karl Landert
Jahrgang 1959
Schweizer
Staatsangehöriger

Karl Landert ist seit 2008 CIO der Credit Suisse und seit Juni 2009 Mitglied der Geschäftsleitung. Davor war er CIO Private Banking. 2001 stiess er als Leiter Application Development zur Credit Suisse AG und 2004 wurde er zum Leiter Information Technology ernannt.

Bevor Karl Landert zur Credit Suisse stiess, war er von 1998 bis 2001 bei Novartis Pharma AG (Schweiz) als CIO und Leiter Global IT tätig. Von 1985 bis 1998 übte er verschiedene Führungspositionen in den Bereichen Vertrieb und Systemengineering bei IBM Schweiz aus.

Karl Landert schloss 1984 sein Studium der Physik an der ETH Zürich ab.

Er ist im Vorstand des Swiss IT Leadership Forum, im Vorstand von ICT Switzerland und im Stiftungsrat der Stiftung IT-Berufsbildung Schweiz.



David R. Mathers
Jahrgang 1965
Britischer
Staatsangehöriger

David R. Mathers ist CFO der Credit Suisse Group und seit Oktober 2010 Mitglied der Geschäftsleitung.

David Mathers hat einen Masterabschluss in Naturwissenschaften der University of Cambridge, England.

Vor seiner Ernennung zum CFO war David Mathers von 2007 bis 2010 Leiter des Bereichs Finance und Chief Operating Officer der Division Investment Banking in New York und London. Dabei war er zuständig für die Bereiche Finance, Operations, Expense Management und Strategy des Investment Banking. Seine berufliche Laufbahn begann David Mathers 1987 als Research-Analyst bei HSBC James Capel, wo er 1997 zum Global Head of Equity Research ernannt wurde. Er stiess 1998 zur Credit Suisse und bekleidete diverse Führungspositionen im Aktiengeschäft wie Director of European Research und Co-Leiter European Equities.

David Mathers ist Mitglied des Council der British-Swiss Chamber of Commerce.



Hans-Ulrich Meister



Robert Shafir



Pamela Thomas-Graham



Karl Landert



Romeo Cerutti



Tobias Guldemann



Antonio Quintella



Eric Varvel



Brady Dougan



David Mathers



Fazwi Kyriakos-Saad



Osama Abbasi



Walter Berchtold



Hans-Ulrich Meister
Jahrgang 1959
Schweizer
Staatsangehöriger

Hans-Ulrich Meister wurde per 1. August 2011 zum CEO Private Banking ernannt. Ausserdem ist er seit September 2008 CEO Credit Suisse Switzerland und Mitglied der Geschäftsleitung.

Hans-Ulrich Meister schloss sein Wirtschaftsstudium an der Fachhochschule Zürich 1987 ab. Zudem absolvierte er weiterführende Managementausbildungen an der Wharton School, University of Pennsylvania (2000) und der Harvard Business School (2002).

Bevor er 2008 zur Credit Suisse stiess, war Hans-Ulrich Meister rund 25 Jahre bei der UBS tätig. Zu den Funktionen, die er während dieser Zeit ausübte, gehörten Leiter Firmenkundengeschäft der Region Zürich (1999 bis 2002), Leiter Gross- und multinationale Kunden (2003 bis 2005) und Leiter Business Banking (2005 bis 2007). 2002/2003 arbeitete er von New York aus an gruppenweiten Projekten im Gebiet des Vermögensverwaltungsgeschäfts. Von 2004 bis 2007 gehörte Hans-Ulrich Meister dem Group Managing Board der UBS an.

Hans-Ulrich Meister ist Mitglied des Stiftungsrats des Swiss Finance Institute (seit 2008).



Antonio C. Quintella
Jahrgang 1966
Brasilianischer
Staatsangehöriger

Antonio C. Quintella ist CEO der Region Nord- und Südamerika der Credit Suisse und seit dem 1. Juli 2010 Mitglied der Geschäftsleitung.

Antonio Quintella besitzt einen BA in Wirtschaftswissenschaften der Pontificia Universidade Católica in Rio de Janeiro und einen MBA der London Business School. Antonio Quintella kam 1997 von ING Barings als leitender Relationship Banker zum Investment Banking der Credit Suisse. 2003 wurde er zum CEO Brasilien der Credit Suisse ernannt. In dieser Funktion leitete er den Ausbau der Geschäftstätigkeiten in diesem wichtigen Markt, einschliesslich der Übernahme von Hedging-Griffo, einem führenden unabhängigen Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Unternehmen in Brasilien, im Jahr 2006.

Antonio Quintella ist Boardmitglied bei Febraban, der brasilianischen Bankenvereinigung, und Mitglied des Global Advisory Council der London Business School.



Robert S. Shafir
Jahrgang 1958
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Robert Shafir ist seit April 2008 CEO Asset Management und seit August 2007 Mitglied der Geschäftsleitung. Bis Juli 2010 war er zudem CEO der Region Nord- und Südamerika der Credit Suisse.

Er schloss sein Wirtschaftsstudium am Lafayette College, Pennsylvania, 1980 mit einem BA ab und erlangte 1984 einen MBA an der Columbia University, Graduate School of Business, New York.

Robert Shafir stiess im August 2007 von Lehman Brothers zur Credit Suisse. Während seiner 17-jährigen Tätigkeit bei Lehman Brothers war er unter anderem Head of Equities sowie Mitglied des Executive Committee. Zu seinen Führungspositionen gehörten ausserdem Head of European Equities und Global Head of Equities Trading. Er spielte ferner eine Schlüsselrolle beim Ausbau des Aktienbereichs von Lehman Brothers zu einem globalen, institutionell orientierten Geschäft. Davor arbeitete Robert Shafir bei Morgan Stanley im Bereich Vorzugsaktien innerhalb der Fixed Income Division.

Robert Shafir ist im Verwaltungsrat der Cystic Fibrosis Foundation und der Dwight School Foundation.

**Pamela A. Thomas-Graham**

Jahrgang 1963

Amerikanische
Staatsangehörige**Eric M. Varvel**

Jahrgang 1963

Amerikanischer
Staatsangehöriger

Pamela A. Thomas-Graham ist seit Januar 2010 Chief Talent, Branding and Communications Officer und Mitglied der Geschäftsleitung.

Bevor sie zur Gruppe stiess, war Pamela Thomas-Graham von 2008 bis 2010 als Managing Director bei der Private-Equity-Gruppe Angelo, Gordon & Co., einem in New York ansässigen Investment Manager, tätig. Davor war sie von 2005 bis 2008 Group President bei Liz Claiborne Inc., einem Grosshandelsgeschäft für Damenbekleidung. Von 1999 bis 2005 arbeitete Pamela Thomas-Graham bei NBC, wo sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC Television und Leiterin von CNBC International war. Zudem war sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC.com. Von 1989 bis 1999 war Pamela Thomas-Graham bei der Beratungsfirma McKinsey & Company tätig.

Pamela Thomas-Graham erwarb 1985 an der Harvard University einen BA in Wirtschaft, machte 1989 ihren Abschluss in Rechtswissenschaft an der Harvard Law School und besitzt seit 1989 einen MBA der Harvard Business School.

Pamela Thomas-Graham ist Mitglied des Verwaltungsrats der Clorox Company. Sie ist auch Mitglied des Council on Foreign Relations und des Economic Club New York und sitzt im Verwaltungsrat der New York City Opera und der Parsons School of Design. Sie ist Mitglied des Visiting Committee für die Harvard Business School.

Eric Varvel ist seit September 2009 CEO Investment Banking (von September 2009 bis Juli 2010 «Acting CEO») und seit Februar 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

Eric Varvel besitzt einen BA in Business Finance der Brigham Young University, Utah.

Vor seiner derzeitigen Funktion war Eric Varvel CEO der Region Europa, Naher Osten und Afrika der Credit Suisse, während über drei Jahren Co-Leiter des Bereichs Global Investment Banking und Leiter der Global Markets Solutions Group in der Division Investment Banking der Credit Suisse in New York. Davor hatte er während über 15 Jahren in der Region Asien-Pazifik verschiedene Führungspositionen inne, darunter Leiter Investment Banking and Emerging Markets Coverage für Asien-Pazifik Ex-Japan und Leiter Fixed Income Sales and Corporate Derivative Sales. In dieser Zeit war Eric Varvel in Tokio, Jakarta und Singapur tätig.

Eric Varvel stiess 1990 zur Credit Suisse. Zuvor war er als Analyst bei Morgan Stanley im Bereich Investment Banking in New York und Tokio tätig.

Eric Varvel ist Verwaltungsratsmitglied der Qatar Exchange.

Zusätzliche Informationen

Kontrollwechsel und Abwehmassnahmen

Angebotspflicht

Vorbehältlich anders lautender Statutenbestimmungen ist jeder, der direkt, indirekt oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten $33\frac{1}{3}\%$ oder mehr der Stimmrechte einer kotierten Gesellschaft – ob ausübbar oder nicht – erwirbt, verpflichtet, ein Angebot für alle kotierten Beteiligungspapiere dieser Gesellschaft zu unterbreiten. Die Statuten der Credit Suisse Group AG enthalten keine anderslautende Bestimmung. Die Schweizerische Übernahmekommission oder die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) können unter bestimmten Umständen Ausnahmen von der Angebotspflicht gewähren. Wird keine Ausnahme gewährt, muss ein entsprechendes Angebot gemäss den Vorschriften im BEHG und den ausführenden Verordnungen unterbreitet werden.

Kontrollwechselklauseln

Mit Ausnahme einiger Bestimmungen in den Mitarbeiterbeteiligungsplänen betreffend bereits an Mitarbeitende zugeteilte Ansprüche auf Aktien für den Fall eines Wechsels der Kontrolle über das Unternehmen bestehen keine anderen Klauseln in Vereinbarungen oder anderen Dokumenten, die für den Fall eines Kontrollwechsels Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung oder anderen Mitgliedern des Senior Management ausserordentliche Vorteile vermitteln. Namentlich bestehen für solche Fälle keine vertraglich vereinbarten Abgangsentschädigungen. Ferner sehen die Arbeitsverträge mit Mitgliedern der Geschäftsleitung oder anderen Mitgliedern des Senior Management keinerlei ausserordentliche Vorteile vor, welche durch einen Kontrollwechsel ausgelöst würden.

Interne und Externe Revision

Die Revisionstätigkeit ist ein wichtiger Bestandteil der Corporate Governance bei der Gruppe. Sowohl Interne wie Externe Revision haben eine Schlüsselfunktion inne, indem sie unabhängige Einschätzungen der Geschäftsabläufe und des internen Kontrollsystems der Gruppe abgeben.

Interne Revision

Die Interne Revision der Credit Suisse besteht aus rund 260 Mitarbeitenden, von denen mehr als 230 mit Revisionsaufgaben betraut sind. Der Leiter der Internen Revision, Heinz Leiboldgut, ist direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Die Interne Revision ist eine unabhängige und objektive Prüf- und Beratungstätigkeit, deren Ziel es ist, Mehrwert zu

schaffen und die Geschäftsprozesse der Gruppe zu verbessern. Mit ihrem systematischen und konsequenten Ansatz bewertet und verbessert sie die Effizienz und Wirksamkeit des Risikomanagements sowie der Kontroll- und Entscheidungsprozesse.

Die Interne Revision ist verantwortlich für die periodische Durchführung von Revisionen im Rahmen der vom Audit Committee genehmigten Revisionsbestimmungen. Die Interne Revision beurteilt in regelmässiger und unabhängiger Weise die Risiken der einzelnen Geschäftstätigkeiten und berücksichtigt dabei Branchenentwicklungen, strategische und organisatorische Entscheidungen, Best Practice sowie regulatorische Fragen. Anhand der Ergebnisse ihrer Beurteilung erstellt die Interne Revision zuhanden des Audit Committee detaillierte jährliche Revisionsziele, definiert die Schwerpunkte ihrer Revisionstätigkeit und beantragt die dafür benötigten Ressourcen.

Im Bemühen um Best Practice vergleicht die Interne Revision ihre Methoden und Instrumente regelmässig mit denjenigen vergleichbarer Unternehmen. Die zuständigen Managementteams sowie der Präsident des Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Audit Committee erhalten regelmässig einzelne Berichte beziehungsweise Zusammenfassungen von Berichten. Der Leiter der Internen Revision erstattet dem Audit Committee mindestens vierteljährlich Bericht über seine Feststellungen. Die Interne Revision koordiniert ihre Aktivitäten mit der Tätigkeit der externen Revisionsgesellschaft, um den Gesamtnutzen zu erhöhen.

Externe Revision

Unsere Revisionsstelle ist die KPMG AG (KPMG), Badenerstrasse 172, 8004 Zürich, Schweiz. Das Revisionsmandat wurde der KPMG erstmals für das Geschäftsjahr 1989/1990 erteilt. Die leitenden Revisoren sind Marc Ufer, Global Lead Partner (seit 2010), der per Generalversammlung 2012 von Anthony Anzevino abgelöst wird, Simon Ryder, Group Engagement Partner (seit 2010), und Philipp Rickert, leitender Bankrevisor (seit 2006), der in Übereinstimmung mit der Auflage, leitende Revisoren alle fünf Jahre auszuwechseln, per Generalversammlung 2012 von Mirco Liberto abgelöst wird.

Zusätzlich haben wir die BDO AG, Fabrikstrasse 50, 8031 Zürich, Schweiz, als besondere Revisionsstelle für die Abgabe von rechtlich verlangten, besonderen Prüfungsbestätigungen vor allem im Zusammenhang mit der Bewertung von Gesellschaften im Fall von qualifizierten Kapitalerhöhungen unter Einbezug von Sacheinlagen.

Das Audit Committee überwacht und genehmigt die Honorare, die die KPMG für ihre Dienstleistungen erhält.

An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare

	2011	2010	Veränderung in %
An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare (in Mio. CHF)			
Revisionsdienstleistungen ¹	40.3	44.0	(8)
Revisionsnahe Dienstleistungen ²	7.0	13.8	(49)
Dienstleistungen im Steuerbereich ³	6.9	7.8	(12)

¹ Die Honorare für Revisionsdienstleistungen umfassen die integrale Revision der konsolidierten und statutarischen Jahresrechnungen der Gruppe, die prüferische Durchsicht von Zwischenberichten sowie Bestätigungs- und Einverständniserklärungen. Weiter sind darin alle Dienstleistungen für Prüfungen und Bescheinigungen in Bezug auf die aufsichtsrechtlichen Berichterstattungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften enthalten. ² Revisionsnahe Dienstleistungen umfassen hauptsächlich: (i) Berichte im Zusammenhang mit der Einhaltung oder der Berechnung vertraglicher Vereinbarungen; (ii) Beratung zur Rechnungslegung; (iii) Prüfung von Private-Equity-Fonds und Vorsorgeplänen; und (iv) aufsichtsrechtliche Beratungsdienstleistungen. ³ Dienstleistungen im Steuerbereich betreffen die Einhaltung des Steuerrechts sowie Beratungsdienstleistungen, einschliesslich: (i) die Erstellung und/oder Prüfung von Steuererklärungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften; (ii) die Unterstützung bei Steuerprüfungen und Steuerrekursen; sowie (iii) Bestätigungen bezüglich des Qualified Intermediary Status der Gruppengesellschaften.

Vertreter der KPMG nehmen an allen Sitzungen des Audit Committee teil. An jeder Sitzung berichtet die KPMG über die Resultate ihrer Revisionsstätigkeiten. Das Audit Committee genehmigt jedes Jahr den Revisionsplan der KPMG und beurteilt die Leistung der KPMG und ihrer leitenden Prüfer. Das Audit Committee empfiehlt dem Verwaltungsrat die Ernennung oder den Ersatz der Revisionsgesellschaft, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Die KPMG erstattet dem Audit Committee mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Unabhängigkeit. Das Audit Committee hat ausserdem eine Richtlinie über die Verpflichtung von Revisionsgesellschaften erlassen, welche eine angemessene Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft gewährleisten soll. Die Richtlinie beschränkt die Kategorien von Aufgaben, mit welchen die Credit Suisse oder eine ihrer Tochtergesellschaften die KPMG betrauen darf, auf eigentliche Revisionsstätigkeiten oder bestimmte zulässige Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom

Audit Committee zum Voraus bewilligt wurden. Alle weiteren Mandate müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Alle der KPMG im Laufe des Jahres 2011 erteilten Mandate wurden ordnungsgemäss bewilligt. Die KPMG muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten.

Gebühren im Zusammenhang mit American Depositary Shares

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Im Einklang mit den Bestimmungen der Depotvereinbarung (Deposit Agreement) kann die Deutsche Bank Trust Company Americas als ADS-Depotinstitut die ADS-Halter direkt oder indirekt mit Gebühren bis zur Höhe der unten aufgeführten Beträge belasten. Nach einem Ausschreibungsverfahren verlängerte die Gruppe mit der Unterzeichnung eines Engagement Letter im Juni 2011 das Mandat der Deutsche Bank Trust Company Americas als Depotinstitut um weitere fünf Jahre.

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Gebühren

USD 5 (oder weniger) pro 100 ADS (oder ein Teil davon)	Für die Ausgabe von ADS, einschliesslich Ausgaben von Aktienausschüttungen, Aktiendividenden, Aktiensplits und sonstigem Eigentum; für ADS-Ausgaben aufgrund der Ausübung von Rechten; und für die Einreichung von Aktien zur Vernichtung und für die Rücknahme von Aktien.
USD 2 pro 100 ADS	Für jede Barausschüttung an eingetragene ADS-Eigentümer, wie auch beim Verkauf von Rechten oder anderen Ansprüchen.
Registrierungs- oder Übertragungsgebühren	Für die Übertragung und Eintragung der Aktien in unser Aktienregister an die/von der Depotstelle oder ihres Agenten, wenn der Eigentümer Aktien entnimmt oder hinterlegt.

Spesen

Aufwendungen der Depotstelle	Für Kabel, Telex und Fax-Übermittlungen (falls ausdrücklich im Depotvertrag vorgesehen); und für den Wechsel von Fremdwährung in US-Dollar.
Steuern und sonstige staatliche Abgaben	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder die Depotbank, welche bestimmte Spesen auf ADS oder auf der ADS zugrunde liegenden Aktien bezahlen, beispielsweise Aktienübertragungssteuern, Stempelsteuer oder allfällige Zinsen oder Strafen.
Sonstige Spesen	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder ihre Agenten für die Verwaltung der hinterlegten Aktien.

Das Depotinstitut holt seine Gebühren für die Lieferung und den Verzicht von ADS direkt bei den Investoren ein, welche Aktien deponieren oder auf ADS verzichten zwecks Auslösung, oder von Drittparteien, welche in deren Auftrag handeln. Das Depotinstitut holt Gebühren für die Verteilung an Halter ein durch Abzug dieser Gebühren vom zu verteilenden Betrag oder durch Verkauf eines Anteils des verteilbaren Eigentums zwecks Zahlung der Gebühren. Das Depotinstitut kann die Erbringung gebührenpflichtiger Leistungen grundsätzlich bis zur erfolgten Bezahlung dieser Leistungen verweigern.

Zahlungen des Depotinstituts an die Gruppe

Im Jahr 2011 hat das Depotinstitut USD 52 563 für NYSE-Kotierungsgebühren an die Gruppe gezahlt. Im Rahmen des neuen Mandatvertrags mit der Gruppe hat sich das Depotinstitut verpflichtet, im Jahr 2012 und danach bestimmte Zahlungen an die Gruppe zu leisten. Das Depotinstitut hat zudem vertraglich zugesichert, bestimmte Dienstleistungen in Bezug auf das ADS-Programm kostenfrei zu erbringen. Unter bestimmten Umständen, einschliesslich der Abberufung des Depotinstituts oder der Einstellung des ADS-Programms durch die Gruppe, ist die Gruppe verpflichtet, bestimmte an

die Gruppe gezahlte Beträge zurückzuzahlen und das Depotinstitut für geleistete Zahlungen oder für im Namen der Gruppe erbrachte Dienstleistungen zu entschädigen.

Liquidation

Nach Schweizer Recht und gemäss ihren Statuten kann die Gesellschaft jederzeit durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden. Ein entsprechender Beschluss bedarf:

- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens drei Vierteln der an der Generalversammlung abgegebenen Stimmen im Falle einer Auflösung durch Liquidation; und
- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen sowie einer absoluten Mehrheit des Nennwerts der an der Generalversammlung vertretenen Aktien in sonstigen Fällen.

Eine Auflösung durch gerichtliche Verfügung ist im Falle eines Konkurses möglich. Nach Schweizer Recht werden Überschüsse, die aus einer Liquidation (nach Begleichung aller Forderungen aller Gläubiger) hervorgehen, unter die Aktionäre im Verhältnis des einbezahlten Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien verteilt.

Vergütung

Überblick

In diesem Vergütungsbericht beschreiben wir unseren Vergütungsansatz und legen die Vergütung für 2011 offen. Der Vergütungsbericht ist in die folgenden Unterkapitel gegliedert:

- Ziele und Prozesse bezüglich Festsetzung der Vergütung;
- Vergütungssystem;
- Vergütung der Geschäftsleitung;
- Vergütung des Verwaltungsrat;
- Gesamtvergütung für die Gruppe; und
- Vergütungspläne aus früheren Jahren.

Die Gruppe ist einer fairen, ausgewogenen und leistungsorientierten Vergütungspraxis verpflichtet, welche die langfristigen Interessen von Mitarbeitenden und Aktionären in Einklang bringt. Wir sind der Überzeugung, dass Mitarbeitende belohnt werden sollen, die für die Bank und ihre Aktionäre nachhaltigen Mehrwert erarbeiten. Wir wollen in der Branche im Hinblick auf verantwortungsbewusste Vergütungspraktiken eine Vorreiterrolle einnehmen.

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir die im Ermessen liegende variable Vergütung verringert, um der schwächeren absoluten Performance der Gruppe gegenüber dem Vorjahr Rechnung zu tragen. Die variable Vergütung war 2011 um 41% niedriger als im Vorjahr. Die gesamte variable Vergütung der derzeitigen Mitglieder der Geschäftsleitung lag um 57% und die variable Vergütung des CEO um 69% unter dem Vorjahresniveau. Wir sind der Auffassung, dass Höhe und Form der variablen Vergütung für das Jahr 2011 die unmittelbare Verantwortung insbesondere unserer Führungskräfte für die

Ertragslage und die Entwicklung des Aktienkurses reflektiert und den Aktionärsinteressen Rechnung trägt.

Angesichts des weiterhin schwierigen Geschäfts- und Marktumfelds im Jahr 2011 nahmen wir Änderungen an unserem Vergütungsplan vor, um zur Kapitaleffizienz und zum Risikomanagement im Rahmen unserer Gesamtstrategie beizutragen und um zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Auflagen gerecht zu werden. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Anspruchsberechtigung und die Struktur für aufgeschobene Vergütungen.

2011 wurde die gesamte aufgeschobene variable Vergütung in Form von Aktienansprüchen, Performance-Share Ansprüchen und Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüchen (PAF2) zugeteilt. Es erfolgten keine neuen Zuteilungen mehr unter dem 2009 eingeführten Bargeld-basierten Adjustable Performance Plan. Wie in der Vergangenheit und in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Aufsichtsbehörden, haben wir einen substanziellen Anteil (65%) der aufgeschobenen variablen Vergütungen in Form von aktienbasierten Ansprüchen zugeteilt. Die für 2011 zugeteilte aktienbasierte Vergütung ist vergleichbar mit den für 2010 gewährten Ansprüchen, aber für 2011 ist sie bei Managing Directors, Directors und anderen ausgewählten Mitarbeitergruppen grösstenteils an Rückzahlungsbestimmungen geknüpft, die auf bestimmten Leistungsbedingungen beruhen. Zudem wurde die Übertragungsperiode für Aktienansprüche und Performance-Share Ansprüche von vier auf drei Jahre verkürzt und somit branchenüblicher gestaltet. Die PAF2-Ansprüche wurden Managing Directors und Directors gewährt und machten rund 35% der 2011 zugeteilten aufgeschobenen variablen Vergütung aus.

Verantwortungsbewusstes Vergütungskonzept

Erfolgsabhängig

- Im Branchenvergleich verantwortungsbewusste Vergütungsniveaus für 2011
- Gruppenweite variable Vergütung 41% tiefer
- Variable Vergütung für die Geschäftsleitung 57% tiefer und für den CEO 69% tiefer

Langfristig

- Leistungsbedingungen für die Nutzung aufgeschobener Instrumente, mit denen die Interessen der Mitarbeitenden und der Aktionäre in Einklang gebracht werden
- 49% der gruppenweiten variablen Vergütung aufgeschoben
- Keine variable Barvergütung für die Geschäftsleitung

Risikobewusst und kapitaleffizient

- Zuteilung aufgeschobener Ansprüche mit Leistungskriterien für mehr als 6 000 Mitarbeitende
- Mindestens 50% der Aktienansprüche unterliegen Rückzahlungsbestimmungen bei Managing Directors und weiteren ausgewählten Mitarbeitenden
- Der neue PAF2-Plan trägt zum Risikoabbau und zur Steigerung der Kapitaleffizienz bei

Der PAF2-Plan dient nicht nur als Vergütungsinstrument, sondern trägt auch zur Risikominderung und zur Kapitaleffizienz der Gruppe bei, indem das Risiko von der Gruppe auf die Mitarbeitenden übertragen wird. Wenn man die Performance-Share Ansprüche und die PAF2-Ansprüche zusammen nimmt, erhielten über 6 000 Mitarbeitende aufgeschobene Vergütung, die an bestimmte Leistungsbedingungen geknüpft ist. In der gesamten Gruppe wurden 49% der variablen Vergütungen für 2011 aufgeschoben und an künftige Leistungskriterien geknüpft. Zum vierten Mal in Folge erhielten die Mitglieder der Geschäftsleitung keine variable Vergütung in Form von Bargeld, die gesamte variable Vergütung für 2011 wurden aufgeschoben.

Die Änderungen unseres Vergütungsplans für 2011 und die Offenlegung der Vergütung 2011 stehen im Einklang mit den Auflagen der für uns massgeblichen Aufsichtsbehörden und tragen den Rückmeldungen der Aktionäre Rechnung.

Da die Aufsichtsbehörden weiterhin ihr Augenmerk darauf richten, wie Risikoaspekte bei der Vergütung berücksichtigt werden, haben wir zudem den Prozess zur Beurteilung von Vergütung und Risiko bestimmter Mitarbeitergruppen verfeinert. Damit wollen wir gewährleisten, dass geeignete Anreize und angemessene Kontrollmechanismen bestehen, die das Eingehen exzessiver Risiken vermeiden. Der Vergütungsbericht 2011 enthält erweiterte Ausführungen hinsichtlich Risiko und Vergütung entsprechend den neuen Anforderungen bei der Offenlegung der Vergütung (Säule 3) des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) und den zusätzlichen Leitlinien der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

Als Reaktion auf Rückmeldungen von Aktionären haben wir die Transparenz in Bezug auf die Verknüpfung zwischen der Vergütung der Geschäftsleitung und dem Erfolg der Gruppe weiter erhöht. Auch wurde die Offenlegung bezüglich der Ausgabe von Aktien und der aus aktienbasierten Vergütungsplänen resultierenden Verwässerung verbessert.

Das Compensation Committee ist überzeugt, dass dieser Bericht die Art und Weise, wie es die Vergütung für 2011 überprüft beziehungsweise genehmigt hat, korrekt wiedergibt. Die Tätigkeit des Compensation Committee erfolgte in Übereinstimmung mit den im Organisations- und Geschäftsreglement (OGR) und im Reglement des Compensation Committee enthaltenen Verantwortlichkeiten.

Der Verwaltungsrat begrüsst und unterstützt den Einbezug der Aktionäre in die Entschädigungsdiskussionen. Wie bereits in den Vorjahren hat er beschlossen, den vorliegenden Vergütungsbericht an der Generalversammlung – in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Swiss Code of Best Practices for Corporate Governance – den Aktionären konsultativ zur Abstimmung vorzulegen.

Vergütungssystem

Vergütungsziele

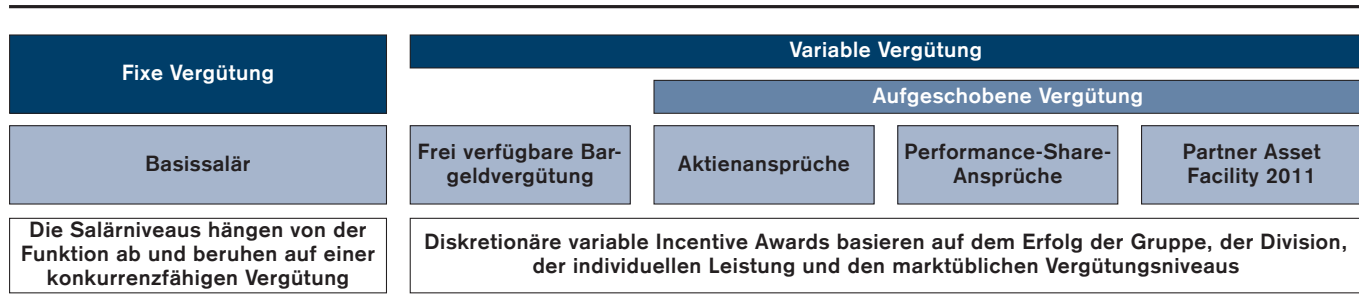
Für den langfristigen Erfolg der Gruppe ist es von grosser Bedeutung, eine umfassende Personalstrategie zu verfolgen, um talentierte Mitarbeiter zu rekrutieren, zu binden, zu belohnen und zu motivieren. Die Vergütung stellt in unserer Mitarbeiterstrategie eine Schlüsselkomponente dar und zielt darauf ab, die Interessen unserer Mitarbeitenden und Aktionäre in Einklang zu bringen. Es ist unser Ziel, für eine Vergütungspraxis und für Vergütungspläne zu sorgen, die:

- ein leistungsorientiertes Umfeld fördern, das herausragende Leistungen sowohl kurzfristig als auch langfristig belohnt und das den Werten unseres Unternehmens entspricht;
- es der Gruppe erlauben, Mitarbeitende, die ihre Ziele integer und fair verfolgen, zu rekrutieren und zu binden,;
- ein ausgewogenes Verhältnis zwischen fester und variabler Vergütung gewährleisten, das den Stellenwert und die Verantwortung der jeweiligen Funktion der Mitarbeitenden im Tagesgeschäft berücksichtigt und zur Förderung angemessener Verhaltensweisen und Handlungen beiträgt;
- ein angemessenes Risikoverhalten fördern und unsere Compliance- und Kontrollkultur der Gruppe stärken;
- die Mit- und Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe stärken;
- den langfristigen Erfolg der Gruppe berücksichtigen und für unsere Aktionäre einen nachhaltigen Mehrwert schaffen; und
- regelmässig überprüft und von einem unabhängigen Compensation Committee bestätigt werden.

Die Gruppe verfolgt in Übereinstimmung mit den oben aufgeführten Zielsetzungen einen Gesamtvergütungsansatz basierend auf einer festen und einer variablen Vergütung. Wie dieser Mix bei einzelnen Mitarbeitenden ausfällt, hängt von deren Position, Geschäftsbereich und Standort ab. Die feste Vergütung beinhaltet das Basissalär, das sich nach der Position, Erfahrung und Fähigkeit der Mitarbeitenden sowie nach der Marktpraxis richtet. Die Zuteilung der variablen Vergütung wird jährlich nach dem Ermessen der Gruppe vorgenommen und variiert in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Gruppe und des Geschäftsbereichs sowie von der individuellen Mitarbeiterleistung. Die variable Vergütung erfolgt in bar und in Form von aufgeschobenen Ansprüchen; der aufgeschobene variable Vergütungsanteil unterliegt verschiedenen Bestimmungen und Leistungskriterien. Der Gesamtvergütungsansatz der Gruppe, der die Vergütungsstruktur für 2011 widerspiegelt, ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

- ▶ Siehe «Vergütungssystem» für weitere Informationen.

Gesamtvergütungsansatz



Die Gruppe strebt verantwortungsbewusste Vergütungspraktiken und -pläne an, die auf eine faire, marktgerechte und leistungsabhängige Vergütung ausgerichtet sind und gleichzeitig prinzipienstarkes Verhalten und Handeln fördern. Das Vergütungssystem unterstützt die Ziele der Gruppe, indem es das wohlherwogene Eingehen von Risiken und die Einhaltung anwendbarer Gesetze, Richtlinien und Vorschriften fördert und dafür sorgt, dass die Kapitalausstattung und der langfristige wirtschaftliche Erfolg der Gruppe berücksichtigt werden.

Prozesse bezüglich Festsetzung der Vergütung

Das Compensation Committee des Verwaltungsrats überwacht und steuert die Festlegung der Vergütungspolitik und -praxis sowie die Vergütungspläne innerhalb der Gruppe und hat die Aufgabe, Vergütungsvorschläge zu machen, zu prüfen und dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorzulegen. Im Rahmen seines im OGR der Gruppe und in seinem Reglement (unter www.credit-suisse.com/governance auf unserer Website verfügbar) beschriebenen Mandats hat das Compensation Committee die Aufgabe, Vorschläge für die Höhe aller Pools für variable Vergütungen zu machen, nachdem es die jährliche Beurteilung der Leistung der Gruppe und der Geschäftsbereiche vorgenommen hat. Das Compensation Committee beurteilt auch die individuellen Leistungen der Mitglieder der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrats und bestimmter Mitglieder des Senior Management und arbeitet entsprechende Vergütungsvorschläge aus.

Das Compensation Committee besteht aus wenigstens drei unabhängigen Verwaltungsräten. Das Compensation Committee besteht aus Aziz R.D. Syriani (Vorsitz), Robert H. Benmosche, Walter B. Kielholz und Jean Lanier. Alle vier Mitglieder des Compensation Committee wurden in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitskriterien des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance und den Bestimmungen der New York Stock Exchange von der Gruppe für unabhängig erklärt. Die Amtsdauer eines Verwaltungsratsmitglieds ist kein Kriterium für die Ermittlung seiner Unabhängigkeit. Der Status als bedeutender Aktionär gilt ebenfalls nicht als Unabhängigkeits-

kriterium, es sei denn, die Beteiligung betrage mehr als 10% der Aktien der Gruppe.

- ▶ Siehe «Unabhängigkeit» in Corporate Governance – Verwaltungsrat für weitere Informationen darüber, wie die Gruppe die Unabhängigkeit ihrer Verwaltungsräte bestimmt.

Um sicherzustellen, dass die Vergütungsprogramme der Gruppe wettbewerbsfähig bleiben, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld berücksichtigen und im Einklang mit ihrer Vergütungspolitik sind, hat das Compensation Committee zur Unterstützung bei seiner Arbeit Johnson Associates, Inc., ein global tätiges Beratungsunternehmen, verpflichtet. Johnson Associates, Inc. ist ein von der Gruppe unabhängiges Unternehmen und erbringt über dieses Mandat hinaus keine Dienstleistungen für die Credit Suisse. Das Compensation Committee hat Nobel & Hug als externe Rechtsanwälte verpflichtet.

Das Compensation Committee tagt mindestens viermal pro Jahr. Der Vorsitzende des Compensation Committee entscheidet über die Teilnahme von Vertretern des Managements, des unabhängigen Vergütungsexperten und des externen Anwalts an den Sitzungen der Kommission. In der Hauptsitzung im Januar werden jeweils die Leistungen der Geschäftsbereiche und der betreffenden Management-Teams für das vergangene Jahr beurteilt und die gesamthaft zu entrichtenden Vergütungen, die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung, des Leiters der Internen Revision und bestimmter anderer Mitglieder des Senior Management festgelegt beziehungsweise dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Im Rahmen ihrer Leistungsbeurteilung stützt sich die Kommission auf Informationen der internen Kontrollinstanzen der Gruppe, insbesondere Risikomanagement, Legal and Compliance und Interne Revision, um Kontroll- und Compliance-Belange, aber auch allfällige Verstöße gegen massgebliche Grundlagen und Richtlinien oder den Code of Conduct der Gruppe zu berücksichtigen. Im Einklang mit dem im letzten Jahr als Reaktion auf spezifische aufsichtsrechtliche Richtlinien eingeführten Prozess im Zusammenhang mit der Vergütung von Mitarbeitenden, die bei ihrer Tätigkeit Risiken einge-

hen müssen, überprüft und genehmigt das Compensation Committee auch die Vergütung jener Mitarbeitenden der Gruppe, die kollektiv als **»Risikonehmer (Covered Employees)** bezeichnet werden, d. h. der Mitarbeitenden, die das Risikoprofil der Gruppe unter Umständen erheblich beeinflussen

können. Das Risk Committee des Verwaltungsrats ist am Überprüfungsprozess beteiligt. Die folgende Tabelle zeigt die Genehmigungscompetenz in Bezug auf die Bestimmung der Vergütungspolitik und der Festlegung der Vergütung für verschiedene Mitarbeitergruppen.

Genehmigungskompetenz

Genehmigungsraster	Verantwortliche Instanz
Errichtung oder Änderung der Vergütungspolitik der Gruppe	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Errichtung oder Änderung der Vergütungspläne	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Festlegung der für die variable Vergütung der Gruppe beziehungsweise der Divisionen zur Verfügung stehenden Gesamtbeträge	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Vergütung für den Verwaltungsrat (einschliesslich der Vergütung für den Präsidenten) ¹	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Vergütung für den CEO und die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder	Compensation Committee mit Information an den Verwaltungsrat
Vergütung für den Leiter Interne Revision	Compensation Committee nach Konsultation des Audit-Committee-Vorsitzenden
Vergütung für Risikonehmer	Compensation Committee
Vergütung für ausgewählte Mitglieder des Managements	Compensation Committee

¹ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben (einschliesslich des Präsidenten): Das betreffende Verwaltungsratsmitglied tritt bei der Entscheidung über seine Vergütung in den Ausstand. Übrige Verwaltungsratsmitglieder: Vergütung umfasst ein Basishonorar plus ein Honorar für die Tätigkeit in Ausschüssen, deren Höhe sich je nach Ausschuss unterscheiden kann. Diese Honorare unterliegen einem Beschluss des Gesamtverwaltungsrats.

Im Jahr 2011 genehmigte der Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee Änderungen unserer Vergütungspolitik, um unsere Vergütungspläne jenen unserer Mitbewerber anzunähern, zur Risikominderung und Kapitaleffizienz der Gruppe beizutragen und die Einhaltung neuer regulatorischer Vorschriften zu ermöglichen. Zu den Schwerpunkten des Compensation Committee gehörten 2011 unter anderem:

- die Gestaltung und Genehmigung der überarbeiteten Vergütungsstruktur für 2011 mit dem Ziel, Bestandteile der Vergütungspläne marktüblicher zu gestalten unter Beibehaltung spezifischer Leistungskriterien und Rückzahlungsbestimmungen sowie den PAF2-Plan einzuführen;
- die Verfeinerung des Genehmigungsprozesses für Risikonehmer in Bezug auf die Art und Weise, wie Risikoaspekte und die Vorgaben der internen Kontrollstellen beim Vergütungsprozess berücksichtigt werden;
- der aktive Dialog und die Abstimmung unserer Vergütungspläne mit unseren wichtigsten Aufsichtsbehörden sowie die Beobachtung globaler Markt- und aufsichtsrechtlicher Tendenzen in Bezug auf die von Finanzinstituten gebotenen Vergütungen;
- die Weiterführung des Austauschs mit Aktionären und Aktionärsgruppen in Bezug auf unsere Vergütungsprozesse und -pläne; und
- die Erhöhung der Transparenz bei der Offenlegung unserer Vergütung, insbesondere in Bezug darauf, wie wir die Vergütung für Mitglieder der Geschäftsleitung an die Leistung koppeln.

► Siehe **«Risikoberücksichtigung im Vergütungsprozess»** für weitere Informationen zu den Risikonehmern.

Vergütungsreglement

Die grosse Mehrzahl aller Entscheidungen über die Vergütung einzelner Mitarbeiter wird konzernweit von Linienvorgesetzten aller Stufen getroffen. Die Gruppe möchte gewährleisten können, dass sämtliche Linienvorgesetzten bei der Beurteilung von Leistung und Verhalten ihrer Mitarbeitenden konsequent die gleichen und hohen Standards anwenden und dass Vorgesetzte und Mitarbeitende den Vergütungsprozess und die sie betreffenden Vergütungsinstrumente voll und ganz verstehen. Zu diesem Zweck haben wir ein umfassendes Vergütungsreglement erarbeitet, das unsere Vergütungsgrundsätze und die entsprechenden Prozesse formalisiert und das Anfang 2011 vom Verwaltungsrat genehmigt wurde. Dieses Reglement haben wir zu Beginn des Jahres 2012 aktualisiert und den Veränderungen hinsichtlich unseres Vergütungsplans und des Prozesses zur jährlichen Beurteilung der Leistungen von Risikonehmern entsprechend angepasst. Ferner ist die jüngste Änderung des schweizerischen Bankgesetzes in dieser Fassung des Vergütungsreglements berücksichtigt. Das Vergütungsreglement der Gruppe ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/compensation verfügbar. Es bildet das Fundament für eine solide Vergütungspraxis, welche den langfristigen strategischen Zielen der Gruppe dient. Die Grafik **«Grundsätze des Vergütungsreglements»** bietet eine Zusammenfassung der Hauptmerkmale des Vergütungsreglements.

Grundsätze des Vergütungsreglements

Unsere Vision:

Wir verfolgen eine verantwortungsvolle, leistungsbezogene Vergütungspolitik, die auf die langfristigen Interessen unserer Mitarbeitenden und unserer Aktionäre ausgerichtet ist.

Unser Versprechen:

Wir sorgen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Ansprüchen verschiedener Anspruchsgruppen, indem wir die Erwartungen der Aktionäre erfüllen, unseren Mitarbeitenden eine konkurrenzfähige Vergütung bieten und angemessen auf das regulatorische Umfeld reagieren.

Unser Ansatz:

Governance

Grundsätze:

- Eindeutig definierte und gut dokumentierte Governance-Verfahren.
- Unabhängigkeit des Compensation Committee und dessen Berater.
- Strategische und taktische Beteiligung der Kontrollbereiche an der Ausgestaltung der Vergütungspläne.
- Politik, Prozesse und Pläne sind leicht verständlich, transparent und revisionsfähig.
- Die Relevanz und die Leistung von Mitarbeitenden in einer Funktion, in der sie die Gruppe einem erheblichen Risiko aussetzen können, werden vom Risk Committee und vom Compensation Committee ermittelt.
- Führungskräfte sind zum Halten von Aktien der Gruppe verpflichtet.
- Die Vergütungspläne und der gesamte Vergütungsaufwand bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrats.

Leistungsausrichtung

Grundsätze:

- Belohnung der Jahresleistung der Gruppe, gemessen an den geplanten Leistungsindikatoren, am Vorjahresergebnis und am Ergebnis von Mitbewerbern.
- Ausrichtung auf die Leistung des Geschäftsbereichs: enge Korrelation zwischen der Jahresleistung des Geschäftsbereichs unter Berücksichtigung von risikobezogenen Kennzahlen und der Höhe der Vergütung, die den Mitarbeitenden zugeteilt wird.
- Erfolge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit anerkennen und belohnen.
- Vergütung differenziert aufgrund von persönlichen Leistungen und Beiträgen zuteilen.

Festlegung der individuellen Vergütung

Grundsätze:

- Gesamtvergütungsansatz.
- Wettbewerbsfähigkeit fördern durch die Zahlung einer marktüblichen, konkurrenzfähigen Vergütung für vergleichbare Funktionen und Erfahrungen, jedoch in Abhängigkeit von der Leistung.
- Leistungsbereitschaft fördern durch die Anerkennung individueller Leistungen unter besonderer Berücksichtigung des geleisteten Beitrags, des Risikoverhaltens, des Einhaltens der ethischen Grundsätze sowie der Kontrollkultur.
- Chancengleichheit bei der Vergütung.

Vergütungsstruktur und -instrumente

Grundsätze:

- Angemessenes Verhältnis zwischen fixer und variabler Vergütung unter Berücksichtigung des Risikoverhaltens sowie der Position und der Funktion in der Gruppe.
- Erheblicher Anteil der variablen Vergütung erfolgt in aufgeschobener Form und ist an den langfristigen Erfolg der Gruppe und ihrer Divisionen gekoppelt.
- Fördert ein angemessenes Risikoverhalten und sorgt insbesondere dafür, dass keine Anreize geschaffen werden, die dazu führen könnten, dass die Gruppe einem unangemessenen und erheblichen Risiko ausgesetzt wird.

Das Vergütungsreglement umfasst auch die Umsetzungsvorschriften, die den Führungskräften und Mitarbeitenden eine ausführliche Beschreibung unserer Grundsätze, Programme und definierten Standards und Prozesse im Zusammenhang mit der Entwicklung, Handhabung, Umsetzung und Governance unseres Vergütungsansatzes bieten. Während bei den Linienvorgesetzten das Schwergewicht auf deren Verantwortung bei der Handhabung, Umsetzung und Kommunikation unseres Vergütungsansatzes unter Betonung des Risikobewusstseins und der Compliance gelegt wurde, bieten wir den Mitarbeitenden mehr Transparenz in Bezug auf die Faktoren, die sich auf die Vergütungsentscheidungen auswirken, sowie einen Einblick in die Funktionsweise der verschiedenen Vergütungspraktiken und -pläne. Unsere Vergütungspolitik entspricht den Vergütungsgrundsätzen der FINMA und anderer für uns wichtigen Aufsichtsbehörden und gilt für sämtliche Mitarbeitenden und Vergütungspläne der Gruppe.

Festsetzung der leistungsbezogenen Vergütung

In Übereinstimmung mit unserer Vision einer verantwortungsvollen, leistungsabhängigen Vergütung können sämtliche Mitarbeitenden eine variable Vergütung erhalten. Die Höhe dieser Vergütung hängt von der Tätigkeit, der Rolle, vom Standort und der Leistung des Mitarbeiters ab und beruht auf detaillierten Leistungsmessungen auf Gruppen-, Divisions- und Mitarbeiterebene, die einen integralen Bestandteil des Vergütungsprozesses darstellen. Die Entscheidung über die Höhe der variablen Vergütung für individuelle Mitarbeitende erfolgt unter Berücksichtigung der jeweils verfügbaren Mittel in den Pools für die variable Vergütung auf Gruppen- und Divisionsebene.

Festsetzung der divisionalen Pools für die variable Vergütung

Die Festsetzung der Pools für die leistungsbezogene variable Vergütung ist ein jährlicher Prozess. Er beginnt im Oktober

oder November im Rahmen des jährlichen Geschäftsplanungszyklus und der Festlegung der Leistungsziele für das kommende Jahr mit der Bestimmung der anfänglichen Höhe des Pools für die variable Vergütung für die Gruppe und für jede Division. Geeignete Zuweisungen an die konzernweiten variablen Vergütungspools werden von der Gruppe im Verlauf des ganzen Jahres vorgenommen. Der Verwaltungsrat überprüft diese Zuweisungen und die entsprechenden finanziellen Informationen in regelmässigen Abständen und nimmt nach eigenem Ermessen Anpassungen vor, um sicherzustellen, dass die Grösse der Pools mit den Vergütungsgrundsätzen der Gruppe übereinstimmt. Aus einer solchen Zuweisung auf Gruppenebene oder auf einer sonstigen Ebene lässt sich indessen kein Recht oder sonstiger Anspruch auf den Erhalt einer variablen Vergütung ableiten.

Die Höhe der variablen Vergütungspools auf Divisions-ebene wird nicht anhand einer bestimmten Formel berechnet, sondern unterliegt Anpassungen, die aufgrund der Performance und anderer Ermessensfaktoren vorgenommen werden, und die definitiven Beträge müssen vom Verwaltungsrat genehmigt werden. Welche Methode zur Bestimmung der ursprünglichen Grösse des variablen Vergütungspools zur Anwendung gelangt, hängt von der jeweiligen Division ab.

Für die Division Private Banking wird zur Berechnung des Pools für die variable Vergütung das Ergebnis der Division vor Steuern und vor der Zuweisung der variablen Vergütung herangezogen, abzüglich einer Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital. Die Inanspruchnahme von Kapital wird anhand der durchschnittlichen Kosten des Economic Capital berechnet.

Für die Division Investment Banking dient zur Berechnung des variablen Vergütungspools das Ergebnis der Division vor Steuern und vor Zuweisung der variablen Vergütung, abzüglich einer Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital. Die Inanspruchnahme von Kapital wiederum errechnet sich aus einer Kombination der risikogewichteten Aktiven, des Economic Capital und der Beanspruchung von bilanziellen Mitteln der Gruppe. Angesichts der schwachen Ertragsentwicklung im Investment Banking wurde der variable Vergütungspool für 2011 mehr im freien Ermessen festgelegt und unter Berücksichtigung der schwierigen Marktbedingungen und der Wettbewerbssituation um 51% gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Für die Division Asset Management wird zur Berechnung des variablen Vergütungspools für alternative Anlagen das Ergebnis vor Steuern und vor der Zuweisung der variablen Vergütung herangezogen. Für traditionelle Anlagen beruht die Berechnung auf den kurzfristigen und langfristigen Leistungen im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen und zu Benchmarks.

Die Pools der einzelnen Divisionen werden zwecks Bildung eines Pools für die variable Vergütung für Shared Services und

das Corporate Center der Gruppe gekürzt, dessen Gesamthöhe von konzernweiten Leistungs- und Qualitätsmessungen abhängt und nicht von den Ergebnissen der Divisionen, die von diesen Funktionen unterstützt werden.

Der anfängliche variable Vergütungspool für die Gruppe und für jede einzelne Division unterliegt Anpassungen auf der Basis einer detaillierten Leistungsbeurteilung auf Divisions- und Gruppenebene. Dazu werden sowohl die veröffentlichten Schlüsselleistungsindikatoren als auch eine Reihe anderer absoluter und relativer Leistungskriterien, zum Beispiel der Erfolg im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen, herangezogen. Die Pools werden entweder wie ursprünglich berechnet oder nach einer Anpassung vom Compensation Committee geprüft und vom Verwaltungsrat genehmigt. Bei der Bestimmung der definitiven variablen Vergütungspools werden auch ermessensabhängige Faktoren berücksichtigt, darunter nicht-finanzielle Kriterien wie ethische Kriterien, Risiko, Compliance und Kontrolle. Zudem werden auch andere ermessensabhängige Faktoren wie die Geschäftsstrategie, die gesamte Performance der Gruppe sowie das Marktumfeld und aufsichtsrechtliche Entwicklungen einbezogen.

► [Siehe Tabelle «Bezugsgruppen und Leistungskriterien 2011» in Benchmark zu Bezugsgruppen für konkrete Leistungskriterien von Konkurrenten.](#)

Zuteilung der variablen Vergütung an einzelne Mitarbeitende

Sobald die variablen Vergütungspools auf Gruppen- und Divisionsebene festgelegt worden sind, teilt jede Division ihren Pool auf ihre Geschäftsbereiche auf, wobei identische oder vergleichbare Leistungskennzahlen wie für die einzelnen Führungskräfte angewendet werden. Die Linienvorgesetzten teilen anschliessend die im Rahmen des Pools verfügbaren Mittel einzelnen Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der individuellen Leistungen und des Geschäftserfolgs als variable Vergütung zu. Die Ermittlung der Leistungen einzelner Mitarbeitender hängt unter anderem von der jeweiligen Funktion und vom Verantwortungsbereich ab und wird innerhalb des Unternehmens unterschiedlich gehandhabt. In den operativen Divisionen werden bei der Leistungsbeurteilung der Mitarbeitenden quantitative Faktoren wie die Beiträge zum Ertrag und zur Rentabilität berücksichtigt, aber auch qualitative Faktoren wie Kundenzufriedenheit, Compliance und Beitrag zur Zusammenarbeit. Zu den weiteren quantitativen Faktoren auf der individuellen Ebene gehören die Markttendenzen und die wettbewerbsfähige Höhe der Vergütung.

Dank diesem Ansatz erfolgt die variable Vergütung nicht nach einer starren Formel, sondern beruht auf finanziellen und nichtfinanziellen Kriterien wie ethische Prinzipien, Risiko, Compliance und Kontrolle.

Risikoberücksichtigung im Vergütungsprozess

Im Laufe von 2011 haben wir unsere Prozesse und Kontrollmechanismen weiter verfeinert und so dafür gesorgt, dass unser Vergütungsansatz dem Eingehen exzessiver Risiken entgegenwirkt und dass dem Thema Risiko während des gesamten Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsbemessungsprozesses eine erhebliche Bedeutung beigemessen wird.

Risikoadjustierte variable Vergütungspools

Auf Divisionsebene wird dem Risikoaspekt über die Risikoanpassung, die an den Pools für die variable Vergütung der Divisionen vorgenommen wird, Rechnung getragen. Wie oben beschrieben, werden die Pools für die variable Vergütung der Divisionen Private Banking und Investment Banking anhand des Gewinns vor Steuern abzüglich einer Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital berechnet, was den risikoadjustierten oder wirtschaftlichen Beitrag der Division widerspiegelt.

Die Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital wird in der Regel anhand von drei Komponenten berechnet:

- Wert der risikogewichteten Aktiven, die gemäss den Eigenkapitalanforderungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnet werden, welche das Kredit-, das Markt- und das operationelle Risiko messen;
- Beanspruchung von Economic Capital nach unserem Modell für die Berechnung des Economic Capital, das wir als konsistentes und umfassendes Mass für das Risikomanagement (einschliesslich nicht bilanzierter Risiken), die Eigenmittelunterlegung und die Rentabilitätsmessung einsetzen; und
- Beanspruchung von bilanziellen Mitteln der Gruppe.

Bei der Zuteilung des Pools für die variable Vergütung für die verschiedenen Geschäftseinheiten innerhalb der Division werden ebenfalls Risikoaspekt und Kapitaleinsatz berücksichtigt. Die Pools für die variable Vergütung der Divisionen werden unter den einzelnen Bereichen (sofern vorhanden) aufgeteilt, und zwar anhand ähnlicher Kriterien wie bei der Festsetzung der divisionalen Pools. Bei dieser Zuteilung spielt der wirtschaftliche Beitrag der Bereiche eine Schlüsselrolle. Der wirtschaftliche Beitrag wird beispielsweise in den Bereichen Aktien- und Rentenhandel der Division Investment Banking als wichtigste Kennzahl für die Aufteilung ihrer Pools auf der Abteilungs- und anschliessend auf der Ressortebene eingesetzt. Dieser Prozess zeigt den für die Geschäftsführung auf Ressortebene zuständigen Führungskräften auf, dass die Inanspruchnahme von Kapital einen erheblichen Faktor darstellt bei der Festsetzung der Pools für die variable Vergütung und der Bemessung individueller variabler Ansprüche.

- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen zu den anrechenbaren Eigenmitteln, den risikogewichteten Aktiven und zu unserer Bilanzstatistik.

Bestimmung der variablen Vergütung von Risikonehmern

Auf individueller Ebene wird der Risikoaspekt bei der Leistungsbeurteilung und der Festlegung der variablen Vergütungskomponente für das Senior Management und andere Mitarbeitende berücksichtigt, die als erhebliche Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollstellen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) eingestuft werden und deren Tätigkeit das Risikoprofil der Gruppe unter Umständen erheblich beeinflussen kann. Diese Mitarbeitenden der Gruppe werden kollektiv als Risikonehmer (Covered Employees) bezeichnet. Vor allem die Aufsichtsbehörden haben ihr Augenmerk vermehrt auf die Identifikation und Behandlung von Mitarbeitenden gerichtet, die in Finanzinstituten Risiken übernehmen oder bewirtschaften können, und haben deshalb ihre Auflagen entsprechend erhöht. Die Kriterien für die Klassifizierung von Mitarbeitenden als Risikonehmer für die Gruppe werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee und des Risk Committee genehmigt. Im Jahr 2011 wandte die Gruppe bei der Klassifizierung von Mitarbeitenden als Risikonehmer ähnliche Kriterien wie im Vorjahr an und verbesserte die spezifischen Überprüfungsverfahren zur Festsetzung von deren variabler Vergütung. Mitarbeitende, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, werden als Risikonehmer eingestuft:

Mitglieder des Senior Management:

- Mitglieder der Geschäftsleitung und
- Mitarbeitende, die direkt einem Mitglied der Geschäftsleitung unterstellt sind – üblicherweise Mitarbeitende, die wichtige Geschäftsbereiche der Gruppe führen und die Mitglieder von Management Committees auf Divisions-ebene sind.

Als MRTC eingestufte Mitarbeitende:

- Kaderpersonal in Kontrollstellen – Führungskräfte in Shared-Services-Funktionen bei Finance, Risikomanagement, Legal and Compliance und Talent, Branding and Communications, die für die Überwachung von Einzelpersonen oder Personengruppen zuständig sind und die für die Gruppe das Management erheblicher Risiken übernehmen;
- erhebliche Risikonehmer – Mitarbeitende, welche einen erheblichen Anteil des Kapitals der Gruppe einem Risiko aussetzen, beispielsweise Händler sowie andere Mitarbeitende, die zur Bewirtschaftung, Überwachung oder Genehmigung von Risikopositionen befugt sind, und die

erheblichen oder signifikanten Einfluss auf unser Finanzergebnis haben könnten;

- Spitzenverdiener – die 150 Mitarbeitenden, die gemessen an der Gesamtvergütung konzernweit am höchsten bezahlt werden und zwar unabhängig von der jeweiligen Position oder Funktion; und
- sonstige Mitarbeitende – Mitarbeitende, deren Funktion anerkanntermassen mit potenziellen Auswirkungen auf das Marktrisiko, Reputationsrisiko oder operationelle Risiko verbunden ist.

Anfang 2011 wurden insgesamt 514 Mitarbeitende oder rund 1% aller Beschäftigten als Risikonehmer klassifiziert (fluktuationsbedingt reduzierte sich die Zahl zum Jahresende auf 487). In Anbetracht der Natur des Investment-Banking-Geschäfts wurde die Mehrheit der Risikonehmer für 2011 innerhalb dieser Division eruiert. Alle als Risikonehmer eingestufteten Mitarbeitenden wurden über ihren Status informiert. Alle derart eingestufteten Mitarbeitenden erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen.

Neben der jährlichen Leistungsbeurteilung durch den zuständigen Linienvorgesetzten unterstehen Risikonehmer auch noch einem separaten Feedback-Prozess durch von den Geschäftsbereichen unabhängige Kontrollfunktionen wie Legal and Compliance, Risikomanagement und Finance und Revision. Das Feedback wird den mit der Überprüfung betrauten Disziplinarkommissionen vorgelegt, die in jeder Region ernannt und von den regionalen CEOs geleitet werden und die regelmässig tagen. Diese Disziplinarkommissionen beurteilen und halten Verstösse von Mitarbeitenden fest, darunter auch von Risikonehmern. Einzelne Fälle können, je nachdem, wie sie von den für Risikonehmer zuständigen Kontrollfunktionen nach vorgegebenen Kriterien eingestuft werden, den Disziplinarkommissionen vorgelegt werden, die potenzielle Verstösse oder ein potenzielles Fehlverhalten beurteilen. Die Ergebnisse einer solchen Beurteilung durch eine Disziplinarkommission sowie alle Disziplinarmassnahmen werden den Linienvorgesetzten in Form einer Empfehlung für den abschliessenden Leistungsbeurteilungsprozess sowie den Entscheidungsprozess bei der Bestimmung der individuellen Vergütung mitgeteilt. Die vorgeschlagene variable Vergütung für Risikonehmer muss schliesslich noch vom Compensation Committee geprüft und genehmigt werden.

Die Klassifizierung von Mitarbeitenden als Risikonehmer erfolgt aufgrund unterschiedlicher regulatorischer Auflagen nicht in allen Ländern nach den gleichen Kriterien. Daher pas-

sen wir gegebenenfalls die Definition des Begriffs Risikonehmer an die Auflagen der einzelnen Länder an.

- ▶ Siehe Tabelle «Genehmigungskompetenz» für weitere Informationen zum Prüfungs- und Genehmigungsprozess bei der variablen Vergütung.

Rückzahlungsbestimmungen und weitere Risikoanpassungen bei aufgeschobenen Vergütungsansprüchen

Wurde die variable Vergütung von Mitarbeitenden für ein bestimmtes Jahr zugeteilt, unterliegt der Betrag der aufgeschobenen Vergütung weiterhin Risikoanpassungen basierend auf expliziten Rückzahlungsbestimmungen für die Übertragungsperiode. Rückzahlungen können sowohl durch negative Geschäftsentwicklung als auch durch Fehlverhalten des betroffenen Mitarbeitenden ausgelöst werden. Mit aufgeschobenen Vergütungen verknüpfte Rückzahlungsbestimmungen ermöglichen es, von den Mitarbeitenden den gesamten Betrag oder einen Teil der aufgeschobenen Vergütung einzuziehen, sofern es zukünftig zu einer negativen Geschäftsentwicklung kommt oder andere, vorab festgelegte Bedingungen erfüllt sind. Für 2011 sind mit den Performance-Share-Ansprüchen entsprechende Rückzahlungsbestimmungen verknüpft.

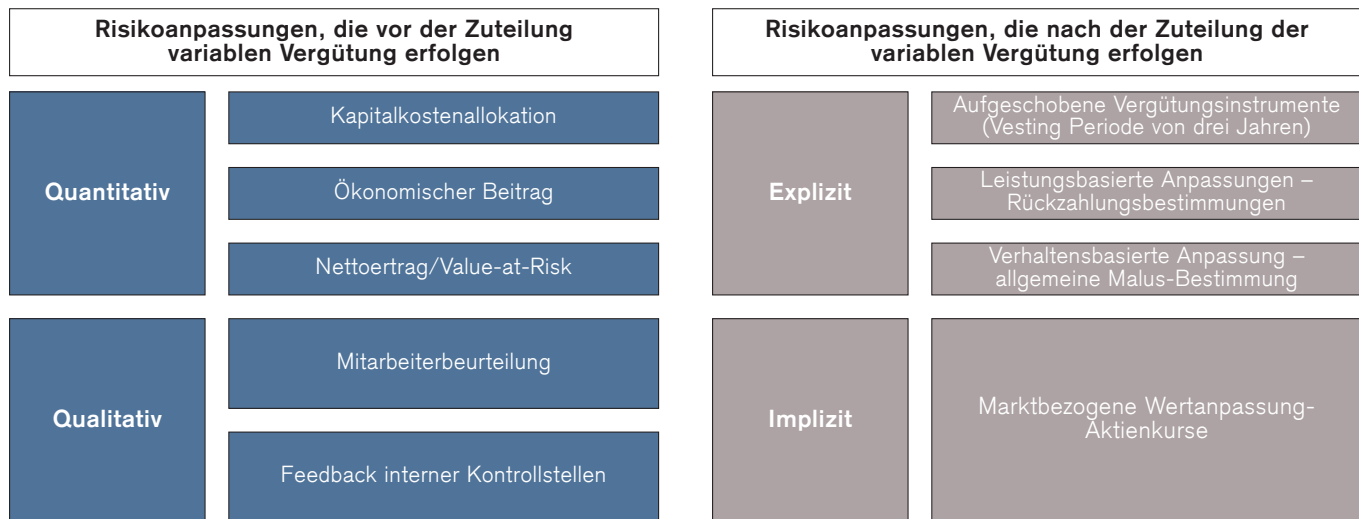
- ▶ Siehe Tabelle «Potenzielle Kürzungen der Performance-Share-Ansprüche» für weitere Informationen zu den anwendbaren Kürzungen.

Alle aufgeschobenen Vergütungen sind ebenfalls mit einer allgemeinen Malusbestimmung verknüpft, die es der Gruppe ermöglicht, bei schwerem Fehlverhalten des Mitarbeitenden noch nicht ausbezahlte Vergütungen zu streichen oder zurückzuverlangen. Zusätzlich zu den expliziten Anpassungen nach unten, die aufgrund von leistungsbezogenen Rückzahlungsbestimmungen und allgemeinen Malusklauseln vorgenommen werden können, unterliegen aufgeschobene Ansprüche impliziten oder Wertanpassungen aufgrund von Marktentwicklungen. So können beispielsweise normale Schwankungen des Aktienkurses der Gruppe zu impliziten Wertanhebungen oder -kürzungen der aufgeschobenen Aktienansprüche führen.

Eine zusammenfassende Darstellung der möglichen Risikoanpassungen, zu denen es vor und nach der Bestimmung und Zuteilung der variablen Vergütungen für ein bestimmtes Jahr kommen kann, findet sich in der nachstehenden Tabelle.

- ▶ Siehe Tabelle «Marktwert der ausstehenden aufgeschobenen Vergütungen» für eine quantitative Offenlegung der 2011 vorgenommenen expliziten und impliziten Risikoanpassungen bei den ausstehenden aufgeschobenen Vergütungen.

Das risikobasierte Vergütungsreglement der Gruppe



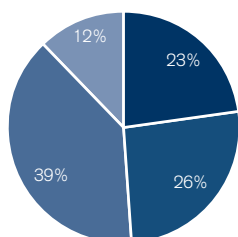
Benchmark zu Bezugsgruppen

Die Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation ist ein anderes wichtiges Element in unserem Vergütungsprozess, mit dem wir das Ziel verfolgen, unseren Mitarbeitenden für vergleichbare Aufgaben, Erfahrungen und Standorte eine marktgerechte und konkurrenzfähige Vergütung zu bieten. Bei der Ermittlung einer Benchmark zu relevanten Konkurrenzunternehmen greifen wir sowohl auf interne Stellen als auch auf externe Vergütungsexperten zurück.

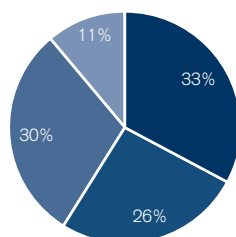
Angesichts unserer globalen Präsenz und der grossen Bandbreite bei dem, was in verschiedenen Regionen als konkurrenzfähige Vergütung gilt, können wir bei der Ermittlung der Vergütungshöhe nicht eine einzige Region oder einen bestimmten Markt als Benchmark herbeiziehen. Wir setzen stattdessen auf einen differenzierten Ansatz und berücksichtigen die Vergütungshöhen konkurrierender Marktteilnehmer in den verschiedenen geografischen Regionen, in denen wir tätig sind.

Verhältnismässige Verteilung nach Regionen

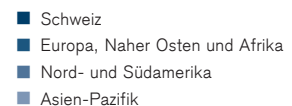
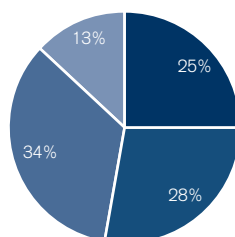
Managing Directors



Nettoertrag¹



Personalaufwand



¹ Basiert auf dem Kernergebnis Nettoertrag, ohne das Corporate Center.

In Bezug auf die Schlüsselfunktionen auf Gruppen- und Divisionsebene konkurrieren wir mit den wichtigsten Banken weltweit um die besten Talente. Bei der Ermittlung einer Benchmark für unser Vergütungsniveau und bei der Bestimmung der

Höhe der Pools für die variable Vergütung orientieren wir uns auf Gruppen- und Divisionsebene an einer Bezugsgruppe aus europäischen und US-amerikanischen Banken. Diese Bezugsgruppen und die relevanten Kennzahlen werden jedes Jahr im

April vom Compensation Committee überprüft und im weiteren Jahresverlauf beobachtet. Auf Gruppenebene setzte sich die Vergleichsgruppe für das Jahr 2011 aus der UBS, Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JPMorgan Chase, Morgan Stanley, Nomura und Société Générale zusammen. Die meisten dieser Institute erwähnen die Credit Suisse explizit als eines ihrer Konkurrenzunternehmen. Die bei der Bestimmung dieser Konkurrenzunternehmen herbeigezogenen Kriterien sind unter anderem:

- eine vergleichbare Reichweite und Komplexität der Geschäftsplattform,

- eine vergleichbare Geschäftsausrichtung und -zusammensetzung,
- eine vergleichbare geografische Präsenz und
- Unternehmen, die mit uns in täglicher Konkurrenz um Marktanteile und Mitarbeitende stehen.

Die Vergleichsgruppen für die Gruppe und die einzelnen Divisionen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt, gefolgt von den spezifischen Leistungskriterien, die wir bei der Performance-Ermittlung im Vergleich zu Konkurrenten im Rahmen der Festlegung der variablen Vergütungspools für die einzelnen Divisionen überprüfen.

Bezugsgruppen und Leistungskriterien 2011

Credit Suisse Group

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JPMorgan Chase, Morgan Stanley, Nomura, Société Générale und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Eigenkapitalrendite, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand/Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Ergebnisses pro Aktie, Wachstum des Nettoertrags, Wachstum der Netto-Neugelder und Wachstum der gesamten verwalteten Vermögen
Eigenmittel und Risiko	Kernkapitalquote (Tier 1), Quote des inneren Kernkapitals (Tier 1), Leverage Ratio, Value-at-Risk und Entwicklung der risikogewichteten Aktiven
Aktionärszufriedenheit	Total Aktionärsrendite über ein Jahr, total Aktionärsrendite über zwei Jahre und Wachstum des Buchwerts pro Aktie

Private Banking

Bezugsgruppe	Barclays, Deutsche Bank, HSBC, Julius Bär Group, JPMorgan Chase und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Gewinnmarge vor Steuern, Vorsteuerertrag auf den verwalteten Vermögen und Bruttomarge
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags, des Vorsteuergewinns und der Netto-Neugelder

Investment Banking

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Vorsteuerrendite auf dem zur Deckung der wirtschaftlichen Risiken benötigten Kapital, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand/Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags und des Vorsteuergewinns
Eigenmittel und Risiko	Nettoertrag/Value-at-Risk

Asset Management

Bezugsgruppe	Allianz, Black Rock, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Gewinnmarge vor Steuern und Bruttomarge auf den verwalteten Vermögen
Wachstum	Wachstum des Vorsteuergewinns, des Nettoertrags und der Netto-Neugelder

Markt- und regulatorische Tendenzen

Die im Jahr 2011 beobachteten Markttendenzen zeigen eine rückläufige Gesamtvergütung in den meisten Unternehmensbereichen, die auf die allgemein rückläufige Rentabilität und die Konzentration auf Kostensenkungen in der Finanzdienst-

leistungsbranche zurückzuführen ist. Die von der Gruppe 2011 gewährte Gesamtvergütung wurde verringert, um der verminderten Rentabilität Rechnung zu tragen, wobei Branchentrends bei der Vergütung weiterhin beachtet wurden. Die Gruppe sieht sich weiterhin verpflichtet, wettbewerbsfähige Vergütun-

gen zu entrichten, um Mitarbeitende anzuwerben, zu motivieren und zu halten. Dies gilt insbesondere in Wachstumsgeschäften und Regionen, in denen trotz der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ein anhaltender Wettbewerb um hoch qualifizierte Mitarbeitende herrscht.

Zahlreiche Aufsichtsbehörden in aller Welt richteten auch 2011 ihr Augenmerk auf die Vergütung, darunter auch die FINMA, unsere Aufsichtsbehörde in der Schweiz, sowie Aufsichtsbehörden an anderen Standorten, die für die Gruppe relevant sind. Die Anforderungen der FINMA gelten für die Gruppe weltweit, wohingegen die Anforderungen anderer Aufsichtsbehörden im Allgemeinen nur für die Tätigkeit der Gruppe am jeweiligen Standort gelten. Einige Aufsichtsbehörden wie etwa jene der USA, der EU und Grossbritanniens geben Bestimmungen vor, die vom Rundschreiben der FINMA über Vergütungssysteme, dem unsere Pläne weltweit entsprechen, abweichen. An Standorten mit anderslautenden aufsichtsrechtlichen Auflagen passen wir unsere lokalen Vergütungspläne an, um den örtlichen Auflagen gerecht zu werden. Hierzu führen wir an den betreffenden Standorten meist zusätzliche Bedingungen und Verfahren ein.

Die Gruppe verfolgt kontinuierlich die Entwicklungen bei den Best Practices in Bezug auf die Vergütung und die Richtlinien verschiedener Gremien, unter anderem des Financial Stability Board, des Ausschusses der europäischen Bankaufsichtsbehörde, der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G-20-Länder sowie des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht. Wir stehen im regelmässigen Dialog mit der FINMA und anderen Aufsichtsbehörden – insbesondere in den USA und Grossbritannien – und tauschen uns über laufende Veränderungen und Entwicklungen bei der Vergütung aus. Als Reaktion auf diese aufsichtsrechtlichen Entwicklungen modifizieren wir kontinuierlich unser Vergütungssystem und den Vergütungsprozess. Viele Anpassungen wie etwa die laufenden Bestrebungen in Bezug auf eine höhere Risikohaftung und eine strengere Überprüfung der Vergütung von Risikonehmern sowie die Einführung zusätzlicher Bedingungen für die aufgeschobene Vergütung tragen diesen markt- und regulatorischen Tendenzen unmittelbar Rechnung. Im Laufe von 2011 veröffentlichte der Basler Ausschuss auch neue Offenlegungspflichten zur Vergütungspolitik gemäss Säule 3, die eine erweiterte qualitative und detailliertere quantitative Offenlegung fordert mit dem Ziel, den Marktteilnehmern die Verständlichkeit und Vergleichbarkeit der angewendeten Vergütungspolitik von Banken zu erleichtern. Zur Umsetzung der neuen Anforderungen der Säule 3 in nationales Recht haben die FINMA und andere Aufsichtsbehörden im Laufe von 2011 zusätzliche Richtlinien zu bestehenden Vorschriften oder neue Vorschriften herausgegeben. Die Gruppe hat diese neuen Anforderungen im Vergütungsbericht für 2011 berücksichtigt.

Vergütungssystem

Vergütungsstruktur

Das Vergütungssystem für 2011 enthält im Wesentlichen folgende Elemente und Anpassungen:

- Die Schwelle für eine Beteiligung an Programmen mit aufgeschobener variabler Vergütung wurde von einer variablen Vergütung in Höhe von CHF/USD 50 000 zu einer Gesamtvergütung in Höhe von CHF/USD 250 000 geändert. Mit der Anbindung der Höhe der aufgeschobenen Vergütung an die Gesamtvergütung haben wir uns der Praxis unser Mitbewerber angenähert und die Attraktivität unserer Vergütungsstruktur insbesondere für Nachwuchskräfte oder Mitarbeitende tieferer Einkommensklassen erhöht.
- Der Anteil der aufgeschobenen Vergütungsansprüche wurde geändert und setzt bei einem Prozentsatz von 15 % ein gegenüber 35 % im Vorjahr. Bei hochbezahlten Mitarbeitenden wurde ein höherer Aufschiebungsprozentsatz angewendet. Insgesamt entspricht der Anteil der variablen Vergütung, die für 2011 in aufgeschobener Form ausgerichtet wurde (49%), den Forderungen von Aufsichtsbehörden, dass ein erheblicher Teil der variablen Vergütungsansprüche an die zukünftige Performance und an Rückzahlungsbestimmungen zu knüpfen sei.
- Mit Ausnahme der Mitglieder der Geschäftsleitung, der Managing Directors und der anderen Risikonehmer wurde allen Mitarbeitenden der Gruppe die gesamte variable aufgeschobene Vergütung für 2011 in Form von Aktienansprüchen zugeteilt, deren Rechte über einen Zeitraum von drei Jahren anstatt vier Jahren erworben werden (Vesting-Periode). Die Aktienansprüche verfügten über keine Hebelkomponente.
- Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und alle andere Risikonehmer erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für 2011 in Form von Performance-Share-Ansprüchen mit einer Rückzahlungsklausel, die im Falle eines Verlusts der jeweiligen Division oder einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe eine Anpassung der noch nicht erworbenen Aktien nach unten vorsieht. Eine Anpassung der noch nicht vollständig erworbenen Vergütungsansprüche nach oben ist nicht vorgesehen. Nicht als Risikonehmer eingestufte Mitarbeitende, die keine Managing Directors sind, waren von diesem Plan ausgeschlossen.
- Einige Mitglieder der Geschäftsleitung sowie alle Managing Directors und Directors erhielten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für 2011 in Form von PAF2-Ansprüchen. Diese sind mit einem Pool aus Vermögenswerten verbunden, die ein Portfolio aus Positionen

darstellen, in denen die Gruppe gegenüber Gegenparteien ein Kreditengagement in Bezug auf Swaps und andere Derivate hat. Mit dem PAF2-Plan werden Risiken von der Gruppe auf Mitarbeitende übertragen, was zu einer Risikominderung beiträgt und die Kapitaleffizienz erhöht.

- Sämtliche aufgeschobenen Vergütungsansprüche unterstehen einer allgemeinen Malusklausel, die es der Gruppe

erlaubt, sämtliche noch nicht vollständig erworbenen Ansprüche von Mitarbeitenden zu annullieren, falls diese eine Handlung vornehmen, die der Gruppe einen finanziellen, Reputations- oder sonstigen Schaden zufügt oder zufügen könnte.

- Im Rahmen des Adjustable Performance Plans haben wir keine weiteren Zuteilungen mehr vorgenommen.

Mitarbeiterkategorien und Komponenten der Gesamtvergütung für 2011

Mitarbeiterkategorie		Gesamtvergütung				
		Fixe Vergütung	Variable Vergütung			
			Aufgeschobene Vergütung ¹			
		Basissalär	Bargeld	Aktienansprüche	Performance-Share-Ansprüche	Partner Asset Facility 2011
Risikonehmer	Managing Directors / Directors					
	Managing Directors / Directors im Investment Banking					
	Sonstige					
Nichtrisikonehmer	Managing Directors					
	Managing Directors im Investment Banking					
	Directors					
	Sonstige					
	Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung unter CHF/USD 250 000					

¹ Bei einer Gesamtvergütung von CHF/USD 250 000 oder mehr wird die Vergütung aufgeschoben.

Frei verfügbare Bargeldvergütung und aufgeschobene variable Vergütung

Für das Jahr 2011 erhielten 43 892 Mitarbeitende einen bestimmten Betrag als variable Vergütung, wovon 7 719 Mitarbeitende beziehungsweise 18% einen Teil davon in aufgeschobener variabler Form erhielten. Bedingt durch die geänderten Bestimmungen für die Zuteilung von aufgeschobenen Vergütungsansprüchen sank die Zahl der Mitarbeitenden, die 2011 einen aufgeschobenen Vergütungsanspruch erhielten, gegenüber 2010 um rund 4 000 Personen. Die Zahl der Beschäftigten, einschliesslich der Mitglieder der Geschäftsleitung, der Managing Directors und der anderen Risikonehmer,

die Performance-Share-Ansprüche mit Rückzahlungsklauseln erhielten, betrug 1 732. Die variable Vergütung für 2011 wurde bis zu einer Höhe von CHF/USD 250 000 als Bargeldentschädigung ausgerichtet. Bei höherer Gesamtvergütung wurde ein Teil der variablen Vergütung in bar ausbezahlt und der Rest aufgeschoben. Der aufgeschobene Anteil wurde anhand einer im Voraus festgelegten Tabelle mit Prozentsätzen für die aufgeschobenen Vergütungsanteile bestimmt. Bei höheren variablen Vergütungen ist der aufgeschobene Anteil grösser. Die Höhe der variablen Vergütung, die frei verfügbar in bar ausbezahlt wurde, unterlag einer Obergrenze von CHF/USD 2 Mio.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Aufschiebungssätze für variable Vergütungsansprüche für 2011.

Aufgeschobene variable Vergütungsanteile für 2011

Bandbreiten der Gesamtvergütung (in CHF/USD)	Aufschiebungssatz ²
0 bis 249 999	0%
250 000 bis 300 000	15%
300 001 bis 400 000	25%
400 001 bis 500 000	30%
500 001 bis 600 000	40%
600 001 bis 750 000	45%
750 001 bis 1 000 000	50%
1 000 001 bis 1 500 000	60%
1 500 001 bis 2 500 000	70%
2 500 001 oder mehr	80%

¹ Aufschiebungssätze werden bei aufgeschobener zugeteilter variabler Vergütung angewendet, um den aufzuschiebenden Betrag zu bestimmen. ² Je nach Division und abhängig von der Genehmigung des Compensation Committee können unterschiedliche Aufschiebungssätze zur Anwendung kommen.

Instrumente für die aufgeschobene variable Vergütung Aktienansprüche

Mit der Zuteilung von Aktienansprüchen bringen wir die Interessen unserer Mitarbeitenden mit den Interessen unserer Aktionäre und mit der Performance der Gruppe in Einklang. Zudem entsprechen wir damit den Erwartungen der Aufsichtsbehörden, einen substanziellen Anteil der variablen Vergütung in Form von Aktienansprüchen zuzuteilen. 2011 erhielten mehr als 6 300 Mitarbeitende Aktienansprüche. Jeder zugeteilte Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe; er enthält keine Komponenten mit Hebelwirkung oder Multiplikatoreffekt. Zur Bestimmung der Anzahl Aktienansprüche wurde die aufgeschobene Vergütungskomponente, die in Form von Aktien zugeteilt wurde, durch den durchschnittlichen Kurs der Aktie der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 18. Januar 2012 geteilt. Die Aktienansprüche werden jeweils zu einem Drittel ein, zwei und drei Jahre nach der Zuteilung übertragen. Der Wert dieser Aktienansprüche hängt ausschliesslich vom Kurs der Aktie der Gruppe zum Zeitpunkt der Übertragung ab.

Um die regulatorischen Auflagen der EU einhalten zu können, hat die Gruppe leitenden Führungskräften in einigen EU-Ländern eine alternative Form von Aktienansprüchen als Teil der uneingeschränkten Barvergütung zugeteilt. Diese Mitarbeitenden haben für 2011 50% des ihnen eigentlich als Bargeldvergütung zustehenden Betrags in Form von gesperrten Aktien erhalten. Diese Aktien bleiben über einen bestimmten Zeitraum gesperrt, der je nach Standort von sechs Monaten bis zu drei Jahren betragen kann.

Die Gruppe verbietet den Mitarbeitenden, Transaktionen zur Absicherung des Werts von nicht erworbenen Aktienansprüchen aus aktienbasierten Vergütungsplänen vorzunehmen, solange diese Ansprüche noch nicht vollständig erworben wurden. Ausserdem gelten in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen sowie für die Mitglieder der Geschäftsleitung weiterhin Mindestanforderungen.

- Siehe «Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz» in Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung für weitere Informationen.

Performance-Share-Ansprüche

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und alle anderen Risikonehmer (über 1 700 Mitarbeitende) erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen, die Rückzahlungsbestimmungen unterstehen. Die Performance-Share-Ansprüche haben ebenfalls eine dreijährige Vesting-Periode und werden jeweils zu einem Drittel ein, zwei und drei Jahre nach der Zuteilung übertragen. Anders als bei den oben beschriebenen Aktienansprüchen unterstehen jedoch die noch nicht vollständig erworbenen Performance-Share-Ansprüche im Falle eines Verlusts der Division oder einem negativen Eigenkapitalrendite auf Gruppenebene einer Anpassung nach unten. Bei Mitarbeitenden der Divisionen Investment Banking, Private Banking und Asset Management wird die Zahl der noch nicht vollständig erworbenen Aktien dann nach unten angepasst, wenn die betreffende Division einen Verlust ausgewiesen hat, sofern es im Bemessungsjahr nicht zu einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe kommt, die eine grössere Anpassung nach unten zur Folge hat als der Divisionsverlust. In diesem Fall erfolgt die Anpassung nach unten auf Basis der negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Bei Mitarbeitenden in den Bereichen Shared Services und anderen Supportfunktionen wird eine Anpassung nach unten nur im Falle einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe vorgenommen und ist nicht an den Erfolg der Divisionen geknüpft. Der Umfang der potenziellen Anpassungen nach unten bei Verlusten auf Divisionsebene ist in der nachfolgenden Grafik dargestellt.

Potenzielle Anpassungen von Performance-Share-Ansprüchen nach unten

Negative Anpassung, falls Division einen Verlust ausweist	
Vorsteuerergebnis Division (in CHF Mia.)	Prozentuale leistungs-basierte Anpassungen auf den Anspruchssaldo
(1.00)	(15%)
(2.00)	(30%)
(3.00)	(45%)
(4.00)	(60%)
(5.00)	(75%)
(6.00)	(90%)
(6.67)	(100%)

Partner Asset Facility 2011 (PAF2)

Im Rahmen des Vergütungsprozesses für 2011 teilten wir leitenden Angestellten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von PAF2-Ansprüchen zu. PAF2-Einheiten sind grundsätzlich festverzinsliche strukturierte Schuldverschreibungen, die dem Kreditrisiko von Gegenparteien ausgesetzt sind, mit denen die Gruppe bestimmte Swaps- und andere Derivatgeschäfte getätigt hat oder möglicherweise künftig tätigen wird. Der Wert des Anspruchs (sowohl im Hinblick auf aufgelaufene Zinsen als auch auf die Rückzahlung bei Verfall) wird bei bestimmten Verlusten im Portfolio gekürzt. Die ersten Portfolioverluste bis zu einer Höhe von USD 500 Mio. werden von der Gruppe getragen. Alle über diesen Betrag hinausgehenden Verluste gehen zu Lasten der Mitarbeitenden, welche PAF2-Anteile halten, bis zum gesamten Betrag der zugeteilten aufgeschobenen Vergütungsansprüche. Mit dem PAF2-Plan werden somit Risiken von der Gruppe auf Mitarbeitende übertragen.

Über 5 500 Mitarbeitende auf Stufe Managing Director und Director sowie einige Mitglieder der Geschäftsleitung erhielten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von PAF2-Ansprüchen. Die PAF2-Ansprüche wurden im ersten Quartal 2012 übertragen, was mit den Bedingungen einhergeht welche den Risikoübertrag an die Mitarbeiter regeln. Die Inhaber dieser Ansprüche unterstehen einem Konkurrenz- und Abwerbverbot; ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Unternehmen innerhalb von drei Jahren nach dem Zuteilungsdatum würde zu einer Annullierung des Anspruchs führen.

Nach der Übertragung bleiben PAF2-Einheiten während entweder vier oder neun Jahren ausstehend. Diese Dauer liegt im Ermessen der Gruppe oder der kollektiv agierenden Inha-

ber. Die Entscheidung ist spätestens bis zum Ende des dritten Jahres nach der Zuteilung zu treffen. PAF2-Einheiten lauten auf Schweizer Franken oder US Dollar. Die Inhaber erhalten halbjährlich eine Zinszahlung in bar, die einer Jahresrendite von 5% (bei auf CHF lautenden Ansprüchen) oder 6,5% (bei auf USD lautenden Ansprüchen) entspricht und auf die in diesem Zeitpunkt ausstehenden PAF2-Einheiten angewendet wird. Bei Fälligkeit von PAF2-Ansprüchen erhalten die Inhaber entweder eine Bargeldauszahlung oder Aktien der Gruppe in Höhe des ursprünglichen Werts der Ansprüche, abzüglich allfälliger Verluste. Die Gruppe entscheidet sich nach eigenem Ermessen für eine Auszahlung in Bargeld oder in Aktien.

Die Einführung des PAF2-Plans sollte im grösseren Zusammenhang der Kapitalstrategie der Gruppe und der derzeit geltenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen betrachtet werden. Da unter Basel III höhere minimale Kapitalanforderungen bestehen und um im Rahmen unserer Kapitalbewirtschaftung flexibler agieren zu können, wurde die Abwicklungsmöglichkeit in Form von Aktien eingearbeitet als der Plan Ende 2011 entwickelt wurde. Dieses Vergütungsinstrument wurde während der Entwicklung mit der FINMA diskutiert und entsprechende Anpassungen wurden vorgenommen bevor das Compensation Committee den PAF2-Vergütungsplan im Januar 2012 genehmigte. Die Gruppe behält sich das Recht vor, die Bedingungen für PAF2-Einheiten aufgrund aufsichtsrechtlicher Entwicklungen zu überarbeiten.

Sonstige Ansprüche

Die Credit Suisse kann bei Bedarf weitere langfristige Pläne und Programme auf Leistungsgrundlage einsetzen, welche die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens bei der Anstellung von Schlüsselkräften erhöhen oder die Bindung von Mitarbeitenden an das Unternehmen stärken. Abweichungen von unserem üblichen Vergütungsansatz betreffen in der Regel nur einen kleinen Kreis von Mitarbeitenden der Gruppe und erfolgen nur dort, wo die Umstände eine solche Vergütungsregelung erfordern. Für 2011 waren rund 140 Mitarbeitende von solchen Regelungen betroffen, darunter auch Mitarbeitende, die im Arbitrage-Geschäft der Division Investment Banking und im Bereich alternative Anlagen in der Division Asset Management tätig sind. Sämtliche Abweichungen von unserem üblichen Vergütungsansatz erfordern die Zustimmung des Compensation Committees.

Zudem kann die Credit Suisse Mitarbeitenden Provisionen entrichten, wenn dies im entsprechenden Geschäftsbereich üblich ist und gängigen Marktpraktiken entspricht. Die Höhe der Provisionen richtet sich nach Berechnungsmethoden, die in regelmässigen Zeitabständen auf ihre Marktfähigkeit hin überprüft werden.

Vergütung bei beaufsichtigten Tochtergesellschaften

Die Vergütungen aller Mitarbeitenden von Tochtergesellschaften der Gruppe, die durch eine Aufsichtsbehörde überwacht werden, unterliegen der Vergütungspolitik der Gruppe und allen dazugehörigen Richtlinien und entsprechen in der Regel, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, dem gleichen Vergütungssystem. Zu den Tochtergesellschaften der Gruppe, deren Vergütungspläne in wesentlichen Belangen vom Vergütungssystem der gesamten Gruppe für 2011 abweichen, gehören Hedging Griffio und Clariden Leu. Bei Hedging-Griffio wird die variable Vergütung stärker an deren Ergebnis ausgerichtet. Bei den Mitarbeitenden von Clariden Leu beruhte die Aufteilung des variablen Vergütungsanspruchs in eine frei verfügbare Bargeldentschädigung und eine aufgeschobene variable Vergütung auf der Tabelle über die aufgeschobenen Vergütungsanteile für 2011 der Gruppe, jedoch mit dem Unterschied, dass die gesamte aufgeschobene Vergütung in Form von Bargeldansprüchen zugeteilt wurde, die über eine Periode von drei Jahren anteilig erworben werden. Der Vergütungsplan von Clariden Leu wurde vom Compensation Committee und vom Verwaltungsrat von Clariden Leu jährlich überprüft und genehmigt. Clariden Leu wird im Jahr 2012 vollständig in die Gruppe integriert sein und die Mitarbeitende erhalten dann nach dem gleichen Verfahren Vergütungen wie alle anderen Mitarbeitenden der Gruppe. Sämtliche Abweichungen von unserem üblichen Vergütungsansatz erfordern die Zustimmung des Compensation Committees.

Vergütung der Geschäftsleitung

Zielsetzungen

Die Vergütung der Geschäftsleitung folgt der generellen Vergütungspolitik der Gruppe. Die Vergütungspolitik zielt darauf ab, bestens qualifizierte Führungspersönlichkeiten anzuziehen und an das Unternehmen zu binden, indem hervorragende Leistungen, die in der Vergangenheit erbracht wurden, anerkannt und belohnt werden. Die Vergütung soll dazu motivieren, auch in Zukunft exzellente Leistungen zu erbringen. Wir sind überzeugt, dass unsere Vergütung der Geschäftsleitung die Leistung und die strategischen Ziele der Gruppe mit den Interessen der Aktionäre in Einklang bringt und die Mitglieder der Geschäftsleitung zu enger Zusammenarbeit anhält.

Pool für die variable Vergütung der Geschäftsleitung

Seit 2006 setzt das Compensation Committee einen für die Gewährung von variabler Vergütung bestimmten Pool für die Mitglieder der Geschäftsleitung einschliesslich des CEO fest, der direkt vom Erfolg der Gruppe abhängt. Die Ausgestaltung und der Einsatz dieses Pools berücksichtigen unser integrier-

tes Geschäftsmodell und verfolgen das Ziel, die Zusammenarbeit und eine divisionsübergreifende Ausrichtung auf die Interessen des Unternehmens zu fördern. Zu Beginn jedes Jahres wird ein Basispool definiert, dem spezifische finanzielle, nicht-finanzielle und relative Leistungsziele zugrunde liegen, die bis Jahresende erreicht werden sollen. Zu Beginn des darauffolgenden Jahres beurteilt das Compensation Committee, inwieweit die Leistungsziele erreicht wurden, und nimmt gegebenenfalls Anpassungen am Basispool vor. Das Compensation Committee betrachtet dabei die vorgeschlagene Höhe des Pools im Vergleich zum erzielten Reingewinn der Gruppe mit der Zielsetzung, dass der Pool in der Regel einen Anteil von 2.5 % des Konzerngewinns nicht übersteigt, und genehmigt die definitive Höhe des variablen Vergütungspools der Geschäftsleitung.

Geschäftsleitungs-Pool für die variable Vergütung 2011

Der Basispool für die variable Vergütung für 2011 wurde bei Jahresbeginn ausgehend vom Erreichen bestimmter Leistungsziele für 2011 festgelegt. Der Basispool für 2011 war geringer als der Basispool des Vorjahrs. Damit trug die Gruppe dem erwarteten schwierigeren Geschäftsumfelds im Jahr 2011 Rechnung. Die in drei Kategorien unterteilten Leistungsziele für 2011 wurden anhand der nachstehenden Kriterien festgelegt.

Finanzieller Erfolg

Das Ziel des finanziellen Erfolgs widerspiegelt den Erfolg in Bezug auf die Erreichung der Gewinnvorgaben für 2011.

Nichtfinanzieller Erfolg

Die Ziele für den nichtfinanziellen Erfolg bestehen aus fünf Unterkategorien, die auf qualitativer Basis überprüft werden. Dabei werden in jeder Kategorie verschiedene Faktoren berücksichtigt, unter anderem die folgenden:

- Kunden: Wachstum der Netto-Neugelder im Private Banking und im Asset Management und Steigerung des Marktanteils im Investment Banking;
- Qualität der Gewinne und Finanzstärke: Eigenkapitalrendite, Kapital- und Liquiditätsposition, Entwicklung der risikogewichteten Aktiven und die zugrunde liegende Rentabilität der Geschäftsdivisionen;
- Kontrollumfeld: aufsichtsrechtliches Umfeld und Compliance, operative Verluste aus Vorkommnissen und interne Revisionsberichte;
- Mitarbeitende: Mitarbeiterbindung, -anerkennung und -förderung, Leistungsmanagement und allgemeine Mitarbeiterzufriedenheit; und

- Unternehmerische Verantwortung: Beitrag zum Bankensektor, zur Gesellschaft (Fokusthemen: Mitarbeiterengagement, Ausbildung und Mikrofinanz) und zur Umwelt.

Relativer Erfolg im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen

Die relativen Leistungsziele wurden auf Basis von genehmigten Bezugsgruppen und Leistungskriterien aufgestellt, die vom Compensation Committee auf Vorschlag des Managements für die Gruppe ermittelt und jährlich überprüft und angepasst werden. Der relative Erfolg der Gruppe wurde nach den folgenden drei Unterkategorien hinsichtlich der spezifischen Leistungskriterien für jede einzelne Kategorie beurteilt:

- Profitabilität und Effizienz: Eigenkapitalrendite, Gewinnmarge vor Steuern, Personalaufwand/Ertrags-Verhältnis;
- Wachstum: Wachstum des Ergebnisses pro Aktie, Wachstum des Nettoertrags, Wachstum der Netto-Neugelder und Wachstum der gesamten verwalteten Vermögen; und
- Kapital und Risiko: Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio), innere Kernkapitalquote (Core Tier 1 Ratio), Value-at-Risk, Leverage Ratio und Entwicklung der risikogewichteten Aktiven.
- Aktionärszufriedenheit: Aktionärsrendite in einem Jahr, Aktionärsrendite in zwei Jahren und Wachstum des Buchwerts pro Aktie.

Leistungsbeurteilung der Geschäftsleitung

Im Januar 2012 ermittelte das Compensation Committee in einer formellen Beurteilung den tatsächlichen Erfolg der Gruppe gegenüber den im Jahr 2011 aufgestellten Leistungszielen in allen drei Leistungskategorien und zog Anpassungen am Basispool in Betracht, um den definitiven variablen Vergütungspool für die Geschäftsleitung festzulegen. Die Anpassungen des Basispools beruhen auf den drei oben beschriebenen Leistungskategorien: finanzieller Erfolg, nichtfinanzieller Erfolg und Erfolg im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen. Der Einfluss auf den Basispool variiert je nach Erfolg in jeder Kategorie: So kann der finanzielle Erfolg den Basispool um bis zu 75% vergrössern oder verkleinern, während der nichtfinanzielle Erfolg und der Erfolg im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen den Basispool um bis zu 25% vergrössern oder verkleinern können. Nach Berücksichtigung aller Anpassungen am Basispool genehmigt das Compensation Committee den definitiven variablen Vergütungspool für die Mitglieder der Geschäftsleitung. Wird in Bezug auf den finanziellen Erfolg die maximale Anpassung von 75% nach oben oder nach unten angewendet, kann die Anpassung aufgrund des nichtfinanziellen Erfolgs und des Erfolgs im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen zusammengenommen insgesamt höchstens 25% betragen. Der definitive Pool kann sich demzufolge zwischen null bis maximal 200% des Basispools bewegen. Für 2011

beschloss das Compensation Committee, dass die Höhe des variablen Vergütungspools der Geschäftsleitung auf 2.5% des Konzerngewinns beschränkt wird.

Hinsichtlich der Beurteilung des finanziellen Erfolgs wurden aus der Sicht des Compensation Committee die Gewinnvorgaben 2011 nicht erreicht. Bei der Evaluation der Leistung in Bezug auf die nichtfinanziellen Ziele berücksichtigte das Compensation Committee die Informationen des Verwaltungsratspräsidenten, des CEO und der höheren Führungskräfte in den internen Kontrollfunktionen. Dazu zählten die Beurteilung des Risikomanagements bezüglich der Leistungen der Geschäftsleitung in Sachen Risikominderung und allgemeines Risikomanagement. Umfassende Informationen zur Leistung gegenüber Kontrollkennzahlen, Ertragsqualität, Kunden-Feedback wurden in die Gesamtergebnisse einbezogen.

Die Beurteilung des nichtfinanziellen Erfolgs ergab, dass dieser den Erwartungen entsprach und Leistungen beinhaltete wie den Fortschritt bei der Anpassung des Unternehmens an das neue Umfeld. Dazu zählen auch die nach Basel III geforderte beschleunigte Reduktion der risikogewichteten Aktiven, die Umsetzung der Kostensenkungsmassnahmen, die ab Anfang 2012 zu Einsparungen führen dürften, die Netto-Neugelder im Private Banking und Marktanteilsgewinne im Investment Banking.

Die Beurteilung des relativen Erfolgs im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen basierte auf zum Zeitpunkt der Beurteilung verfügbaren Vergleichsdaten. Das Compensation Committee hat festgestellt, dass der relative Erfolg generell den Erwartungen entsprach – in Anbetracht der relativ guten Bewertung der Gruppe bei Kriterien wie Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) und Wachstum der Netto-Neugelder, jedoch einer schwächeren Einschätzung hinsichtlich der Gewinnmarge vor Steuern und dem Wachstum des Nettoertrags.

Gestützt auf die Beurteilung des Erfolgs in den drei Leistungskategorien gelangte das Compensation Committee zur Ansicht, dass der variable Vergütungspool für 2011 gegenüber dem Vorjahr deutlich zu reduzieren war. Daher fiel die Dotierung des definitiven variablen Vergütungspools für die Mitglieder der Geschäftsleitung für 2011 um 51% geringer aus als der Basispool für 2011 und 57% geringer als der genehmigte Pool für die Geschäftsleitung für 2010.

Leistungsbeurteilung des CEO

Gestützt auf die Gesamtbeurteilung des Erfolgs der Gruppe und der Leistungen der Geschäftsleitung insgesamt hat das Compensation Committee die Leistungen des CEO, Brady W. Dougan, im Jahr 2011 beurteilt. Das Compensation Committee teilte dem CEO für 2011 eine variable Vergütung von CHF 3 Mio. zu, was einem Rückgang um 69% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die variable Vergütung wurde zu

100% aufgeschoben (kein Barvergütungsanteil). Die Vergütung widerspiegelt einerseits das tiefere Finanzergebnis verglichen mit dem Vorjahr und den tieferen Aktienkurs, andererseits wurde Brady W. Dougans Beitrag zur langfristigen Umsetzung der Strategie und Positionierung der Firma in einem veränderten Umfeld angemessen berücksichtigt. Das Compensation Committee war daher der Auffassung, dass Form und Höhe der variablen Vergütung des CEO für das Jahr 2011 die unmittelbare Verantwortung des CEO für die Ertragslage und die Entwicklung des Aktienkurses reflektiert und den Interessen unserer Aktionäre Rechnung trägt.

Leistungsbeurteilung der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung

Die variable Vergütung für 2011, die das Compensation Committee den Geschäftsleitungsmitgliedern zuteilte, wurde auf der Basis einer individuellen Leistungsbeurteilung jedes einzelnen Geschäftsleitungsmitglieds vorgenommen. Das Committee berücksichtigte bei der Bestimmung der Vergütungshöhe jedes einzelnen Mitglieds die Ergebnisse einer vom CEO durchgeführten strukturierten Evaluierung (balanced Scorecard). Diese Scorecard gab Aufschluss über die Ergebnisse, die 2011 in den einzelnen Geschäftsbereichen erzielt wurden, denen das betreffende Geschäftsleitungsmitglied vorsteht, und zwar indem sie objektive Kennzahlen sowie allfällige prozentuale Veränderungen der Kennzahlen nach oben oder nach unten im Vergleich zum Vorjahr berücksichtigte. Neben der Bewertung der Leistungen in sieben Kategorien erfolgte eine gesamthafte Leistungsbewertung, die aufgrund der Ergebnisse in jeder Einzelkategorie ermittelt wird. Diese Kategorien betrafen:

- den Geschäftserfolg: Ziele, die in den operativen Geschäftsplänen der Divisionen und Shared-Services-Bereichen festgehalten wurden, einschliesslich finanzieller und risikobezogener Leistungsziele in Bezug auf die Division, wie die Gewinnmarge vor Steuern, die Netto-Neugelder und die risikogewichteten Aktiven;
- die Strategie: in den strategischen Geschäftsplänen der Divisionen definierte strategische Leistungsziele;
- die Mitarbeitenden: die Besetzung von Schlüsselpositionen, Nachwuchsförderung, Vielfalt und Steuerung der Personalplanung;
- die Kunden: Entwicklung und Umsetzung von Kundenbetreuungsstrategien und Interaktion mit Schlüsselkunden;
- die Zusammenarbeit: Erreichen von Ertragszielen für die divisionsübergreifende Zusammenarbeit und Förderung von Initiativen für die integrierte Bank, insbesondere für regionale CEOs;
- das Kontroll- und Risikoumfeld: Umgang mit aufsichtsrechtlichen Fragen und Beziehungen, interne Revisionsfeststellungen, operative Zwischenfälle und Reputationsrisiken; und
- die persönliche Entwicklung: Erreichen persönlicher Ziele in Bezug auf Führungseffizienz.

Zusätzlich zur individuellen Leistungsbeurteilung berücksichtigte das Compensation Committee auch die Informationen des unabhängigen Vergütungsexperten zur Höhe konkurrenzfähiger Vergütungen für vergleichbare Rollen am Markt.

Vergütung der Geschäftsleitung für das Jahr 2011

In Übereinstimmung mit dem Vergütungsreglement der Gruppe besteht auch die Gesamtvergütung der Geschäftsleitung aus einem Basissalär und einem variablen Vergütungselement. Die Basissaläre für die Mitglieder der Geschäftsleitung werden jährlich überprüft. Die leistungsabhängige variable Vergütung macht normalerweise den grössten Teil der Gesamtvergütung aus und variiert von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit vom Erfolg der Gruppe, von der Höhe des variablen Vergütungspools sowie vom Leistungsausweis des betreffenden Geschäftsleitungsmitglieds. Des Weiteren wird bei der Festsetzung der Gesamtvergütung eines Geschäftsleitungsmitglieds auch die jeweils anwendbare prozentuale Aufteilung zwischen der fixen und der variablen Vergütung berücksichtigt.

Vergütungsstruktur für die Geschäftsleitung 2011

Mitarbeiterkategorie	Gesamtvergütung				
	Fixe Vergütung	Variable Vergütung			
		Bargeld	Aktienansprüche	Performance-Share-Ansprüche	Partner Asset Facility 2011
Brady W. Dougan, Tobias Guldemann, David R. Mathers und Pamela A. Thomas-Graham	■	□	■	■	□
Osama S. Abbasi, Walter Berchtold, Romeo Cerutti, Fawzi Kyriakos-Saad, Karl Landert, Antonio C. Quintella und Robert S. Shafir	■	□	■	■	■
Hans-Ulrich Meister und Eric M. Varvel	■	□	□	■	■

Im Einklang mit dem tieferen Ergebnis der Gruppe im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr belief sich die durchschnittliche Gesamtvergütung der Geschäftsleitungsmitglieder auf CHF 5,4 Mio. und war somit 46% niedriger als im Jahr 2010. Die durchschnittliche variable Vergütung betrug CHF 3,5 Mio., was einem Rückgang von 57% im Vergleich zur durchschnittlichen variablen Vergütung für die derzeitigen Mitglieder der Geschäftsleitung im Jahr 2010 entspricht. Das Basissalär für die Mitglieder der Geschäftsleitung blieb für das Jahr 2011 unverändert gegenüber dem Vorjahr: CHF 2,5 Mio. für den CEO und CHF 1,5 Mio. (USD 1,5 Mio. für jene Mitglieder der Geschäftsleitung, die in US-Dollar entlohnt werden) für die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder. Die Geschäftsleitung erhält keine variable Barvergütung und die ganze variable Vergütung ist zu 100% aufgeschoben. Von der Gesamtvergütung der Geschäftsleitung, bestehend aus 13 Personen, die alle während des ganzen Jahres 2011 der Geschäftsleitung angehörten, bezogen sich 28% auf das Basissalär, 47% auf Aktienansprüche (davon 70% auf Performance-Share-Ansprüche), 18% auf PAF2-Ansprüche und 7% auf sonstige Vergütungen (einschliesslich vorsorgeähnlicher Leistungen und Dividendenäquivalente). Alle Mitglieder der Geschäftsleitung erhielten mindestens 50% ihrer Aktienansprüche als Performance-Share-Ansprüche, die Rückzahlungsbestimmungen im Falle einer zukünftigen negativen Performance der Gruppe oder einer der Divisionen unterliegen. Für den CEO, die Leiter Shared-Services und die regionalen CEOs wird eine etwaige

zukünftige Anpassung der Performance-Share-Ansprüche auf der Basis der Performance der Gruppe gemacht. Für die CEOs von Private Banking, Investment Banking und Asset Management werden zukünftige Anpassungen der Performance-Share-Ansprüche auf die gleiche Weise vorgenommen, wie dies für die Mitarbeitenden in ihren Divisionen der Fall ist. Die prozentualen Anpassungen, die im Falle einer negativen Performance der Gruppe oder der jeweiligen Division zur Anwendung gelangen würden, sind in der Tabelle «Prozentuale Anpassung von Performance Share Awards» aufgeführt. Von den 13 Mitgliedern der Geschäftsleitung erhielten neun PAF2-Ansprüche. CEO Brady W. Dougan und die Geschäftsleitungsmitglieder Tobias Guldemann, David R. Mathers und Pamela Thomas-Graham erhielten aufgrund ihrer engen Einbindung in die Festlegung der endgültigen Struktur und Bedingungen des PAF2-Programms keine Ansprüche.

Veränderung der Geschäftsleitungsvergütung

	2011	2010	Veränderung in %
in Mio. CHF			
Durchschnittliche Gesamtvergütung	5.4	10.0	(46)
Durchschnittliche variable Vergütung für amtierende Geschäftsleitungsmitglieder	3.5	8.2 ¹	(57)

¹ Basierend auf den 13 Geschäftsleitungsmitgliedern.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2011

	Bargeld ohne Ver- fügungsbe- schränkung	Total bar	Wert der Aktienan- sprüche	Wert der PAF2-An- sprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sons- tige Vergü- tungen ¹	Dividen- denäqui- valente ²	Zahlungen und An- sprüche aufgrund vertraglicher Verein- barungen ³	Total Vergü- tung ⁴	
2011 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)									
13 Personen	19.38	– ⁵	19.38	32.83 ⁶	12.48 ⁷	2.66	2.85	–	70.20
In % der Gesamtvergütung	28%		28%	47%	18%				
davon am höchsten bezahlt:									
Robert S. Shafir	1.32	–	1.32	4.39	2.37	0.02	0.40	–	8.50
In % der Gesamtvergütung	16%		16%	52%	28%				
davon CEO:									
Brady W. Dougan	2.50	–	2.50	3.00	–	0.02	0.30	–	5.82
In % der Gesamtvergütung	43%		43%	52%					

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2011 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 13 Mio., die im Namen der Geschäftsleitungsmitglieder gemacht wurden. ⁵ Per 31. Dezember 2011 erhielt kein Geschäftsleitungsmitglied eine Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung. ⁶ Enthält CHF 22,8 Mio. Performance-Aktienansprüche; der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 21.90. ⁷ Der Wert der Partner Asset Facility 2011 entsprach dem Fair Value per Zuteilungsdatum am 1. März 2012.

Gesamtvergütung 2011 für das höchstbezahlte Mitglied

Das höchstbezahlte Mitglied der Geschäftsleitung im Jahr 2011 war Robert S. Shafir, CEO der Division Asset Management. Die an Robert S. Shafir geleistete Gesamtvergütung betrug CHF 8,5 Mio., aufgeteilt in das Basissalär von CHF 1,3 Mio., eine variable Vergütung (Aktienansprüche, Performance-Share-Ansprüche und PAF2-Ansprüche) von CHF 6,8 Mio. sowie andere Vergütungselemente (vorsorgeähnliche Leistungen und Dividendenäquivalente) von CHF 0,4 Mio.

Robert S. Shafir erhielt seine variable Vergütung im Jahr 2011 in Anerkennung seiner erfolgreichen Arbeit als CEO des Asset Management. Unter der Leitung von Robert S. Shafir fand eine erfolgreiche Neupositionierung des Asset Management mit Fokus auf einem höheren Volumen an stabilen gebührenbasierten Einnahmequellen und der Erreichung von operativer Effizienz statt. Das Asset Management wies 2011 mit einem Anstieg des Gewinns vor Steuern von 10% im Vergleich zu 2010 eine verbesserte Performance aus. Robert S. Shafir verfolgte ein diszipliniertes und proaktives Risikomanagement.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie bereits 2010 und 2009 hat das Compensation Committee im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool variabler Vergütungen für die Geschäftsleitung für 2011 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe dieser Spenden belief sich im Jahr 2011 auf CHF 13 Mio.

Diese Mittel hätten ansonsten an Mitglieder der Geschäftsleitung als Vergütung ausbezahlt werden können. Die Spenden sollen Wohltätigkeitsorganisationen zugute kommen. Einige Mitglieder der Geschäftsleitung, darunter der CEO, können Empfehlungen über die Zuteilung der Spenden abgeben.

Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz

Im Jahr 2009 genehmigte der Verwaltungsrat Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen. Die Mindestanzahl der zu haltenden Aktien liegt bei 350 000 für den CEO und 150 000 Aktien für die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung. Für die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen gilt eine Mindestanzahl von 50 000 Aktien für Führungskräfte, die für die Divisionen Investment Banking, Private Banking und Asset Management verantwortlich sind, beziehungsweise von 20 000 Aktien für Führungskräfte der Shared Services und der regionalen Managementfunktionen. Die jeweilige Schwelle bezieht sich auf alle von den Führungskräften oder in deren Namen gehaltenen Aktien der Gruppe, einschliesslich der noch nicht übertragenen Aktienansprüche. Die betroffenen Führungskräfte unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Aktien der Gruppe, einschliesslich der bereits übertragenen Aktienansprüche, solange die genannten Mindestanforderungen nicht erfüllt sind.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2010

	Bargeld Basis-	ohne Ver- fügungsbe- schränkung	Total bar	Wert der Aktienan- sprüche	Wert der APP-An- sprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sons- tige Vergü- tungen ¹	Dividen- denäqui- valente ²	Zahlungen und An- sprüche aufgrund vertraglicher Verein- barungen ³	Total Vergü- tung
2010 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)									
16 Personen ⁴	20.50	4.21 ⁵	24.71	64.65 ⁶	58.65 ⁷	3.90	5.70	2.73	160.34
In % der Gesamtvergütung	13%	3%	16%	40%	37%				
davon am höchsten bezahlt:									
Antonio C. Quintella	0.79	–	0.79	6.97	6.97	0.08	0.82	–	15.63
In % der Gesamtvergütung	5%		5%	45%	45%				
davon CEO:									
Brady W. Dougan	2.50	–	2.50	4.87	4.87	0.03	0.49	–	12.76
In % der Gesamtvergütung	20%		20%	38%	38%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² SISUs und ISUs beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte SISUs und ISUs der Vorjahre bezahlt. ³ Zahlungen und Ansprüche gemäss vertraglichen Verpflichtungen von CHF 2,73 Mio. bestehen aus CHF 1,16 Mio. in bar und CHF 1,57 Mio. in aktienbasierten Ansprüchen. ⁴ Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütungen an Renato Fassbind und Kai S. Nargolwala, welche die Geschäftsleitung im September 2010 verliessen; aber enthält nicht die Beraterhonorare, die an sie in ihrer Funktion nach dem Austritt aus der Geschäftsleitung bezahlt wurden. Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütungen an Osama S. Abbasi, Fawzi Kyriakos-Saad, David R. Mathers und Antonio C. Quintella, welche im Jahr 2010 zur Geschäftsleitung stiessen. Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütung für Paul Calello, welcher im November 2010 verstarb. ⁵ Besteht aus Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung an das frühere Geschäftsleitungsmitglied Paul Calello. Per 31. Dezember 2010 erhielt kein anderes Geschäftsleitungsmitglied Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung. ⁶ Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 41.40. ⁷ Der Wert der Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche entsprach dem Wert per Zuteilungsdatum am 20. Januar 2011.

Vertragsdauer und Kündigungsbestimmungen

Sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung haben unbefristete Arbeitsverträge, die bis zu deren Beendigung in Kraft bleiben. Mitglieder der Geschäftsleitung müssen eine vertragliche Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten einhalten und haben im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch die Gruppe ebenfalls Anrecht auf eine Kündigungsfrist von sechs Monaten. Darüber hinaus bestehen keine zusätzlichen Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung, die Zahlungen oder Leistungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses vorsehen, die anderen Mitarbeitenden der Gruppe generell nicht zustehen. Im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses gelten indessen in Bezug auf ausstehende Vergütungsansprüche unterschiedliche Bedingungen, je nachdem, ob es sich dabei um ein freiwilliges, unfreiwilliges oder durch einen Kontrollwechsel bedingtes Ausscheiden handelt. Die unterschiedlichen Bedingungen sind in der folgenden Tabelle «Kündigungsbestimmungen für Geschäftsleitungsmitglieder» zusammengefasst.

So können im Falle der Kündigung eines Mitglieds der Geschäftsleitung ohne Grund die Höhe und die Bedingungen einer Abfindung zwischen der Gruppe und dem betreffenden Mitglied der Geschäftsleitung vereinbart werden. Das Mitglied der Geschäftsleitung hat jedoch kein vertragliches Recht auf eine Abfindungszahlung aus verfallenen Anteilen an aufgeschobener Vergütung.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, haben immer noch Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2011 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder anderen Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, beziehungsweise dieser nahestehenden Personen bezahlt.

Kündigungsbestimmungen für Geschäftsleitungsmitglieder

	Freiwillige Kündigung	Pensionierung	Kündigung ohne Grund	Kündigung mit Grund	Änderung der Kontrollverhältnisse
Vergütungskomponente					
Basissalär	Endet nach Ablauf der Kündigungsfrist	Endet nach Ablauf der Kündigungsfrist	Statutarische Abfindungszahlungen, je nach Land der Anstellung	Endet sofort	Keine zusätzliche Zahlung
Aktienanspruch	Im Zeitpunkt der Kündigung nicht erworbene Ansprüche werden verwirkt	Erwerb läuft weiter, Konkurrenz- und Abwerbverbot, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Vorzeitiger Erwerb, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Alle ausstehenden Ansprüche werden verwirkt	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Performance-Aktienanspruch	Im Zeitpunkt der Kündigung nicht erworbene Ansprüche werden verwirkt	Erwerb läuft weiter, Konkurrenz- und Abwerbverbot, die üblichen Auszahlungstermine und Berechnungsgrundlagen gelten	Vorzeitiger Erwerb, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Alle ausstehenden Ansprüche werden verwirkt	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Partner Asset Facility 2011	Konkurrenz- und Abwerbverbot gültig bis 31. März 2015	Konkurrenz- und Abwerbverbot gültig bis 31. März 2015	Rechte aufrechterhalten, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Ein Teil wird verwirkt, falls Kündigung vor dem 31. März 2015 vorliegt; die üblichen Auszahlungstermine gelten	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Adjustable-Performance-Plan-Anspruch	Im Zeitpunkt der Kündigung nicht erworbene Ansprüche werden verwirkt	Erwerb läuft weiter, Konkurrenz- und Abwerbverbot, die üblichen Auszahlungstermine und Berechnungsgrundlagen gelten	Vorzeitiger Erwerb, die üblichen Auszahlungstermine und Berechnungsgrundlagen gelten	Alle ausstehenden Ansprüche werden verwirkt	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Scaled Incentive Share Unit	Im Zeitpunkt der Kündigung nicht erworbene Ansprüche werden verwirkt	Erwerb läuft weiter, Konkurrenz- und Abwerbverbot, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Vorzeitiger Erwerb, die üblichen Auszahlungstermine gelten, Anrechte auf zusätzliche Aktien werden verwirkt	Alle ausstehenden Ansprüche werden verwirkt	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Incentive Share Unit	Im Zeitpunkt der Kündigung nicht erworbene Ansprüche werden verwirkt	Erwerb läuft weiter, Konkurrenz- und Abwerbverbot, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Vorzeitiger Erwerb, die üblichen Auszahlungstermine gelten, Anrechte auf zusätzliche Aktien werden verwirkt	Alle ausstehenden Ansprüche werden verwirkt	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Partner Asset Facility 2008	Konkurrenz- und Abwerbverbot gültig bis 21. Januar 2012, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Konkurrenz- und Abwerbverbot gültig bis 21. Januar 2012, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Rechte aufrechterhalten, die üblichen Auszahlungstermine gelten	Ein Teil wird verwirkt, falls Kündigung vor dem 21. Januar 2012 vorliegt; die üblichen Auszahlungstermine gelten	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Option	Verfalldatum auf 30 Tage verkürzt ab Bekanntgabe durch die Gruppe, falls Konkurrenz- oder Abwerbverbot verletzt werden	Bleibt bis zum ursprünglichen Verfalldatum ausübbar	Bleibt bis zum ursprünglichen Verfalldatum ausübbar	Verfällt 30 Tage nach Kündigungsdatum	Handhabung im Ermessen des Compensation Committee
Sonstiger Baranspruch	Verwirkt	Bei Zuteilung von Ansprüchen nach freiem Ermessen berücksichtigt	Kein vertraglicher Anspruch	Verwirkt	Kein vertraglicher Anspruch

Aktienbestände und andere aufgeschobene Ansprüche nach Empfängern

	Anzahl erworbene Aktien	Anzahl nicht erworbene Aktien- ansprüche	Anzahl nicht erworbene ISUs	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Anzahl PIP-II- Einheiten ¹	Wert der nicht er- worbenen Ansprü- che bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht er- worbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2011								
Brady W. Dougan	870 586	117 754	–	114 153	–	–	12 538 963	5 118 187
Osama S. Abbasi	233 801	75 354	3 771	44 232	–	–	6 218 957	2 804 282
Walter Berchtold	700 040	157 005	42 023	106 473	–	–	15 093 404	7 653 886
Romeo Cerutti	37 543	66 426	7 260	34 908	–	–	5 343 325	2 554 139
Tobias Guldemann	20 124	66 426	8 399	43 635	–	–	5 968 402	2 796 587
Fawzi Kyriakos-Saad	199 942	75 354	35 973	34 425	–	–	6 667 886	3 997 001
Karl Landert	96 248	66 426	34 039	45 381	–	–	6 967 319	3 957 127
David R. Mathers	16 420	78 503	17 588	22 695	14 960	–	5 547 285	3 003 091
Hans-Ulrich Meister	46 676	108 696	39 751	69 819	–	–	10 554 425	5 679 330
Antonio C. Quintella	112 323	37 677	–	–	–	–	1 559 828	831 531
Robert S. Shafir	190 489	127 522	84 480	93 480	–	–	14 460 480	8 574 359
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	46 372	–	21 573	–	–	3 368 158	1 499 546
Eric M. Varvel	–	139 810	39 183	83 205	–	–	12 721 715	6 636 589
Total	2 528 775	1 163 325	312 467	713 979	14 960	–	107 010 147	55 105 655
31. Dezember 2010								
Brady W. Dougan	951 114	–	90 956	152 207	368 400	78 102	31 145 014	9 261 929
Osama S. Abbasi	233 801	–	50 193	58 977	–	26 110	9 215 028	4 429 732
Walter Berchtold	688 210	–	163 197	141 967	–	104 167	25 704 435	14 685 664
Romeo Cerutti	19 456	–	19 420	46 547	–	–	3 982 362	3 050 911
Tobias Guldemann	903	–	28 798	58 183	15 640	20 834	7 228 240	3 934 143
Fawzi Kyriakos-Saad	119 177	–	127 142	45 902	–	49 849	13 177 674	9 198 782
Karl Landert	82 718	–	83 060	60 511	–	31 250	9 748 212	7 955 834
David R. Mathers	26 617	–	59 008	30 260	14 960	5 375	5 538 189	4 735 645
Hans-Ulrich Meister	1 720	1 720	88 538	93 093	–	–	9 724 068	9 896 890
Antonio C. Quintella	234 685	–	–	–	–	26 002	1 872 144	0
Robert S. Shafir	131 239	–	168 960	124 641	–	71 213	19 305 533	17 365 460
Pamela A. Thomas-Graham	–	–	–	28 764	–	–	1 931 143	1 102 812
Eric M. Varvel	5 614	–	157 085	110 940	–	56 953	19 995 068	13 056 709
Total	2 495 254	1 720	1 036 357	951 992	399 000	469 855	158 567 110	98 674 511

¹ Die PIP-II-Einheiten wurden im März 2011 gemäss Planbedingungen abgerechnet. Die PIP-II-Einheiten hatten anlässlich der Abrechnung keinen Wert, was darauf zurückzuführen war, dass die Aktienkurs-Performance der Gruppe unter dem Minimalziel von CHF 47 pro PIP-II-Einheit lag.

Die übertragenen Aktienbestände von Mitgliedern der Geschäftsleitung umfassen den Besitz des jeweiligen Geschäftsleitungsmitglieds, seiner direkten Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Geschäftsleitungsmitglied kontrollierte Unternehmen. Die nicht übertragenen aktienbasierten Ansprüche umfassen keine nach dem 31. Dezember 2011 gewährten Zuteilungen.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit

vom Kurs der Aktie der Gruppe, von der verbleibenden Übertragungsdauer sowie von weiteren Faktoren, die sich auf den Fair Value des Anspruchs auswirken können. Die Tabelle «Aktienbestände und andere aufgeschobene Ansprüche nach Empfängern» enthält Angaben zum Wert von noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung am 31. Dezember 2011. Der kumulierte Gesamtwert dieser noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüche verringerte sich per

31. Dezember 2011 im Vergleich zum Wert am jeweiligen Zuteilungsdatum um 49%.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen Barvergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert entsprechend der Eigenkapitalrendite der Gruppe (für die Ansprüche aus dem Adjustable Performance Plan aus den Jahren 2009 und 2010), dem Wert der zugrunde liegenden Aktiven (für die Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche (PAF-Ansprüche)) und der verbleibenden

Vesting-Periode. Der aggregierte Wert von solchen auf Bargeld basierenden Ansprüchen lag zum Zuteilungszeitpunkt bei CHF 117 Mio. Der heutige Wert liegt bei CHF 133 Mio. Die Zunahme kommt einerseits von der Anpassung aufgrund der Eigenkapitalrendite bei den noch nicht erworbenen Ansprüchen des Adjustable Performance Plan und andererseits von der Wertzunahme der PAF-Ansprüche, die im Jahr 2008 zugeteilt wurden.

Anzahl Optionen nach Empfängern

31. Dezember 2011	David R. Mathers			Ausübungs-Verfall preis in CHF	
Zuteilungsjahr					
2003	1 095			22. Januar 2013	30.60
2002	13 865			3. Dezember 2012	34.10
Total	14 960				

31. Dezember 2010	Brady W. Dougan	Tobias Guldemann	David R. Mathers	Ausübungs-Verfall preis in CHF	
Zuteilungsjahr					
2003	–	–	1 095	22. Januar 2013	30.60
2002	–	–	13 865	3. Dezember 2012	34.10
2001	368 400	15 640	–	25. Januar 2011	84.75
Total	368 400	15 640	14 960		

Alle Optionen auf Aktien wurden im Rahmen der Vergütung der Vorjahre gewährt. Per 31. Dezember 2011 und 2010 hielt kein Mitglied der Geschäftsleitung aus Privatvermögen erworbene Optionen.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich entweder nach den für Drittparteien oder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Mitglieder der Geschäftsleitung auf CHF 22 Mio., CHF 18 Mio. beziehungsweise CHF 19 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten sowohl zu Beginn als auch am Ende des Geschäftsjahrs betrug sechs. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf CHF 11 Mio. und betraf das Geschäftsleitungsmitglied Walter Berchtold.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind, zur Anwendung.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird in Übereinstimmung mit den Statuten und dem Reglement des Compensation Committee festgelegt. Die Vergütung wird jährlich vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee genehmigt. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten ein Basishonorar plus ein zusätzliches Honorar in Abhängigkeit des Aufgaben- und Verantwortungsbereichs des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds. Zu Vergütungszwecken unterscheidet die Gruppe zwischen Verwaltungsratsmitgliedern mit funktionalen Aufgaben, wozu der vollamtliche Präsident und die drei Vorsitzenden der Kommissionen zählen, und Verwaltungsratsmitgliedern ohne funktionale Aufgaben (zehn Personen). Die Vergütung an alle Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgt in Form von Barzahlungen und von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe.

Die Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionale Aufgaben erhielten für 2011 ein jährliches Basishonorar von CHF 250 000 sowie ein jährliches Honorar für ihre Mitarbeit im Audit Committee, im Risk Committee oder im Compensation Committee. Es wurden die folgenden Kommissionshonorare ausgerichtet: CHF 150 000 für das Audit Committee, CHF 100 000 für das Risk Committee und CHF 100 000 für das Compensation Committee. Mitglieder des Chairman's and Governance Committees erhalten kein Kommissionshonorar. Ferner erhielt Peter Brabeck-Letmathe in seiner Funktion als Vize-Präsident ein Honorar von CHF 400 000. Das Basishonorar und das Honorar für die Kommissionsarbeit werden vom Compensation Committee festgesetzt und decken den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab.

Mitglieder des Verwaltungsrats mit der Funktion eines Kommissionsvorsitzenden erhalten zusätzlich zum jährlichen Basishonorar eine variable Vergütung für die funktionalen Aufgaben im Zusammenhang mit der grösseren Verantwortung und dem zusätzlichen Zeitaufwand für die Ausübung dieses Amtes. Das jährliche Basishonorar für die beiden Vorsitzenden des Audit Committees und des Risk Committees betrug im Jahr 2011 CHF 400 000 und für den Vorsitzenden des Compensation Committee CHF 350 000. Das Basishonorar für den Kommissionsvorsitzenden wird vom Compensation Committee festgesetzt und deckt den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab. Die Vergütung für funktionale Aufgaben für die drei Kommissionsvorsitzenden variiert je nach effektivem Zeitaufwand und wird im Einklang mit dem Jahreszyklus der variablen Vergütung für Führungskräfte für das laufende Jahr festgesetzt und entrichtet.

Der vollamtliche Präsident erhält ein Basishonorar plus eine variable Vergütung, die vom Compensation Committee vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat genehmigt wird. Für den Präsidenten, Urs Rohner, der ab der Generalversammlung 2011 die Rolle des Präsidenten übernahm, belief sich das Basishonorar für 2011 auf CHF 2,1 Mio. Die Höhe der variablen Vergütung für den vollamtlichen Präsidenten richtet sich nach dem finanziellen Ergebnis der Gruppe und der persönlichen Leistung. Die variable Vergütung wird in bar und in Form von für vier Jahre gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet.

Indem Verwaltungsratsmitglieder zu einem bedeutenden Teil in Form von gesperrten Aktien entschädigt werden, stellen wir die Ausrichtung ihrer Interessen mit denen der Aktionäre sicher. Der Wert der von den Mitgliedern des Verwaltungsrats Ende 2011 gehaltenen Aktien verringerte sich gegenüber dem Jahresbeginn 2011 um 41%.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2011

	Basis-honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ¹	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2011/2012 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ^{3,4}	2 100 000	–	2 000 000	234 881	4 334 881	3 334 881	77%	1 000 000	23%	45 663
Hans-Ulrich Doerig, ehemaliger Präsident ³	750 000	–	666 667	–	1 416 667	1 416 667	100%	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	3 180
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Noreen Doyle ^{5,6}	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	6 360
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	10 389
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	22 832
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	666 666 ⁷	–	1 066 666	733 333	69%	333 333	31%	15 221
Peter F. Weibel ⁵	250 000	150 000	465 000 ⁷	–	865 000	665 000	77%	200 000	23%	5 088
Total	6 650 000	1 050 000	5 198 333	234 881	13 133 214	9 222 381	70%	3 910 833	30%	141 169

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Hans-Ulrich Doerig und Urs Rohner dienten in der Funktion als Präsident im Vollamt beziehungsweise Vize-Präsident im Vollamt vom Januar 2011 bis zur GV im April 2011. Anlässlich der GV 2011 trat Urs Rohner die Nachfolge von Hans-Ulrich Doerig in der Funktion des Präsidenten im Vollamt an. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2011 zugewiesene variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 21.90. ⁵ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 29. April 2011 bis 27. April 2012. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk and Compensation Committees. Für 2010 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per GV 2011 CHF 39.31. ⁶ Im Juli 2011 wurde Noreen Doyle zur nicht geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Audit Committee der britischen Tochtergesellschaft Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited ernannt. Sie erhielt dafür ein Gesamthonorar von GBP 50 000. ⁷ Peter F. Weibel war bis zur GV 2011 Vorsitzender des Audit Committee. Nachfolgend übernahm John Tiner diese Funktion.

Vergütung des Verwaltungsratspräsidenten für 2011

Der Präsident des Verwaltungsrats erhielt für das Geschäftsjahr 2011 eine Gesamtvergütung von CHF 4,3 Mio. Davon waren CHF 2,1 Mio. das Basissalar und CHF 2,0 Mio. die variable Vergütung, wovon CHF 1,0 Mio. in bar und CHF 1,0 Mio. in Form von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet wurden. Die übrigen CHF 0,2 Mio. entfielen auf sonstige Vergütungen, hauptsächlich bestehend aus vorsorgeähnlichen Leistungen.

Im Jahr 2011 war die variable Vergütung des Präsidenten 50% niedriger und die Gesamtvergütung 31% niedriger als im Jahr 2010.

Zusätzliche Honorare und Vergütungen

Drei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2011 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten gegenwärtiger oder ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise dieser nahestehenden Personen bezahlt.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2010

	Basis-honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ¹	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2010/2011 (in CHF)										
Hans-Ulrich Doerig, ehemaliger Präsident ³	2 250 000	–	4 000 000	24 000	6 274 000	4 274 000	68%	2 000 000	32%	48 310
Urs Rohner, Vize-Präsident im Vollamt ³	1 800 000	–	4 000 000	234 881	6 034 881	4 034 881	67%	2 000 000	33%	48 310
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁴	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	5 031
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁴	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	2 516
Robert H. Benmosche ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Noreen Doyle ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Walter B. Kielholz ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Andreas N. Koopmann ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Jean Lanier ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Anton van Rossum ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ³	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	5 496
David W. Syz ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ³	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	12 078
John Tiner ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Peter F. Weibel, Vorsitzender des Audit Committee ³	400 000	–	1 395 000	10 000	1 805 000	1 205 000	67%	600 000	33%	14 493
Total	7 700 000	1 200 000	10 795 000	268 881	19 963 881	12 786 381	64%	7 177 500	36%	165 919

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2010 zugeteilte variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 41.40. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 30. April 2010 bis 29. April 2011. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk and Compensation Committees. Für 2010 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 49.70.

Aktien und Optionen im Besitz von Mitgliedern des Verwaltungsrats

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen umfassen den Aktienbesitz des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds, enger Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2011 hielten keine Mitglieder des Verwaltungsrats ausstehende Optionen.

Aktienbesitz nach Empfängern

31. Dezember	2011	2010
Anzahl Aktien¹		
Urs Rohner	221 056	144 870
Hans-Ulrich Doerig	–	223 800
Peter Brabeck-Letmathe	108 820	103 732
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	5 696	2 516
Robert H. Benmosche	23 304	20 252
Noreen Doyle	31 837	27 385
Walter B. Kielholz	281 891	323 734
Andreas N. Koopmann	21 400	16 948
Jean Lanier	30 912	24 552
Anton van Rossum	38 831	34 379
Aziz R.D. Syriani	66 385	60 889
David W. Syz	81 193	76 105
Richard E. Thornburgh	283 600	296 522
John Tiner	8 625	8 625
Peter F. Weibel	72 232	52 651
Total	1 275 782	1 416 960²

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren. ² Per 30. April 2011 trat Hans-Ulrich Doerig aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an den Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richteten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 beliefen sich die ausstehenden Kredite auf CHF 34 Mio., CHF 35 Mio. beziehungsweise CHF 25 Mio.

Bei Mitgliedern des Verwaltungsrats, die Kredite erhalten, gelangen nicht die Mitarbeiterkonditionen zur Anwendung, es gelten die gleichen Bedingungen wie für Kunden mit einer vergleichbaren Bonität. Mitglieder des Verwaltungsrats, die vormals Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen verlängert worden waren.

Zusätzlich zu den aufgeführten Krediten kann die Gruppe beziehungsweise können im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Credit Suisse Group Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission) ausüben. Per 31. Dezember 2011 und 2010 gab es keine solchen Positionen. Per 31. Dezember 2009 betrug die Position gegenüber diesen Parteien CHF 50 000 einschliesslich aller Ausstände und Eventualverpflichtungen. Die höchste gegenüber diesen Gegenpartien bestehende Position in einem der Jahre der am 31. Dezember 2011 endenden 3-Jahres-Periode war nicht höher als insgesamt CHF 10 Mio.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

	2011 ¹	2010 ¹
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	5 090 650	5 590 000
Hans-Ulrich Doerig	–	1 800 000
Peter Brabeck-Letmathe	15 833 928	14 163 528
Walter B. Kielholz	5 050 000	5 000 000
Andreas N. Koopmann	2 775 000	3 500 000
David W. Syz	1 500 000	1 500 000
Richard E. Thornburgh	14 266	93 186
Peter F. Weibel	3 950 000	3 850 000
Total	34 213 844	35 496 714²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder. ² Per 30. April 2011 trat Hans-Ulrich Doerig aus dem Verwaltungsrat aus.

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Unternehmen von Qatar Investment Authority (QIA) und der Olayan Group, die signifikante Positionen an Aktien der Gruppe halten, definitive Vereinbarungen für die Ausgabe von Tier 1 Buffer Capital Notes gegen Barzahlung oder im Tausch gegen 2008 ausgegebene Tier 1 Capital Notes ab. Nach Ansicht der Gruppe handelte es sich dabei um eine wesentliche Transaktion, und QIA und die Olayan Group wurden im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance der Transaktion als nahestehende Unternehmen von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise Aziz R.D. Syriani erachtet. Die Gruppe und der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani und Aziz R.D. Syriani, die in den Ausstand traten) kamen zu dem Schluss, dass die Bedingungen der Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Pufferkapitals, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von QIA und der Olayan Group gehaltenen Tier 1 Capital Notes angemessen waren.

► Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen zu den Vereinbarungen mit QIA und der Olayan Group.

Die Credit Suisse ist zusammen mit ihren Tochtergesellschaften ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen und verfügt in der Schweiz über bedeutende Geschäftsaktivitäten im Firmenkundengeschäft. Entsprechend unterhält die Credit Suisse Beziehungen zu vielen grossen Unternehmen einschliesslich solcher, bei denen Mitglieder des Verwaltungsrats eine Geschäftsführungsfunktion ausüben oder deren Verwaltungsrat sie angehören. Abgesehen von der Transaktion mit QIA und der Olayan Group, welche als Transaktion mit nahestehenden Unternehmen erachtet wurde, und den Krediten an nahestehende Unternehmen per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009, wurden alle unsere Geschäftsbeziehungen mit Mit-

gliedern des Verwaltungsrats oder mit ihnen verbundener Gesellschaften oder Parteien im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen.

Vergütung und Aufwand für die Gruppe

Zugeteilte Gesamtvergütung

Die folgende Tabelle gibt den Nennwert der den Mitarbeitenden für 2011 und 2010 zugeteilten Gesamtvergütung wieder,

einerschliesslich der den Mitarbeitenden im Rahmen der variablen leistungsorientierten Vergütung für 2011 und 2010 im Januar 2012 beziehungsweise Januar 2011 zugeteilten Ansprüche. Die aufgeschobenen Ansprüche enthalten künftige Dienstleistungs- und Leistungskriterien, die über die definitive Auszahlung an die Mitarbeitenden entscheiden. Werden diese Dienstleistungs- und Leistungskriterien nicht erfüllt, kann die Vergütung verfallen oder verringert werden.

Zugeteilte Gesamtvergütung

Für	2011		2010		Total	
	Ohne Verfügungsbeschränkung	Aufgeschoben	Ohne Verfügungsbeschränkung	Aufgeschoben		
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)						
Saläre	6 319	–	6 319	6 532	–	6 532
Sozialversicherung	865	–	865	928	–	928
Sonstige	874 ¹	–	874	1 189 ¹	–	1 189
Total fixe Vergütung	8 058	–	8 058	8 649	–	8 649
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)						
Bargeld ohne Verfügungsbeschränkung	1 519	–	1 519	1 995	–	1 995
Aktienansprüche	11	438	449	35	1 430	1 465
Performance-Aktienansprüche	–	516	516	–	–	–
Ansprüche Partner Asset Facility 2011	–	499 ²	499	–	–	–
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche	–	–	–	–	1 102	1 102
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	–	–	–	465	465
Sonstige Baransprüche	–	5	5	–	19	19
Total variable Leistungsvergütung	1 530	1 458	2 988	2 030	3 016	5 046
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)						
Barabfindungsansprüche	405	–	405 ³	102	–	102
Ansprüche für Neueintritte	25	142	167	72	304	376
Barkommissionen	143	–	143	161	–	161
Total sonstige variable Vergütung	573	142	715	335	304	639
Zugeteilte Gesamtvergütung (in Mio. CHF)						
Zugeteilte Gesamtvergütung	10 161	1 600	11 761	11 014	3 320	14 334
davon garantierte Bonuszahlungen	–	–	172 ⁴	–	–	295 ⁴

¹ Enthält für die Jahre 2011 und 2010 einen Aufwand für Vorsorgepläne und andere Leistungen für Mitarbeiter im Ruhestand von CHF 610 Mio. beziehungsweise CHF 483 Mio. und die britische Bonussteuer von CHF 404 Mio. für 2010. ² Entspricht dem Fair Value der Partner-Asset-Facility-Ansprüche 2011 per Zuteilungsdatum. Der Nominalwert betrug CHF 751 Mio. ³ Enthält CHF 182 Mio. in Bezug auf Barabfindungsansprüche für Kündigungen, die per 31. Dezember 2011 wirksam waren. ⁴ In den Jahren 2011 und 2010 an 332 beziehungsweise 483 Mitarbeitende zugeteilt. Garantierte Bonuszahlungen können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte zugeteilt werden.

Alle variablen Vergütungen wurden vom Verwaltungsrat auf der Basis der Empfehlungen des höheren Kaders und einer gründlichen Überprüfung der Ergebnisse der Gruppe im Jahr 2011 im Vergleich zu vorab festgelegten absoluten und relativen Leistungskriterien genehmigt. Darüber hinaus wurden weitere Faktoren wie das Geschäftsumfeld und die relative Leistung,

das Wettbewerbsumfeld, die Kapital- und Risikoposition der Gruppe und die an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne berücksichtigt. Die Gesamtvergütung für das Jahr 2011, die das schwächere absolute Gesamtergebnis der Gruppe im Jahr 2011 in einem schwierigen Marktumfeld widerspiegelt, betrug CHF 11,8 Mia. und war damit um 18% niedriger als für das

Jahr 2010 und im Durchschnitt pro Person um 17% niedriger. Die für das Jahr 2011 insgesamt zugeteilte variable leistungsorientierte Vergütung betrug CHF 3,0 Mia. und war damit gegenüber 2010 um 41% tiefer. 49% der in der gesamten Gruppe zugeteilten variablen leistungsorientierten Vergütung erfolgte in aufgeschobener Form und an zukünftige Leistungsbedingungen geknüpft. Insgesamt erhielten 43 892 Mitarbeitende irgendeine Form von variabler leistungsorientierter Vergütung. Davon galten 487 als Risikonehmer.

Anzahl Mitarbeitende mit variabler Vergütung

Für	Risiko- nehmer ¹	Übrige Mitarbei- tende	2011 Total
Variable Leistungsvergütung			
Bargeld ohne Verfügungsbeschränkung	470	43 359	43 829
Aktienansprüche	163	6 204	6 367
Performance-Aktienansprüche	455	1 277	1 732
Ansprüche Partner Asset Facility 2011	442	5 150	5 592
Sonstige Baransprüche	–	139	139
Total variable Leistungsvergütung	487	43 405	43 892
Sonstige variable Vergütung			
Barabfindungsansprüche	2	1 697	1 699 ²
Ansprüche für Neueintritte	5	39	44
Barkommissionen	3	–	3
Garantierte Bonuszahlungen	7	325	332

¹ Nicht enthalten sind Personen, die aufgrund von regulatorischen Vorschriften ausserhalb der Schweiz (beispielsweise USA, Grossbritannien) als Risikonehmer klassiert sein können. ² Schliesst Mitarbeitende ein, die für die Kündigung per 31. Dezember 2011 Barabfindungsansprüche erhielten.

Gesamtvergütung, die den Risikonehmern zugeteilt wurde

Von den 514 als Risikonehmer eingestufteten Mitarbeitenden (Mitglieder des Senior Management und sämtliche Mitarbeitende, die als Risikonehmer und als Personal von Kontrollstellen klassifiziert wurden) verliessen 27 Mitarbeitende die Unternehmung im Jahr 2011 oder erhielten keine variable Vergütung. Die restlichen 487 Risikonehmer erhielten für 2011 eine Gesamtvergütung von CHF 928 Mio. sowie eine variable leistungsorientierte Vergütung von CHF 688 Mio., davon waren CHF 552 Mio. oder 80% in aufgeschobener Form. Die Risikonehmer erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für 2011 als Performance-Share-Ansprüche, die Rückzahlungsbestimmungen unterliegen.

Gesamtvergütung, die den Risikonehmern zugeteilt wurde

Für	Ohne Verfügungs- schränkung	Auf- geschoben	2011 Total
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)			
Total fixe Vergütung	231	–	231
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)			
Bargeld ohne Verfügungsbeschränkung	136	–	136
Aktienansprüche	–	73	73
Performance-Aktienansprüche	–	278	278
Ansprüche Partner Asset Facility 2011	–	201	201
Sonstige Baransprüche	–	–	–
Total variable Leistungsvergütung	136	552	688
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)			
Barabfindungsansprüche	5	–	5
Ansprüche für Neueintritte	2	–	2
Barkommissionen	2	–	2
Total sonstige variable Vergütung	9	–	9
Gesamtvergütung (in Mio. CHF)			
Gesamtvergütung	376	552	928
davon garantierte Bonuszahlungen ¹	4	10	14

¹ Garantierte Bonuszahlungen können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte zugeteilt werden.

Einzelheiten zu den Aktien-, Performance-Share- und PAF2-Ansprüchen für 2011

Der Personalaufwand für die Anfang 2012 zugeteilten Aktien-, Performance-Share- und PAF2-Ansprüche sowie die eingeschränkten Bargeldvergütungen wird ab 2012 ausgewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf die konsolidierte Jahresrechnung für das Jahr 2011.

Am 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 20,0 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 438 Mio. zu. Der Fair Value eines Aktienanspruches betrug CHF 23.90, entsprechend dem Schlusskurs der Aktien der Gruppe am Zuteilungstag. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 464 Mio. wurde auf Basis des Fair Value der Ansprüche am Zuteilungsdatum ermittelt, wobei Schätzungen bezüglich zukünftiger Verwirklungen berücksichtigt wurden. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, unter Berücksichtigung der Regelungen bezüglich Frühpensionierung, erfasst werden.

Am 19. Januar 2011 teilte die Gruppe 23,5 Millionen Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 516 Mio. zu. Der Fair Value eines einzelnen Performance-Share-Anspruchs betrug CHF 23.90, entsprechend dem Schlusskurs der Aktien der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 546 Mio. wurde auf Basis des Fair Value der Ansprüche am Zuteilungsdatum ermittelt. Dabei wurden die aktuellen Schätzungen für Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und für zukünftige Verwirkungen während der dreijährigen Periode, in der Ansprüche erworben werden, berücksichtigt, wobei Regelungen bezüglich Frühpensionierung zur Anwendung kommen.

Die Gruppe teilte PAF2-Einheiten mit einem Fair Value von CHF 499 Mio. zu. Per Zuteilungsdatum, dem 1. März 2012, betrug der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand CHF 540 Mio. und wird im ersten Quartal 2012 erfasst, da die Ansprüche per 31. März 2012 vollständig übertragen sein werden. Der Personalaufwand wird weiterhin bis zur endgültigen Abwicklung in jeder Berichtsperiode aktualisiert, um allfälligen Veränderungen des zugrunde liegenden Fair Value der PAF2-Ansprüche Rechnung zu tragen.

Personalaufwand

Der in der konsolidierten Erfolgsrechnung verbuchte Personalaufwand eines Geschäftsjahrs besteht jeweils aus den Salären, der variablen Vergütung, der Amortisierung von aktienbasierten und anderen Vergütungsansprüchen, die als aufgeschobene variable Vergütungen der Vorjahre gewährt wurden, Nebenleistungen und dem Arbeitgeberanteil der Steuern auf Vergütungen. Die variable Vergütung beinhaltet in erster Linie die uneingeschränkten leistungsbezogenen Vergütungen für das laufende Jahr und aufgeschobene Vergütungen

sowie Zahlungen für Trennungen, Neueintritte und Kommissionen an Mitarbeitende. Die Erfassung der Aufwendungen für den aufgeschobenen Anteil der variablen Vergütungen für das laufende Jahr erfolgt in zukünftigen Perioden. Diese Aufwendungen hängen von restriktiven Bestimmungen wie dem fortgesetzten Arbeitsverhältnis mit der Gruppe, der Periode, in der Ansprüche erworben werden können, Verwirkungen sowie Sperrvorschriften ab.

Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, die in früheren Jahren als aufgeschobene variable Vergütung zugeteilt wurden, wird gemäss den spezifischen Bedingungen der einzelnen Ansprüche erfasst. Die Erfassung des Vergütungsaufwands hängt in erster Linie von zukünftig erforderlichen Dienstjahren und der im Plan definierten Periode, in der Ansprüche erworben werden, den Regelungen bezüglich Frühpensionierung, Sperrfristen und weiteren Bestimmungen ab. Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, welche als aufgeschobene variable Vergütungen zugeteilt wurden, beinhaltet zudem die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien, für zukünftige Verwirkungen und Marktbewertungsanpassungen bei bestimmten Ansprüchen, die noch ausstehend sind.

Die folgende Tabelle zeigt den in den konsolidierten Erfolgsrechnungen 2011 und 2010 ausgewiesenen Personalaufwand. Die nachstehend aufgeführten Zahlungen für Trennungen und Neueintritte in 2011 wurden an 1 699 beziehungsweise 44 Personen ausgerichtet.

Personalaufwand

31. Dezember	2011			2010		
	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total
Fixer Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Saläre	6 319	–	6 319	6 532	–	6 532
Sozialversicherung ¹	865	–	865	928	–	928
Sonstige	874 ²	–	874	1 190 ²	–	1 190
Total fixer Vergütungsaufwand	8 058	–	8 058	8 650	–	8 650
Variabler Leistungsvergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Bargeld ohne Verfügungsbeschränkung	1 519	–	1 519	1 995	–	1 995
Aktienansprüche	11	767 ³	778	35	294 ³	329
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche	–	1 106	1 106	–	963 ⁴	963
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	253	253	–	–	–
Scaled Incentive Share Units	–	415	415	–	561	561
Incentive Share Units	–	174	174	–	723	723
Cash Retention Awards	–	–	–	–	578	578
Ansprüche Partner Asset Facility 2008 ⁵	–	3	3	–	45	45
Sonstige Baransprüche	–	334	334	–	421	421
Total variabler Leistungsvergütungsaufwand	1 530	3 052	4 582	2 030	3 585	5 615
Sonstiger variabler Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Abfindungszahlungen	405	–	405	102	–	102
Zahlungen für Neueintritte	25	–	25	72	–	72
Kommissionen	143	–	143	160	–	160
Total sonstiger variabler Vergütungsaufwand	573	–	573	334	–	334
Total Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Total Vergütungsaufwand	10 161	3 052	13 213⁶	11 014	3 585	14 599

¹ Entspricht dem Anteil der Gruppe an den obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen für Mitarbeiter. ² Enthält für die Jahre 2011 und 2010 einen Aufwand für Vorsorgepläne und andere Leistungen für Mitarbeiter im Ruhestand von CHF 610 Mio. beziehungsweise CHF 483 Mio. und die britische Bonussteuer von CHF 404 Mio. für 2010. ³ Enthält einen Aufwand von CHF 43 Mio. und CHF 76 Mio. in Zusammenhang mit sonstigen in den Jahren 2011 beziehungsweise 2010 zugeteilten Aktienansprüchen. ⁴ Enthält einen Aufwand von CHF 41 Mio. in Zusammenhang mit speziellen Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen. ⁵ Entspricht der Veränderung des Fair Value der zugrunde liegenden indexierten Vermögenswerte während der Periode. ⁶ Enthält Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütungen von CHF 715 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

Die folgende Tabelle zeigt den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungsansprüche, die im Jahr 2011 sowie in den Vorjahren zugeteilt wurden und per 31. Dezember 2011 ausstehend waren sowie solche, die im Jahr 2010 sowie in den Vorjahren zugeteilt wurden und per 31. Dezember 2010 ausstehend waren. Diese Schätzungen beruhen auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum

Zuteilungszeitpunkt unter Berücksichtigung der aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und der Schätzungen für zukünftige Verwirkungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt. Der Rückgang des nicht erfassten Vergütungsaufwands der aufgeschobenen Vergütung im Jahr 2011 vor allem tiefer, weil weniger aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurde.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

	Aufgeschobene Vergütung		2011	Aufgeschobene Vergütung		2010
	Für 2011	Für Ansprüche des Vorjahres	Total	Für 2010	Für Ansprüche des Vorjahres	Total
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Aktienansprüche	464	1 100 ¹	1 564	1 424	496 ¹	1 920
Performance-Aktienansprüche	546	–	546	–	–	–
Ansprüche Partner Asset Facility 2011	540	–	540	–	–	–
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche	–	569 ²	569	1 669	613 ²	2 282
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	–	167	167	465	–	465
Scaled Incentive Share Units	–	211	211	–	782	782
Incentive Share Units	–	85	85	–	334	334
Sonstige Baransprüche	5	87	92	19	48	67
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand	1 555	2 219	3 774	3 577	2 273	5 850

¹ Enthält einen geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand von CHF 93 Mio. und CHF 218 Mio. in Zusammenhang mit speziellen Aktienansprüchen, die 2011 beziehungsweise 2010 an neue Mitarbeitende zugeteilt wurden. ² Enthält einen geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand von CHF 16 Mio. und CHF 126 Mio. in Zusammenhang mit speziellen Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen, die 2011 beziehungsweise 2010 an neue Mitarbeitende zugeteilt wurden.

- ▶ Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den Fair-Value-Annahmen, die bei der Schätzung des noch nicht erfassten Personalaufwands im Zusammenhang mit noch nicht übertragenen Ansprüchen herangezogen werden.
- ▶ Siehe «Anhang 7 – Aktienkapital, bedingtes und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital

Unser Eigenkapital widerspiegelt die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung (die in der Regel auf dem Fair Value am Zuteilungsdatum beruht) reduziert das Eigenkapital, die Erfassung der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Abgabe von Aktien erhöht jedoch das Eigenkapital wieder um den entsprechenden Betrag. Die Zuteilung und Übertragung von aktien-

basierten Ansprüchen, einschliesslich der Ausgabe von Aktien aus verfügbarem, bedingtem Kapital, wirkt sich in der Regel nicht auf das Eigenkapital aus. Wenn die Credit Suisse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Das Eigenkapital umfasst auch den unter Kapitalreserven erfassten überschüssigen Steuervorteil/Steueraufwand im Zusammenhang mit der Erfüllung von aktienbasierten Vergütungsansprüchen.

Ausgabe von Aktien

Da wir uns auf die erhöhten Eigenmittelanforderungen im Rahmen von Basel III und der schweizerischen „Too Big to Fail“-Regulierung ausrichten, haben wir im Jahr 2011 beschlossen, unsere Verpflichtungen bezüglich ausstehender aktienbasierter Mitarbeitervergütungen hauptsächlich durch die Emission von Aktien aus bedingtem Kapital zu erfüllen, statt die entsprechenden Aktien am Markt zu erwerben, wie wir das in früheren Jahren getan haben.

Per 31. Dezember 2011 lag die Anzahl ausstehender aktienbasierter Ansprüche, einschliesslich Optionen, bei 93.0

Mio. Im Januar 2012 wurden 43.5 Mio. Aktien und Performance-Share-Ansprüche für 2011 zugeteilt. In der ersten Hälfte des Jahres 2012 werden wir 41.7 Mio. aktienbasierte Ansprüche abrechnen. Von den 16.9 Mio. ausstehender Optionen per 31. Dezember 2011 sind 8.7 Mio. ohne Wert verfallen und die Mehrheit der verbleibenden 8.2 Mio. Optionen (im Moment sind diese aus dem Geld) verfallen im Jahr 2012. Wenn man die Zuteilung und die Abrechnung von aktienbasierten Ansprüchen und den Verfall der Optionen im ersten Quartal 2012 berücksichtigt, macht die Anzahl ausstehender aktienbasierter Ansprüche 7% der ausgegebenen Aktien per 31. Dezember 2011 aus. Wenn man die Anzahl ausstehender Aktien von Ende 2011 mit jener von Ende 2007 vergleicht, hat die Gruppe die Anzahl ausstehender Aktien über die letzten vier Jahre um 5% erhöht. Da wir einen wesentlichen Teil der variablen Vergütung als Aktienansprüche gewähren, erfüllen wir die Erwartungen der Aufsichtsbehörden und stellen gleichzeitig die Ausrichtung an den Interessen der Aktionäre sicher, welche seit 2008 keine wirkliche Verwässerung erfahren haben.

- ▶ Siehe «Kapitalstrategie» in III Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen.

Vergütungspläne aus früheren Jahren

Die Vergütungspraktiken in der Bankenbranche haben sich in den letzten Jahren unter Berücksichtigung der geschäftlichen und aufsichtsrechtlichen Trends verändert. Beispielsweise wurden vor dem Jahr 2004 Optionen und andere aktienbasierte Vergütungsansprüche als Standardinstrumente in der Branche verwendet. Bei der Gruppe wurden Anfang 2005 und 2006 mit einem Hebel ausgestattete Aktienansprüche im Rahmen der Performance Incentive Plans (PIP I und PIP II) ausgewählten Gruppen des Senior Managements als Teil der Vergütung für 2004 beziehungsweise 2005 zugeteilt. Dies widerspiegelte die Restrukturierung der Gruppe und sollte zu diesem Zeitpunkt die Bindung von wichtigen Führungskräften an die Gruppe sicherstellen. Diese Ansprüche wurden übertragen und über fünf Jahre aufgeschoben. Die Abgeltung der Ansprüche von PIP I erfolgte im April 2010 mit der Übertragung von 4,8 Aktien je Einheit. Dies war hauptsächlich auf die bessere Entwicklung des Aktienkurses der Gruppe im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen zurückzuführen. Die Ansprüche von PIP II hingegen verfielen im Mai 2011 ohne Wert, da der Aktienkurs der Gruppe unter dem vorher festgelegten Performanceziel für den Aktienkurs lag.

Unter Berücksichtigung ihres im Jahr 2006 umgesetzten integrierten Geschäftsmodells vergab die Gruppe zwischen

2007 und 2010 die weiter verbreiteten und mit einem leichten Hebel ausgestatteten ISU-Ansprüche. Der Aktienkurs der Gruppe war das wichtigste Leistungskriterium für diese Ansprüche. Die Schwellen und Multiplikatoren für den Hebel veränderten sich jedoch von Jahr zu Jahr unter Berücksichtigung der Marktbedingungen zum Zeitpunkt der Zuteilung. Im Jahr 2010 erhielten Mitglieder des höheren Kadern SISUs. Dabei handelte es sich um Ansprüche im Rahmen eines langfristigen Incentive-Programms mit einer verlängerten Periode, in der Ansprüche erworben werden, von vier Jahren und der Eigenkapitalrendite der Gruppe als weiterem Leistungskriterium. Nach den Marktturbulenzen des Jahres 2009 begann die Gruppe, auf Bargeldvergütungen beruhende Ansprüche zuzuteilen. Mit Cash Retention Awards sollten die Mitarbeitenden während der zweijährigen Periode, in der Ansprüche erworben werden, an das Unternehmen gebunden werden. Mit der Partner Asset Facility 2008 (PAF) sollten Risiken von der Gruppe auf Führungskräfte im Investment Banking übertragen werden. Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche waren konzipiert, um die Vergütung an zukünftige Leistungen anzupassen, und beinhalteten einen Mechanismus zur Rückforderung von Zahlungen. Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche waren für 2009 und 2010 wirksam, wurden jedoch 2011 eingestellt. Die Rückzahlungsklauseln des Adjustable Performance Plan sind nun Bestandteil der Performance-Share-Ansprüche.

- ▶ Siehe «Überblick über Vergütungspläne, die in früheren Jahren eingeführt wurden» für eine detailliertere Beschreibung dieser Ansprüche aus Vorjahren.

Der Wert der Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung der Mitarbeitenden verändert sich im Laufe der Übertragungsfrist aufgrund von sowohl expliziten als auch impliziten Wertveränderungen. Unter impliziten Wertveränderungen sind in erster Linie marktbedingte Auswirkungen zu verstehen, etwa Änderungen des Aktienkurses der Gruppe oder der Wechselkurse. Bei expliziten Wertveränderungen handelt es sich um von spezifischen Leistungskriterien ausgehende Anpassungen, darunter auch Rückzahlungsbestimmungen. Der effektive Wert eines Anspruchs steht erst bei der endgültigen Abwicklung fest.

Die nachstehende Tabelle enthält einen Vergleich des Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung per Anfang und Ende 2011 und zeigt die Wertveränderungen aufgrund von impliziten und expliziten Anpassungen. Im Jahr 2011 waren die Veränderungen des Fair Value für alle ausstehenden Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung hauptsächlich auf implizite Anpassungen infolge von Änderungen des Aktienkurses der Gruppe zurückzuführen.

Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung

im Jahr / Ende	Wertveränderung			2011
	2010	Implizit ¹	Explizit ²	
Aktienbasierte Ansprüche (in CHF pro Einheit)				
Incentive Share Units zugeteilt für 2008	62.2	(18.5)	0.0	43.8
Incentive Share Units zugeteilt für 2009	37.9	(15.8)	0.0	22.1
Scaled Incentive Share Units zugeteilt für 2009	38.3	(16.3)	0.0	22.1
Aktienansprüche zugeteilt für 2010 ³	41.4	(19.3)	0.0	22.1
Baransprüche (in CHF pro Einheit)				
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche zugeteilt für 2009	1.14	(0.03)	0.07	1.18
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche zugeteilt für 2010 ³	1.00	(0.01)	0.06	1.05
Partner Asset Facility zugeteilt für 2008	1.57	(0.02)	0.00	1.55

¹ Verursacht durch die Veränderung der Kurse der zugrunde liegenden Aktie der Gruppe und die Fremdwährungskursbewegungen während der Periode. ² Enthält leistungsbezogene Anpassungen, Anpassungen für Rückerstattungen und sonstige Anpassungen ähnlicher Art. ³ Entspricht den im Januar 2011 zugeteilten Ansprüchen.

Wir sind der Ansicht, dass wir mit der Entwicklung unserer Vergütungsinstrumente in den letzten Jahren unsere Innovationskraft und unsere Fähigkeit, auf Marktbedingungen rasch zu reagieren, gezeigt haben. Jedoch müssen wir auch einräumen, dass die Komplexität unserer Vergütungsinstrumente bei internen und externen Anspruchsgruppen Besorgnis im Hinblick auf Transparenz und Verwendung übermässiger potenzieller Hebelkomponenten hervorgerufen hat. Diesen Beden-

ken haben wir Rechnung getragen, denn wir setzen Vergütungsinstrumente mit Hebelkomponenten nicht mehr ein und haben in den letzten Jahren für eine umfassendere Offenlegung unserer Vergütungspraktiken und -pläne gesorgt.

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die verschiedenen Formen von in früheren Jahren zugeteilten Ansprüchen.

Überblick über frühere Vergütungspläne

Adjustable Performance Plan Awards

Variable Bargeldvergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2010–2011
Ende Vesting-Periode 2013–2015

Geltungsbereich

Performance in den Jahren 2009 und 2010; betraf die Geschäftsleitung, Managing Directors und Directors.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche sind durch Anpassungen nach unten oder oben an die künftige Performance geknüpft. Gestaffelte Vesting-Periode von drei Jahren für Ansprüche für 2009 und von vier Jahren für Ansprüche für 2010.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Für Mitarbeitende, die einen Beitrag an den Ertrag ihrer Division leisten, sind die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche an die finanzielle Entwicklung ihres Geschäftsbereichs und an die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Bei Mitarbeitenden in Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle Ansprüche an den adjustierten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung von Geschäftsleitungsmitgliedern, Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Scaled Incentive Share Unit (SISU)

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2010
Ende Vesting-Periode 2014

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2009; betraf die Hälfte der variablen Bargeldvergütungen an alle Managing Directors und Directors in allen Divisionen.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen
Gestaffelte Vesting-Periode von vier Jahren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Der Wert der SISUs ist an die langfristige Entwicklung des Aktienkurses und den durchschnittlichen ROE der Gruppe gekoppelt.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung von Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Incentive Share Unit (ISU)

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2007 bis 2010
Ende Vesting-Periode 2010 bis 2013

Geltungsbereich

Performance in den Jahren 2006 bis 2009 für alle Mitarbeitenden.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen
Gestaffelte Vesting-Periode von drei Jahren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Eine ISU ist vergleichbar mit anderen aktienbasierten Zuteilungen, hat aber zusätzliches Wertsteigerungspotenzial, das von der Entwicklung des Aktienkurses abhängt.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

ISUs verknüpfen die Leistungsvergütungen der Mitarbeitenden mit dem langfristigen Erfolg der Gruppe und schaffen einen zusätzlichen Anreiz zur Steigerung des Aktienkurses, wovon sowohl die Mitarbeitenden als auch die Aktionäre profitieren.

Restricted Cash Awards

Basis Beschränkte variable Bargeldvergütung

Beginn Vesting-Periode 2011
Ende Vesting-Periode 2013

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2010; betraf Managing Directors im Investment Banking.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Gestaffelte Vesting-Periode von zwei Jahren. Einhaltung sonstiger Beschränkungen und Bestimmungen. Im ersten Quartal 2011 ausbezahlt.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Rückerstattung eines Teils oder der gesamten Bargeldvergütung unter bestimmten Bedingungen (Claw-back), zum Beispiel bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen oder bei Kündigung aus wichtigem Grund während der Vesting-Periode.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung des oberen Kaders ans Unternehmen.

Cash Retention Award (CRA)

Basis Beschränkte variable Bargeldvergütung

Beginn Vesting-Periode 2009
Ende Vesting-Periode 2011

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2008; betraf alle variablen Bargeldvergütungen an Managing Directors in allen Divisionen und an Directors im Investment Banking; variable Bargeldvergütung von über CHF 300 000 an Directors aus allen anderen Divisionen.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Vergütung mit gestaffelter Vesting-Periode von zwei Jahren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Noch nicht übertragene Anteile müssen unter bestimmten Bedingungen zurückbezahlt werden (Claw-back), zum Beispiel bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen oder bei Kündigung aus wichtigem Grund.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung des oberen Kaders ans Unternehmen.

Überblick über die Vergütungspläne früherer Jahre (Fortsetzung)

Performance Incentive Plan (PIP II)

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener Vergütung

Beginn der Vesting-Periode PIP II 2006

Ende der Vesting-Periode PIP II 2011

Geltungsbereich

PIP II: Performance im Jahr 2005; betraf alle Managing Directors im Investment Banking sowie ausgewählte Managing Directors und Directors in anderen Divisionen.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Vergütung zum Zweck der Mitarbeiterbindung mit gestaffelter Vesting-Periode von fünf Jahren; ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe während der Laufzeit von fünf Jahren. PIP-II-Einheiten entsprachen bei ihrer Zuteilung einer Aktie der Gruppe zum Kurs von CHF 72.00. PIP II sieht ein zweijähriges Moratorium für die Anwendbarkeit der Frühpensionierungsklausel vor.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

PIP-II-Einheiten hatten bei der Abwicklung keinen Wert. Grund hierfür war, dass der Kurs der Aktie der Gruppe unterhalb der Mindestvorgabe von CHF 47 pro PIP-II-Einheit lag.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

PIP II verknüpfte die Leistungsvergütung der Mitarbeitenden mit dem langfristigen Erfolg der Gruppe und schafft einen zusätzlichen Anreiz zur Steigerung des Aktienkurses, wovon sowohl die Mitarbeitenden als auch die Aktionäre profitieren.

Partner Asset Facility (PAF) 2008

Basis Variable Bargeldvergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2008. 66,7% bei Zuteilung übertragen

Ende Vesting-Periode 33,3% im März 2009 übertragen

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2008; betraf Managing Directors und Directors im Investment Banking.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Die vertraglich festgelegte Laufzeit der PAF-Ansprüche beträgt acht Jahre. PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven aus der Division Investment Banking indexiert. Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammensetzung des Portfolios während der Laufzeit des Anspruchs beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen nicht geändert werden kann.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

PAF-Ansprüche werden über die gesamte vertragliche Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres ursprünglichen Nominalwerts zu LIBOR plus 250 Basispunkte verzinst. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen zukünftigen Gewinn aus diesen Aktiven partizipieren, sofern Positionen innerhalb des Portfolios zu Preisen, die den Einstiegsmarktpreis übersteigen, verkauft werden können. Umgekehrt tragen sie je nach Liquidationserträgen auch die erste Tranche der allfälligen Verluste aus diesen Positionen.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

PAF-Ansprüche sind so ausgelegt, dass sie die oberen Führungskräfte im Investment Banking zu einem effizienten Umgang mit Aktiven motivieren, die ein direktes Ergebnis des eingegangenen Risikos im Investment Banking während der Bemessungsperiode sind. Als Folge des PAF-Programms konnte ein erheblicher Teil der Risikopositionen im Zusammenhang mit dem Portfolio von illiquiden Aktiven auf die Mitarbeitenden übertragen und somit aus den risikogewichteten Aktiven der Gruppe ausgelagert werden, was eine Verringerung des Kapitaleinsatzes bewirkte.

Sonstige aktienbasierte Ansprüche

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener oder nicht aufgeschobener Wirkung

Geltungsbereich

Gesperrte Aktien, die Mitgliedern des Verwaltungsrats zugeteilt wurden. Für Leistungen, die vor 2006 erbracht und Mitarbeitenden in der Schweiz zugeteilt wurden. Phantomaktien und Longevity Premium Awards (LPA): für Leistungen, die vor 2006 erbracht und Mitarbeitenden mit einer variablen Vergütung von mindestens CHF 125 000 zugeteilt wurden. Besondere Aktienzuteilungen: wurden unter bestimmten Bedingungen Mitarbeitenden zugeteilt.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Gesperrte Aktien: Gesperrte Aktien berechtigen die Teilnehmer zum Erhalt von Aktien der Gruppe, die zum Zeitpunkt der Zuteilung zwar übertragen werden, aber für die Dauer von vier Jahren gesperrt sind. Phantomaktien: Inhaber haben Anspruch auf den Erhalt einer Aktie der Gruppe zu folgenden Bedingungen: ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe während der Laufzeit und Einhaltung vertraglicher Beschränkungs- und Verwirklichungsbestimmungen. Phantomaktien werden ein, zwei und drei Jahre nach der Zuteilung übertragen. LPAs: gleiche allgemeine Bedingungen wie für Phantomaktien, ausser, dass LPAs drei Jahre nach dem Zuteilungsdatum vollständig übertragen werden. Besondere Aktienzuteilungen erfolgen in der Regel an neu eingetretene Mitarbeitende.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Gesperrte Aktien: Verkauf bis Ablauf der Sperrfrist nicht zulässig; Phantomaktien: Der Umtausch in Aktien der Gruppe erfolgt innerhalb von 120 Tagen nach dem Übertragungsdatum. LPAs: Der Umtausch in Aktien der Gruppe erfolgt innerhalb von 120 Tagen nach dem Übertragungsdatum. LPAs unterliegen je nach Standort des Begünstigten einer Sperrfrist von einem Jahr. Spezielle Aktienansprüche: Spezielle Zuteilungen können je nach Einzelarbeitsvertrag oder anderen Faktoren Übertragungsbeschränkungen unterliegen.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Gesperrte Aktien sind eine frühe Form der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung der Gruppe, die einst Mitarbeitenden in der Schweiz zugeteilt wurden und mit denen weiterhin die Mitglieder des Verwaltungsrats entschädigt werden. Damit wird die Ausrichtung der Interessen des Verwaltungsrats auf die Interessen der Aktionäre sichergestellt. Die Zuteilung von Aktienansprüchen einschliesslich Phantomaktien, LPAs und spezieller Zuteilungen war eine frühe Form der aktienbasierten aufgeschobenen Vergütung der Gruppe und hatte zum Ziel, die Mitarbeiterleistungen enger an die Schaffung eines Mehrwerts für die Aktionäre zu knüpfen. Spezielle Aktienzuteilungen werden in der Regel eingesetzt, um neue Mitarbeitende für ihre Vergütungsansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern zu entschädigen, die sie durch den Eintritt in die Gruppe verwirkt haben.

Sonstige Bargeldvergütungen

Basis Aufgeschobene Bargeldvergütung

Geltungsbereich

Freiwillige Pläne für aufgeschobene Vergütung: Managing Directors der ehemaligen Credit Suisse First Boston; Pläne für den Arbitrage-Handel: Directors und Managing Directors im Arbitrage-Handel des Investment Banking; Anlagepläne für Mitarbeitende: verschiedene Mitarbeitende, je nach Höhe der variablen Bargeldvergütung.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Freiwillige Pläne für aufgeschobene Vergütung: ermöglichen den Mitarbeitenden, die Auszahlung eines Teils ihres Bonus bis zum Erreichen des Rentenalters aufzuschieben. Pensionsalter aufzuschieben; Pläne für den Arbitrage-Handel: sowohl die freiwilligen als auch die obligatorischen Pläne hängen vom Erfolg der globalen Arbitragehandelsgruppe und vom individuellen Team des Mitarbeiters ab; Anlagepläne für Mitarbeitende: ermöglichen den Mitarbeitenden, einen Teil ihres Bonus in Anlagepläne der Gruppe zu investieren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Diese Pläne sind entweder vollständig übertragen oder hängen von der weiteren Zugehörigkeit zum Unternehmen ab. Die Gruppe nimmt bei verschiedenen Plänen bis zur Auszahlung der Vergütung Markt- und Performance-Anpassungen vor.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Freiwillige Pläne für aufgeschobene Vergütung sind spezielle Vorsorgepläne; Pläne für den Arbitrage-Handel koppeln die Leistungen der Arbitrage-Händler an die Ergebnisse der Gruppe; Anlagepläne für Mitarbeitende ermöglichen es den Mitarbeitenden, an der Seite mit der Gruppe zu investieren.

V

Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group

- 231 Bericht der Revisionsstelle**
- 233 Konsolidierte Jahresrechnung**
- 241 Anhang zur konsolidierten
Jahresrechnung**
(Siehe folgende Seite für detailliertes
Verzeichnis)
- 389 Kontrollen und Verfahren**
- 390 Bericht der Independent
Registered Public Accounting Firm**

Konsolidierte Jahresrechnung

233	Konsolidierte Erfolgsrechnung
234	Konsolidierte Bilanz
236	Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung
239	Konsolidiertes Gesamtergebnis
239	Konsolidierte Kapitalflussrechnung

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

241	1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze	278	21 Erworbene Lebensversicherungspolicen (Life Settlement Contracts)
251	2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards	279	22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten
254	3 Geschäftsentwicklung	279	23 Einlagen
255	4 Aufgegebene Geschäftsbereiche	280	24 Langfristige Verbindlichkeiten
255	5 Segmentinformationen	282	25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung
258	6 Zinserfolg	283	26 Steuern
258	7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag	288	27 Aufgeschobene Mitarbeitervergütungen
259	8 Handelserfolg	297	28 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen
260	9 Sonstiger Ertrag	299	29 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand
260	10 Rückstellung für Kreditrisiken	311	30 Derivat- und Absicherungsgeschäfte
260	11 Personalaufwand	320	31 Garantien und Verpflichtungen
260	12 Sachaufwand	327	32 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)
261	13 Ergebnis pro Aktie	340	33 Finanzinstrumente
261	14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte	361	34 Verpfändete oder abgetretene Aktiven
262	15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	362	35 Eigenmittelunterlegung
263	16 Anlagen in Wertschriften	363	36 Verwaltete Vermögen
265	17 Sonstige Anlagen	364	37 Rechtsstreitigkeiten
266	18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität	374	38 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen
275	19 Liegenschaften und Einrichtungen	377	39 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften
276	20 Goodwill und sonstige immaterielle Werte	385	40 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft
		385	41 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)
		388	42 Risikobeurteilung



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 44 249 31 31
Telefax +41 44 249 23 19
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Konzernrechnung an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Konzernrechnung der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die "Group"), bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2011 und 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, die Veränderungen des Eigenkapitals, die erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen, die Mittelflussrechnungen sowie die Anhangsangaben für die am 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Konzernrechnung in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und den gesetzlichen Vorschriften in der Schweiz verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung und angemessene Darstellung einer Konzernrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Konzernrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards und den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Konzernrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Konzernrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Konzernrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Konzernrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Konzernrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der konsolidierten Vermögenslage der Group per 31. Dezember 2011 und 2010, der konsolidierten Finanz- und Ertragslage für jedes der drei Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009 in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und entspricht dem schweizerischen Gesetz.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

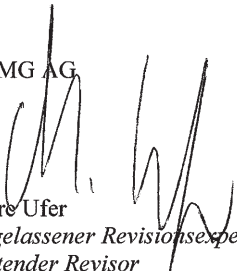
Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Konzernrechnung existiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Konzernrechnung zu genehmigen.

In Übereinstimmung mit den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) haben wir zudem die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group per 31. Dezember 2011, basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 23. März 2012 haben wir ein uneingeschränktes Prüfurteil bezüglich der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group abgegeben.

KPMG AG


 Marc Ufer
 Zugelassener Revisionsexperte
 Leitender Revisor


 Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, Schweiz
 23. März 2012

Konsolidierte Jahresrechnung

Konsolidierte Erfolgsrechnung

	Verweis auf Anhang	2011	2010	2009
Konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)				
Zins- und Dividendenertrag	6	23 002	25 533	25 288
Zinsaufwand	6	(16 569)	(18 992)	(18 397)
Zinserfolg	6	6 433	6 541	6 891
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	7	12 952	14 078	13 750
Handelserfolg	8	5 020	9 338	12 151
Sonstiger Ertrag	9	1 820	1 429	502
Nettoertrag		26 225	31 386	33 294
Rückstellung für Kreditrisiken	10	187	(79)	506
Personalaufwand	11	13 213	14 599	15 013
Sachaufwand	12	7 372	7 231	7 701
Kommissionsaufwand		1 992	2 148	1 997
Total sonstiger Geschäftsaufwand		9 364	9 379	9 698
Total Geschäftsaufwand		22 577	23 978	24 711
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern		3 461	7 487	8 077
Ertragsteueraufwand	26	671	1 548	1 835
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		2 790	5 939	6 242
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	4	0	(19)	169
Reingewinn		2 790	5 920	6 411
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)		837	822	(313)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn		1 953	5 098	6 724
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		1 953	5 117	6 555
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	(19)	169
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	1.37	3.93	5.14
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.00	(0.02)	0.14
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	13	1.37	3.91	5.28
Verwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	1.36	3.91	5.01
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.00	(0.02)	0.13
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	13	1.36	3.89	5.14

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Bilanz

	Verweis auf Anhang	2011	Ende 2010
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken		110 573	65 467
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 396	1 432
Zinstragende Einlagen bei Banken		2 272	1 524
davon zum Fair Value ausgewiesen		405	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	236 963	220 443
davon zum Fair Value ausgewiesen		158 673	136 906
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften, zum Fair Value		30 191	42 147
davon belastet		20 447	21 352
Handelsbestände, zum Fair Value	15	279 553	324 704
davon belastet		73 749	87 723
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		6 399	8 717
Anlagen in Wertschriften	16	5 160	8 397
davon zum Fair Value ausgewiesen		5 158	7 945
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		41	72
Sonstige Anlagen	17	13 226	16 482
davon zum Fair Value ausgewiesen		9 751	13 448
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		2 346	2 334
Ausleihungen, netto	18	233 413	218 842
davon zum Fair Value ausgewiesen		20 694	18 552
davon belastet		471	783
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		5 940	3 745
Wertberichtigung für Kreditverluste		(910)	(1 017)
Liegenschaften und Einrichtungen	19	7 193	6 725
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		646	72
Goodwill	20	8 591	8 585
Sonstige immaterielle Werte	20	288	312
davon zum Fair Value ausgewiesen		70	66
Forderungen aus Kundenhandel		43 446	38 769
Sonstige Aktiven	22	78 296	79 585
davon zum Fair Value ausgewiesen		35 765	39 470
davon belastet		2 255	2 388
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		13 002	19 570
Zur Veräußerung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	4	0	23
Total Aktiven		1 049 165	1 032 005

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

	Verweis auf Anhang	2011	Ende 2010
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	23	40 147	37 493
davon zum Fair Value ausgewiesen		2 721	3 444
Kundeneinlagen	23	313 401	287 564
davon zum Fair Value ausgewiesen		4 599	3 537
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		221	54
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	176 559	168 394
davon zum Fair Value ausgewiesen		136 483	123 697
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value		30 191	42 147
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen, zum Fair Value	15	127 760	133 997
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 286	188
Kurzfristige Geldaufnahmen		26 116	21 683
davon zum Fair Value ausgewiesen		3 547	3 308
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		6 141	4 333
Langfristige Verbindlichkeiten	24	162 655	173 752
davon zum Fair Value ausgewiesen		70 366	83 692
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		14 858	19 739
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel		68 034	61 746
Sonstige Verbindlichkeiten	22	63 217	62 214
davon zum Fair Value ausgewiesen		31 092	29 185
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		746	840
Total Verbindlichkeiten		1 008 080	988 990
Stammaktien		49	47
Kapitalreserve		21 796	23 026
Bilanzgewinn		27 053	25 316
Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten		(90)	(552)
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	25	(15 134)	(14 555)
Total Eigenkapital der Aktionäre		33 674	33 282
Minderheitsanteile		7 411	9 733
Total Eigenkapital		41 085	43 015
Total Passiven		1 049 165	1 032 005
<hr/>			
Ende		2011	2010
Ergänzende Aktieninformationen			
Nennwert (in CHF)		0.04	0.04
Genehmigte Aktien (in Mio.)		1 868.1	1 468.3
Ausgegebene Aktien (in Mio.)		1 224.3	1 186.1
Eigene Aktien (in Mio.)		(4.0)	(12.2)
Ausstehende Aktien (in Mio.)		1 220.3	1 173.9

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Den Aktionären zurechenbar								Anzahl ausstehende Stammaktien
	Stammaktien	Kapitalreserve	Bilanzgewinn	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre	Minderheitsanteile	Total Eigenkapital	
2011 (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	47	23 026	25 316	(552)	(14 555)	33 282	9 733	43 015	1 173 946 065 ¹
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	6	-	-	-	6	(106)	(100)	-
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ^{2, 3}	-	-	-	-	-	-	(3 042)	(3 042)	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	(7)	-	-	-	(7)	7	-	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ³	-	-	-	-	-	-	522	522	-
Reingewinn/(-verlust)	-	-	1 953	-	-	1 953	788 ⁴	2 741	-
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	-	-	-	-	(33)	(33)	-	(33)	-
Fremdwährungsumrechnung	-	-	-	-	(308)	(308)	45	(263)	-
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	-	-	-	-	(18)	(18)	-	(18)	-
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	-	-	-	-	(615)	(615)	-	(615)	-
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand, netto	-	-	-	-	395	395	-	395	-
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-	-	-	-	(579)	(579)	45	(534)	-
Ausgabe von Stammaktien	2	1 125	-	-	-	1 127	-	1 127	38 158 620
Verkauf eigener Aktien	-	(102)	-	11 955	-	11 853	-	11 853	367 978 216
Rückkauf eigener Aktien	-	-	-	(11 790)	-	(11 790)	-	(11 790)	(366 790 491)
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	-	(145) ⁵	-	297	-	152	-	152	7 030 578
Auf eigene Aktien indizierte Finanzinstrumente ⁶	-	164	-	-	-	164	-	164	-
Bardividende	-	(1 646) ⁷	(216)	-	-	(1 862)	(86)	(1 948)	-
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	-	(625) ⁸	-	-	-	(625)	(140)	(765)	-
Änderung des Konsolidierungskreises, netto	-	-	-	-	-	-	(310)	(310)	-
Bestand am Ende der Periode	49	21 796	27 053	(90)	(15 134)	33 674	7 411	41 085	1 220 322 988 ⁹

¹ Zum Nennwert von je CHF 0.04, vollständig einbezahlt, nach Abzug von 12 228 377 eigenen Aktien. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 282 101 278 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Ausgabe verfügbar. ² Ausschüttungen an Fondsanleger umfassen die Rückzahlung des investierten Kapitals und alle entsprechenden Dividenden. ³ Transaktionen mit und ohne Änderung der Kontrollverhältnisse werden für Fondsaktivitäten alle unter «ohne Änderung der Kontrollverhältnisse» gezeigt. ⁴ Der den Minderheitsanteilen zurechenbare Reingewinn schloss aufgrund von Minderheiten mit Rückgaberecht CHF 49 Mio. aus. ⁵ Enthält eine Steuerbelastung von CHF 280 Mio. aus dem Überschuss des erfassten Vergütungsaufwands gegenüber dem Fair Value der gelieferten Aktien. ⁶ Die Gruppe hat bestimmte Call-Optionen auf ihre eigenen Aktien erworben, um Ansprüche aus aktienbasierter Vergütung vollständig oder teilweise abzusichern. Gemäss US GAAP werden diese Call-Optionen den Aktieninstrumenten zugewiesen, wobei deren Ersterfassung im Eigenkapital der Aktionäre zum Fair Value erfolgt. In der Folge werden sie nicht mehr neu bewertet. ⁷ Aus der Reserve aus Kapitaleinlagen bezahlt. ⁸ Entspricht dem abgegrenzten Teil des Rückgabewerts der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht an Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. Siehe «Sonstige Verpflichtungen» in Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen für weitere Informationen. ⁹ Zum Nennwert von je CHF 0.04, vollständig einbezahlt, nach Abzug von 4 010 074 eigenen Aktien. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 643 807 004 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Ausgabe verfügbar.

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (Fortsetzung)

	Den Aktionären zurechenbar								Anzahl ausste- hende Stamm- aktien
	Stamm- aktien	Kapital- reserve	Bilanz- gewinn	Eigene Aktien, zu An- schaf- fungs- kosten	Kumulierte erfolgs- neutrale Eigen- kapitalver- änderung	Total Eigen- kapital der Ak- tionäre	Minder- heits- anteile	Total Eigen- kapital	
2010 (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	47	24 706	25 258	(856)	(11 638)	37 517	10 811	48 328	1 169 210 895
Kauf von Aktien an Tochtergesell- schaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	(20)	-	-	-	(20)	(37)	(57)	-
Kauf von Aktien an Tochtergesell- schaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	(2 059)	(2 059)	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesell- schaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	1	1	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesell- schaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	1 907	1 907	-
Reingewinn/(-verlust)	-	-	5 098	-	-	5 098	822	5 920	-
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Rechnungslegung, nach Steuern	-	-	(2 384)	-	135	(2 249)	-	(2 249)	-
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	-	-	-	-	8	8	-	8	-
Fremdwährungsumrechnung	-	-	-	-	(2 835)	(2 835)	(744)	(3 579)	-
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	-	-	-	-	7	7	-	7	-
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	-	-	-	-	(245)	(245)	-	(245)	-
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, netto	-	-	-	-	13	13	-	13	-
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-	-	-	-	(3 052)	(3 052)	(744)	(3 796)	-
Ausgabe von Stammaktien	-	9	-	-	-	9	-	9	804 260
Verkauf eigener Aktien	-	19	-	24 730	-	24 749	-	24 749	526 878 697
Rückkauf eigener Aktien	-	-	-	(26 846)	-	(26 846)	-	(26 846)	(569 477 317)
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	-	(1 593)	-	2 420	-	827	9	836	46 529 530
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	-	(95)	-	-	-	(95)	-	(95)	-
Bardividende	-	-	(2 656)	-	-	(2 656)	(144)	(2 800)	-
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	(911)	(911)	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	78	78	-
Bestand am Ende der Periode	47	23 026	25 316	(552)	(14 555)	33 282	9 733	43 015	1 173 946 065

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (Fortsetzung)

	Den Aktionären zurechenbar								Anzahl ausstehende Stammaktien
	Stammaktien	Kapitalreserve	Bilanzgewinn	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre	Minderheitsanteile	Total Eigenkapital	
2009 (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	47	25 166	18 780	(752)	(10 939)	32 302	14 919	47 221	1 163 892 033
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	(7)	(7)	-
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	(379)	(379)	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	(1)	-	-	-	(1)	5	4	-
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	1 124	1 124	-
Reingewinn/(-verlust)	-	-	6 724	-	-	6 724	(313)	6 411	-
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	-	-	-	-	104	104	-	104	-
Fremdwährungsumrechnung	-	-	-	-	(559)	(559)	(209)	(768)	-
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	-	-	-	-	47	47	-	47	-
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	-	-	-	-	(348)	(348)	-	(348)	-
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand, netto	-	-	-	-	57	57	-	57	-
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-	-	-	-	(699)	(699)	(209)	(908)	-
Ausgabe von Stammaktien	-	17	-	-	-	17	-	17	734 529
Verkauf eigener Aktien	-	223	-	17 434	-	17 657	-	17 657	387 910 385
Rückkauf eigener Aktien	-	-	-	(19 019)	-	(19 019)	-	(19 019)	(421 658 017)
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	-	(551)	-	1 481	-	930	-	930	38 331 965
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	-	(188)	-	-	-	(188)	-	(188)	-
Bardividende	-	-	(246)	-	-	(246)	(129)	(375)	-
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	(4 258)	(4 258)	-
Sonstige	-	40	-	-	-	40	58	98	-
Bestand am Ende der Periode	47	24 706	25 258	(856)	(11 638)	37 517	10 811	48 328	1 169 210 895

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidiertes Gesamtergebnis

	2011	2010	2009
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)			
Reingewinn	2 790	5 920	6 411
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ¹	(534)	(3 796)	(908)
Gesamtergebnis	2 256	2 124	5 503
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	882	78	(522)
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	1 374	2 046	6 025

¹ Siehe «Anhang 25 – Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung» für Einzelheiten zur Zusammensetzung der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen.

Konsolidierte Kapitalflussrechnung

	2011	2010	2009
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Reingewinn	2 790	5 920	6 411
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	19	(169)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 790	5 939	6 242
Überleitung des Ergebnisses aus fortzuführenden Geschäftsbereichen zum Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Wertberichtigungen, Abschreibungen und Amortisationen	1 196	1 166	1 114
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506
Rückstellung für/(Vorteil aus) latente(n) Steuern	196	1 224	875
Anteiliger Reingewinn/(-verlust) aus nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen	(45)	(105)	(29)
Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, netto	39 134	(12 052)	(11 471)
(Zu-)/Abnahme von sonstigen Aktiven	(7 750)	4 258	27 189
Zu-/(-Abnahme) von sonstigen Verbindlichkeiten	5 861	4 155	(40 993)
Sonstige, netto	(2 939)	3 722	2 381
Total Anpassungen	35 840	2 289	(20 428)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	38 630	8 228	(14 186)
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(732)	(98)	726
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(15 221)	(27 518)	54 403
Kauf von Wertschriftenanlagen	(1 542)	(2 752)	(2 189)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	2 118	988	891
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	2 462	3 748	4 458
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(1 782)	(1 674)	(1 907)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	6 784	2 467	1 710
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	(17 242)	3 970	4 166
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	689	817	992
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(1 739)	(1 689)	(1 387)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	11	17	3
Sonstige, netto	222	275	205
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(25 972)	(21 449)	62 071

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

	2011	2010	2009
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	27 935	26 391	(29 090)
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	4 098	10 934	4 098
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	7 182	(7 097)	(46 654)
Ausgabe langfristiger Verbindlichkeiten	34 234	57 910	62 829
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(37 127)	(51 390)	(72 472)
Ausgabe von Stammaktien	1 127	9	17
Verkauf eigener Aktien	11 853	24 749	17 657
Rückkauf eigener Aktien	(11 790)	(26 846)	(19 019)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	(1 948)	(2 800)	(375)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	615	180
Sonstige, netto	(2 508)	553	(2 080)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	33 056	33 028	(84 909)
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)			
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(633)	(6 155)	(1 154)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)			
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche	25	(42)	0
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	45 106	13 610	(38 178)
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	65 467	51 857	90 035
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	110 573	65 467	51 857

Ergänzungen zur Kapitalflussrechnung

	2011	2010	2009
Geldabfluss für Ertragsteuern und Zinsen (in Mio. CHF)			
Geldabfluss für Ertragsteuern	1 099	1 041	1 232
Geldabfluss für Zinsen	17 257	19 012	19 459
Mit der Veräusserung von Unternehmen verkaufte Aktiven und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)			
Verkaufte Aktiven	0	0	869
Verkaufte Verbindlichkeiten	0	0	799

Der Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ist integraler Bestandteil dieser Jahresrechnung.

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG (die Gruppe) wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) erstellt und in Schweizer Franken (CHF) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr der Gruppe endet am 31. Dezember. Gewisse Umgliederungen in der konsolidierten Jahresrechnung des Vorjahres wurden vorgenommen, um sie in Übereinstimmung mit der diesjährigen Präsentation zu bringen. Diese Umgliederungen hatten keine Auswirkung auf den Reingewinn/(-verlust) oder das Total Eigenkapital.

Beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung muss das Management Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, einschliesslich – aber nicht abschliessend – der Ermittlung des Fair Value bestimmter Finanzaktiven und -verbindlichkeiten, Wertberichtigungen für Kreditverluste, der Bewertung von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs), Wertberichtigungen auf Aktiven mit Ausnahme von Darlehen, der Erfassung von latenten Steuerguthaben, Steuerunsicherheiten, Vorsorgeverbindlichkeiten wie auch verschiedener Eventualverbindlichkeiten. Diese Schätzungen und Annahmen wirken sich auf die ausgewiesenen Beträge der Aktiven und Verbindlichkeiten, die Offenlegung von Eventualforderungen und -verpflichtungen per Bilanzstichtag und die für die Berichtsperiode ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen aus. Obwohl das Management seine Schätzungen und Annahmen laufend beurteilt, können die tatsächlichen Resultate von diesen Schätzungen wesentlich abweichen. Die Marktverhältnisse können das Risiko und die Komplexität der für diese Schätzungen vorgenommenen Beurteilungen erhöhen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst die Jahresrechnung der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften. Die Tochtergesellschaften der Gruppe sind Gesellschaften, an denen sie direkt oder indirekt mit mehr als 50% der Stimmrechte beteiligt ist oder über welche sie anderweitig Kontrolle ausübt. Die Gruppe konsolidiert Kommanditgesellschaften in jenen Fällen, in welchen sie der Komplementär ist oder in welchen sie als Kommanditär faktisch das Recht zum Ausschluss des Komple-

mentärs oder zur Auflösung der Kommanditgesellschaft hat und an bedeutenden Entscheidungen im ordentlichen Geschäftsverlauf beteiligt ist. Die Gruppe konsolidiert auch Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs), bei denen sie gemäss Accounting Standards Codification (ASC) Topic 810, «Consolidation», die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist. Der Effekt wesentlicher gruppeninterner Transaktionen wurde bei der Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Wenn eine Tochtergesellschaft der Gruppe eine eigenständige Rechtseinheit ist und gemäss ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», als Investmentgesellschaft (Investment Company) betrachtet wird, werden Beteiligungen dieser Tochtergesellschaft zum Fair Value bewertet und nicht konsolidiert.

Stimmrechtskontrollierte Beteiligungen, die sonst zu konsolidieren wären, werden von Gruppengesellschaften, die als Broker-Dealer gemäss ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», qualifizieren, nicht in die Konsolidierung einbezogen, wenn diese Beteiligungen vorübergehend und für Handelszwecke gehalten werden. Hingegen werden Tochtergesellschaften, welche strategische Teile der operativen Tätigkeit eines Broker-Dealers sind, unabhängig von der Halteabsicht konsolidiert.

Fremdwährungsumrechnung

Transaktionen, die nicht in der Bilanzwährung der jeweiligen Gesellschaft erfolgen, werden zum massgebenden Wechselkurs am Tag der Transaktion in die jeweilige Bilanzwährung umgerechnet. Monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten wie beispielsweise Forderungen und Zahlungsverbindlichkeiten werden am Bilanzstichtag zu den am Jahresende gültigen Devisenkursen erfasst. Währungsumrechnungsdifferenzen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Nicht monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten werden zu historischen Fremdwährungskursen ausgewiesen.

Zu Konsolidierungszwecken werden Aktiven und Verbindlichkeiten von Gruppengesellschaften, deren Bilanzwährung nicht Schweizer Franken ist, mit den zum Jahresende gültigen Devisenkursen, die Aufwendungen und Erträge hingegen zum gewichteten durchschnittlichen Devisenkurs des Geschäftsjah-

res in Schweizer Franken umgerechnet. Die bei der Konsolidierung auftretenden Umrechnungsdifferenzen werden unter Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung im Eigenkapital erfasst.

Fair-Value-Messung und -Option

Die Gruppe hat die Richtlinie bezüglich Fair-Value-Messung und Fair-Value-Option am 1. Januar 2007 eingeführt. Die Richtlinie legt eine einzige gültige Definition des Fair Value fest und stellt ein Rahmenwerk für seine Messung auf. Die Fair-Value-Option schafft einen alternativen Bewertungsansatz für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten. Die Fair-Value-Option kann anlässlich der erstmaligen Erfassung einer qualifizierenden Position gewählt werden oder auf den Zeitpunkt, in welchem die Gruppe eine Vereinbarung eingeht, welche zu einer qualifizierenden Position führt (beispielsweise eine bindende Verpflichtung oder eine schriftliche Darlehenszusage). Falls bei Ersterfassung nicht gewählt, kann die Fair-Value-Option später nur für einzelne Positionen aufgrund bestimmter Ereignisse angewandt werden, sofern diese Ereignisse für die entsprechende Position zu einer neuen Buchführungsbasis führen. Die Anwendung der Fair-Value-Option auf eine Position der Finanzaktiven oder Finanzverbindlichkeiten führt nicht zu deren Umgliederung in der Bilanz. Die einmal getroffene Wahl der Fair-Value-Option ist unwiderruflich. Alle aus der Wahl der Fair-Value-Option resultierenden Veränderungen der Fair-Value-Werte werden im Handelserfolg ausgewiesen.

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken bestehen aus Kassenbeständen in verschiedenen Währungen, Sichtgeldern bei Banken oder anderen Finanzinstituten sowie geldnahe Mittel. Geldnahe Mittel beinhalten kurzfristige, hochliquide Instrumente mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten, die zur Liquiditätssteuerung gehalten werden.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte

Käufe von Wertschriften mit einer Rückverkaufsverpflichtung (◉Reverse-Repo-Geschäfte) und Verkäufe von Wertschriften mit einer Rückkaufsverpflichtung gleichartiger Titel (◉Repo-Geschäfte) qualifizieren aus wirtschaftlicher Sicht nicht als Verkäufe. Solche Geschäfte werden als besicherte Finanztransaktionen behandelt und in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheit ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte werden als besicherte Aktiven verbucht, während Repo-Geschäfte als Verbindlichkeiten erfasst werden. Mit einer Rückkaufsverpflichtung verkaufte Wertschriften bleiben weiterhin als

Handelsbestände oder Anlagen in Wertschriften bilanziert. Der Fair Value der zurückzukaufenden und zurückzuverkaufenden Wertschriften wird täglich überwacht, und bei Bedarf werden zusätzliche Sicherheiten zur Absicherung gegen Kreditrisiken eingefordert.

Im Rahmen solcher Geschäfte ausgewiesene Aktiven und Verbindlichkeiten werden entweder nach der Abgrenzungs- oder Fair-Value-Methode verbucht. Unter der Abgrenzungsmethode werden die aus Reverse-Repo-Geschäften verdienten Zinsen als Zins- und Dividendenertrag und die aus Repo-Geschäften zu zahlenden Zinsen als Zinsaufwand ausgewiesen. Nach der Fair-Value-Methode, welche aufgrund von ASC Topic 825, «Financial Instruments», gewählt werden kann, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode. Die Gruppe hat die Fair-Value-Methode für einige der Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte gewählt.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte werden miteinander verrechnet, falls sie mit der gleichen Gegenpartei getätigt werden, dasselbe Fälligkeitsdatum aufweisen, durch dieselbe Clearingstelle abgewickelt werden und derselben Netting-Rahmenvereinbarung unterliegen.

Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing)

Geborgte und ausgeliehene Wertschriften mit Barsicherheiten werden in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheiten ausgewiesen. Wenn die Gruppe im Rahmen einer Wertschriftenleihe Wertschriften als Sicherheit erhält, die verkauft oder weiterverpfändet werden können, werden diese als erhaltene Wertschriften-sicherheiten in der konsolidierten Bilanz erfasst, zusammen mit einer entsprechenden Rückgabeverpflichtung. Wertschriftenleihen ohne Barsicherheiten, bei welchen die Gruppe das Recht hat, die erhaltenen Sicherheiten weiterzuveräußern oder weiterzuverpfänden, werden zum Fair Value der ursprünglich erhaltenen Sicherheiten erfasst. Bei Wertschriftenleihen erhält die Gruppe normalerweise Bar- oder Wertschriften-sicherheiten, die den Marktwert der ausgeliehenen Wertschriften übersteigen. Die Gruppe überwacht den Fair Value der geborgten oder ausgeliehenen Wertschriften täglich und holt, soweit notwendig, zusätzliche Sicherheiten ein.

Erhaltene oder bezahlte Kommissionen und Zinsen werden nach der Abgrenzungsmethode als Zins- und Dividendenertrag beziehungsweise Zinsaufwand verbucht. Wo die Fair-Value-Methode gewählt wurde, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode.

Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe überträgt verschiedene finanzielle Vermögenswerte an Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) mit der Absicht, dass diese Übertragungen als Verkäufe qualifizieren. Die Spezialzweckgesellschaften wiederum emittieren Wertschriften an Investoren. Die Gruppe bewertet ihren Begünstigungsanteil zum Fair Value. Börsenkurse werden verwendet, wenn die Positionen an einem aktiven Markt gehandelt werden, andernfalls Finanzmodelle, welche beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabedaten berücksichtigen.

- ▶ Siehe «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» für weitere Informationen zu den Übertragungsaktivitäten der Gruppe.

Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Die Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen umfassen Schuld- und Beteiligungstitel, derivative Instrumente, bestimmte Ausleihungen von Broker-Dealer-Einheiten, Rohstoffe und Edelmetalle. Die in den Handelsbeständen geführten Positionen werden zum Fair Value bewertet, wobei die Zuweisung einzelner Positionen in den Handelsbestand (held-for-trading) durch das Management erfolgt. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlusstag verbucht (Trade Date Basis). Nicht realisierte und realisierte Gewinne und Verluste aus Handelspositionen werden im Handelserfolg erfasst.

Derivate

Freistehende Derivatkontrakte werden in der konsolidierten Bilanz zum Fair Value verbucht, unabhängig davon, ob diese Instrumente zu Handels- oder Risikomanagementzwecken gehalten werden. Zusagen für Hypothekendarlehen, die mit der Absicht der Veräusserung gewährt werden sollen, gelten für Bilanzierungszwecke als Derivate. Falls Merkmale eines Derivats, die in gewissen Verträgen eingebettet sind, für sich allein die Definition eines Derivats erfüllen und nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen des Grundgeschäfts verbunden sind, wird entweder das eingebettete Derivat einzeln zum Fair Value bewertet, oder der gesamte Vertrag einschliesslich des eingebetteten Derivats wird zum Fair Value bewertet. In beiden Fällen werden Veränderungen des Fair Value in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Das für die Bewertung separierte eingebettete Derivat wird in der konsolidierten Bilanz in der gleichen Position wie das Grundgeschäft ausgewiesen.

Die in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen klassierten Derivate umfassen zu Handelszwecken gehaltene Derivate sowie Derivate, die zu Risikomanagementzwecken gehalten werden, jedoch nicht für die Buchführung als Absicherungsgeschäfte (Hedge Accounting) qualifizieren. Zu Handelszwecken gehaltene Derivate entstehen sowohl aus Eigen- als auch aus Kundengeschäften. Realisierte Gewinne und Verluste, Veränderungen der nicht realisierten Gewinne und Verluste sowie die Zinsflüsse werden im Handelserfolg ausgewiesen. Derivatkontrakte, die als Fair-Value-, Cashflow- oder Nettoinvestitionsabsicherung abgeschlossen wurden und dazu qualifizieren, sind unter Sonstige Aktiven oder Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Fair Value börsengehandelter Derivate wird üblicherweise von den beobachtbaren Marktpreisen und/oder Marktparametern hergeleitet. Der Fair Value nicht börsengehandelter Over-the-Counter-Derivate (OTC) wird mittels selbst entwickelter Modelle unter Einbezug zahlreicher Eingabeparameter bestimmt. Bei rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen werden Derivatkontrakte pro Gegenpartei auf Nettobasis verbucht. Wo keine entsprechenden Vereinbarungen bestehen, werden die Fair Values auf Bruttobasis verbucht.

Wo Hedge Accounting angewandt wird, dokumentiert die Gruppe formell sämtliche Beziehungen zwischen den Absicherungsinstrumenten und den abgesicherten Positionen, einschliesslich der Risikomanagementziele und der Strategie, Absicherungsgeschäfte einzugehen. Bei Abschluss der Absicherungstransaktion und danach wird die Absicherungsbeziehung laufend daraufhin beurteilt, ob die zur Absicherung eingesetzten Derivate die dem abgesicherten Risiko zurechenbaren Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen hochwirksam kompensieren können. Die Gruppe stellt in den folgenden Fällen ihr Hedge Accounting ein:

- (i) das Derivat kann die Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen einer abgesicherten Position (einschliesslich bevorstehender Transaktionen) nicht mehr wirksam kompensieren;
- (ii) das Derivat verfällt, wird verkauft, aufgelöst oder ausgeübt;
- (iii) das Derivat wird nicht mehr als Absicherungsinstrument eingesetzt, weil die zur Absicherung vorgesehene Transaktion wahrscheinlich nicht stattfinden wird; oder
- (iv) die Zweckbestimmung des Derivats als Absicherungsinstrument ist aus anderen Gründen nicht mehr sinnvoll.

Bei Derivaten, die für einen Fair-Value-Hedge vorgesehen sind und dafür qualifizieren, werden die Buchwerte der abgesicherten Positionen an den Fair Value des abgesicherten Risikos angepasst. In dem Ausmass, wie die Absicherungsgeschäfte

wirksam sind, werden die Veränderungen des Fair Value dieser Derivate in derselben Position der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wie die Veränderung des Fair Value des abgesicherten Risikos der jeweiligen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Die Veränderung des Fair Value, die auf den unwirksamen Teil eines Absicherungsgeschäfts zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Gibt die Gruppe das Hedge Accounting für Fair-Value-Absicherungsgeschäfte auf, weil sie zum Schluss gelangt, dass das Derivat nicht mehr für eine wirksame Fair-Value-Absicherung qualifiziert, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiterhin zum Fair Value geführt und die abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden nicht mehr an die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Veränderungen des Fair Value angepasst. Zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen auf den zugrunde liegenden abgesicherten Positionen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die Restlaufzeit der abgesicherten Position amortisiert. Nicht amortisierte zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen werden bei Veräusserung oder Rückzahlung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Alle anderen Wertanpassungen aus Fair-Value-Absicherungen bleiben Teil des Buchwerts der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten und werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung bei Veräusserung der abgesicherten Position als Teil des Veräusserungsgewinns oder -verlusts erfasst.

Bei der Absicherung der Variabilität von Cashflows aus vorgesehenen Transaktionen sowie variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten wird der wirksame Anteil der Fair-Value-Veränderung des dafür bezeichneten Derivats unter Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bilanziert. Wenn der variable Cashflow der abgesicherten Position erfolgswirksam wird (wenn beispielsweise periodische Zahlungen von variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten in der Erfolgsrechnung erfasst werden oder wenn die abgesicherte Position verkauft wird), werden diese Beträge in die gleiche Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umklassiert, in der die abgesicherte Position verbucht wird. Die Veränderung des Fair Value, die auf die Unwirksamkeit einer Absicherung zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Wird bei einer Cashflow-Absicherung das Hedge Accounting aufgegeben, verbleibt der Nettogewinn oder -verlust in Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und wird in derselben Periode beziehungsweise denselben Perioden in die konsolidierte Erfolgsrechnung umklassiert, in welcher/welchen das vormals abgesicherte Geschäft ertragswirksam wird. Gibt die Gruppe das Hedge Accounting auf, weil eine vorgesehene Transaktion am festgelegten Datum oder innerhalb des

festgelegten Zeitraums zuzüglich zweier Monate wahrscheinlich nicht stattfinden wird, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiter zum Fair Value geführt, wobei die vormals unter Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Gewinne und Verluste sofort in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei der Absicherung einer Nettoinvestition in eine ausländische Geschäftseinheit wird die Veränderung des Fair Value des eingesetzten Derivats im Ausmass der Wirksamkeit der Absicherung als Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst. Die Veränderung des Fair Value, die auf die nicht wirksame Absicherung zurückgeht, wird im Handelserfolg verbucht. Die Gruppe bestimmt die Wirksamkeit von Nettoinvestitionsabsicherungen mit der Forward-Methode. Die Forward-Methode führt im Ausmass der Wirksamkeit der Nettoinvestitionsabsicherung zu einem Ausweis des Zeitwertanteils eines Devisentermingeschäfts in der Position Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung.

Anlagen in Wertschriften

Zu den Anlagen in Wertschriften gehören bis zur Fälligkeit gehaltene Schuldtitel sowie zur Veräusserung verfügbare Schuldtitel und marktgängige Beteiligungspapiere. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlussstag verbucht.

Schuldtitel, bei denen die Gruppe willens und in der Lage ist, sie bis zur Fälligkeit zu halten, werden entsprechend klassiert und unter Berücksichtigung nicht amortisierter Agios/Disagios zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (Amortized Cost Method) bilanziert.

Zur Veräusserung verfügbare Schuld- und Beteiligungstitel werden zum Fair Value bewertet. Nicht realisierte Gewinne und Verluste, das heisst die Differenz zwischen Fair Value und fortgeschriebenen Anschaffungskosten, werden im Eigenkapital unter Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst. Die unter Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Beträge verstehen sich nach Abzug von Ertragsteuern.

Die Amortisation von Agios oder Disagios wird als Zins- und Dividendenenertrag unter Verwendung der Effektivzinsmethode bis zur Fälligkeit der Wertschrift erfasst.

Eine Wertberichtigung auf Schuldtitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die fortgeschriebenen Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Dies ist der Fall, wenn die gemäss den vertraglichen Bestimmungen fälligen Zahlungen als uneinbringlich erachtet werden, was in der Regel auf eine Verschlechterung der Bonität des Emittenten zurückzuführen ist. Keine Wertberichtigung wird gebucht, wenn die Wertbe-

richtigung auf Änderungen von Marktzinssätzen zurückzuführen ist und die Gruppe nicht die Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass die Gruppe genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, gegebenenfalls erst bei Verfall.

Eine Wertberichtigung auf Beteiligungstitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Die Gruppe betrachtet unrealisierte Verluste auf Beteiligungspapieren üblicherweise als nicht vorübergehend, wenn der Fair Value für länger als sechs Monate oder mehr als 20% unter den Anschaffungskosten liegt.

Die Erfassung einer Wertberichtigung auf Schuld- oder Beteiligungstiteln führt zu einer neuen Kostenbasis, welche an nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Nicht realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, sobald eine Entscheidung gefällt wird, einen Titel zu verkaufen.

Sonstige Anlagen

Zu Sonstige Anlagen gehören nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungspapiere und nicht marktgängige Beteiligungstitel, wie Private-Equity-Investitionen, Hedgefonds und beschränkt handelbare Anlagen, Anlagen in nicht börsengehandelte kollektive Kapitalanlagen, bei welchen die Gruppe weder bedeutenden Einfluss auf noch Kontrolle über den entsprechenden Zielfonds hat, und zu Investitionszwecken gehaltene Immobilien.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sind Beteiligungen, bei welchen die Gruppe in der Lage ist, einen wesentlichen Einfluss auf deren operationelle und finanzielle Geschäftstätigkeit auszuüben. Der Einfluss gilt normalerweise als wesentlich, wenn zwischen 20% und 50% des stimmberechtigten Kapitals oder des faktischen Stammkapitals einer Gesellschaft oder ein Anteil von 5% und mehr an einer Kommanditgesellschaft (Limited Partnership) gehalten werden. Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet, können aber auch gemäss der Fair-Value-Option bewertet werden. Bei Anwendung der Equity-Methode weist die Gruppe ihren Anteil an Gewinn oder Verlust sowie allfällige Wertberichtigungen auf der Beteiligungsgesellschaft in Sonstiger Ertrag aus. Bei Anwendung der Fair-Value-Option werden die Veränderungen des Fair Value in Sonstiger Ertrag ausgewiesen. Die Gruppe hat für einige ihrer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen die Fair-Value-Option als Bewertungsbasis gewählt.

Andere nicht marktgängige Beteiligungstitel der Gruppe werden entweder zu Anschaffungskosten abzüglich der nicht als vorübergehend beurteilten Wertberichtigungen bewertet oder zum Fair Value, falls die Fair-Value-Option gewählt wurde. Nicht marktgängige Beteiligungstitel, die von Tochtergesellschaften gehalten werden, die als Investmentgesellschaft gemäss Definition von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», betrachtet werden, werden zum Fair Value bewertet, wobei die Veränderungen des Fair Value in der Position Sonstiger Ertrag verbucht werden.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen und nicht marktgängige Beteiligungstitel, welche von Broker-Dealer gemäss Definition von ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», gehalten werden, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand ausgewiesen, wenn der Broker-Dealer beabsichtigt, die entsprechenden Beteiligungen vorübergehend zu Handelszwecken zu halten. Veränderungen des Fair Value werden im Handelserfolg ausgewiesen.

Zu Anlagezwecken gehaltene Immobilien werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen bilanziert und über die geschätzte Nutzungsdauer – in der Regel 40 bis 67 Jahre – amortisiert. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten bilanziert und nicht abgeschrieben.

Im Zusammenhang mit dem Geschäft für Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen (Life-Finance-Geschäft) investiert die Gruppe in Kapitaleinlageversicherungspolizen mit Einmalprämie und sofortiger Rente (Single Premium Immediate Annuities, SPIAs), welche zum Fair Value bilanziert werden. Die entsprechenden Fair-Value-Anpassungen werden im Handelserfolg ausgewiesen. Der Geschäftsbereich Life Finance investiert zudem auch in erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts).

Ausleihungen

Bis zur Fälligkeit gehaltene Ausleihungen

Ausleihungen, welche die Gruppe beabsichtigt, bis zur Fälligkeit zu halten, werden zu den ausstehenden Kapitalbeträgen zuzüglich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen, bereinigt um folgende Positionen: nicht amortisierte Agios und Disagios auf gekauften Ausleihungen, aufgeschobene, noch nicht amortisierte Kreditgewährungsgebühren und direkte Kosten für selbst gewährte Ausleihungen. Zinserträge auf den ausstehenden Kapitalbeträgen werden abgegrenzt, wobei die abgegrenzten Agios/Disagios sowie Gebühren/Kosten als Anpassung der effektiven Verzinsung über die Laufzeiten der jeweiligen Ausleihungen amortisiert werden.

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» und «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkre-

dite, Lombardkredite und Privatkredite eingeteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klassen Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen eingeteilt.

Gemäss den Richtlinien der Gruppe werden notleidende Ausleihungen, zinslos gestellte Ausleihungen, restrukturierte Ausleihungen und potenzielle Problemausleihungen in den gefährdeten Ausleihungen zusammengefasst.

- ▶ Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» für weitere Informationen.

Wertberichtigung für Kreditverluste auf bis zur Fälligkeit gehaltenen Ausleihungen

Die Wertberichtigung für Kreditverluste beinhaltet zwei Komponenten: latent im Kreditportfolio vorhandene Ausfallrisiken und spezifisch identifizierte Kreditverluste. Veränderungen der Wertberichtigung für Kreditverluste werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken und – für Rückstellungen auf überfälligen Zinsen – im Zins- und Dividendenenertrag verbucht.

Die Gruppe prüft bei der Schätzung der Wertberichtigung für Kreditverluste zahlreiche Faktoren. Dazu gehören die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingveränderungen, das potenzielle Verlustausmass, interne Risikoratings sowie geografische, branchenspezifische und andere wirtschaftliche Faktoren. Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden und bei denen auf Portfoliobasis latent Ausfallrisiken vorhanden sind. Die Bestimmung der latenten Ausfallrisiken beim Portfolio Privatkundenkredite erfolgt durch Anwendung von historischen und aktuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischen Erfahrungswerten zu Einbringlichkeit und damit zusammenhängenden aktuellen Annahmen bezüglich internen Risikoratings und der Produktkategorie homogener Kreditportfolios. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden die latenten Kreditverluste aufgrund von Gegenparteien-, Industrie- und Länderratings berechnet. Von diesem Bewertungsverfahren sind Privatkundenkredite sowie Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle ausgenommen, bei welchen bereits Einzelwertberichtigungsbedarf identifiziert und erfasst wurde oder die zum Fair Value bilanziert werden. Bei kreditbezogenen Ausserbilanzverpflichtungen wird die Rückstellung für Kreditverluste aufgrund von historischen Erfahrungswerten zu Verlusten und Einbringlichkeit geschätzt und unter Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Änderungen der geschätzten Kreditverluste auf kreditbezogene Ausserbilanzverpflichtungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken verbucht.

Die Schätzung der Einzelwertberichtigungen für Kreditverluste basiert auf regelmässigen und detaillierten Analysen jeder einzelnen Kreditposition des Portfolios unter Berücksichtigung des jeweiligen Gegenparteirisikos und der vorhandenen Deckung. Die Gruppe betrachtet eine Ausleihung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Bei gewissen gefährdeten Krediten, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus praktischen Gründen auch anhand des beobachtbaren Marktpreises einer Ausleihung ermittelt werden. Für gefährdete Kredite, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

Leasing-Finanzierungsgeschäfte, bei welchen die Gruppe Leasinggeber ist, werden als Ausleihungen klassiert. Noch nicht verdiente Erträge werden als Zins- und Dividendenenertrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Leasingvertrags amortisiert.

- ▶ Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen und den entsprechenden Rechnungslegungsrichtlinien.

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, bei welchen die Gruppe die Absicht hat, sie in absehbarer Zukunft zu veräussern, werden als zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen unter Sonstige Aktiven ausgewiesen und zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten oder zum tieferen Marktwert (Niederstwertprinzip) bewertet. Der Niederstwert wird entweder auf Ebene der einzelnen Ausleihung oder auf Ebene von homogenen Kreditportfolios – falls diese Kreditportfolios als solche verkauft oder verbrieft werden – ermittelt. Gewinne und Verluste aus zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen werden in der Position Sonstiger Ertrag ausgewiesen.

Erworbene gefährdete Ausleihungen

Erworbene Ausleihungen, bei denen bereits beim Kauf wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertragsmässigen Zahlungen einbringlich sind, werden zu ihrem Nettoerwerbspreis verbucht, und darauf bestehende Rückstellungen werden nicht übernommen. Der Überschuss der geschätzten erwarteten Zahlungsströme, welcher den Erwerbspreis übersteigt, wird über den geschätzten Amortisationszeitraum als Zins- und Dividendenenertrag erfasst, sobald Zeitdauer und Betrag der Wiedereinbringung geschätzt werden können. Im Zeitpunkt des Erwerbs betrachtet die Gruppe solche Ausleihungen nicht als gefähr-

det. Solche Ausleihungen werden erst als gefährdet betrachtet, wenn die erwarteten Zahlungen unter den Betrag der im Zeitpunkt des Erwerbs geschätzten Zahlungen sinken. Steigen die erwarteten Wiedereinbringungen, werden allfällig bestehende Wertberichtigungen aufgelöst, bevor die Effektivverzinsung der Ausleihung angepasst wird.

Zum Fair Value gehaltene Ausleihungen gemäss Fair-Value-Option

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden zum Fair Value bilanziert und Veränderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Die Anwendung der Fair-Value-Option ändert nichts an der Klassierung der betreffenden Ausleihung in der Bilanz. Zum Fair Value bilanzierte Kreditverpflichtungen werden in Sonstige Aktiven beziehungsweise in Sonstige Verbindlichkeiten erfasst.

Liegenschaften und Einrichtungen

Liegenschaften werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen verbucht und über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel 40 bis 67 Jahre, abgeschrieben. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten erfasst und nicht abgeschrieben. Einbauten in Mietobjekten werden über die Mietdauer oder die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden massgebend ist und die Periode nicht länger als zehn Jahre sein darf. Übrige Sachanlagen wie Computer, Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge, sonstige Einrichtungen und Gebäudeeinbauten werden über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel drei bis zehn Jahre, linear abgeschrieben.

Die Gruppe aktiviert Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Installation und der Entwicklung von Software mit einem messbaren wirtschaftlichen Nutzen, aber nur, wenn solche Kosten identifizierbar sind und zuverlässig gemessen werden können. Die Gruppe schreibt aktivierte Softwarekosten linear über die geschätzte Nutzungsdauer der Software – in der Regel nicht mehr als drei Jahre – ab. Die Schätzung der Nutzungsdauer erfolgt unter Berücksichtigung von Überalterung, Technologie, Konkurrenz und anderen Wirtschaftsfaktoren.

Die Gruppe erfasst Finanzierungsleasinggeschäfte, bei welchen sie Leasingnehmer ist, indem sie einen Anlagegegenstand in Liegenschaften und Einrichtungen und eine entsprechende Verbindlichkeit unter Sonstige Verbindlichkeiten zu einem Betrag verbucht, welcher dem Barwert der minimalen Leasingzahlungen oder dem Fair Value entspricht, wobei der kleinere der beiden Werte zur Anwendung gelangt. Die geleaste Anlage wird über die geschätzte Nutzungsdauer des

Objektes oder die Leasinglaufzeit abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden massgebend ist.

Goodwill und sonstige immaterielle Werte

Goodwill entsteht beim Erwerb von Tochtergesellschaften und von Beteiligungen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Er entspricht dem Überschuss aus dem Fair Value des geleisteten Entgelts, dem Fair Value allfälliger Minderheitsanteile am übernommenen Unternehmen und dem Fair Value allfälliger zuvor gehaltener Beteiligungen an der erworbenen Tochtergesellschaft, die nach der Equity-Methode bewertet werden, nach Abzug des Fair Value der identifizierbaren übernommenen Aktiven und Verbindlichkeiten im Zeitpunkt des Erwerbs. Der Goodwill wird nicht amortisiert, sondern jährlich oder häufiger, sofern Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auf Werthaltigkeit überprüft. Um die Werthaltigkeit des Goodwills zu überprüfen, wird dieser den einzelnen Berichtseinheiten (Reporting Units) der Gruppe zugewiesen.

Sonstige immaterielle Werte können einzeln erworben werden oder als Teil einer Gruppe von Vermögenswerten, welche anlässlich einer Akquisition übernommen wurden. Zu den sonstigen immateriellen Werten gehören unter anderem Patente, Lizenzen, Urheberrechte, Handelsmarken, Filialnetze, Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights), Kundenstamm und Depotkundenbeziehungen. Erworben immaterielle Werte werden bei der erstmaligen Erfassung zum Betrag der geleisteten Geldzahlung oder zum Fair Value anderer an Zahlung gegebener Vermögenswerte bewertet. Sonstige immaterielle Werte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden über den entsprechenden Zeitraum amortisiert. Nach dem 1. Januar 2002 erworbene sonstige immaterielle Werte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden nicht amortisiert. Die Mortgage Servicing Rights werden als nicht amortisierende, sonstige immaterielle Werte zum Fair Value bilanziert, wobei Änderungen des Fair Value in der entsprechenden Periode erfolgswirksam erfasst werden. Mortgage Servicing Rights stellen das Recht dar, bestimmte Abwicklungshandlungen bei Hypothekengeschäften im Namen von Drittparteien durchzuführen. Mortgage Servicing Rights werden entweder von Drittparteien gekauft oder anlässlich eines Verkaufs von übernommenen oder gewährten Krediten einbehalten.

Erfassung einer Wertberichtigung auf Sachanlagen und sonstigen immateriellen Werten

Die Gruppe überprüft Liegenschaften und Einrichtungen sowie sonstige immaterielle Werte mindestens jährlich auf Wertberichtigungsbedarf und auch jedes Mal, wenn bestimmte Ereignisse oder Umstände darauf hinweisen, dass der Buchwert nicht einbringbar ist. Wird davon ausgegangen, dass der

Buchwert eines Vermögenswertes nicht wieder einbringbar ist, wird die Differenz zwischen Buchwert und tieferem Fair Value als Wertberichtigung im Sachaufwand verbucht. Die Erfassung einer Wertberichtigung auf derartigen Vermögenswerten führt zu einer neuen Kostenbasis, welche um nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Ertragsteuern

Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für die erwarteten zukünftigen steuerlichen Auswirkungen zeitlich befristeter Differenzen zwischen den Buchwerten von Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten Bilanz und ihrer Steuerwerte ausgewiesen. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden zu den derzeit geltenden Steuersätzen berechnet und unter Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Der Ertragsteueraufwand oder -vorteil wird unter Ertragsteueraufwand/(-vorteil) erfasst, sofern der Steuereffekt nicht auf Transaktionen beruht, die direkt im Eigenkapital verbucht wurden. Latente Steuerguthaben werden gegebenenfalls auf einen Betrag wertberichtigt, welcher in den Augen des Managements als mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% realisierbar erscheint. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden um die Auswirkungen von Änderungen der Steuergesetze und der Steuersätze in der gleichen Periode bereinigt, in welcher die Änderungen von der jeweiligen Steuerbehörde bewilligt werden. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für eine steuerpflichtige Einheit innerhalb der gleichen Steuerhoheit auf einer Nettobasis dargestellt.

Die Gruppe befolgt die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Taxes», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Steuerpositionen bietet. Die Gruppe ermittelt, ob eine Ertragsteuerposition einer Prüfung durch die Steuerbehörden, in voller Kenntnis der vertretenen Ansicht, mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% standhält. Nachhaltige Ertragsteuerpositionen werden dann bemessen, um den Betrag des Vorteils zu ermitteln, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf. Jede dieser nachhaltigen Ertragsteuerpositionen wird zum höchstmöglichen Betrag des Vorteils bewertet, dessen Realisierbarkeit bei der endgültigen Steuerabrechnung noch eine Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% aufweist.

Erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts)

Erworbene Lebensversicherungen werden zunächst zum Transaktionspreis erfasst und anschliessend zum Fair Value bilanziert, ausser in den Fällen, in welchen sich die Gruppe für die Anwendung der Investitionsmethode entscheidet. Policen,

die nicht gemäss der Investitionsmethode verbucht werden, werden in der Position Handelsbestände bilanziert.

Gemäss Investitionsmethode werden die Policen zuerst zum Transaktionspreis inklusive aller direkt verbundenen externen Kosten erfasst und unter Sonstige Anlagen verbucht. In der Folge werden alle laufenden Prämienzahlungen kapitalisiert, sofern der gesamte Buchwert den Fair Value nicht übersteigt. Letzteres hätte eine Wertberichtigung zur Folge, so dass der Buchwert den Fair Value nicht übersteigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Kundenhandel

Die Gruppe erfasst Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten von beziehungsweise an Kunden, Banken und Broker-Dealer. Die Gruppe trägt ein Verlustrisiko, da die Gegenparteien möglicherweise nicht in der Lage sind, für ein gekauftes Finanzinstrument zu bezahlen oder ein verkauftes Finanzinstrument zu liefern. In einem solchen Fall müsste die Gruppe die betreffenden Finanzinstrumente zum aktuellen Marktpreis verkaufen oder kaufen. Sofern eine Börse oder eine Clearingstelle als Gegenpartei auftritt, gilt das Kreditrisiko als begrenzt. Die Gruppe richtet kundenspezifische Kreditlimiten ein und verlangt von ihren Kunden entsprechende Margendeckungen gemäss aufsichtsrechtlichen und internen Richtlinien. Die Gruppe hat Margendeckungen zu stellen, wenn sie mit einer Börse oder einer Drittbank Handelsgeschäfte tätigen will. Die Margendeckung erfolgt üblicherweise in bar und wird in einem separaten Margenkonto bei der Börse beziehungsweise beim Broker hinterlegt. Wenn die verfügbaren Informationen zum Schluss führen, dass eine Forderung aus Kundenhandel gefährdet ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Forderungen aus Kundenhandel werden abgeschrieben, wenn die ausstehenden Beträge als uneinbringlich erachtet werden.

Sonstige Aktiven

Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente

Derivative Instrumente werden zum Fair Value bilanziert. Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente werden in der konsolidierten Bilanz unter Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die bei Änderungen des Fair Value angewandte Verbuchung hängt davon ab, ob das Derivat als Fair-Value-Absicherung, Cashflow-Absicherung oder Absicherung der Nettoinvestition in eine ausländische Gesellschaft vorgesehen ist. Veränderungen des Fair Value, die sich aus einem unwirksamen Teil des Absicherungsgeschäftes ergeben, werden im Handelserfolg verbucht.

Langfristige Verbindlichkeiten

Das Total der langfristigen Verbindlichkeiten besteht aus Schuldtitelemmissionen, die keine Merkmale von Derivaten haben (gewöhnliche Schuldtitel), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Langfristige Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die Gruppe steuert das Zinsänderungsrisiko auf gewöhnlichen Schuldtiteln aktiv durch die Verwendung von Derivatkontrakten, in erster Linie Zins- und Währungsswaps. Namentlich festverzinsliche Schuldtitel werden mit Zinsswaps abgesichert, aus welchen fixe Zinsen erhalten und variable Zinsen bezahlt werden. Die Gruppe hat sich mit der Einführung der Fair-Value-Option per 1. Januar 2007 entschieden, diese festverzinslichen Schuldtitel zum Fair Value zu bewerten, wobei Änderungen des Fair Value als Teil des Handelserfolgs erfasst werden. Für festverzinsliche Schuldtitel, welche die Gruppe seit dem 1. Januar 2008 emittiert hat, entschied sich die Gruppe, nicht die Fair-Value-Option anzuwenden; stattdessen kommt Hedge Accounting gemäss Anleitung von ASC Topic 815, «Derivatives and Hedging», zur Anwendung.

Die langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe beinhalten auch verschiedene aktiegebundene und andere indexierte Instrumente mit eingebetteten Merkmalen von Derivaten, deren Zahlungen und Rücknahmewerte an Rohstoffe, Aktien, Indizes oder sonstige Vermögenswerte gebunden sind. Die Gruppe hat sich beim überwiegenden Teil dieser Instrumente für die Bewertung zum Fair Value entschieden. Veränderungen des Fair Value dieser Instrumente werden als Teil des Handelserfolgs erfasst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Garantien/Bürgschaften

In Fällen, bei welchen die Gruppe als Garantiegeber auftritt, wird bei Inkrafttreten der Garantie eine Verbindlichkeit in der Höhe des Fair Value der übernommenen Verpflichtungen in Sonstige Verbindlichkeiten verbucht. Diese berücksichtigt die während der Garantiezeit laufende Verpflichtung, bei Eintritt von bestimmten Ereignissen oder Umständen eine vereinbarte Leistung zu erbringen.

Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und entsprechende sonstige Pläne für Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand wendet die Gruppe zur Berechnung des Barwertes der erwarteten, zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) und des aktuellen sowie nachzuerrechnen-

den Dienstzeitaufwandes oder der entsprechenden Gutschriften das Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Das von der Gruppe verwendete Bemessungsdatum für die versicherungsmathematischen Bewertungen ist der 31. Dezember.

Den versicherungsmathematischen Bewertungen liegen bestimmte Schlüsselannahmen zugrunde. Diese Annahmen sind zu zukünftigen Ereignissen zu treffen, die Höhe und Zeitpunkt der Leistungsauszahlungen bestimmen, und erfordern daher vom Management der Gruppe wesentliche Beurteilungen und Schätzungen. Unter anderem sind Annahmen zu Diskontsätzen, zur erwarteten Rendite auf Planvermögen und zur Lohnentwicklung zu treffen.

Die angenommenen Diskontsätze entsprechen den Sätzen, zu denen die Leistungsansprüche effektiv abgegolten werden könnten. Diese Sätze werden basierend auf den Renditen aktuell erhältlicher erstklassiger Unternehmensanleihen bestimmt, wobei erwartet wird, dass diese im Zeitraum bis zur Fälligkeit der Leistungsansprüche verfügbar sind. In Ländern, in welchen kein liquider Markt für erstklassige Unternehmensanleihen besteht, basiert die Schätzung der Diskontsätze auf Staatsanleihen, angepasst um eine Risikoprämie, um das zusätzliche Risiko von Unternehmensanleihen zu berücksichtigen.

Die erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen wird für jeden Plan einzeln bestimmt. Berücksichtigt werden dabei Vermögensstruktur (Asset Allocation), historische Rendite, Benchmark-Indizes für die Vermögenswerte ähnlicher Vorsorgepläne, langfristig erwartete zukünftige Renditen und Anlagestrategie.

Die erwarteten Teuerungsraten der Gesundheitskosten werden aufgrund externer Daten und der gruppeneigenen historischen Entwicklung der Gesundheitskosten festgelegt. Die Salärenwicklung wird aufgrund extern verfügbarer Daten sowie interner Hochrechnungen festgelegt.

Die Über- oder Unterdeckung der von der Gruppe unterhaltenen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die 10% des höheren Betrags aus erwarteter zukünftiger Vorsorgeverpflichtung oder aus dem Fair Value der Planvermögen und nicht erfasstem, nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand oder entsprechenden Gutschriften übersteigen, werden linear amortisiert. Die Amortisationszeit entspricht der durchschnittlichen verbleibenden Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die gemäss heutigen Erwartungen Leistungen beziehen werden.

Die Gruppe verbucht den Vorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Beitragsprimat während der Anstellungsdauer der Mitarbeitenden, was zeitlich im Wesentlichen mit den Barbeiträgen an die Pläne übereinstimmt.

Aktienbasierte Mitarbeitervergütung

Für alle aktienbasierten Ansprüche und sonstige Ansprüche, welche Mitarbeitenden seit dem 1. Januar 2005 zugeteilt oder modifiziert wurden, wird der Personalaufwand im Zuteilungs- oder Änderungszeitpunkt basierend auf dem Fair Value der Anzahl Ansprüche, für welche die Erfüllung der erforderlichen Dienstzeit erwartet wird, berechnet. Dieser Personalaufwand wird über die erforderliche Dienstzeit linear in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Für alle am 1. Januar 2005 ausstehenden, noch nicht erworbenen zugeteilten Ansprüche wird der Personalaufwand basierend auf dem Fair Value der Zuteilung im ursprünglichen Zuteilungszeitpunkt berechnet und über die verbleibende erforderliche Dienstzeit für jede Zuteilung linear erfasst.

Die Gruppe wendet den «Tax Law Ordering Approach» an, um den Anteil der durch Mitnahmeeffekte erzielten und in der Kapitalreserve zu verbuchenden Steuererträge (Windfall-Steuererträge) am gesamten Steueraufwand zu ermitteln. Weiter wählte die Gruppe die Anwendung der «Practical Transition Option», um den Betrag der in die Kapitalreserve zu verbuchenden Windfall-Steuererträge auf Ansprüchen zu ermitteln, welche vor dem 1. Januar 2005 vollständig erworben waren.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Ansprüche, die einen stufenweisen Erwerb der Ansprüche in jährlichen Raten vorsehen, welcher aber ausschliesslich auf Dienstzeiterfüllung beruht, wird linear über die erforderliche Dienstzeit erfasst. Sind solche Ansprüche jedoch an eine Leistungsbedingung geknüpft, so wird jede Rate als Aufwand verbucht, als ob es sich um einen separaten Anspruch handelte (sofortige Aufwandserfassung). Zudem wird die Erfassung des entsprechenden Personalaufwands auf das erstmögliche Datum der Pensionierung des Anspruchsberechtigten hin beschleunigt. Für Ansprüche, welche pensionsberechtigten Mitarbeitenden vor dem 1. Januar 2005 zugeteilt wurden, sieht die Richtlinie der Gruppe eine Verbuchung des Personalaufwands über die erforderliche Dienstzeit vor.

Bestimmte aktienbasierte Ansprüche sind zudem an Leistungsbedingungen geknüpft, nach welchen die Anzahl der den Mitarbeitenden zuzuteilenden Aktien von der Performance (beispielsweise Reingewinn oder Eigenkapitalrendite) der Gruppe oder einer Division der Gruppe abhängt. Wenn die Mitarbeitenden zudem die in den Bedingungen für diese Ansprüche festgelegte Dienstzeit zu erbringen haben, wird der den aufgrund der Leistungsbedingungen im Erfüllungszeitpunkt zu erwartenden zusätzlichen Einheiten zurechenbare Personalaufwand im Zeitpunkt der Zuteilung der Ansprüche geschätzt. Spätere Anpassungen dieser Schätzung werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die verbleibende Dienstzeit erfasst.

Für an Marktkonditionen geknüpfte Aktienansprüche, bei welchen die Erfüllung an den Kursverlauf der Aktien der Gruppe gebunden ist, wird die wahrscheinliche Anzahl an Marktkonditionen gebundener Zusatzaktien im Zeitpunkt der Zuteilung geschätzt. In diesen Fällen wird der entsprechende Personalaufwand nach dem Zuteilungsdatum nicht weiter an Kursschwankungen der Aktien angepasst.

Bestimmte Mitarbeitende besitzen nichtmaterielle Beteiligungen in Form von «Carried Interest» an Private-Equity-Fonds, welche von der Gruppe verwaltet werden. Der Aufwand im Zusammenhang mit diesen «Carried Interest»-Beteiligungen wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gruppe hat einige laufende Aktienoptionspläne, die vornehmlich auf 1999 und frühere Jahre zurückgehen und die Möglichkeit einer Barabgeltung vorsehen. Die entstandenen Verpflichtungen aus diesen Plänen werden bis zur Abwicklung der Ansprüche zum Fair Value bilanziert (Liability Award Accounting).

Eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien

Die Gruppe kann im Rahmen ihrer üblichen Handels- und Market-Making-Aktivitäten eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien kaufen und verkaufen. Zudem kann die Gruppe eigene Aktien zur Erfüllung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der aktienbasierten Vergütung für Mitarbeitende halten. Die eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten verbucht und als eigene Aktien ausgewiesen, was zu einer Verringerung des ausgewiesenen Eigenkapitals der Aktionäre führt. Finanzinstrumente auf eigene Aktien werden als Aktiven beziehungsweise Verbindlichkeiten oder Eigenkapital ausgewiesen. Für einen Ausweis im Eigenkapital müssen sie den entsprechenden Kriterien genügen. Von Tochtergesellschaften erhaltene Dividenden auf eigenen Aktien sowie unrealisierte und realisierte Gewinne und Verluste auf im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesenen eigenen Aktien werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung nicht erfasst.

Die von einer Gruppegesellschaft ausgegebenen Anleihen werden in der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Zinserfolg

Zinsertrag und Zinsaufwand aus zinstragenden Aktiven und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value oder nach dem Niederstwertprinzip bilanziert werden, werden periodengerecht abgegrenzt, wobei die damit verbundenen Agios/Disagios sowie Abschlussgebühren oder Kosten als Anpassung der Effektivverzinsung über die Laufzeit der jeweiligen Aktiven und Verbindlichkeiten amortisiert werden. Zinsen auf Schuldtiteln

und Dividenden von Beteiligungspapieren des Handelsbestandes werden als Zins- und Dividendenertrag verbucht.

- ▶ Siehe «Ausleihungen» für weitere Informationen zu Zinsen auf Ausleihungen.

Kommissions- und Dienstleistungsertrag

Kommissions- und Dienstleistungserträge werden verbucht, wenn alle der folgenden Kriterien erfüllt sind: Das Vorhandensein einer Vereinbarung ist überzeugend belegt, Dienstleistungen wurden erbracht, der Preis ist festgelegt oder lässt sich bestimmen, und die Einbringlichkeit ist angemessen gesichert. Kommissions- und Dienstleistungserträge können grob in zwei Kategorien eingeteilt werden: Erträge aus Leistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden und für welche den Kunden normalerweise jährlich oder halbjährlich Rechnung gestellt wird, und Erträge aus transaktionsbezogenen Leistungen. Erträge aus Dienstleistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden, werden anteilmässig über die Laufzeit vereinnahmt. Erträge aus transaktionsbezogenen Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Leistung vollständig erbracht wurde. Leistungsbezogene Gebühren oder Gebührenbestandteile werden an jedem vertraglichen Bemessungstichtag erfasst, an welchem die vertraglich vereinbarten Schwellenwerte erreicht werden.

Erträge aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft und Gebühren aus dem Geschäft mit Mergers & Acquisitions sowie aus sonstigen Dienstleistungen im Corporate-Finance-Bereich werden erfasst, wenn die zugrunde liegenden Transaktionen im Wesentlichen abgeschlossen sind und im Zusammenhang mit den Gebühren keine weiteren Eventualitäten bestehen.

Transaktionsbezogene Aufwendungen werden zurückgestellt, bis der entsprechende Ertrag erfasst wird, vorausge-

setzt, dass es sich um direkte Mehrkosten handelt; andernfalls sind sie bei ihrer Entstehung als Aufwand zu verbuchen. Gebühren aus dem Emissionsgeschäft werden nach Abzug der damit zusammenhängenden Aufwendungen ausgewiesen. Aufwendungen im Zusammenhang mit Finanzberatungsdienstleistungen werden im Geschäftsaufwand erfasst, sofern sie nicht vom Kunden erstattet werden.

Wenn sich die Gruppe gegenüber einem Vertragspartner verpflichtet, mehrere Produkte, Dienstleistungen oder Rechte zu erbringen, wird beurteilt, wieweit für die Ertragsverbuchung relevante separate Sachverhalte entstanden sind. Diese Bewertung berücksichtigt den eigenständigen Wert bereits gelieferter Güter und Dienstleistungen und ob ein Rückgaberecht oder ein Gewährleistungsrecht für diese Güter und Dienstleistungen existiert. Die Lieferwahrscheinlichkeit der noch nicht gelieferten Güter oder Dienstleistungen geht ebenfalls in die Bewertung ein. Diese Beurteilung wird für jede einzelne Transaktion durchgeführt.

Wenn eine Transaktion die erläuterten Kriterien erfüllt, handelt es sich um eine Vereinbarung mit mehrfachen Leistungen (Multiple-deliverable Arrangement), bei welcher die Vereinnahmung des Entgelts für jede Teilleistung separat bestimmt wird. Das Entgelt für das gesamte Arrangement wird den einzelnen Teilleistungen proportional zu ihrem Verkaufspreis zugeteilt. Der Verkaufspreis für die einzelnen Teilleistungen beruht nach Möglichkeit auf anbieterspezifischen objektiven Nachweisen, anderenfalls auf Nachweisen Dritter oder auf Schätzungen des Verkaufspreises, falls weder anbieterspezifische Nachweise noch Nachweise von dritter Seite verfügbar sind.

Von Kunden eingezogene und an Behörden überwiesene Steuern werden auf Nettobasis verbucht.

2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards

Neu eingeführte Rechnungslegungsstandards

ASC Topic 310 – Receivables (Forderungen)

Im April 2011 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board (FASB) das Accounting Standards Update (ASU) 2011-02, «A Creditor's Determination of Whether a Restructuring Is a Troubled Debt Restructuring» (ASU 2011-02) (Feststellung eines Gläubigers, ob eine Restrukturierung eine Umschuldung darstellt), als Aktualisierung von ASC Topic 310 – Receivables. ASU 2011-02 enthält Vorgaben für die Prüfung der Frage, ob es sich bei einer Restrukturierung um eine Umschuldung handelt. Damit die Voraussetzungen für eine Umschuldung erfüllt sind, muss ein Gläubiger gesondert zum Schluss kommen, dass die Restrukturierung ein Zuge-

ständnis darstellt und dass der Schuldner finanzielle Schwierigkeiten hat. Die Änderungen enthalten Klarstellungen zu den Vorgaben für den Gläubiger bei der Prüfung der Frage, ob er ein Zugeständnis gemacht hat, und auch bei der Prüfung der Frage, ob ein Schuldner finanzielle Schwierigkeiten hat. ASU 2011-02 galt erstmals für die nach dem 15. Juni 2011 beginnende Zwischen- oder Jahresberichtsperiode und ist rückwirkend zum Beginn der Jahresperiode ihrer Einführung anzuwenden. Die Gruppe führte die Bestimmungen der ASU 2011-02 rückwirkend per 1. Januar 2011 ein. Dies führte nicht zu neuen Umschuldungen und hatte daher keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

Im Januar 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-01, «Deferral of the Effective Date of Disclosures about Troubled Debt Restructurings in Update No. 2010-20» (ASU 2011-01) (Aufschub des Stichtags für Offenlegungen bei Umschuldungen, Update Nr. 2010-20), als Aktualisierung von ASC Topic 310 – Receivables. Die in ASU 2011-01 vorgesehene Anpassung hatte einen temporären Aufschub des Stichtags für Offenlegungen zu Umschuldungen gemäss ASU 2010-20 zur Folge. ASU 2011-01 trat mit Veröffentlichung in Kraft; die Einführung hatte keine wesentliche Auswirkung auf die Finanz- oder Ertragslage der Gruppe beziehungsweise ihre Cashflows.

Im Juli 2010 veröffentlichte das FASB ASU 2010-20, «Disclosures about the Credit Quality of Financing Receivables and the Allowance for Credit Losses» (ASU 2010-20) (Offenlegung zur Kreditqualität von Forderungen aus Finanzierungen und Wertberichtigung für Kreditverluste), als Aktualisierung von ASC Topic 310 – Receivables. Die Anpassungen von ASU 2010-20 verbessern die Offenlegung zur Kreditqualität von Forderungen aus Finanzierungen und Wertberichtigung für Kreditverluste. Aufgrund dieser Aktualisierung haben die Gesellschaften umfangreichere Einzelinformationen zur Kreditqualität von Forderungen aus Finanzierungen und Wertberichtigung für Kreditverluste vorzunehmen. Zudem haben die Gesellschaften Indikatoren zur Kreditqualität, Angaben zu Überfälligkeiten und Anpassungen ihrer Forderungen aus Finanzierungen offenzulegen. Die umfangreicheren Offenlegungen unterstützen die Leser von Jahresrechnungen bei der Einstufung der effektiven Kreditrisiken der Gesellschaften und ihrer Wertberichtigungen für Kreditverluste. Offenlegungen per Ende einer Berichtsperiode waren erstmalig im ersten Zwischen- beziehungsweise Jahresbericht nach der am 15. Dezember 2010 endenden Berichtsperiode erforderlich. Offenlegungen zu Aktivitäten während einer Berichtsperiode sind erstmalig im ersten Zwischen- bzw. Jahresbericht nach der am 15. Dezember 2010 endenden Berichtsperiode erforderlich. Die Aktualisierungen von ASU 2010-20 beziehen sich ausschliesslich auf Offenlegungen und hatten daher keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

Die Gruppe führte die ASU 2010-20 am 31. Dezember 2010 ein und stellte die Offenlegungen gemäss dieser ASU, die für die erste nach dem 15. Dezember 2010 endende Berichtsperiode galten, in der konsolidierten Jahresrechnung der Gruppe im Geschäftsbericht 2010 der Credit Suisse bereit. Offenlegungen zu Aktivitäten während der Berichtsperiode wurden erstmalig im Finanzbericht zum ersten Quartal 2011 bereitgestellt.

- ▶ Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für weitere Informationen.

ASC Topic 810 – Consolidation (Konsolidierung)

Im Dezember 2009 veröffentlichte das FASB ASU 2009-17, «Improvements to Financial Reporting by Enterprises Involved with Variable Interest Entities» (ASU 2009-17) (Verbesserungen der Finanzberichterstattung von Unternehmen mit Bezug zu Variable Interest Entities). Mit der Veröffentlichung von ASU 2009-17 wurde die Kodifizierung der im Juni 2009 erfolgten Veröffentlichung von SFAS 167 aktualisiert. ASU 2009-17 führt zu Änderungen im Entscheidungsprozess zur Konsolidierung von unterkapitalisierten Gesellschaften bzw. nicht über Stimmrechte (oder vergleichbare Rechte) kontrollierten Gesellschaften. Gemäss diesem neu veröffentlichten Standard basiert die Entscheidung darüber, ob eine berichterstattende Gesellschaft eine andere Gesellschaft zu konsolidieren hat, unter anderem auf dem Zweck und Aufbau der anderen Gesellschaft sowie auf der Fähigkeit der berichterstattenden Gesellschaft, jene Aktivitäten der anderen Gesellschaft, die sich am stärksten auf den wirtschaftlichen Erfolg der anderen Gesellschaft auswirken, auszuüben.

ASU 2009-17 gilt für alle nach dem 15. November 2009 beginnenden Jahresberichtsperioden (für die Gruppe somit ab dem 1. Januar 2010) und für alle darauf folgenden Zwischen- und Jahresberichtsperioden.

Die Umsetzung von ASU 2009-17 per 1. Januar 2010 führte zu einem Anstieg unserer konsolidierten Bilanz um CHF 15,0 Mia. und einer Minderung des Totals Eigenkapital um CHF 2,2 Mia. nach Steuern. Die Konsolidierung dieser Gesellschaften hatte keine Auswirkung auf das Kernkapital (Tier 1) oder die risikogewichteten Aktiven.

Durch die Konsolidierung wurden Transaktionen zwischen der Gruppe und den zuvor nicht konsolidierten Gesellschaften zu gruppeninternen Transaktionen und werden somit eliminiert.

- ▶ Siehe «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» für weitere Informationen.

ASC Topic 820 – Fair Value Measurement (Ermittlung von Fair Values)

Im Januar 2010 veröffentlichte das FASB ASU 2010-06, «Improving Disclosures about Fair Value Measurements» (ASU 2010-06) (Verbesserung der Offenlegungen bezüglich Fair-Value-Ermittlung) als Aktualisierung von ASC Topic 820 – Fair Value Measurement. ASU 2010-06 umfasst sowohl neue Anforderungen als auch Klarstellungen der bestehenden Offenlegungen bezüglich Ermittlung des Fair Value. Die neuen Vorschriften umfassen die Offenlegung von signifikanten

Transfers in und aus Level 1 und 2 sowie die Bruttodarstellung von An- und Verkäufen, Emissionen und Abwicklungen bei der Abstimmung der Eröffnungs- und Schlussbilanzen von Level-3-Instrumenten. Die nach ASU 2010-06 erforderlichen Klarstellungen beziehen sich auf den Detaillierungsgrad innerhalb der Fair-Value-Hierarchie und die Level-3-Abstimmung von Aktiven und Passiven nach Klassen der Finanzinstrumente. Zudem sollte die berichterstattende Gesellschaft umfassendere Offenlegungen zu ihren Bewertungsmethoden und -annahmen bei der Bestimmung des Fair Value von periodischen und einmaligen Fair-Value-Messungen innerhalb von Level 2 und 3 der Fair-Value-Hierarchie vornehmen.

Die neuen Offenlegungen und Klarstellungen galten für nach dem 15. Dezember 2009 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden. Die Offenlegungspflichten für An- und Verkäufe, Emissionen und Abwicklungen bei der Abstimmung der Eröffnungs- und Schlussbilanzen von Level-3-Instrumenten bilden eine Ausnahme und galten für nach dem 15. Dezember 2010 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden. ASU 2010-06 bezieht sich nur auf die Aktualisierung von Offenlegungen und hatte somit keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

► Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen.

In künftigen Perioden anzuwendende Standards

ASC Topic 210 – Balance Sheet (Bilanz)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-11, «Disclosures about Offsetting Assets and Liabilities» (2011-11) (Offenlegungen zur Verrechnung von Aktiven und Passiven) als Aktualisierung von ASC Topic 210 – Balance Sheet. ASU 2011-11 gilt für am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden und ist rückwirkend für alle im Bericht präsentierten Vergleichsperioden anzuwenden. Die Aktualisierungen von ASU 2011-11 beziehen sich auf die Darstellung und haben daher keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

ASC Topic 220 – Comprehensive Income (Gesamtergebnis)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-12, «Deferral of the Effective Date for Amendments to the Presentation of Reclassifications of Items Out of Accumulated Other Comprehensive Income in Accounting Standards Update No. 2011-05» (ASU 2011-05) (Aufschub des Stichtags für das Inkrafttreten spezifischer Änderungen bei der Berichterstattung von Reklassierungen von Beständen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung) als Aktualisierung von ASC Topic 220 – Comprehensive Income. ASU 2011-12

trat mit Veröffentlichung in Kraft. Die Einführung hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

Im Juni 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-05, «Presentation of Comprehensive Income» (ASU 2011-05) (Darstellung des Gesamtergebnisses), als Aktualisierung von ASC Topic 220 – Comprehensive Income. ASU 2011-05 ist rückwirkend anzuwenden und gilt für nach dem 15. Dezember 2011 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden. Die Aktualisierungen von ASU 2011-05 beziehen sich ausschliesslich auf die Darstellung. Die Einführung am 1. Januar 2012 hatte daher keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

ASC Topic 350 – Intangibles – Goodwill and Other (Immaterielle Werte – Goodwill und sonstige)

Im September 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-08, «Testing Goodwill for Impairment» (ASU 2011-08) (Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills), als Aktualisierung von ASC Topic 350 – Intangibles – Goodwill and Other. ASU 2011-08 ist prospektiv auf jährliche und unterjährige Werthaltigkeitstests für Goodwill anzuwenden, die für nach dem 15. Dezember 2011 beginnende Geschäftsjahre durchgeführt werden. Die Einführung von ASU 2011-08 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

ASC Topic 360 – Property, Plant and Equipment (Sachanlagen)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-10, «Derecognition of in Substance Real Estate – a Scope Clarification, a consensus of the FASB Emerging Issues Task Force» (ASU 2011-10) (Ausbuchung von faktischen Immobilien – eine Abgrenzung des Anwendungsbereichs, ein Konsens der Emerging Issues Task Force des FASB) als Aktualisierung von ASC Topic 360 – Property, Plant and Equipment. ASU 2011-10 gilt für am oder nach dem 15. Juni 2012 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden. Die Gruppe prüft derzeit die Auswirkungen der Einführung von ASU 2011-10 auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

ASC Topic 820 – Fair Value Measurement (Ermittlung von Fair Values)

Im Mai 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-04, «Amendments to Achieve Common Fair Value Measurement and Disclosure Requirements in U.S. GAAP and IFRSs» (Änderungen zur Erreichung gemeinsamer Anforderungen an die Ermittlung und Offenlegung von Fair Values unter US GAAP und IFRS), als Aktualisierung von ASC Topic 820 – Fair Value Measurement. ASU 2011-04 ist prospektiv anzuwenden

und gilt für nach dem 15. Dezember 2011 beginnende Zwischen- und Jahresberichtsperioden. Die Einführung von ASU 2011-04 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

ASC Topic 860 – Transfers and Servicing (Übertragungen und Verwaltung)

Im April 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-03, «Reconsideration of Effective Control for Repurchase Agree-

ments» (ASU 2011-03) (Neubeurteilung der faktischen Kontrolle bei Repo-Geschäften), als Aktualisierung von ASC Topic 860 – Transfers and Servicing. ASU 2011-03 gilt für die erste am oder nach dem 15. Dezember 2011 beginnende Zwischen- oder Jahresberichtsperiode und ist prospektiv auf Transaktionen oder Modifikationen bestehender Transaktionen anzuwenden, die am oder nach dem Stichtag erfolgen. Die Einführung von ASU 2011-03 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gruppe.

3 Geschäftsentwicklung

Nachfolgend werden die wesentlichen Veräusserungen und Akquisitionen der Gruppe für die am 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 beendeten Geschäftsjahre sowie die bedeutenden Aktionäre erläutert.

Veräusserungen

2009 vollendete die Gruppe den am 31. Dezember 2008 angekündigten Verkauf eines Teils ihres Geschäftsbereichs Traditionelle Anlagestrategien in Asset Management an Aberdeen Asset Management (Aberdeen).

Im Februar 2012 verkaufte die Gruppe einen Anteil an Aberdeen. Daraus resultierte ein Gewinn von etwa CHF 170 Mio., der im ersten Quartal 2012 verbucht wurde. Die verbleibende Beteiligung an Aberdeen beträgt 9,8%.

- ▶ Siehe «Anhang 4 – Aufgegebene Geschäftsbereiche» für weitere Informationen.

Akquisitionen

Am 21. Dezember 2011 gab die Gruppe die Unterzeichnung einer endgültigen Vereinbarung über den Erwerb des Privatkundengeschäfts der HSBC in Japan bekannt. Die Übernahme, die aufsichtsrechtlich noch genehmigt werden muss, soll Mitte 2012 abgeschlossen werden.

Am 30. April 2011 schloss die Gruppe die Übernahme des PFS-Hedgefonds-Administrationsgeschäfts von der ABN AMRO Bank (ehemals Fortis Bank Nederland) ab. PFS war ein weltweit führender Dienstleister im Bereich Hedgefonds-Administration.

Im Jahr 2010 erwarb die Gruppe eine bedeutende Minderheitsbeteiligung an York Capital Management (York), einem globalen Hedgefonds-Manager mit Sitz in New York. Gemäss den Transaktionsbedingungen bezahlte die Gruppe zunächst USD 425 Mio. (CHF 419 Mio.) für diese Beteiligung. Zudem sind Earn-out-Zahlungen auf Basis der Performance über fünf Jahre sowie Konkurrenzverbotsvereinbarungen für den Chief Executive Officer (CEO), den Chief Investment Officer und andere Mitglieder der Geschäftsführung vorgesehen.

Am 24. März 2011 hielt die Credit Suisse Group AG 100% des Aktienkapitals der Neuen Aargauer Bank AG, nachdem die Löschung der verbleibenden Aktien gemäss Art. 33 des schweizerischen Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel in Kraft getreten war.

Bedeutende Aktionäre

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 2. Februar 2010 publizierte, bestätigte die Crescent Holding GmbH, eine von der Olayan Group kontrollierte Gesellschaft, dass sie per 30. Januar 2010 eine Beteiligung von 78,4 Mio. Aktien beziehungsweise 6,6% der Namenaktien der Gruppe hielt. Zu ihrer Beteiligung an der Gruppe im Jahr 2011 ging von der Olayan Group keine weitere Offenlegungsmitteilung mehr ein.

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 30. April 2011 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass Qatar Holding LLC per 21. April 2011 73,2 Mio. Namenaktien beziehungsweise 6,2% der Aktien der Gruppe hielt. Zu ihrer Beteiligung an der Gruppe im Jahr 2011 ging von Qatar Holding LLC keine weitere Offenlegungsmitteilung mehr ein.

4 Aufgegebene Geschäftsbereiche

Am 31. Dezember 2008 unterzeichnete die Gruppe eine Vereinbarung zum Verkauf eines Teils ihres traditionellen Anlagegeschäfts im Asset Management an Aberdeen. Die Transaktion wurde per 1. Juli 2009 mit einem letzten Abschluss vollendet. Im Rahmen des Verkaufs des Geschäfts erwarb die Gruppe im ersten Quartal 2010 bestimmte Aktiven im Umfang von CHF 114 Mio. aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen und erfasste Verluste von CHF 19 Mio., die im Ergebnis aus im Jahr 2010 aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen wurden. Der Rest der im ersten Quartal 2010 erworbenen Aktiven wurde im ersten Quartal 2011 veräussert oder wurde in diesem Quartal fällig.

Der Erfolg aus operativer Geschäftstätigkeit des verkauften Geschäftsbereichs ist im Ergebnis aus aufgegebenen

Geschäftsbereichen in der konsolidierten Erfolgsrechnung für alle gezeigten Perioden aufgeführt. Die Aktiven und Verbindlichkeiten des verkauften Geschäftsbereichs wurden in der konsolidierten Bilanz ab dem vierten Quartal 2008 als zur Veräusserung gehaltene Aktiven aufgegebenen Geschäftsbereiche beziehungsweise zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten aufgegebenen Geschäftsbereiche ausgewiesen. Aktiven und Verbindlichkeiten werden in jener Periode, in welcher der Verkaufsentscheid getätigt wurde, als zur Veräusserung gehaltene Aktiven und Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen umklassiert. Vorperioden werden nicht angepasst.

Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

	2011	2010	2009
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)			
Nettoertrag	-	(19)	56
Total Aufwand	-	0	(167)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen vor Steuern	-	(19)	(111)
Veräusserungsgewinn	-	0	261 ¹
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	-	0	(19)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	-	(19)	169

¹ Stellt den Nettogewinn aus der Dekonsolidierung von Tochtergesellschaften dar. Die Gruppe behält keine Beteiligung an den vormaligen Tochtergesellschaften.

5 Segmentinformationen

Die Gruppe ist ein weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz. Das Bankgeschäft der Gruppe ist in drei Segmente gegliedert: Private Banking, Investment Banking und Asset Management. Diese drei Segmente werden ergänzt durch den Bereich Shared Services, der die Segmente in den Bereichen Finance, Operations, Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie unterstützt.

Die Segmentsberichterstattung reflektiert die Segmente der Gruppe wie folgt:

- Das Private Banking bietet eine umfassende Palette an Beratungsdienstleistungen und ein breites Angebot an Vermögensverwaltungslösungen an, einschliesslich Vorsorgeplanung, Lebensversicherungsprodukten, Steuerplanung sowie Vermögens- und Erbschaftsberatung, die auf die Bedürfnisse von sehr vermögenden Kunden (high-

net-worth individuals) und äusserst vermögenden Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI) weltweit massgeschneidert sind. In der Schweiz bietet das Private Banking Privatkunden, einschliesslich wohlhabender Kunden (affluent individuals), sehr vermögenden Kunden und äusserst vermögenden Kunden, sowie Unternehmen und Institutionen Bankprodukte und -dienstleistungen an.

- Das Investment Banking bietet Unternehmen, institutionellen Investoren und staatlichen Körperschaften auf der ganzen Welt Investment-Banking- und Wertschriftenprodukte und -dienstleistungen an. Zu den Produkten und Dienstleistungen gehören Wertschriftenemissionen, -verkauf und -handel, Beratung zu Fusionen und Übernahmen, Veräusserungen, Unternehmensverkäufe, Umstrukturierungen und Investment Research.

- Das Asset Management bietet Institutionen, staatlichen Körperschaften und Privatkunden integrierte Anlagelösungen und -dienstleistungen an. Es verschafft aufgrund seiner globalen Stärke in alternativen und traditionellen Anlagen Zugang zu einer umfassenden Palette von Anlagekategorien.

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft wie Finanzierungen der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen, die nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Erfolge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Minderheitsanteilen aufgrund der Konsolidierung von gewissen Private Equity Funds und anderen Gesellschaften, in denen die Gruppe keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung an solchem Aufwand und Ertrag hat, werden als Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung ausgewiesen. Die Konsolidierung dieser Gesellschaften hat keine Auswirkungen auf den den Aktionären zurechenbaren Reingewinn, da die unter Nettoertrag und Geschäftsaufwand verbuchten Beträge durch entsprechende als Minderheitsanteile ausgewiesene Beträge neutralisiert werden. Zudem hat dieser Ertrag und Aufwand keinen Einfluss auf den Steueraufwand der Gruppe.

Allokation segmentsübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentsübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Gewinnvereinbarungen die Zuteilung der Gewinne oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Gewinnaufteilungs- und Kostenzuteilungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, einschliesslich

Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie, erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Die Gruppe bewirtschaftet ihr Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch Credit Suisse AG (die Bank), die schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, emittiert. Die Bank leiht ihren Konzern- und Tochtergesellschaften den Bedürfnissen entsprechend vorrangig oder nachrangig Gelder aus. Letzteres in der Regel, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten, oder je nach Wunsch der Geschäftsleitung, um Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Den Segmenten wird auf der Grundlage von Faktoren wie vorgeschriebene Eigenkapitalanforderungen, verwendetes Economic Capital und vergangene und künftig zu erwartende Kapitalrendite Kapital zur Verfügung gestellt.

Der interne Refinanzierungsaufwand wird jedem Segment in Abhängigkeit des von ihm genutzten Kapitals zugeordnet und basiert auf marktgerechten Preisen. Unser Transferpreissystem ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Auch die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzpositionen wie Goodwill, die nicht von den einzelnen Geschäftsbereichen gesteuert werden können, werden auf die Geschäftsbereiche verteilt. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten von angespannten Kapitalmärkten, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Steuern

Die Segmente der Gruppe werden auf vorsteuerlicher Basis verwaltet.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern

	2011	2010	2009
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Private Banking	10 877	11 631	11 662
Investment Banking	11 496	16 214	20 537
Asset Management	2 146	2 332	1 842
Corporate Center	910	448	(424)
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	796	761	(323)
Nettoertrag	26 225	31 386	33 294
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Private Banking	2 348	3 426	3 651
Investment Banking	79	3 531	6 845
Asset Management	553	503	35
Corporate Center	(231)	(660)	(1 948)
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	712	687	(506)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 461	7 487	8 077

Total Aktiven

	2011	2010
Ende		
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Private Banking	350 955	337 496
Investment Banking	804 420	803 613
Asset Management	28 667	27 986
Corporate Center ¹	(139 626)	(143 945)
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	4 749	6 855
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005

¹ Mit dem zentralen Treasury-Modell ergibt die Gruppenfinanzierung zwischen den Segmenten Intra-Gruppen-Salden. Die Elimination dieser Guthaben und Verbindlichkeiten erfolgt im Corporate Center.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern nach Regionen

	2011	2010	2009
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Schweiz	8 584	9 185	10 383
Europa, Naher Osten und Afrika	6 490	7 411	6 641
Nord- und Südamerika	9 417	12 844	13 876
Asien-Pazifik	1 734	1 946	2 394
Nettoertrag	26 225	31 386	33 294
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	455	1 734	2 383
Europa, Naher Osten und Afrika	1 313	1 519	649
Nord- und Südamerika	2 613	5 036	5 234
Asien-Pazifik	(920)	(802)	(189)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 461	7 487	8 077

Die Zuweisung des Nettoertrags und des Ergebnisses fortzuführender Geschäftsbereiche vor Steuern basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Transaktionen verbucht. Diese Darstellung widerspiegelt nicht die Führungsorganisation der Gruppe.

Total Aktiven nach Regionen

Ende	2011	2010
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Schweiz	214 552	185 102
Europa, Naher Osten und Afrika	277 783	271 001
Nord- und Südamerika	469 294	476 808
Asien-Pazifik	87 536	99 094
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005

Die Zuweisung des Totals Aktiven nach Regionen basiert auf dem Kundendomizil.

6 Zinserfolg

	2011	2010	2009
Zinserfolg (in Mio. CHF)			
Ausleihungen	4 889	5 268	6 275
Anlagen in Wertschriften	97	95	243
Handelsbestände	11 695	14 056	13 333
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	3 265	2 666	3 079
Sonstige	3 056	3 448	2 358
Zins- und Dividendenertrag	23 002	25 533	25 288
Einlagen	(1 694)	(1 601)	(2 970)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(69)	(63)	(248)
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	(7 125)	(9 011)	(7 362)
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(1 621)	(1 637)	(2 261)
Langfristige Verbindlichkeiten	(5 659)	(6 333)	(5 031)
Sonstige	(401)	(347)	(525)
Zinsaufwand	(16 569)	(18 992)	(18 397)
Zinserfolg	6 433	6 541	6 891

7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag

	2011	2010	2009
Kommissions- und Dienstleistungsertrag (in Mio. CHF)			
Kreditgeschäft	1 296	1 455	1 048
Vermögensverwaltung und Portfoliomanagement	4 070	4 316	4 289
Sonstige Wertschriftengeschäfte	90	75	136
Vermögensverwaltung, Portfoliomanagement und sonstige Wertschriftengeschäfte	4 160	4 391	4 425
Emissionsgeschäft	1 479	2 125	2 375
Kundenhandel	4 066	3 953	4 102
Emissionsgeschäft und Kundenhandel	5 545	6 078	6 477
Sonstige Dienstleistungen	1 951	2 154	1 800
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	12 952	14 078	13 750

8 Handelserfolg

	2011	2010	2009
Handelserfolg (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	6 794	5 866	9 850
Fremdwährungsprodukte	(4 433)	2 258	314
Beteiligungs-/Indexprodukte	1 644	2 211	4 427
Kreditprodukte	522	(1 644)	(3 971)
Rohstoffe, Emissions- und Energieprodukte	361	323	560
Sonstige Produkte	132	324	971
Total	5 020	9 338	12 151

Stellt den Ertrag auf Produktbasis dar, was nicht repräsentativ für das Geschäftsergebnis innerhalb der Segmente ist, da die Segmentergebnisse Finanzinstrumente verschiedener Produkttypen enthalten.

Der Handelserfolg beinhaltet Erträge aus dem Handel mit folgenden finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten:

- Aktien;
- Rohstoffe;
- börsengehandelte und ◊OTC-Derivate;
- ◊Derivate im Zusammenhang mit Hedgefonds-Dachfonds sowie Derivate, die diesen Dachfonds Finanzierungsfazilitäten bieten;
- Market-Making in Staatsanleihen und zugehörigen OTC-Derivat-Swap-Märkten;
- inländische Schuldtitel von Unternehmen und Staaten, wandelbare und Vorzugsaktien sowie Wertschriften mit kurzer Laufzeit wie variabel verzinsliche Schuldtitel und ◊Commercial Paper (CP);
- Market-Making und Positionierung in Fremdwährungsprodukten;
- Kreditderivate auf Investment-Grade- und hochverzinsliche Ausleihungen;
- Handel und Verbriefung von Wertschriften aller Art auf Basis von Portfolios verschiedener Vermögenswerte sowie
- erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts).

Der Handelserfolg umfasst auch Schwankungen der ◊Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, für die gemäss US GAAP die Bewertung zum Fair Value gewählt wurde. Zu den wichtigsten Bestandteilen zählen bestimmte Instrumente aus folgenden Kategorien:

- erworbene/verkaufte Zentralbankmittel;
- erworbene/verkaufte Wertschriften im Rahmen von ◊Reverse Repo-/◊Repo-Geschäften;
- Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing)
- Ausleihungen und Zusagen von Ausleihungen sowie
- Kundeneinlagen, kurzfristige Mittelaufnahmen und langfristige Schuldtitel.

Steuerung der Risiken

Die breite Produkt- und Marktdiversifikation der Gruppe bedingt eine breite Palette verschiedener Handelsstrategien. Die Risikopositionen sind sowohl geografisch als auch nach Risikofaktoren diversifiziert. Die Gruppe verwendet ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um ihre Gesamtrisiken zu mindern. Die von den einzelnen Divisionen eingegangenen Risiken werden durch verschiedene spezifische Limiten zusätzlich begrenzt. Hierzu zählen auch konsolidierte Kontrollen der Risiken aus Handelsbeständen. Zur Steuerung ihres Gesamtrisikos nutzt die Gruppe zudem ein Portfolio von wirtschaftlichen Absicherungsgeschäften (Economic Hedges). Diese Absicherungen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertschriften durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Sie können zu Gewinnen oder Verlusten auf den Absicherungen führen, welche die Verluste oder Gewinne aus den auf diesem Weg wirtschaftlich abgesicherten Beständen ausgleichen. Die Gruppe steuert ihr Risiko aus Handelsgeschäften sowohl im Hinblick auf Markt- als auch auf Kreditrisiken. Die Steuerung des Marktrisikos umfasst Kalkulationsmethoden, die gruppenweit vergleichbare Risiken erfassen, sowie spezialisierte Kalkulationen, die in der Lage sind, produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften zu modellieren.

Grundsätzlich werden Handelsbestände sowie die meisten Instrumente, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, mit dem ◊Value-at-Risk-Ansatz gemessen. Die Gruppe hält Wertschriften als Sicherheiten und schliesst ◊Credit Default Swaps (CDS) ab, um das mit diesen Produkten verbundene Kreditrisiko zu mindern.

9 Sonstiger Ertrag

	2011	2010	2009
Sonstiger Ertrag (in Mio. CHF)			
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	701	737	(523)
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	(4)	(84)	(287)
Zur Veräusserung gehaltene Sachanlagen und immaterielle Werte	(40)	(176)	24
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	141	209	120
Sonstige Anlagen	457	170	549
Sonstige	565	573	619
Sonstiger Ertrag	1 820	1 429	502

10 Rückstellung für Kreditrisiken

	2011	2010	2009
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)			
Rückstellung für Kreditverluste	141	(93)	315
Rückstellung für kreditbezogene und sonstige Risiken	46	14	191
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506

11 Personalaufwand

	2011	2010	2009
Personalaufwand (in Mio. CHF)			
Saläre und variable Vergütung	11 474	12 481	13 412
Sozialversicherung	865	928	1 015
Sonstige ¹	874	1 190	586
Personalaufwand	13 213 ²	14 599	15 013

¹ Enthält für die Jahre 2011, 2010 und 2009 einen Aufwand für Vorsorgepläne und andere Leistungen für Mitarbeiter im Ruhestand von CHF 610 Mio., CHF 483 Mio. beziehungsweise CHF 347 Mio. und die britische Bonussteuer von CHF 404 Mio. für 2010. ² Enthält Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütungen von CHF 715 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

12 Sachaufwand

	2011	2010	2009
Sachaufwand (in Mio. CHF)			
Mietaufwand und Unterhalt	1 132	1 191	1 190
EDV, Maschinen usw.	1 452	1 348	1 230
Rückstellungen und Verluste	704	533	1 457
Reisen und Repräsentation	443	473	448
Professionelle Dienstleistungen	2 074	2 176	1 835
Amortisation und Wertberichtigung sonstiger immaterieller Werte	30	35	49
Sonstige	1 537	1 475	1 492
Sachaufwand	7 372	7 231	7 701

13 Ergebnis pro Aktie

	2011	2010	2009
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn (in Mio. CHF)			
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 953	5 117	6 555
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	0	(19)	169
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 953	5 098	6 724
Dividenden aus Vorzugspapieren	(216)	(162)	(131)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des unverwässerten Ergebnisses pro Aktie	1 737	4 936	6 593
Zur Verfügung der Stammaktien	1 640	4 670	6 204
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	97	266	389
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie	1 737	4 936	6 593
Zur Verfügung der Stammaktien	1 640	4 671	6 214
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	97	265	379
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien (in Mio.)			
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes Ergebnis pro Stammaktien	1 198.5	1 194.8	1 174.2
Verwässernde Aktienoptionen und Optionsscheine	2.9	5.9	6.3
Verwässernde Aktienansprüche	5.3	0.4	29.5
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für verwässertes Ergebnis pro Stammaktien¹	1 206.7	1 201.1	1 210.0
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes/verwässertes Ergebnis pro Aktie für nichterworbene Ansprüche aus aktienbasierter Vergütung	72.6	67.4	73.9
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.37	3.93	5.14
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.00	(0.02)	0.14
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	1.37	3.91	5.28
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.36	3.91	5.01
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.00	(0.02)	0.13
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	1.36	3.89	5.14

¹ Der gewichtete Durchschnitt potenzieller Stammaktien in Bezug auf Instrumente, die für die jeweiligen Perioden nicht verwässernd wirkten (und deshalb in der oben gezeigten Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie nicht berücksichtigt sind), aber in Zukunft das Ergebnis pro Aktie verwässern könnten, betrug für die Jahre 2011, 2010 und 2009 37,3 Mio., 50,2 Mio. beziehungsweise 57,3 Mio.

14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte

Ende	2011	2010
Wertschriftenleihen und Reverse-Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Reverse-Repo-Geschäften	172 184	148 962
Bezahlte Barhinterlagen für geborgte Wertschriften	64 779	71 481
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	236 963	220 443
Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Repo-Geschäften	161 220	147 878
Erhaltene Barhinterlagen für ausgeliehene Wertschriften	15 339	20 516
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	176 559	168 394

◦Repo- und ◦Reverse-Repo-Geschäfte stellen besicherte Finanztransaktionen dar, die eingegangen werden, um Zinsertrag zu generieren, die Liquidität zu erhöhen oder Handelsaktivitäten zu ermöglichen. Diese Instrumente werden vorwiegend durch Staatsanleihen, Geldmarktpapiere und Unternehmensanleihen besichert, mit einer Laufzeit über Nacht bis zu einem längeren oder nicht näher spezifizierten Zeitraum.

Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Grundsätzlich verkaufte oder verpfändete die Gruppe per 31. Dezember 2011 und 2010 alle als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, bei welchen sie das Recht zum Verkauf beziehungsweise zur Weiterverpfändung hat.

15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Ende	2011	2010
Handelsbestände (in Mio. CHF)		
Schuldtitle	145 035	154 555
Beteiligungstitel ¹	66 904	102 941
Derivative Instrumente ²	52 548	47 744
Sonstige	15 066	19 464
Handelsbestände	279 553	324 704
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen (in Mio. CHF)		
Leerverkäufe	67 639	76 094
Derivative Instrumente ²	60 121	57 903
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	127 760	133 997

¹ Einschliesslich Wandelanleihen. ² Beträge nach Verrechnung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten

Ende	2011	2010
Forderungen aus Barsicherheiten (in Mio. CHF)		
Mit Derivatpositionen verrechnete Forderungen	36 474	28 500
Nicht verrechnete Forderungen ¹	15 809	14 987
Total	52 283	43 487
Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten (in Mio. CHF)		
Mit Derivatpositionen verrechnete Verbindlichkeiten	37 639	29 238
Nicht verrechnete Verbindlichkeiten ¹	11 934	14 428
Total	49 573	43 666

¹ Als Barsicherheit für derivative Instrumente ausgewiesen; siehe «Anhang 22 – Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten».

16 Anlagen in Wertschriften

Ende	2011	2010
Anlagen in Wertschriften (in Mio. CHF)		
Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit	2	452
Wertschriften – zur Veräusserung verfügbar	5 158	7 945
Total Anlagen in Wertschriften	5 160	8 397

Art der Anlagen in Wertschriften

Ende	Fortge- schriebene Anschaf- fungskosten	Unreali- sierte Gewinne, brutto	Unreali- sierte Verluste, brutto	Fair Value
2011 (in Mio. CHF)				
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	2	0	0	2
Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit	2	0	0	2
Schuldtitle, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	321	27	0	348
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	3 211	121	12	3 320
Schuldtitle von Unternehmen	778	18	5	791
Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	587	20	0	607
Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar	4 897	186	17	5 066
Banken, Stiftungen und Versicherungsgesellschaften	67	9	0	76
Industrie und Sonstige	15	1	0	16
Beteiligungstitel – zur Veräusserung verfügbar	82	10	0	92
Wertschriften – zur Veräusserung verfügbar	4 979	196	17	5 158
2010 (in Mio. CHF)				
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	452	0	0	452
Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit	452	0	0	452
Schuldtitle, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	267	15	0	282
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	5 975	233	2	6 206
Schuldtitle von Unternehmen	969	19	4	984
Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	371	13	1	383
Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar	7 582	280	7	7 855
Banken, Stiftungen und Versicherungsgesellschaften	69	10	0	79
Industrie und Sonstige	10	1	0	11
Beteiligungstitel – zur Veräusserung verfügbar	79	11	0	90
Wertschriften – zur Veräusserung verfügbar	7 661	291	7	7 945

Unrealisierter Bruttoverlust auf Anlagen in Wertschriften und zugehöriger Fair Value

	Weniger als 12 Monate		12 Monate oder länger		Total	
	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto
Ende						
2011 (in Mio. CHF)						
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	100	2	40	10	140	12
Schuldtitle von Unternehmen	81	2	17	3	98	5
Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar	181	4	57	13	238	17
2010 (in Mio. CHF)						
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	88	2	0	0	88	2
Schuldtitle von Unternehmen	88	1	37	3	125	4
Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	64	1	0	0	64	1
Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar	240	4	37	3	277	7

Das Management geht davon aus, dass die unrealisierten Verluste auf Schuldtitlen vorwiegend auf Schwankungen der allgemeinen Marktzinsen, der Kreditrisikoprämien oder der Wechselkurse zurückzuführen sind. Es wurden keine bedeutenden Wertberichtigungen verbucht, da die Gruppe nicht die

Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass sie genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, was möglicherweise bis zum Verfall der Anlagen dauern kann.

Erlös aus Verkäufen, realisierte Gewinne und realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften

	Schuldtitle			Beteiligungstitel		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Zusätzliche Informationen (in Mio. CHF)						
Verkaufserlös	2 117	985	723	1	3	168
Realisierte Gewinne	40	5	17	0	0	22
Realisierte Verluste	(22)	(11)	(14)	0	0	(1)

Fortgeschriebene Anschaffungskosten, Fair Value und durchschnittliche Rendite der Schuldtitle

	Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit			Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar		
	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Fair Value	Durchschnittliche Rendite (in %)	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Fair Value	Durchschnittliche Rendite (in %)
Ende						
2011 (in Mio. CHF)						
Fällig innerhalb eines Jahres	2	2	5.06	1 833	1 856	3.22
Fällig in 1 bis 5 Jahren	0	0	–	2 459	2 578	3.13
Fällig in 5 bis 10 Jahren	0	0	–	456	472	2.45
Fällig nach 10 Jahren	0	0	–	149	160	3.23
Total Schuldtitle	2	2	5.06	4 897	5 066	3.10

17 Sonstige Anlagen

Ende	2011	2010
Sonstige Anlagen (in Mio. CHF)		
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	2 542	3 954
Nicht marktgängige Beteiligungstitel ¹	7 879	10 157
Anlagen in Immobilien	783	476
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen ²	2 022	1 895
Total sonstige Anlagen	13 226	16 482

¹ Enthält Anlagen in Private Equity, Hedgefonds und Aktien mit Verfügungsbeschränkung, wie auch bestimmte Anlagen in nicht marktgängige kollektive Kapitalanlagen, auf welche die Gruppe weder einen bedeutenden Einfluss hat noch eine beherrschende Kontrolle ausübt. ² Enthält erworbene Lebensversicherungspolicen, bewertet nach der Investitionsmethode, und SPIA-Verträge.

Nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Investmentgesellschaften betrachtet werden, werden demzufolge von eigenständigen Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», sind. Weiter werden nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Broker-Dealer-Rechtseinheiten betrachtet werden, von separaten Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», sind. In den nicht marktgängigen Beteiligungstiteln sind Anlagen in Rechtseinheiten enthalten, die regelmässig den Nettoinventarwert pro Aktie oder einen entsprechenden Wert berechnen.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen zu solchen Anlagen.

Der überwiegende Teil der nicht marktgängigen Beteiligungstitel wird zum Fair Value bilanziert. Es gab keine wesentlichen nicht marktgängigen Beteiligungstitel, welche nicht zum Fair Value bilanziert werden, die sich in einer dauernden Verlustposition befanden.

Die Gruppe führt regelmässig Analysen zur Werthaltigkeit ihres Immobilienportfolios durch. Der Buchwert der wertverminderten Liegenschaften wurde auf den entsprechenden Fair Value abgeschrieben, welcher als neue Kostenbasis diente. Für diese Liegenschaften wurde der Fair Value anhand einer Analyse der diskontierten Cashflows oder anhand von externen Liegenschaftenschätzungen ermittelt. 2011 wurde eine Wertberichtigung von CHF 3 Mio. verbucht. 2010 und 2009 wurden keine Wertberichtigungen verbucht.

Die kumulierte Abschreibung auf Anlagen in Immobilien betrug in den Jahren 2011, 2010 und 2009 CHF 327 Mio., CHF 321 Mio. beziehungsweise CHF 375 Mio.

18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» sowie «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkredite, Lombardkredite beziehungsweise Privatkredite unterteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klasse Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen unterteilt.

Die Unterscheidung der Klassen erfolgt in erster Linie anhand der Kundensegmentierung in den beiden Geschäftsddivisionen Private Banking und Investment Banking, die sich mit dem Kreditgeschäft befassen.

Die Gruppe weist jeder Kreditposition sowohl ein Gegenpartei- als auch ein Transaktionsrating zu. Das Gegenpartei-rating berücksichtigt die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) einer Gegenpartei. Das Transaktionsrating berücksichtigt den erwarteten Verlust einer Transaktion im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei unter Einbezug der erhaltenen Sicherheiten. Das Kreditrisiko wird individuell pro Schuldner beziehungsweise Kreditposition sowie auf Portfolioebene gemäss den einzelnen Klassen von Ausleihungen beurteilt und überwacht. Das Gegenpartei-risiko wird mittels Kreditlimiten gesteuert.

Ausleihungen

Ende	2011	2010
Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Hypothekarkredite	88 255	84 625
Lombardkredite	26 461	24 552
Privatkredite	6 695	5 708
Privatkunden	121 411	114 885
Immobilien	25 185	23 362
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	59 998	54 673
Finanzinstitute	25 373	24 764
Regierungen und öffentliche Institutionen	2 390	2 207
Unternehmen & Institutionelle	112 946	105 006
Ausleihungen, brutto	234 357	219 891
davon zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert	213 663	201 339
davon zum Fair Value bilanziert	20 694	18 552
(Unrealisierter Ertrag)/Abgegrenzter Aufwand, netto	(34)	(32)
Wertberichtigung für Kreditverluste	(910)	(1 017)
Ausleihungen, netto	233 413	218 842
Ausleihungen nach Ort, brutto (in Mio. CHF)		
Schweiz	146 737	138 989
Ausland	87 620	80 902
Ausleihungen, brutto	234 357	219 891
Portfolio gefährdeter Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Notleidende Ausleihungen	758	961
Zinslos gestellte Ausleihungen	262	340
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	1 020	1 301
Restrukturierte Ausleihungen	18	52
Potenzielle Problemausleihungen	680	510
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	698	562
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 718	1 863

Wertberichtigung für Kreditverluste

	2011		2010	2009
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Total
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)				
Bestand zu Beginn der Periode	279	738	1 017	1 395
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	87	54	141	(93)
Bruttoabschreibungen	(124)	(175)	(299)	(294)
Wiedereingänge	39	2	41	63
Nettoabschreibungen	(85)	(173)	(258)	(231)
Rückstellungen für Zinsen	2	12	14	2
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	6	(10)	(4)	(56)
Bestand am Ende der Periode	289	621	910	1 395

Wertberichtigung für Kreditverluste und Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto, nach Kreditportfolio

	2011		2010	2009
Ende	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle
	Total	Total	Total	Total

Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)

Bestand am Ende der Periode	289	621	910	279	738	1 017	1 395
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	222	428	650	210	539	749	984
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	67	193	260	69	199	268	411

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto (in Mio. CHF)

Bestand am Ende der Periode	121 401	92 262	213 663	114 879	86 460	201 339	–
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	605	942	1 547	634	1 017	1 651	–
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	120 796	91 320	212 116	114 245	85 443	199 688	–

Käufe, Umklassierungen und Verkäufe

	2011		2010	2009
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Total
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (in Mio. CHF)				
Käufe	–	4 121	4 121	4 121
Umklassierungen in zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ¹	–	1 363	1 363	1 363
Verkäufe ¹	–	1 117	1 117	1 117

¹ Alle zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten gehaltenen Ausleihungen, die verkauft werden, werden am oder vor dem Datum des Verkaufs in die zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen umklassiert.

Kreditqualität von zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen

Die Geschäftsleitung überwacht die Kreditqualität von Ausleihungen mit Hilfe ihrer strukturierten Kreditrisikomanagementprozesse zur einheitlichen Beurteilung, Quantifizierung, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der gewährten Ausleihungen, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Die Geschäftsleitung bezieht zahlreiche Faktoren in die Beurteilung der Kreditqualität der Ausleihungen ein. Dazu zählen unter anderem die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Änderungen der Ratings, der Umfang potenzieller Verluste, interne Risikoratings sowie geografische, branchenbezogene und andere wirtschaftliche Faktoren. Zur Offenlegung der Kreditqualität verwendet die Gruppe interne Risikoratings als Kreditqualitätsindikatoren.

Die Gruppe verwendet eine Reihe von Kreditratings, um ihre Gegenparteien intern zu bewerten. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Kreditnehmer oder Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden anhand intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Interne Ratings werden für alle Ausleihungen vergeben und widerspiegeln die interne Einschätzung der Gruppe in Bezug auf die Kreditqualität des Kreditnehmers. Interne Ratings können von externen Ratings einer Gegenpartei abweichen, sofern externe Ratings überhaupt vorhanden sind. Die internen Ratings werden mindestens jährlich überprüft. Zur Berechnung von internen Risikoschätzungen und der risikogewichteten Aktiven wird jeder Ausleihung eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit anhand

des internen Kreditratings ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen Ausfallerfahrung mit Hilfe externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) wie auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunfteien) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte sind vollumfänglich besichert; im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Die Gruppe betreibt das Risikomanagement für diese Instrumente auf Basis des Werts der gestellten Sicherheiten, anders als bei Ausleihungen, bei welchen das Risikomanagement auf Basis der Rückzahlungsfähigkeit der Gegenpartei erfolgt. Daher ist die Deckung durch Sicherheiten der am besten geeignete Indikator für die Kreditqualität bei Reverse-Repo-Geschäften. Darüber hinaus hat sich die Gruppe bei den meisten ihrer Reverse-Repo-Geschäfte für die Fair-Value-Option entschieden. Die Reverse-Repo-Geschäfte werden daher in den folgenden Tabellen nicht ausgewiesen.

Die folgenden Tabellen zeigen den verbuchten Kostenwert (Recorded Investment) der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen der Gruppe nach internen Gegenpartei-kreditratings, die für diese Offenlegung als Indikatoren für die Kreditqualität verwendet werden, sowie eine Altersstruktur der entsprechenden Ausleihungen.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto, nach internen Gegenpartearatings

Ende	AAA	AA	A	BBB	BB	B	CCC	CC	C	D	Total
2011 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	166	637	8 837	55 222	22 368	763	18	19	0	225	88 255
Lombardkredite	1	18	397	24 089	1 793	88	0	2	0	73	26 461
Privatkredite	1	5	51	3 234	2 187	524	58	9	316	300	6 685
Privatkunden	168	660	9 285	82 545	26 348	1 375	76	30	316	598	121 401
Immobilien	341	204	1 241	12 476	10 277	312	0	3	0	60	24 914
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	409	242	1 755	21 182	20 091	3 128	179	27	121	714	47 848
Finanzinstitute	3 906	2 098	3 333	5 549	1 890	760	3	43	0	132	17 714
Regierungen und öffentliche Institutionen	119	88	355	484	160	104	470	0	0	6	1 786
Unternehmen & Institutionelle	4 775	2 632	6 684	39 691	32 418	4 304	652	73	121	912	92 262
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	4 943	3 292	15 969	122 236	58 766	5 679	728	103	437	1 510	213 663
Wert der Sicherheiten ¹	3 938	1 751	14 176	112 505	48 100	3 171	119	86	9	871	184 726
2010 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	147	1 267	10 206	48 270	23 499	949	29	3	0	255	84 625
Lombardkredite	1	69	355	22 547	1 495	28	0	0	0	57	24 552
Privatkredite	1	3	114	2 340	2 065	522	51	28	266	312	5 702
Privatkunden	149	1 339	10 675	73 157	27 059	1 499	80	31	266	624	114 879
Immobilien	25	278	1 955	9 758	10 496	499	0	0	0	77	23 088
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	351	714	1 926	21 008	16 190	3 085	102	239	162	765	44 542
Finanzinstitute	2 183	2 742	1 635	7 143	2 047	1 305	0	0	20	106	17 181
Regierungen und öffentliche Institutionen	119	157	235	464	91	60	517	0	0	6	1 649
Unternehmen & Institutionelle	2 678	3 891	5 751	38 373	28 824	4 949	619	239	182	954	86 460
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	2 827	5 230	16 426	111 530	55 883	6 448	699	270	448	1 578	201 339
Wert der Sicherheiten ¹	2 490	3 792	14 125	103 362	47 813	3 991	76	0	8	740	176 397

¹ Enthält den Wert von Sicherheiten bis zum Betrag der entsprechenden ausstehenden Ausleihungen. Für Hypothekarforderungen entsprechen die Werte der Sicherheiten üblicherweise den Werten im Zeitpunkt der Kreditvergabe.

Wert der Sicherheiten

Im Private Banking wird der Wert aller Sicherheiten für Ausleihungen regelmässig entsprechend unseren Weisungen und Richtlinien zum Risikomanagement überprüft, wobei das maximale Überprüfungsintervall von der Marktliquidität, der Markttransparenz und den Schätzungskosten bestimmt wird. So werden beispielsweise gehandelte Wertschriften täglich neu bewertet und Liegenschaftswerte unter Berücksichtigung der Merkmale des Kreditnehmers, der aktuellen Entwicklungen im entsprechenden Immobilienmarkt und des gegenwärtigen Kreditrisikos des Kreditnehmers mit einem Überprüfungsintervall von über einem Jahr geschätzt. Bei erheblichen Änderungen der Kreditrisikoposition des Kreditnehmers, in volatilen Märkten oder in Zeiten, in denen das allgemeine Marktrisiko zunimmt, kann der Wert der Sicherheiten häufiger geschätzt werden. Es liegt im Ermessen des Managements, zu beurteilen, ob die Volatilität der Märkte oder eine Zunahme des all-

gemeinen Marktrisikos eine häufigere Anpassung des Werts der Sicherheiten rechtfertigen. Zusätzlich zur Analyse externer Prognosen, zu Szenariotechniken und makroökonomischen Untersuchungen werden auch Veränderungen bei den überwachten Risikokennzahlen, die sich statistisch von den historischen Erfahrungswerten unterscheiden, berücksichtigt. Bei gefährdeten Ausleihungen wird der Fair Value der Sicherheiten innerhalb von 90 Tagen nach der Feststellung des Wertberichtigungsbedarfs ermittelt und danach regelmässig durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe im Zuge der Überprüfung der Werthaltigkeit neu bewertet.

Im Investment Banking sind nur wenige Ausleihungen von der Deckung durch Sicherheiten abhängig. Bei diesen Ausleihungen wird der Wert der Sicherheiten mindestens jährlich geschätzt oder wenn ein für die Ausleiher relevantes Ereignis eintritt.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto – Altersstruktur

Ende	Fortlaufend				Überfällig		Total
		Bis 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	Mehr als 90 Tage	Total	
2011 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	88 016	48	12	6	173	239	88 255
Lombardkredite	26 254	180	11	3	13	207	26 461
Privatkredite	5 886	496	86	50	167	799	6 685
Privatkunden	120 156	724	109	59	353	1 245	121 401
Immobilien	24 840	41	3	1	29	74	24 914
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	47 085	454	90	50	169	763	47 848
Finanzinstitute	17 550	78	2	48	36	164	17 714
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 785	1	0	0	0	1	1 786
Unternehmen & Institutionelle	91 260	574	95	99	234	1 002	92 262
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	211 416	1 298	204	158	587	2 247	213 663
2010 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	84 305	81	16	18	205	320	84 625
Lombardkredite	24 421	100	10	2	19	131	24 552
Privatkredite	5 032	393	83	28	166	670	5 702
Privatkunden	113 758	574	109	48	390	1 121	114 879
Immobilien	23 004	39	0	1	44	84	23 088
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	43 267	736	96	43	400	1 275	44 542
Finanzinstitute	17 028	125	4	0	24	153	17 181
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 645	3	1	0	0	4	1 649
Unternehmen & Institutionelle	84 944	903	101	44	468	1 516	86 460
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	198 702	1 477	210	92	858	2 637	201 339

Gefährdete Ausleihungen nach Kategorien, brutto

Ende	Notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen			Sonstige gefährdete Ausleihungen			Total
	Notleidende Ausleihungen	Zinslos gestellte Ausleihungen	Total	Restrukturierte Ausleihungen	Potenzielle Problem-ausleihungen	Total	
2011 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	176	14	190	1	73	74	264
Lombardkredite	27	13	40	0	46	46	86
Privatkredite	262	28	290	0	25	25	315
Privatkunden	465	55	520	1	144	145	665
Immobilien	29	7	36	0	24	24	60
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	215	129	344	17	454	471	815
Finanzinstitute	49	65	114	0	58	58	172
Regierungen und öffentliche Institutionen	0	6	6	0	0	0	6
Unternehmen & Institutionelle	293	207	500	17	536	553	1 053
Gefährdete Ausleihungen, brutto	758	262	1 020	18	680	698	1 718
2010 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	208	22	230	0	74	74	304
Lombardkredite	40	19	59	0	1	1	60
Privatkredite	282	30	312	0	4	4	316
Privatkunden	530	71	601	0	79	79	680
Immobilien	55	13	68	0	15	15	83
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	353	207	560	52	339	391	951
Finanzinstitute	23	43	66	0	77	77	143
Regierungen und öffentliche Institutionen	0	6	6	0	0	0	6
Unternehmen & Institutionelle	431	269	700	52	431	483	1 183
Gefährdete Ausleihungen, brutto	961	340	1 301	52	510	562	1 863

Gefährdete Ausleihungen

Kategorien gefährdeter Ausleihungen

Eine Ausleiherung wird spätestens dann als notleidend eingestuft, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 90 Tage ausstehend sind. Von dieser Regel ausgenommen sind Wohnbauhypotheken in Subprime-Qualität, welche als notleidend eingestuft werden, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 120 Tage ausstehend sind. Im Wesentlichen alle unsere Wohnbauhypotheken der Subprime-Qualität werden zur Verbriefung gehalten. Die zusätzlichen 30 Tage stellen sicher, dass diese Ausleihungen im Zeitraum der Übertragung ihrer Verwaltungsrechte nicht fälschlicherweise als notleidend klassiert werden. Das Management kann aber einen Kredit auch dann als notleidend einstufen, wenn die vertraglich vereinbarten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen weniger als 90 Tage oder, im Falle der Wohnbauhypotheken der Subprime-Qualität, weniger als 120 Tage ausstehend sind. Im Zeitpunkt der Klassierung als notleidende Ausleiherung wird für abgegrenzte ausstehende

Zinsen eine Rückstellung in entsprechender Höhe gebildet und der konsolidierten Erfolgsrechnung belastet. Die Gruppe belastet aber zu Inkassozwecken weiterhin Zinsen auf den Ausleihungen, der entsprechende Betrag wird jedoch zurückgestellt, so dass kein Zinsertrag entsteht. Der verbleibende Kapitalbetrag wird danach mindestens jährlich auf seine Einbringlichkeit hin überprüft; falls nötig wird eine Rückstellung gebildet.

Eine Ausleiherung kann in einem weiteren Schritt zinslos gestellt werden, wenn der Eingang der Zinsen derart zweifelhaft ist, dass ihre Abgrenzung als nicht mehr sinnvoll erachtet wird. Zu diesem Zeitpunkt und danach in mindestens vierteljährlichen Abständen – abhängig von verschiedenen Risikofaktoren – wird der verbleibende Kapitalbetrag nach Abzug bereits erfasster Rückstellungen auf seine Einbringlichkeit überprüft. Gegebenenfalls werden zusätzliche Rückstellungen gebildet.

Notleidende Ausleihungen und zinslos gestellte Ausleihungen können grundsätzlich erst wieder als nicht gefährdete Ausleihungen klassiert werden, wenn die überfälligen Kapitalbeträge und Zinsen wieder fristgerecht gemäss den Bestim-

mungen der Kreditvereinbarung bedient und bestimmte weitere Leistungskriterien erfüllt wurden.

Zinsen von notleidenden und zinslos gestellten Ausleihungen werden unter Anwendung der Cash-Methode oder der Cost-Recovery-Methode oder mittels einer Kombination der beiden Methoden erfasst.

Ausleihungen, die noch nicht als notleidend oder zinslos geführt werden, aber in einer Umschuldung modifiziert wurden, werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen. In der Regel wären restrukturierte Ausleihungen vor der Restrukturierung als gefährdet eingestuft worden, wobei eine entsprechende Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet worden wäre. Im Rahmen von Umschuldungen modifizierte Ausleihungen werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen, bis das Geschäftsjahr endet, in dem die betreffende Anpassung vorgenommen wurde, solange mit der restrukturierten Ausleiherung eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gemäss der Restrukturierungsvereinbarung verbunden ist oder bis die zum Zeitpunkt der Restrukturierung angewendeten Zinszugeständnisse enden. Um zu ermitteln, ob ein Zinszugeständnis gewährt wurde, werden die Marktzinsen für Ausleihungen mit vergleichbarem Risiko an Kreditnehmer mit derselben Kreditqualität berücksichtigt. Für Ausleihungen, die im Rahmen einer Umschuldung restrukturiert wurden und gemäss den neuen Bedingungen Schuldendienst leisten, werden weiterhin Zinsen abgegrenzt. Restrukturierungen von Ausleihungen umfassen gegebenenfalls die Entgegennahme von Vermögenswerten zur Begleichung des Kredits, die Änderung der Kreditbedingungen (beispielsweise Zinssenkung, Verlängerung der Laufzeiten mit Zinsen, die niedriger als die aktuellen Marktzinsen für neue Kredite mit ähnlichen Risiken sind, oder die Reduktion des Kapitalbetrags und/oder abgegrenzter Zinsbeträge) oder eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten. 2011 waren die Anzahl der Restrukturierungen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sowie die Anzahl der Kreditausfälle und die damit verbundenen Bilanzwerte von in den letzten 12 Monaten restrukturierten Ausleihungen unwesentlich.

Potenzielle Problemausleihungen sind gefährdete Ausleihungen, die noch nicht als notleidend, zinslos gestellt oder restrukturiert eingestuft wurden und bei welchen die vertraglich vereinbarten Zahlungen bisher wie vereinbart eingegangen sind. Allerdings bestehen bei diesen Ausleihungen Zweifel bezüglich der Einbringlichkeit der zukünftigen vertraglich vereinbarten Zahlungen. Potenzielle Problemausleihungen werden einzeln auf Wertberichtigungsbedarf geprüft; gegebenenfalls wird eine Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet. Für

potenzielle Problemausleihungen werden weiterhin Zinsen abgegrenzt.

Die Amortisation von Kreditgebühren oder -kosten (netto) auf gefährdeten Ausleihungen wird in der Regel während des Zeitraums eingestellt, in welchem der fällige und nicht bezahlte Zins oder Kapitalbetrag aussteht. Falls der ausstehende Kreditbetrag bei Kreditrückzahlung nicht vollständig eingebracht werden kann, wird für den nicht eingegangenen Betrag falls notwendig eine Wertberichtigung gebildet, worauf der Kredit nach Abzug abgegrenzter Kreditgebühren und -kosten ausgebucht wird.

Eine Ausleiherung wird ausgebucht, wenn als sicher gilt, dass der ausstehende Kapitalbetrag nicht mehr eingebracht werden kann. Im Investment Banking wird eine Ausleiherung auf ihren Nettobuchwert abgeschrieben, sobald die für sie gebildete Rückstellung 80% ihres Nominalwerts übersteigt, ausser wenn mit einer Rückzahlung der Ausleiherung innerhalb der nächsten zwei Quartale gerechnet wird. Im Private Banking erfolgen Ausbuchungen aufgrund einer individuellen Beurteilung der Gegenpartei durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe, wenn feststeht, dass Teile einer Ausleiherung nicht einbringbar sind. Bei besicherten Ausleihungen wird die Sicherheit beurteilt und das ungedeckte Engagement ausgebucht. Ausbuchungen auf unbesicherte Ausleihungen hängen von der Fähigkeit des Kreditnehmers ab, die ausstehende Ausleiherung aus dem frei verfügbaren Cashflow zurückzuzahlen. Die Gruppe prüft die Einbringbarkeit der gewährten Ausleihungen, wenn ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen voraussichtlich nicht oder nur teilweise oder nur mit Unterstützung Dritter nachkommt. Anpassungen werden unter Berücksichtigung des geschätzten realisierbaren Werts der Ausleiherung oder allfälliger Sicherheiten vorgenommen. Auslöser für eine Beurteilung der Bonität eines Kreditnehmers und dessen Absorptionfähigkeit negativer Entwicklungen sind zum Beispiel i) ein Verzug bei Zins- oder Kapitalzahlungen von mehr als 90 Tagen, ii) ein Verzicht der Gruppe auf Zinsen oder Kapital, iii) eine Zinslosstellung der Ausleiherung, iv) die Einbringung der Schuld durch Pfändung, Konkursbetreibung oder Verwertung der Sicherheit oder v) die Insolvenz des Kreditnehmers. Anhand einer solchen Beurteilung prüft das Kreditrisikomanagement der Gruppe individuell und laufend die Notwendigkeit von Ausbuchungen.

Der Wiedereingang vormals abgeschriebener und ausgebuchter Ausleihungen wird zum Geldbetrag oder zum geschätzten Fair Value anderer erhaltener Werte erfasst.

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto

Ende	2011			2010		
	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	217	206	41	270	256	50
Lombardkredite	85	83	50	60	52	50
Privatkredite	303	288	131	304	290	110
Privatkunden	605	577	222	634	598	210
Immobilien	46	38	20	80	67	34
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	734	709	318	794	733	407
Finanzinstitute	156	154	84	137	135	92
Regierungen und öffentliche Institutionen	6	5	6	6	4	6
Unternehmen & Institutionelle	942	906	428	1 017	939	539
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 547	1 483	650	1 651	1 537	749
Hypothekarkredite	46	46	–	34	34	–
Lombardkredite	1	1	–	0	0	–
Privatkredite	13	13	–	12	12	–
Privatkunden	60	60	–	46	46	–
Immobilien	15	15	–	3	3	–
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	80	80	–	157	156	–
Finanzinstitute	16	16	–	6	6	–
Unternehmen & Institutionelle	111	111	–	166	165	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	171	171	–	212	211	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 718	1 654	650	1 863	1 748	749
davon Privatkundenkredite	665	637	222	680	644	210
davon Ausleihungen an Unternehmen und Institutionelle	1 053	1 017	428	1 183	1 104	539

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (Fortsetzung)

	2011			2010		
	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmter Zinsertrag	Vereinnehmter Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmter Zinsertrag	Vereinnehmter Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	222	1	0	275	2	2
Lombardkredite	82	1	0	60	1	0
Privatkredite	276	2	1	319	8	4
Privatkunden	580	4	1	654	11	6
Immobilien	47	1	1	77	1	1
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	871	7	6	771	6	5
Finanzinstitute	160	0	0	153	0	0
Regierungen und öffentliche Institutionen	6	0	0	6	0	0
Unternehmen & Institutionelle	1 084	8	7	1 007	7	6
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 664	12	8	1 661	18	12
Hypothekarkredite	94	0	0	98	0	0
Lombardkredite	4	0	0	3	0	0
Privatkredite	19	0	0	14	0	0
Privatkunden	117	0	0	115	0	0
Immobilien	74	5	5	14	0	0
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	149	1	0	255	0	0
Finanzinstitute	19	0	0	6	0	0
Unternehmen & Institutionelle	242	6	5	275	0	0
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	359	6	5	390	0	0
Gefährdete Ausleihungen, brutto	2 023	18	13	2 051	18	12
davon Privatkundenkredite	697	4	1	769	11	6
davon Ausleihungen an Unternehmen und Institutionelle	1 326	14	12	1 282	7	6

Einzelwertberichtigung für gefährdete Ausleihungen

Die Gruppe betrachtet eine Ausleiherung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Die Gruppe führt eine gründliche Überprüfung und Analyse gefährdeter Ausleihungen durch. Dabei berücksichtigt sie Faktoren wie Wiedereingangs- und Ausstiegsmöglichkeiten sowie die Sicherheiten und das Gegenpartearisiko. Alle gefährdeten Ausleihungen werden grundsätzlich individuell beurteilt. Bei Privatkundenkrediten ist der Auslöser für die Erkennung einer gefährdeten Ausleiherung die Nichtbezahlung von Zinsen. Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden mindestens jährlich anhand der Jahresrechnung des Kreditnehmers und allfälliger Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten überprüft. Ausleihungen, die nicht gefährdet sind, aber aufgrund von Änderungen an Kreditklauseln, Herabstufungen des

Ratings, negativen Finanzmeldungen und anderen ungünstigen Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit erfordern, werden auf eine Überwachungsliste gesetzt. Alle Ausleihungen auf der Überwachungsliste werden mindestens vierteljährlich daraufhin überprüft, ob sie dem Recovery-Management der Gruppe übergeben werden sollen. Ab diesem Zeitpunkt werden sie vierteljährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Wird eine einzelne Ausleiherung bei einer spezifischen Überprüfung als gefährdet eingestuft, wird die Einzelwertberichtigung gemäss angemessener Schätzung der Kreditverluste per Ende der Berichtsperiode ermittelt. Danach wird die Wertberichtigung abhängig von dem Risikoprofil des Kreditnehmers oder kreditrelevanten Ereignissen mindestens jährlich vom Kreditrisikomanagement der Gruppe überprüft. Bei gewissen gefährdeten Ausleihungen, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus prak-

tischen Gründen anhand des beobachtbaren Marktpreises einer Ausleihung ermittelt werden. Wird der Barwert geschätzter zukünftiger Cashflows genutzt, werden die gefährdete Ausleihung und die entsprechende Einzelwertberichtigung mindestens vierteljährlich neu bewertet, um den Ablauf der Zeit zu berücksichtigen. Für gefährdete Kredite, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

Kreditverpflichtungen im Rahmen von Umschuldungen

Per 31. Dezember 2011 und 2010 hatte die Gruppe keine wesentlichen Verpflichtungen, weitere Kredite an Schuldner zu gewähren, bei welchen die Kreditbedingungen im Rahmen der Umschuldung von Problemkrediten modifiziert worden sind.

19 Liegenschaften und Einrichtungen

Ende	2011	2010
Liegenschaften und Einrichtungen (in Mio. CHF)		
Gebäude und Einbauten	4 060	3 944
Grundstücke	872	882
Einbauten in Mietobjekte	2 241	1 958
Software	4 614	3 801
Einrichtungen	3 188	3 092
Liegenschaften und Einrichtungen	14 975	13 677
Kumulierte Abschreibungen	(7 782)	(6 952)
Total Liegenschaften und Einrichtungen, netto	7 193	6 725

Abschreibungen und Wertberichtigungen

	2011	2010	2009
in Mio. CHF			
Abschreibungen	1 078	1 115	1 019
Wertberichtigungen	87	16	45

2011 wurde die geschätzte Nutzungsdauer für Einbauten in Mietobjekten und Gebäuden in der Schweiz infolge einer Schätzungsanpassung von fünf auf zehn Jahre erhöht. Diese

Schätzungsanpassung per 1. Januar 2011 führte insgesamt zu einem Rückgang des Abschreibungsaufwands von CHF 64 Mio. (CHF 56 Mio. nach Steuern).

20 Goodwill und sonstige immaterielle Werte

Goodwill

Ende	2011								2010
	Private Banking	Investment Banking	Asset Management	Credit Suisse Group	Private Banking	Investment Banking	Asset Management	Credit Suisse Group	
Bruttobetrag Goodwill (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	749	6 429	1 489	8 667	789	6 925	1 635	9 349	
Fremdwährungsumrechnungseinfluss	(8)	16	(4)	4	(40)	(496)	(145)	(681)	
Sonstige	2	0	0	2	0	0	(1)	(1)	
Bestand am Ende der Periode	743	6 445	1 485	8 673	749	6 429	1 489	8 667	
Kumulierte Wertberichtigungen (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	0	82	0	82	0	82	0	82	
Bestand am Ende der Periode	0	82	0	82	0	82	0	82	
Nettobuchwert (in Mio. CHF)									
Nettobuchwert	743	6 363	1 485	8 591	749	6 347	1 489	8 585	

In Übereinstimmung mit US GAAP prüft die Gruppe laufend, ob ein auslösendes Ereignis stattgefunden hat. Per 31. Dezember 2011 lag die Marktkapitalisierung der Gruppe unter dem Buchwert und per 31. Dezember 2010 lag die Marktkapitalisierung der Gruppe über dem Buchwert.

Zur Schätzung des Fair Value ihrer Berichtseinheiten verwendete die Gruppe generell einen marktorientierten Ansatz, der zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt.

Die Bestimmung des Fair Value basierte auf dem dreijährigen strategischen Geschäftsplan der Gruppe, welcher wesentliche Annahmen und Schätzungen des Managements bezüglich der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Bedingungen und regulatorischen Veränderungen enthält.

Auf der Grundlage ihrer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwills per 31. Dezember 2011 kam die Gruppe zu dem Schluss, dass der geschätzte Fair Value der vier Berichterstattungseinheiten in ihren Segmenten Private Banking und Asset Management den entsprechenden Bilanzwert wesentlich überstieg und per 31. Dezember 2011 keine Wertberichtigung notwendig war.

Auch für die Berichterstattungseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Bilanzwert um 9% überstieg. Das Risiko einer zukünftigen Wertberichtigung des Goodwills dieser Berichterstattungseinheit ist aber gestiegen, da die Bewertung der Berichterstattungseinheit stark mit den Wirtschafts- und

Finanzmarktbedingungen, Handelsaktivitäten und der Investitionstätigkeit der Kunden und dem regulatorischen Umfeld, in dem sie tätig ist, korreliert. Wir haben einen unabhängigen Bewertungsspezialisten beauftragt, uns bei der Bewertung der Berichterstattungseinheit per 31. Dezember 2011 unter Verwendung einer Kombination des marktorientierten und ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows einer Berichterstattungseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwills der Berichterstattungseinheit Investment Banking würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden für die Bewertung der Berichterstattungseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnte die Gruppe in Zukunft gezwungen sein, eine wesentliche Wertberichtigung auf dem im Investment Banking erfassten Goodwill von CHF 6 363 Mio. vorzunehmen.

Im Zuge verschiedener Akquisitionen hat die Gruppe Goodwill als Aktivum in der konsolidierten Bilanz verbucht. Die

bedeutendste Komponente stammt aus der Akquisition von Donaldson, Lufkin & Jenrette Inc. im Jahr 2000. Im Jahr 2011 und 2010 hat die Gruppe keine Akquisitionen von

Gesellschaften abgeschlossen, deren Konsolidierung Goodwill generierte.

Sonstige immaterielle Werte

Ende	2011			2010		
	Anschaftungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert	Anschaftungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert
Sonstige immaterielle Werte (in Mio. CHF)						
Handelsmarken	26	(21)	5	26	(21)	5
Kundenbeziehungen	369	(193)	176	377	(168)	209
Sonstige	7	(1)	6	0	0	0
Total amortisierende sonstige immaterielle Werte	402	(215)	187	403	(189)	214
Nicht amortisierende sonstige immaterielle Werte	101	–	101	98	–	98
davon Hypothekenverwaltungsrechte zum Fair Value	70	–	70	66	–	66
Total sonstige immaterielle Werte	503	(215)	288	501	(189)	312

Weitere Informationen

	2011	2010	2009
Gesamtbetrag der Amortisationen und Wertberichtigungen (in Mio. CHF)			
Gesamtbetrag der Amortisationen	30	34	42
Wertberichtigungen	0	1	7

Geschätzte Amortisationen

Geschätzte Amortisation (in Mio. CHF)	
2012	27
2013	24
2014	23
2015	22
2016	18

21 Erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts)

2011	Innert 1 Jahr	Innert 1–2 Jahren	Innert 2–3 Jahren	Innert 3–4 Jahren	Innert 4–5 Jahren	Später	Total
Fair-Value-Methode¹							
Anzahl Policen	563	986	1 943	2 005	2 330	614	8 441
Buchwert (in Mio. CHF)	19	32	59	68	67	550	795
Versicherungswert (in Mio. CHF)	20	35	67	88	94	2 580	2 884
Investitionsmethode							
Anzahl Policen	–	–	–	–	–	8	8
Buchwert (in Mio. CHF)	–	–	–	–	–	54	54
Versicherungswert (in Mio. CHF)	–	–	–	–	–	74	74
2010							
Fair-Value-Methode¹							
Anzahl Policen	929	500	1 002	1 789	1 850	2 804	8 874
Buchwert (in Mio. CHF)	30	27	42	80	134	545	858
Versicherungswert (in Mio. CHF)	31	51	67	137	316	2 877	3 479
Investitionsmethode							
Anzahl Policen	–	–	–	–	–	8	8
Buchwert (in Mio. CHF)	–	–	–	–	–	51	51
Versicherungswert (in Mio. CHF)	–	–	–	–	–	70	70

¹ Zeitbänder stellen Lebenserwartung dar.

Realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste auf zum Fair Value ausgewiesenen erworbenen Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts)

	2011	2010	2009
in Mio. CHF			
Realisierte Gewinne/(Verluste)	12	44	(39)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste)	(30)	(105)	(8)

Bei den Lebensversicherungspolizen, welche per 31. Dezember 2011 gemäss der Investitionsmethode erfasst wurden, werden für keines der nächsten fünf Jahre Zahlungen für Lebensversicherungsprämien erwartet.

Zur Fair-Value-Berechnung für erworbene Lebensversicherungspolizen ist die Schätzung der Sterblichkeitsraten zentral. Individuelle Sterblichkeitsraten werden üblicherweise durch die Multiplikation einer Grundsterblichkeitskurve für die allgemein

versicherte Population (berechnet von einem Berufsverband der Aktuare) mit einem individuellen, spezifischen Multiplikator berechnet. Die Ermittlung dieser Multiplikatoren basiert auf Informationen externer Anbieter von Daten zur Lebenserwartung prüfen, die Familiengeschichte erfassen und weitere Faktoren zur Berechnung der geschätzten Lebenserwartung heranziehen.

22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten

Ende	2011	2010
Sonstige Aktiven (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	15 809	14 987
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	2 083	1 792
Derivative Instrumente zur Absicherung	3 706	2 733
Zur Veräusserung gehaltene Aktiven	21 205	26 886
davon Ausleihungen ¹	20 457	24 925
davon Immobilien	732	1 946
Aktiven bankinterner Sondervermögen	14 407	13 815
Zinsforderungen und Kommissionen	6 090	5 158
Latente Steuerguthaben	8 939	9 417
Aktive Rechnungsabgrenzungen	601	452
Nicht als Kauf qualifizierende Transaktionen	1 513	1 279
Sonstige	3 943	3 066
Sonstige Aktiven	78 296	79 585
Sonstige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	11 934	14 428
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	1 002	20
Derivative Instrumente zur Absicherung	1 998	1 203
Rückstellungen ²	1 113	1 724
davon Ausserbilanzrisiken	65	552
Verbindlichkeiten bankinterner Sondervermögen	14 407	13 815
Zinsverbindlichkeiten und Kommissionen	7 142	6 798
Laufende Steuerverbindlichkeiten	767	1 137
Latente Steuerverbindlichkeiten	429	412
Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen	6 888	7 354
Sonstige	17 537	15 323
Sonstige Verbindlichkeiten	63 217	62 214

¹ Per 31. Dezember 2011 und 2010 waren Ausleihungen mit Verfügungsbeschränkung von CHF 6 299 Mio. beziehungsweise CHF 7 818 Mio. enthalten, welche als Sicherheiten für besicherte Anleihen dienten, sowie in Stiftungen gehaltene Ausleihungen von CHF 1 386 Mio. beziehungsweise CHF 1 223 Mio., welche konsolidiert wurden, da sie unter US GAAP nicht als Verkäufe qualifizierten. ² Enthält Rückstellungen für Überbrückungsverpflichtungen.

23 Einlagen

Ende	2011			2010		
	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland	Total
Einlagen (in Mio. CHF)						
Nicht zinstragende Sichteinlagen	11 446	4 218	15 664	11 088	3 044	14 132
Zinstragende Sichteinlagen	113 403	19 626	133 029	100 414	17 625	118 039
Spareinlagen	54 395	38	54 433	53 242	27	53 269
Termineinlagen	16 841	133 581	150 422 ¹	19 036	120 581	139 617 ¹
Total Einlagen	196 085	157 463	353 548 ²	183 780	141 277	325 057 ²
davon Verbindlichkeiten gegenüber Banken	–	–	40 147	–	–	37 493
davon Kundeneinlagen	–	–	313 401	–	–	287 564

Die Zuweisung der Einlagen auf die Schweiz und das Ausland basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Einlage verbucht.

¹ Per 31. Dezember 2011 und 2010 waren individuelle Termineinlagen im Betrag von mindestens USD 100 000 (zum entsprechenden Betrag in Schweizer Franken) von CHF 149 985 Mio. beziehungsweise CHF 139 150 Mio. enthalten, welche in der Schweiz oder durch ausländische Geschäftsstellen abgeschlossen wurden. ² Per 31. Dezember 2011 und 2010 nicht enthalten waren CHF 51 Mio. beziehungsweise CHF 48 Mio. überzogene Einlagenkonten, die in die Ausleihungen umklassiert wurden.

24 Langfristige Verbindlichkeiten

Ende	2011	2010
Langfristige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Vorrangige	123 632	130 792
Nachrangige	24 165	23 221
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs	14 858	19 739
Langfristige Verbindlichkeiten	162 655	173 752
davon zum Fair Value ausgewiesen	70 366	83 692
davon strukturierte Schuldtitel	35 726	37 990

Die gesamten langfristigen Verbindlichkeiten bestehen aus von Treasury durchgeführten Anleihenemissionen, ohne derivative Eigenschaften (gewöhnliche Anleihen), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die in der nachstehenden Tabelle dargestellten Zinssatzbandbreiten beruhen auf den vertraglich festgelegten Bedin-

gungen für die gewöhnlichen Anleihen der Gruppe. Die Zinssatzbandbreiten für zukünftige Couponzahlungen von strukturierten Produkten, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden in der nachstehenden Tabelle nicht berücksichtigt, da die betreffenden Coupons von den eingebetteten Derivaten und den bei Fälligkeit der Coupons vorherrschenden Marktbedingungen abhängen. Zudem wird auch die Wirkung der zur Absicherung eingesetzten Derivate nicht in den Zinssatzbandbreiten der zugehörigen Schuldtitel berücksichtigt.

Langfristige Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten

Ende	2012	2013	2014	2015	2016	Später	Total
Konzernobergesellschaft der Gruppe (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	–	–	–	–	–	387	387
Zinssatz (in %) ¹	–	–	–	–	–	7.3	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	164	–	–	218	–	675	1 057
Zinssätze (in %) ¹	3.2	–	–	8.5	–	7.0	–
Subtotal – Konzernobergesellschaft der Gruppe	164	–	–	218	–	1 062	1 444
Tochtergesellschaften (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	11 937	14 088	10 178	12 190	4 284	21 700	74 377
Variabler Zinssatz	12 458	10 465	7 703	4 130	3 806	10 306	48 868
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.0–16.0	0.0–13.6	0.0–13.7	0.0–13.2	0.0–12.5	0.0–7.1	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	120	3 664	121	1 149	39	17 172	22 265
Variabler Zinssatz	–	–	–	20	–	823	843
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	4.4–8.0	3.7–7.9	–	3.6–10.3	4.8	0.0–13.1	–
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs							
Fester Zinssatz	129	2	–	399	2	948	1 480
Variabler Zinssatz	538	17	369	625	1 451	10 378	13 378
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.0–2.7	–	0.0–13.2	0.0–12.6	0.0–12.8	0.0–11.3	–
Subtotal – Tochtergesellschaften	25 182	28 236	18 371	18 513	9 582	61 327	161 211
Total langfristige Verbindlichkeiten	25 346	28 236	18 371	18 731	9 582	62 389	162 655
davon strukturierte Schuldtitel	9 224	5 079	5 303	4 202	3 374	8 544	35 726

¹ Nicht enthalten sind strukturierte Schuldtitel, für welche die Fair-Value-Option angewendet wurde, weil die zugehörigen Coupons von den eingebetteten Derivaten und vorherrschenden Marktbedingungen zum Zeitpunkt der Auszahlung eines jeden Coupons abhängen.

Die Gruppe und die Bank führen bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) ein sogenanntes Shelf-Registration-Dokument, in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vorrangige und nachrangige Schuldtitel, Optionsscheine und zugehörige Garantien ausgeben dürfen. Das Shelf-Registration-Dokument erlaubt es bestimmten Tochtergesellschaften der Gruppe auch, durch die Gruppe garantierte umtauschbare oder wandelbare Schuldtitel auszugeben, die in Stammaktien der Gruppe umgetauscht oder gewandelt werden können.

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für weitere Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften.

Die Gruppe unterhält ein Euro-Programm für mittelfristige Schuldtitel (Euro Medium Term Note Program), in dessen Rahmen sie selbst, gewisse Finanztochtergesellschaften (mit Garantie der Gruppe) und die Bank vor- und nachrangige Schuldtitel ausgeben können.

Die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine Finanztochtergesellschaft der Gruppe, unterhält ein sogenanntes Samurai-Shelf-Registration-Dokument über JPY 500 Mia., in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vor- und nachrangige Schuldtitel mit Garantie der Gruppe ausgeben kann.

25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung

	Gewinne/ (Verluste) aus Cash- flow-Absi- cherungen	Kumulierte Währungs- umrech- nungsdif- ferenzen	Unreali- sierte Gewinne/ (Verluste) aus Wert- schriften	Versiche- rungsma- themati- sche Gewinne/ (Verluste)	Nachzu- verrech- nende Dienstzeit- gutschrift/ (-aufwand)	Kumu- lierte erfolgs- neutrale Eigen- kapital- verände- rung
2011 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(33)	(11 470)	117	(3 136)	(33)	(14 555)
Zunahme/(Abnahme)	(5)	(324)	6	(720)	383	(660)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund nach der Equity-Methode bewerteter Beteiligungen	(1)	0	0	0	0	(1)
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	(27)	16	(24)	105	12	82
Bestand am Ende der Periode	(66)	(11 778)	99	(3 751)	362	(15 134)
2010 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(41)	(8 770)	110	(2 891)	(46)	(11 638)
Zunahme/(Abnahme)	46	(2 822)	0	(338)	0	(3 114)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund nach der Equity-Methode bewerteter Beteiligungen	(15)	0	1	0	0	(14)
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	(23)	(13)	6	93	13	76
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Rechnungslegung, nach Steuern	0	135	0	0	0	135
Bestand am Ende der Periode	(33)	(11 470)	117	(3 136)	(33)	(14 555)
2009 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(145)	(8 211)	63	(2 543)	(103)	(10 939)
Zunahme/(Abnahme)	30	(609)	62	(368)	30	(855)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund nach der Equity-Methode bewerteter Beteiligungen	87	0	0	0	0	87
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	(13)	50	(15)	20	27	69
Bestand am Ende der Periode	(41)	(8 770)	110	(2 891)	(46)	(11 638)

Siehe «Anhang 26 – Steuern» und «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» für den Ertragsteueraufwand/(-vorteil) auf den Bewegungen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen.

26 Steuern

Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern in der Schweiz und im Ausland

	2011	2010	2009
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	455	1 734	2 383
Ausland	3 006	5 753	5 694
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 461	7 487	8 077

Einzelheiten zu laufenden und latenten Ertragsteuern

	2011	2010	2009
Laufende und latente Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	38	81	203
Ausland	437	243	757
Laufender Steueraufwand	475	324	960
Schweiz	(176)	(149)	87
Ausland	372	1 373	788
Latenter Ertragsteueraufwand	196	1 224	875
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835
Ertragsteueraufwand/(-vorteil) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)
Im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesener Ertragsteueraufwand/(-vorteil), bezogen auf:			
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	(4)	4	0
Kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen	16	32	(164)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	12	(2)	16
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(172)	(82)	(116)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), netto	105	3	15
Aktienbasierte Vergütung und eigene Aktien	256	(671)	(176)

Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern

	2011	2010	2009
Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern (in Mio. CHF)			
Ertragsteueraufwand, berechnet zum statutarischen Steuersatz von 22%	761	1 647	1 777
Zu-/ (Abnahme) der Ertragsteuern – Begründung			
Steuersatzunterschiede	(40)	519	882
Nicht absetzbare Amortisation von sonstigen immateriellen Werten und Wertberichtigungen auf Goodwill	0	1	3
Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen	447	623	540
Zusätzlicher steuerbarer Ertrag	8	22	71
Niedriger besteuertes Einkommen ¹	(479)	(775)	(694)
Von Minderheitsanteilen zu versteuernde Erträge	(289)	(278)	313
Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen	172	119	3
Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen ¹	471	54	(123)
Sonstige ¹	(380)	(384)	(937)
Ertragsteueraufwand	671	1 548	1 835

¹ Erklärung findet sich nachstehend.

Niedriger besteuertes Einkommen

Das Jahr 2011 enthielt einen Steuervorteil von CHF 55 Mio. aufgrund der Auswirkung der Bewertungsreduktion auf der Beteiligung an einer Tochtergesellschaft auf die Schweizer Steuer.

Die Jahre 2011 und 2010 enthielten einen Steuervorteil von CHF 116 Mio. beziehungsweise CHF 130 Mio. aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten, welche zur Deckung von geschätzten Rückforderungsmöglichkeiten aus Verlustverrechnungen für ausländische Filialen der Bank gebucht wurden.

Das Jahr 2010 enthielt einen Steuervorteil von CHF 380 Mio. aus dem Zusammenschluss von Rechtseinheiten aufgrund regulatorischer Bedenken bezüglich komplexer Holdingstrukturen.

Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen

Das Jahr 2011 enthielt eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 428 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen für drei Geschäftseinheiten der Gruppe, zwei in Grossbritannien und eine in Asien.

Die Jahre 2011, 2010 und 2009 enthielten einen Steuervorteil von CHF 7 Mio., CHF 199 Mio. beziehungsweise CHF 567 Mio. aus der Auflösung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben für eine Geschäftseinheit der Gruppe in den USA. Der Steuervorteil im Jahr 2009 wurde teilweise durch eine Nettoerhöhung der Wertberichtigung von CHF 433 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen kompensiert.

Das Jahr 2010 enthielt eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 193 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen für eine Geschäftseinheit der Gruppe in Grossbritannien.

Sonstige

Das Jahr 2011 enthielt einen Steuervorteil von CHF 261 Mio. aus einer Erhöhung der latenten Steuerguthaben in zwei Geschäftseinheiten der Gruppe, eine in der Schweiz und eine in den USA.

Die Jahre 2011, 2010 und 2009 enthielten einen Betrag von CHF 123 Mio., CHF 301 Mio. beziehungsweise CHF 156 Mio. aus der Auflösung von Rückstellungen für Steuerrisiken nach vorteilhaften Abschlüssen von Steuerangelegenheiten.

Das Jahr 2009 enthielt einen Fremdwährungsgewinn von CHF 460 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, die in britischen Gesellschaften gebucht wurden. Die Fremdwährungsbewegung entstand auf steuerlichen Verlustvorträgen, die in britischen Pfund gebucht wurden, was von der Bilanzwährung (Functional Currency) der berichtserstattenden Einheiten abweicht. Das im Verlauf von 2009 in Kraft getretene britische Steuerrecht hatte zur Folge, dass diese Fremdwährungsbewegungen künftig aufgehoben werden.

Das Jahr 2009 enthielt einen Steuervorteil von CHF 91 Mio. aus einer Erhöhung der latenten Steuerguthaben auf steuerlichen Verlustvorträgen, welcher durch eine Erhöhung der Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen im gleichen Umfang ausgeglichen wurde.

Per 31. Dezember 2011 verfügte die Gruppe über zurückbehaltene aufgelaufene Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften in Höhe von CHF 8,4 Mia. Es wurden hierfür keine latenten Steuerverbindlichkeiten verbucht, da diese Erträge als auf unbestimmte Zeit wiederinvestiert betrachtet

werden. Der Betrag der nicht erfassten latenten Steuerverpflichtungen für diese zurückgehaltenen Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften lässt sich nicht sinnvoll ermitteln.

Details zu Steuereffekten temporärer Bewertungsdifferenzen

Ende	2011	2010
Steuereffekt temporärer Unterschiede (in Mio. CHF)		
Personalaufwand	2 262	2 239
Ausleihungen	392	602
Anlagen in Wertschriften	1 489	1 479
Rückstellungen	1 943	1 530
Unternehmenszusammenschlüsse	101	96
Derivate	395	269
Immobilien	212	200
Steuerliche Verlustvorträge, netto	7 294	7 211
Sonstige	178	143
Latente Steuerguthaben vor Wertberichtigung, brutto	14 266	13 769
Abzüglich Wertberichtigung	(2 690)	(2 264)
Latente Steuerguthaben nach Wertberichtigung, brutto	11 576	11 505
Personalaufwand	(129)	(62)
Ausleihungen	(147)	(136)
Anlagen in Wertschriften	(1 356)	(827)
Rückstellungen	(379)	(572)
Unternehmenszusammenschlüsse	(227)	(277)
Derivate	(392)	(420)
Leasing	(58)	(66)
Immobilien	(82)	(84)
Sonstige	(296)	(56)
Latente Steuerverbindlichkeiten, brutto	(3 066)	(2 500)
Latente Steuerguthaben, netto	8 510	9 005

Der Rückgang der latenten Nettosteuer Guthaben zwischen 2010 und 2011 um CHF 495 Mio. war hauptsächlich auf die Bildung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben, vorwiegend in Grossbritannien und Asien, in Höhe von CHF 419 Mio., eine Abschreibung von CHF 172 Mio. aufgrund von Änderungen des Körperschaftssteuersatzes in Grossbritannien und Japan und auf Fremdwährungsverluste in Höhe von CHF 37 Mio., die in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung als kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen erfasst werden, zurückzuführen. Dieser Rückgang wurde durch einen Anstieg der latenten Nettosteuer Guthaben von CHF 377 Mio. infolge einer Neubewertung der latenten Steuerbilanzen in der Schweiz und den USA teilweise kompensiert. Die restliche Veränderung, ein Rückgang der latenten Nettosteuer Guthaben von CHF 244 Mio., war

hauptsächlich auf temporäre Differenzen und steuerbare Erträge im Jahr 2011 zurückzuführen.

Der Grossteil der latenten Nettosteuer Guthaben wurde in den USA und Grossbritannien verzeichnet. Diese Guthaben gingen von CHF 8 406 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 302 Mio. per Ende 2010, auf CHF 7 766 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 643 Mio. per Ende 2011, zurück.

Aufgrund der Unsicherheit, ob die Gruppe in zukünftigen Perioden den notwendigen Betrag und die notwendige Zusammensetzung an steuerbaren Erträgen erzielen kann, wurde per 31. Dezember 2011 und 2010 eine Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben im Betrag von CHF 2,7 Mia. beziehungsweise CHF 2,3 Mia. gebildet.

Beträge und Verfalltermine für steuerliche Verlustvorträge

Ende 2011	Total
Steuerliche Verlustvorträge, netto (in Mio. CHF)	
Verfall innert 1 Jahr	31
Verfall in 2 bis 5 Jahren	8 331
Verfall in 6 bis 10 Jahren	3 664
Verfall in 11 bis 20 Jahren	8 199
Betrag mit Verfalldatum	20 225
Betrag ohne Verfalldatum	11 459
Total steuerliche Verlustvorträge, netto	31 684

Entwicklung der Wertberichtigungen auf latenten Steuerguthaben

	2011	2010	2009
Entwicklung der Wertberichtigung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	2 264	2 799	2 976
Veränderungen, netto	426	(535)	(177)
Bestand am Ende der Periode	2 690	2 264	2 799

Im Rahmen ihres üblichen Vorgehens führte die Gruppe eine detaillierte Beurteilung ihrer erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung ist von den Schätzungen und Annahmen des Managements, welche bei der Entwicklung der erwarteten zukünftigen Erträge zur Anwendung kommen, abhängig. Diese Entwicklung beruht auf einem strategischen Geschäftsplanungsprozess, der von den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen und den Annahmen bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen beeinflusst wird. Diese Annahmen sind Änderungen unterworfen. Diese Beurteilung berücksichtigte sowohl den positiven und negativen Nachweis bezüglich des erwarteten zukünftigen steuerbaren Gewinns, das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Bedeutung des Investment-Banking-Segments inner-

halb der integrierten Bank als auch die Veränderungen im Kerngeschäft der Gruppe und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Beurteilung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Nettosteuer-guthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Die Gruppe verglich darauf diese erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuer-gesetz gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge und das Schweizer Steuer-gesetz gewährt eine siebenjährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, während im britischen Steuer-gesetz die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge unbegrenzt ist.

Steuervorteile aus aktienbasierten Vergütungen

	2011	2010	2009
Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Steuervorteile	466	539	632
In der Kapitalreserve verbuchte Steuervorteile/(Steuer-nachbelastungen) aus Mitnahmeeffekten	(280)	615	179
Steuervorteile aus dividendensteuerähnlichen Zahlungen	2	26	0

- ▶ Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütungen» für weitere Informationen zu aktienbasierten Vergütungen.

Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke höher ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personal-

aufwand, bezeichnet man den damit verbundenen ausgeschöpften Steuervorteil als sogenannten Mitnahmeeffekt (Windfall Benefit). Mitnahmeeffekte werden erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht und in der konsolidierten Kapitalflussrechnung als Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke tiefer ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personalaufwand, bezeichnet man den damit verbundenen Steueraufwand als Steuernachbelastung (Shortfall). Der Steueraufwand aufgrund von Steuernachbelastungen wird erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht, solange die Steuernachbelastungen geringer sind als die kumulierten Mitnahmeeffekte. Ansonsten wird der Steueraufwand erfolgswirksam in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Mitnahmeeffekte und Dividendenäquivalente in den Jahren 2011 und 2010 von kumuliert CHF 1,1 Mia. beziehungsweise CHF 1,0 Mia. führten allerdings nicht zu einer Reduktion der Ertragsteuern, da einige Gesellschaften

steuerliche Verlustvorträge, netto, aufwiesen. Werden diese Ertragsteuervorteile realisiert, werden schätzungsweise CHF 278 Mio. erfolgsneutral in den Kapitalreserven erfasst.

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

US GAAP erfordert ein zweistufiges Vorgehen bei der Beurteilung von ungewissen Ertragsteuerpositionen. Im ersten Schritt entscheidet ein Unternehmen, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund aller zu ihr gehörigen technischen Aspekte mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse. Ertragsteuerpositionen, die diese 50%-Bedingung erfüllen, werden dann gemessen, um die Höhe des in der konsolidierten Jahresrechnung ausweisbaren Steuervorteils festzulegen. Jede Ertragsteuerposition wird mit dem höchsten Steuervorteilbetrag angesetzt, der mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% bei der Abrechnung realisiert wird.

Umrechnung des Anfangs- und Endbetrags nicht erfasster Steuervorteile, brutto

	2011	2010	2009
Entwicklung der nicht erfassten Steuervorteile, brutto (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	578	964	1 177
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in einer früheren Periode eingegangen wurden	54	53	17
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen einer früheren Periode	(177)	(286)	(198)
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in der laufenden Periode eingegangen wurden	30	39	17
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Vergleichen mit Steuerbehörden	(65)	(31)	(58)
Reduktion nicht erfasster Steuervorteile aufgrund Ablaufs der anwendbaren Verjährungsfristen	(19)	(91)	(6)
Sonstige (einschliesslich Fremdwährungsumrechnung)	(28)	(70)	15
Bestand am Ende der Periode	373	578	964
davon, falls erfasst, den effektiven Steuersatz beeinflussend	366	554	915

Zinsen und Strafen

	2011	2010	2009
Zinsen und Strafsteuern (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Zinsen und Strafsteuern	(19)	(43)	(15)
In der konsolidierten Bilanz erfasste Zinsen und Strafsteuern	86	209	272

Zinsen und Strafen werden als Steueraufwand erfasst. Die Gruppe ist derzeit Gegenstand laufender Steuerprüfungen und Abklärungen durch die Steuerbehörden in verschiedenen Ländern. Dazu zählen die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Obwohl der Zeitpunkt für den Abschluss dieser Prüfungen

nicht bekannt ist, ist es durchaus möglich, dass einige dieser Prüfungen und Abklärungen innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresabschlussdatum beendet sein werden.

Es ist durchaus möglich, dass die nicht erfassten Steuervorteile innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresab-

schlussdatum um einen Betrag zwischen null und CHF 26 Mio. herabgesetzt werden.

Die Gruppe bleibt ab den nachfolgenden Jahren für Prüfungen durch die Behörden auf nationaler, bundesstaatlicher,

Provinz- oder vergleichbarer lokaler Ebene in den nachfolgenden wichtigsten Ländern offen: Schweiz 2008; USA 2006; Japan 2005; Niederlande 2005 und Grossbritannien 2003.

27 Aufgeschobene Mitarbeitervergütungen

Die Gewährung von aufgeschobenen Vergütungen wird durch die Tätigkeit, die Rolle, den Standort sowie die erbrachte Leistung der einzelnen Mitarbeitenden bestimmt. Die Zuteilung dieser Vergütungen liegt, sofern keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, ausschliesslich im Ermessen des höheren Kaders. Spezielle aufgeschobene Vergütungen im Rahmen von vertraglichen Verpflichtungen richten sich im Allgemeinen an neu eingetretene Kadermitglieder und beziehen sich auf ein einziges, bestimmtes Jahr. Sie dienen zum Ausgleich für die beim Eintritt in die Gruppe verwirkten Ansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern. Grundsätzlich gewährt die Gruppe keine mehrjährigen vertragliche Verpflichtungen.

Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, die als aufgeschobene Vergütungen zugeteilt wurden, wird gemäss den spezifischen Bedingungen der einzelnen Ansprüche in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Die Erfassung des Vergütungsaufwands hängt in erster Linie von zukünftig erforderlichen Dienstjahren und der im Plan definierten Periode, in der Ansprüche erworben werden, den Regelungen bezüglich Frühpensionierung, Sperrfristen und weiteren Bestimmungen ab. Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, welche als aufgeschobene Vergütungen zugeteilt wurden, beinhaltet zudem die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien, für zukünftige Verwirkungen und Marktbewertungsanpassungen bei bestimmten Baransprüchen, die noch ausstehend sind.

Die folgenden Tabellen zeigen den Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungen, die im Jahr 2011 sowie in den Vorjahren zugeteilt und in den Jahren 2011, 2010 und 2009 in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wurden. Ausserdem zeigen sie die total ausgelieferten Aktien, den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungen aus dem Jahr 2011 und den Vorjahren, die per 31. Dezember 2011 ausstehend waren, und die verbleibende erforderliche Dienstzeit, in welcher der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand erfasst wird. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand basierte auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum Zuteilungsdatum und enthielt die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und für zukünftige Verwirkungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt. Der Vergütungsaufwand für die im Januar 2012 zugeteilten aufgeschobenen Vergütungen wird ab 2012 ausgewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf die konsolidierte Jahresrechnung für das Jahr 2011.

Die folgenden Tabellen zeigen den Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungen, die im Jahr 2011 sowie in den Vorjahren zugeteilt und in den Jahren 2011, 2010 und 2009 in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wurden. Ausserdem zeigen sie die total ausgelieferten Aktien, den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungen aus dem Jahr 2011 und den Vorjahren, die per 31. Dezember 2011 ausstehend waren, und die verbleibende erforderliche Dienstzeit, in welcher der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand erfasst wird. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand basierte auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum Zuteilungsdatum und enthielt die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und für zukünftige Verwirkungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt. Der Vergütungsaufwand für die im Januar 2012 zugeteilten aufgeschobenen Vergütungen wird ab 2012 ausgewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf die konsolidierte Jahresrechnung für das Jahr 2011.

Aufgeschobener Vergütungsaufwand

	2011	2010	2009
Aufgeschobener Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)			
Aktienansprüche	767	294	331
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche	1 106	963	–
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	253	–	–
Scaled Incentive Share Units	415	561	–
Incentive Share Units	174	723	1 526
Cash Retention Awards	0	578	822
Performance Incentive Plan (PIP I und PIP II) ¹	0	(1)	(21)
Partner-Asset-Facility-Ansprüche 2008 ²	3	45	629
Sonstige Baransprüche	334	422	431
Total aufgeschobener Vergütungsaufwand	3 052	3 585	3 718
Total ausgelieferte Aktien (in Mio.)			
Total ausgelieferte Aktien	24.2	47.3	39.1

¹ Enthält Rückerstattungen (Claw-backs). ² Entspricht der Veränderung des Fair Value der zugrunde liegenden indexierten Vermögenswerte während der Periode. Das Jahr 2009 enthielt auch den Erwerb der verbleibenden 33,3% im ersten Quartal.

Weitere Informationen

Ende	2011
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)	
Aktienansprüche	1 100
Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche	569
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	167
Scaled Incentive Share Units	211
Incentive Share Units	85
Sonstige Baransprüche	87
Total	2 219
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit (in Jahren)	
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit	1.5

Nicht enthalten ist der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand für Ansprüche, die im Jahr 2012 für das Jahr 2011 zugeteilt wurden.

Annahmen zum Fair Value der aktienbasierten Vergütung

Die Schätzung des Fair Value von aktienbasierter Vergütung, für welche kein unabhängiger, börsennotierter Kurs verfügbar ist, erfolgt am Zuteilungsdatum unter Verwendung von Bewertungstechniken und/oder Optionspreismodellen, welche die substantiellen Merkmale des zu bewertenden Instruments möglichst genau widerspiegeln. Die den Modellen zugrunde liegenden Annahmen basieren auf der aktuellen Markteinschätzung des Managements und auf den zum Zeitpunkt der Zuteilung verfügbaren historischen Informationen, welche die Marktteilnehmer voraussichtlich zur Festlegung des Kurses des zuzuteilenden Instruments verwenden würden.

Die zur Schätzung des Fair Value verwendeten Werte für die erwartete Volatilität basierten auf der implizierten Marktvolatilität von gehandelten Optionen auf Aktien der Gruppe,

deren historischer Volatilität sowie anderen relevanten Faktoren, welche Aufschluss darüber geben, inwiefern die zukünftige Entwicklung von der vergangenen abweichen könnte. Die erwarteten Dividendenzahlungen beruhen auf Annahmen zu den künftigen Geldflüssen aus Dividenden basierend auf den Erwartungen des Marktes. Der erwartete risikolose Zinssatz entsprach dem zum Zuteilungszeitpunkt gültigen London Interbank Offered Rate (LIBOR) für die erwartete Laufzeit des Anspruchs. Der LIBOR wurde als Ersatz zur Bestimmung des risikolosen Zinssatzes herangezogen, weil von der Schweizerischen Eidgenossenschaft keine Zero-Bonds emittiert werden. Die erwartete Laufzeit entsprach der Dauer, während derer die gewährten Ansprüche aller Voraussicht nach ausstehend sein würden, und berücksichtigte im Allgemeinen die vertragliche Laufzeit eines jeden Instruments.

Die folgende Tabelle zeigt wesentliche Annahmen zur Schätzung des Fair Value von Scaled Incentive Share Units (SISUs) und Incentive Share Units (ISUs), die 2010 und 2009

zugeteilt wurden und die auf dem jährlichen Prozess der aufgeschobenen Vergütung basieren.

Wesentliche Annahmen zur Schätzung des Fair Value

	2010		2009
	SISU	ISU	ISU
Wesentliche Annahmen zum Fair Value			
Erwartete Volatilität in %	33.42	33.52	62.97
Erwartete Dividendenzahlungen, in CHF			
2009	–	–	0.10
2010	1.45	1.45	0.60
2011	1.55	1.55	1.00
2012	1.65	1.65	–
2013	1.75	–	–
Erwarteter risikofreier Zinssatz in %	1.26	1.00	1.24
Erwartete Dauer in Jahren	4	3	3

Aktienansprüche

Die im Januar 2012 zugeteilten Aktienansprüche sind vergleichbar mit jenen, welche im Januar 2011 zugeteilt wurden. Sie werden allen Mitarbeitenden mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000 beziehungsweise dem entsprechenden Betrag in der jeweiligen Landeswährung, sowie allen Risikonehmern («Covered Employees», d. h. Mitarbeitenden, deren Aktivitäten das Risikoprofil der Gruppe unter Umständen beeinflussen können), mit Ausnahme von sämtlichen Managing Directors in Investment Banking und allen Direktoren in Investment Banking, welche als Risikonehmer gelten, zugeteilt. Diese Aktienansprüche, welche über eine dreijährige Periode verfügen, in der die Ansprüche erworben werden, ersetzen andere aktienbasierte Instrumente aus den Vorjahren einschliesslich SISUs, ISUs und den Performance Incentive Plan (PIP). Sie sollen die Interessen der Mitarbeitenden der Gruppe mit denen der Aktionäre der Gruppe und dem Ergebnis der Gruppe abstimmen. Jeder zugeteilte Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe und enthält weder eine Hebelkomponente noch einen Multiplikatoreffekt. Die Anzahl der Aktienansprüche wurde ermittelt, indem die aufgeschobene Komponente der variablen Vergütung, die in Form von Aktien gewährt wurde, durch den durchschnittlichen Preis einer Aktie der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 18. Januar 2012 dividiert wurde. Jeweils ein Drittel der Aktienansprüche wird an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung an die Mitarbeiter erworben. Der Wert dieser Aktienansprüche hängt allein vom Aktienkurs der Gruppe zum jeweiligen Übertragungszeitpunkt ab. Im Januar 2011 zugeteilte Aktienansprüche verfügen über

eine vierjährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden. Der Erwerb erfolgt an jedem der vier folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung zu einem Viertel. Aktienansprüche enthalten bezüglich Frühpensionierung ein zweijähriges Moratorium ab dem Zuteilungszeitpunkt.

Die Aktienansprüche der Gruppe umfassen sonstige Ansprüche, wie gesperrte Aktien, die hauptsächlich in den vergangenen Jahren verwendet wurden, und spezielle Ansprüche, die neuen Mitarbeitenden zugeteilt werden können. Diese Ansprüche ermöglichen es ihren Inhabern, jeweils eine Aktie der Gruppe zu beziehen. Bedingung hierfür sind eine während der Laufzeit ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe sowie die Einhaltung restriktiver Regelungen und Auflösungsbestimmungen. Die Aktien werden im Allgemeinen über einen Zeitraum von null bis fünf Jahren erworben.

Am 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 20,0 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 438 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen Aktienansprüche betrug CHF 23.90 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 464 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt, wobei Schätzungen bezüglich zukünftiger Verwirklichungen berücksichtigt wurden. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, unter Berücksichtigung der Regelungen bezüglich Frühpensionierung, erfasst. Am 20. Januar 2011 teilte die Gruppe 34,5 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 1 430 Mio. zu. Der Fair Value der

einzelnen Aktienansprüche betrug CHF 42.51 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Um den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, teilte die Gruppe leitenden Mitarbeitenden in einigen EU-Ländern eine alternative Form von Aktienansprüchen als Bestandteil der Barvergütung ohne Zusatzbedingungen zu. Für die Jahre 2011 und 2010 erhielten diese Mitarbeitenden 50% des Betrags, den sie ansonsten in bar erhalten hätten, in Form von gesperrten Aktien. Die Sperrfrist beträgt je nach Standort mindestens sechs Monate und höchstens drei Jahre. Nach Ablauf der Sperrfrist bestehen keine weiteren Einschränkungen. Am 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 0,5 Mio. gesperrte Aktien im Gegenwert von rund CHF 11 Mio. zu. Diese Aktien wurden mit der Zuteilung auch erworben. Sie sind nicht an Verpflichtungen zukünftiger Dienstjahre gekoppelt und wurden den Leistungen im Jahr 2011 zugerechnet. Am 20. Januar 2011 teilte die Gruppe 0,8 Mio. gesperrte Aktien im Gegenwert von rund CHF 35 Mio. zu.

Performance-Share-Ansprüche

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und alle anderen Risikonehmer erhielten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen unter Vorbehalt von Rückzahlungsbestimmungen. Performance-Share-Ansprüche werden über drei Jahre erworben, so dass jeweils ein Drittel der Aktienansprüche an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben wird. Jeder Performance-Share-Anspruch berechtigt den Eigentümer des Anspruchs eine Aktie der Gruppe zu erhalten. Im Gegensatz zu den Aktienansprüchen unterliegen

die noch nicht erworbenen Performance-Share-Ansprüche einer Kürzung im Fall eines Verlusts einer Division oder einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Für Mitarbeitende in Investment Banking, Private Banking und Asset Management unterliegen die ausstehenden Performance-Share-Ansprüche einer Kürzung im Fall eines Verlusts in der entsprechenden Division, es sei denn, es liegt eine negative Eigenkapitalrendite der Gruppe vor, die eine Kürzung erfordern würde, die grösser ist als die Anpassung in der Division für das betreffende Jahr. In diesem Fall richtet sich die Kürzung nach der negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Bei Mitarbeitenden im Bereich Shared Services und in anderen Supportfunktionen ist die Kürzung nur im Fall einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe anwendbar und ist nicht mit der Leistung der Divisionen verknüpft. Performance-Share-Ansprüche enthalten bezüglich Frühpensionierung ein zweijähriges Moratorium ab dem Zuteilungszeitpunkt.

Am 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 23,5 Mio. Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 516 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen Performance-Share-Ansprüche betrug CHF 23.90 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 546 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt, wobei Schätzungen bezüglich des Ergebnisses der relevanten Leistungskriterien und bezüglich zukünftiger Verwirkungen berücksichtigt wurden. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, unter Berücksichtigung der Regelungen bezüglich Frühpensionierung, erfasst.

Aktivitäten bezüglich Aktienansprüchen

	2011		2010		2009	
	Anzahl ausstehende Stammaktien	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl ausstehende Stammaktien	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl ausstehende Stammaktien	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF
Aktienansprüche						
Bestand zu Beginn der Periode	17.3	43.86	15.5	45.67	20.8	61.83
Zuteilung	40.5	41.08	7.2	45.38	8.3	40.37
Abgerechnet	(7.6)	43.32	(5.0)	48.43	(12.8)	69.07
Verwirkt	(2.1)	43.39	(0.4)	51.65	(0.8)	53.33
Bestand am Ende der Periode	48.1	41.91	17.3	43.86	15.5	45.67
davon erworben	1.8	–	1.3	–	1.2	–
davon noch nicht erworben	46.3	–	16.0	–	14.3	–

Partner Asset Facility 2011

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2011 gewährte die Gruppe einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für leitende Mitarbeitende in Form von Partner-Asset-Facility-2011-Einheiten (PAF2-Einheiten). PAF2-Einheiten sind im Wesentlichen festverzinsliche strukturierte Notes, die einem Teil des Kreditrisikos ausgesetzt sind, das sich aus den Derivataktivitäten der Gruppe ergibt, einschliesslich aktueller und möglicher zukünftiger Swaps und anderer Derivatgeschäfte. Der Wert der Zuteilung (sowohl für die Verzinsung als auch für die endgültige Rückzahlung) wird gekürzt, wenn die realisierten Kreditverluste aus einem spezifischen Referenzportfolio eine festgelegte Schwelle überschreiten. Die Gruppe trägt die ersten USD 500 Mio. dieser Verluste, und die PAF2-Inhaber tragen alle hierüber hinausgehenden Verluste bis zur vollen Höhe der zugeteilten aufgeschobenen Vergütung. Daher stellt der PAF2-Plan einen Risikotransfer von der Gruppe zu den Mitarbeitenden dar.

Mitarbeitende auf Stufe Managing Director und Director, einschliesslich bestimmter Mitglieder der Geschäftsleitung, erhielten PAF2-Ansprüche. Die PAF2-Ansprüche werden im ersten Quartal 2012 erworben. Die Besitzer der Ansprüche unterliegen gewissen Konkurrenz- und Werbeverbotsklauseln, welche im Falle eines freiwilligen Ausscheidens aus dem Unternehmen innerhalb von drei Jahren ab dem Zuteilungsdatum zur Auflösung der Ansprüche führen.

Die PAF2-Ansprüche haben eine angegebene Laufzeit von vier Jahren, die aber nach Wahl der Gruppe oder der kollektiv handelnden Besitzer auf bis zu neun Jahre verlängert werden kann. Diese Wahl muss spätestens am Ende des dritten Jahres nach dem Zuteilungsdatum erfolgen. PAF2-Einheiten lauten auf Schweizer Franken und US-Dollar. Sie werden halbjährlich auf der Basis ihres jeweiligen Saldos zum Gegenwert einer Jahresrendite von 5% (Ansprüche in CHF) oder 6,5% (Ansprüche in USD) verzinst. Zum Ende der Laufzeit erhalten die PAF2-Besitzer eine Schlusszahlung in Höhe des ursprünglichen Zuteilungswerts abzüglich aller Verluste. Die Gruppe kann die PAF2-Ansprüche nach eigenem Ermessen in bar oder mit dem Gegenwert in Aktien erfüllen.

Da das Basel-III-Regelwerk höhere Mindeststandards für das Eigenkapital vorsieht, hat die Gruppe bei der Entwicklung des PAF2-Plans gegen Ende 2011 eine optionale Auszahlung in Aktien der Gruppe mit einbezogen, um das Kapitalmanagement noch stärker zu flexibilisieren. Die Gruppe erörterte den neuen Vergütungsplan während der Entwicklung mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), und aufgrund dieser Erörterungen wurden bestimmte Änderungen am Plan vorgenommen, kurz bevor er im Januar 2012 vom Compensation Committee genehmigt wurde.

Im Januar 2012 gewährte die Gruppe PAF2-Einheiten mit einem Fair Value von CHF 499 Mio. Am Zuteilungsdatum, dem 1. März 2012, betrug der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand CHF 540 Mio. Er wird im ersten Quartal 2012 erfasst, da die Ansprüche am 31. März 2012 vollständig erworben werden. Der Vergütungsaufwand wird bis zur definitiven Erfüllung der Ansprüche am Ende jeder Berichtsperiode aktualisiert, je nachdem wie sich der Fair Value des Basiswerts der Ansprüche über die Laufzeit entwickelt.

Adjustable Performance Plan Awards

Der Adjustable Performance Plan sieht aufgeschobene Barauszahlungen für die Geschäftsleitung sowie Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director vor. Die Einführung und Zuteilung von Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen durch die Gruppe erfolgte im Rahmen der aufgeschobenen Vergütungen für das Jahr 2009 (2009 Adjustable Performance Plan). Auch im Jahr 2010 teilte die Gruppe Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche im Rahmen der aufgeschobenen Vergütungen für das Jahr 2010 zu (2010 Adjustable Performance Plan). Bei diesen Adjustable Performance Plans wurden bestimmte Gestaltungsmerkmale angepasst und vereinfacht.

Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche für 2009 werden anteilmässig über drei Jahre erworben. In Abhängigkeit vom finanziellen Ergebnis der jeweiligen Geschäftsbereiche und von der Eigenkapitalrendite der Gruppe kann der effektiv an die einzelnen Mitarbeitenden ausbezahlte Betrag gegenüber der ursprünglichen Zuteilung am Zuteilungsdatum nach oben oder nach unten angepasst werden. Die jährlichen Auszahlungen am jeweiligen Laufzeitende berücksichtigen die im Folgenden beschriebenen Anpassungen.

Für Mitarbeitende, die einen Beitrag an den Ertrag ihres Geschäftsbereichs leisten, können die ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche aufgrund der finanziellen Entwicklung ihres Geschäftsbereichs erhöht oder gekürzt werden. Diese Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche werden jährlich anhand einer Erfolgsrechnung vor variablem Vergütungsaufwand und Steuern (adjustierter Gewinn oder Verlust) für den Unternehmensbereich, in dem der Anspruchsberechtigte am Zuteilungsdatum beschäftigt war, und unter Berücksichtigung der Eigenkapitalrendite der Gruppe ermittelt. Wurde im betreffenden Jahr ein adjustierter Gewinn bei einer positiven Eigenkapitalrendite der Gruppe erzielt, werden alle ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche erhöht. Der Prozentsatz der Eigenkapitalrendite der Gruppe für das betreffende Jahr dient als Multiplikator. Wurde im betreffenden Jahr ein adjustierter Gewinn bei einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe erzielt, erfolgt keine Anpassung der Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche. Wurde in einem Jahr der dreijährigen Periode, in der Ansprüche erworben werden, ein

nach Geschäftsbereich adjustierter Verlust erzielt, erfolgt im Verlustjahr eine Anpassung sämtlicher ausstehender Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche. Die Eigenkapitalrendite der Gruppe ist in diesem Fall nicht massgeblich.

Bei Mitarbeitenden in den Bereichen Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche an den adjustierten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Es besteht aber kein Zusammenhang mit dem adjustierten Gewinn oder Verlust der von ihnen unterstützten Unternehmensbereiche. Eine Kürzung der ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche wird ausschliesslich durch einen adjustierten Verlust auf Gruppenebene ausgelöst. Diese Verknüpfung mit der finanziellen Entwicklung der Gruppe soll sicherstellen, dass die Vergütung von Mitarbeitenden in Supportfunktionen nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Leistung der von ihnen unterstützten Unternehmensbereiche steht.

Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche für 2010 entsprechen im Grossen und Ganzen den Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen für 2009. Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche für 2010 werden jedoch über einen Zeitraum von vier Jahren erworben und die ausstehenden Tranchen unterliegen einer jährlichen Anpassung. Dabei können die ausstehenden Ansprüche um einen Prozentsatz, welcher der Eigenkapitalrendite der Gruppe entspricht, angehoben oder gekürzt werden, ausser die zuteilende Division weist einen Verlust vor Steuern aus. In diesem Fall werden die ausstehenden Ansprüche in der betreffenden Division pro CHF 1 Mia. Verlust um 15% gekürzt, ausser die Gruppe weist im betreffenden Jahr eine negative Eigenkapitalrendite aus, welche die betreffende Anpassung der Division übersteigt.

Am 20. Januar 2011 und am 21. Januar 2010 teilte die Gruppe Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 1 102 Mio. beziehungsweise CHF 1 187 Mio. zu.

Restricted Cash Award

Der Baranteil der variablen Vergütung ist normalerweise nicht an Bedingungen geknüpft. Allerdings erhielten die Managing Directors in der Division Investment Banking den Baranteil der variablen Vergütung für das Jahr 2010 in Form eines Restricted Cash Award (Baranspruch mit Verfügungsbeschränkung), welcher über eine Periode von zwei Jahren erworben wird und weitere einschränkende Klauseln und Bestimmungen enthält. Diese Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung wurden im ersten Quartal 2011 ausbezahlt und müssen von den Empfängern teilweise oder vollumfänglich zurückbezahlt werden, wenn innerhalb der Periode, in der die Ansprüche erworben werden, Ereignisse eintreten, die eine Rückzahlung

erfordern, beispielsweise das freiwillige Ausscheiden aus dem Unternehmen oder einer Kündigung aus wichtigem Grund.

Am 20. Januar 2011 teilte die Gruppe Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung mit einem Gesamtwert von CHF 465 Mio. zu.

Scaled Incentive Share Unit

Der SISU-Plan ist ein aktienbasierter, langfristiger Anreizplan für Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director. Im Januar 2010 wurden SISUs im Rahmen der aufgeschobenen Vergütungen für 2009 zugeteilt. SISUs sind mit ISUs vergleichbar (siehe «Incentive Share Unit» unten), allerdings beträgt die Periode, in der die Ansprüche erworben werden, vier Jahre und es bestehen Regelungen bezüglich Frühpensionierung. Ausserdem enthält die Hebelkomponente eine zusätzliche Leistungsbedingung, welche die Anzahl Zusatzaktien gegebenenfalls erhöht oder verringert. Jede SISU-Basiskomponente wird über einen Zeitraum von vier Jahren jeweils am Jahrestag der Zuteilung zu einem Viertel erworben. Die SISU-Hebelkomponenten werden erst vier Jahre nach dem Zuteilungsdatum vollständig erworben. Das neue, vom Erfolg abhängige Element verknüpft die definitive Lieferung von zusätzlichen Aktien mit der Entwicklung der durchschnittlichen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Liegt die Eigenkapitalrendite während der Vier-Jahres-Periode über einer am Zuteilungsdatum festgelegten Zielgrösse, wird die Stückzahl der mit Bezug auf den Anstieg des durchschnittlichen Aktienkurses der Gruppe zuzuteilenden zusätzlichen Aktien nach oben angepasst. Wird die Zielgrösse verfehlt, wird die Stückzahl reduziert. Sie kann jedoch keinesfalls unter einen Wert von null sinken. Bei der Berechnung der nach vier Jahren fälligen definitiven Anzahl zusätzlicher Aktien wird somit zunächst die Kursentwicklung der Aktie der Gruppe (Aktienkurs-Multiplikator) und anschliessend die durchschnittliche Entwicklung der Eigenkapitalrendite der Gruppe (Eigenkapitalrendite-Multiplikator) berücksichtigt. Die Lieferung der Aktien erfolgt, sobald die SISU-Ansprüche fällig geworden sind. SISUs enthalten bezüglich Frühpensionierung ein zweijähriges Moratorium ab dem Zuteilungszeitpunkt.

Am 21. Januar 2010 teilte die Gruppe 21,1 Mio. SISUs zu. Der Fair Value der SISU-Basiskomponente 2010 betrug CHF 50.30 und derjenige der SISU-Hebelkomponente 2010 CHF 13.44. Für die im Januar 2010 zugeteilten SISUs ist die maximale Ausschüttungsquote für Zusatzaktien auf den dreifachen Wert der Namenaktie der Credit Suisse Group am Zuteilungsdatum limitiert. Zudem ist die Anzahl zu übertragender Aktien auf maximal drei Aktien vor Anwendung des Skalierungsfaktors beschränkt. Letzterer kann einen Wert von bis zu 2,5 annehmen.

Aktivitäten bezüglich Scaled Incentive Share Units

	2011	2010
Anzahl zugeteilte Einheiten (in Mio.)		
Bestand zu Beginn der Periode	20.4	–
Zugeteilt	–	21.1
Abgerechnet	(5.1)	(0.2)
Verwirkt	(0.6)	(0.5)
Bestand am Ende der Periode	14.7	20.4
davon erworben	1.0	0.2
davon noch nicht erworben	13.7	20.2

Incentive Share Units

In den Jahren 2006 bis 2009 waren ISUs für alle Mitarbeitenden das Hauptinstrument aktienbasierter, aufgeschobener Vergütungen. Im Jahr 2009 wurden ISUs als aufgeschobene Vergütung für alle Mitarbeitenden auf den Stufen bis und mit Vice President eingesetzt. Eine ISU ist vergleichbar mit einer Aktie, hat aber zusätzliches Wertsteigerungspotenzial, das direkt von der Kursentwicklung der Aktie der Gruppe im Vergleich zu den bei Zuteilung festgelegten Zielgrössen abhängt. Für jede zugeteilte ISU erhalten die einzelnen Mitarbeitenden mindestens eine Aktie der Gruppe (ISU-Basiskomponente). Nach Ablauf der dreijährigen Übertragungsfrist können sie gegebenenfalls Zusatzaktien (ISU-Hebelkomponente) erhalten. Die Anzahl ISU-Hebelkomponenten, die in Zusatzaktien umgewandelt werden, berechnet sich durch Multiplikation der Gesamtzahl der ISU-Basiskomponenten abzüglich der Verwirkungen mit einem Aktienkursmultiplikator. Die Höhe dieses Multiplikators hängt von der effektiven Wertsteigerung des gewichteten monatlichen Durchschnittskurses während der vertraglich vereinbarten Laufzeit gegenüber dem Aktienkurs am Zuteilungsdatum ab. Ein Drittel der ISU-Basiskomponenten wird ein Jahr nach dem Zuteilungsdatum, ein Drittel zwei Jahre nach dem

Zuteilungsdatum und ein Drittel drei Jahre nach dem Zuteilungsdatum übertragen. Die ISU-Hebelkomponenten werden erst drei Jahre nach dem Zuteilungsdatum übertragen. Die Aktien der Gruppe werden kurz nach der Ausübung der ISU-Basiskomponenten und der ISU-Hebelkomponenten geliefert. ISUs enthalten bezüglich Frühpensionierung ein zweijähriges Moratorium ab dem Zuteilungszeitpunkt.

Am 21. Januar 2010 und am 21. Januar 2009 teilte die Gruppe 6,0 Mio. beziehungsweise 26,1 Mio. ISUs zu. Der Fair Value der Basiskomponente betrug für die Jahre 2010 und 2009 CHF 50.30 beziehungsweise CHF 23.70, derjenige der Hebelkomponente CHF 13.45 beziehungsweise CHF 6.98. Für die im Januar 2010 beziehungsweise 2009 zugeteilten ISUs war die maximale Ausschüttungsquote in Form von Zusatzaktien auf den dreifachen Wert der Zuteilung limitiert. Zudem war die Anzahl zu übertragender Aktien auf maximal fünf Aktien beschränkt.

Die im Jahr 2007 zugeteilten ISU-Hebelkomponenten wurden im ersten Quartal 2011 umgewandelt und hatten bei der Umwandlung keinen Wert, da der Aktienkurs der Gruppe unter dem festgelegten Minimalziel von CHF 58.45 lag.

Aktivitäten bezüglich Incentive Share Units

	2011	2010	2009
Anzahl zugeteilte Einheiten (in Mio.)			
Bestand zu Beginn der Periode	37.7	41.5	59.8
Zugeteilt ¹	–	6.0	26.4
Abgerechnet	(23.3)	(8.4)	(43.6)
Verwirkt	(1.1)	(1.4)	(1.1)
Bestand am Ende der Periode	13.3	37.7	41.5
davon erworben	1.4	3.9	2.7
davon noch nicht erworben	11.9	33.8	38.8

¹ Enthält ISUs, welche im Januar und während des Jahres zugeteilt wurden.

Cash Retention Awards

Für das Jahr 2008 erhielten sämtliche Managing Directors in allen Divisionen, sämtliche Directors im Investment Banking sowie jene Directors in den Divisionen Private Banking, Asset Management und Shared Services, deren Barvergütung den Betrag von CHF 300 000 überstieg, eine aufgeschobene Vergütung in Form von Cash Retention Awards (CRAs). Diese wurden im ersten Quartal 2009 ausbezahlt, der Erwerb erfolgte jedoch über eine Periode von zwei Jahren und war von weiteren Bedingungen abhängig. Insbesondere hätten CRAs bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen innerhalb von zwei Jahren anteilmässig zurückerstattet werden müssen. Im Januar 2011 war die Übertragung der CRAs vollumfänglich abgeschlossen.

Performance Incentive Plan

Im Rahmen des jährlichen Prozesses für die aufgeschobene Vergütung teilte die Gruppe ihren Mitarbeitenden für die Jahre 2004 und 2005 PIP-Einheiten zu (Zuteilung von PIP-I für 2004 im Jahr 2005, Zuteilung von PIP-II für 2005 im Jahr 2006). Diese Instrumente dienten der langfristigen Mitarbeiterbindung. Die Zuteilung von PIP-Einheiten setzte eine ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe voraus und unterlag normalerweise restriktiven Regelungen und Auflö-

sungsbestimmungen. Der Anspruch aus PIP-Einheiten entstand gleichmässig über einen Zeitraum von fünf Jahren zu je einem Fünftel pro Jahr. Jede PIP-Einheit berechnete sich nach dem fünften Jahrestag der Zuteilung zum Bezug einer bestimmten Anzahl Namenaktien der Gruppe. Diese Anzahl hing von folgenden Faktoren ab: (i) Ertragsentwicklung im Vergleich zu den Zielvorgaben (Leistungskriterium) und (ii) Entwicklung des Aktienkurses der Namenaktie der Credit Suisse Group im Verhältnis zu vorher festgelegten Zielvorgaben sowie verglichen mit der Entwicklung der Aktienkurse ausgewählter Mitbewerber (Marktkriterium). Die Erfüllung des Leistungskriteriums war entscheidend für den Multiplikator zur Umrechnung der ursprünglich zugeteilten PIP-Einheiten in die definitive Anzahl. Die Erfüllung des Marktkriteriums bestimmte die Anzahl Namenaktien der Credit Suisse Group pro definitive PIP-Einheit.

Die 2005 zugeteilten PIP-I-Einheiten wurden im April 2010 plangemäss definitiv umgewandelt. Jede ausstehende PIP-I-Einheit ergab rund 4,8 Namenaktien. Die 2006 zugeteilten PIP-II-Einheiten wurden im März 2011 definitiv umgewandelt. Jede ausstehende PIP-Einheit war zum Zeitpunkt der Umwandlung wertlos, da die Credit Suisse Group Aktie nicht die Mindestkursvorgabe von CHF 47 erreicht hatte.

Aktivitäten bezüglich Performance Incentive Plan

	2011		2010		2009
	PIP II	PIP II	PIP I	PIP II	PIP I
Anzahl zugeteilte Einheiten (in Mio.)					
Bestand zu Beginn der Periode	6.1	6.2	11.9	6.4	12.2
Abgerechnet	(6.1)	0.0	(11.7)	0.0	0.0
Verwirkt	0.0	(0.1)	(0.2)	(0.2)	(0.3)
Bestand am Ende der Periode	0.0	6.1	0.0	6.2	11.9
davon erworben	–	5.3	0.0	4.5	10.2
davon noch nicht erworben	–	0.8	0.0	1.7	1.7

Partner Asset Facility 2008

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2008 erhielten Managing Directors und Directors im Investment Banking den grössten Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form von in US-Dollar ausgestellten Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüchen (PAF-Ansprüchen). PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven (Portfolio) aus der Division Investment Banking indexiert und stellen eine erstrangige Verlustbeteiligung an diesem Portfolio dar.

Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammenset-

zung des Portfolios während der Laufzeit der Ansprüche beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen unverändert bleibt. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen zukünftigen Gewinn aus diesen Aktiven partizipieren, sofern einzelne Positionen innerhalb des Portfolios zu Preisen, die den ursprünglichen Fair Value übersteigen, verkauft werden können. Umgekehrt tragen sie je nach Liquidationserträgen auch die erste Tranche der allfälligen Verluste aus diesen Positionen. Durch die Einführung der PAF-Ansprüche wurde ein bedeutender Anteil an Risikopositionen aus den risikogewichteten Aktiven der Credit Suisse entfernt und auf die

Mitarbeiter übertragen, was eine Reduktion des für diese Positionen notwendigen Eigenkapitals ermöglichte.

Die PAF-Ansprüche, die eine vertraglich festgelegte Laufzeit von acht Jahren haben, sind voll ins Eigentum der Begünstigten übergegangen. 66,7% der Basiswerte für PAF-Ansprüche gingen sofort bei Gewährung in das Eigentum der Begünstigten über und bezogen sich auf im Jahr 2008 erbrachte Dienste, während 33,3% innerhalb der ersten drei Monate des Jahres 2009 ins Eigentum der Begünstigten übergingen. Alle PAF-Ansprüche unterliegen gewissen Konkurrenzverbotsklauseln, welche im Falle einer Nichteinhaltung dieser Klauseln pro rata über drei Jahre hinweg verfallen. PAF-Ansprüche werden über die gesamte Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres Nominalwertes zu LIBOR + 250 Basispunkten verzinst. Es ist beabsichtigt, dass die Begünstigten nach Ablauf von vier Jahren jährlich 20% des Nominalwertes des PAF-Anspruchs in bar ausbezahlt erhalten, vorausgesetzt der Marktwert des Portfolios ist nicht unter den Marktwert am Zuteilungsdatum gefallen. Im letzten Jahr der Laufzeit der PAF-Ansprüche erhalten die Begünstigten eine Schlusszahlung in bar. Diese setzt sich aus dem Nominalwert am Tag der Zuteilung abzüglich aller bereits erfolgten Zahlungen unter Berücksichtigung aller aus der Liquidation des Portfolios realisierten Gewinne oder Verluste zusammen.

Am 21. Januar 2009 gewährte die Gruppe Mitarbeitenden PAF-Ansprüche mit einem Nominalwert von CHF 686 Mio. Zusätzlich wird der Vergütungsaufwand bis zur definitiven Erfüllung der Ansprüche quartalsweise belastet beziehungsweise entlastet, je nachdem wie sich der Fair Value des Basiswerts der Ansprüche über die Laufzeit entwickelt.

Per 31. Dezember 2011 hatten die bestehenden Inhaber von PAF-Ansprüchen die freie Wahl, ihre bestehenden PAF-Ansprüche wertneutral in neue PAF-Ansprüche, die an ein erweitertes Portfolio von Referenzaktiven gekoppelt sind, umzutauschen. Zum Stichtag hatten sich rund 35% der Mitar-

beitenden mit PAF-Ansprüchen für den Umtausch ihrer bestehenden PAF-Ansprüche in neue PAF-Ansprüche entschieden. Dies hatte keine Auswirkung auf den Vergütungsaufwand für 2011.

Sonstige Baransprüche

Die sonstigen Baransprüche bestehen aus aufgeschobenen freiwilligen Vergütungen, Eigenhandel und Mitarbeiter-Anlageplänen. Der Vergütungsaufwand im Zusammenhang mit diesen Vergütungen ging hauptsächlich auf Marktwert- und Performance-Anpassungen zurück, da diese Vergütungen zumeist vollumfänglich erworben sind.

Aktioptionen

Vor 2004 bildeten Aktioptionen eine wesentliche Komponente im aktienbasierten Vergütungsprogramm der Gruppe. Seither haben wir die Optionsprogramme eingestellt und die ursprünglichen Zuteilungen sind inzwischen vollumfänglich ausgeübt worden. Aktioptionen wurden jeweils zu einem Ausübungspreis ausgegeben, der dem Marktpreis der Namenaktie der Credit Suisse Group im Zuteilungszeitpunkt entsprach, und nach zehn Jahren verfallen.

In den Jahren 2011, 2010 und 2009 wurden keine Optionen zugeteilt. Per 31. Dezember 2011 betrug die Summe des inneren Werts der ausstehenden oder ausübenden Optionen null. Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit dieser Optionen betrug 0,6 Jahre. Zum Ausübungszeitpunkt belief sich der innere Wert der in den Jahren 2011, 2010 und 2009 ausgeübten Optionen auf CHF 1 Mio., CHF 8 Mio. beziehungsweise CHF 10 Mio. Durch die Ausübung von Optionen in den Jahren 2011, 2010 und 2009 sind der Gruppe flüssige Mittel in Höhe von CHF 2 Mio., CHF 32 Mio. beziehungsweise CHF 30 Mio. zugeflossen. Im Januar 2012 verfielen 8,7 Millionen Optionen.

Aktivitäten bezüglich Aktienoptionen

	2011		2010		2009	
	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF
Aktienoptionen						
Bestand zu Beginn der Periode	29.8	64.58	34.9	63.49	39.0	62.19
Ausgeübt	(0.1)	31.78	(0.8)	40.12	(0.7)	40.80
Abgerechnet	0.0	0.00	0.0	0.00	(0.3)	68.36
Verwirkt	0.0	0.00	0.0	0.00	0.0	70.95
Verfallen	(12.8)	82.61	(4.3)	60.37	(3.1)	52.05
Bestand am Ende der Periode	16.9	51.00	29.8	64.58	34.9	63.49
davon am Ende der Periode ausübbar	16.9	51.00	29.8	64.58	34.8	63.49

Lieferung von Aktien

In der Vergangenheit erfüllte die Gruppe ihre Verbindlichkeiten zur Lieferung von Aktien aus Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen durch den Kauf von Aktien auf dem Markt sowie durch den Abschluss von Hedging-Geschäften mit Drittparteien.

Während des Jahres 2011 beschloss die Gruppe, ausstehende Ansprüche auf aktienbasierte Vergütung in den Jahren 2011 und 2012 primär durch Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital zu erfüllen.

28 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen

Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Vergütungen an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

	2011	2010	2009
Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	18¹	19	24
Zunahmen	5	5	4
Abnahmen	(1)	(6)	(9)
Bestand am Ende der Periode	22¹	18	19
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	35²	25	24
Zunahmen	2	14	11
Abnahmen	(3)	(4)	(10)
Bestand am Ende der Periode	34²	35²	25

¹ Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug sechs. ² Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug acht beziehungsweise sieben.

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung und richten sich entweder nach für Drittparteien oder, im Falle von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung, für breite Kreise von Mitarbeitenden geltenden Bedingungen. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf CHF 11 Mio. und betraf des Geschäftsleitungsmitglied Walter Bechtold.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren zur Anwendung, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind.

Verwaltungsratsmitglieder haben für Kredite keinen Anspruch auf Mitarbeiterkonditionen, sondern unterliegen Bedingungen, wie sie auch für andere Kunden mit vergleichbarer Bonität angewendet werden. Mitglieder des Verwaltungsrats, die zuvor bei der Gruppe angestellt waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die sie zu Mitarbeiterkonditionen erhalten haben. Zusätzlich zu den oben aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Credit Suisse Group Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der

SEC) ausüben. Per 31. Dezember 2011 und 2010 gab es keine solchen Positionen. Per 31. Dezember 2009 betrug die Position gegenüber diesen Parteien CHF 50 000 einschliesslich aller Ausstände und Eventualverbindlichkeiten. Die höchste gegenüber diesen Gegenparteien bestehende Position in einem der Jahre der am 31. Dezember 2011 endenden 3-Jahres Periode war nicht höher als insgesamt CHF 10 Mio.

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Unternehmen von Qatar Investment Authority (QIA) und der Olayan Group, die signifikante Positionen an Aktien der Gruppe halten, definitive Vereinbarungen für die Ausgabe von Tier 1 Buffer Capital Notes gegen Barzahlung oder im Tausch gegen 2008 ausgegebene Tier 1 Capital Notes ab. Nach Ansicht der Gruppe handelte es sich dabei um eine wesentliche Transaktion, und QIA und die Olayan Group wurden im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance der Transaktion als nahestehende Unternehmen von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise Aziz R.D. Syriani erachtet. Die Gruppe sowie der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Herrn Al Thani und Herrn Syriani, die in den Ausstand traten) kamen zu dem Schluss, dass die Bedingungen der Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des Pufferkapitals, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von QIA und der Olayan Group gehaltenen Tier 1 Capital Notes angemessen waren.

Die Credit Suisse Group mit ihren Tochtergesellschaften ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen und betreibt insbesondere in der Schweiz bedeutende Geschäftsaktivitäten im Firmenkundengeschäft. Entsprechend unterhält die Credit Suisse Beziehungen zu vielen grossen Unternehmen einschliesslich solcher, bei denen Mitglieder des Verwaltungsrats eine Geschäftsleitungsfunktion ausüben oder deren Ver-

waltungsrat sie angehören. Abgesehen von der Transaktion mit QIA und der Olayan Group, welche als Transaktion mit nahestehenden Unternehmen erachtet wurde, und den Krediten an nahestehende Unternehmen per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 wurden alle unsere Geschäftsbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats oder mit ihnen verbundenen Gesellschaften oder Parteien im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen.

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen

Vorsorgeeinrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe per 31. Dezember 2011 und 2010 in Höhe von CHF 2 424 Mio. beziehungsweise CHF 1 734 Mio. sind in verschiedenen Verbindlichkeiten in der konsolidierten Bilanz enthalten. Im Dezember 2011 investierte die Schweizer Vor-

sorgeeinrichtung der Gruppe CHF 350 Mio. in Mandatory Convertible Securities (MCS), ausgegeben durch die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine nicht konsolidierte SPE und hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Die MCS beinhalten einen Coupon von 2% und werden bei Fälligkeit im Dezember 2012 in 16,5 Millionen Aktien der Gruppe umgewandelt. Im Dezember 2011 gab die Gruppe gegenüber der Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Ltd. die erforderliche Anzahl Aktien aus, die am Wandlungsdatum der Schweizer Vorsorgeeinrichtung zugestellt werden müssen. Per 31. Dezember 2011 hatten zudem sonstige SPEs, die nicht konsolidiert werden und hundertprozentige Tochtergesellschaften der Gruppe sind, Verbindlichkeiten in Höhe von CHF 23 Mio. gegenüber den Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe.

Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte Ausleihungen an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen

	2011	2010	2009
Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte ausstehende Ausleihungen an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	45	83	575
Geldaufnahmen/(Rückzahlungen), netto	(32)	(38)	(492)
Bestand am Ende der Periode	13	45	83

29 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Vorsorgepläne

Die Gruppe verfügt über Vorsorgepläne mit Leistungsprimat, Vorsorgepläne mit Beitragsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand. Die bedeutendsten Vorsorgepläne sind in der Schweiz, den USA und in Grossbritannien.

Unter Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat versteht man Vorsorgepläne, welche spezifische Leistungen für die einzelnen Mitarbeitenden anlässlich ihrer Pensionierung vorsehen. Die Höhe der Leistungen basiert auf der Höhe des Salärs der betreffenden Mitarbeitenden, dem Dienst- und dem Pensionsalter. Vorsorgepläne mit Leistungsprimat führen keine individuellen Vorsorgekonti für die Teilnehmer, und Leistungen werden grundsätzlich in Form von Renten ausbezahlt. Die Pensionierten tragen weder das versicherungsmathematische Risiko (das Risiko, dass die zukünftige Vorsorgeverpflichtung höher ausfällt als erwartet beziehungsweise dass der/die Pensionierte länger lebt als die berechnete Dauer des Rentenein-

kommens) noch das Anlagerisiko (das Risiko, dass die investierten Vermögenswerte und entsprechenden Renditen aufgrund geringer oder negativer Erträge nicht zur Deckung der erwarteten Leistungen ausreichen).

Bei Vorsorgeplänen mit Beitragsprimat wird für jeden Teilnehmer ein eigenes Vorsorgekonto geführt. Die Leistungen an die einzelnen Teilnehmer beruhen ausschliesslich auf den Beiträgen, welche für dieses Vorsorgekonto geleistet werden, und hängen von den Erträgen, den Aufwendungen sowie den dem betreffenden Konto zugeschriebenen Gewinnen und Verlusten auf den Anlagen ab. Somit gibt es keine betraglich im Voraus festgesetzten Rentenleistungen auf den Zeitpunkt der Pensionierung, und die Teilnehmer tragen das gesamte versicherungsmathematische Risiko und das gesamte Anlagerisiko. Aufgrund der in der Schweiz gesetzlich vorgeschriebenen Mindestverzinsung auf diesen Vorsorgeplänen trägt der Arbeitgeber weiterhin ein finanzielles Risiko. Daher gelten die betreffenden Pläne nach US GAAP als Leistungsprimatpläne.

Vorsorgepläne in der Schweiz

Die schweizerischen Vorsorgepläne der Gruppe erfassen die Mitarbeitenden in der Schweiz und sind als Stiftungen mit Sitz in Zürich errichtet. Am 1. Januar 2010 wurde der schweizerische Grundversicherungsplan mit dem bisherigen Rententeil (Leistungsprimat) um einen Sparteil (Beitragsprimat) erweitert, wobei ein partieller Wechsel vom Rententeil in den Sparteil vorgenommen wurde. Am 20. Dezember 2011 gab die Gruppe zudem den vollständigen Wechsel in den Sparteil des Plans per 1. Januar 2013 bekannt. Für die Rechnungslegung nach US GAAP werden sowohl Rententeil als auch Sparteil des schweizerischen Grundversicherungsplans als Leistungsprimatpläne behandelt. Der Plan bietet Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod und Erwerbsunfähigkeit und entspricht den gesetzlich vorgeschriebenen minimalen Vorsorgeleistungen gemäss schweizerischem Recht oder geht darüber hinaus. Per 31. Dezember 2011 und 2010 entfielen auf die Vorsorgepläne mit Leistungsprimat in der Schweiz rund 81% beziehungsweise 82% der den Leistungsprimatplänen der Gruppe angeschlossenen Mitarbeitenden sowie 84% beziehungsweise 86% des Fair Value der Planvermögen und 83% beziehungsweise 85% der Vorsorgeverpflichtungen aller Leistungsprimatpläne der Gruppe.

Im Rententeil des Plans basieren die Beiträge der Mitarbeitenden auf der Salärstufe jedes Mitarbeitenden und variieren zwischen 9,0% und 12,5%, je nach Alter der Mitarbeitenden und Deckungsgrad im Plan. Die Beiträge der Gruppe an den Grundversicherungsplan der Gruppe entsprechen mindestens 200% der Mitarbeiterbeiträge.

Im Sparteil des Plans hängen die Beiträge der Mitarbeitenden von ihrem Alter ab und werden als Prozentsatz des versicherten Lohns berechnet. Die Mitarbeitenden haben die Wahl zwischen drei Beitragsniveaus, die abhängig von ihrem Alter sind und bei zwischen 5% und 14% liegen. Der Beitrag der Gruppe liegt zwischen 7,5% und 25% des versicherten Lohns und hängt vom Alter der betreffenden Mitarbeitenden ab.

Vorsorgepläne im Ausland

Für die Mitarbeitenden der Gruppe, welche an Standorten ausserhalb der Schweiz tätig sind, gibt es verschiedene Vorsor-

gepläne, einschliesslich Vorsorgeplänen mit Leistungs- und Beitragsprimat. Diese Pläne bieten Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod, Erwerbsunfähigkeit oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Die Pensionsvorsorgeleistungen hängen vom Alter, von den Beiträgen und vom Salär ab. Die Finanzierungspolitik der Gruppe hinsichtlich dieser Pläne steht im Einklang mit den lokalen gesetzlichen und steuerlichen Vorschriften. Die getroffenen Berechnungsannahmen basieren auf den lokalen wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand

In den USA unterhält die Gruppe sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand, die in erster Linie Gesundheits- und Fürsorgeleistungen für bestimmte Mitarbeitende im Ruhestand erbringen. Im Austausch für die gegenwärtig erbrachte Arbeitsleistung des Mitarbeitenden verpflichtet sich die Gruppe, nach dessen Pensionierung Gesundheits- und Fürsorgeleistungen zu erbringen. Die Verpflichtung der Gruppe hinsichtlich dieser Leistungen entsteht mit dem Erbringen der Dienste seitens des Mitarbeitenden, die den Mitarbeitenden berechtigen, im Ruhestand Leistungen aus dem Vorsorgeplan zu beziehen.

Vorsorgeaufwand

Der periodische Nettovorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand umfasst die Kosten des betreffenden Plans für die Periode, in welcher die einzelnen Mitarbeitenden Arbeitsleistungen erbringen. Der effektiv zu erfassende Betrag wird anhand einer versicherungsmathematischen Formel ermittelt, in die nebst anderen Faktoren der laufende Dienstzeitaufwand, der Zinsaufwand, die erwarteten Erträge des Planvermögens sowie die Amortisation von in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwänden/(-gutschriften) und versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen) einfließen.

Zusammensetzung des Vorsorgeaufwands

	Schweiz			Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		
				Ausland			Ausland		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Total Vorsorgeaufwand (in Mio. CHF)									
Dienstzeitaufwand aus Vorsorgeverpflichtungen	319	269	217	33	30	33	–	1	1
Zinsaufwand auf Vorsorgeverpflichtungen	416	453	471	123	134	129	7	9	9
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	(668)	(637)	(610)	(160)	(163)	(166)	–	–	–
Amortisation von berücksichtigtem/r nachzuerrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	17	17	35	–	1	1	(2)	(2)	(2)
Amortisation von berücksichtigten versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	84	86	6	51	36	17	9	6	8
Periodischer Vorsorgeaufwand, netto	168	188	119	47	38	14	14	14	16
Verluste/(Gewinne) aus Planabgeltungen	–	1	6	–	(2)	1	–	–	–
Verluste/(Gewinne) aus Plankürzungen	1	–	–	–	–	(2)	–	–	–
Spezielle Abgangsleistungen	10	2	7	–	–	–	–	–	–
Total Vorsorgeaufwand	179	191	132	47	36	13	14	14	16

Der gesamte im Personalaufwand erfasste Vorsorgeaufwand betrug für 2011, 2010 und 2009 CHF 240 Mio., CHF 241 Mio. beziehungsweise CHF 161 Mio. Diese Beträge werden im sonstigen Personalaufwand ausgewiesen.

Im zweiten Quartal 2011 begann die Gruppe im Rahmen ihres strategischen Plans mit der Umsetzung einer Reihe von Kostensenkungsmaßnahmen einschliesslich eines Personalabbaus. Dies führte zu Verlusten aus Plankürzungen von CHF 1 Mio., bedingt durch die sofortige Erfassung des bisherigen Dienstzeitaufwands in Bezug auf die nicht mehr zu erbringenden Dienstjahre, und spezielle Abgangsleistungen von CHF 10 Mio. im Zusammenhang mit Frühpensionierungen in der Schweiz. Der im Dezember 2008 angekündigte Personalabbau hatte spezielle Abgangsleistungen in Bezug auf die schweizerischen Vorsorgepläne von CHF 2 Mio. beziehungsweise CHF 7 Mio. und in den Jahren 2010 und 2009 Planabgeltungen von CHF 1 Mio. beziehungsweise CHF 7 Mio. im Zusammenhang mit unseren Vorsorgeplänen in der Schweiz beziehungsweise den USA zur Folge. Die Aufhebung eines japanischen Vorsorgeplans führte im Jahr 2009 aufgrund geringerer Vorsorgeverpflichtungen zu einem Gewinn aus

Plankürzungen von CHF 2 Mio. und im Jahr 2010 zu einem Gewinn von CHF 2 Mio. aus der entsprechenden Planabgeltung.

Vorsorgeverpflichtungen

Die Vorsorgeverpflichtungen werden entweder als aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) oder als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) ausgewiesen. Erstere beziehen sich auf den versicherungsmathematischen Barwert auf Basis der von den Mitarbeitenden bis zum Stichtag erbrachten Arbeitsleistungen und umfassen die aktuellen und vergangenen Lohn- und Gehaltsniveaus. Bei Letzteren kommen Annahmen zu zukünftigen Lohn- und Gehaltsentwicklungen hinzu.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen und des Fair Value der Planvermögen, die in der konsolidierten Bilanz erfassten Beträge für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand sowie die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen für die erstgenannten Vorsorgepläne.

Verbindlichkeiten und Deckungsgrad der Vorsorgepläne

im Jahr / Ende	Schweiz		Vorsorgepläne mit Leistungsprimat Ausland		Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge) Ausland	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ¹						
Beginn der Bemessungsperiode	13 813	13 324	2 373	2 299	160	141
Arbeitnehmerbeiträge	240	250	–	–	–	–
Dienstzeitaufwand	319	269	33	30	–	1
Zinsaufwand	416	453	123	134	7	9
Plananpassungen	(483)	–	(2)	–	–	–
Planabgeltungen	–	(6)	(1)	(3)	–	–
Plankürzungen	(51)	(1)	1	–	–	–
Spezielle Abgangsleistungen	10	2	4	3	–	–
Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne)	302	(3)	199	220	15	31
Zusätzliche Pläne	–	–	–	9	–	–
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(622)	(475)	(56)	(52)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsverluste/(-gewinne)	–	–	1	(267)	–	(14)
Ende der Bemessungsperiode	13 944	13 813	2 675	2 373	174	160
Fair Value des Planvermögens (in Mio. CHF)						
Beginn der Bemessungsperiode	13 428	12 594	2 121	2 036	–	–
Effektive Rendite auf dem Planvermögen	(121)	377	485	218	–	–
Arbeitgeberbeiträge	679	688	33	172	8	8
Arbeitnehmerbeiträge	240	250	–	–	–	–
Planabgeltungen	–	(6)	(1)	(3)	–	–
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(622)	(475)	(56)	(52)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsgewinne/(-verluste)	–	–	4	(250)	–	–
Ende der Bemessungsperiode	13 604	13 428	2 586	2 121	–	–
Ausgewiesener Finanzierungsstatus (in Mio. CHF)						
Finanzierungsstatus der Pläne – Überdeckung/(Unterdeckung)	(340)	(385)	(89)	(252)	(174)	(160)
Total in der konsolidierten Bilanz ausgewiesener Finanzierungsstatus per 31. Dezember	(340)	(385)	(89)	(252)	(174)	(160)
Total bilanzierter Betrag (in Mio. CHF)						
Anlagevermögen	0	17	498	166	–	–
Kurzfristige Verbindlichkeiten	–	–	(8)	(13)	(8)	(8)
Langfristige Verbindlichkeiten	(340)	(402)	(579)	(405)	(166)	(152)
Total in der konsolidierten Bilanz bilanzierter Betrag per 31. Dezember	(340)	(385)	(89)	(252)	(174)	(160)
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ²						
Ende der Bemessungsperiode	13 467	12 847	2 584	2 287	–	–

¹ Einschliesslich geschätzter zukünftiger Salärerhöhungen. ² Ohne geschätzte zukünftige Salärerhöhungen.

Gemäss US GAAP haben Arbeitgeber die Über- beziehungsweise Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand in der Bilanz auszuweisen. Die Über- beziehungsweise Unterdeckung dieser Vorsorgepläne berechnet sich anhand der Differenz zwischen dem Fair Value der

Planvermögen und den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen. Sie kann von Jahr zu Jahr aufgrund der Änderungen des Fair Value der Planvermögen und Änderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aufgrund von Änderungen der zugrundeliegenden Annahmen und der Bevölkerungsstatistik schwanken. Im Jahr 2011 wirkten sich Plankürzungen von CHF 51

Mio. und spezielle Abgangsleistungen von CHF 10 Mio. im Zusammenhang mit dem Personalabbau in der Schweiz im Zuge der im zweiten Quartal 2011 begonnenen Kostensenkungsmassnahmen auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aus. Zudem verringerten sich als Folge des am 20. Dezember 2011 bekannt gegebenen Wechsels vom Rententeil in den Sparteil des Plans die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen um CHF 515 Mio. Ebenso wurde beschlossen, die zwei Vorsorgepläne in der Schweiz – den Grundversicherungsplan und den Ergänzungsplan – zusammenzulegen, was zu einem nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand von CHF 32 Mio. führte. Im Jahr 2010 wurden die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von Planabgeltungen in Höhe von CHF 6 Mio. tangiert. Zudem fielen namentlich in den schweizerischen und US-Vorsorgeplänen spezielle Abgangsleistungen in Höhe von CHF 5 Mio. im Zusammenhang mit dem im Dezember 2008 angekündigten Personalabbau an. Ausserdem wurden im Jahr 2010 CHF 3 Mio. an Planabgeltungen im Zusammenhang mit der Aufhebung eines japanischen Vorsorgeplans erfasst.

Per 31. Dezember 2011 und 2010 war eine Nettounderdeckung von CHF 603 Mio. beziehungsweise CHF 797 Mio.

in der konsolidierten Bilanz in Sonstige Aktiven und in Sonstige Verbindlichkeiten jeweils in der Zeile Sonstige ausgewiesen.

Im vierten Quartal 2011 leistete die Gruppe einen ausserordentlichen Beitrag in Höhe von CHF 203 Mio. an den schweizerischen Vorsorgeplan. Im Jahr 2010 leistete die Gruppe ausserordentliche Beiträge in Höhe von CHF 199 Mio. beziehungsweise CHF 135 Mio. an die Vorsorgepläne in der Schweiz und in Grossbritannien. Für das Jahr 2012 erwartet die Gruppe, dass sie Beiträge in Höhe von CHF 631 Mio. an die schweizerischen und ausländischen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und CHF 8 Mio. an die sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand leisten wird.

Vorsorgepläne mit Unterdeckung

Die folgende Tabelle zeigt die gesamten zukünftigen und aktuellen Vorsorgeverpflichtungen sowie den gesamten Fair Value der Planvermögen für jene Vorsorgepläne, welche per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 eine Unterdeckung bezogen auf die zukünftigen und aktuellen Vorsorgeverpflichtungen aufwiesen.

Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat

	Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹				Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹			
	Schweiz		Ausland		Schweiz		Ausland	
31. Dezember	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
in Mio. CHF								
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen	13 937	13 100	1 340	1 212	–	7	1 326	1 128
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen	13 460	12 167	1 304	1 163	–	7	1 296	1 099
Fair Value des Planvermögens	13 597	12 698	753	794	–	6	741	717

¹ Enthält nur die leistungsorientierten Vorsorgepläne, bei welchen die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen / aktuellen Vorsorgeverpflichtungen den Fair Value der Planvermögen übersteigen.

Als kumulierte und als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge

Die folgende Tabelle zeigt die versicherungsmathematischen Gewinne/(Verluste) sowie den/die nachzuerrechnende/n

Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), welche in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst und anschliessend als Komponenten des periodischen Nettovorsorgeaufwands verbucht wurden.

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge nach Steuern

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat		Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		Total	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge (in Mio. CHF)						
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(3 696)	(3 084)	(55)	(52)	(3 751)	(3 136)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	358	(39)	4	6	362	(33)
Total	(3 338)	(3 123)	(51)	(46)	(3 389)	(3 169)

Die folgenden Tabellen zeigen die Bewegungen der erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aufgrund versicherungsmathematischer Gewinne/(Verluste) und nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), die in den Jahren 2011 und 2010 als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung

erfasst wurden. Überdies zeigen die Tabellen die Amortisation der vorgenannten Positionen als Bestandteile des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die erwähnten Berichtsperioden sowie die Beträge, welche 2012 voraussichtlich amortisiert werden.

Als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Veränderungen von Planvermögen und Vorsorgeverpflichtungen

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)			Total netto
	Brutto	Steuern	Netto	Brutto	Steuern	Netto	
2011 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(965)	216	(749)	(15)	6	(9)	(758)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	485	(102)	383	–	–	–	383
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	135	(35)	100	9	(4)	5	105
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	17	(4)	13	(2)	1	(1)	12
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	49	(11)	38	–	–	–	38
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	(279)	64	(215)	(8)	3	(5)	(220)
2010 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(422)	103	(319)	(31)	12	(19)	(338)
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	122	(30)	92	6	(3)	3	95
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	18	(4)	14	(2)	1	(1)	13
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	(2)	–	(2)	–	–	–	(2)
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	(284)	69	(215)	(27)	10	(17)	(232)

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge, nach Steuern, welche 2012 voraussichtlich amortisiert werden

im Jahr 2012	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
in Mio. CHF		
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	161	8
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(41)	(1)
Total	120	7

Annahmen

Die Messung des periodischen Nettovorsorgeaufwands einerseits und der Vorsorgeverpflichtungen andererseits erfolgt anhand detaillierter Annahmen, von denen jede einzelne die

bestmögliche Schätzung eines bestimmten zukünftigen Ereignisses darstellt. Wo geeignet, sollten sie mit den im Markt erwarteten Durchschnittswerten und Benchmarks, dem Marktrend und den historischen Daten übereinstimmen.

Gewichtete durchschnittliche Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

31. Dezember	Schweiz			Ausland			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009	2011	2010	2009
Nettovorsorgeaufwand (in %)									
Diskontsatz	3.1	3.5	3.9	5.5	6.0	6.3	5.5	6.1	6.4
Salärentwicklung	2.0	2.6	2.6	4.2	4.3	4.0	–	–	–
Erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen	4.8	4.8	4.8	7.3	7.2	7.5	–	–	–
Vorsorgeverpflichtungen (in %)									
Diskontsatz	2.8	3.1	3.5	4.8	5.5	6.0	4.7	5.5	6.1
Salärentwicklung	1.4	2.0	2.6	4.0	4.2	4.3	–	–	–

Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

Die verwendeten Annahmen dienen der Feststellung angemessener Vorsorgeverpflichtungen zum Bemessungsstichtag sowie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die auf das betreffende Datum folgenden zwölf Monate. Der Diskontsatz ist einer der Faktoren zur Bestimmung des Barwerts der zukünftigen, zum Bemessungsstichtag als notwendig erachteten künftigen Mittelabflüsse zur Deckung der Vorsorgeverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit. Die Annahmen zu Salärerhöhungen dienen zur Berechnung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen, deren Messung auf der Annahme der künftigen Höhe der Vergütung basiert.

Die erwartete langfristige Rendite der Planvermögen, welche zur Berechnung des erwarteten Ertrags der Planvermögen als Teil des periodischen Nettovorsorgeaufwands dient, entspricht dem durchschnittlichen Ertrag der zur Deckung der in den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen enthaltenen Leistungen angelegten beziehungsweise anzulegenden Mittel. Bei der Schätzung dieser Rendite sind die Erträge aus den Planvermögen und die wahrscheinlich zur Wiederanlage zur Verfügung stehenden Renditen gebührend zu beachten.

Die erwarteten langfristigen Renditen der Planvermögen beruhen auf Total-Return-Prognosen und Schätzungen der Volatilität und der Korrelationen. Nach Möglichkeit wurden analoge, wenn nicht verwandte Verfahren zur Prognose der Renditen in den einzelnen Anlageklassen verwendet. Bei den

meisten Anlageklassen wurde in der Renditeprognose mit eindeutig spezifizierten multilinearen Regressionsmodellen oder mit traditionellen Modellen wie dem Dividendendiskontmodell und Fair-Value-Modellen gearbeitet.

Die erwarteten langfristigen Renditen für Schuldtitel berücksichtigen sowohl auflaufende Zinserträge als auch Kursentwicklungen. Die wahrscheinliche langfristige Beziehung zwischen der Gesamrendite und bestimmten exogenen Variablen, die von Wirtschaftsmodellen bestimmt werden, wird explizit genutzt, so dass zwischen den Prognosen zur Gesamrendite im Bereich Schuldtitel und den Makroprognosen eine direkte Beziehung besteht.

Zur Abschätzung der erwarteten langfristigen Renditen auf Beteiligungspapieren verwenden wir ein zweiphasiges Dividendendiskontmodell, das auf Basis der Konsensertragsprognosen der Analysten eine marktimplizierte Aktienrisikoprämie berechnet. Die Dividenden werden anhand der Konsensertragsprognosen aus dem Markt und der historischen Auszahlungsquote geschätzt. Danach folgt eine Szenarioanalyse als Stresstest für die Renditeniveaus.

Die erwartete langfristige Rendite von Immobilien beruht auf Fehlerkorrekturmodellen. Die ihnen zugrunde liegenden ökonomischen Modelle berücksichtigen sowohl den Mietermarkt als auch den Einfluss der Kapitalmärkte im direkten Immobilienmarkt. So entsteht eine replizierbare und robuste Prognosemethode für erwartete Renditen aus Immobilienaktien, Fonds und direkten Marktindizes.

Die erwarteten langfristigen Renditen in den Anlageklassen Private Equity und Hedgefonds werden mithilfe von Private-Equity- und Hedgefonds-Benchmarks und entsprechenden Indizes geschätzt. Für Private Equity und Hedgefonds sind eine Reihe von Faktoren massgeblich für die Renditen. Diese Faktoren werden mithilfe von multiplen linearen Regressionsmodellen mit verzögerten Renditen erfasst. Dieser Ansatz trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die betreffenden alternativen Anlagen tendenziell positiv mit den aktuellen und den verzögerten Aktienrenditen korreliert sind.

Annahmen zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

Die Kostentrends im Gesundheitswesen dienen zur Festlegung angemessener Kosten der sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand. Zur Bestimmung dieser Kosten wurden die Kosten der versicherten Gesundheitsvorsorgeleistungen mit einem gewichteten jährlichen Durchschnittssatz von 9,00% für das Jahr 2011 beziehungsweise 9,75% für die Jahre 2010 und 2009 veranschlagt. Per 31. Dezember 2011 wird angenommen, dass dieser Satz bis im Jahr 2020 allmählich auf 5% fallen und danach konstant bleiben dürfte. Per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 hätte eine Zunahme des Satzes der Gesundheitskostenent-

wicklung um 1% im Rahmen dieser Annahmen zu einer Zunahme der Aufwendungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 1,3 Mio., CHF 1,5 Mio. beziehungsweise CHF 1,3 Mio. geführt sowie zu einer Zunahme der kumulierten Vorsorgeverpflichtungen für Leistungsprimatpläne von CHF 23 Mio., CHF 26 Mio. beziehungsweise CHF 19 Mio. Per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 hätte eine Abnahme des Satzes der Gesundheitskostenentwicklung um 1% im Rahmen dieser Annahmen zu einer Abnahme der Aufwendungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 1,1 Mio., CHF 1,2 Mio. beziehungsweise CHF 1,0 Mio. geführt sowie zu einer Abnahme der kumulierten Vorsorgeverpflichtungen für Leistungsprimatpläne von CHF 19 Mio., CHF 21 Mio. beziehungsweise CHF 16 Mio.

Planvermögen und Anlagestrategie

Bei den Planvermögen handelt es sich um Aktiven, die ausgedeutet und mit Restriktionen versehen wurden, um Leistungen des Plans zu decken. Diese Planvermögen werden per Bemessungsstichtag zum Fair Value erfasst.

Bei den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Gruppe verfolgt die Credit Suisse Group einen Total-Return-Ansatz, wonach – bei sorgfältig gewähltem Risiko – zur Maximierung der langfristigen Rendite der Planvermögen eine diversifizierte Mischung aus Schuld- und Beteiligungstiteln und alternativen Anlagen, insbesondere Hedgefonds und Private Equity, verwendet wird. Ziel dieser Anlagestrategie ist es, durch eine langfristig überdurchschnittliche Performance der Aktiven den Aufwand für die Vorsorgepläne zu übertreffen und so die Kosten für die Vorsorgepläne zu minimieren. Die Risikotoleranz wird durch eine sorgfältige Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, des Deckungsgrades der Vorsorgepläne und der finanziellen Situation der Gruppe ermittelt. Darüber hinaus wird bei der Anlage in Beteiligungstiteln sowohl zwischen schweizerischen und ausländischen Aktien als auch zwischen Wachstums-, Substanz- sowie klein- und grosskapitalisierten Werten diversifiziert. Anlagen in Immobilien und alternative Anlagen, wie Private Equity und Hedgefonds, werden zur Verbesserung der langfristigen Renditen und der Portfoliodiversifikation getätigt. Derivate können zur Absicherung von Marktrisiken eingesetzt werden, jedoch nicht zur Verschuldung des Portfolios über den Marktwert der zugrunde liegenden Investitionen hinaus. Das Anlagerisiko wird kontinuierlich durch periodische Überprüfungen der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten sowie durch vierteljährliche Überprüfungen der Anlageportfolios eruiert und überwacht. Zur Begrenzung des Anlagerisikos halten die Vorsorgepläne der Gruppe festgelegte Richtlinien für die strategische Vermögensallokation ein. Je nach Marktbedingungen werden diese Richtlinien kurzfristig noch restriktiver gehandhabt.

Per 31. Dezember 2011 und 2010 betrug der gesamte Fair Value der Schuldtitel der Gruppe innerhalb der Planvermögen CHF 598 Mio. beziehungsweise CHF 251 Mio., während der gesamte Fair Value der Beteiligungstitel und Optionen der Gruppe sich auf CHF 33 Mio. beziehungsweise CHF 15 Mio. belief.

Fair-Value-Hierarchie der Planvermögen

- ▶ Siehe «Fair-Value-Hierarchie» in Anhang 33 – Finanzinstrumente für weitere Informationen zur Fair-Value-Hierarchie.

Qualitative Offenlegung der bei der Ermittlung des Fair Value verwendeten Bewertungstechniken

Liquide Mittel

Liquide Mittel umfassen Geldmarktinstrumente, wie Bankers' Acceptances, Certificates of Deposit, ◊CPs, Buchforderungen, Treasury Bills, sonstige Forderungen und gemischte Anlagen. Die Bewertung der Geldmarktinstrumente und gemischten Anlagen erfolgt im Allgemeinen anhand beobachtbarer Eingabeparameter.

Schuldtitel

Die Schuldtitel umfassen Staats- und Unternehmensanleihen, für die normalerweise in aktiven Märkten Preise gestellt werden. Bei Schuldtiteln, für die keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen die Bewertungen auf den Renditen, welche den zugeschriebenen Risikograd des Emittenten und die Laufzeit der Emission sowie die jüngsten Veräusserungen in den betreffenden Märkten oder andere Modellierungstechniken berücksichtigen, wobei gegebenenfalls Wertungen eine Rolle spielen.

Beteiligungspapiere

Die in den Planvermögen enthaltenen Beteiligungspapiere umfassen unter anderem Stammaktien, Wandelanleihen und Aktien von Investmentgesellschaften sowie Fondsanteile. Die Beteiligungspapiere werden in der Regel an öffentlichen Börsen gehandelt, wobei regelmässig gestellte Kurse erhältlich sind. Wandelanleihen werden im Allgemeinen unter Verwendung von beobachtbaren Kursen bewertet. Aktien von Investmentgesellschaften und Fondsanteile, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Derivate

Derivate bestehen sowohl aus ◊OTC- als auch aus börsengehandelten Derivaten. Der Fair Value von OTC-Derivaten wird anhand von Eingabeparametern ermittelt, bei denen die Eigenschaften des Derivats berücksichtigt werden, die sich auf sei-

nen wirtschaftlichen Charakter auswirken. Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität vorhanden, da sich die erforderlichen Eingabeparameter in der Regel im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden. Zu diesen Parametern zählen langfristige Volatilitätshypothesen für OTC-Optionsgeschäfte und Annahmen zur Wiedereinbringungsrate bei Kreditderivatgeschäften. Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird üblicherweise aus den beobachtbaren Preisen und/oder beobachtbaren Eingabeparametern abgeleitet.

Immobilien

Anlagen in Immobilien umfassen sowohl Direktanlagen als auch Anlagen in Immobiliengesellschaften, Immobilienanlagetrusts oder Immobilienfonds. Direktanlagen werden anlässlich der Ersterfassung zum Anschaffungswert verbucht, da dies dem Fair Value am nächsten kommt. Danach werden diese Anlagen individuell anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit neuen Drittanlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, Analysen der Multiplikatoren auf Geldflüssen oder Buchwerten sowie Analysen von abdiskontierten zukünftigen Geldflüssen (Discounted-Cashflow-Analysen). Häufig sind die in diesen Modellen verwendeten Eingabeparameter nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von der Beurteilung des Managements abhängt. Immobiliengesellschaften, -trusts und -anlagefonds, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Alternative Anlagen

Private-Equity-Anlagen umfassen Direktanlagen sowie Anlagen in Partnerschaften, welche Private-Equity- und verbundene Anlagen in verschiedenen Portfoliogesellschaften und Fonds tätigen, sowie Dachfonds-Partnerschaften. Die Private-Equity-Positionen umfassen sowohl börsengehandelte als auch private Wertschriften. Mit Restriktionen behaftete oder nicht in aktiven Märkten börsengehandelte Anlagen werden anhand öffentlich verfügbarer Preise mit angemessenen Anpassungen für Liquiditäts- oder Handelsbeschränkungen bewertet. In die Bewertung von Private Equity fliessen zahlreiche Faktoren wie etwa die jüngste Finanzierungsrunde mit neuen Drittanlegern, Analysen des Kurs-Gewinn-Verhältnisses vergleichbarer Unternehmen oder Discounted-Cashflow-Analysen ein. Falls der Fair Value bestimmter Private-Equity-Anlagen sich nicht leicht ermitteln lässt, werden diese Anlagen

anhand des durch den General Partner gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Nicht direkt an einer Börse gehandelte Hedgefonds beziehungsweise Hedgefonds ohne leicht festzustellenden Fair Value werden anhand des durch die Verwaltungsgesellschaft gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Fair Value der Planvermögen

Die folgenden Tabellen zeigen die periodisch zum Fair Value bewerteten Planvermögen der Vorsorgepläne mit Leistungsprimat der Gruppe per 31. Dezember 2011 und 2010.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen

Ende	2011				2010			
	Level 1	Level 2	Level 3	Total	Level 1	Level 2	Level 3	Total
Planvermögen zum Fair Value (in Mio. CHF)								
Flüssige Mittel	2 212	–	–	2 212	890	1 366	–	2 256
Schuldtitel	1 525	3 890	–	5 415	1 806	3 576	–	5 382
davon Staaten	1 410	39	–	1 449	1 806	38	–	1 844
davon Unternehmen	115	3 851	–	3 966	–	3 538	–	3 538
Beteiligungstitel	1 040	1 421	–	2 461	840	1 282	–	2 122
Immobilien	–	500	1 034	1 534	–	492	1 014	1 506
davon direkt	–	–	1 034	1 034	–	–	1 014	1 014
davon indirekt	–	500	0	500	–	492	–	492
Alternative Anlagen	–	1 376	606	1 982	–	1 640	573	2 213
davon Private Equity	–	–	606	606	–	–	573	573
davon Hedgefonds	–	1 583	–	1 583	–	1 526	–	1 526
davon Sonstige	–	(207) ¹	–	(207)	–	114 ¹	–	114
Sonstige Anlagen	–	0	–	0	–	(51)	–	(51)
Schweiz	4 777	7 187	1 640	13 604	3 536	8 305	1 587	13 428
Flüssige Mittel	51	18	–	69	138	19	–	157
Schuldtitel	130	792	90	1 012	65	644	122	831
davon Staaten	128	2	–	130	57	1	–	58
davon Unternehmen	2	790	90	882	8	643	122	773
Beteiligungstitel	82	807	–	889	–	1 006	–	1 006
Immobilien – indirekt	–	–	84	84	–	–	52	52
Alternative Anlagen	3	351	90	444	–	(97)	94	(3)
davon Private Equity	–	–	9	9	–	–	8	8
davon Hedgefonds	–	–	81	81	–	3	81	84
davon Sonstige	3	351 ¹	0	354	–	(100) ¹	5	(95)
Sonstige Anlagen	–	88	–	88	–	78	–	78
Ausland	266	2 056	264	2 586	203	1 650	268	2 121
Total Planvermögen zum Fair Value	5 043	9 243	1 904	16 190	3 739	9 955	1 855	15 549

¹ Hauptsächlich aus derivativen Instrumenten.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen in Level 3

	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Effektive Rendite auf dem Planvermögen		Käufe, Verkäufe, Abwick- lungen	Fremd- währungs- umrech- nungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
				Auf per Bilanzstich- tag noch gehaltenen Aktiven	Auf während der Periode verkauften Aktiven			
2011 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	122	30	(2)	(4)	5	(61)	0	90
Immobilien	1 066	–	–	31	0	21	0	1 118
davon direkt	1 014	–	–	20	–	–	–	1 034
davon indirekt	52	–	–	11	0	21	0	84
Alternative Anlagen	667	3	(4)	25	(2)	6	1	696
davon Private Equity	581	–	–	28	(5)	10	1	615
davon Hedgefonds	81	3	–	(3)	3	(3)	0	81
davon Sonstige	5	–	(4)	0	0	(1)	0	0
Total Planvermögen zum Fair Value	1 855	33	(6)	52	3	(34)	1	1 904
davon Schweiz	1 587	–	–	47	(5)	10	1	1 640
davon Ausland	268	33	(6)	5	8	(44)	0	264
2010 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	176	0	–	16	1	(56)	(15)	122
Immobilien	996	–	–	32	–	40	(2)	1 066
davon direkt	982	–	–	29	–	3	–	1 014
davon indirekt	14	–	–	3	–	37	(2)	52
Alternative Anlagen	572	–	–	(7)	3	104	(5)	667
davon Private Equity	527	–	–	(7)	1	61	(1)	581
davon Hedgefonds	45	–	–	0	2	38	(4)	81
davon Sonstige	–	–	–	0	0	5	–	5
Total Planvermögen zum Fair Value	1 744	0	–	41	4	88	(22)	1 855
davon Schweiz	1 497	–	–	22	–	68	–	1 587
davon Ausland	247	0	–	19	4	20	(22)	268

Die folgende Tabelle zeigt die Vermögensstruktur der Pläne zum Bemessungsstichtag auf Basis des Fair Value zu diesem Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Wertentwicklung der einzelnen Anlageklassen.

Gewichtete durchschnittliche Struktur der Planvermögen zum Bemessungsstichtag

31. Dezember	Schweiz		Ausland	
	2011	2010	2011	2010
Gewichtete durchschnittliche Struktur des Planvermögens (in %)				
Flüssige Mittel	16.2	16.8	2.7	7.4
Schuldtitle	39.8	40.0	39.1	39.1
Beteiligungstitel	18.1	15.8	34.4	47.4
Immobilien	11.3	11.2	3.2	2.5
Alternative Anlagen	14.6	16.2	17.2	0.0
Versicherungen	0.0	0.0	3.4	3.6
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

Die folgende Tabelle zeigt die angestrebte Struktur der Planvermögen für 2012 in Übereinstimmung mit der Anlagestrategie der Gruppe. Die angestrebte Struktur der Planvermögen

wird dazu verwendet, die erwartete Rendite der Planvermögen zu bestimmen, die im Nettovorsorgeaufwand für 2012 berücksichtigt wird.

Zukünftige gewichtete durchschnittliche Zielstruktur der Planvermögen

	Schweiz	Ausland
2012 (in %)		
Flüssige Mittel	10	1
Schuldtitle	40	56
Beteiligungstitel	25	21
Immobilien	10	3
Alternative Anlagen	15	16
Versicherungen	0	3
Total	100	100

Geschätzte zukünftige Auszahlungen aus Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
Geschätzte zukünftige Auszahlungen von Vorsorgeleistungen (in Mio. CHF)		
2012	876	8
2013	873	8
2014	891	9
2015	900	10
2016	914	10
Für die fünf nachfolgenden Jahre	4 763	54

Vorsorgepläne mit Beitragsprimat

Die Gruppe leistet auch Beiträge an verschiedene Vorsorgepläne mit Beitragsprimat. Diese befinden sich vor allem in den USA und in Grossbritannien, aber auch in anderen Ländern

der Welt. In den Jahren 2011, 2010 und 2009 beliefen sich die von der Gruppe geleisteten Beitragszahlungen und die entsprechenden Aufwendungen auf CHF 246 Mio., CHF 263 Mio. beziehungsweise CHF 235 Mio.

30 Derivat- und Absicherungsgeschäfte

Derivate sind im Allgemeinen entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder über geregelte Börsen abgewickelte Standardkontrakte. Die Gruppe setzt als Derivate für Handels- und Risikomanagementzwecke zumeist Zins-, Fremdwährungs- und Credit Default Swaps, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Gruppe geht auch Kontrakte ein, die nicht in vollem Umfang als Derivate gelten, bei denen jedoch Eigenschaften mit derivativem Charakter eingebettet sind. Solche Transaktionen umfassen im Wesentlichen ausgegebene und erworbene strukturierte Schuldtitle, bei denen die Rendite im Verhältnis zu einem Beteiligungspapier, Index oder dem Kreditrisiko einer Drittpartei berechnet werden kann oder die nicht standardisierte Zins- oder Fremdwährungsbedingungen aufweisen.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Derivatkontrakte weist die Gruppe das Derivat einer der folgenden Kategorien zu:

- Handelsgeschäfte;
- Risikomanagementgeschäft, das gemäss Rechnungslegungsstandards nicht als Absicherung qualifiziert (wird als «Economic Hedge» bezeichnet);
- Fair-Value-Absicherungsgeschäft einer erfassten Aktiv- oder Passivposition;
- Cashflow-Absicherungsgeschäft gegenüber Veränderungen eines zu bezahlenden oder zu erhaltenden Cashflows in Bezug auf eine erfasste Aktiv- oder Passivposition oder eine erwartete Transaktion; oder

- Nettoinvestitionsabsicherung einer Beteiligung an einem ausländischen Geschäftsbetrieb.

Handelsgeschäfte

Die Gruppe ist auf den wichtigsten Handelsmärkten präsent und tätigt Geschäfte mit zahlreichen anerkannten Handels- und Absicherungsprodukten. Diese Geschäfte umfassen wie erwähnt den Einsatz von Swaps, Futures, Optionen und strukturierten Produkten, wie kundenspezifische Transaktionen mit Kombinationen von Derivaten, im Rahmen von Verkäufen und Handelsgeschäften. Zu Letzteren gehören Market-Making, Risikopositionierung und Arbitrage. Der Grossteil der von der Gruppe gehaltenen derivativen Finanzinstrumente wurde zu Handelszwecken eingesetzt.

Economic Hedges

Wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte (Economic Hedges) bestehen, wenn Derivatgeschäfte, welche die Gruppe im Rahmen ihres Risikomanagements einsetzt, nicht für das Hedge Accounting im Sinne von US GAAP qualifizieren. Dabei kommen folgende Instrumente zum Einsatz:

- Zinsderivate zur Absicherung des Zinserfolgs auf bestimmten Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;
- Fremdwährungsderivate zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos auf bestimmten Ertrags- und Aufwandskom-

ponenten wie auch den Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;

- Kreditderivate zur Absicherung des Kreditrisikos bestimmter Kreditportfolios; und
- Futures zur Steuerung von Risiken aus Aktienpositionen einschliesslich Wandelanleihen.

Derivate, die für wirtschaftliche Absicherungen eingesetzt werden, werden in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände oder Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst.

Absicherungsgeschäfte

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Fair-Value-Absicherungsgeschäfte im Rahmen einer umfassenden Zinsrisikomanagementstrategie fest, welche die Verwendung derivativer Instrumente einschliesst, um die durch Zinsbewegungen verursachten Ertragsschwankungen zu minimieren. Zusätzlich zu den Absicherungen von Fair-Value-Veränderungen infolge des Zinsrisikos in Zusammenhang mit festverzinslichen Ausleihungen, Repo-Geschäften und langfristigen Schuldtiteln werden von der Gruppe folgende Instrumente eingesetzt:

- Fremdwährungsswaps zur Umwandlung von in Fremdwährung ausgestellten festverzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten in variabel verzinsliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Buchführungswährung; sowie
- Devisenterminkontrakte zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit zur Veräusserung verfügbaren Wertpapieren.

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Cashflow-Absicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie fest, das Risiko von Schwankungen von Geldflüssen aus Ausleihungen, Einlagen und anderen Schuldverschreibungen zu begrenzen. Dazu nutzt sie Zinssatzswaps zur Umwandlung von variabel verzinslichen in festverzinsliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Die Gruppe verwendet auch Fremdwährungsswaps, um in einer Fremdwährung ausgestellte festverzinsliche und variabel verzinsliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in festverzinsliche Aktiven oder Passiven umzuwandeln, je nach Währungsprofil, welchem die Gruppe ausgesetzt sein möchte. Dieses Profil umfasst unter anderem Schweizer Franken und US-Dollar. Ausserdem setzt die Gruppe Derivate zur Absicherung der Geldflüsse im Zusammenhang mit erwarteten Transaktionen ein. Per Ende

2011 sicherte die Gruppe mit Cashflow-Absicherungsgeschäften ihr Risiko von künftigen Cashflow-Schwankungen aus erwarteten Transaktionen für maximal 20 Monate ab. Davon ausgenommen waren jene erwarteten Transaktionen, die mit der Zahlung von variablen Zinsen auf bestehende Finanzinstrumente zusammenhängen.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie zur Absicherung ausgewählter Beteiligungen an ausländischen Geschäftsbetrieben gegenüber Fremdwährungsschwankungen fest, wozu in der Regel Devisenterminkontrakte verwendet werden.

Beurteilung der Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften

Die Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften wird von der Gruppe sowohl voraus- als auch rückblickend beurteilt. Die vorausblickende Beurteilung erfolgt sowohl zu Beginn einer Absicherung als auch auf einer fortlaufenden Basis. Von der Gruppe wird dabei verlangt, dass sie ihre Erwartung einer hohen Wirksamkeit der Absicherungsbeziehung über zukünftige Perioden begründet. Die rückblickende Beurteilung erfolgt ebenfalls fortlaufend. Die Gruppe muss dabei beurteilen, ob die Absicherungsbeziehung tatsächlich wirksam war. Wenn die Gruppe rückblickend die Absicherungsgeschäfte der laufenden Periode für angemessen hält, wird der nicht wirksame Teil des Absicherungsgeschäfts ermittelt und in der Erfolgsrechnung verbucht.

Fair Value von derivativen Instrumenten

Die folgenden Tabellen zeigen den Brutto-Wiederbeschaffungswert von Derivaten nach Kontraktarten und Position in der Bilanz sowie nach Einsatz der betreffenden Derivate zu Handelszwecken beziehungsweise in einer qualifizierenden Absicherungsbeziehung. Die angegebenen Nominalbeträge illustrieren den indikativen Umfang der Derivatgeschäfte innerhalb der Gruppe.

Auf Angaben zu abtrennbaren (bifurcated) eingebetteten Derivaten wurde in dieser Tabelle verzichtet. Die Gruppe hat ihr Wahlrecht gemäss US GAAP ausgeübt und bewertet grundsätzlich alle Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die nicht eindeutig und eng mit dem Basisvertrag zusammenhängen, zum Fair Value.

- ▶ [Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente»](#) für Erklärungen zur Ermittlung des Fair Value durch die Gruppe.

Fair Value von derivativen Instrumenten

	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Ende 2011						
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	7 210.5	4.5	4.2	0.0	0.0	0.0
Swaps	28 754.5	658.0	650.0	71.2	3.8	2.3
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	2 902.5	65.9	66.3	0.0	0.0	0.0
Futures	2 537.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	962.3	0.4	0.3	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	42 366.9	728.8	720.8	71.2	3.8	2.3
Termingeschäfte	2 133.0	29.7	30.7	17.4	0.1	0.0
Swaps	1 230.0	34.1	51.3	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	831.7	12.3	12.7	0.0	0.0	0.0
Futures	25.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	3.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	4 224.0	76.1	94.7	17.4	0.1	0.0
Termingeschäfte	16.3	1.4	1.4	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	34.7	0.9	1.0	0.0	0.0	0.0
Futures	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Edelmetallprodukte	51.1	2.3	2.4	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	4.1	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Swaps	211.4	5.8	5.7	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	241.5	14.5	14.9	0.0	0.0	0.0
Futures	57.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	366.0	18.2	21.2	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	880.8	39.4	41.8	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate²	2 042.7	63.3	60.0	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	8.7	0.9	0.8	0.0	0.0	0.0
Swaps	63.6	8.3	7.8	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	29.9	2.2	1.7	0.0	0.0	0.0
Futures	177.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	63.3	3.9	3.8	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte³	342.6	15.3	14.1	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	49 908.1	925.2	933.8	88.6	3.9	2.3

Das Kontraktvolumen der derivativen Instrumente (Handel und Absicherung) betrug per 31. Dezember 2011 CHF 49 996,7 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren. ² Hauptsächlich Credit Default Swaps. ³ Hauptsächlich Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair Value von derivativen Instrumenten (Fortsetzung)

Ende 2010	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	8 073.9	6.3	5.9	0.0	0.0	0.0
Swaps	24 103.8	429.2	422.3	70.0	2.5	1.7
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	2 420.3	44.9	46.1	0.0	0.0	0.0
Futures	2 769.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	1 365.6	0.5	0.3	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	38 732.8	480.9	474.6	70.0	2.5	1.7
Termingeschäfte	2 062.4	35.2	37.9	19.4	0.4	0.1
Swaps	1 059.0	35.0	45.8	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	796.9	14.4	15.1	0.0	0.0	0.0
Futures	13.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	5.6	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	3 937.4	84.7	98.9	19.4	0.4	0.1
Termingeschäfte	15.9	1.7	1.4	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	25.4	0.7	0.8	0.0	0.0	0.0
Futures	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Edelmetallprodukte	41.8	2.4	2.2	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	6.2	1.1	0.1	0.0	0.0	0.0
Swaps	213.7	4.2	7.5	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	268.2	15.0	16.2	0.0	0.0	0.0
Futures	77.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	389.5	17.0	18.0	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	955.5	37.3	41.8	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate ²	1 989.5	49.5	46.6	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	32.0	2.0	1.9	0.0	0.0	0.0
Swaps	100.9	14.1	15.7	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	50.1	3.2	2.9	0.0	0.0	0.0
Futures	219.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	128.6	4.8	4.8	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte ³	531.4	24.1	25.3	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	46 188.4	678.9	689.4	89.4	2.9	1.8

Das Kontraktvolumen der derivativen Instrumente (Handel und Absicherung) betrug per 31. Dezember 2010 CHF 46 277,8 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren. ² Hauptsächlich Credit Default Swaps. ³ Hauptsächlich Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair Value von derivativen Instrumenten (Fortsetzung)

	2011		2010	
	Positiver Wiederbeschaffungswert	Negativer Wiederbeschaffungswert	Positiver Wiederbeschaffungswert	Negativer Wiederbeschaffungswert
Ende				
Derivative Instrumente (in Mio. CHF)				
Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung), vor Netting-Vereinbarungen	929.1	936.1	681.8	691.2
Verrechnung mit Gegenparteien ¹	(836.4)	(836.4)	(602.9)	(602.9)
Verrechnung von Barsicherheiten ¹	(36.5)	(37.6)	(28.5)	(29.2)
Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung), nach Netting-Vereinbarungen	56.2	62.1	50.4	59.1
davon in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen verbucht	52.5	60.1	47.7	57.9
davon in Sonstige Aktiven und Sonstige Verbindlichkeiten verbucht	3.7	2.0	2.7	1.2

¹ Die Verrechnung basierte auf rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

	2011	2010	2009
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	548	564	(664)
Fremdwährungsprodukte	20	21	3
Total	568	585	(661)
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus abgesicherten Positionen (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	(585)	(546)	644
Fremdwährungsprodukte	(20)	(21)	(3)
Total	(605)	(567)	641
Details zu Fair-Value-Absicherungen (in Mio. CHF)			
Nettogewinne/(-verluste) auf dem unwirksamen Teil	(37)	18	(20)

Entspricht den im Handelserfolg erfassten Gewinnen/(Verlusten).

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

	2011	2010	2009
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte	(6)	39	117
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte	31 ¹	27 ¹	13 ²

Entspricht den Gewinnen/(Verlusten) auf dem wirksamen Anteil.

¹ Im Kommissions- und Dienstleistungsertrag enthalten. ² Im Total Geschäftsaufwand enthalten.

Ein Nettoverlust aus Cashflow-Absicherungsgeschäften in Höhe von CHF 9 Mio. dürfte in den nächsten zwölf Monaten aus der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung umklassiert werden.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

	2011	2010	2009
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	0	8	12
Fremdwährungsprodukte	280	1 563	(1 401)
Total	280	1 571	(1 389)
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte	4 ¹	(4) ¹	(21) ²
Total	4	(4)	(21)

Entspricht den Gewinnen/(Verlusten) auf dem wirksamen Anteil.

¹ In Sonstiger Ertrag enthalten. ² Hauptsächlich in aufgegebenen Geschäftsbereichen enthalten.

Die Gruppe klassiert alle nicht im Zusammenhang mit Absicherungen verbuchten Derivate als Handelsgeschäfte.

► Siehe «Anhang 8 – Handelserfolg» für die Gewinne und Verluste aus den Handelsgeschäften nach Produktarten.

Angaben zu kreditrisikobezogenen

Eventualverpflichtungen

Bestimmte derivative Finanzinstrumente der Gruppe sind mit Klauseln versehen, die die Gruppe zur Einhaltung eines bestimmten Kreditratings der wichtigsten Ratingagenturen verpflichten. Wenn die Ratings unter die vertraglich festgelegten Benotungen fallen, können die Vertragsparteien die Stellung zusätzlicher Sicherheiten für die betreffenden Derivate verlangen, falls Letztere einer Nettoverbindlichkeit entsprechen. Bestimmte Derivatkontrakte sehen auch die Kündigung des betreffenden Kontrakts vor. Zumeist können solche Kündigungen bei einer Herabstufung der Gruppe beziehungsweise ihrer Gegenpartei zum Wiederbeschaffungswert (ermittelt nach der Mark-to-Market Methode) des Derivats erfolgen.

Die folgende Tabelle zeigt die aktuelle Nettoposition der Gruppe aus kreditrisikobezogenen Eventualverpflichtungen im Zusammenhang mit Derivatkontrakten, die Sicherungsvereinbarungen enthalten, mit bilateralen Gegenparteien und Spezialzweckgesellschaften (SPEs), die gestellten Sicherheiten und die zusätzlich erforderlichen Sicherheiten bei Ratingherabstufungen um eine beziehungsweise zwei Stufen. Die Tabelle umfasst auch Derivatkontrakte mit kreditrisikobezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Sicherungsvereinbarungen, die vorzeitige Kündigungsklauseln enthalten. Die aktuelle Nettoposition bei Derivaten mit bilateralen Gegenparteien und Verträgen mit Klauseln zur vorzeitigen Kündigung entspricht dem gesamten Fair Value der Derivate, die in einer Nettoverbindlichkeitsposition waren. Bei SPEs kann das Nettorisiko je Kontrakt andere Beträge als den negativen Wiederbeschaffungswert von Derivaten mit kreditrisikobezogenen Merkmalen oder Zusatzbeträge zu letzteren enthalten.

Risiken aus Verpflichtungskrediten (Contingent Credit Risk)

Ende	Bilaterale Gegenparteien	Spezial- zweck- gesell- schaften	Vorzeitige Kündigungen	Total
2011 (in Mia. CHF)				
Aktuelle Nettorisikoposition	17.0	2.0	0.7	19.7
Hinterlegte Sicherheiten	14.8	1.8	–	16.6
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um eine Ratingstufe	0.2	1.6	0.0	1.8
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen	0.4	3.0	0.5	3.9
2010 (in Mia. CHF)				
Aktuelle Nettorisikoposition	14.6	2.1	0.8	17.5
Hinterlegte Sicherheiten	13.0	2.0	–	15.0
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um eine Ratingstufe	0.2	1.8	0.1	2.1
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen	0.4	3.2	0.4	4.0

Kreditderivate

Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer in der Regel eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer eine Zahlung erhält, sofern ein Kreditereignis bei der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder dem Referenzvermögenswert eintritt. Die meisten Kreditderivate werden privat abgeschlossen. Es handelt sich um OTC-Kontrakte mit zahlreichen Erfüllungs- und Zahlungsbedingungen; die meisten sind so strukturiert, dass sie das Auftreten eines identifizierbaren Kreditereignisses wie beispielsweise Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche nachteilige Umschuldung oder Nichteinhalten von fälligen Verpflichtungen spezifizieren.

Die Gruppe geht im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit Kreditderivatkontrakte ein, indem sie Kreditsicherungen kauft und verkauft, um Kundentransaktionen zu ermöglichen, und als Market Maker auftritt. Dies umfasst das Bereitstellen von strukturierten Produkten für ihre Kunden zur Absicherung ihrer Kreditrisiken. Die Referenzinstrumente dieser strukturierten Kreditprodukte sind entweder Basiswerte mit Investment-Grade- oder Nicht-Investment-Grade-Rating; sie können Unternehmens- oder Staatsanleihen, vermögenswertbesicherte Wertschriften (Asset-backed Securities, ABS) und Ausleihungen umfassen. Diese Instrumente können sich auf einzelne Referenzinstrumente (Single-named Instruments) beziehen oder in Form von kombinierten Portfolios mehrere Referenzinstrumente (Multi-named Instruments) haben. Die Gruppe kauft Kreditsicherungen, um verschiedene Formen von Kreditrisikopositionen wirtschaftlich abzusichern, beispielsweise Kreditportfolios und andere Cash-Positionen. Zudem geht die Gruppe Eigenhandelspositionen in Form von gekauften oder verkauften Kreditsicherungen ein.

Die Kreditderivatgeschäfte, die von der Gruppe am häufigsten ausgeführt werden, sind CDS und Credit Swaptions. CDSs sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swap im Voraus und/oder regelmässig eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer des Swap im Falle eines Kreditereignisses der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder Referenzvermögenswerts eine Zahlung erhält. Credit Swaptions sind Optionen mit einer festgelegten Laufzeit, die es dem Käufer gegen die Zahlung einer einmaligen Prämie erlauben, im Rahmen eines CDS Sicherungen zu einem bestimmten Kreditereignis zu kaufen oder zu verkaufen.

Um ihre Kreditrisiken zu reduzieren, geht die Gruppe zudem rechtlich durchsetzbare Netting-Vereinbarungen mit ihren Derivat-Gegenparteien ein. Die Sicherheiten für derartige Derivatkontrakte werden üblicherweise auf Nettobasis je Gegenpartei gestellt und können den einzelnen Derivatkontrakten nicht zugewiesen werden.

Verkaufte Kreditsicherungen

Verkaufte Kreditsicherungen entsprechen dem Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen auf Basis des Nominalwerts der Derivate, die die Gruppe im Falle von Kreditereignissen leisten müsste. Nach Ansicht der Gruppe ist dieser Maximalbetrag nicht repräsentativ für das effektive Verlustrisiko, wie historische Daten belegen. Der betreffende Betrag wird nicht um die Anrechte der Gruppe auf die Basiswerte und diesbezüglichen Cashflows gekürzt. Die meisten Kreditderivatkontrakte sehen vor, dass die Gruppe bei Eintreten eines Kreditereignisses (oder des Auslösers für die Erfüllung) im Allgemeinen die Differenz zwischen der verkauften Kreditsicherung und dem Regress auf den Wert der Basiswerte zu zahlen hat. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen wird

nicht um eventuelle, an eine bestimmte Gegenpartei entrichtete Bardeckungen gekürzt, da diese Zahlungen nach Verrechnung aller Derivatpositionen einschliesslich Kreditderivaten mit der betreffenden Gegenpartei im Rahmen einer entsprechenden Master-Netting-Vereinbarung berechnet würden. Aufgrund dieser Verrechnungsverfahren kann der Betrag der Sicherheiten nicht den spezifischen Kategorien der Kreditderivatpositionen zugeordnet werden.

Zur Darstellung der Qualität des Erfüllungsrisikos aus Kreditsicherungen, die verkauft wurden, arbeitet die Gruppe mit internen Ratings für jene Instrumente, welche in den Kontrakten als Referenzinstrumente bezeichnet werden. Interne Ratings werden von erfahrenen Kreditanalysten vergeben und basieren auf fachmännischem Ermessen unter Berücksichtigung der Analyse und Beurteilung von sowohl quantitativen als auch qualitativen Faktoren. Die spezifischen Faktoren, welche analysiert werden, und ihre relative Bedeutung hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse legt Wert auf eine zukunftsorientierte Betrachtungsweise, die sich auf wirtschaftliche Trends und finanzielle Fundamentaldaten konzentriert und Bezugsgruppenanalysen (Peer-Analysen), Branchenvergleiche sowie andere quantitative Hilfsmittel verwendet. Externe Ratings und Marktinformationen werden im Analyseprozess ebenfalls verwendet, sofern sie verfügbar sind.

Gekaufte Kreditsicherungen

Gekaufte Kreditsicherungen entsprechen Instrumenten, bei denen das als Basiswert dienende Referenzinstrument identisch mit dem Referenzinstrument für verkaufte Kreditsicherungen ist. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen für die einzelnen als Basiswert dienenden identischen Referenzinstrumente kann über oder unter dem Nominalbetrag der verkauften Kreditsicherungen liegen.

Die Gruppe berücksichtigt auch die geschätzten Wiedereingänge, die sie bei einem Eintritt des entsprechenden Kreditereignisses erhalten würde. Diese umfassen den voraussichtlichen Wert des zugrunde liegenden Referenzvermögenswertes, der in den meisten Fällen an die Gruppe übertragen würde, und die Auswirkungen gekaufter Sicherungen mit gleichem Referenzinstrument und Produkttyp.

Sonstige gekaufte Kreditsicherungen

Im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit kauft die Gruppe auch Kreditsicherungen, um das Risiko verkaufter Kreditsicherungen zu mindern. Diese gekauften Kreditsicherungen haben möglicherweise ein ähnliches, jedoch nicht das gleiche Referenzinstrument und verwenden ähnliche, jedoch nicht gleiche Produkte, reduzieren aber insgesamt die Kreditderivatrisikoposition. Die sonstigen gekauften Kreditsicherungen basieren auf dem Nominalwert der Instrumente.

Die Gruppe kauft Kreditsicherungen von Banken und Broker-Dealern, anderen Finanzinstituten und sonstigen Gegenparteien.

Fair Value der verkauften Kreditsicherungen

Die Fair Values der verkauften Kreditsicherungen geben zudem Aufschluss über das Erfüllungsrisiko, wobei die negativen Fair Values steigen, wenn die Wahrscheinlichkeit steigt, dass im Rahmen des Derivatkontrakts eine Zahlung geleistet werden muss.

Die folgenden Tabellen umfassen nicht alle Kreditderivate; sie weichen vom Total der Kreditderivate in der Tabelle «Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten» ab. Dies liegt daran, dass bestimmte Kreditderivatprodukte nicht im Geltungsbereich von US GAAP liegen. US GAAP definiert Kreditderivate als derivative Instrumente, (a) in denen einer oder mehrere Basiswerte in Bezug zum Kreditrisiko einer bestimmten Gesellschaft (oder Gruppe von Gesellschaften) oder zu einem Index, der auf dem Kreditrisiko einer Gruppe von Gesellschaften basiert, stehen und (b) den Verkäufer einem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditrisikobezogenen Ereignissen aussetzt. Gewisse physisch unterlegte pforderungsbesicherte Wertschriften (Cash CDOs) und weitere Instrumente wurden nicht in der Tabelle berücksichtigt, da sie nicht in den Geltungsbereich der US-GAAP-Bestimmungen fallen. Total Return Swaps (TRS) von CHF 4,8 Mia. wurden in der Tabelle auch nicht berücksichtigt, da sie den Verkäufer keinem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditbezogenen Ereignissen aussetzen. TRS bieten nur Schutz gegen einen Wertverlust der betreffenden Aktiven und nicht gegen zusätzliche Verluste aufgrund spezifischer Kreditereignisse.

Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen

	Verkaufte Kreditsi- cherungen	Gekaufte Kreditsi- cherungen ¹	Gekaufte/ (Verkaufte) Kreditsi- cherungen, netto	Sonstige gekaufte Kreditsi- cherungen	Fair Value der ver- kauften Kreditsi- cherungen
Ende 2011					
Instrumente auf einzelnen Referenzwert (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(452.2)	432.4	(19.8)	55.6	(9.0)
Nicht-Investment-Grade	(189.1)	179.4	(9.7)	16.7	(15.3)
Total Instrumente auf einzelnen Referenzwert	(641.3)	611.8	(29.5)	72.3	(24.3)
davon Staaten	(134.8)	132.6	(2.2)	10.8	(8.1)
davon Nicht-Staaten	(506.5)	479.2	(27.3)	61.5	(16.2)
Instrumente auf mehrere Referenzwerte (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(278.2)	253.1	(25.1)	14.5	(15.5)
Nicht-Investment-Grade	(71.9)	64.1 ³	(7.8)	9.0	(1.7)
Total Instrumente auf mehrere Referenzwerte	(350.1)	317.2	(32.9)	23.5	(17.2)
davon Staaten	(18.4)	17.5	(0.9)	0.9	(1.5)
davon Nicht-Staaten	(331.7)	299.7	(32.0)	22.6	(15.7)
Total Instrumente (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(730.4)	685.5	(44.9)	70.1	(24.5)
Nicht-Investment-Grade	(261.0)	243.5	(17.5)	25.7	(17.0)
Total Instrumente	(991.4)	929.0	(62.4)	95.8	(41.5)
davon Staaten	(153.2)	150.1	(3.1)	11.7	(9.6)
davon Nicht-Staaten	(838.2)	778.9	(59.3)	84.1	(31.9)
Ende 2010					
Instrumente auf einzelnen Referenzwert (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(467.5)	450.1	(17.4)	49.0	1.0
Nicht-Investment-Grade	(195.3)	169.2	(26.1)	17.2	(2.2)
Total Instrumente auf einzelnen Referenzwert	(662.8)	619.3	(43.5)	66.2	(1.2)
davon Staaten	(115.2)	113.5	(1.7)	10.3	(2.4)
davon Nicht-Staaten	(547.6)	505.8	(41.8)	55.9	1.2
Instrumente auf mehrere Referenzwerte (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(238.4)	215.1	(23.3)	14.5	(4.8)
Nicht-Investment-Grade	(60.3)	55.9	(4.4)	16.1	(1.1)
Total Instrumente auf mehrere Referenzwerte	(298.7)	271.0	(27.7)	30.6	(5.9)
davon Staaten	(15.5)	14.7	(0.8)	0.7	(0.7)
davon Nicht-Staaten	(283.2)	256.3	(26.9)	29.9	(5.2)
Total Instrumente (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(705.9)	665.2	(40.7)	63.5	(3.8)
Nicht-Investment-Grade	(255.6)	225.1	(30.5)	33.3	(3.3)
Total Instrumente	(961.5)	890.3	(71.2)	96.8	(7.1)
davon Staaten	(130.7)	128.2	(2.5)	11.0	(3.1)
davon Nicht-Staaten	(830.8)	762.1	(68.7)	85.8	(4.0)

¹ Entspricht den gekauften Kreditsicherungen mit identischen Basiswerten und den Wiedereingängen. ² Basierend auf internen Ratings BBB und höher. ³ Enthält Clock Finance.

Die folgende Tabelle zeigt die Abstimmung des Nominalbetrags der in der Tabelle «Fair Value von derivativen Instrumenten» enthaltenen Kreditderivate mit der Tabelle «Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen».

Abstimmung von Kreditderivaten

Ende	2011
Kreditderivate (in Mia. CHF)	
Verkaufte Kreditsicherungen	991.4
Gekaufte Kreditsicherungen	929.0
Sonstige gekaufte Kreditsicherungen	95.8
Sonstige Instrumente	26.5 ¹
Total Kreditderivate	2 042.7

¹ Besteht aus bestimmten physisch besicherten Forderungstiteln (CDOs), TRS und sonstigen derivativen Instrumenten.

Die Unterteilung der zukünftigen Zahlungen nach Restlaufzeit und zugrunde liegendem Risiko gibt Aufschluss über den aktuellen Stand des Erfüllungspotenzials im Rahmen des Derivatkontrakts.

Verfall der verkauften Kreditsicherungen

Ende	Fällig in we- niger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total
2011 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	134.1	394.5	112.7	641.3
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	58.7	202.4	89.0	350.1
Total Instrumente	192.8	596.9	201.7	991.4
2010 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	90.7	468.2	103.9	662.8
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	27.3	227.0	44.4	298.7
Total Instrumente	118.0	695.2	148.3	961.5

31 Garantien und Verpflichtungen

Garantien

Im normalen Geschäftsverlauf werden Garantien abgegeben, welche die Credit Suisse unter Umständen verpflichten, Zahlungen an Dritte zu leisten, falls die Gegenpartei bei einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung

ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommt. Der in der Tabelle aufgeführte Bruttobetrag entspricht dem aufgrund der Garantien maximal möglichen Zahlungsbetrag. Der Buchwert entspricht unserer aktuell besten Schätzung der Zahlungen, die aufgrund bestehender Garantievereinbarungen erforderlich sein werden.

Garantien

Ende	Fällig in we- niger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Buch- wert	Erhaltene Sicher- heiten
2011 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	3 273	2 062	1 106	907	7 348	6 613	50	2 455
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	5 598	1 674	1 317	1 715	10 304	9 394	73	3 381
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	15 005	0	0	0	15 005	15 005	0	15 005
Derivate ²	27 593	12 953	5 137	5 710	51 393	51 393	3 650	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	3 972	387	422	194	4 975	4 939	4	2 268
Total Garantien	55 441	17 076	7 982	8 526	89 025	87 344	3 777	23 109
2010 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	3 413	1 525	1 033	1 437	7 408	6 922	512	4 357
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	6 627	2 157	1 213	2 109	12 106	10 840	100	4 317
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	18 254	0	0	0	18 254	18 254	0	18 254
Derivate ²	35 804	19 292	6 486	4 061	65 643	65 643	2 246	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	4 349	544	278	287	5 458	5 387	8	2 622
Total Garantien	68 447	23 518	9 010	7 894	108 869	107 046	2 866	29 550

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen. ² Nicht enthalten sind Derivatkontrakte mit bestimmten aktiven Handels- und Investmentbanken und bestimmten sonstigen Gegenparteien, da solche Kontrakte bar abgewickelt werden können und die Gruppe keinen Anhaltspunkt dafür hatte, dass die Gegenparteien bei Vertragsabschluss die Basisinstrumente hielt. ³ Sicherheiten für als Garantien verbuchte Derivate werden als unbedeutend erachtet.

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Verträge, welche die Gruppe zu Zahlungen verpflichten, sollte eine Drittpartei im Rahmen einer spezifischen bestehenden Kreditverpflichtung ihren entsprechenden Pflichten nicht nachkommen. Der Nettogesamtbetrag schliesst folgende Produkte ein: Standby-Akkreditive, Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken und andere Garantien im Zusammenhang mit Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs).

Durch Standby-Akkreditive verpflichtet sich die Gruppe im Rahmen des Firmenkreditgeschäfts und anderer Aktivitäten mit Firmenkunden, bei welchen die Gruppe Garantien in Form von Standby-Akkreditiven an Gegenparteien gewährt, die eine Zahlungsverpflichtung an Dritte darstellen, sollten die Gegenparteien ihre Zahlungsverpflichtungen aus einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung nicht erfüllen.

Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken werden im Rahmen des US-Hypothekengeschäfts der Gruppe eingegangen. Dabei verkauft die Gruppe gewisse Geschäfts- und Wohnbauhypotheken an die Federal National Mortgage Association (FNMA) und verpflichtet sich dabei, einen prozentualen Anteil an den Verlusten zu tragen, falls die Kreditnehmer ihrem Schuldendienst nicht nachkommen. Zudem gewährt die Gruppe Garantien zur Entschädigung der FNMA für Verluste aus bestimmten Krediten, die den von der FNMA begebenen hypothekenbesicherten Wertpapieren zugrunde liegen. Der

Garantiefall tritt ein, falls Kreditnehmer ihrem Schuldendienst auf den zugrunde liegenden Hypotheken nicht nachkommen.

Die Gruppe gewährt VIEs und anderen Gegenparteien auch Garantien, bei welchen sie sich im Falle des Eintretens gewisser Ereignisse, wie beispielsweise Rückstufungen im Rating und/oder substanzieller Abnahmen des Fair Value solcher Vermögenswerte, zum Kauf von Vermögenswerten dieser Garantiennehmer verpflichtet.

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Vereinbarungen, die Zahlungen bedingen, wenn gewisse leistungsabhängige Ziele oder Verpflichtungen nicht erfüllt werden. Solche vertraglichen Bedingungen können die Pflicht eines Kunden zur Lieferung bestimmter Produkte und Dienstleistungen oder die Leistungserbringung im Rahmen eines Bauvertrags beinhalten. Leistungsabhängige Garantien werden häufig in der Projektfinanzierung eingesetzt. Der Nettogesamtbetrag setzt sich aus Garantien für Private-Equity-Fonds und Garantien im Zusammenhang mit Vertriebsaktivitäten von Wohnbauhypotheken zusammen.

Bei Garantien für Private-Equity-Fonds hat die Gruppe Anlegern in von einer Tochtergesellschaft errichteten Private-Equity-Fonds Garantien gewährt, allfällige Rückforderungsansprüche von Gewinnbeteiligungen gegenüber gewissen General Partners, die an diese General Partners ausgeschüttet

wurden (Carried Interest), zu begleichen, falls die Performance der verbleibenden Anlagen abnimmt. Zur Begrenzung des Risikos hält die Gruppe in der Regel einen Anteil der auszuschtütenden Gewinnbeteiligungen zurück, um allfällige Rückfordervpflichtungen zu decken. Weiter ist die Gruppe im Rahmen bestimmter vertraglicher Vereinbarungen zu Barzahlungen an gewisse Anleger in bestimmten Private-Equity-Fonds verpflichtet, falls festgelegte Performance-Grenzwerte nicht erreicht werden.

In Verbindung mit ihren Aktivitäten bei der Verbriefung von US-Wohnbauhypotheken übernimmt die Gruppe zudem in bestimmten Fällen die Gewährleistung, dass der Kreditadministrator die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Überweisung allfälliger Aufschläge bei vorzeitiger Tilgung an den Securitization Trust durchführt. Die Gruppe wird gemäss diesen Garantien zahlungspflichtig, falls der Kreditadministrator diese Aufschläge nicht überweist.

Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen

Der Netto-Gesamtbetrag für Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen enthält Vereinbarungen, in welchen die Gruppe die Entschädigung allfälliger Verluste an Kunden, die Wertschriften ausleihen, zusicherte, falls Schuldner die im Rahmen des Wertpapierleihvertrags geborgten Titel nicht zurückgeben und die hinterlegten Sicherheiten den Marktwert der geborgten Wertpapiere nicht decken. Wie in der Tabelle zu Garantien aufgezeigt, war die Gruppe hinsichtlich Schadenersatzverpflichtungen aus Wertpapierleihen vollständig besichert.

Derivate

Derivate werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit ausgegeben, hauptsächlich in Form von geschriebenen Put-Optionen. Nach US GAAP ist kein Ausweis von Derivatkontrakten erforderlich, wenn diese bar beglichen werden können und die Gruppe keinen Hinweis darauf hat, dass die Gegenparteien die Basisinstrumente bei Vertragsabschluss mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit hielten. Die Gruppe ist zum Schluss gekommen, dass bestimmte Handels- und Investmentbanken sowie bestimmte andere Gegenparteien diese Bedingungen erfüllen. Aus diesem Grund weist die Gruppe die entsprechenden Kontrakte nicht als Garantien aus.

Die Gruppe verfolgt diverse Absicherungsstrategien, um ihr Risiko aus diesen Derivaten zu bewirtschaften und zu reduzieren. Bei einigen Kontrakten, wie geschriebene Zinssatz-Caps (Interest Rate Caps) oder Devisenoptionen, lässt sich die maximal mögliche Auszahlung nicht bestimmen, da Zinssätze oder Devisenkurse theoretisch ohne Limite ansteigen könnten. Für diese Kontrakte wurde das Kontraktvolumen in der oben stehenden Tabelle offengelegt, um einen Anhaltspunkt zum zugrunde liegenden Risiko zu geben. Zudem erfasst die

Gruppe alle Derivate zum Fair Value in der konsolidierten Bilanz und hat bei der Ermittlung dieser Fair Values die leistungsauslösenden Ereignisse und die Zahlungswahrscheinlichkeiten mit einbezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass geschriebene Put-Optionen, welche für die Gegenpartei im Geld liegen (in-the-money), ausgeübt werden, liegt bei mehr als 50%. Dieses Risiko beschränkte sich für die Gruppe auf den Buchwert, der in der Tabelle aufgeführt wurde.

Sonstige Garantieverpflichtungen

Sonstige Garantieverpflichtungen beinhalten Bankakzente, Restwertgarantien, Einlagensicherungen, bedingte Entgelte bei Unternehmenszusammenschlüssen, garantierte Mindestwerte von Anlagen in Anlage- oder Private-Equity-Fonds sowie alle weiteren Garantien, die nicht einer der oben genannten Kategorien zugewiesen wurden.

Banken mit Kundeneinlagen und Effektenhändler in der Schweiz und in gewissen anderen europäischen Ländern sind verpflichtet, die Auszahlung privilegierter Einlagen im Falle spezifischer Einschränkungen oder erzwungener Liquidation einer solchen Bank sicherzustellen. In der Schweiz stellen Banken mit Kundeneinlagen und Effektenhändler gemeinsam einen Garantiebetrug von bis zu CHF 6 Mia. bereit. Tritt ein solches Auszahlungsereignis ein, ausgelöst durch eine von der FINMA auferlegte spezifische Geschäftsrestriktion oder aufgrund der Zwangsliquidation einer anderen Bank mit Kundeneinlagen, wird der Beitrag der Gruppe auf Basis ihres Anteils privilegierter Einlagen im Verhältnis zur Gesamtheit der privilegierten Einlagen berechnet. Basierend auf der Schätzung der FINMA für die im Bankgeschäft engagierten Tochtergesellschaften der Gruppe liegt der Anteil der Gruppe an der Einlagenversicherung für die Zeit vom 1. Juli 2011 bis zum 30. Juni 2012 bei CHF 0,7 Mia. Diese Garantien für Einlagensicherungen wurden unter Sonstige Garantieverpflichtungen aufgeführt.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking hat die Gruppe bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Die Gruppe hat diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die die Gruppe von anderen Parteien gekauft hat.

Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete Eigenschaften nicht zutreffend waren, kann die Gruppe dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlittene Verluste zu entschädigen. Ob der Gruppe im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Ansprüche, der Gültigkeit solcher

Ansprüche (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Ansprüche); ob die Gruppe erfolgreich Forderungen gegen Parteien stellen kann, die Kredite an die Gruppe verkauft und dabei gegenüber der Gruppe Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle; ob die Verpflichtungen aus den verbrieften Instrumenten durch Dritte garantiert oder versichert waren.

Die folgenden Tabellen zeigen den Totalbetrag der zwischen dem 1. Januar 2004 und dem 31. Dezember 2011 verkauften Wohnbauhypothekarkredite nach Art der Gegenpartei, die Entwicklung der offenen Rückkauforderungen in der Periode vom 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2011, die Entwicklung der Rückstellungen für offene Rückkauforderungen in der Periode vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 und die realisierten Verluste aus dem Rückkauf verkaufter Wohnbauhypothekarkredite.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Ab 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2011 verkaufte Wohnbauhypothekarkredite (in Mia. USD)

Staatlich gesponserte Unternehmen	8.2
Private Anleger ¹	22.1
Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	128.5 ²
Total	158.8

¹ Hauptsächlich Banken. ² Der per 31. Dezember 2011 ausstehende Betrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite betrug USD 30,9 Mia. Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite und dem per 31. Dezember 2011 ausstehenden Betrag entsprach den Schuldnerückzahlungen von USD 82,1 Mia. und den Verlusten von USD 15,5 Mia. aus Kreditausfällen.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite – offene Rückkaufsforderungen

	2011			
	Staatlich gesponser- te Unter- nehmen	Private Anleger	Verbriefun- gen nicht staatlich gesponser- ter Unter- nehmen	Total
Offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)				
Bestand per 1. Juli	60	487	1 084	1 631
Neue Forderungen	29	10	1 160	1 199
Mittels Rückkäufen erledigte Forderungen	0	(1)	(4)	(5) ¹
Sonstige Abgeltungen	(8)	0	(3)	(11) ²
Total abgezahlte Forderungen	(8)	(1)	(7)	(16)
Angefochtene Forderungen	(13)	(64)	(28)	(105)
Überträge an Schiedsgerichts- und Rechtsverfahren ³	0	0	(1 966)	(1 966)
Bestand per 31. Dezember⁴	68	432	243	743

¹ Zu einem Rückkaufpreis von USD 5 Mio. abgeboten. ² Zu USD 9 Mio. abgeboten. ³ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für Informationen zu offenen Forderungen, die Gegenstand eines Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahrens sind. ⁴ Per 31. Dezember 2010 betrug das Total der offenen Rückkaufsforderungen USD 473 Mio., wovon USD 39 Mio., USD 434 Mio. und USD 0 Mio. auf staatlich gesponserte Unternehmen, private Anleger beziehungsweise Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen entfielen.

Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen

	2011
Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)¹	
Bestand per 1. Januar	29
Zunahme/(Abnahme) von Rückstellungen, netto	47
Realisierte Verluste ²	(17)
Bestand per 31. Dezember	59³

¹ Nicht enthalten sind Rückstellungen für Rückkaufsforderungen in Bezug auf verkaufte Wohnbauhypothekarkredite, die in einem Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahren sind. Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen. ² Enthält Schadenersatzzahlungen zur Abgeltung von Rückkaufsforderungen für Darlehen. ³ Im Wesentlichen alles in Bezug auf staatlich gesponserte Unternehmen.

Verluste aus dem Rückkauf verkaufter Wohnbauhypothekarkredite

	2011	2010	2009
Verluste aus dem Rückkauf von verkauften Wohnbauhypothekarkrediten (in Mio. USD)			
Realisierte Verluste	17 ¹	24 ²	24 ²

Enthält Schadenersatzzahlungen zur Abgeltung von Rückkaufsforderungen für Darlehen.

¹ Hauptsächlich aus staatlich gesponserten Unternehmen und Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen. ² Hauptsächlich aus staatlich gesponserten Unternehmen.

Zusicherungen und Gewährleistungen im Zusammenhang mit Wohnbauhypothekarkrediten, die an Verbriefungsvehikel nicht staatlich gesponserter Unternehmen verkauft werden, sind weniger umfangreich als bei Wohnbauhypothekarkrediten, die an staatlich gesponserte Unternehmen verkauft werden. Damit kann sich der Nachweis von Rückkaufsforderungen aufgrund von Kausalitäten und Ansprüchen im Zusammenhang mit Verstößen gegen Zusicherungen und Gewährleistungen bei Wohnbauhypothekarkrediten, die im Rahmen von Verbriefun-

gen nicht staatlich gesponserter Unternehmen verkauft wurden, schwieriger gestalten. Die Gruppe ist an Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Zusicherungen und Garantien für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite beteiligt.

► Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen.

Rückkaufsforderungen im Zusammenhang mit verkauften Wohnbauhypothekarkrediten, die Gegenstand von Schiedsge-

rechts- oder Rechtsverfahren sind oder im Verlauf der Berichtsperiode werden, sind nicht in den unter Garantien und Verpflichtungen offengelegten Rückkaufsforderungen und entsprechenden Eventualverlusten und Rückstellungen enthalten. Solche Rückkaufsforderungen werden unter Rechtsstreitigkeiten und den damit zusammenhängenden Eventualverlusten und Rückstellungen adressiert.

Aufgrund der zahlreichen Ausfälle bei Wohnbauhypothekarkrediten, einschliesslich der durch die Gruppe verkauften oder verbrieften Wohnbauhypothekarkredite, fallen diese Rückkaufsforderungen in Zukunft möglicherweise höher aus.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen und sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe hat gewisse Garantien, für welche sich die maximalen Eventualverbindlichkeiten nicht quantifizieren lassen. Solche Garantien sind in der oben stehenden Tabelle nicht enthalten und werden nachfolgend erläutert.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewährt die Gruppe dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, das potenzielle Risiko aus bestimmten nicht quantifizierbaren und nicht erkennbaren Verlustmöglichkeiten, wie beispielsweise Rechtsstreitigkeiten, Steuern und geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Die Gruppe überwacht solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in der konsolidierten Jahresrechnung der Gruppe angemessen sind.

Sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe gewährt gewissen Gegenparteien im Rahmen ihrer normalen Geschäftsaktivitäten Schadlosklauseln, bei welchen es nicht möglich ist, den Maximalbetrag, zu dessen Zahlung sie verpflichtet werden könnte, zu schätzen. Als normales Element im Rahmen von Emissionen eigener Wertschriften verpflichtet sich die Gruppe üblicherweise, die Inhaber solcher Papiere zu entschädigen, wenn aufgrund von Änderungen der anwendbaren Steuergesetze oder ihrer Auslegung zusätzliche Verrechnungssteuerbelastungen verursacht oder Steuern erhoben werden. Wertschriften, bei welchen solche zusätzlichen Zahlungen vorgesehen sind, verfügen normalerweise auch über eine entsprechende Rückzahlungs- oder Kündigungsklausel, wenn die zusätzlichen Zahlungen durch Änderungen von Gesetzen oder deren Auslegung verursacht werden, bei welchen der Emittent keine angemessenen Massnahmen zur Vermeidung der zusätzlichen Zahlungen ergreifen kann. Da solche möglichen Verpflichtungen von zukünftigen Änderungen der Steuergesetzgebung abhängen, kann die Gruppe eine allfällige Verbindlichkeit aus solchen Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vernünftig schätzen. Angesichts der üblicherweise bestehenden Kündigungsklausel erwartet die Gruppe nicht, dass allfällig mögliche Verbindlichkeiten aufgrund von Steueraufrechnungen wesentlich sein werden.

Die Gruppe ist Mitglied zahlreicher Börsen und Clearinghäuser, was aufgrund ihrer Mitgliedschaftsvereinbarungen bei Ausfall eines anderen Mitglieds Leistungen erforderlich machen könnte. Die Gruppe hat festgestellt, dass es nicht möglich ist, den Maximalbetrag dieser Verpflichtungen zu schätzen. Die Gruppe glaubt aber, dass die Wahrscheinlichkeit, aufgrund dieser Vereinbarungen effektiv Zahlungen vornehmen zu müssen, gering ist.

Leasingverpflichtungen

Leasingverpflichtungen (in Mio. CHF)

2012	601
2013	550
2014	470
2015	414
2016	379
Später	2 145
Künftige Verpflichtungen aus Operating Leasing	4 559
Abzüglich minimaler Mieten aus nicht kündbaren Untermietverträgen	418
Total künftige Mindestverpflichtungen aus Operating Leasing, netto	4 141

Mietaufwand für Operating Leasing

	2011	2010	2009
Mietaufwand aus Operating Leasing (in Mio. CHF)			
Minimaler Mietaufwand	554	625	599
Ertrag aus Untermiete	(97)	(123)	(125)
Total Mietaufwand aus Operating Leasing, netto	457	502	474

Sonstige Verpflichtungen

Ende	Fällig in we- niger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Erhaltene Sicher- heiten
2011 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	5 644	3	40	0	5 687	5 207	2 372
Kreditverpflichtungen	157 701	19 988	35 755	7 116	220 560 ²	215 343	144 278
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	28 885	0	0	0	28 885	28 885	28 885
Sonstige Verpflichtungen	1 457	405	872	874	3 608	3 608	33
Total sonstige Verpflichtungen	193 687	20 396	36 667	7 990	258 740	253 043	175 568
2010 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	4 500	10	41	0	4 551	4 162	1 883
Kreditverpflichtungen	153 759	35 459	12 234	8 101	209 553 ²	202 999	142 425
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	51 968	0	0	0	51 968	51 968	51 968
Sonstige Verpflichtungen	1 375	833	1 095	557	3 860	3 860	55
Total sonstige Verpflichtungen	211 602	36 302	13 370	8 658	269 932	262 989	196 331

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen. ² Per 31. Dezember 2011 und 2010 waren CHF 138 051 Mio. beziehungsweise CHF 136 533 Mio. unbenutzte Kreditlimiten enthalten, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar waren.

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven beinhalten Risiken aus dem Handelsfinanzierungsgeschäft im Zusammenhang mit Akkreditiven, unter welchen sich die Gruppe gegenüber einem Exporteur bei Vorlage von Fracht- und anderen Dokumenten zur Leistung von Zahlungen verpflichtet.

Kreditverpflichtungen

Kreditverpflichtungen sind nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Zusagen, die in unserem alleinigen Ermessen mit Mitteilung an den Kunden widerrufen werden können. Ein kleiner Teil der gesamten Kreditverpflichtungen bezieht sich auf das Leveraged-Finance-Geschäft. Zusagen zur Schaffung von Hypothekarkrediten, welche zum Verkauf gehalten werden, qualifizieren für Rechnungslegungszwecke als Derivate und sind in dieser Offenlegung nicht enthalten. Solche Verpflichtungen werden in der konsolidierten Bilanz als Derivate ausgewiesen.

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte sind Transaktionen, bei welchen der erste Austausch von Zahlungen aus Reverse-Repo-Geschäften an einem vereinbarten Datum in der Zukunft stattfindet.

Sonstige Verpflichtungen

Sonstige Verpflichtungen beinhalten Private-Equity-Verpflichtungen, feste Verpflichtungen aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft, Verpflichtungen aus Akkreditiven mit aufgeschobener Zahlung und aus in Umlauf befindlichen Akzepten sowie Verpflichtungen für Call- und Put-Optionen auf Aktien und anderen Beteiligungsinstrumenten.

In der durch die Gruppe konsolidierten brasilianischen Tochtergesellschaft Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. gibt es Minderheitsanteile mit Rückgaberecht. Die Minderheitsinvestoren haben das Recht, ihre Anteile zu einem Wert anzudienen, der gemäss einer Berechnungsformel und der Performance der Tochtergesellschaft ermittelt wird. Die

Put-Option ist bis am 30. Mai 2012 ausübbar. Bei einer Ausübung würde die Gruppe volle Kontrolle und Eigentum erlangen. Der Rückgabewert der Put-Option wurde von der Gruppe auf BRL 1 209 Mio. (CHF 609 Mio.) geschätzt. Die Gruppe entschied sich, den Wert dieser Zahlung über das Jahr 2011 zu erfassen. Der geschätzte Kaufpreis wurde in der Bilanz per

31. Dezember 2011 als Minderheitsanteile mit Rückgaberecht unter Sonstige Verbindlichkeiten vollständig abgegrenzt. Die damit verbundenen ausserbilanziellen Verpflichtungen wurden entsprechend aufgelöst. Die Gruppe verfügt zudem über eine Call-Option für den Erwerb der Minderheitsanteile bis 9. Juni 2012.

32 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Die Gruppe schliesst im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und macht von diesen Gebrauch. Eine SPE ist eine Einheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen rechtlichen Struktur, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Die SPE ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen der Gruppe und ihren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und der Schaffung von Anlageprodukten. Die Gruppe nutzt SPEs auch für andere von Kunden ausgehende Aktivitäten, etwa zur Ermöglichung von Finanzierungen, sowie für ihre eigenen steuerlichen oder regulatorischen Zwecke.

Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten

Verbriefungen

Der grösste Teil der von der Gruppe durchgeführten Verbriefungen erfolgt für Hypotheken und hypothekenbezogene Wertschriften. Die Transaktionen erfolgen hauptsächlich über SPEs. Bei einer typischen Verbriefung kauft die SPE Vermögenswerte, die durch die Erlöse der Ausgabe von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, Zertifikaten, CDOs und sonstigen Schuldverschreibungen der SPE finanziert werden. Diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in der Bilanz der SPE verbucht und erscheinen nicht in der konsolidierten Bilanz der Gruppe, ausser wenn die Gruppe die Vermögenswerte an die Gesellschaft verkauft hat und die Rechnungslegungsanforderungen für den Verkauf nicht erfüllt wurden oder die Gruppe die SPE konsolidiert.

Die Gruppe erwirbt Geschäfts- und Wohnbauhypotheken zur Verbriefung und verkauft diese Hypothekendarlehen an SPEs. Diese SPEs emittieren Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS), Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS), welche durch die an sie übertragenen Aktiven besichert sind und eine Rendite erzielen, die auf der Rendite der verbrieften Aktiven basiert.

Anleger in solchen hypothekarbesicherten Wertschriften oder ABS haben üblicherweise ein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der SPEs falls nicht von dritter Seite eine Garantie abgegeben wurde, welche die Bonität der betreffenden Vermögenswerte erhöht. Die Anleger und die SPEs haben kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe. Die Gruppe ist üblicherweise Emissionshaus und Market-Maker für diese Wertschriften.

Ausserdem führt die Gruppe Neuverbriefungen von bereits ausgegebenen RMBS durch. In der Regel werden Zertifikate aus einem bestehenden Verbriefungsvehikel in ein neu geschaffenes, gesondertes Verbriefungsvehikel verkauft. Diese Neuverbriefungen dienen häufig dazu, ein bestehendes Wertpapier neu zu verpacken, um dem Anleger eine Tranche mit höherem Rating zu bieten.

Die Gruppe erwirbt auch Ausleihungen und sonstige Schuldverpflichtungen von Kunden und verkauft diese direkt oder indirekt an SPEs, welche CDOs emittieren. Die Gruppe strukturiert die CDOs und ist Emissionshaus und Market-Maker für diese CDOs. CDOs sind durch die an das zugehörige CDO-Vehikel übertragenen Aktiven besichert; ihr Ertrag basiert auf dem Ertrag der betreffenden Aktiven. Anleger haben üblicherweise ausschliesslich ein Rückgriffsrecht auf die Sicherheiten der CDOs, jedoch kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe.

Wenn die Gruppe Vermögenswerte auf eine SPE überträgt, muss sie beurteilen, ob diese Übertragung als Verkauf der Vermögenswerte zu bilanzieren ist. Übertragungen von Vermögenswerten erfüllen die Anforderungen für einen Verkauf möglicherweise nicht, wenn die Vermögenswerte nicht rechtlich von der Gruppe isoliert wurden und/oder wenn ein anhaltendes Engagement der Gruppe als faktische Kontrolle dieser Vermögenswerte gilt. Wenn die Übertragung nicht als Verkauf gilt, wird sie stattdessen als besicherte Kreditaufnahme verbucht, wobei die übertragenen Vermögenswerte als Sicherheit gelten.

Aufgrund neuer Richtlinien für die Rechnungslegung ab 1. Januar 2010 konnte die Gruppe bestimmte Übertragungen von Vermögenswerten und bestimmte Übertragungen von Teilen von Vermögenswerten, die der Definition von Beteiligungen nicht

entsprechen, nicht länger als Verkäufe bilanzieren. Diese Änderung der Richtlinien hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage oder die Cashflows der Gruppe.

Gewinne und Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von den Buchwerten der übertragenen Hypotheken und CDOs ab und werden den verkauften Aktiven und dem allfällig einbehaltenen Begünstigungsanteil im Verhältnis der betreffenden Fair Values im Zeitpunkt des Verkaufs zugeordnet.

Die folgende Tabelle stellt Gewinne oder Verluste und die Erlöse aus den übertragenen Aktiven für Verbriefungen von finanziellen Vermögenswerten in den Jahren 2011, 2010 und 2009 dar, welche als Verkauf behandelt wurden, zusammen mit den Geldflüssen zwischen der Gruppe und den für Verbriefungen verwendeten SPEs, bei welchen die Gruppe per Ende 2011, 2010 und 2009 weiterhin eingebunden war, unabhängig davon, wann die Verbriefung stattfand.

Verbriefungen

	2011	2010	2009
Gewinne und Geldflüsse (in Mio. CHF)			
CMBS			
Nettogewinn ¹	6	13	0
Erlös aus Übertragung von Aktiven	974	523	144
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	1	1	1
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	205	150	244
RMBS			
Nettogewinn ¹	65	214	194
Erlös aus Übertragung von Aktiven	30 695	52 308	34 246
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten	(4)	0	(46)
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	3	6	6
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	382	488	329
ABS ²			
Nettogewinn ¹	0	0	19
Erlös aus Übertragung von Aktiven	0	0	104
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten	0	0	(18)
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	4	6	18
CDO			
Nettogewinn ¹	25	69	107
Erlös aus Übertragung von Aktiven	988	2 952	2 374
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten ³	(206)	(1 823)	(1 850)
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	32	157	13

¹ Enthält Erträge aus Underwriting, abgegrenzte Abschlusskosten, Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sicherheiten an die SPEs sowie Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von neu ausgegebenen Wertschriften an Dritte, aber ohne Zinserfolg auf Aktiven vor Verbriefung. Die Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf der Sicherheiten entsprechen der Differenz zwischen dem Fair Value am Tag vor der Preisfestlegung der Verbriefung und dem Verkaufspreis der Ausleihungen. ² Hauptsächlich Darlehen besichert durch Wohneigentum. ³ Stellt Market-Making-Aktivität dar sowie freiwillige Rückkäufe zum Fair Value, soweit keine Rückkaufverpflichtungen bestanden.

Sonstige vermögensbasierte Finanzierungsvereinbarungen

Die Gruppe verwendet SPEs auch für andere kundengetriebene Aktivitäten und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe. Zu diesen Aktivitäten zählen etwa diverse Leveraged-Finance-Strukturen, Neuverbriefungen und andere Strukturen.

Leveraged-Finance-Strukturen werden bei der Syndizierung bestimmter, von der Gruppe gehaltener Ausleihungen eingesetzt. In der Regel errichtet ein externer Sponsor eine SPE, die ihrerseits Ausleihungen der Gruppe erwirbt. Das aufgrund des von der Gruppe zur Verfügung gestellten Schuldtitels (Kreditfa-

zilität) bestehende Rückgriffsrecht bezieht sich ausschliesslich auf die in der SPE gehaltenen Vermögenswerte.

Strukturen zur Neuverbriefung sind darauf ausgelegt, einem Kunden besicherte Engagements in bestimmten Cashflows oder Kreditrisiken zu ermöglichen. Zumeist emittiert die SPE Schuldtitel an den Kunden und schliesst einen Derivatkontrakt ab, der die gewünschten Engagements ermöglicht. Danach werden von der Gruppe Sicherheiten erworben.

Diese Kategorie umfasst zudem Strukturen im Zusammenhang mit Lebensversicherungen, Emerging-Markets-Strukturen zur Finanzierung, Beteiligung an Ausleihungen oder Gene-

rierung von Ausleihungen sowie weitere alternative Strukturen für Venture-Capital-artige Anlagen.

Die folgende Tabelle stellt die Gewinne oder Verluste und die Erlöse aus den in den Jahren 2011 und 2010 und 2009 übertragenen finanziellen Vermögenswerten dar, welche als Verkäufe qualifizierten und keine Verbriefungen waren, zusam-

men mit den Geldflüssen zwischen der Gruppe und den SPEs, welche für solche Übertragungen verwendet wurden und bei welchen die Gruppe per Ende Dezember 2011, Ende 2010 und Ende 2009 weiterhin eingebunden war. Der Übertragungszeitpunkt der Aktiven war dafür nicht von Bedeutung.

Sonstige forderungsrechtbesicherte Finanzierungsaktivitäten

	2011	2010	2009
Gewinne und Geldflüsse (in Mio. CHF)			
Nettogewinn/(-verlust) ¹	(1)	16	12
Erlös aus Übertragung von Aktiven ²	280	1 424	3 494
Käufe von vormalig übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten	(50)	(696)	(219)
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	1	0	0
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	665	1 376	1 422

¹ Enthält Erträge aus Underwriting, abgegrenzte Abschlusskosten, Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sicherheiten an die SPEs sowie Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von neu ausgegebenen Wertschriften an Dritte, aber ohne Zinserfolg auf Aktiven vor sonstigen forderungsrechtbesicherten Finanzierungen. Die Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf der Sicherheiten entsprechen der Differenz zwischen dem Fair Value am Tag vor der Preisfestlegung der sonstigen forderungsrechtbesicherten Finanzierungen und dem Verkaufspreis der Ausleihungen. ² Hauptsächlich Darlehen besichert durch Wohneigentum.

Die Gruppe hat keine wesentlichen Verwaltungspflichten aus Verbriefungen oder sonstigen forderungsrechtbesicherten Finanzierungsaktivitäten.

Fortlaufende Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe kann bei finanziellen Vermögenswerten, die an eine SPE übertragen werden, weiterhin eingebunden sein, unabhängig davon, ob die betreffende Übertragung als Verkauf oder als besicherte Kreditaufnahme verbucht wurde. Eine solche Einbindung kann unterschiedlich ausgestaltet sein, unter anderem aber nicht abschliessend: Kreditadministrations-, Rückgriffrechts- und Garantievereinbarungen, Vereinbarungen zum Kauf oder zur Rückgabe von übertragenen Aktiven, derivative Instrumente, Verpfändungen von Sicherheiten und Begünstigungsanteilen (Beneficial Interests) an den übertragenen Vermögenswerten. Die Begünstigungsanteile, die zum Fair Value bewertet werden, beinhalten das Anrecht auf sämtliche beziehungsweise einen Teil von bestimmten, bei der SPE eingegangenen Geldflüssen, wie etwa vor- und nachrangige Anteile an Zins-, Kapital- oder anderen Geldzuflüssen zur Weitergabe oder Weiterauszahlung, Prämien an Garantiegeber, Verbindlichkeiten aus CPs und Restwertbeteiligungen in Form von Schuldtiteln oder Aktien.

Die Risikoposition der Gruppe aus fortlaufender Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten beschränkt sich in der Regel auf die von der Gruppe gehaltenen

Begünstigungsanteile. Diese haben üblicherweise die Form von durch SPEs ausgegebenen vorrangigen, nachrangigen Instrumenten oder Restwert-Tranchen. Diese Instrumente werden von der Gruppe üblicherweise im Zusammenhang mit Emissions- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten und in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände ausgewiesen. Veränderungen im Fair Value dieser Begünstigungsanteile werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

In der Regel können Anleger auf die Vermögenswerte der SPE Rückgriff nehmen und profitieren häufig auch von anderen Kreditbesserungen, wie Konti mit Sicherheiten, oder von Liquiditätsfazilitäten, wie Kreditrahmen oder Liquiditäts-Put-Optionen im Rahmen von Kaufvereinbarungen über Vermögenswerte. Die SPE kann auch Derivatkontrakte abschliessen, um die Rendite oder die Referenzwährung der Basiswerte an die Bedürfnisse der SPE-Anleger anzupassen oder das Kreditrisiko der SPE zu begrenzen beziehungsweise zu ändern. Die Gruppe wie auch die Gegenpartei eines entsprechenden Derivatkontrakts können bestimmte Kreditbesserungen gewähren.

Die folgende Tabelle stellt die ausstehenden Kapitalbeiträge der Aktiven dar, aus welchen die Gruppe nach der Übertragung der finanziellen Vermögenswerte an SPEs weiterhin eine Risikoposition hat, und das Total der Aktiven von SPEs per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010. Der Übertragungszeitpunkt der Aktiven war dafür nicht von Bedeutung.

Ausstehende Kapitalbeträge und das Total der Aktiven von SPEs aus fortlaufender Einbindung

Ende	2011	2010
in Mio. CHF		
CMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	35 487	45 129
Total Aktiven von SPEs	52 536	65 667
RMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	91 242	79 077
Total Aktiven von SPEs	95 297	85 556
ABS		
Ausstehender Kapitalbetrag	3 023	4 171
Total Aktiven von SPEs	3 023	4 171
CDO		
Ausstehender Kapitalbetrag	20 729	29 275
Total Aktiven von SPEs	20 729	29 279
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Ausstehender Kapitalbetrag	11 481	10 770
Total Aktiven von SPEs	11 555	10 770

Die ausstehenden Nominalbeträge beziehen sich auf von der Gruppe übertragene Aktiven und enthalten keine Nominalbeträge für von Dritten übertragene Aktiven.

Fair Value von Begünstigungsanteilen

Der Fair Value von Begünstigungsanteilen aus fortlaufender Einbindung zum Transferzeitpunkt und zum Berichtszeitpunkt wird mit Hilfe von Fair-Value-Bewertungsmethoden, wie dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows, ermittelt, wobei diese auf Annahmen basieren, welche die Marktteilneh-

mer üblicherweise zu Bewertungszwecken treffen. Die Fair Values von Aktiven oder Verbindlichkeiten aus fortlaufenden Einbindungen umfassen keinen Nutzen aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe eventuell zur Absicherung der latenten Risiken verwendet.

Massgebliche ökonomische Annahmen zum Transferzeitpunkt

Im Januar 2010 passte das FASB die Offenlegungsanforderungen für den Ausweis des Fair Value von fortlaufenden Einbindungen der Gruppe zum Transferzeitpunkt an.

- Siehe « Fair Value von Finanzinstrumenten » in Anhang 33 – Finanzinstrumente für weitere Informationen.

Für die Fair-Value-Bewertung von Begünstigungsanteilen zum Übertragungszeitpunkt verwendete massgebliche ökonomische Annahmen

Im Zeitpunkt der Übertragung, im Jahr	2011		2010	
	CMBS	RMBS	CMBS	RMBS
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt				
Fair Value der Begünstigungsanteile	57	5 095	79	3 110
davon Level 2	42	4 695	79	2 751
davon Level 3	15	399	0	359
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	7.2	5.4	6.4	7.7
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ¹	15.0	9.0–34.9	–	0.0–43.7
Diskontsatz (Jahressatz), in % ²	2.9–10.6	0.5–71.2	5.5–10.2	0.0–70.1
Erwartete Kreditausfälle (Jahresrate), in %	1.2–9.3	0.3–71.0	3.2–8.0	0.0–71.5

Übertragungen von Aktiven, an welchen die Gruppe keine Begünstigungsanteile hat, sind in dieser Tabelle nicht enthalten.

¹ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR. ² Der Diskontsatz basierte auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Massgebliche ökonomische Annahmen per Stichtag

Die folgenden Tabellen stellen die Sensitivitätsanalyse zu massgeblichen ökonomischen Annahmen dar, welche zur

Ermittlung des Fair Value der per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 gehaltenen SPE-Begünstigungsanteile verwendet wurden.

Massgebliche ökonomische Annahmen für die Messung des Fair Value von Begünstigungsanteilen aus SPEs

Ende 2011	CMBS ¹	RMBS	ABS	CDO ²	Sonstige forderungs- besicherte Finanzie- rungen
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Fair Value der Begünstigungsanteile	342	2 960	10	244	1 500
davon Nicht-Investment-Grade	133	688	10	42	1 461
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	4.1	5.3	18.9	2.9	2.4
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ³	–	0.1–30.0	–	–	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	–	(44.2)	–	–	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	–	(86.6)	–	–	–
Diskontsatz (Jahressatz), in % ⁴	2.3–50.1	0.3–49.1	–	2.6–58.7	0.7–12.8
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(30.5)	(94.4)	–	(3.9)	(4.3)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(36.2)	(151.9)	–	(7.3)	(8.6)
Erwartete Kreditausfälle in % (Jahresrate)	1.9–49.0	0.9–48.9	–	5.4–31.8	9.5–12.2
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(29.8)	(83.6)	–	(2.7)	(4.1)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(34.8)	(131.5)	–	(5.1)	(8.1)

Ende 2010	CMBS ¹	RMBS	ABS	CDO ²	Sonstige forderungs- besicherte Finanzie- rungen
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Fair Value der Begünstigungsanteile	412	1 694	22	262	2 440
davon Nicht-Investment-Grade	25	1 070	22	35	2 397
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	3.4	6.9	11.4	1.8	3.7
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ³	–	0.2–35.8	0.0–4.1	–	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	–	(38.8)	(0.1)	–	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	–	(78.1)	(0.3)	–	–
Diskontsatz (Jahressatz), in % ⁴	2.2–40.3	2.2–52.5	7.5–28.0	0.7–29.2	0.8–7.8
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(13.7)	(61.8)	(1.0)	(1.3)	(4.6)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(26.6)	(117.6)	(1.8)	(2.6)	(9.3)
Erwartete Kreditausfälle in % (Jahresrate)	1.8–40.2	1.5–49.9	3.6–24.9	0.8–27.6	6.6–13.3
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(9.8)	(48.2)	(0.6)	(0.8)	(4.1)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(19.2)	(92.1)	(1.2)	(1.5)	(8.4)

¹ Um eine vorzeitige Tilgung zu vermeiden, sind kommerzielle Hypothekendarlehen durch Tilgungssperrfristen und Renditesicherungsklauseln geschützt. ² CDOs sind üblicherweise so strukturiert, dass das Risiko einer vorzeitigen Tilgung ausgeschlossen wird. ³ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR. ⁴ Der Diskontsatz basiert auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Diese Sensitivitäten sind hypothetischer Natur und berücksichtigen wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte nicht. Die Änderungen des Fair Value aufgrund einer Änderung der Annahmen um 10% oder 20% lassen sich in der Regel nicht

extrapolieren, da die Beziehung zwischen der Änderung der Annahmen und derjenigen des Fair Value nicht linear sein muss. Des Weiteren wird die Auswirkung der Änderung einer bestimmten Annahme auf den Fair Value der Begünstigungsanteile berechnet, ohne die anderen Annahmen zu ändern. In der Praxis können sich Änderungen einer Annahme auf andere Annahmen auswirken (beispielsweise können steigende Marktzinsen zu geringeren vorzeitigen Tilgungen und höheren Kreditverlusten führen), wodurch die Sensitivitäten verstärkt oder abgeschwächt werden könnten.

Besicherte Geldaufnahmen

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte von übertragenen finanziellen Vermögenswerten und zugehörigen Verbindlichkeiten dar, deren Übertragung per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 nicht als Verkauf qualifizierte.

- Siehe «Anhang 34 – Verpfändete oder abgetretene Aktiven» für weitere Informationen.

Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Übertragung nicht als Verkauf qualifizierte

Ende	2011	2010
in Mio. CHF		
CMBS		
Sonstige Aktiven	664	602
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(664)	(602)
RMBS		
Sonstige Aktiven	12	58
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(12)	(58)
ABS		
Handelsbestände	43	19
Sonstige Aktiven	1 268	1 341
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(1 312)	(1 360)
CDO		
Handelsbestände	40	203
Sonstige Aktiven	206	171
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(246)	(374)
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Handelsbestände	1 768	1 381
Sonstige Aktiven	0	29
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(1 768)	(1 410)

Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit beteiligt sich die Gruppe an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten und allgemein drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: CDOs, CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. VIEs können durch die Gruppe, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Solche Gesellschaften sind darauf zu überprüfen, ob sie konsolidiert

werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Aufgrund der neuen Richtlinien für die Rechnungslegung verwendet das FASB bei der Entscheidung über die Konsolidierung von VIEs eine neue Analysemethode. Laut Modell hat eine Gesellschaft nun festzulegen, ob sie in der Lage ist, die für die ökonomischen Aspekte der VIEs massgeblichen Aktivitäten zu steuern, sowie ob das berichtende Unternehmen potenziell bedeutende Vorteile oder Verluste durch die VIEs erfährt. Im bisherigen Konsolidierungsmodell für VIEs wurde dagegen nur berücksichtigt, ob eine Gesellschaft die Risiken und/oder Vorteile der VIEs mehrheitlich absorbierte. Ausserdem ist der Meistbegünstigte laufend neu zu evaluieren, während entsprechende Neubeurteilungen bis anhin nur bei Eintritt

bestimmter Wiedererwägungsereignisse vorgeschrieben waren.

Als Folge dieser neuen Richtlinien konsolidierte die Gruppe bestimmte VIEs und ehemalige qualifizierende SPEs, bei denen Einbindungen vorlagen. Die Gruppe entschied sich bei allen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der VIEs und ehemaligen qualifizierenden SPEs für die Fair-Value-Option bei Übergang.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen.

Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung von VIEs kann umfangreiche eigene Einschätzungen des Managements erfordern. Falls die Konsolidierung einer VIE erforderlich ist, begrenzt sich die Risikoposition der Gruppe auf denjenigen Teil der Aktiven der VIE, welcher dem variablen Anteil der Gruppe vor allfälligen Risikomanagementaktivitäten zur Absicherung ihrer Nettoposition zugeordnet werden kann. Von Dritten gehaltene Anteile an VIEs haben trotz Konsolidierung durch die Gruppe in der Regel keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung der Gruppe.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten kann die Gruppe Anteile an VIEs halten. Transaktionen mit VIEs im Zusammenhang mit Verbriefungen umfassen den Verkauf oder Erwerb von Vermögenswerten und den Abschluss von diesbezüglichen Derivaten mit den betreffenden VIEs, wobei Liquidität, Kredit oder sonstige Unterstützung bereit gestellt werden. Auch Derivatgeschäfte, bei denen die Gruppe als Prime Broker fungiert, zählen zu den Transaktionen mit VIEs. Die Gruppe schliesst auch Kreditvereinbarungen mit VIEs ab, um Projekte oder den Ankauf von Vermögenswerten zu finanzieren. Die Aktiven von VIEs unterliegen üblicherweise insofern Beschränkungen, als sie in erster Linie zur Deckung der Verpflichtungen der betreffenden Gesellschaft gehalten werden. Zudem ist die Gruppe bei VIEs involviert, die errichtet wurden, um Kunden alternative Anlagelösungen zu bieten. Solche VIEs beziehen sich primär auf Private-Equity-Anlagen, fondsgebundene Vehikel oder Dachfonds, bei welchen die Gruppe die Strukturierung, das Management, den Vertrieb, die Vermittlung, das Market-Making oder die Bereitstellung von Liquidität übernimmt.

Als Folge dieser Aktivitäten hält die Gruppe variable Beteiligungen an VIEs. Solche variablen Anteile bestehen aus von VIEs emittierten Finanzinstrumenten, die von der Gruppe gehalten werden, bestimmten Derivaten mit VIEs oder Ausleihungen an VIEs. Von der Gruppe an beziehungsweise für VIEs gewährte Garantien können ebenfalls als variable Anteile an

einer VIE qualifizieren. Für diese Garantien, einschliesslich Derivaten, die als Garantien qualifizieren, wird der Nominalwert der betreffenden Garantien zur Darstellung der Risikopositionen ausgewiesen. Grundsätzlich haben Anleger in konsolidierten VIEs bei Ausfall der VIEs kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe, falls den Anlegern keine Garantie gewährt wurde oder die Gruppe nicht Gegenpartei in einer Derivattransaktion mit einer VIE ist.

Die Gesamtaktiven der konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs mit Einbindung der Gruppe stellen das gesamte Vermögen der betreffenden VIEs dar, selbst wenn die Position der Gruppe aufgrund der von Drittanlegern gehaltenen Anteile gegebenenfalls deutlich geringer ist. Die nominalen Aktiven der nicht konsolidierten VIEs, bei welchen die Gruppe in bedeutendem Umfang eingebunden ist, entsprechen den aktuellsten, der Gruppe zur Verfügung stehenden Angaben zu den verbleibenden Nominalwerten der Basisvermögenswerte. In den meisten Fällen werden diese Aktiven zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei Fair-Value-Minderungen nur einbezogen werden, wenn entsprechende Angaben vorliegen.

Die maximale Verlustposition der Gruppe weicht vom Buchwert der Aktiven der einzelnen VIEs ab. Diese maximale Verlustposition besteht aus dem Buchwert der als Handelsbestände gehaltenen variablen Anteile der Gruppe, den Derivaten und Ausleihungen und dem Nominalwert der an VIEs gewährten Garantien, nicht aber dem Gesamtvermögen der VIEs. Die maximale Verlustposition versteht sich ohne Berücksichtigung der Risikomanagementaktivitäten der Gruppe einschliesslich der Effekte aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe zur wirtschaftlichen Absicherung der mit diesen VIEs verbundenen Risiken verwenden kann. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Risikopositionen der Gruppe in VIEs sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Die Gruppe hat konsolidierte oder nicht konsolidierte VIEs nur bei entsprechenden vertraglichen Verpflichtungen finanziell oder anderweitig unterstützt.

Collateralized Debt Obligations

Die Gruppe tätigt CDO-Transaktionen, um Bedürfnisse von Kunden und Anlegern zu erfüllen, Gebühren zu verdienen und finanzielle Vermögenswerte zu verkaufen. Die Gruppe kann als Emissionshaus, Makler oder Vermögensverwalter auftreten und die Vermögenswerte vor Abschluss einer Transaktion in ihren Eigenbestand aufnehmen (Warehousing). Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit im Bereich strukturierte Finanzierungen (Structured Finance) erwirbt die Gruppe von und im Auftrag von Kunden Ausleihungen und andere Schuldverbindlichkeiten zur Verbriefung. Ausleihungen und andere

Schuldverbindlichkeiten werden an VIEs verkauft, die ihrerseits CDOs emittieren, um den Kauf von Aktiven wie Investment-Grade-Papieren und hochverzinslichen Schuldtiteln von Unternehmen zu finanzieren.

In der Regel gilt innerhalb von Managed CDOs diejenige Einheit als Sicherheitenverwalter, die über diejenigen Aktivitäten bestimmt, welche die wirtschaftliche Lage der Einheit massgeblich beeinflussen. Bei statischen CDOs ist dieser «Einfluss» schwieriger zu analysieren; möglicherweise geht er vom Sponsor der Einheit oder der CDS-Gegenpartei aus.

CDOs gewähren Anteil an den Kreditrisiken eines ABS-Portfolios (Cash-CDOs) oder eines Referenzportfolios von Wertschriften (synthetische CDOs). Cash-CDO-Geschäfte arbeiten mit eigentlichen Wertschriften, während synthetische CDO-Geschäfte CDS zum Austausch des Kreditrisikos von Basiswerten verwenden, anstatt die Basiswerte (Cash Assets) direkt einzusetzen. Die Gruppe kann auch als Gegenpartei für Derivatgeschäfte mit VIEs auftreten – diese Geschäfte gelten in der Regel nicht als variable Anteile – und in einen Teil der von VIEs emittierten Schuldtitel oder Beteiligungspapiere investieren. Die Portfolios der CDO-Einheiten lassen sich in aktiv bewirtschaftete und statische Portfolios gliedern.

Die von solchen VIEs ausgegebenen Begünstigungsanteile werden ausschliesslich durch die Cashflows der zugehörigen Sicherheiten gedeckt. Drittgläubiger dieser VIEs haben bei einem Zahlungsausfall kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe.

Die Risikoposition der Gruppe aus CDO-Geschäften beschränkt sich grundsätzlich auf die Anteile, welche sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emissionshaus oder Market-Maker hält. Die Gruppe konsolidiert Einheiten nur dann, wenn ihr «Einfluss» über diese Einheiten zugeschrieben wird und die betreffenden Beteiligungen potenziell signifikant ausfallen. Ansonsten gilt sie nicht als Meistbegünstigter. Die Obergrenze für Risikopositionen der Gruppe umfasst keine Auswirkungen von Finanzinstrumenten, mit denen die Risiken der VIEs wirtschaftlich abgesichert werden.

Commercial Paper Conduits

Die Gruppe ist weiterhin als Administrator für ein Asset-backed CP-Conduit tätig, nämlich Alpine, ein kundenorientiertes Multiseller-Conduit-Vehikel, und stellt diesem auch Liquidität und Instrumente zur Kreditbesserung bereit. Alpine veröffentlicht Daten zu seinem Portfolio und dessen Aktiven und reicht dieses Portfolio einer Ratingagentur zum öffentlichen Rating basierend auf den Cashflows des Gesamtportfolios ein. Alpine erwirbt Vermögenswerte von Kunden, namentlich Kredite und Darlehen, wobei diese Ankäufe durch die Ausgabe von CPs gedeckt werden, die wiederum durch die betreffenden Vermögenswerte besichert sind. Damit ein Vermögenswert für das CP-Conduit qualifiziert, muss dieser nach

Berücksichtigung von entsprechenden vermögenswertspezifischen Kreditbesserungen mindestens ein Investment-Grade-Rating aufweisen. Diese Kreditbesserungen werden in erster Linie von den Kunden gewährt, welche die betreffenden Vermögenswerte transferieren. Die Kunden gewähren den Anlegern in diesem CP-Conduit Kreditbesserungen in Form von über den Nominalwert hinausgehenden Besicherungen und anderen vermögenswertspezifischen Besserungen. Zudem hat ein nicht mit der Gruppe verbundener Anleger eine begrenzte Position auf das Erstrisiko des gesamten Alpine-Portfolios zurückbehalten. Die Gruppe besitzt keine Beteiligung an Alpine. Da die Gruppe als Administrator fungiert und zudem Liquidität sowie Kreditbesserungsfazilitäten zur Verfügung stellt, weist sie bedeutende Engagements und bedeutenden Einfluss auf die Tätigkeit von Alpine auf. Per 1. Januar 2010 qualifizierte die Gruppe als Meistbegünstigter von Alpine und konsolidierte dieses Vehikel gemäss den neuen Richtlinien.

Die durchschnittliche Restlaufzeit aller ausstehenden CP des Conduit belief sich per 31. Dezember 2011 und 2010 auf etwa 18 beziehungsweise 12 Tage. Per 31. Dezember 2011 und 2010 verfügte Alpine über das höchste Rating für kurzfristige Instrumente von Moody's und Dominion Bond Rating Service und das Rating A-1 von Standard & Poor's und F-1 von Fitch. Die Ratingagentur Fitch setzte im Oktober 2011 Alpine auf ihre Beobachtungsliste für eine Herabstufung (Rating Watch Negative). Im Dezember 2011 hat Fitch die Ratings von Alpine herabgestuft und es aus der negativen Rating Watch herausgenommen. Der grösste Teil der von Alpine erworbenen Aktiven bestand aus Ausleihungen oder Forderungen mit hohen Ratings aus dem Konsumsektor, einschliesslich Fahrzeugkrediten und -leasingfinanzierungen, Studiendarlehen und Kreditkartenforderungen. Die Vermögenswerte von Alpine wiesen per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 ein gewichtetes durchschnittliches Rating von AA auf, basierend auf dem tiefsten externen oder internen Rating des einzelnen Vermögenswerts. Per 31. Dezember 2011 und 2010 betrug die durchschnittliche Restlaufzeit 2,5 Jahre beziehungsweise 3,5 Jahre.

Die Verpflichtung der Gruppe gegenüber diesem CP-Conduit besteht aus Verpflichtungen im Rahmen von Liquiditätsvereinbarungen und einer Vereinbarung zur Kreditbesserung für das gesamte Programm. Bei den Liquiditätsvereinbarungen handelt es sich um vermögenswertspezifische Vereinbarungen, in deren Rahmen die Gruppe unter bestimmten Umständen Vermögenswerte des CP-Conduit erwerben muss. Solche Käufe sind unter anderem erforderlich bei Liquiditätsverknappung im CP-Markt, so dass das CP-Conduit seine Verbindlichkeiten nicht refinanzieren kann, oder in gewissen Fällen bei Zahlungsausfall eines Basiswerts. Die Gruppe kann nach eigenem Ermessen Vermögenswerte erwerben, deren Rating

unter Investment Grade gefallen ist, um das CP-Conduit zu stützen. In beiden Fällen verändern sich die spezifischen Kreditbesserungen für die einzelnen Vermögenswerte seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und die entsprechende Risikoübernahme des Erstrisiko-Anlegers für die betreffenden Vermögenswerte nicht. Wenn die Gruppe solche Vereinbarungen eingeht, überprüft sie die mit diesen Geschäften verbundenen Kreditrisiken gleich wie bei sonstigen Kreditvergaben. Die programmweite Vereinbarung mit dem CP-Conduit zur Kreditbesserung würde potenzielle Zahlungsausfälle der Vermögenswerte tragen, steht aber im Rang vor der Kreditbesserung seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und des Erstrisiko-Anlegers.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da die vom CP-Conduit gehaltenen Vermögenswerte – nach Berücksichtigung der hauptsächlich durch Kunden bereitgestellten vermögenswertespezifischen Kreditbesserungen – als erstklassig eingestuft werden. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Aktiven des CP-Conduit sind im Risikomanagement-System der Gruppe berücksichtigt, wobei Gegenpartei-, Economic-Capital- und Szenarioanalyserisiken eingeschlossen sind.

Finanzintermediation

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da sie Massnahmen zur Risikominderung ergriffen hat. Hierzu zählen unter anderem Strategien zur wirtschaftlichen Absicherung und Vereinbarungen über die Stellung von Sicherheiten. Die wirtschaftlichen Risiken der Gruppe im Zusammenhang mit Risikopositionen in konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs aus Finanzintermediation sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Finanzintermediation schliesst Verbriefungen, Fonds, Kreditvereinbarungen und sonstige Vehikel ein.

Verbriefungen

Verbriefungen erfolgen zumeist über ◉CMBS-, ◉RMBS- und ABS-Vehikel. Die Gruppe handelt als Emissionshaus und Market-Maker, sorgt für Liquidität, ist Gegenpartei für Derivatgeschäfte oder sorgt für Kreditbesserungen bei VIEs mit Bezug auf bestimmte Verbriefungstransaktionen. Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Begünstigungsanteile und der als variable Anteile geltenden allfälligen Derivatpositionen, falls entsprechende bestehen, zuzüglich der Risiken aus allfälligen von der Gruppe gestellten Kreditbesse-

rungen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Den massgeblichen Einfluss auf das Verbriefungsvehikel haben die vom Kreditadministrator getroffenen Entscheidungen bezüglich Kreditausfällen. Die als Kreditadministrator fungierende Partei ist in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die das Ergebnis der Aktivitäten des Verbriefungsvehikels wesentlich beeinflussen können. Wenn bei einem Verbriefungsvehikel mehrere Parteien über bestimmte Vermögenswerte als Kreditadministratoren fungieren, legt die Gruppe fest, dass sie entscheidungsbefugt ist, wenn sie mehr als 50% der Vermögenswerte in dem Verbriefungsvehikel kontrolliert. Liegt zudem ein wirtschaftliches Interesse des Kreditadministrators oder einer ihm nahestehenden Person vor, das einen signifikanten Anteil der Gewinne und/oder Verluste absorbieren könnte, gilt er bzw. die betreffende Person als Meistbegünstigter und hat das Vehikel zu konsolidieren. Wenn die Gruppe festlegt, dass sie die Kontrolle über die relevante Verwaltung hat, dann entscheidet sie, in erster Linie durch Auswertung des Betrags und der Beschaffenheit der durch das von ihr gehaltene Vehikel emittierten Wertschriften, ob sie verpflichtet ist, Verluste aus dem Verbriefungsvehikel zu absorbieren, bzw. ob sie zu Gewinnen daraus berechtigt ist, die potenziell massgeblich für das Vehikel sein könnten. Die in dieser Analyse berücksichtigten Faktoren umfassen die Nachrangigkeit der gehaltenen Wertschriften sowie die Grösse der Position, basierend auf dem Prozentsatz der Wertpapierklasse und der Gesamt-Deal-Classes der emittierten Wertschriften. Je niedriger der Rang der nachrangigen Wertschrift, umso wahrscheinlicher ist es, dass die Gruppe Erstbegünstigter sein wird. Diese Konsolidierungsanalyse wird in jedem Berichtszeitraum auf Basis der Veränderungen im Inventar und den in der Verbriefung verbleibenden Vermögenswerten durchgeführt. In der Regel konsolidiert die Gruppe Verbriefungsvehikel, wenn sie als Kreditadministrator fungiert und Positionen aus ihrer Tätigkeit als Emissionshaus aufweist. Kurzfristige Market-Making-Positionen in Vehikeln gelten in diesem Zusammenhang generell nicht als potenziell signifikant.

Im Falle einer Wiederverbriefung von bereits vorher emittierten RMBS-Wertschriften sind die Wiederverbriefungsvehikel passiv und haben keine wesentlichen laufenden Aktivitäten, die einer Verwaltung bedürften. Entscheidungen bezüglich der Verbriefungstransaktion gleich zu Beginn sind der Schlüssel in Bezug auf das Vehikel. Aktivitäten zu Beginn beinhalten die Auswahl der Vermögenswerte und die Entscheidung über die Kapitalstruktur. Die Kontrolle über ein Wiederverbriefungsvehikel wird in der Regel zwischen der Gruppe und dem/den an der Erstellung des Vehikels beteiligten Anleger/n geteilt. Die Gruppe beschliesst, dass sie der Erstbegünstigte eines

Wiederverbriefungsvehikels ist, wenn sie im Wesentlichen alle aus dem Vehikel emittierten Anleihen besitzt.

Fonds

Als Fonds werden Anlagestrukturen wie Anlagefonds für den öffentlichen Vertrieb, Dachfonds, Private-Equity-Fonds und fondsgebundene Produkte bezeichnet, bei welchen die Anleger üblicherweise über Schuldtitel anstelle von Aktien beziehungsweise Anteilen beteiligt sind. Daher qualifizieren diese Strukturen als VIEs. Die Gruppe kann verschiedene Beziehungen zu solchen VIEs unterhalten, so etwa als Strukturierer, Anlageberater, Vermögensverwalter, Administrator, Depotstelle, Emittent, Makler, Market-Maker oder als Prime Broker. Diese Aktivitäten schliessen die Verwendung von VIEs zur Strukturierung fondsgebundener Produkte, Hedgefonds-Dachfonds oder Private-Equity-Anlagen ein, um Kunden alternative Anlagen zu ermöglichen. Bei solchen Transaktionen hält eine VIE die Basisanlagen und emittiert Wertschriften, die den Anlegern eine Rendite auf Basis der Wertentwicklung dieser Anlagen bieten.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Fair Value der von solchen Strukturen emittierten Instrumente, die von der Gruppe aufgrund der Emittenten- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten werden, den Vehikeln zur Verfügung gestellter Finanzierungen und der Risikoposition der Gruppe aus Kapitalschutz- und Rücknahmegarantieklauseln. In der Regel liegt das Verlustrisiko aus solchen Anlagen bei den Anlegern. Die Gruppe kann aber bei bestimmten Fondstypen einen Kapitalschutz auf den Wertschriften gewähren, um das Verlustrisiko der Anleger zu begrenzen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Die Anwendung der neuen FASB-Richtlinien auf Fonds wurde aufgeschoben. Anstelle des überarbeiteten Konsolidierungsmodells mit den Kriterien Einfluss und Potenzial zur Absorption von signifikanten Risiken und Erfolgen kam das frühere Konsolidierungsmodell zur Anwendung. Nach diesem ursprünglichen Modell gilt die Gruppe als Meistbegünstigter und konsolidiert die betreffenden Fonds, wenn sie über 50% ihrer ausstehenden Emissionen hält.

Kreditvereinbarungen

Kreditvereinbarungen sind Einzelfinanzierungsvehikel, bei welchen die Gruppe Mittel zur Finanzierung bestimmter Aktiven oder unternehmerischer Vorhaben bereitstellt. Der Eigentümer

der Aktiven oder Geschäftsleiter der Unternehmen stellt in diesen Fällen das Eigenkapital der Vehikel zur Verfügung. Diese massgeschneiderten Finanzierungsstrukturen werden zum Erwerb, Leasing oder zur anderweitigen Finanzierung und Verwaltung von Kundenvermögen errichtet.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Ausleihungen der Gruppe, welche denselben Kreditrisikomanagementverfahren unterliegen wie Ausleihungen, die direkt an Kunden gewährt werden. Die Bonität der Kunden wird sorgfältig überprüft, es gelten strikte Belehnungssätze, und die Kunden stellen Eigenkapital, zusätzliche Deckungen oder Garantien, was das Risiko der Gruppe in bedeutendem Ausmass reduziert. Aufgrund der Risikominderungsmaßnahmen, einschliesslich der über den Nominalwert hinausgehenden Besicherung und der wirksamen Überwachung der Einhaltung ausreichender Belehnungssätze, erachtet die Gruppe die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering.

In der Regel hat der externe Sponsor einer VIE während ihres Bestehens die Kontrolle über ihre Vermögenswerte inne und verfügt über das Potenzial, signifikante Gewinne und Verluste zu absorbieren. In den meisten Fällen handelt es sich bei der Gruppe nicht um den Meistbegünstigten derartiger Strukturen, so dass ihrerseits keine Konsolidierung erfolgt. Bei Änderungen der Struktur, etwa einem Ausfall des Sponsors, erhält die Gruppe möglicherweise die Kontrolle über die Vermögenswerte. Liegen signifikante Ausleihungen der Gruppe vor, muss sie die betreffende Einheit in einem solchen Fall eventuell konsolidieren.

Sonstige

Unter Sonstige finden sich zusätzliche Vehikel, mit denen die Gruppe die Finanzierung und Emission von hybriden Kapitalinstrumenten bereitstellt. Die Trust-Preferred-Issuance-Vehikel zur Aufnahme von Hybridkapital unterstützen die Gruppe bei der kapitaleffizienten Mittelaufnahme. Die VIE gibt Vorzugsaktien mit Garantie der Gruppe aus und verwendet den Erlös zum Ankauf von Schuldtiteln der Gruppe. Die Garantien der Gruppe für ihre eigenen Schuldtitel gelten nicht als variable Beteiligungen. Da die Gruppe überdies keine Positionen in den betreffenden Vehikeln aufweist, bestehen für sie auch keine maximalen Verlustpositionen. Unter nicht konsolidierte VIEs werden nur die Gesamtaktiven der Trust-Preferred-Issuance-Vehikel offengelegt, da die Gruppe bei diesen Einheiten keine variablen Beteiligungen hat.

Konsolidierte VIEs

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden. Die Gruppe konsolidierte alle VIEs mit Bezug zu Finanzintermediation, bei welchen sie die meistbegünstigte Partei war. Aufgrund der neuen Richtlinien werden bestimmte konsolidierte Einheiten, bei denen die Gruppe die Mehrheit der Stimmrechte hält, ab 2010 neu – zumeist unter Fonds – offengelegt.

Die Tabellen zu den konsolidierten VIEs weisen die Buchwerte und Klassifikationen der Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten VIEs per Ende 2011 beziehungsweise 2010 aus.

Konsolidierte VIEs, bei welchen die Gruppe meistbegünstigte Partei war

Ende 2011	Finanzintermediation						Total
	CDO	CP- Conduit	Verbie- fungen	Anlage- fonds	Auslei- hungen	Sonstige	
Aktiven konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	1 202	24	0	43	102	25	1 396
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	19	0	0	0	0	19
Handelsbestände	1 207	728	18	2 681	554	1 211	6 399
Anlagen in Wertschriften	0	41	0	0	0	0	41
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	1 863	483	2 346
Ausleihungen, netto	0	4 720	0	0	62	1 158	5 940
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	564	82	646
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 231	0	3 941	0	2	0	11 174
Sonstige Aktiven	43	751	0	30	741	263	1 828
Total Aktiven konsolidierter VIEs	9 683	6 283	3 959	2 754	3 888	3 222	29 789
Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	221	221
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	30	0	0	0	3	1 253	1 286
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	6 141	0	0	0	0	6 141
Langfristige Verbindlichkeiten	9 383	24	4 483	276	227	465	14 858
Sonstige Verbindlichkeiten	69	2	0	24	158	493	746
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	9 482	6 167	4 483	300	388	2 432	23 252

Konsolidierte VIEs, bei welchen die Gruppe meistbegünstigte Partei war (Fortsetzung)

Ende 2010	Finanzintermediation						Total
	CDO	CP- Conduit	Verbie- fungen	Anlage- fonds	Auslei- hungen	Sonstige	
Aktiven konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	1 011	24	95	118	129	55	1 432
Handelsbestände	1 943	1 392	31	3 417	605	1 329	8 717
Anlagen in Wertschriften	0	72	0	0	0	0	72
Sonstige Anlagen	0	0	0	46	1 781	507	2 334
Ausleihungen, netto	0	2 521	0	0	60	1 164	3 745
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	39	33	72
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 510	0	7 960	0	0	0	15 470
Sonstige Aktiven	58	1 278	1	65	2 278	420	4 100
Total Aktiven konsolidierter VIEs	10 522	5 287	8 087	3 646	4 892	3 508	35 942
Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	54	54
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	33	0	0	149	0	6	188
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	4 307	0	26	0	0	4 333
Langfristige Verbindlichkeiten	9 617	23	9 139	499	221	240	19 739
Sonstige Verbindlichkeiten	54	6	99	32	322	327	840
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	9 704	4 336	9 238	706	543	627	25 154

Nicht konsolidierte VIEs

Die Tabellen «Nicht konsolidierte VIEs» stellen die Buchwerte und die Klassierung der Aktiven und Verbindlichkeiten der variablen Anteile dar, welche in der konsolidierten Bilanz der Gruppe ausgewiesen werden, sowie die maximale Verlustposition und das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs.

Die maximale Verlustposition entspricht den variablen Anteilen an nicht konsolidierten VIEs, die von der Gruppe bilanziert werden (beispielsweise direkte Anteile an Vehikeln, Ausleihungen und sonstigen Forderungen), sowie die Nominalbeträge von Garantien und ausserbilanziellen Verpflichtungen aus variablen Anteilen, die gegenüber nicht konsolidierten VIEs abgegeben wurden. Diese Beträge, vor allem die Nominalbeträge von Derivaten und Garantien, entsprechen nicht den im Zusammenhang mit diesen Transaktionen erwarteten Verlusten, da sie die Effekte von Sicherheiten, Verwertungen oder die Wahrscheinlichkeit von Verlusten nicht berücksichtigen. Zudem werden die Kompensationseffekte aus Finanzinstrumenten nicht berücksichtigt, die zur Minderung der genannten Risiken dienen. Auch von der Gruppe bereits ver-

buchte frühere Buchverluste im Zusammenhang mit Garantien oder Derivaten werden nicht mindernd angerechnet.

Das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs bezieht sich auf die nicht konsolidierten VIEs, an welchen die Gruppe variable Anteile hält. Diese Beträge entsprechen den Aktiven der Einheiten an sich und stehen normalerweise in keinem Zusammenhang zu den Risiken, die die Gruppe in Bezug auf die Einheit aufweist, so dass sie zu Risikomanagementzwecken nicht berücksichtigt werden.

Bestimmte VIEs wurden nicht in die folgende Tabelle aufgenommen. Hierzu zählen etwa von Dritten strukturierte VIEs, bei denen die Beteiligungen der Gruppe die Form von Wertschriften in den Beständen der Gruppe haben, bestimmte, nicht von der Gruppe gesponserte Vehikel zur Finanzierung einzelner Aktiven, bei denen die Gruppe Finanzierungen stellt, aufgrund von Überbesicherungen und Garantien aber äusserst geringe Verlustrisiken aufweist, nicht qualifizierende Verkäufe, bei denen die Gruppe keine weiteren Beteiligungen aufweist, und andere nicht zu konsolidierende Einheiten.

Nicht konsolidierte VIEs

Ende 2011	Finanzintermediation					Total
	CDO	Verbriefungen	Anlagefonds	Ausleihungen	Sonstige	
Aktiven variabler Anteile (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	126	5 497	1 449	834	2 395	10 301
Ausleihungen, netto	0	123	1 627	4 742	3 257	9 749
Sonstige Aktiven	0	0	32	0	391	423
Total Aktiven variabler Anteile	126	5 620	3 108	5 576	6 043	20 473
Maximale Verlustposition (in Mio. CHF)						
Maximale Verlustposition	153	7 056	3 505	6 051	6 413	23 178
Aktiven nicht konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)						
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	7 093	113 845	58 815	23 633	20 748	224 134

Ende 2010	Finanzintermediation					Total
	CDO	Verbriefungen	Anlagefonds	Ausleihungen	Sonstige	
Aktiven variabler Anteile (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	130	3 847	2 426	645	2 905	9 953
Ausleihungen, netto	332	145	1 634	6 520	2 031	10 662
Sonstige Aktiven	0	0	80	0	32	112
Total Aktiven variabler Anteile	462	3 992	4 140	7 165	4 968	20 727
Maximale Verlustposition (in Mio. CHF)						
Maximale Verlustposition	634	7 686	4 270	7 936	5 370	25 896
Aktiven nicht konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)						
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	10 491	115 024	66 068	31 006	15 778	238 367

33 Finanzinstrumente

Konzentration von Kreditrisiken

Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich, wenn eine Anzahl von Gegenparteien ähnliche Geschäftstätigkeiten wahrnehmen oder in der gleichen geografischen Region tätig sind. Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich auch, wenn die Gegenparteien ähnliche wirtschaftliche Merkmale aufweisen, welche dazu führen, dass sie alle ihren vertraglichen Verpflichtungen bei sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr nachkommen können.

Um sicherzustellen, dass mögliche Risikokonzentrationen identifiziert werden, überwacht die Gruppe regelmässig ihre Kreditrisikoportfolios nach Gegenparteien, Branchen, Ländern und Produkten, wobei eine umfangreiche Palette von quantitativen Hilfsmitteln und Kennzahlen verwendet wird. Kreditrisiken in Bezug auf Gegenparteien und Produkte werden mittels Gegenpartei-Limiten überwacht. Diese Limiten stellen die

Obergrenze für Kreditpositionen dar, welche die Gruppe gegenüber bestimmten Gegenparteien für bestimmte Zeitperioden eingehen will. Länderlimiten werden aufgestellt, um unerwünschte Risikokonzentrationen in bestimmten Ländern zu vermeiden.

Die gesamte Kreditrisikoposition der Gruppe in Bezug auf die einzelnen Branchen ist breit diversifiziert. Ein Grossteil der Kreditpositionen entfällt auf Privatkunden, insbesondere in Form von Wohnbauhypothekarkrediten in der Schweiz, oder betrifft Transaktionen mit Finanzinstituten. In beiden Fällen ist die Kundenbasis ausgedehnt und auch die Anzahl und die Art der Transaktionen sind breit diversifiziert. Für Transaktionen mit Finanzinstituten ist das Geschäft auch geografisch breit gestreut, mit Schwerpunkten in Nord- und Südamerika, Europa und zu einem geringeren Teil im asiatisch-pazifischen Raum.

Fair Value von Finanzinstrumenten

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden, oder auf beobachtbaren Marktparametern. Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte CPs, die Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse OTC-Derivate sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Marktparameter verfügbar sind. Eine weitere Verschlechterung der Finanzmärkte kann einen bedeutenden Einfluss auf den Wert dieser Finanzinstrumente und das Ergebnis haben. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. Unter solchen Umständen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu den Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivate, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und CDOs, Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Der Fair Value von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Hierzu gehören etwa Benchmark-Zinsen, Preise für von Dritten ausgegebene Finanzinstrumente, Rohstoffpreise, Devisenkurse und Indekurse beziehungsweise -sätze. Zudem sind Wertberichtigungen ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses, falls die Marktpreise der Bonität einer Gegenpartei nicht Rechnung tragen. Wertberichtigungen werden sowohl bei OTC-Derivaten als auch bei Schuldtiteln vorgenommen. Änderungen der für eine bestimmte Gegenpartei massgeblichen Risikoaufschläge wirken sich auf die Ermittlung des Fair Value von Vermögenswerten aus (sogenannte Credit Valuation Adjustments), Änderungen der für die Gruppe massgeblichen Risikoaufschläge auf die Ermittlung des Fair Value ihrer Verbindlichkeiten (sogenannte Debit Valuation Adjustments). Bei OTC-Derivaten werden sowohl Änderungen der Bonität der Gruppe als auch der betreffenden Gegenpartei in

die Ermittlung ihres Fair Value einbezogen; Grundlage sind die jeweils aktuellen Preise für CDS. Die Anpassungen berücksichtigen auch vertraglich vereinbarte Faktoren, welche die Risikopositionen der Gruppe im Zusammenhang mit einer bestimmten Gegenpartei mindern sollen. Hierbei handelt es sich etwa um gestellte und im Besitz der Gruppe befindliche Sicherheiten und Netting-Rahmenvereinbarungen. Bei hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten werden Änderungen der Bonität der Gruppe in der Ermittlung des Fair Value auf Basis der jeweils aktuellen Aufschläge für langfristige Fremdmittel berücksichtigt.

Die regelmässige Überprüfung der beobachtbaren Parameter, die bei den Preismodellen verwendet werden, hat dazu geführt, dass die Gruppe 2011 eine Anpassung der Schätzwerte zur Ermittlung des Fair Value bestimmter besicherter Derivate durch die Verwendung der Zinsertragskurven von Overnight Indexed Swaps (OIS) statt anderer Referenzzinssätze, wie des LIBOR, vorgenommen hat. Dies hat im Investment Banking zu einem Verlust von CHF 146 Mio. im Anleihenverkauf und -handel geführt.

Die Gruppe hat von der Vereinfachung der Rechnungslegung, die von der Fair-Value-Option angeboten wird, hauptsächlich für die Segmente Investment Banking und Asset Management Gebrauch gemacht. Dies wurde grundsätzlich durch die Wahl der Fair-Value-Option, sowohl bei der Einführung als auch bei Folgetransaktionen, für Positionen erzielt, welche unter die Hedge-Accounting-Vorschriften von US GAAP fallen. Das heisst, dass wir bei Instrumenten, für welche sich kein Hedge Accounting erreichen liess und bei welchen wir wirtschaftlich abgesichert sind, die Fair-Value-Option gewählt haben. Auch in den Fällen, in welchen wir eine Transaktion auf Fair-Value-Basis führen, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durften, haben wir die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um unsere Risikomanagement-Berichterstattung mit unserer Finanzberichterstattung in Einklang zu bringen.

Fair-Value-Option

Die Gruppe hat für bestimmte Positionen der Jahresrechnung die Fair-Value-Option gewählt, wie nachfolgend erläutert wird:

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertpapierleihen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die strukturierten Reverse-Repo-Geschäfte und die meisten Matched-Book-Reverse-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen

mittels Reverse-Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Anlagen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktiven werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Bei bestimmten ähnlichen Instrumenten, wie etwa nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen in strategischen Beziehungen, wie beispielsweise die Beteiligung der Gruppe an bestimmten Clearingorganisationen, wurde aufgrund der strategischen Beziehung kein Gebrauch von der zur Verfügung stehenden Fair-Value-Option gemacht.

Ausleihungen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, nahezu alle kommerziellen Ausleihungen und Kreditverpflichtungen des Investment Banking sowie bestimmte Emerging-Markets-Ausleihungen des Investment Banking zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktiven werden nach dem Fair-Value-Prinzip geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Mit der Erfassung zum Fair Value wird zudem eine Ungleichbehandlung beseitigt, die durch Absicherungsgeschäfte der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedges), welche die Gruppe zur Bewirtschaftung dieser Ausleihungen eingeht, vorhanden war. Für bestimmte ähnliche Ausleihungen wie Projektfinanzierungen, Leasingfinanzierungen, Ausleihungen mit Barsicherheiten und bestimmte Überbrückungskredite, bei welchen die Fair-Value-Option ebenfalls anwendbar wäre, wurde diese aber nicht gewählt, da es derzeit an der für eine Fair-Value-Bewertung solcher Ausleihungen notwendigen Infrastruktur fehlt und/oder keine Absicherungsgeschäfte für die wirtschaftlichen Risiken solcher Ausleihungen möglich sind. Zudem hat die Gruppe im Private Banking die Wahl getroffen, die Ausleihungen nicht zum Fair Value zu bewerten, da inländische Privatkonsumkredite, Hypothekendarlehen und Unternehmenskredite nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Aktiven

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option auf zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen anzuwenden, da diese kurzfristig gehalten werden und eine Veräusserung der betreffenden Ausleihungen in naher Zukunft beabsichtigt ist. Zu den sonstigen Aktiven zählen auch Aktiven von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs) und verbrieft Hypothekarkredite, welche die Kriterien zur Ver-

buchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, diese Transaktionen zum Fair Value zu bewerten.

Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte Termineinlagen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in den Emerging Markets zum Fair Value zu bewerten.

Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen der Gruppe beinhalten fondsgebundene Einlagen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für diese fondsgebundenen Einlagen anzuwenden. Fondsgebundene Produkte werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertpapierleihen

Die Gruppe hat ihr Wahlrecht ausgeübt, strukturierte Repo-Geschäfte sowie die meisten Matched-Book-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen mittels Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Kurzfristige Geldaufnahmen

Zu den kurzfristigen Geldaufnahmen der Gruppe zählen hybride Schuldinstrumente mit eingebetteten Derivaten. Einige dieser eingebetteten Derivate bewirken, dass Derivat und Basisvertrag dieser Schuldinstrumente zu Bewertungszwecken aufgespaltet werden können (Bifurcatable Debt Instruments). Gemäss den Vorschriften der US GAAP wählte die Gruppe per 1. Januar 2006 für einige dieser Instrumente die Fair-Value-Option. Neue aufspaltbare hybride Instrumente, welche im Jahr 2006 eingegangen wurden, werden zum Fair Value bilanziert. Einige hybride Schuldinstrumente dürfen nicht aufgespaltet werden. Gemäss US GAAP darf die Gruppe nicht aufspaltbare hybride Schuldinstrumente zum Fair Value bewerten. Mit Ausnahme bestimmter aufspaltbarer hybrider Schuldinstrumente, bei welchen die Gruppe auf eine Fair-Value-Bewertung verzichtete, bewertet sie alle am 1. Januar 2007 in ihren Büchern befindlichen hybriden Schuldtitel sowie alle nach diesem Datum selbst geschaffenen hybriden Schuldtitel zum Fair Value. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt,

weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Für zwei Hauptgruppen von vergleichbaren Instrumenten wurde auf die Fair-Value-Bewertung verzichtet. Die erste Gruppe betrifft das Kreditgeschäft im Private Banking, welches strukturierte Einlagen und ähnliche Anlageprodukte umfasst. Diese werden entweder aufgespaltet oder nach der Abgrenzungsmethode (Accrual Method) geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung nicht als angemessen erachtet wurde. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Instrumente mit kurzer Restlaufzeit, deren Fair Value am Ende dieser Laufzeit realisiert wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe zählen hybride Schuldtitel mit eingebetteten Derivaten, wie oben unter «Kurzfristige Geldaufnahmen» beschrieben. Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe gehören auch Schuldtitelmissionen, die von der Treasury-Abteilung geführt werden und keine derivativen Merkmale aufweisen (gewöhnliche Schuldtitel, Vanilla Debt). Das Zinsänderungsrisiko dieser Instrumente wird von der Gruppe mit Hilfe von Derivaten aktiv gesteuert. Namentlich festverzinsliche Schuldtitel werden mit Zinsswaps «Fix gegen Variabel» abgesichert. Die Gruppe hat mit Einführung der Fair-Value-Option am 1. Januar 2007 ihr Wahlrecht ausgeübt, diese festverzinslichen Schulden zum Fair Value zu bewerten, wobei Fair-Value-Änderungen als Teil des Handelserfolgs erfasst werden. Die Gruppe verzichtete für die seit dem 1. Januar 2008 von der Gruppe ausgegebenen festverzinslichen Schuldtitel auf die Anwendung der Fair-Value-Option. Stattdessen wird Hedge Accounting gemäss den Vorgaben der US GAAP angewendet.

Sonstige Verbindlichkeiten

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten zählen Verbindlichkeiten aus VIEs und verbrieften Hypothekarkrediten, welche die Kriterien zur Verbuchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für Transaktionen dieser Art anzuwenden.

Fair-Value-Hierarchie

Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind wie folgt definiert:

- Level 1: In aktiven Märkten gestellte Preise (ohne Anpassungen) – zu welchen die Gruppe Zugang hat – für identi-

sche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Diese Stufe der Fair-Value-Hierarchie bietet den zuverlässigsten Nachweis des Fair Value und wird bei Vorhandensein immer zur Fair-Value-Berechnung verwendet.

- Level 2: Direkt oder indirekt beobachtbare Eingabeparameter zum Vermögenswert oder zur Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Marktpreise gemäss Level 1 darstellen. Zu diesen Eingabeparametern gehören: (i) in aktiven Märkten gestellte Preise für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten; (ii) für identische oder vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten gestellte Preise in nicht aktiven Märkten, das heisst Märkten, in welchen wenige Transaktionen in diesem Vermögenswert oder dieser Verbindlichkeit stattfinden, in welchen die Kurse beziehungsweise Preise nicht aktuell sind, Preisstellungen entweder im Zeitverlauf oder unter den einzelnen Market-Makers stark variieren oder in welchen wenig Informationen öffentlich zugänglich sind; (iii) andere beobachtbare Eingabeparameter für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Preise oder Kurse sind; oder (iv) Eingabeparameter, die im Wesentlichen aus beobachtbaren Marktdaten durch Korrelationen oder auf anderem Wege abgeleitet oder erhärtet werden.
- Level 3: Nicht beobachtbare Eingabeparameter zum betreffenden Vermögenswert oder zur betreffenden Verbindlichkeit. Diese Eingabeparameter entsprechen den eigenen Annahmen der Gruppe zu den Prämissen (einschliesslich der Prämissen zum Risiko), welche Marktteilnehmer zur Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit verwenden würden. Diese Eingabeparameter werden anhand der unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Informationen einschliesslich der eigenen Daten der Gruppe erarbeitet. Die in diesem Zusammenhang verwendeten eigenen Daten der Gruppe werden angepasst, wenn Informationen vorliegen, dass andere Marktteilnehmer abweichende Prämissen verwenden würden.

Die Gruppe erfasst offene Netto-Long-Positionen zu Geldkursen (Bid Prices) und offene Netto-Short-Positionen zu Briefkursen (Ask Prices), falls sie in diesen Positionen nicht als Market-Maker auftritt. In letzterem Fall kommen Mittelkurse zur Anwendung. Transaktionskosten werden bei den Fair-Value-Bewertungen nicht berücksichtigt.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten

Ende 2011	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	405	0	0	405
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	157 469	1 204	0	158 673
Anleihen	94	3 895	112	0	4 101
davon Unternehmen	0	3 835	112	0	3 947
Aktien	25 958	51	81	0	26 090
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	26 052	3 946	193	0	30 191
Anleihen	82 241	52 766	10 028	0	145 035
davon ausländische Staaten	61 507	8 123	358	0	69 988
davon Unternehmen	340	27 622	5 076	0	33 038
davon RMBS	19 331	5 848	1 786	0	26 965
davon CMBS	0	4 556	1 517	0	6 073
davon CDO	0	6 570	727	0	7 297
Aktien	57 398	9 039	467	0	66 904
Derivate	6 455	909 156	9 587	(872 650)	52 548
davon Zinsprodukte	2 017	724 203	2 547	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	75 091	1 040	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 929	32 734	2 732	–	–
davon Kreditderivate	0	61 120	2 171	–	–
Sonstige	9 235	3 635	2 196	0	15 066
Handelsbestände	155 329	974 596	22 278	(872 650)	279 553
Anleihen	3 649	1 315	102	0	5 066
davon ausländische Staaten	3 302	0	18	0	3 320
davon Unternehmen	0	748	43	0	791
davon CDO	0	566	41	0	607
Aktien	9	83	0	0	92
Anlagen in Wertschriften	3 658	1 398	102	0	5 158
Private Equity	0	0	4 306	0	4 306
davon Aktienfonds	0	0	3 136	0	3 136
Hedgefonds	0	232	266	0	498
davon Anleihenfonds	0	154	172	0	326
Sonstige Aktienanlagen	424	50	2 504	0	2 978
davon Private	0	40	2 504	0	2 544
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 969	0	1 969
Sonstige Anlagen	424	282	9 045	0	9 751
Ausleihungen	0	13 852	6 842	0	20 694
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	7 591	4 559	0	12 150
davon Finanzinstitute	0	5 480	2 179	0	7 659
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	70	0	70
Sonstige Aktiven	5 451	23 050	7 469	(205)	35 765
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	12 104	6 901	0	19 005
Total Aktiven zum Fair Value	190 914	1 174 998	47 203	(872 855)	540 260
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(295)	(99)	(3 944)	0	(4 338)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(9 304)	(4 003)	0	(13 307)
Aktiven zum Fair Value, ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht konsolidierte Aktiven	190 619	1 165 595	39 256	(872 855)	522 615

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen. ² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk keine risikogewichteten Aktiven sind.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2011	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	2 721	0	0	2 721
Kundeneinlagen	0	4 599	0	0	4 599
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	136 483	0	0	136 483
Anleihen	94	3 895	112	0	4 101
davon Unternehmen	0	3 835	112	0	3 947
Aktien	25 958	51	81	0	26 090
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	26 052	3 946	193	0	30 191
Anleihen	38 681	9 301	21	0	48 003
davon ausländische Staaten	38 622	829	0	0	39 451
davon Unternehmen	6	7 591	13	0	7 610
Aktien	19 124	461	7	0	19 592
Derivate	6 283	920 251	7 315	(873 684)	60 165
davon Zinsprodukte	1 941	717 248	1 588	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	91 846	2 836	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 809	37 018	1 022	–	–
davon Kreditderivate	0	58 497	1 520	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	64 088	930 013	7 343	(873 684)	127 760
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	3 311	236	0	3 547
Langfristige Verbindlichkeiten	122	57 529	12 715	0	70 366
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	14 228	0	0	14 228
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	19 692	7 576	0	27 268
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	122	10 564	3 585	0	14 271
Sonstige Verbindlichkeiten	0	27 536	3 891	(335)	31 092
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	3 821	1 909	0	5 730
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	90 262	1 166 138	24 378	(874 019)	406 759

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2010	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	135 709	1 197	0	136 906
Anleihen	431	5 812	0	0	6 243
davon Unternehmen	0	5 552	0	0	5 552
Aktien	35 888	16	0	0	35 904
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	36 319	5 828	0	0	42 147
Anleihen	84 937	58 605	11 013	0	154 555
davon ausländische Staaten	67 775	8 100	373	0	76 248
davon Unternehmen	196	34 722	3 803	0	38 721
davon RMBS	16 233	6 937	3 264	0	26 434
davon CMBS	0	2 226	1 861	0	4 087
davon CDO	0	5 764	1 135	0	6 899
Aktien	91 376	10 943	622	0	102 941
Derivate	7 004	663 116	8 719	(631 095)	47 744
davon Zinsprodukte	3 217	475 596	2 072	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	83 857	843	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 002	31 967	2 300	–	–
davon Kreditderivate	0	46 824	2 725	–	–
Sonstige	7 229	10 217	2 018	0	19 464
Handelsbestände	190 546	742 881	22 372	(631 095)	324 704
Anleihen	6 186	1 590	79	0	7 855
davon ausländische Staaten	5 904	284	18	0	6 206
davon Unternehmen	0	984	0	0	984
davon CDO	0	321	62	0	383
Aktien	4	86	0	0	90
Anlagen in Wertschriften	6 190	1 676	79	0	7 945
Private Equity	0	0	4 609	0	4 609
davon Aktienfonds	0	0	3 516	0	3 516
Hedgefonds	0	575	259	0	834
davon Anleihenfonds	0	185	165	0	350
Sonstige Aktienanlagen	631	807	4 723	0	6 161
davon Private	8	614	4 719	0	5 341
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 844	0	1 844
Sonstige Anlagen	631	1 382	11 435	0	13 448
Ausleihungen	0	12 294	6 258	0	18 552
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	6 574	3 558	0	10 132
davon Finanzinstitute	0	5 389	2 195	0	7 584
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	66	0	66
Sonstige Aktiven	5 886	24 526	9 253	(195)	39 470
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	14 866	8 932	0	23 798
Total Aktiven zum Fair Value	239 572	924 296	50 660	(631 290)	583 238
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(522)	(870)	(4 518)	0	(5 910)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(11 655)	(7 155)	0	(18 810)
Aktiven zum Fair Value, ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht konsolidierte Aktiven	239 050	911 771	38 987	(631 290)	558 518

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen. ² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk keine risikogewichteten Aktiven sind.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2010	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	3 444	0	0	3 444
Kundeneinlagen	0	3 537	0	0	3 537
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	123 190	507	0	123 697
Anleihen	431	5 812	0	0	6 243
davon Unternehmen	0	5 552	0	0	5 552
Aktien	35 888	16	0	0	35 904
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	36 319	5 828	0	0	42 147
Anleihen	44 635	11 356	65	0	56 056
davon ausländische Staaten	44 466	1 130	0	0	45 596
davon Unternehmen	6	9 432	65	0	9 503
Aktien	19 580	404	28	0	20 012
Derivate	6 817	673 437	9 107	(631 432)	57 929
davon Zinsprodukte	2 980	470 284	1 341	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	16	95 916	2 941	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 971	35 897	2 940	–	–
davon Kreditderivate	0	45 343	1 256	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	71 032	685 197	9 200	(631 432)	133 997
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	3 185	123	0	3 308
Langfristige Verbindlichkeiten	402	66 493	16 797	0	83 692
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	19 500	0	0	19 500
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	20 162	9 488	0	29 650
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	402	12 200	6 825	0	19 427
Sonstige Verbindlichkeiten	0	26 047	3 734	(596)	29 185
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	3 885	1 849	0	5 734
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	107 753	916 921	30 361	(632 028)	423 007

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Im Jahr 2011 und 2010 erfolgten keine wesentlichen Überträge zwischen Level 1 und Level 2.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3

2011	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe
Aktiven (in Mio. CHF)				
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	0	(24)	27
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 197	0	(11)	0
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	0	201	0	0
Anleihen	11 013	3 405	(3 043)	10 382
davon Unternehmen	3 803	931	(706)	5 484
davon RMBS	3 264	1 704	(1 277)	2 820
davon CMBS	1 861	324	(237)	831
davon CDO	1 135	370	(625)	712
Aktien	622	309	(515)	726
Derivate	8 719	2 998	(2 311)	0
davon Zinsprodukte	2 072	815	(142)	0
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 300	665	(796)	0
davon Kreditderivate	2 725	1 216	(1 267)	0
Sonstige	2 018	194	(433)	2 806
Handelsbestände	22 372	6 906	(6 302)	13 914
Anlagen in Wertschriften	79	2	0	48
Aktien	9 591	26	(74)	1 013
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 844	0	0	79
Sonstige Anlagen	11 435	26	(74)	1 092
Ausleihungen	6 258	1 560	(1 367)	1 335
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	3 558	1 411	(854)	447
davon Finanzinstitute	2 195	149	(240)	836
Sonstige immaterielle Werte	66	0	0	23
Sonstige Aktiven	9 253	6 198	(6 988)	4 730
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ²	8 932	5 988	(6 974)	4 426
Total Aktiven zum Fair Value	50 660	14 893	(14 766)	21 169
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	507	0	(293)	0
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	0	201	0	0
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	9 200	1 276	(2 062)	214
davon Zinsderivate	1 341	91	(45)	0
davon Fremdwährungsderivate	2 941	48	(135)	0
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	2 940	113	(716)	0
davon Kreditderivate	1 256	949	(1 072)	0
Kurzfristige Geldaufnahmen	123	64	(23)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	16 797	7 346	(8 522)	0
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	9 488	1 911	(2 109)	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	6 825	5 187	(6 213)	0
Sonstige Verbindlichkeiten	3 734	663	(383)	290
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 849	607	(345)	237
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	30 361	9 550	(11 283)	504
Nettoaktiven zum Fair Value	20 299	5 343	(3 483)	20 665

¹ Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichterstattungsperiode ermittelt. ² Enthält im Handelsverfolg verbuchte unrealisierte Verluste von CHF 528 Mio., hauptsächlich für Sub-Prime-Risiken aus RMBS (einschliesslich Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen), teilweise ausgeglichen durch Gewinne aus Positionen konsolidierter SPEs und den Fremdwährungsumrechnungseinfluss auf dem gesamten Portfolio der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen.

Verkäufe	Emissionen	Abwicklungen	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag		Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
			Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen		
0	0	0	(1)	(2)	0	0	0	0
0	55	(45)	0	4	0	0	4	1 204
0	0	(7)	0	0	0	0	(1)	193
(11 218)	0	0	1	(467)	0	0	(45)	10 028
(4 574)	0	0	34	49	0	0	55	5 076
(4 230)	0	0	(37)	(361)	0	0	(97)	1 786
(1 072)	0	0	(2)	(181)	0	0	(7)	1 517
(907)	0	0	16	33	0	0	(7)	727
(668)	0	0	35	(47)	0	0	5	467
0	777	(3 085)	22	2 436	0	0	31	9 587
0	133	(599)	13	266	0	0	(11)	2 547
0	272	(184)	(21)	455	0	0	41	2 732
0	85	(2 051)	31	1 453	0	0	(21)	2 171
(2 300)	0	(43)	(7)	(67)	0	0	28	2 196
(14 186)	777	(3 128)	51	1 855	0	0	19	22 278
(18)	0	(4)	0	0	0	0	(5)	102
(4 720)	0	0	0	30	0	1 271	(61)	7 076
(83)	0	0	0	116	0	0	13	1 969
(4 803)	0	0	0	146	0	1 271	(48)	9 045
(978)	2 483	(2 338)	18	(122)	0	0	(7)	6 842
(521)	1 984	(1 494)	2	(2)	0	0	28	4 559
(353)	371	(608)	(1)	(143)	0	0	(27)	2 179
0	0	0	0	0	0	(19)	0	70
(5 534)	1 570	(1 442)	(105)	(161)	0	1	(53)	7 469
(5 180)	1 569	(1 443)	(105)	(255)	0	0	(57)	6 901
(25 519)	4 885	(6 964)	(37)	1 720	0	1 253	(91)	47 203
0	0	(199)	(4)	0	0	0	(11)	0
0	0	(7)	0	0	0	0	(1)	193
(290)	502	(1 928)	203	259	0	0	(31)	7 343
0	2	(193)	(4)	383	0	0	13	1 588
0	17	(704)	7	655	0	0	7	2 836
0	153	(348)	181	(1 236)	0	0	(65)	1 022
0	136	(414)	19	622	0	0	24	1 520
0	320	(229)	1	(24)	0	0	4	236
0	6 253	(8 383)	(166)	(490)	0	0	(120)	12 715
0	2 921	(3 566)	(55)	(932)	0	0	(82)	7 576
0	2 609	(4 393)	(117)	(215)	0	0	(98)	3 585
(437)	17	(245)	(45)	181	0	128	(12)	3 891
(403)	0	0	(11)	(20)	0	0	(5)	1 909
(727)	7 092	(10 991)	(11)	(74)	0	128	(171)	24 378
(24 792)	(2 207)	4 027	(26)	1 794	0	1 125	80	22 825

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3 (Fortsetzung)

2010	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe, Verkäufe, Ausgaben, Abwicklungen ¹
Aktiven (in Mio. CHF)				
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 514	0	0	(209)
Anleihen	11 980	3 142	(2 422)	(1 946)
davon Unternehmen	4 816	770	(604)	(870)
davon RMBS	3 626	1 239	(1 093)	(824)
davon CMBS	2 461	259	(207)	(577)
davon CDO	559	607	(435)	(28)
Aktien	488	334	(177)	48
Derivate	11 192	2 493	(2 156)	(2 411)
davon Zinsprodukte	1 529	576	(206)	(109)
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 298	236	(644)	(744)
davon Kreditderivate	4 339	1 407	(1 060)	(870)
Sonstige	2 310	688	(778)	14
Handelsbestände	25 970	6 657	(5 533)	(4 295)
Anlagen in Wertschriften	86	0	(133)	148
Aktien	12 205	328	(397)	(2 329)
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	2 048	0	0	(134)
Sonstige Anlagen	14 253	328	(397)	(2 463)
Ausleihungen	11 079	1 215	(3 686)	(1 689)
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	8 346	703	(1 644)	(3 251)
davon Finanzinstitute	2 454	160	(1 839)	1 439
Sonstige immaterielle Werte	30	0	0	91
Sonstige Aktiven	6 744	4 808	(7 169)	4 158
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	6 220	4 744	(7 132)	4 294
Total Aktiven zum Fair Value	59 676	13 008	(16 918)	(4 259)
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	206	0	0	356
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	11 951	2 109	(2 632)	(2 134)
davon Zinsderivate	1 786	387	(307)	(283)
davon Fremdwährungsderivate	2 936	156	(16)	(421)
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	3 635	194	(744)	(574)
davon Kreditderivate	1 996	1 244	(939)	(467)
Kurzfristige Geldaufnahmen	164	46	(69)	33
Langfristige Verbindlichkeiten	16 646	4 313	(8 781)	4 595
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	14 781	1 330	(3 364)	(2 198)
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	0	2 789	(5 069)	7 975
Sonstige Verbindlichkeiten	3 995	409	(150)	(42)
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 932	197	(37)	161
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	32 962	6 877	(11 632)	2 808
Nettoaktiven zum Fair Value	26 714	6 131	(5 286)	(7 067)

¹ Enthält CHF 10,1 Mia. als Käufe ausgewiesene Level-3-Aktiven aufgrund der Einführung von ASU 2009-17 per 1. Januar 2010. ² Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichtszeitungsperiode ermittelt.

	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag		Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
	Auf Überträge an/aus ²	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ²	Auf allen sonstigen		
	0	8	0	0	(116)	1 197
	193	1 037	0	(2)	(969)	11 013
	45	121	0	(2)	(473)	3 803
	126	491	0	0	(301)	3 264
	12	(73)	0	0	(14)	1 861
	7	526	0	0	(101)	1 135
	(3)	(31)	0	0	(37)	622
	108	301	0	(1)	(807)	8 719
	102	353	0	(1)	(172)	2 072
	104	315	0	0	(265)	2 300
	(141)	(739)	0	0	(211)	2 725
	27	(37)	0	0	(206)	2 018
	325	1 270	0	(3)	(2 019)	22 372
	0	4	0	0	(26)	79
	0	(14)	25	581	(808)	9 591
	0	113	0	0	(183)	1 844
	0	99	25	581	(991)	11 435
	51	81	0	34	(827)	6 258
	43	(267)	0	34	(406)	3 558
	8	362	0	0	(389)	2 195
	0	0	0	(48)	(7)	66
	852	1 043	0	39	(1 222)	9 253
	849	1 106	0	46	(1 195)	8 932
	1 228	2 505	25	603	(5 208)	50 660
	(3)	3	0	0	(55)	507
	397	454	0	0	(945)	9 200
	57	(179)	0	0	(120)	1 341
	5	561	0	0	(280)	2 941
	140	639	0	0	(350)	2 940
	35	(530)	0	0	(83)	1 256
	5	(41)	0	0	(15)	123
	658	1 600	0	0	(2 234)	16 797
	(52)	179	0	0	(1 188)	9 488
	696	1 425	0	0	(991)	6 825
	(39)	(283)	0	170	(326)	3 734
	5	(244)	0	0	(165)	1 849
	1 018	1 733	0	170	(3 575)	30 361
	210	772	25	433	(1 633)	20 299

Erfolg aus periodisch auf Basis von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern zum Fair Value bewerteten Aktiven und Verbindlichkeiten (Level 3)

	2011			2010		
	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag
Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)						
Im Nettoertrag enthaltene realisierte/unrealisierte Gewinne/(Verluste), netto	1 768	1 125	2 893 ¹	982	458	1 440 ¹
Wovon:						
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) auf Aktiven und Verbindlichkeiten, welche per Bilanzstichtag noch gehalten wurden	546	(32)	514	(1 197)	120	(1 077)

¹ Nicht enthalten sind realisierte und nicht realisierte Gewinne/(Verluste), netto, aus Fremdwährungsumrechnungseinfluss.

Sowohl beobachtbare als auch nicht beobachtbare Eingabeparameter können zur Ermittlung des Fair Value von in Level 3 klassierten Positionen herangezogen werden. Daher können die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten im Rahmen von Level 3 auch Veränderungen des Fair Value beinhalten, die sich sowohl auf beobachtbare als auch auf nicht beobachtbare Eingabeparameter zurückführen lassen.

Die Gruppe macht von verschiedenen Methoden zur Absicherung der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedging) Gebrauch, um die Risiken unter anderem auch im Zusammenhang mit Level-3-Positionen zu steuern. Diese Methoden können den Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten, die in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, einschliessen. Die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen realisierten beziehungsweise nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten von Level 3 berücksichtigen die damit zusammenhängenden realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus Economic-Hedging-Instrumenten, welche in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, nicht.

Überträge an beziehungsweise aus Level 3

Im Jahr 2011 wurden Aktiven in Höhe von CHF 14 893 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Überträge bezogen sich auf den Handel und konsolidierte SPE-Positionen in den Geschäftsbereichen RMBS (einschliesslich nichtstaatliche) und alternative Anlagen, in erster Linie aufgrund der begrenzt beobachtbaren Preisdaten und reduzierten Preisinformationen von externen Anbietern. Im Jahr 2011 wurden Aktiven in Höhe von CHF 14 766 Mio. aus

Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen und Handelsbestände. Die Übertragungen aus Level 3 bei den zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen beruhten in erster Linie auf dem Handel und konsolidierten SPE-Positionen in den Geschäftsbereichen RMBS und alternative Anlagen, da sich die betreffenden Preise besser beobachten liessen. Die Übertragungen aus Level 3 bei den Handelsbeständen bezogen sich auf RMBS aufgrund verbesserter Preisinformationen von externen Anbietern.

Im Jahr 2010 wurden Aktiven in Höhe von CHF 13 008 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen und Handelsbestände. Diese Übertragungen an Level 3 betrafen Schuldtitel aus Emerging Markets, Zinsprodukte und Private-Equity-Beteiligungen, da sich die betreffenden Preise weniger gut beobachten liessen und die Anbieter weniger Preise stellten. Im Jahr 2010 wurden Aktiven in Höhe von CHF 16 918 Mio. aus Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Übertragungen aus Level 3 betrafen in erster Linie hypothekarbesicherte Aktiven und Unternehmenskredite, da sich die betreffenden Preise besser beobachten liessen und die Anbieter vermehrt Preise stellten.

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Bestimmte Aktiven und Verbindlichkeiten werden nicht periodisch zum Fair Value bewertet. Dies bedeutet, dass sie nicht laufend zum Fair Value bewertet werden, sondern dass sie nur unter bestimmten Umständen einer Fair-Value-Anpassung unterliegen (zum Beispiel bei nachweislichen Wertberichtigungen).

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Ende	2011	2010
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte Ausleihungen	0.7	0.6
davon Level 2	0.0	0.1
davon Level 3	0.7	0.5

Qualitative Offenlegung von Bewertungsmethoden

Feststellung des Fair Value und die Nutzung unabhängiger Pricing Services

Die Gruppe verfügt über ein formelles Verfahren zur Feststellung des Fair Value. Dieses Verfahren umfasst die Trennung gewisser Zuständigkeiten, die formelle Dokumentierung sowie Überprüfungsverfahren und Eskalationsanforderungen. Einer der Hauptbestandteile des Kontrollprozesses ist die Trennung von Zuständigkeiten zwischen Front Office und Product Control, wobei das Front Office für die tägliche Erfassung von Inventarpositionen zum Fair Value zuständig ist, während Product Control dafür verantwortlich ist, diese Bewertungen in regelmässigen Abständen unabhängig zu überprüfen und zu validieren.

Das Front Office bewertet das Inventar, soweit möglich, anhand von beobachtbaren Marktdaten, gegebenenfalls anhand ausgeführter Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellte Preise für dasselbe oder ein ähnliches Instrument. Product Control bewertet dieses Inventar anhand von unabhängigen Daten, die ebenfalls aus ausgeführten Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellte Preise bestehen. Zusätzlich nutzt Product Control im Rahmen der Überprüfung Daten von unabhängigen Pricing Services. Um sicherzustellen, dass die Daten dieser unabhängigen Pricing Services den Fair Value widerspiegeln, werden diese Daten einer Analyse unterzogen. Diese Analyse umfasst die Validierung anhand ausgeführter Transaktionen oder durchführbarer Broker-Preise, die Überprüfung der Beitragenden, um sicherzustellen, dass diese aktive Marktteilnehmer sind, die statistische Überprüfung der Daten, um sicherzustellen, dass sie in sich selbst konsistent sind, und die Nutzung von Pricing Challenges. Im Rahmen der Analyse werden zudem die Datenquellen der Pricing Services sowie sämtliche Modelle oder Annahmen, die zur Ergebnisfindung beigetragen haben, untersucht. Zweck der Überprüfung ist es, die Qualität und Verlässlichkeit der Daten für die Nutzung in der Ermittlung des Fair Value sowie für die geeignete Nutzung der Daten in der unabhängigen Bewertung durch Product Control zu beurteilen.

Geldmarktpapiere

Zu den gehandelten Geldmarktpapieren zählen unter anderem Bankakzepte, Einlagenzertifikate, CPs, Buchforderungen, Treasury Bills und andere Rechte, die zu Handelszwecken gehalten werden. Die Bewertung von Geldmarktinstrumenten erfolgt im Allgemeinen auf Basis von beobachtbaren Eingabeparametern.

Ankauf von Wertschriften über Reverse-Repo-Geschäfte und Verkauf von Wertschriften über Repo-Geschäfte

Im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworbene oder von Repo-Geschäften verkaufte Wertpapiere werden mit Hilfe der Analyse von abdiskontierten zukünftigen Mittelflüssen (Discounted-Cashflow-Analyse) zum Fair Value erfasst. Zukünftige Geldflüsse werden dabei mit Hilfe von beobachtbaren Marktzinskurven für die entsprechenden Laufzeiten und die gestellten Sicherheiten der Instrumente abgezinst. Die grosse Mehrheit der im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworbenen beziehungsweise Repo-Geschäften verkauften Wertpapiere fallen somit unter Level 2 der Fair-Value-Hierarchie. In strukturierte Reverse-Repo- und Repo-Transaktionen sind Derivate eingebettet. Ihre Bewertung erfolgt anhand derselben Verfahren wie die weiter unten erläuterte Bewertung von eigenständigen Derivaten. Wird der Wert eines eingebetteten Derivats weitgehend aufgrund von nicht beobachtbaren Parametern ermittelt, fallen die betreffenden strukturierten Reverse-Repo- und Repo-Vereinbarungen unter Level 3 der Fair-Value-Hierarchie.

Die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworbenen Wertpapiere sind im Allgemeinen vollumfänglich oder über ihren Wert hinaus mit Staatspapieren, Geldmarktinstrumenten, Unternehmensanleihen oder anderen Schuldverschreibungen besichert. Fällt eine Gegenpartei aus, hat die Gruppe im Rahmen der Sicherheitsvereinbarungen das Recht, die in ihrem Besitz befindlichen Sicherheiten zu verwerten.

Schuldtitle

Für Schuldtitle staatlicher Emittenten werden typischerweise Preise in aktiven Märkten gestellt; sie sind folglich als Level-1-Instrumente klassiert. Die Bewertungen von Schuldtiteln, für welche keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen auf

Renditen, welche die Bonität (Credit Rating), die historische Wertentwicklung, Ausfälle und das Ausmass der Verluste sowie die Laufzeit des Titels, kürzlich im Markt erfolgte Transaktionen oder andere Modellberechnungsmethoden berücksichtigen, wobei auch subjektive Beurteilungen zum Tragen kommen können.

Wertpapiere, für die beobachtbare Preise oder Modelldaten im Markt zur Verfügung stehen, gelten als Level-2-Instrumente. Stehen keine beobachtbaren Preise zur Verfügung oder bedeutende Modellparameter sind nicht beobachtbar, werden die betreffenden Wertpapiere dem Level 3 zugeordnet.

Unternehmensanleihen

Die Bewertung von Unternehmensanleihen erfolgt anhand der aktuellen Marktniveaus, die entweder auf den jüngsten Markttransaktionen oder auf den durch Broker-Dealer gestellten Preisen beruhen.

Lässt sich der Marktpreis für ein bestimmtes Wertpapier nicht auf direktem Weg ermitteln, erfolgt die Bewertung auf Basis der Renditen anderer Instrumente innerhalb der spezifischen oder einer vergleichbaren Kapitalstruktur des Emittenten mit Anpassungen für die Rangstufe (vorrangig/nachrangig) und die Laufzeit. Bewertungen können auch, unter Berücksichtigung der Bonitäts-, Liquiditäts- und Laufzeitunterschiede, durch den Vergleich mit analogen Wertpapieren als Benchmark erfolgen, falls entsprechende Marktdaten vorliegen, oder auch mit Hilfe von Mittelflussmodellierungsmethoden unter Nutzung beobachtbarer Eingabeparameter, etwa der aktuellen Zinskurven und der beobachtbaren Credit-Default-Swap-Spreads.

CMBS, RMBS und ABS/CDO

Werte für ◊RMBS, ◊CMBS und sonstige ABS können als gestellte Preise, die häufig auf den unter Händlern beziehungsweise im Verkehr mit Kunden gehandelten Preisen für ähnlich strukturierte und besicherte Wertpapiere beruhen, zur Verfügung stehen. Werte für RMBS, CMBS und sonstige ABS, für welche keine wesentlichen beobachtbaren Eingabeparameter zur Verfügung stehen, werden mit Hilfe von Referenzwerten, wie vergleichbaren Transaktionen oder Indizes, und anderen Bewertungsmodellen ermittelt.

Bei den meisten strukturierten Schuldtiteln beruht die Ermittlung des Fair Value auf subjektiven Einschätzungen, die von der Liquidität, der Eignerstruktur (Konzentration) und dem aktuellen wirtschaftlichen und Konkurrenzumfeld abhängen. Die Bewertung erfolgt anhand der eigenen Annahmen des Managements über die wahrscheinlich im Markt gestellten Preise für den betreffenden Vermögenswert.

Gedechte Anleihe- und Kreditverbindlichkeiten werden in verschiedene strukturierte Tranchen aufgeteilt, wobei die Bewertung jeder einzelnen Tranche auf Basis ihres individuellen Ratings und der zugrundeliegenden Sicherheiten der Struktur erfolgt. Für die Bewertung von Cash-CDOs und synthetischen CDOs werden Bewertungsmodelle verwendet.

Beteiligungspapiere

Die meisten Positionen der Gruppe in Beteiligungspapieren werden an öffentlichen Börsen gehandelt, so dass gestellte Preise leicht und regelmässig erhältlich sind. Daher werden sie als Level-1-Instrumente klassiert. Level-2-Beteiligungspapiere umfassen fondsgebundene Produkte, Wandelanleihen oder mit Restriktionen versehene Beteiligungspapiere, die daher nicht in aktiven Märkten gehandelt werden.

Fondsgebundene Produkte

Unter fondsgebundenen Produkten versteht man Anlagen in externen Hedgefonds und Dachfonds. Der Fair Value dieser Instrumente wird anhand derselben Methoden, wie sie weiter unten in den Sonstigen Anlagen beschrieben werden, bestimmt.

Wandelanleihen

Wandelanleihen werden im Allgemeinen unter Verwendung von beobachtbaren Kursen bewertet. Bei einer kleinen Minderheit von Wandelanleihen stehen keine beobachtbaren Kurse zur Verfügung, so dass die Bewertung mittels interner und externer Modelle erfolgt. Diese Modelle verwenden die Schlüsselparameter Aktienkurse, Dividendensätze, Kreditrisikoprämien (gegenüber Unternehmens- und Staatsanleihen), Renditekurven, Fremdwährungskurse, die Rate vorzeitiger Tilgungen, Kosten für Mittelaufnahmen sowie die Volatilität der betroffenen Einzeltitel und der Aktienmärkte an sich.

Derivate

◊Derivate, die zu Handelszwecken gehalten werden oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden, bestehen aus OTC-Derivaten und börsengehandelten Derivaten.

Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird anhand beobachtbarer Preise ermittelt. Diese werden in Level 1 der Fair-Value-Hierarchie erfasst. Ein Teil der beobachtbaren, an einer Börse gestellten Preise lässt sich möglicherweise zum Bilanzstichtag nicht realisieren und kann aus Liquiditätsgründen angepasst werden. Instrumente, bei denen solche Anpassungen aus Liquiditätsgründen erfolgt sind, etwa langfristige Optionskontrakte, werden in Level 2 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird entweder mit Hilfe von für die Branche massgeblichen Modellen oder mit Hilfe

von selbst entwickelten Modellen ermittelt. Beide Modellarten verwenden verschiedene beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabeparameter zur Bestimmung des Fair Value. Zu diesen Eingabeparametern zählen diejenigen Eigenschaften des betreffenden Derivats, welche sich auf die ökonomische Wirkung des Instruments auswirken.

Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität notwendig, da sich die erforderlichen Eingabeparameter im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden, die auf spezifischen, selbst entwickelten Modellhypothesen beruhen. Zu den spezifischen, nicht beobachtbaren Eingabeparametern zählen etwa langfristige Volatilitätshypothesen für OTC-Optionsgeschäfte und Annahmen zur Wiedereinbringungsrate für Kreditderivatgeschäfte.

Stehen keine beobachtbaren Eingabeparameter (an Börsen, von Händlern oder Brokern gestellte Preise oder Konsensangaben von Marktdatenanbietern) zur Verfügung, werden die Bewertungen nach Möglichkeit durch Kalibrierung beobachtbarer Preise (Kassa- und Forward-Preise, Benchmark-Zinskurven und Volatilitätseingaben für breit gehandelte Produkte) vorgenommen. Eingabeparameter, die sich nicht aus anderen Quellen ableiten lassen, beruhen gegebenenfalls auf Schätzungen anhand historischer Daten.

Beruhet die Bewertung eines OTC-Derivats mehrheitlich auf beobachtbaren Marktdaten, wird es Level 2 zugeordnet; kommen mehrheitlich nicht beobachtbare Eingabeparameter zum Zug, wird das betreffende OTC-Derivat in Level 3 erfasst.

Zinsderivate

Bei gewöhnlichen OTC-Zinsderivaten wie Zinsswaps, Swaptions und Caps und Floors erfolgt die Bewertung durch Abzinsung der zukünftigen Mittelflüsse. Die zukünftigen Mittelflüsse und die angewendeten Zinssätze werden aus im Markt verbreiteten Renditekurven und branchenweit gültigen Volatilitätseingaben abgeleitet. Stehen Börsenpreise zur Verfügung, fliessen sie ebenfalls in die Bewertung von börsengehandelten Terminkontrakten und Optionen ein und finden eventuell auch Anwendung bei der Ableitung von Renditekurven. Die Eingabeparameter für komplexere Produkte umfassen unter anderem Basis-Swapsreads, Constant-Maturity-Konvexitätsanpassungen, Renditedifferenzen zwischen Constant Maturity Swaps und Staatsanleihen, Korrelationen mit dem Inflationsindex, saisonbedingte Teuerungsraten, Einzel- oder Quanto-Zinskorrelationen, instrumentübergreifende Korrelationen, Mean-Reversion, serielle Korrelation und Annahmen zu den konditionellen Tilgungsraten.

Währungsderivate

Zu den Währungsderivaten gehören gewöhnliche Produkte wie Kassa-, Termin- und Optionskontrakte, bei denen die erwarteten abgezinsten zukünftigen Mittelflüsse aus den Terminkurskurven und branchenweit anerkannten Verfahren zur Modellierung der Optionalität abgeleitet werden. Falls vorhanden, fliessen auch die Börsenkurse in die Bewertung von Terminkontrakten und Optionen ein. Bei komplexeren Produkten zählen unter anderem Devisenkurskorrelationen, instrumentübergreifende Quanto-Korrelationen und Annahmen zur Volatilitätsverzerrung zu den Eingabeparametern.

Aktienderivate

Als Aktienderivate gelten gewöhnliche Optionen und Swaps sowie verschieden Arten von exotischen Optionen. Die Eingabeparameter für Aktienderivate umfassen unter anderem die Kosten für Fremdmittel, Dividendenkurven, Korrelationen zwischen den einzelnen Beteiligungspapieren, Korrelationen zwischen Aktien und Devisen, die Volatilität von Einzeltiteln und Indizes, das Risiko von Finanzierungslücken, die Volatilität der Mittel, die Korrelation zwischen Zinssätzen und Beteiligungspapieren und Renditekurven.

Kreditderivate

Zu den Kreditderivaten zählen CDS auf einzelne Emittenten und Indizes sowie komplexer strukturierte Kreditprodukte. Gewöhnliche Produkte werden mit Hilfe der branchenüblichen Modelle und Eingabeparameter bewertet, die sich im Allgemeinen in den Märkten beobachten lassen einschliesslich Renditeaufschlägen für Bonitätsunterschiede und Wiedereinbringungsraten.

Komplexe strukturierte Kreditderivate werden mit Hilfe von selbst entwickelten Modellen bewertet, deren Eingabeparameter wie Renditeaufschläge für Bonitätsunterschiede, Wiedereinbringungsraten, Bonitätsschwankungen, Default-Korrelationen, synthetische Basisreads und Raten vorzeitiger Tilgung umfassen. Diese Parameter basieren im Allgemeinen auf im Markt beobachtbaren Daten.

Rohstoffderivate

Die Rohstoffderivate umfassen Terminkontrakte, gewöhnliche sowie exotische Optionen, Swaps, Swaptions und strukturierte Transaktionen. Gewöhnliche Produkte werden in der Regel mit Hilfe der branchenüblichen Modelle bewertet, während bei komplexeren Modellen gegebenenfalls selbst entwickelte Modelle Anwendung finden. Die Eingabeparameter umfassen unter anderem rohstoffklassenübergreifende Korrelationen, die Korrelation zwischen Devisen und Rohstoffen, die Terminkurven für Rohstoffgeschäfte, Kassapreise, Rohstoffvolatilitäten und die Renditekurve. Die Eingabeparameter können

anhand von ausgeführten Geschäften, Broker- und Konsensdaten validiert werden. In anderen Fällen wird zur Abschätzung von Eingabeparametern gegebenenfalls auf historische Beziehungen abgestellt.

Sonstige Handelsbestände

Sonstige Handelsbestände umfassen sowohl Kassa- als auch synthetische Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen. Zu den Kassainstrumenten zählen SPIA-, Premium-Finance- und Life-Settlement-Verträge zum Fair Value, während die synthetischen Instrumente Langlebige-Swaps, -optionen und -Notes umfassen.

Die Bewertung dieser Instrumente erfolgt anhand von selbst entwickelten Modellen und verschiedenen Eingabeparametern, wobei für die Bestimmung des Fair Value von Finanzinstrumenten auf Lebensversicherungen die Hypothesen zu den Sterblichkeitsraten allerdings in jedem Fall von zentraler Bedeutung sind. Die einzelnen Sterblichkeitsraten werden zumeist abgeleitet, indem man eine von einer professionellen Aktuarsvereinigung erarbeitete Sterblichkeitskurve für die gesamte versicherte Population mit einem individuell spezifischen Multiplikator vervielfacht. Diese Multiplikatoren beruhen auf Daten zur Lebenserwartung, die von unabhängigen externen Anbietern stammen, die bei den einzelnen versicherten Personen den Gesundheitszustand, den familiären Hintergrund und weitere Angaben überprüfen, um deren Lebenserwartung abzuschätzen. Zusätzlich zu den Sterblichkeitsraten werden auch die Diskontsätze und die Kreditrisikoprämien in die Bewertung von Finanzinstrumenten auf Lebensversicherungen einbezogen.

Da sich die Sterblichkeitsraten im Markt nur in beschränktem Mass beobachten lassen, gelten die meisten Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen als Level-3-Instrumente.

Sonstige Anlagen

Zu den sonstigen Anlagen der Gruppe zählen in erster Linie Anlagen in Beteiligungspapieren in Form von a) Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds, b) nach der Equity-Methode bewertete Anlagen, bei denen die Gruppe die operative und finanzielle Politik des Anlageobjekts in wesentlichem Mass beeinflussen kann sowie c) Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapieren.

Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds werden auf Basis ihres Nettoinventarwerts zum Fair Value ausgewiesen. Die meisten dieser Instrumente werden in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet, da kurzfristig Einschränkungen der Rückgabefähigkeit zum Nettoinventarwert gelten. In bestimmten Fällen kann der Nettoinventarwert angepasst werden, falls der durch den Fondsmanager veröffentlichte Nettoinventarwert nach-

weislich nicht den beobachteten Marktbewegungen entspricht oder andere Umstände vorliegen, die eine entsprechende Anpassung des veröffentlichten Nettoinventarwerts auslösen. Bei Anpassungen des veröffentlichten Nettoinventarwerts stellt das Management in bedeutendem Umfang auf eigene Einschätzungen ab.

Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapiere umfassen sowohl Immobilienanlagen als auch andere Anlagen. Diese Anlagen sowie nach der Equity-Methode bewertete Anlagen werden zunächst zu ihrem Transaktionspreis ausgewiesen, da dieser die beste Näherung an den Fair Value darstellt. Danach werden diese Anlagen einzeln anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit externen Anlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, mehrfache Geldfluss- oder Buchwertanalysen beziehungsweise Discounted-Cashflow-Analysen. Häufig sind die in diesen Modellen verwendeten Eingabeparameter nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von den Annahmen des Managements abhängt. Daher werden diese Anlagen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Ausleihungen

Die zum Fair Value ausgewiesenen Ausleihungen der Gruppe umfassen kommerzielle Kredite, Wohnimmobilienkredite, Unternehmenskredite, Leveraged-Finance-Kredite sowie Ausleihungen im Bereich der Emerging Markets. Der Fair Value beruht auf kürzlich erfolgten Abschlüssen und gestellten Preisen, falls solche zur Verfügung stehen. Bei deren Fehlen kann die Ermittlung des jeweiligen Fair Value mit Hilfe von Relative-Value-Benchmark-Vergleichen, welche Preisstellungen aufgrund von anderen Positionen innerhalb derselben Kapitalstruktur, anderen vergleichbaren Kreditvergaben, generischen branchenweiten Kreditrisikoprämien, den impliziten Kreditrisikoprämien auf Basis von CDS für den betreffenden Kreditnehmer und Unternehmensbewertungen umfassen, oder auch auf Basis von Ausstiegspreisen für die Sicherheiten unter aktuellen Marktbedingungen, erfolgen.

Sowohl die gedeckten als auch die ungedeckten Teile der revolving Kreditlimiten innerhalb des Unternehmenskreditportfolios werden anhand eines Preisstellungsmodells für CDS bewertet, bei dem ein Grossteil der Eingabeparameter auf Schätzungen beruht. Hierzu zählen etwa Kreditrisikoprämien, Wiedereinbringungsrate, Kreditkonversionsfaktoren sowie die gewichtete Durchschnittslaufzeit der einzelnen Kredite.

Zu den sonstigen Aktiven und Verbindlichkeiten der Gruppe zählen im Zusammenhang mit der Verbriefungstätigkeit gehaltene Hypothekarkredite sowie Aktiven und Verbind-

lichkeiten von VIEs und verbriefte Hypothekarkredite, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren. Der Fair Value von im Zusammenhang mit Verbriefungen gehaltenen Hypothekarkrediten wird auf Basis des Gesamtkredits ermittelt. Diese Berechnung erfolgt auf der Basis von Kreditablösepreisen zu aktuellen Marktbedingungen. Der Fair Value von Aktiven und Verbindlichkeiten von VIEs und Verbriefungen von Hypothekarkrediten, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren, wird anhand der Preisstellungen für besicherte Anleihen festgestellt, falls solche zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, kommen Cashflow-Analysen für derartige Anleihen zur Anwendung.

Kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten
Die kurzfristigen Geldaufnahmen und langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe umfassen strukturierte Notes (hybride Finanzinstrumente, die teilweise in zwei Komponenten aufge-

spaltet werden können) und gewöhnliche Schuldtitel. Der Fair Value von strukturierten Notes beruht wenn möglich auf gestellten Preisen. Stehen keine Marktpreise zur Verfügung, wird der Fair Value anhand eines Discounted-Cashflow-Modells berechnet, welches die Kreditrisikoprämien der Gruppe, den Wert der eingebetteten Derivate und die Restlaufzeit der Emission auf Basis von Call-Optionen einbezieht. Die in die emittierten Schuldtitel eingebetteten Derivate werden im Einklang mit den oben dargestellten Ansätzen für eigenständige Derivate der Gruppe bewertet. Der Fair Value von strukturierten Schuldtiteln steht unter bedeutendem Einfluss der kombinierten Call-Optionen und der Entwicklung der Renditen aus den Derivaten.

Der Fair Value gewöhnlicher Schuldtitel wird anhand des Markts für Neuemissionen ermittelt, wobei die risikofreien Zinssätze für vergleichbare Laufzeiten und die eigenen Kreditrisikoprämien der Gruppe zur Anwendung kommen.

Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag des Fair Value und dem Gesamtbetrag der ausstehenden Kapitalbeträge für Ausleihungen und Finanzinstrumente

	2011			2010		
	Gesamter Fair Value	Gesamter ausstehender Kapitalbetrag	Differenz	Gesamter Fair Value	Gesamter ausstehender Kapitalbetrag	Differenz
Ende						
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Zinslos gestellte Ausleihungen	807	3 277	(2 470)	758	2 274	(1 516)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)						
Zinstragende Einlagen bei Banken	405	404	1	0	0	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	158 673	157 889	784	136 906	135 939	967
Ausleihungen	20 694	21 382	(688)	18 552	18 677	(125)
Sonstige Aktiven ¹	20 511	30 778	(10 267)	25 078	36 195	(11 117)
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(610)	(620)	10	(410)	(420)	10
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(136 483)	(136 396)	(87)	(123 697)	(123 562)	(135)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(3 547)	(3 681)	134	(3 308)	(3 262)	(46)
Langfristige Verbindlichkeiten	(70 366)	(79 475)	9 109	(83 692)	(90 271)	6 579
Sonstige Verbindlichkeiten	(5 730)	(8 210)	2 480	(5 734)	(7 569)	1 835

¹ Hauptsächlich zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten

	2011	2010	2009
	Netto- gewinne/ (-verluste)	Netto- gewinne/ (-verluste)	Netto- gewinne/ (-verluste)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)			
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	11 ¹	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 698 ¹	1 901 ¹	1 363 ¹
Sonstige Handelsbestände	10 ²	46 ²	262 ²
Sonstige Anlagen	196 ²	(225) ³	998 ³
davon bezüglich Kreditrisiko	(14)	(2)	0
Ausleihungen	(1 105) ²	1 065 ¹	7 976 ²
davon bezüglich Kreditrisiko	(256)	707	5 255
Sonstige Aktiven	476 ¹	5 896 ²	1 458 ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	(332)	589	549
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(2) ¹	(27) ²	(9) ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	45	0	2
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(575) ¹	(471) ¹	(1 421) ¹
Kurzfristige Geldaufnahmen	91 ²	(51) ²	(778) ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	(2)	1	6
Langfristige Verbindlichkeiten	2 342 ²	(6 162) ²	(10 345) ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	1 909	273	(4 004)
Sonstige Verbindlichkeiten	(286) ²	(232) ²	1 299 ²
davon bezüglich Kreditrisiko	(348)	(97)	1 125

¹ Hauptsächlich im Zinserfolg berücksichtigt. ² Hauptsächlich im Handelserfolg berücksichtigt. ³ Hauptsächlich im sonstigen Ertrag berücksichtigt. ⁴ Kreditrisikobezogene Fair-Value-Änderungen beruhen auf der Änderung der gruppeneigenen Kreditrisikoprämien. Sonstige Fair-Value-Änderungen sind Änderungen von Fremdwährungskursen, Zinssätzen sowie Bewegungen im Referenzpreis oder -index für strukturierte Schuldtitel zurechenbar. Fair-Value-Änderungen auf gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse betragen für die Jahre 2011, 2010 und 2009 CHF 1 210 Mio., CHF 341 Mio. beziehungsweise CHF (4 458) Mio.

Zinsertrag und -aufwand werden auf Basis der vertraglich für die betreffenden Transaktionen festgelegten Zinssätze berechnet. Der Zinsertrag und -aufwand wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung aufgrund der Art des betreffenden Instruments und der diesbezüglichen Marktkonvention erfasst. Wenn die Zinsen als Teil der Änderung im Fair Value eines Instruments mit einbezogen sind, werden sie im Handelserfolg erfasst. Ansonsten werden sie als Zins- und Dividendenerträge beziehungsweise Zinsaufwand erfasst. Dividendenerträge werden ausserhalb des Handelserfolgs erfasst.

Die Auswirkung von Kreditrisiken auf in den Aktiven gehaltenen Schuldtiteln gemäss oben stehender Tabelle wurde aus der Gesamtveränderung des Fair Value abzüglich der Auswirkungen von Änderungen des Basis- oder risikofreien Zinssatzes berechnet. Die Auswirkungen der Veränderung des eigenen Kreditrisikos auf Verbindlichkeiten gemäss oben stehender Tabelle wurden wie folgt berechnet: Differenz zwischen dem Fair Value der betreffenden Instrumente am

Berichtszeitpunkt und dem theoretischen Fair Value der betreffenden Instrumente gemäss Berechnung anhand der am Ende der Berichtsperiode geltenden Renditekurve mit Anpassungen nach oben oder nach unten je nach Änderung der eigenen Kreditrisikoprämie der Gruppe ab dem Transaktionszeitpunkt bis zum Berichtszeitpunkt.

Feststellung des Fair Value von Anlagen in bestimmten Gesellschaften, welche einen Nettoinventarwert je Anteil berechnen

Die folgende Tabelle bezieht sich auf Anlagen in bestimmten Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert je Anteil oder dessen Gegenwert berechnen. Hierbei handelt es sich vor allem um Private-Equity- und Hedgefonds. Der Fair Value derartiger Anlagen lässt sich nicht ohne weiteres feststellen, die Bewertung zum Fair Value erfolgt anhand des Nettoinventarwerts.

Fair Value, nicht gezogene Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich Rückgabefristen

Ende 2011	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen
Fair Value und nicht gezogene Verpflichtungen (in Mio. CHF)				
Anleihenfonds	45	61	106	0
Aktienfonds	40	4 864 ¹	4 904	0
Aktienfonds – Leerverkäufe	0	(78)	(78)	0
Total Fonds in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gehalten	85	4 847	4 932	0
Anleihenfonds	58	268	326	219
Aktienfonds	4	50	54	0
Sonstige	5	113	118	55
Hedgefonds	67	431 ²	498	274
Anleihenfonds	9	0	9	18
Aktienfonds	3 136	0	3 136	954
Immobilienfonds	338	0	338	200
Sonstige	823	0	823	231
Private Equity	4 306	0	4 306	1 403
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	360	0	360	0
Total Fonds in Sonstige Anlagen gehalten	4 733	431	5 164	1 677
Total Fair Value	4 818 ³	5 278 ⁴	10 096	1 677 ⁵

¹ 46% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds mit Rückgaberecht können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 19% können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 45 Tagen zurückgegeben werden, 18% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, und 17% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden. ² 72% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 17% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, und 10% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden. ³ Enthält CHF 2 248 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁴ Enthält CHF 91 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁵ Enthält CHF 540 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

Fair Value, nicht gezogene Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich Rückgabefristen (Fortsetzung)

Ende 2010	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen
Fair Value und nicht gezogene Verpflichtungen (in Mio. CHF)				
Anleihenfonds	0	29	29	0
Aktienfonds	37	6 340 ¹	6 377	0
Aktienfonds – Leerverkäufe	0	(109)	(109)	0
Total Fonds in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gehalten	37	6 260	6 297	0
Anleihenfonds	20	330	350	234
Aktienfonds	8	219	227	0
Sonstige	5	252	257	0
Hedgefonds	33	801 ²	834	234
Anleihenfonds	12	0	12	19
Aktienfonds	3 516	0	3 516	1 054
Immobilienfonds	322	0	322	223
Sonstige	759	0	759	213
Private Equity	4 609	0	4 609	1 509
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	1 183	0	1 183	0
Total Fonds in Sonstige Anlagen gehalten	5 825	801	6 626	1 743
Total Fair Value	5 862 ³	7 061 ⁴	12 923	1 743 ⁵

¹ 47% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds mit Rückgaberecht können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 22% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 16% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden. ² 51% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 22% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 17% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 30 Tagen zurückgegeben werden. ³ Enthält CHF 2 399 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁴ Enthält CHF 95 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁵ Enthält CHF 641 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

Anlagen in Fonds, die als Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst sind, beinhalten vor allem Positionen, die in Aktiendachfonds als Economic Hedge für an Kunden ausgegebene Structured Notes und Derivate gehalten werden und sich auf dieselben zugrunde liegenden Risiko- und Liquiditätsbedingungen des Fonds beziehen. Bei den meisten dieser Fonds gelten aufgrund der Illiquidität der Anlagen Begrenzungen hinsichtlich der Höhe von Rückzügen aus dem Fonds während der Rückgabeperiode. In anderen Fällen kann die Höhe der Rückzüge je nach der Kündigungsfrist für die Rückgabe variieren, wobei sie bei längeren Fristen meist höher ist. Darüber hinaus können Strafen fällig werden, wenn die Rückgabe innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach dem Erwerb erfolgt.

Anlagen in Fonds, die als sonstige Anlagen erfasst sind, legen hauptsächlich in nichtkотиerte Wertschriften sowie in geringerem Umfang in börsengehandelte Wertschriften und Dachfonds an. Bei mehreren dieser Anlagen gelten Rückgabebeschränkungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats des

Fonds liegen, und/oder die Rückgabe ist ohne Beschränkung, aber nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Gesamtvermögens oder erst nach einem bestimmten Datum zulässig.

Darüber hinaus werden bei Anlagen ohne Rückgabemöglichkeit, die als Handelsbestände und als sonstige Anlagen erfasst sind, die zugrunde liegenden Vermögenswerte dieser Fonds voraussichtlich über die Lebensdauer des Fonds liquidiert, im Allgemeinen über bis zu zehn Jahre.

Offenlegung des Fair Value von Finanzinstrumenten

Unabhängig von der Fair-Value-Bewertung in der konsolidierten Jahresrechnung muss die Gruppe gemäss US GAAP den Fair Value von Finanzinstrumenten offenlegen, soweit seine Ermittlung praktikabel ist. Sämtliche Nicht-Finanzinstrumente wie Leasingtransaktionen, Liegenschaften, Immobilien und Einrichtungen, nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sowie Vorsorgeverpflichtungen fallen nicht unter diese Bestimmung.

Buchwert und geschätzter Fair Value von Finanzinstrumenten

Ende	2011		2010	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiven (in Mio. CHF)				
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	236 963	236 963	220 443	220 443
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	30 191	30 191	42 147	42 147
Handelsbestände	270 315	270 315	324 704	324 704
Anlagen in Wertschriften	5 160	5 160	8 397	8 397
Ausleihungen	229 657	233 922	218 842	221 937
Sonstige Finanzaktiven ¹	232 452	232 491	189 973	190 011
Finanzverbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen	353 548	353 467	325 057	325 051
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	176 559	176 559	168 394	168 394
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	30 191	30 191	42 147	42 147
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	127 760	127 760	133 997	133 997
Kurzfristige Geldaufnahmen	26 116	26 117	21 683	21 683
Langfristige Verbindlichkeiten	162 655	159 538	173 752	172 698
Sonstige Finanzverbindlichkeiten ²	127 936	127 936	123 549	123 549

¹ Enthält hauptsächlich flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, zinstragende Einlagen bei Banken, Forderungen aus Kundenhandel, zum Verkauf gehaltene Ausleihungen, Bargeldsicherheiten auf derivativen Instrumenten, Zins- und Gebührenforderungen sowie nicht marktgängige Beteiligungstitel. ² Enthält hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, Barsicherheit für derivative Instrumente sowie Zins- und Gebührenverbindlichkeiten.

34 Verpfändete oder abgetretene Aktiven

Die Gruppe war im Besitz von Sicherheiten im Zusammenhang mit Verkaufsvereinbarungen, Wertschriftenleihen und Ausleihungen, Derivatgeschäften sowie durch Einschuss gedeckten Broker-Darlehen. Zusätzlich wurde ein Grossteil der von der Gruppe erhaltenen Sicherheiten in Verbindung mit Repo-

Geschäften, verkauften, aber noch nicht gekauften Wertpapieren, Wertschriftenleihen und Ausleihungen, Verpfändungen an Clearingstellen, Separierungsvorschriften gemäss Wertpapiergesetz und -vorschriften, Derivatgeschäften und Bankdarlehen verkauft oder weiterverpfändet.

Ende	2011	2010
Verpfändete oder abgetretene Aktiven (in Mio. CHF)		
Buchwert verpfändeter oder sicherungsübereigneter Aktiven	157 856	169 702
davon Aktiven mit dem Recht zur Veräusserung oder Weiterverpfändung	96 922	112 246
Fair Value von mit dem Recht zur Veräusserung oder Weiterverpfändung erhaltenen Sicherheiten	373 657	356 970
davon veräussert oder weiterverpfändet	332 718	307 894
Sonstige Informationen (in Mio. CHF)		
Flüssige Mittel und Wertschriften mit Verfügungsbeschränkungen aufgrund ausländischer Bankregulierung	17 943	16 090
Mindestliquidität gemäss Anforderung der Schweizerischen Nationalbank	2 294	2 090

35 Eigenmittelunterlegung

Die Gruppe untersteht den Vorschriften der FINMA. Die Kapitalausstattung der Gruppe unterliegt qualitativen Beurteilungen seitens der Aufsichtsbehörden, einschliesslich der FINMA, hinsichtlich der Zusammensetzung des Kapitals, der Risikogewichtungen und anderer Faktoren. Die Gruppe hielt sich seit Januar 2008 an die unter dem Namen «Basel II» bekannten internationalen Vorschriften für eine angemessene Eigenkapitalausstattung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss). Diese Vorschriften betrafen sowohl die anrechenbaren Eigenmittel als auch die risikogewichteten Aktiven. Im Januar 2011 führte die Gruppe, wie von der FINMA verlangt, die Basler Marktrisikoänderungen («Revisions to the Basel II market risk framework») des Basler Ausschusses (Basel II.5) für die Eigenmittelvorschriften der FINMA ein. Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Gruppe basiert, in Übereinstimmung mit dem FINMA-Rundschreiben 2008/34, auf US GAAP. Gemäss FINMA kann die Gruppe weiterhin Eigenkapital in Höhe von CHF 0,6 Mia. beziehungsweise CHF 1,1 Mia. von SPEs, die gemäss US GAAP per 31. Dezember 2011 und 2010 dekonsolidiert wurden, als Kernkapital (Tier 1) berücksichtigen.

Gemäss den Eigenmittelvorschriften der FINMA und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) besteht das gesamte erforderliche Kapital aus zwei Kategorien: Kernkapital (Tier 1) und ergänzendes Kapital (Tier 2). Das Kernkapital umfasst Eigenkapital nach US GAAP, qualifizierende Minderheitsanteile und hybride Kernkapitalinstrumente. Beim Kernkapital (Tier 1) werden sodann Abzüge, u.a. für Goodwill und sonstige immaterielle Werte, Beteiligungen an Versicherungsgesellschaften, Investitionen in bestimmte Bank- und Finanzgesellschaften sowie weitere Anpassungen, einschliesslich kumulativer Fair-Value-Anpassungen von gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse nach Steuern, erwarteter, aber noch nicht vereinbarter Dividenden, Netto-Long-Positionen in eigenen Aktien im Handelsbuch und eine Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen vorgenommen. Das innere Kernkapital (Core Tier 1) umfasst keine hybriden Kernkapitalinstrumente. Das Kernkapital wird erweitert durch ergänzendes Kapital, welches vorwiegend aus unbesicherten, unkündbaren und nachrangigen Instrumenten besteht, die lediglich gegenüber Kernkapitalinstrumenten Vorrang haben. Die Summe des Kernkapitals und des ergänzenden Kapitals ergibt das Total der anrechenbaren eigenen Mittel.

Zu den risikogewichteten Aktiven gehören das konsolidierte Bilanzvermögen, Nettopositionen von nicht im Handelsbestand gehaltenen Wertpapieren, in ihre Kreditäquivalente

umgerechnete Ausserbilanzgeschäfte sowie Marktpositionen in den Handelsbeständen.

Per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 war die Gruppe gemäss den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der FINMA und der BIZ angemessen kapitalisiert.

BIZ-Daten

Ende	Basel II.5 2011	Basel II 2011	Basel II 2010
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)			
Kernkapital (Tier 1)	36 844	38 029	37 725
davon inneres Kernkapital (Core Tier 1)	25 956	27 141	26 627
Ergänzendes Kapital (Tier 2)	11 810	12 995	10 074
Total anrechenbare Eigenmittel	48 654	51 024	47 799
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)			
Kreditrisiko	157 237	155 352	158 735
Marktrisiko	40 609	11 170	18 925
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	7 819	7 819	7 380
Operationelles Risiko	36 088	36 088	33 662
Risikogewichtete Aktiven	241 753	210 429	218 702
Eigenmittelquoten (in %)			
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1)	10.7	12.9	12.2
Kernkapitalquote (Tier 1)	15.2	18.1	17.2
Eigenmittelquote	20.1	24.2	21.9

Für die BIZ-Berichterstattung war Basel II.5 per 31. Dezember 2011 in Kraft.

Broker-Dealer-Geschäft

Einzelne als Broker-Dealer tätige Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen ebenso den Eigenmittelvorschriften. Per 31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010 erfüllten die Gruppe und ihre Tochtergesellschaften alle geltenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften.

Dividendeneinschränkungen

Einzelne Tochtergesellschaften der Gruppe unterliegen gesetzlichen Einschränkungen bezüglich der Höhe der Dividenden (beispielsweise Einschränkungen gemäss schweizerischem Obligationenrecht).

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgerichtet werden, wenn die Gesellschaft über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten

Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenaus-schüttungen der Genehmigung durch die Generalversamm-lung.

Per 31. Dezember 2011 und 2010 war die Gruppe in Bezug auf ihre Fähigkeit, die vorgeschlagenen Dividenden auszuschütten, keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen.

36 **Verwaltete Vermögen**

Die folgende Offenlegung enthält Informationen zu verwalteten Vermögen und Netto-Neugeldern, wie von der FINMA vorge-schrieben.

Verwaltete Vermögen beinhalten Vermögenswerte von Kunden, für welche die Gruppe Anlageberatungs- oder Ver-mögensverwaltungsdienstleistungen erbringt. Vermögens-werte, die lediglich zu Transaktions- oder Aufbewahrungszwe-cken gehalten werden, gelten nicht als verwaltete Vermögen. Nicht zu den verwalteten Vermögen zählen auch Vermögens-werte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutio-nen, die vorwiegend zu Cash-Management- oder Transakti-onszwecken dienen. Die Klassierung der Vermögenswerte als verwaltete Vermögen erfolgt für jeden Kunden separat auf-grund seiner Absichten und Zielsetzungen und der erbrachten Bankdienstleistungen. Umklassierungen zwischen verwalteten Vermögen und Vermögen, die zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden, führen zu entsprechenden Zu- oder Abflüssen an Netto-Neugeldern.

Die Netto-Neugelder beziffern den Umfang des Erfolgs bei der Akquisition von verwalteten Vermögen. Die Berechnung erfolgt nach der direkten Methode aufgrund einzelner Geldzah-lungen, Titellieferungen und Geldflüssen, die aus der Erhö-

hung oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividendenerträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden bei der Berechnung der Netto-Neugel-der nicht berücksichtigt, da diesbezüglich kein direkter Zusam-menhang zum Akquisitionserfolg verwalteter Vermögen der Gruppe besteht. Auch währungs- und kursbedingte Verände-rungen der verwalteten Vermögen sowie Vermögenszugänge und -abgänge im Zusammenhang mit der Übernahme oder Veräusserung ganzer Unternehmen beziehungsweise Unter-nehmensteile sind nicht Teil der Netto-Neugelder.

Ein Teil der Position Verwaltete Vermögen der Gruppe resultiert aus Doppelzahlungen. Doppelzahlungen ergeben sich aus der Erbringung mehrstufiger Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsdienstleistungen für bestimmte ver-waltete Vermögen. Jede dieser Anlageberatungs- oder Ver-waltungsdienstleistungen führt zu einem zusätzlichen Kunden-nutzen und zu zusätzlichem Ertrag für die Gruppe. Doppelzahlungen resultieren insbesondere aus der Anlage von verwalteten Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten. Das Ausmass der Doppelzäh-lungen wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Verwaltete Vermögen

im Jahr / Ende	2011	2010
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)		
Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten	189.2	215.7
Vermögen mit Verwaltungsmandat	222.4	213.4
Sonstige verwaltete Vermögen	817.9	823.9
Verwaltete Vermögen (einschliesslich Doppelzahlungen)	1 229.5	1 253.0
davon Doppelzahlung	112.3	128.0
Netto-Neugelder (in Mia. CHF)		
Total Netto-Neugelder (inklusive Doppelzahlungen)	40.9	69.0

37 Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ist die Gruppe in verschiedene gerichtliche, regulatorische und Schiedsverfahren involviert. Hierzu zählen auch die nachstehenden Fälle. Einige dieser Verfahren wurden im Namen verschiedener Klägergruppen angestrengt und haben wesentliche und/oder im Betrag nicht bezifferbare Entschädigungszahlungen zum Gegenstand.

Die Gruppe bildet Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten (einschliesslich Gebühren und Kosten für externe Rechtsanwälte und sonstige Dienstleistungserbringer) in Zusammenhang mit bestimmten gerichtlichen, regulatorischen und Schiedsverfahren, wenn die Kosten, Zusatzkosten oder die Kostenbandbreiten wahrscheinlich und realistisch abschätzbar sind. Die Gruppe überprüft ihre gerichtlichen, regulatorischen und Schiedsverfahren quartalsweise auf Angemessenheit der Rückstellungen. Sie kann anhand der Einschätzungen des Managements und auf Rat ihrer Rechtsberater ihre Rückstellungen erhöhen beziehungsweise auflösen. Weitere Bildungen oder Auflösungen von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten können in Zukunft anfallen, falls die betreffenden Rechtsstreitigkeiten, Forderungen oder Verfahren dies erfordern.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Wahrscheinlichkeit oder realistische Eintrittsmöglichkeit von Kosten sowie die Höhe beziehungsweise Bandbreite möglicher Kosten sich bei zahlreichen Fällen nicht ohne Weiteres abschätzen lässt. Bei der Vorlage der konsolidierten Jahresrechnung der Gruppe geht das Management von Annahmen bezüglich des Ausgangs dieser Fälle aus, nimmt hierfür Rückstellungen vor und belastet die Erfolgsrechnung entsprechend, wenn Verluste im Zusammenhang mit solchen Fällen wahrscheinlich sind und angemessen geschätzt werden können. Die Annahmen beruhen naturgemäss auf Einschätzungen und den aktuell verfügbaren Informationen. Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Charakter der Rechtsstreitigkeit, des Anspruchs oder des Verfahrens, Entwicklung der Angelegenheit, erhaltene Rechtsauskünfte, Gegenargumente der Gruppe und deren Erfahrungen aus ähnlichen Fällen oder Verfahren sowie Einschätzung der Angelegenheiten durch die Gruppe, einschliesslich Vergleichen, bei denen andere Beklagte in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren betroffen sind. Bevor die Kosten, die zusätzlichen Kosten oder die Kostenbandbreite für ein bestimmtes Verfahren oder einen bestimmten Fall angemessen abgeschätzt werden können, sind die Tatsachen und die Rechtslage zu evaluieren.

Die meisten hängigen Fälle, die die Gruppe betreffen, umfassen im Betrag nicht bezifferbare Schadenersatzforde-

rungen. Bei bestimmten Fällen ist der geforderte Schadenersatz zwar beziffert, dennoch kann dieser Betrag nicht unbedingt mit den realistischen Kosten gleichgesetzt werden. Im Folgenden findet sich eine Darstellung der Schadenersatzforderungen gegenüber der Gruppe (sofern im betreffenden Verfahren beziffert) sowie gewisser weiterer quantifizierbarer und öffentlich zugänglicher Angaben.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe.

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten

	2011
in Mio. CHF	
Bestand zu Beginn der Periode	861
Zunahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	752
Abnahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	(29)
Abnahme aufgrund von Vergleichen und sonstigen Barzahlungen	(688)
Fremdwährungsumrechnung	(26)
Bestand am Ende der Periode	870

Die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe umfassen auch Schätzungen der Kosten, der Zusatzkosten oder der Kostenbandbreiten bei Verfahren, bei denen Kostenfolgen wahrscheinlich sind und sich realistisch abschätzen lassen. Nach Ansicht der Gruppe lässt sich bei bestimmten Verfahren aufgrund ihrer Komplexität, des neuartigen Charakters bestimmter Forderungen, der kurzen bisherigen Verfahrensdauer und der bis anhin begrenzten Befunde sowie gegebenenfalls weiterer Faktoren keine realistische Gesamtkostenbandbreite abschätzen. Die Gruppe schätzt ihre realistischen und nicht durch bestehende Rückstellungen gedeckten Gesamtkosten auf eine Bandbreite von CHF 0 bis CHF 2,3 Mia.

Die Gruppe geht aufgrund der gegenwärtig verfügbaren Informationen und rechtlichen Auskünfte in Anbetracht der bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten davon aus, dass der Ausgang ihrer Verfahren insgesamt keine wesentlichen nachteiligen Folgen für die Finanzlage der Gruppe hat. Aufgrund der mit solchen Verfahren, einschliesslich Verfahren von Regulatoren oder anderen Behörden, verbundenen Unsicherheiten ist allerdings nicht auszuschliessen, dass die anfallenden Kosten bestehende Rückstellungen letztlich überschreiten können und dass diese Überschreitungen einen wesentlichen Einfluss auf das Betriebsergebnis einer bestimmten Periode haben, falls dieses Ergebnis entsprechend ausfällt.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit IPO-Zuteilungen

Seit Januar 2001 waren die Credit Suisse Securities (USA) LLC (CSS LLC), ein mit ihr verbundenes Unternehmen sowie verschiedene andere Investmentbanken als Beklagte in einer grossen Anzahl von sogenannten Sammelklagen aufgeführt, die beim US District Court for the Southern District of New York (SDNY) im Zusammenhang mit IPO-Zuteilungspraktiken eingereicht wurden. Im April 2002 reichten die Kläger konsolidierte, abgeänderte Klagen ein, welche sich auf verschiedene angebliche Verstösse gegen die US-Wertschriftengesetze bezogen, unter anderem angebliche wesentliche Auslassungen und falsche Darstellungen in Registrations Statements (Eintragungsbekanntmachungen) und Prospekten für Börsengänge und in einigen Fällen in Anschluss-Angeboten sowie im Zusammenhang mit Sekundärmarkt-Transaktionen zu diesen Angeboten. Die Klagen enthielten Vorwürfe, dass die Eintragungsbekanntmachungen und Prospekte wesentliche Angaben zu Kommissionen an Investmentbanken und Sekundärmarkttransaktionen bestimmter Kunden, die in den IPOs Aktienzuteilungen erhalten hatten, entweder ausgelassen oder falsch dargestellt hätten. Die Klagen enthielten auch Vorwürfe, dass angeblich irreführende Analystenberichte herausgegeben worden seien, welche behauptete manipulierte Aktienkurse des Emittenten stützten, und dass diese Berichte die angeblichen Zuteilungspraktiken nicht offengelegt hätten beziehungsweise dass die Analysten in einem Interessenkonflikt standen. Im September 2008 wurde zwischen den Klägern und dem Emissionshaus sowie dem Emittenten ein Grundsatzvergleich geschlossen und im Oktober 2009 erklärte der SDNY diesen Grundsatzvergleich in einem Beschluss für gültig. Einige an diesem Grundsatzvergleich beteiligte Parteien haben Rekurs gegen die Genehmigung des Vergleichs seitens des SDNY eingelegt. Diese Rekurse wurden seither abgeschlossen oder abgewiesen, wobei ein solcher Rekurskläger einen Antrag für eine Überprüfung durch den US Supreme Court einzureichen versuchte. Dieser Antrag wurde zuerst wegen Verfahrensfehlern abgewiesen. Am 18. Januar 2012 entschied der Beamte des US Supreme Court, der Antrag sei zur falschen Zeit eingereicht worden und könne deshalb nicht erneut eingereicht werden. Am 27. Januar 2012 orientierten die Kläger den SDNY, der Vergleich sei dadurch definitiv und wirksam und erlaube die Ausschüttung der Mittel an die Kläger sowie die Einstellung des Streitverfahrens für alle Zwecke. Die Beilegung dieser Angelegenheit wurde durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Research-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Nach den branchenweiten behördlichen und regulatorischen Untersuchungen der Praktiken von Research-Analysten im

Jahr 2002 und dem Aufsehen in den Medien wurden sogenannte Sammelklagen gegen CSS LLC eingereicht, wobei die Klage in Sachen Rechtsstreit Credit Suisse – AOL Securities Litigation, die im US District Court des Distrikts Massachusetts eingereicht wurde, die letzte ausstehende Angelegenheit darstellt. Die Klage wurde im Namen der Käufer von Aktien der damaligen AOL Time Warner Inc. (AOL) eingereicht, die dem Aktien-Research der CSS LLC vorwarf, zwischen Januar 2001 und Juli 2002 falsche und irreführende Research-Angaben verbreitet zu haben. Die zweite abgeänderte Klage in dieser Angelegenheit betraf Haftpflichtansprüche gegenüber der CSS LLC und bestimmten mit ihr verbundenen Gesellschaften sowie ehemaligen Mitarbeitenden der CSS LLC wegen behaupteten Verstosses gegen Bundesgesetze. Die Kläger schätzten den Schadenersatz auf etwa USD 3,9 Mia. Der District Court wies den Antrag der CSS LLC auf Abweisung der Klage am 16. Dezember 2006 ab. Am 26. September 2008 befand der District Court die Sammelklage für zulässig, wonach der US Court of Appeals for the First Circuit (das zuständige Kassationsgericht) den Rekurs der CSS LLC gegen diesen Beschluss abwies. Am 4. November 2008 stellte die CSS LLC einen Antrag auf Beurteilung im summarischen Verfahren, da keine Beweise für falsche oder irreführende Research-Analysen zu AOL durch die CSS LLC vorliege und sich kein Einfluss des Research der CSS LLC auf den Aktienkurs von AOL sowie die Verluste der Klägerklasse nachweisen lasse. Zudem stellten die Kläger und die CSS LLC am 21. April und 5. Juni 2009 je Anträge auf Ausschluss der Sachverständigen der Gegenseite. Am 26. August 2011 wies der District Court den Antrag der CSS LLC auf Durchführung eines summarischen Verfahrens ab. Am 28. September 2011 reichten die Beklagten einen Antrag auf Bestätigung von Fragen für eine einstweilige Berufung ein, der am 21. November 2011 abgelehnt wurde. Am 13. Januar 2012 liess der District Court ein summarisches Verfahren zugunsten der Beklagten zu, nachdem es den Ausschluss eines Sachverständigen der Kläger beschlossen hatte. Am 16. Februar 2012 reichten die Kläger einen Wiedererwägungsantrag ein. Am 1. März 2012 reichten die Beklagten Einspruch gegen den Antrag der Kläger ein.

Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Enron

Zwei auf Enron bezogene Einzelklagen gegen CSS LLC sowie bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind nach wie vor beim US District Court for the Southern District of Texas (SDT) hängig. In diesen Klagen machen die Kläger geltend, dass sie sich auf die Jahresabschlüsse von Enron verlassen hätten, und versuchen, die Beklagten für Ungenauigkeiten in den Jahresabschlüssen von Enron zur Rechenschaft zu ziehen. Im Falle Connecticut Resources Recovery Authority v. Lay, et

al. zielt der Kläger darauf ab, seine angeblichen Verluste in Höhe von rund USD 130 Mio. bis USD 180 Mio. aus einem Geschäft mit Enron gegen verschiedene Beklagte im Rahmen des Connecticut Unfair Trade Practices Act (Gesetz gegen unlauteren Handel) und des bürgerlichen Rechts des Staates Connecticut geltend zu machen. Ein Antrag auf Abweisung ist hängig. Im Falle Silvercreek Management Inc. v. Citigroup, Inc., et al., versucht der Kläger im Rahmen der Bundesgesetze und der Gesetze des Bundesstaates Forderungen im Zusammenhang mit seinem angeblichen Verlust aus Anlagen in Enron in Höhe von USD 280 Mio. durchzusetzen. Am 9. August 2011 liess der SDT den Antrag des Klägers auf Zulassung einer dritten abgeänderten Klage in dieser Angelegenheit zu. Die CSS LLC und die übrigen Beklagten reichten am 27. September 2011 Anträge auf Abweisung dieser Klage ein. Im Falle Ravenswood I LLC, et al. v. Citigroup, Inc., et al., einer Einzelklage mit ähnlichen Forderungen, forderten die Kläger als potenzielle Rechtsnachfolger die Rückzahlung von rund USD 140 Mio. im Zusammenhang mit dem Wertverlust bestimmter Schuldtitel von Enron, die von einem Dritten bei Enron erworben wurden. Am 29. November 2011 liess der SDT den Antrag auf Abweisung, der von der CSS LLC und den übrigen Beklagten in diesem Fall eingereicht worden war, zu.

NCFE-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Seit Februar 2003 sind Verfahren gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften eingereicht worden, die sich auf ihre Dienstleistungen an National Century Financial Enterprises, Inc. sowie deren Tochtergesellschaften (NCFE) beziehen. Von Januar 1996 bis Mai 2002 fungierte CSS LLC als Placement Agent für NCFE-Anleihen, die durch Forderungen von Institutionen im Gesundheitswesen gedeckt werden sollten. Im Juli 2002 fungierte sie als Placement Agent für den Verkauf von NCFE-Vorzugsaktien. Im November 2002 stellte NCFE Antrag auf Gläubigerschutz. In den mittlerweile beim US District Court for the Southern District of Ohio (SDO) unter dem Namen MDL-Fälle konsolidierten Verfahren haben Anleger mit Positionen von rund USD 1,9 Mia. Nennwert in NCFE-Anleihen und rund USD 12 Mio. in Vorzugsaktien Klage gegen zahlreiche Personen erhoben, unter anderem die Gründer und Mitglieder des Verwaltungsrats von NCFE, die Trustees der Anleihen, die Wirtschaftsprüfer und Anwälte von NCFE, die mit der Bewertung der Anleihen von NCFE befassten Rating-Agenturen sowie die für NCFE tätigen Placement Agents einschliesslich CSS LLC. Die Kläger behaupten Vertragsbruch, Fahrlässigkeit, Betrug und Verstoss gegen Bundes- und staatliche Gesetze. Die Klagen werfen CSS LLC und/oder der mit ihr verbundenen Gesellschaft generell vor, dass sie wussten bzw. hätten wissen müssen, dass die Forde-

rungen aus dem Gesundheitsbereich zur Deckung der Anleihen entweder für ein derartiges Programm nicht zulässig oder inexistent waren. CSS LLC und die mit ihr verbundene Gesellschaft reichten Anträge auf Abweisung der Klagen ein. Im Dezember 2007 lehnte der SDO diese Anträge auf Klageabweisung grösstenteils ab, so dass die Forderungen der Anleger zum grössten Teil weiterverfolgt werden konnten. Im Februar 2009 reichten die CSS LLC und die mit ihr verbundene Gesellschaft Anträge auf Beurteilung in einem summarischen Verfahren und Abweisung der verbleibenden Forderungen der Anleger ein, während einige Anleger Anträge auf summarische Beurteilung eines bestimmten Teils ihrer Forderungen einreichten. Im Dezember 2010 befand der SDO zugunsten der CSS LLC bei Gegenanträgen auf Zulassung des Summarverfahrens im Zusammenhang mit einer Forderung unter dem Blue Sky Law von Ohio. Der SDO befand insbesondere, dass die Anwendung des Gesetzes von Ohio gegen die so genannte Commerce Clause der US-Verfassung verstosse. Am 2. März 2012 erliess der SDO einen Beschluss, wonach die verbleibenden Summarverfahrensanträge der CSS LLC und der mit ihr verbundenen Gesellschaft in den Verfahren der Anleger teilweise zugelassen und teilweise abgelehnt wurden. Bis anhin hat die CSS LLC in einem Rechtsstreit mit einem Anleger einen Vergleich geschlossen. Dieser Vergleich vom April 2009 zwischen der CSS LLC und dem New York City Pension Fund als Kläger war durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Zudem strengte der im Rahmen des bestätigten Konkursverfahrens von NCFE geschaffene Trust im November 2004 zwei Verfahren gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften an. Der Trust reichte beim SDO eine Klage zur Durchsetzung von Ansprüchen nach bürgerlichem Recht ein, die derjenigen der MDL-Verfahren gegen verschiedene identische Beklagte ähnlich ist. Weiter wurden statutarische Klagen gemäss dem Ohio Corrupt Practices Act eingereicht sowie Klagen wegen Verletzung der beruflichen Sorgfaltspflicht und Klagen gemäss dem US Bankruptcy Code. Die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften reichten im März 2005 einen Antrag auf Klageabweisung ein. Im März 2009 beschloss der SDO, diesen Antrag grösstenteils abzuweisen. Im Mai 2009 stellten die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften Antrag auf Durchführung eines Summarverfahrens; die entsprechende Anhörung durch den SDO fand im November 2009 statt. Der Trust (und ein anderer beim Konkurs von NCFE geschaffener Trust) reichte auch eine Klage bei dem US Bankruptcy Court (Konkursgericht) for the Southern District of Ohio ein, in deren Rahmen er die Abweisung der Ansprüche von CSS LLC und der mit ihr verbundenen Gesellschaften im NCFE-Konkursfall verlangte und auf Rückzahlung der zuvor im Rahmen des Kol-

lokationsplans an die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften bezahlten Beträge klagte. Die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften haben die Klageantwort eingereicht. Am 12. April 2011 liess der SDO den Summarverfahrensantrag der CSS LLC und einer mit ihr verbundenen Gesellschaft auf Abweisung der vom Trust eingereichten Klage zu. Der Trust reichte am 11. Mai 2011 beim SDO einen Wiedererwägungsantrag ein. Die CSS LLC und eine mit ihr verbundene Gesellschaft reichten am 19. Mai 2011 Widerspruch gegen diesen Antrag ein. Am 24. Juni 2011 einigten sich die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften auf einen Grundsatzvergleich in diesen beiden Klagen. Dieser Vergleich wurde am 31. Oktober 2011 abgeschlossen und wurde durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Refco-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Klage des Sachwalters von Refco

Im August 2007 reichte der gemäss dem Konkursplan von Refco bestellte Sachwalter eine Klage gegen die CSS LLC und andere Finanzdienstleistungsunternehmen, Rechnungsprüfer, leitende Angestellte, Mitglieder des Verwaltungsrats und Controlling-Verantwortliche beim Illinois State Court ein. Die Klage behauptete Ansprüche gegen die CSS LLC im Zusammenhang mit Beihilfe zum Verstoß gegen Treuepflichten durch Refco-Angehörige im Zusammenhang mit dem Angebot von Refco-Notes im August 2004 und dem IPO im August 2005. Die Klage behauptete weiter Ansprüche von über USD 2 Mia. gegenüber der CSS LLC wegen angeblicher Verletzung der Berufspflicht und fahrlässiger Falschdarstellung im Zusammenhang mit der Funktion der CSS LLC als Finanzberater von Refco. Die CSS LLC und bestimmte weitere Beklagte verlangten Rückweisung der Klage an den Illinois Federal District Court, wo sie durch den Judicial Panel on Multi-District Litigation dem SDNY übertragen wurde. Im Mai 2008 reichten die CSS LLC und bestimmte weitere Beklagte einen Antrag auf Abweisung der Klagen ein. Im April 2009 gab der SDNY diesem Antrag statt. Im Dezember 2009 stellte der US Court of Appeals for the Second Circuit (Second Circuit) dem New York Court of Appeals verschiedene Rechtsfragen. Im Oktober 2010 gab der New York Court of Appeals seine Stellungnahme zur New Yorker Gesetzgebung ab. Am 18. November 2010 bestätigte der Second Circuit gestützt auf diese Stellungnahme die definitive Abweisung durch den SDNY. Im Dezember 2010 reichte der Sachwalter einen Antrag auf eine erneute Anhörung seitens des Second Circuit Panel ein. Im April 2011 wies der Second Circuit den Antrag des Sachwalters auf erneute Anhörung ab. Die Frist des Sachwalters für einen Revisionsantrag beim US Supreme Court ist abgelaufen.

Klage von SPhinX

Im März 2008 wurde die CSS LLC zusammen mit anderen Finanzdienstleistungsunternehmen, Rechnungsprüfern, Anwälten, leitenden Angestellten, Mitgliedern des Verwaltungsrats und Controlling-Verantwortlichen als Beklagte in einer Klage aufgeführt, die von den offiziellen gemeinsamen Konkursverwaltern (Joint Official Liquidators) verschiedener Sphinx Funds und dem Sachwalter des Sphinx Trust, der Forderungen hält, welche der PlusFunds Group, Inc. (PlusFunds), dem Investmentmanager für die SPhinX Funds, gehörten, beim State Court of New York eingereicht wurde. Die zugelassene abgeänderte Klage behauptet Ansprüche gegenüber der CSS LLC wegen Beihilfe zur Verletzung der Treuepflicht und Beihilfe zum Betrug durch Refco-Insider im Zusammenhang mit dem Notes-Angebot von Refco im August 2004 und dem IPO. Diese Klage zielt darauf ab, von den Beklagten etwa USD 263 Mio. wieder einzubringen, welche der SPhinX Managed Futures Fund (SMFF), ein Fonds von SPhinX, bei Refco hinterlegt hatte und verlor, zuzüglich mehrerer Hundert Millionen Dollar an Schadenersatz von PlusFunds für geltend gemachte zusätzliche «verlorene Unternehmen». Im März 2008 zogen die CSS LLC und bestimmte weitere Beklagte die Klage an den SDNY weiter. Im November 2008 reichte die CSS LLC einen Antrag auf Abweisung ein. Obwohl das Gericht die Klagen aller Kläger gegen CSS LLC wegen mangelnder Klagebefugnis abwies, war es später der Auffassung, dass für SMFF und PlusFunds die Klagebefugnis vorliege, und erlaubte diesen Klägern die erneute Einreichung ihrer Klagen angesichts des Entscheids des Second Circuit zur Abweisung der (oben beschriebenen) Forderungen des Sachwalters von Refco. Im Februar 2012 verfügte das Gericht die teilweise Gewährung und teilweise Ablehnung der übrigen Argumente der CSS LLC zur Abweisung der Klage. Die Geltendmachung seitens von SMFF und PlusFunds gegen die CSS LLC bezüglich Beihilfe zum Verstoß gegen Treuepflichten wurde definitiv abgewiesen. Der Anspruch der Kläger bezüglich Beihilfe zum Betrug bleibt bestehen, wobei das Gericht den Schadenersatz, den die Kläger beantragen können, eingrenzte. Ein vom Gericht betrauter Special Master veröffentlichte einen Bericht und eine Empfehlung (Report and Recommendation, R&R) und empfahl die Ablehnung eines zusätzlichen Grundes, der von der CSS LLC für die Ablehnung der gesamten Klage gegen die CSS LLC geltend gemacht wurde. Einreden gegen den R&R des Special Master werden derzeit vom Gericht geprüft.

Hypothekarkreditbezogene Verfahren

Die CSS LLC und einige mit ihr verbundene Unternehmen erhielten Auskunftsgesuche von bestimmten Regulatoren und/oder Behörden bezüglich Schaffung, Kauf, Absicherung und Servicing von Subprime- oder Nicht-Subprime-Wohnbau-

hypotheken und hiermit zusammenhängenden Angelegenheiten. Die CSS LLC und mit ihr verbundene Unternehmen kooperieren bei allen Anfragen und Gesuchen.

Zu diesen Anfragen zählt, dass die CSS LLC im Januar und Februar 2012 von Mitarbeitenden der US Securities and Exchange Commission (SEC) darüber orientiert wurde, dass sie erwogen, der SEC zu empfehlen, Zivil- oder Verwaltungsverfahren zu verfolgen, die aus zwei separaten Untersuchungen stammen, die sie durchgeführt haben. Die erste betrifft mögliche Ansprüche gegenüber der CSS LLC in Bezug auf das durchgeführte Due-Diligence-Verfahren für zwei Mortgage-backed-Verbriefungen und entsprechende Offenlegungen. Die zweite betrifft mögliche Ansprüche gegenüber der CSS LLC und bestimmten mit ihr verbundenen Gesellschaften in Bezug auf die Regelung von Ansprüchen gegenüber Originatoren im Zusammenhang mit Darlehen, die in einer Reihe von Verbriefungen der Credit Suisse enthalten sind. In beiden Untersuchungen hat die SEC die CSS LLC zur Einreichung von Antworten auf die beantragten Klagen aufgefordert, und die CSS LLC ist dabei, ihre Antworten an die SEC zu verfassen.

Die CSS LLC und einige mit ihr verbundene Unternehmen wurden zudem als Beklagte in verschiedenen Zivilprozessen im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Emissionshaus von RMBS-Transaktionen aufgeführt. Diese Fälle umfassen unter anderem eine Sammelklage und sogenannte putative Sammelklagen, Klagen einzelner Anleger in RMBS und Klagen von Monoline-Versicherern, welche die Tilgungen und Zinszahlungen bestimmter RMBS garantiert hatten. Obwohl die Vorwürfe in den einzelnen Klagen unterschiedlich ausfallen, erheben die Sammel- und die Einzelkläger grundsätzlich den Vorwurf, dass die Unterlagen zu den von verschiedenen RMBS-Verbriefungs-Trusts emittierten Wertchriften materielle Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten, wozu auch Aussagen zu den Zeichnungsbedingungen für die als Basiswert dienenden Hypothekendarlehen gehörten. Zudem behaupten bestimmte Monoline-Versicherer, dass Kredite zur Besicherung von ihrerseits versicherten RMBS gegen Zusagen und Garantien verstossen, die bei der Verbriefung bezüglich dieser Kredite gemacht wurden.

Die unten aufgeführten Beträge entsprechen nicht den effektiv realisierten Kosten der Kläger, die bis heute für Rechtsstreitigkeiten aufgelaufen sind oder erwartet werden. Vielmehr widerspiegeln diese Beträge die ursprünglich nicht gezahlten Kapitalbeträge, die in diesem Verfahren geltend gemacht werden, und enthalten keine Reduktionen der Kapitalbeträge seit der Ausgabe.

Sammelklagen

Bei sogenannten Sammelklagen gegen die CSS LLC in ihrer Eigenschaft als Emissionshaus für RMBS-Angebote anderer

Emittenten verfügt die CSS LLC in der Regel über vertraglich vereinbarte Schadensersatzansprüche gegenüber den betreffenden Emittenten. Einige dieser Emittenten bestehen allerdings inzwischen nicht mehr, so etwa mit IndyMac Bancorp (IndyMac) und Thornburg Mortgage (Thornburg) verbundene Gesellschaften. Im Zusammenhang mit IndyMac wird die CSS LLC in zwei angeblichen Sammelklagen im Namen der Käufer verschiedener Angebote von IndyMac als Beklagte aufgeführt. Diese Klagen sind beim SDNY hängig. In einer der Klagen, namentlich *In re IndyMac Mortgage-backed Securities Litigation*, wird die CSS LLC zusammen mit zahlreichen anderen Emissionshäusern und Einzelbeklagten im Zusammenhang mit IndyMac-Angeboten in Höhe von rund USD 9,8 Mia. genannt. Die CSS LLC fungierte bei Emission als ein Emissionshaus für rund 31% der RMBS von IndyMac, was einem Betrag von rund USD 3,0 Mia. entspricht. Ausserdem versuchen gewisse Anleger dem Verfahren beizutreten, um Ansprüche in Bezug auf zusätzliche RMBS-Angebote geltend zu machen, einschliesslich zweier von der CSS LLC gezeichneter RMBS-Angebote. Bei diesen beiden Angeboten zeichnete die CSS LLC RMBS mit einem Kapitalbetrag von insgesamt USD 912 Mio. Der District Court hat diese Interventionsanträge abgewiesen, und die vorgeschlagenen Intervenienten fechten nun diesen Entscheid an. In der zweiten Klage, namentlich *Tsereleti v. Residential Asset Securitization Trust 2006-A8*, ist die CSS LLC in ihrer Eigenschaft als Emissionshaus im Zusammenhang mit einem RMBS-Angebot von IndyMac in Höhe von USD 632 Mio., von dem die CSS LLC Zertifikate für USD 603 Mio. zeichnete, die einzige derartige Beklagte. Das zuständige Gericht hat Forderungen zu bestimmten RMBS-Verbriefungen abgewiesen; hierzu zählen unter anderem sämtliche Forderungen, bei denen kein namentlich genannter Käufer von Wertchriften als Kläger auftrat. In beiden Verfahren hat das Gericht die Grundlagen für behauptete Ansprüche im Zusammenhang mit anderen Angeboten eingegrenzt. In beiden Verfahren sind Beweisanträge eingereicht und die Kläger haben Anträge auf die Zulassung der Sammelklagen eingereicht. Im Zusammenhang mit Thornburg ist die CSS LLC namentlich als Beklagte in einer sogenannten Sammelklage genannt, die beim US District Court for the District of New Mexico hängig ist. Beklagt sind hier auch andere Finanzinstitute, die als Einleger und/oder Emissionshaus für RMBS-Angebote von Thornburg in Höhe von rund USD 5,5 Mia. fungierten. Die CSS LLC fungierte bei der Emission als ein Emissionshaus für rund 6,4% der RMBS von Thornburg, was einem Betrag von rund USD 354 Mio. entspricht. Der Antrag der Beklagten auf Abweisung der Klage wurde teilweise zugelassen, mit der Möglichkeit der erneuten Einreichung, und teilweise abgewiesen. Eine Sammelklage gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und Mitarbeitende, New

Jersey Carpenters Health Fund v. Home Equity Mortgage Trust 2006-5, ist beim SDNY hängig und bezieht sich auf ein einziges RMBS-Angebot in Höhe von USD 784 Mio., das von den Beklagten der Credit Suisse gesponsert und gezeichnet worden war. Dem Abweisungsantrag der Beklagten wurde teilweise im Hinblick auf Forderungen aus RMBS-Angeboten stattgegeben, bei denen kein namentlich genannter Kläger als Käufer auftrat; zudem wurden die Anspruchsgrundlagen für die weitere Behandlung der verbleibenden Forderungen eingegrenzt. Der SDNY hat die von den Klägern beantragte Zulassung als Sammelklage genehmigt.

Einzelklagen von Anlegern

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind zusammen mit weiteren Finanzinstituten bei anderen Klagen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emittenten von RMBS, Emissionshäuser und/oder anderweitig Beteiligte als Beklagte genannt. Hierbei handelt es sich um sieben verschiedene Einzelklagen seitens der Federal Home Loan Banks of Seattle, San Francisco, Chicago, Indianapolis und Boston in verschiedenen State Courts. Die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften beziehen sich auf rund USD 3,3 Mia. RMBS, die gesamthaft Klagegegenstand sind (rund 9% des Klagegegenstands von insgesamt USD 36 Mia. aus allen Klagen und koordinierten Verfahren). Die CSS LLC, und in einigen Fällen bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und Mitarbeitende, sind ausserdem zusammen mit anderen Finanzinstituten als Beklagte in folgenden Rechtsstreitigkeiten genannt: zwei Klagen seitens des Asset Management Fund und damit verbundener Gesellschaften beim Supreme Court for the State of New York, New York County (SCNY), bei denen sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 238 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 32% des Klagegegenstands von insgesamt USD 755 Mio. gegenüber allen Banken); zwei Klagen seitens der Cambridge Place Investment Management Inc. vor dem State Court von Massachusetts, bei denen sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 525 Mio. der fraglichen RMBS beziehen (rund 16% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 3,3 Mia.); eine Einzelklage seitens der The Charles Schwab Corporation vor dem State Court von Kalifornien, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf USD 125 Mio. der eingeklagten RMBS (rund 9% der USD 1,4 Mia. gegen alle Banken eingeklagten Wertschriften) beziehen; eine Klage seitens der HSH Nordbank AG und mit ihr verbundener Gesellschaften vor dem SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC auf rund USD 16 Mio. der eingeklag-

ten RMBS beziehen (rund 12% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 130 Mio.); zwei Klagen der Massachusetts Mutual Life Insurance Company vor dem Federal Court von Massachusetts, bei denen sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden auf rund USD 107 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 97% der bei allen Banken eingeklagten USD 110 Mio.); eine Klage seitens von Sealink Funding Limited beim SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf USD 20 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 2% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 949 Mio.); eine Klage gegen die CSS LLC seitens von Stichting Pensioenfonds ABP beim SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC auf einen nicht genannten Betrag der eingeklagten RMBS beziehen; zwei Klagen seitens von The Union Central Life Insurance Company und bestimmter mit ihr verbundener Gesellschaften beim SDNY, bei denen sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden auf rund USD 71 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 36% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 199 Mio.); eine Klage seitens des West Virginia Investment Management Board beim West Virginia State Court, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC auf rund USD 6 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 35% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 17 Mio.); sowie eine Klage seitens der Western & Southern Life Insurance Company und bestimmter mit ihr verbundener Gesellschaften beim Court of Common Pleas for Hamilton County, Ohio, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 259 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 94% der in den Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 276 Mio.). Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind als einzige Beklagte in folgenden Rechtsstreitigkeiten genannt: ein Verfahren seitens der Allstate Insurance Company vor dem SCNY im Zusammenhang mit rund USD 232 Mio. an eingeklagten RMBS und ein Verfahren seitens der IKB Deutsche Industriebank AG und bestimmter mit ihr verbundener Gesellschaften beim SCNY, das sich auf rund USD 240 Mio. an eingeklagten RMBS bezieht. Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und Mitarbeitende sind als einzige Beklagte in einer separaten Klage seitens von Stichting Pensioenfonds ABP beim SCNY genannt, die sich auf einen nicht genannten Betrag an eingeklagten RMBS bezieht. Im September 2011 reichte die Federal Housing Finance Agency (FHFA) als Konservator für Fannie Mae und Freddie Mac 17 separate Klagen gegen verschiedene führende Finanzinstitute ein, die sich auf

insgesamt mehr als USD 196 Mia. an eingeklagten RMBS bezogen. Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen und Mitarbeitende sind in einer solchen Klage vor dem SDNY als Beklagte genannt, die sich auf rund USD 14,1 Mia. an RMBS bezieht, die von Beklagten der Credit Suisse herausgegeben und/oder gezeichnet wurden. Die CSS LLC ist zudem in fünf der übrigen Klagen der FHFA, die im September 2011 eingereicht wurden und alle beim SDNY hängig sind, in ihrer Eigenschaft als Emissionshaus als Beklagte genannt. Diese Klagen gegen die CSS LLC beziehen sich auf rund USD 5,5 Mia. an eingeklagten RMBS (rund 11 % der in diesen Verfahren gegen alle Banken eingeklagten USD 51 Mia.). Jede dieser Rechtsstreitigkeiten befindet sich in einem frühen Verfahrensstadium. Eine Reihe weiterer Gesellschaften haben angedroht, im Zusammenhang mit verschiedenen hypothekbezogenen Angeboten Forderungen gegen die CSS LLC und/oder mit ihr verbundene Gesellschaften zu erheben, und die CSS LLC und mit ihr verbundene Gesellschaften haben mit einigen dieser Gesellschaften Vereinbarungen getroffen, um die entsprechenden Verjährungen zu hemmen.

Streitfälle mit Monoline-Versicherern

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind in drei hängigen Verfahren Beklagte, die alle von einem Monoline-Versicherer angestrengt wurden, welcher seinerseits Tilgungen und Zinszahlungen für insgesamt rund USD 1,5 Mia. an RMBS aus acht verschiedenen Emissionen mit der Credit Suisse als Sponsor gewährleistete. Eine von den Monoline-Versicherern vorgebrachte Theorie der Verbindlichkeit beinhaltet, dass eine verbundene Gesellschaft der CSS LLC betroffene Hypothekendarlehen von den entsprechenden Trusts zurückkaufen muss. Bis jetzt haben die Monoline-Versicherer Rückkauforderungen für Darlehen im ursprünglichen Gesamtbetrag von rund USD 2,3 Mia. erhoben. Diese Verfahren sind beim SCNY hängig. In beiden Verfahren behaupten die Kläger, dass die als Basiswert dienenden Hypothekendarlehen gegen bestimmte Zusagen und Garantien verstossen und dass die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die angeblich mangelhaften Darlehen nicht zurückgekauft hätten. In zwei der Verfahren, die von den Monoline-Versicherern Ambac Assurance Corp. und MBIA Insurance Corp. (MBIA) gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Unternehmen angestrengt wurden, macht der Kläger geltend, dass er in betrügerischer Weise zur Versicherungsdeckung dieser Wertschriften bewegt wurde. In diesen Verfahren wies das Gericht beide Forderungen der klägerischen Monoline-Versicherer, wonach sie in betrügerischer Weise zur Versicherungsdeckung bewegt worden seien, gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften ab. Die Kläger ersuchten jedoch das Gericht um Wiedererwägung. Am

7. Oktober 2011 reinstituierte das Gericht die Forderungen der klägerischen Monoline-Versicherer, wonach sie in betrügerischer Weise zur Versicherungsdeckung bewegt worden seien, gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften, setzte aber seine früheren Entscheide zur Abweisung der Begehren der Kläger um Verhandlung vor einem Geschworenengericht wieder in Kraft. Beweisverfahren in diesen Verfahren laufen derzeit. Das dritte Verfahren eines Monoline-Versicherers wurde am 17. Oktober 2011 durch Assured Guaranty Corp. angestrengt. Die CSS LLC sowie andere Emissionshäuser und Einzelpersonen sind ausserdem als Beklagte in einer am California State Court hängigen Klage seitens der MBIA genannt. Diese Klage bezieht sich auf rund USD 650 Mio. an von IndyMac ausgegebenen Wertschriften einschliesslich rund USD 98 Mio. an RMBS, bei denen die CSS LLC als ein Emissionshaus für eines von drei eingeklagten Angeboten fungierte und für welche MBIA finanzielle Garantien in Form von Versicherungen stellte. MBIA versteht sich als Rechtsnachfolger der Inhaber von RMBS und klagt auf Rückzahlung der Beträge, die der Versicherer bereits aufgrund der genannten Policen zu zahlen hatte oder in Zukunft zu zahlen hat. Derzeit laufen die Untersuchungen in diesem Verfahren.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Bankkrediten

Am 3. Januar 2010 wurden die Bank und weitere mit ihr verbundene Gesellschaften in einem von Hausbesitzern auf von den vier Immobilienentwicklern Tamarack Resort, Yellowstone Club, Lake Las Vegas und Ginn Sur Mer erschlossenen Grundstücken am US District Court for the District of Idaho angestregten Gerichtsverfahren als Beklagte aufgeführt. Die Bank arrangierte syndizierte Kredite für alle vier Immobilienentwickler und fungierte als Agent. Inzwischen sind oder waren alle vier Immobilienentwickler von Konkurs- oder Zwangsvollstreckungsverfahren betroffen. Die Kläger behaupten, dass die Bank und mit ihr verbundene Gesellschaften durch Anwendung einer nicht anerkannten Bewertungsmethode Betrug begingen, indem die Liegenschaftswerte übermässig hoch angesetzt wurden und die Kreditnehmer zu Ausleihungen veranlasst wurden, die sie nicht tilgen könnten. Dies aus dem Grund, dass die Bank samt den weiteren mit ihr verbundenen Unternehmen die Kreditnehmer in den Konkurs treiben und die Liegenschaften übernehmen wollten. Die von den Klägern ursprünglich behaupteten Anspruchsgrundlagen sind unter anderem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations (RICO, erpresserische und korrupte Organisationen), Betrug, fahrlässiges Verschweigen von Tatsachen, Verstoss gegen die Sorgfaltspflicht, unerlaubte Handlung und Verschwörung. Die Kläger streben den Status einer Sammelklage an und haben Schadenersatzforderungen in Höhe von USD 24

Mia. gestellt. Cushman & Wakefield, das mit der Schätzung der betreffenden Immobilien betraute Institut, zählt ebenfalls zu den Beklagten. Am 25. Januar 2010 wurde eine abgeänderte Klage gegen sämtliche Beklagten eingereicht, die den Kreis der Kläger um sechs weitere Hausbesitzer auf von denselben Gesellschaften erschlossenen Grundstücken erweiterte. Am 29. März 2010 beantragten die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die Abweisung der geänderten Klage in ihrer Gesamtheit. Die Bank und die in der Klage genannten mit ihr verbundenen Gesellschaften führten an, dass die Ansprüche ihnen gegenüber nichtig seien, da sie in keiner Beziehung zu den klagenden Hausbesitzern stünden und ihnen gegenüber keinerlei Zusicherungen betrügerischer oder anderer Art abgegeben hätten, so dass keine Rechtsgrundlage für die Forderungen der Kläger ihnen gegenüber bestehe. Die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften wendeten zudem ein, dass die Kläger die notwendigen Voraussetzungen für die behaupteten Ansprüche in der abgeänderten Klage nicht nachgewiesen hätten. Am 31. März 2011 wies das Gericht die RICO-Forderung definitiv ab und wies bestimmte andere Forderungen mit dem Recht auf erneutes Vorbringen ab. Eine dritte abgeänderte Klage wurde am 21. April 2011 mit der Ergänzung einer Forderung im Rahmen des Consumer Protection Act eingereicht. Am 5. Mai 2011 beantragten die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die Abweisung der geänderten Klage. Am 22. Juli 2011 beantragten zwei Bauunternehmen, dem Verfahren beitreten zu dürfen. Am 17. Februar 2012 veröffentlichte der Untersuchungsrichter einen Bericht und Empfehlungen zur Abweisung des Antrags auf Beitritt und zur Abweisung einiger der Klagen, während einige andere zugelassen wurden. Die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften haben am 5. März 2012 Einreden gegen die Empfehlungen erhoben und warten den Entscheid des District Court über die Annahme oder Abweisung der Empfehlungen ab.

Auction Rate Securities

CSS LLC beantwortet verschiedene Kundenanfragen und wehrt sich in Zivilprozessen und Schiedsverfahren der Financial Industry Regulatory Authority (FINRA) gegen behauptete Ansprüche im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Auction Rate Securities (ARS).

Im Februar 2008 zog ST Microelectronics (ST) die CSS LLC vor ein FINRA-Schiedsgericht im Zusammenhang mit dem Erwerb und Verkauf von ARS im Nennwert von USD 415 Mio. Die für ST handelnden Broker sind nicht mehr für die CSS LLC tätig; sie wurden inzwischen strafrechtlich verurteilt. Im Februar 2009 sprach das FINRA-Schiedsgericht ST einen Schadenersatz in Höhe von USD 406 Mio. als Gegenleistung für die Übernahme der ARS durch die CSS LLC zu. ST reichte

in der Folge beim SDNY eine Klage ein, um den Schiedsspruch zu bestätigen. Am 23. März 2010 wurde die Klage von ST gutgeheissen, am 30. August 2010 erging ein abgeändertes Urteil. Die CSS LLC ging beim Second Circuit in Berufung, das Urteil ist während des Berufungsverfahrens ausgesetzt. In einer separaten Klage beim US District Court for the Eastern District of New York (EDNY) gegen die Gruppe im Jahr 2008 machte ST Verstösse gegen die US-Wertschriften-gesetze und verschiedene zivilrechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit diesem ARS-Portfolio geltend. Die Gruppe hat einen Antrag auf Abweisung dieser Klage eingereicht. Am 16. März 2010 war der Antrag der Gruppe auf Abweisung der ursprünglichen Klage weiterhin hängig, als ST einen Antrag auf Zulassung einer abgeänderten Klage einreichte. Die Gruppe lehnte diesen Antrag ab. Das Gericht hörte die Gründe für den Antrag auf Klageabänderung am 19. April 2010 an. Am 31. März 2011 wies der EDNY den Antrag der Gruppe auf Abweisung der ursprünglichen Klage von ST, die Verstösse gegen die US-Wertschriftengesetze und verschiedene Verstösse gegen das bürgerliche Gesetzbuch im Zusammenhang mit dem ARS-Portfolio geltend machte, teilweise ab und hiess ihn teilweise gut. Es stimmte dem Antrag von ST zur Einreichung einer abgeänderten Klage im Verfahren zu. Am 2. Juni 2011 bestätigte der Second Circuit die Bestätigung des SDNY für das Schiedsurteil der FINRA gegen die CSS LLC (ausser dass der SDNY den Betrag des Urteils nicht mit USD 75 Mio., die ST aus dem Verkauf bestimmter ARS erhalten hatte, verrechnete und den Zinsbetrag, den die CSS LLC schuldete, nicht entsprechend reduzierte). Am 8. Juni 2011 einigten sich die CSS LLC, die Gruppe und ST in diesen Fällen auf einen Vergleich. Gemäss dem Vergleich zahlten die CSS LLC und die Gruppe ST USD 357 Mio. und erhielten die ARS-Positionen und den Zins auf dem CSS-LLC-Konto von ST per Vergleichsdatum. Praktisch der ganze Betrag des Vergleichs wurde durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Am 27. Mai 2009 legte Elbit Systems Ltd («Elbit») im Zusammenhang mit dem Ankauf von ARS eine Klage in Höhe von rund USD 16 Mio. gegen die Gruppe beim US District Court for the Northern District of Illinois ein. Dieser Fall wurde an den SDNY übertragen und die Gruppe stellte Antrag auf Klageabweisung wegen Nichtstellens einer Forderung und Sperrung aufgrund einer früheren Freigabe. Dieser Antrag auf Abweisung der Klage wegen Sperrung aufgrund einer früheren Freigabe wurde vorläufig abgelehnt, und das Gericht trug den Parteien auf, beschränkte Untersuchungen im Zusammenhang mit der Freigabe vorzunehmen. Die Parteien tauschten ihre Feststellungen in dieser Sache aus, und die Gruppe reichte einen Antrag auf ein summarisches Verfahren ein. Am 7. Februar 2012 wies der SDNY den Antrag der Gruppe auf ein summarisches Verfahren mit der Begründung ab, dass eine

echte Streitigkeit darüber bestehe, ob die Ansprüche von Elbit durch die frühere Freigabe gesperrt seien. Der SDNY hat über den Teil des Antrags der Gruppe zur Abweisung der Klage wegen fehlender Begründung der Forderung noch nicht entschieden.

Im April 2010 leitete Golden Minerals (die frühere Apex Silver) ein FINRA-Schiedsverfahren gegen die CSS LLC bezüglich angeblicher Schadenersatzforderungen in Höhe von rund USD 33 Mio. ein. Golden Minerals führte an, dass die CSS LLC das Unternehmen bezüglich der Art und Risiken ihrer Anlagen in ARS irregeführt habe. Zudem führte Golden Minerals an, dass die CSS LLC und die für das Unternehmen handelnden Broker ungeeignete Empfehlungen abgegeben und gegen die angeblichen Treuepflichten gegenüber dem Unternehmen verstossen hätten und dass die CSS LLC ihre Broker ungenügend beaufsichtigt habe. Die Forderungen von Golden Minerals beruhten zum Teil auf der strafrechtlichen Verurteilung der für sie handelnden Broker und der regulatorischen Einigung der CSS LLC im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS. Im August 2011 schlossen die CSS LLC und Golden Minerals einen Vergleich. Der Betrag des Vergleichs wurde durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Im September 2008 hat die CSS LLC zusammen mit vielen anderen Wall-Street-Instituten mit der New York Attorney General und der North American Securities Administrators Association Task Force einen Grundsatzvergleich erzielt, in dem die CSS LLC dem Rückkauf von ARS von Einzelanlegern in einem Nennwert von bis zu USD 550 Mio. zustimmte.

ADRs-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Am 21. April 2008 reichten einige Käufer von American Depository Receipts (ADRs) und Aktien beim SDNY eine sogenannte Sammelklage gegen die Gruppe und bestimmte Führungskräfte ein, indem sie sich auf Verstösse gegen Section 10(b) und 20(a) des Securities Exchange Act von 1934 und gegen Rule 10b-5 beriefen. Die Kläger dieser Sammelklage behaupteten, der Aktienkurs der Credit Suisse sei als Folge einer angeblich irreführenden Darstellung der Geschäfts- und Finanzergebnisse des Unternehmens künstlich in die Höhe getrieben worden. Eine zweite Sammelklage mit ähnlichen Vorwürfen wurde im Mai 2008 eingereicht. Diese Klagen wurden im Juni 2008 konsolidiert und sind Gegenstand einer revidierten Klage gegen die Gruppe und bestimmte Führungspersonen der Gruppe von Oktober 2008. Die Gruppe und die beklagten Führungspersonen reichten im Dezember 2008 einen Antrag auf Abweisung der geänderten Klage ein. Der SDNY gab diesem Antrag im Oktober 2009 statt und begründete diesen Beschluss mit der fehlenden Zuständigkeit in Bezug auf den Klagegegenstand. Im November 2009 reichten die Kläger einen Antrag auf Zulassung von Klageerweite-

rungen ein, den die Gruppe und die beklagten Führungspersonen ihrerseits angefochten haben. Am 11. Februar 2011 gab der SDNY dem Antrag der Kläger zum Teil statt und wies ihn zum Teil ab. Der SDNY befand, dass die Änderungsvorschläge der klagenden Käufer von ADRs und die US-amerikanischen klagenden Käufer von Aktien der Credit Suisse zulässig und weiterzuführen seien, nicht aber die Änderungsvorschläge der ausländischen Käufer von Aktien der Credit Suisse über ausländische Börsen. Im März 2010 reichten die verbliebenen Kläger ihre zweite abgeänderte Klage ein. Im Juli 2010 wies der SDNY (gestützt auf den Entscheid des US Supreme Court in Sachen Morrison v. National Australia Bank von Juli 2010) ferner die Klagen aller US-amerikanischen Käufer von Aktien der Credit Suisse über ausländische Börsen ab. Am 6. Januar 2011 einigten sich die Parteien nach entsprechender Mediation auf einen Grundsatzvergleich in dieser Angelegenheit. Am 7. März 2011 fertigten die Parteien die formellen Vergleichsunterlagen aus. Am 18. Juli 2011 genehmigte der SDNY den Vergleich definitiv und wies die Klage in ihrer Gesamtheit definitiv ab.

US-Wirtschaftssanktionen

Im Dezember 2009 gab die Bank bekannt, dass sie mit dem New York County District Attorney's Office, dem United States Department of Justice (DOJ), dem Board of Governors des Federal Reserve System (Fed), der Federal Reserve Bank von New York und dem Office of Foreign Assets Control (OFAC) einen Vergleich abgeschlossen habe. Der Vergleich bezieht sich auf eine Untersuchung zu US-Dollar-Zahlungen zwischen 2002 und April 2007 im Zusammenhang mit bestimmten Ländern (Kuba, Iran, Libyen, Burma und Sudan), gegen welche die USA Wirtschaftssanktionen verhängt hatten. Im Rahmen des Vergleichs hat die Bank Vereinbarungen über den Aufschub der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreements, DPAs), eine Unterlassungsanordnung (Cease and Desist Order, CDO) mit dem Fed sowie eine Vereinbarung mit dem OFAC erzielt und wird Zahlungen von insgesamt USD 536 Mio. leisten. Die entsprechenden Rückstellungen wurden im Jahr 2009 vorgenommen. Die DPAs wurden im Dezember 2011 und die CDO im März 2012 gekündigt. Die Credit Suisse hat alle ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich erfüllt und sämtliche Sanktionen wurden formell gekündigt und ausser Kraft gesetzt.

Steuerliche Angelegenheiten

Anfang 2010 leitete die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Deutschland, eine Untersuchung ein, die sich auf eventuelle Steuerhinterziehung von Kunden der Credit Suisse bezog und Mitarbeitenden der Credit Suisse Beihilfe zur Steuerhinterziehung vorwarf. Die Credit Suisse und die Düsseldorfer Staats-

anwaltschaft trafen eine Vereinbarung bezüglich der Verfahren gegen Mitarbeitende der Credit Suisse. Die entsprechenden Anträge wurden dem zuständigen Gericht in Düsseldorf vorgelegt und von diesem gutgeheissen. Die Credit Suisse bezahlte EUR 150 Mio. Das ganze Verfahren der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft wurde dadurch abgeschlossen.

Die Credit Suisse hat Vorladungen und Auskunftsersuchen des DOJ, der SEC und weiterer Behörden zu in der Vergangenheit erfolgten, grenzüberschreitenden Private-Banking-Dienstleistungen für in den USA ansässige Personen geleistet. US-Behörden untersuchen mögliche Verstösse gegen US-Steuer- und Wertpapiergesetze. Insbesondere untersucht das DOJ, ob US-Kunden gegen ihre US-Steuerpflichten verstossen haben und ob die Credit Suisse und bestimmte ihrer Mitarbeitenden entsprechenden Kunden geholfen haben. Die SEC untersucht, ob bestimmte unserer Kundenberater für die Credit Suisse oder die Kundenberater in der Schweiz eine Registrierungspflicht als Broker-Dealer oder Investment Advisor bei der SEC begründeten. Eine beschränkte Anzahl derzeitiger oder ehemaliger Mitarbeitender ist im Zusammenhang mit angeblicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch in den USA ansässige Personen während ihrer Tätigkeit für die Credit Suisse oder andere Finanzinstitute angeklagt worden und eine Person ist wegen angeblichen entsprechenden Verhaltens verhaftet worden. Die Credit Suisse hat vom DOJ einen «Target Letter» der Anklagejury erhalten. Wie uns bekannt ist, führen bestimmte US-Behörden auch Untersuchungen gegen andere schweizerische und nicht-US-amerikanische Finanzinstitute. Wir haben eine interne Untersuchung durchgeführt und arbeiten weiter mit den Behörden in den USA und der Schweiz zusammen, um diese Angelegen-

heit verantwortungsbewusst und in Übereinstimmung mit unseren rechtlichen Verpflichtungen zu lösen.

LIBOR-bezogene Angelegenheiten

Am 3. Februar 2012 leitete die schweizerische Wettbewerbskommission nach entsprechenden Untersuchungen der zuständigen Behörden in den USA und Grossbritannien eine Untersuchung ein, die zwölf Banken und bestimmte andere Finanzintermediäre, einschliesslich der Gruppe, betrifft wegen angeblichen Absprachen zwischen Händlern. Damit hätte die Geld-Brief-Spanne für Derivate, die an den für bestimmte Währungen festgelegten LIBOR- und TIBOR-Referenzzinssatz gebunden waren, beeinflusst werden sollen. Die Untersuchung bezieht sich auch auf angebliche Absprachen zur Festlegung dieser Referenzzinssätze. Die Credit Suisse gehört nicht zu den Panelbanken für den Yen LIBOR, Yen TIBOR oder Euroyen TIBOR. Die Credit Suisse kooperiert im Rahmen dieser Untersuchungen voll und ganz.

Angelegenheit der britischen Financial Services Authority

Am 25. Oktober 2011 gab die britische Financial Services Authority einen Vergleich mit der Credit Suisse (UK) Limited (CSUK) bekannt, der sich auf Erkenntnisse in Bezug auf die Angemessenheit von Systemen und Kontrollen bezüglich der Eignung des Verkaufs von nicht kapitalgeschützten Produkten in den Jahren 2007 bis 2009 bezog. Gemäss dem Vergleich erhielt die CSUK eine Geldstrafe von GBP 5,95 Mio. und muss eine Überprüfung der Verkäufe entsprechender Produkte im betreffenden Zeitraum durchführen, um deren Eignung festzustellen.

38 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Wesentliche Tochtergesellschaften

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
Per 31. Dezember 2011				
100	Credit Suisse AG	Zürich, Schweiz	CHF	4 399.7
100	BANK-now AG	Horgen, Schweiz	CHF	30.0
100	Credit Suisse Group Finance (U.S.) Inc.	Wilmington, USA	USD	600.0
100	CS LP Holding AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	Credit Suisse Trust AG	Zürich, Schweiz	CHF	5.0
100	Credit Suisse Trust Holdings Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	2.0
100	Inreska Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	3.0
100	Wincasa AG	Winterthur, Schweiz	CHF	1.5
100	Neue Aargauer Bank AG	Aarau, Schweiz	CHF	134.1
100	Clariden Leu Holding AG	Zürich, Schweiz	CHF	8.1
100	Clariden Leu AG	Zürich, Schweiz	CHF	50.0
100	Clariden Leu Financial Products (Guernsey) Ltd.	St. Peter Port, Guernsey	GBP	0.0
100	Clariden Leu Immobilien AG	Zürich, Schweiz	CHF	1.0
88	Savoy Hotel Baur en Ville AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.5
Credit Suisse AG				
100	AJP Cayman Ltd.	George Town, Cayman Islands	JPY	8 025.6
100	Banco Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	53.6
100	Banco Credit Suisse (México), S.A.	Mexico City, Mexiko	MXN	1 716.7
100	Banco de Investimentos Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	164.8
100	Boston Re Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	2.0
100	Casa de Bolsa Credit Suisse (México), S.A. de C.V.	Mexico City, Mexiko	MXN	274.1
100	CJSC Bank Credit Suisse (Moscow)	Moskau, Russland	USD	37.8
100	Column Financial, Inc.	Salt Lake City, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	34.1
100	Credit Suisse (Brasil) Distribuidora de Títulos e Valores Mobiliários S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	5.0
100	Credit Suisse (Brasil) S.A. Corretora de Títulos e Valores Mobiliários	São Paulo, Brasilien	BRL	98.4
100	Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft	Frankfurt, Deutschland	EUR	130.0
100	Credit Suisse (France)	Paris, Frankreich	EUR	52.9
100	Credit Suisse (Gibraltar) Limited	Gibraltar, Gibraltar	GBP	5.0
100	Credit Suisse (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	6.1
100	Credit Suisse (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	3 809.9
100	Credit Suisse (Italy) S.p.A.	Mailand, Italien	EUR	109.6
100 ¹	Credit Suisse (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	43.0
100	Credit Suisse (Monaco) S.A.M.	Monte Carlo, Monaco	EUR	12.0
100	Credit Suisse (Singapore) Limited	Singapur, Singapur	SGD	621.3
100	Credit Suisse (UK) Limited	London, Grossbritannien	GBP	126.8
100 ²	Credit Suisse (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Asset Management (UK) Holding Limited	London, Grossbritannien	GBP	144.2
100	Credit Suisse Fund Services (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	1.5
100	Credit Suisse Asset Management Funds (UK) Limited	London, Grossbritannien	GBP	15.5
100	Credit Suisse Funds AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.0
100	Credit Suisse Asset Management Funds S.p.A. S.G.R.	Mailand, Italien	EUR	5.0

Wesentliche Tochtergesellschaften (Fortsetzung)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
100	Credit Suisse Holding Europe (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	32.6
100	Credit Suisse Asset Management Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt, Deutschland	EUR	6.1
100	Credit Suisse Asset Management International Holding Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	20.0
100	Credit Suisse Asset Management Investments Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
100	Credit Suisse Asset Management Limited	London, Grossbritannien	GBP	45.0
100	Credit Suisse Asset Management, LLC	Wilmington, USA	USD	1 064.7
100	Credit Suisse Capital (Guernsey) I Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.0
100	Credit Suisse Capital Funding, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Capital LLC	Wilmington, USA	USD	737.6
100	Credit Suisse Energy LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Equities (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	62.5
100	Credit Suisse Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.2
100	Credit Suisse Finance (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	1 050.1
100	Credit Suisse First Boston (Latin America Holdings) LLC	George Town, Cayman Islands	USD	23.8
100	Credit Suisse First Boston Finance B.V.	Amsterdam, Niederlande	EUR	0.0
100	Credit Suisse First Boston Mortgage Capital LLC	Wilmington, USA	USD	349.5
100	Credit Suisse Fund Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	0.3
100	Credit Suisse Holdings (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	3.0
100	Credit Suisse Holdings (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	4 185.6
100 ³	Credit Suisse International	London, Grossbritannien	USD	4 389.6
100	Credit Suisse Leasing 92A, L.P.	New York, USA	USD	75.6
100	Credit Suisse Life & Pensions AG	Vaduz, Liechtenstein	CHF	15.0
100	Credit Suisse Life (Bermuda) Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	1.0
100	Credit Suisse Loan Funding LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Management LLC	Wilmington, USA	USD	894.5
100	Credit Suisse Principal Investments Limited	George Town, Cayman Islands	JPY	3 324.0
100	Credit Suisse Private Equity, LLC	Wilmington, USA	USD	42.2
100	Credit Suisse PSL GmbH	Zürich, Schweiz	CHF	0.0
100	Credit Suisse Securities (Canada), Inc.	Toronto, Kanada	CAD	3.4
100	Credit Suisse Securities (Europe) Limited	London, Grossbritannien	USD	4 277.3
100	Credit Suisse Securities (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	530.9
100	Credit Suisse Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	2 214.8
100	Credit Suisse Securities (Japan) Limited	Tokio, Japan	JPY	78 100.0
100	Credit Suisse Securities (Johannesburg) (Proprietary) Limited	Johannesburg, Südafrika	ZAR	0.0
100	Credit Suisse Securities (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur, Malaysia	MYR	100.0
100	Credit Suisse Securities (Moscow)	Moskau, Russland	RUB	97.1
100	Credit Suisse Securities (Singapore) Pte Limited	Singapur, Singapur	SGD	30.0
100	Credit Suisse Securities (Thailand) Limited	Bangkok, Thailand	THB	500.0
100	Credit Suisse Securities (USA) LLC	Wilmington, USA	USD	3 837.8
100	CS Non-Traditional Products Ltd.	Nassau, Bahamas	USD	0.1
100	DLJ Capital Corporation	Wilmington, USA	USD	4.0

Wesentliche Tochtergesellschaften (Fortsetzung)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
100	DLJ Mortgage Capital, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	J O Hambro Investment Management Limited	London, Grossbritannien	GBP	0.0
100	Merban Equity AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	SPS Holding Corporation	Wilmington, USA	USD	0.1
100	Whist Equity Trading LLC	Wilmington, USA	USD	140.4
99	PT Credit Suisse Securities Indonesia	Jakarta, Indonesien	IDR	235 000.0
83	Asset Management Finance LLC	Wilmington, USA	USD	341.6
71	Credit Suisse Saudi Arabia	Riad, Saudi-Arabien	SAR	300.0
60	Credit Suisse (Qatar) LLC	Doha, Katar	USD	10.0
50 ⁴	Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	49.2

¹ 58% im Eigentum der Credit Suisse AG. ² 43% der Stimmrechte durch Credit Suisse Group AG, Filiale Guernsey, gehalten. ³ 80% der Stimmrechte und 94% des Kapitalanteils durch Credit Suisse AG gehalten. ⁴ Kontrollierende Beteiligung.

Wesentliche Beteiligungen (bewertet nach der Equity-Methode)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil
Per 31. Dezember 2011		
100 ¹	Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey
50	Swisscard AECS AG	Horgen, Schweiz
25	SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH	Frankfurt, Deutschland
Credit Suisse AG		
33	Credit Suisse Founder Securities Limited	Peking, China
25	E.L. & C. Baillieu Stockbroking (Holdings) Pty Ltd	Melbourne, Australien
25	ICBC Credit Suisse Asset Management Co., Ltd.	Peking, China
20 ²	Aberdeen Asset Management PLC	Aberdeen, Grossbritannien
5 ³	York Capital Management	New York, USA

¹ Unter US GAAP dekonsolidiert, da die Gruppe nicht die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist. ² Im Februar 2012 verkaufte die Gruppe eine 10%-Beteiligung an der Gesellschaft Aberdeen. ³ Die Gruppe hält eine wesentliche Minderheitsbeteiligung.

39 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften

Sowohl die Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited als auch die Credit Suisse Group (Guernsey) III Limited, die beide in Guernsey registrierte Aktiengesellschaften ohne abgeteiltes Sondervermögen (non-cellular company limited by shares) sind, können bedingte Wandlungspapiere ausgeben, die vollumfänglich und bedingungslos von der Gruppe garantiert werden. Die Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited und die Credit Suisse Group (Guernsey) III Limited sind hundertprozentige Finanztochtergesellschaften der Gruppe. Für einige Tochtergesellschaften der Gruppe gelten verschiedene rechtliche und regulatorische Vorschriften, wie das Bestehen eines Solvenztests nach dem Recht von Guernsey, die ihre Fähigkeit einschränken, Dividenden zu zahlen bzw. Ausschüttungen vorzunehmen oder der Gruppe Darlehen und Bevorschussungen zu gewähren.

Am 26. März 2007 gaben die Gruppe und die Bank vollständige, bedingungslose und mehrfache Garantien für die ausstehenden SEC-registrierten Schuldtitel der Credit Suisse (USA), Inc. aus. Falls die Credit Suisse (USA), Inc. beliebigen Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu diesen Schuldtiteln nicht fristgerecht nachkommt, sind die Inhaber solcher Schuldtitel gemäss diesen Garantien berechtigt, die Zahlungen direkt und ohne vorgängiges Verfahren gegen die Credit Suisse (USA), Inc. entweder bei der Gruppe oder der Bank einzufordern. Die Garantie der Gruppe hat gegenüber vorrangigen Verbindlichkeiten nachrangige Stellung. Die Credit Suisse (USA), Inc. ist eine indirekte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Die folgenden Tabellen enthalten die zusammengefassten, konsolidierenden Finanzinformationen für die Credit Suisse (USA), Inc., die Bank und die Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendenertrag	7 501	14 755	22 256	161	585	23 002
Zinsaufwand	(4 670)	(11 770)	(16 440)	(153)	24	(16 569)
Zinserfolg	2 831	2 985	5 816	8	609	6 433
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 509	8 455	11 964	9	979	12 952
Handelserfolg	(1 673)	6 429	4 756	1	263	5 020
Sonstiger Ertrag	1 267	498	1 765	1 888 ²	(1 833)	1 820
Nettoertrag	5 934	18 367	24 301	1 906	18	26 225
Rückstellung für Kreditrisiken	7	90	97	0	90	187
Personalaufwand	3 736	9 047	12 783	80	350	13 213
Sachaufwand	1 674	5 540	7 214	(135)	293	7 372
Kommissionsaufwand	267	1 578	1 845	1	146	1 992
Total sonstiger Geschäftsaufwand	1 941	7 118	9 059	(134)	439	9 364
Total Geschäftsaufwand	5 677	16 165	21 842	(54)	789	22 577
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	250	2 112	2 362	1 960	(861)	3 461
Ertragsteueraufwand	(288)	721	433	7	231	671
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	538	1 391	1 929	1 953	(1 092)	2 790
Reingewinn/(-verlust)	538	1 391	1 929	1 953	(1 092)	2 790
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	734	167	901	0	(64)	837
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	(196)	1 224	1 028	1 953	(1 028)	1 953
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	(196)	1 224	1 028	1 953	(1 028)	1 953

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Dividendenertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften (CHF 320 Mio. und CHF 30 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften) und Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochterge- sellschaften ¹	Bank	Konzern- oberge- sellschaft der Gruppe	Sonstige Tochterge- sellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividenertrag	8 897	15 928	24 825	209	499	25 533
Zinsaufwand	(5 454)	(13 344)	(18 798)	(203)	9	(18 992)
Zinserfolg	3 443	2 584	6 027	6	508	6 541
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	4 403	8 719	13 122	9	947	14 078
Handelserfolg	667	8 405	9 072	0	266	9 338
Sonstiger Ertrag	1 081	296	1 377	4 982 ²	(4 930)	1 429
Nettoertrag	9 594	20 004	29 598	4 997	(3 209)	31 386
Rückstellung für Kreditrisiken	13	(137)	(124)	0	45	(79)
Personalaufwand	4 177	10 195	14 372	90	137	14 599
Sachaufwand	1 883	5 205	7 088	(196)	339	7 231
Kommissionsaufwand	307	1 684	1 991	3	154	2 148
Total sonstiger Geschäftsaufwand	2 190	6 889	9 079	(193)	493	9 379
Total Geschäftsaufwand	6 367	17 084	23 451	(103)	630	23 978
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 214	3 057	6 271	5 100	(3 884)	7 487
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	952	306	1 258	2	288	1 548
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 262	2 751	5 013	5 098	(4 172)	5 939
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	0	(19)	(19)	0	0	(19)
Reingewinn/(-verlust)	2 262	2 732	4 994	5 098	(4 172)	5 920
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	592	210	802	0	20	822
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 670	2 522	4 192	5 098	(4 192)	5 098
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 670	2 541	4 211	5 098	(4 192)	5 117
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	(19)	0	0	(19)

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Dividendertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften (CHF 3 299 Mio. und CHF 33 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften) und Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2009	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	8 947	15 575	24 522	256	510	25 288
Zinsaufwand	(4 949)	(13 204)	(18 153)	(250)	6	(18 397)
Zinserfolg	3 998	2 371	6 369	6	516	6 891
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 548	9 222	12 770	10	970	13 750
Handelserfolg	2 956	9 208	12 164	0	(13)	12 151
Sonstiger Ertrag	(836)	1 526	690	6 707 ²	(6 895)	502
Nettoertrag	9 666	22 327	31 993	6 723	(5 422)	33 294
Rückstellung für Kreditrisiken	24	436	460	0	46	506
Personalaufwand	4 613	10 093	14 706	31	276	15 013
Sachaufwand	1 981	5 641	7 622	(19)	98	7 701
Kommissionsaufwand	356	1 492	1 848	0	149	1 997
Total sonstiger Geschäftsaufwand	2 337	7 133	9 470	(19)	247	9 698
Total Geschäftsaufwand	6 950	17 226	24 176	12	523	24 711
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 692	4 665	7 357	6 711	(5 991)	8 077
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	1 403	391	1 794	(13)	54	1 835
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 289	4 274	5 563	6 724	(6 045)	6 242
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	0	169	169	0	0	169
Reingewinn/(-verlust)	1 289	4 443	5 732	6 724	(6 045)	6 411
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	(858)	161	(697)	0	384	(313)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	2 147	4 282	6 429	6 724	(6 429)	6 724
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 147	4 113	6 260	6 724	(6 429)	6 555
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	169	169	0	0	169

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Dividendertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften (CHF 142 Mio. und CHF 33 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften) und Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz

Ende 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochterge- sellschaften ¹	Bank	Konzern- oberge- sellschaft der Gruppe	Sonstige Tochterge- sellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	3 698	106 569	110 267	13	293	110 573
Zinstragende Einlagen bei Banken	87	5 635	5 722	0	(3 450)	2 272
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	153 625	82 862	236 487	0	476	236 963
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	34 189	(4 066)	30 123	0	68	30 191
Handelsbestände	91 458	184 616	276 074	0	3 479	279 553
Anlagen in Wertschriften	0	3 513	3 513	0	1 647	5 160
Sonstige Anlagen	6 719	6 160	12 879	34 137	(33 790)	13 226
Ausleihungen, netto	24 658	187 613	212 271	5 603	15 539	233 413
Liegenschaften und Einrichtungen	1 110	5 590	6 700	0	493	7 193
Goodwill	597	6 859	7 456	0	1 135	8 591
Sonstige immaterielle Werte	112	168	280	0	8	288
Forderungen aus Kundenhandel	17 951	25 493	43 444	0	2	43 446
Sonstige Aktiven	16 114	61 845	77 959	190	147	78 296
Total Aktiven	350 318	672 857	1 023 175	39 943	(13 953)	1 049 165
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	92	51 392	51 484	4 697	(16 034)	40 147
Kundeneinlagen	0	287 699	287 699	0	25 702	313 401
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	151 655	24 904	176 559	0	0	176 559
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	34 189	(4 066)	30 123	0	68	30 191
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	29 291	97 407	126 698	0	1 062	127 760
Kurzfristige Geldaufnahmen	15 881	8 762	24 643	0	1 473	26 116
Langfristige Verbindlichkeiten	40 029	119 378	159 407	1 444	1 804	162 655
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	47 847	20 328	68 175	0	(141)	68 034
Sonstige Verbindlichkeiten	10 124	51 813	61 937	128	1 152	63 217
Total Verbindlichkeiten	329 108	657 617	986 725	6 269	15 086	1 008 080
Total Eigenkapital der Aktionäre	16 979	10 523	27 502	33 674	(27 502)	33 674
Minderheitsanteile	4 231	4 717	8 948	0	(1 537)	7 411
Total Eigenkapital	21 210	15 240	36 450	33 674	(29 039)	41 085
Total Passiven	350 318	672 857	1 023 175	39 943	(13 953)	1 049 165

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

Ende 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	5 133	59 898	65 031	18	418	65 467
Zinstragende Einlagen bei Banken	85	4 372	4 457	0	(2 933)	1 524
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	132 338	88 370	220 708	0	(265)	220 443
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	45 251	(3 151)	42 100	0	47	42 147
Handelsbestände	101 913	219 343	321 256	0	3 448	324 704
Anlagen in Wertschriften	0	6 331	6 331	0	2 066	8 397
Sonstige Anlagen	7 878	8 177	16 055	34 611	(34 184)	16 482
Ausleihungen, netto	31 243	169 505	200 748	6 733	11 361	218 842
Liegenschaften und Einrichtungen	1 003	5 217	6 220	0	505	6 725
Goodwill	595	6 855	7 450	0	1 135	8 585
Sonstige immaterielle Werte	89	215	304	0	8	312
Forderungen aus Kundenhandel	15 745	23 028	38 773	0	(4)	38 769
Sonstige Aktiven	13 414	65 891	79 305	266	14	79 585
Zur Veräußerung gehaltene Aktiven aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	23	23	0	0	23
Total Aktiven	354 687	654 074	1 008 761	41 628	(18 384)	1 032 005
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	120	47 555	47 675	6 210	(16 392)	37 493
Kundeneinlagen	0	263 767	263 767	0	23 797	287 564
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	120 189	48 205	168 394	0	0	168 394
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	45 251	(3 151)	42 100	0	47	42 147
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	28 589	105 348	133 937	0	60	133 997
Kurzfristige Geldaufnahmen	38 717	(19 201)	19 516	0	2 167	21 683
Langfristige Verbindlichkeiten	41 984	129 156	171 140	1 989	623	173 752
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	44 791	17 071	61 862	0	(116)	61 746
Sonstige Verbindlichkeiten	11 139	50 067	61 206	147	861	62 214
Total Verbindlichkeiten	330 780	638 817	969 597	8 346	11 047	988 990
Total Eigenkapital der Aktionäre	18 183	9 600	27 783	33 282	(27 783)	33 282
Minderheitsanteile	5 724	5 657	11 381	0	(1 648)	9 733
Total Eigenkapital	23 907	15 257	39 164	33 282	(29 431)	43 015
Total Passiven	354 687	654 074	1 008 761	41 628	(18 384)	1 032 005

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	11 109	25 498	36 607	431²	1 592	38 630
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(1)	(1 313)	(1 314)	0	582	(732)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(19 677)	5 197	(14 480)	0	(741)	(15 221)
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(196)	(196)	0	(1 346)	(1 542)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	2 118	2 118	0	0	2 118
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	705	705	0	1 757	2 462
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	10	(1 419)	(1 409)	(101)	(272)	(1 782)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	4 269	2 055	6 324	9	451	6 784
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	6 326	(20 460)	(14 134)	547	(3 655)	(17 242)
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	689	689	0	0	689
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(477)	(1 225)	(1 702)	0	(37)	(1 739)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	11	11	0	0	11
Sonstige, netto	3	117	120	0	102	222
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(9 547)	(13 721)	(23 268)	455	(3 159)	(25 972)
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(27)	27 164	27 137	(1 514)	2 312	27 935
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	(21 783)	26 537	4 754	0	(656)	4 098
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	29 310	(22 128)	7 182	0	0	7 182
Ausgabe langfristiger Verbindlichkeiten	3 395	29 136	32 531	10	1 693	34 234
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(9 974)	(26 078)	(36 052)	(489)	(586)	(37 127)
Ausgabe von Stammaktien	44	(46)	(2)	1 129	0	1 127
Verkauf eigener Aktien	0	615	615	550	10 688	11 853
Rückkauf eigener Aktien	0	(612)	(612)	(201)	(10 977)	(11 790)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	0	(285)	(285)	(1 560)	(103)	(1 948)
Sonstige, netto	(3 897)	1 138	(2 759)	617	(366)	(2 508)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(2 932)	35 441	32 509	(1 458)	2 005	33 056
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(65)	(572)	(637)	567	(563)	(633)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche	0	25	25	0	0	25
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	(1 435)	46 671	45 236	(5)	(125)	45 106
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	5 133	59 898	65 031	18	418	65 467
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	3 698	106 569	110 267	13	293	110 573

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividenertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	26 915	(18 352)	8 563	3 577²	(3 912)	8 228
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	4 967	(7 119)	(2 152)	0	2 054	(98)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(9 985)	(18 919)	(28 904)	0	1 386	(27 518)
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(241)	(241)	0	(2 511)	(2 752)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	988	988	0	0	988
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	1 312	1 312	29	2 407	3 748
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(263)	(1 102)	(1 365)	(68)	(241)	(1 674)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	847	1 304	2 151	5	311	2 467
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	98	6 394	6 492	715	(3 237)	3 970
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	817	817	0	0	817
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(510)	(1 157)	(1 667)	0	(22)	(1 689)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	17	17	0	0	17
Sonstige, netto	68	181	249	0	26	275
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(4 778)	(17 525)	(22 303)	681	173	(21 449)
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(12)	27 302	27 290	(1 767)	868	26 391
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	5 953	4 158	10 111	0	823	10 934
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(16 158)	9 161	(6 997)	0	(100)	(7 097)
Ausgabe langfristiger Verbindlichkeiten	497	54 482	54 979	0	2 931	57 910
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(6 343)	(42 588)	(48 931)	(465)	(1 994)	(51 390)
Ausgabe von Stammaktien	0	1 567	1 567	32	(1 590)	9
Verkauf eigener Aktien	0	2 082	2 082	39	22 628	24 749
Rückkauf eigener Aktien	0	(1 623)	(1 623)	(2 103)	(23 120)	(26 846)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	0	(3 305)	(3 305)	(2 378)	2 883	(2 800)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	478	130	608	0	7	615
Sonstige, netto	(2 850)	(486)	(3 336)	2 395	1 494	553
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(18 435)	50 880	32 445	(4 247)	4 830	33 028
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(558)	(5 609)	(6 167)	(4)	16	(6 155)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgegebener Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgegebener Geschäftsbereiche	0	(42)	(42)	0	0	(42)
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	3 144	9 352	12 496	7	1 107	13 610
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	1 989	50 546	52 535	11	(689)	51 857
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	5 133	59 898	65 031	18	418	65 467

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividenertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2009	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(29 040)	16 834	(12 206)	305²	(2 285)	(14 186)
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	9 620	(8 036)	1 584	(1 038)	180	726
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	55 753	(245)	55 508	0	(1 105)	54 403
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(67)	(67)	0	(2 122)	(2 189)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	331	560	891	0	0	891
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	2 209	2 209	0	2 249	4 458
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(1 036)	(925)	(1 961)	(10)	64	(1 907)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	610	1 309	1 919	0	(209)	1 710
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	(12 266)	15 956	3 690	588	(112)	4 166
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	992	992	0	0	992
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(287)	(1 087)	(1 374)	0	(13)	(1 387)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	3	3	0	0	3
Sonstige, netto	(8)	177	169	(5)	41	205
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	52 717	10 846	63 563	(465)	(1 027)	62 071
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(188)	(30 139)	(30 327)	(60)	1 297	(29 090)
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	15 675	(12 416)	3 259	0	839	4 098
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(38 671)	(8 683)	(47 354)	0	700	(46 654)
Ausgabe langfristiger Verbindlichkeiten	9 046	52 421	61 467	56	1 306	62 829
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(9 452)	(61 609)	(71 061)	(500)	(911)	(72 472)
Ausgabe von Stammaktien	0	(13)	(13)	29	1	17
Verkauf eigener Aktien	0	1 695	1 695	752	15 210	17 657
Rückkauf eigener Aktien	0	(2 150)	(2 150)	(2 531)	(14 338)	(19 019)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	(32)	(225)	(257)	(111)	(7)	(375)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	181	181	0	(1)	180
Sonstige, netto	(640)	(2 988)	(3 628)	1 485	63	(2 080)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(24 262)	(63 926)	(88 188)	(880)	4 159	(84 909)
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(64)	(1 091)	(1 155)	1 037	(1 036)	(1 154)
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	(649)	(37 337)	(37 986)	(3)	(189)	(38 178)
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	2 638	87 883	90 521	14	(500)	90 036
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	1 989	50 546	52 535	11	(689)	51 857

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividenertrag von Beteiligungen an Gruppengesellschaften.

40 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für zusammengefasste Finanzinformationen zur Holdinggesellschaft der Credit Suisse Group.

41 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)

Die konsolidierte Jahresrechnung der Gruppe wurde in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (US GAAP) erstellt.

Die FINMA verlangt von in der Schweiz domizilierten Banken, welche ihre Jahresrechnung entweder nach US GAAP oder nach International Financial Reporting Standards (IFRS) abschliessen, wesentliche Differenzen zwischen Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip) und dem angewandten Rechnungslegungsstandard zu erläutern.

Die wichtigsten Bestimmungen der Bankenverordnung und das FINMA-Rundschreiben 2008/2 «Rechnungslegung – Banken», welches die Finanzberichterstattung von Banken regelt (Swiss GAAP), unterscheiden sich in gewissen Aspekten von US GAAP. Im Folgenden werden die wichtigsten Unterschiede aufgeführt:

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» für eine detaillierte Beschreibung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der Gruppe.

Konsolidierungskreis

Nach US GAAP konsolidiert die Gruppe gewisse Beteiligungen nicht, die Vorzugspapiere mit Rückgaberecht ausgeben. Nach Swiss GAAP werden diese Beteiligungen weiterhin konsolidiert, da die Gruppe 100% der Stimmrechte hält.

Nach Swiss GAAP werden Mehrheitsbeteiligungen, bei welchen es sich nicht um langfristige Anlagen handelt oder welche ausserhalb des Kerngeschäfts der Gruppe tätig sind, als Finanzanlagen oder als nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen erfasst. Die Rechnungslegung nach US GAAP sieht für die Konsolidierung von Mehrheitsbeteiligungen keine entsprechende Ausnahme vor.

Fair-Value-Option

Im Gegensatz zu US GAAP erlaubt Swiss GAAP das Konzept der Fair-Value-Option, welches die Wahl eines alternativen Bewertungsansatzes für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten ausserhalb der Handelsbestände, Garantien und Verpflichtungen ermöglicht, grundsätzlich nicht. Die Fair-

Value-Option erlaubt die Verwendung des Fair Value bei der erstmaligen und nachfolgenden Bewertung, wobei Fair-Value-Änderungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei ausgegebenen strukturierten Produkten, die eigene Schuldverschreibungen einschliessen und gewissen restriktiven Bedingungen genügen, erfolgt die Bewertung zum Fair Value auf Ebene der Einzelposition. Die entsprechenden Fair-Value-Änderungen sowohl des eingebetteten Derivats als auch des Basisvertrags werden im Handelserfolg erfasst, sofern es sich nicht um Fair-Value-Anpassungen im Zusammenhang mit der eigenen Schuldnerbonität handelt, die nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden können.

Sonstige ausgegebene strukturierte Produkte, die nicht unter die Auslegung fallen oder bei welchen die Fair-Value-Bilanzierung nach Swiss GAAP nicht gewählt wurde, für die aber nach US GAAP die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden unter Swiss GAAP weiterhin abgetrennt. Dies bedeutet, dass das eingebettete Derivat zum Fair Value und der Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten erfasst werden.

Sonstige zum Fair Value bewertete Anlagen ausserhalb des Handelsbestandes

Nach US GAAP werden alle Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights) sowie die meisten erworbenen Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts) der Gruppe zum Fair Value erfasst. Wertveränderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Nach Swiss GAAP werden Hypothekenverwaltungsrechte und erworbene Lebensversicherungspolizen nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Abschreibung des Goodwills

Nach US GAAP wird der Goodwill nicht abgeschrieben, sondern ist jährlich oder häufiger, sofern Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auf Werthaltigkeit zu überprüfen.

Nach Swiss GAAP wird der Goodwill über seine Nutzungsdauer abgeschrieben – normalerweise nicht über mehr als fünf Jahre, ausser in gerechtfertigten Fällen, in welchen eine Nutzungsdauer von bis zu 20 Jahren zulässig ist. Im Weiteren wird der Goodwill auf zusätzliche Wertberichtigungen überprüft.

Immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer

Nach US GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer nicht amortisiert, sondern jährlich oder häufiger, sofern Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auf Werthaltigkeit überprüft.

Nach Swiss GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer über maximal fünf Jahre amortisiert. Im Weiteren werden diese Werte auf zusätzliche Wertberichtigungen überprüft.

Vorsorgeverpflichtungen

Für die Ermittlung der Leistungsverpflichtungen nach US GAAP werden die Verbindlichkeiten und die dazugehörigen Aufwendungen basierend auf der versicherungsmathematischen «Projected Unit Credit»-Methode berechnet.

Nach Swiss GAAP werden die Verbindlichkeiten und der dazugehörige Vorsorgeaufwand in erster Linie aufgrund der Bewertung des Vorsorgeplans gemäss Swiss GAAP FER 26 erfasst. Ein Vorsorgeguthaben wird verbucht, wenn eine statutarische Überdeckung eines Vorsorgeplans in Zukunft zu einem wirtschaftlichen Nutzen führt. Eine Vorsorgeverbindlichkeit wird verbucht, wenn eine statutarische Unterdeckung in Zukunft zu wirtschaftlichen Verpflichtungen führt. Zum Vorsorgeaufwand gehören die in der Schweiz gesetzlich geregelten Beiträge, sämtliche weiteren, durch den Stiftungsrat der Vorsorgeeinrichtung vorgeschriebenen Beiträge sowie jede Wertveränderung des Vorsorgeguthabens beziehungsweise der Vorsorgeverbindlichkeit zwischen zwei Bewertungsstichtagen gemäss der jährlich durchgeführten Jahresendbewertung des Vorsorgeplans.

Veräusserung von Finanzinstrumenten bilanziert zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten

Nach US GAAP werden Gewinne oder Verluste aus Veräusserung oder vorzeitigem Rückkauf von Finanzinstrumenten unmittelbar in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Nach Swiss GAAP werden Gewinne oder Verluste aus Veräusserung oder vorzeitigem Rückkauf zinsbezogener, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierter Finanzinstrumente über die verbleibende ursprüngliche Laufzeit des Finanzinstruments abgegrenzt.

Anlagen in Immobilien

Nach US GAAP werden Anlagen in Immobilien zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertberichtigungen bewertet.

Gemäss Swiss GAAP werden Anlagen in Immobilien, welche die Gruppe langfristig halten will, ebenfalls zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und sonstiger nicht als vorübergehend eingestufte Wertberichtigungen bewertet. Beabsichtigt die Gruppe jedoch nicht, die Immobilien langfristig zu halten, werden sie nach dem Niederstwertprinzip erfasst.

Anlagen in Wertschriften

Zur Veräusserung verfügbare Wertschriften

Nach US GAAP werden Wertschriften, welche zur Veräusserung verfügbar sind, zum Fair Value bewertet. Unrealisierte Gewinne und Verluste (einschliesslich Fremdwährungseinflüssen) aus Fair-Value-Schwankungen werden nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung, sondern, bereinigt um die Steuern, als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Eine Wertberichtigung wird erfolgswirksam erfasst, wenn der Rückgang des Fair Value unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung erfolgt. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden weiter in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die neue Kostenbasis wird bei künftigen Wertaufholungen nicht mehr verändert.

Nach Swiss GAAP werden Wertverluste und Wertaufholungen aufgrund von Marktschwankungen von zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften gemäss dem Niederstwertprinzip im sonstigen ordentlichen Aufwand beziehungsweise Ertrag erfasst. Währungsgewinne und -verluste werden im Handelserfolg verbucht.

Nicht marktgängige Beteiligungspapiere werden nach US GAAP zu Anschaffungskosten abzüglich nicht als vorübergehend eingeschätzter Wertberichtigungen oder zum Fair Value bewertet, während unter Swiss GAAP nicht marktgängige Beteiligungspapiere nach dem Niederstwertprinzip erfasst werden.

Wertberichtigungen für bis zur Fälligkeit gehaltene Wertschriften

Nach US GAAP werden Fair-Value-Rückgänge unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung in der konsolidierten Erfolgsrechnung als Wertberichtigung verbucht. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste

zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die Wertberichtigung kann in zukünftigen Perioden nicht rückgängig gemacht werden.

Nach Swiss GAAP werden alle Wertberichtigungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Wertberichtigungen auf Wertschriften, die bis zur Fälligkeit gehalten werden, werden bis zum Betrag des Anschaffungswertes aufgelöst, wenn sich der Fair Value des Instruments später erholt. Eine Wertaufholung wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Handelsbestände

Sowohl nach US GAAP als auch nach Swiss GAAP werden im Handelsportfolio klassierte Positionen zum Fair Value bewertet. Nach US GAAP basiert diese Klassierung auf der Verwendungsabsicht des Managements bezüglich des entsprechenden Instruments, während unter Swiss GAAP das aktive Management des entsprechenden Instruments im Rahmen einer dokumentierten Handelsstrategie entscheidend ist.

Zu Cashflow-Absicherungen verwendete Derivate

Nach US GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst.

Nach Swiss GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung im Ausgleichskonto in den sonstigen Aktiven oder sonstigen Passiven erfasst.

Im Rahmen von Wertschriftenleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften

Nach US GAAP werden im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften als Aktiven erfasst; zugleich wird eine entsprechende Verbindlichkeit zur Rückgabe der Sicherheiten ausgewiesen.

Nach Swiss GAAP werden weder die erhaltenen Sicherheiten in Form von Wertschriften noch die entsprechende Rückgabeverpflichtung in der Bilanz erfasst.

Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Nach US GAAP werden Finanzinstrumente nur ausgebucht, wenn die Transaktion bestimmte Kriterien erfüllt.

Nach Swiss GAAP wird ein Finanzinstrument ausgebucht, wenn die wirtschaftliche Kontrolle vom Verkäufer auf den Käufer übergegangen ist.

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Nach US GAAP werden sämtliche Aktiven und Verbindlichkeiten eines Geschäftsbereichs, welcher zum Verkauf steht, aus den bisherigen Bilanzpositionen umgebucht und als aufgegebene Geschäftsbereiche separat ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Buchwert oder zum Fair Value abzüglich der anfallenden Verkaufskosten, wobei der niedrigere dieser beiden Werte zur Anwendung kommt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in eine separate Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umgebucht.

Nach Swiss GAAP werden diese Positionen bis zum Verkauf in ihren ursprünglichen Bilanzpositionen belassen und gemäss dem Bewertungsansatz der jeweiligen Positionen bewertet.

Ausserordentlicher Erfolg

In Abweichung von US GAAP sind nach Swiss GAAP bestimmte Aufwendungen und Erträge als ausserordentlich auszuweisen. Der ausserordentliche Erfolg wird nach Steuern ausgewiesen.

Reserven für allgemeine Bankrisiken

Nach US GAAP sind allgemeine, nicht zweckbestimmte Rückstellungen nicht erlaubt.

Nach Swiss GAAP werden Reserven für allgemeine Bankrisiken als separate Komponente des Eigenkapitals ausgewiesen.

Kreditverpflichtungen

Nach US GAAP weist die Gruppe ungenutzte Kreditzusagen, die sie einseitig kündigen kann, als Kreditverpflichtungen aus. Unter Swiss GAAP werden Kreditzusagen, welche die Gruppe einseitig kündigen kann, nur ausgewiesen, wenn die Kündigungsfrist sechs Wochen übersteigt.

42 Risikobeurteilung

In Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht macht die nachfolgende Offenlegung Angaben zum Risikobeurteilungsprozess, welcher in der Berichtsperiode in Kraft war und vom Verwaltungsrat verfolgt wurde.

Das Risikomanagement hat in erster Linie den Schutz der Finanzkraft und der Reputation der Gruppe zum Ziel, wobei gleichzeitig ein sinnvoller Kapitaleinsatz zur Förderung der Geschäftsaktivitäten und zur Steigerung des Shareholder Value gewährleistet werden soll. Die Risikomanagementorganisation widerspiegelt die Art der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken transparent und zeitgerecht innerhalb der vorgegebenen Limiten bewirtschaftet werden.

Der Verwaltungsrat ist für die strategische Ausrichtung, die Überwachung und die Kontrolle der Gruppe sowie für die Definition der Gesamtrisikotoleranz der Gruppe in Form eines Statements zum Risikoappetit zuständig. Gewisse Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und der Risikoüberwachung hat der Verwaltungsrat dem Risk Committee, dem Audit Committee und der Geschäftsleitung übertragen.

Das Risk Committee des Verwaltungsrats ist verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsaufgaben, indem es ihn bei der Risikoorganisation sowie bei der Überprüfung und Beurteilung des Regelwerks zum Risikoappetit einschliesslich Eigenmittelunterlegung, der wichtigsten Risikopositionen und der Genehmigung von Risikolimiten berät. Zusätzlich zu seinen sonstigen Verantwortlichkeiten wie Durchsicht und Besprechung der Quartals- und Jahresrechnungen, Leistung und Wirksamkeit der internen und externen Revision, überprüft das Audit Committee den Bericht der Geschäftsleitung zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Rechnungslegung (SOX 404), den jährlichen Bericht zum internen Kontrollsystem (IKS) und den jährlichen Compliance-Bericht.

Für die Überwachung des Risikomanagements und den Aufbau einer organisatorischen Basis für sämtliche Belange des Risikomanagements und der entsprechenden Berichter-

stattung ist auf Geschäftsleitungsebene der Gruppe der Chief Risk Officer (CRO) zuständig. Das Capital Allocation and Risk Management Committee (CARMC), das Risk Processes and Standards Committee und das Reputation Risk and Sustainability Committee wurden zur Unterstützung der Geschäftsleitung eingerichtet und gewisse Verantwortlichkeiten bezüglich Risikomanagement und Aufsicht an diese übertragen. Das CARMC besteht aus mindestens fünf Mitgliedern der Geschäftsleitung und des höheren Kaders, die durch den Chief Executive Officer ernannt werden. Es arbeitet im Positionsrisikozyklus zur Festlegung verbindlicher Normen für Positionsrisiken und zur Überwachung der entsprechenden Limiten, im Finanzierungs- und Eigenmittelzyklus für das Asset & Liability Management, die Mittelaufnahme, Liquiditäts- und Eigenmittelbelange sowie im IKS-Zyklus für operationelle Risiken, rechtliche und Compliance-Belange sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle. Das CARMC kann seine Kompetenz zur Festlegung und Genehmigung bestimmter Limiten für Positionsrisiko, Mittelaufnahme, Liquidität und Eigenmittel an den CRO oder an die Risk Management Committees der Divisionen übertragen. Die Risk Management Committees der Divisionen überprüfen und analysieren periodisch divisionsspezifische Markt- und Kreditrisikobelange, operationelle Risiken, rechtliche und Compliance-Belange sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle.

Im Berichtszeitraum erhielt der Verwaltungsrat vierteljährliche Risikoberichte des CRO sowie die jährlichen IKS- und Compliance-Berichte seitens der Rechtsabteilung, welche die Grundlage für die Besprechung der Risikolage durch den Verwaltungsrat bildeten. Zudem wurde an jeder Sitzung des Risk Committee des Verwaltungsrats und an den meisten Verwaltungsratssitzungen über Risikobelange informiert. Der Verwaltungsrat, unterstützt durch sein Risk Committee und sein Audit Committee, führte systematische Risikobeurteilungen im Rahmen der festgelegten Grundsätze und Verfahren durch.

Kontrollen und Verfahren

Beurteilung der Kontrollen und Verfahren

Die Gruppe hat die Wirksamkeit ihrer Offenlegungskontrollen und -verfahren unter der Aufsicht und Beteiligung des Managements, einschliesslich des CEO und des CFO der Gruppe, und in Übereinstimmung mit Rule 13(a)–15(a) des Securities Exchange Act von 1934 (Exchange Act) per Ende der in diesem Bericht dargelegten Rechnungsperiode auf ihre Wirksamkeit überprüft. Die Wirksamkeit jeder Kontrolle und jedes Verfahrens unterliegt systeminhärenten Beschränkungen, einschliesslich der Möglichkeit menschlichen Versagens und der Umgehung oder Übersteuerung der Kontrollen und Verfahren. Dementsprechend sind wirksame Kontrollen und Verfahren Voraussetzungen, aber keine Garantien, zum Erreichen der Kontrollziele.

Der CEO und der CFO kamen zum Schluss, dass die Ausgestaltung und Funktion der Offenlegungskontrollen und -verfahren der Gruppe per 31. Dezember 2011 in allen massgeblichen Belangen wirksam sind und somit sichergestellt ist, dass offenzulegende Informationen, welche in Berichten, die gemäss dem Exchange Act eingereicht werden, ordnungsgemäss und rechtzeitig erfasst, verarbeitet, zusammengefasst und übermittelt werden.

Managementbericht zur internen Kontrolle der Finanzberichterstattung

Das Management der Gruppe ist verantwortlich für den Aufbau und Unterhalt von adäquaten internen Kontrollen der Finanzberichterstattung. Die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe ist ein Prozess, der darauf ausgerichtet ist, angemessene Sicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung der öffentlichen Finanzberichte gemäss US GAAP zu geben. Aufgrund von

systeminhärenten Beschränkungen kann die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung Fehlangaben nicht vollständig verhindern oder erkennen. Zudem beinhalten Prognosen über die Wirksamkeit in zukünftigen Perioden das Risiko, dass vorhandene Kontrollen aufgrund geänderter Umstände nicht mehr angemessen sind oder dass die Disziplin gegenüber den Richtlinien oder Verfahren abnimmt.

Das Management hat eine Überprüfung und Beurteilung der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2011 durchgeführt, gestützt auf die Kriterien, welche das Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) in der Wegleitung «Internal Control – Integrated Framework» veröffentlicht hat.

Basierend auf dieser Überprüfung und Beurteilung kam das Management, einschliesslich des CEO und des CFO der Gruppe, zum Schluss, dass die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2011 wirksam war.

Die unabhängige Revisionsstelle der Gruppe, KPMG AG, hat eine uneingeschränkte Bestätigung bezüglich der Wirksamkeit der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2011 abgegeben (vgl. dazu den nachfolgenden Bericht).

Änderungen im Bereich der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung

Es gab keine Änderungen der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe während der für diesen Bericht massgeblichen Rechnungsperiode, die einen wesentlichen Einfluss auf die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe hatten oder mit grosser Wahrscheinlichkeit haben können.



KPMG AG
Audit Financial Services
Baldenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 44 249 31 31
Telefax +41 44 249 23 19
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Independent Registered Public Accounting Firm an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Wir haben das interne Kontrollsystem der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die „Group“) für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2011, basierend auf den bestehenden Kriterien des Internal Control – Integrated Framework, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft. Der Verwaltungsrat und das Management der Group sind für die Aufrechterhaltung eines wirksamen internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung und für die Beurteilung von dessen Wirksamkeit, welche im beiliegenden Managementbericht zur Internen Kontrolle der Finanzberichterstattung wiedergegeben ist, verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, aufgrund unserer Prüfung die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung zu beurteilen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA). Diese Grundsätze verlangen, dass wir die Prüfung so planen und durchführen, dass mit angemessener Sicherheit erkannt werden kann, ob ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung in allen wesentlichen Belangen bestand. Unsere Prüfung beinhaltet die Erlangung eines Verständnisses des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung, die Beurteilung des Risikos der Existenz einer wesentlichen Schwachstelle und die Prüfung und Beurteilung der Gestaltung und der operativen Wirksamkeit des internen Kontrollsystems basierend auf der vorausgehenden Risikobeurteilung sowie die Durchführung weiterer Prüfungen, die wir unter den gegebenen Umständen als notwendig erachteten. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung eines Unternehmens ist ein Prozess, der dazu dient, eine angemessene Sicherheit betreffend der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung von Abschlüssen für externe Zwecke in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu gewährleisten. Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung beinhaltet diejenigen Richtlinien und Verfahren, welche (1) sich auf eine Buchführung beziehen, die in einem vernünftigen Detaillierungsgrad ordnungsgemäss und angemessen die Transaktionen und Entscheidungen hinsichtlich der Vermögenswerte des Unternehmens wiedergibt; (2) angemessene Sicherheit gewährleisten, dass Transaktionen wie erforderlich erfasst werden, um Abschlüsse in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu ermöglichen, Einnahmen und Ausgaben des Unternehmens nur mit Genehmigung des Managements und des Verwaltungsrats getätigt werden können sowie (3) angemessene Sicherheit gewährleisten zur Vermeidung oder zur rechtzeitigen Aufdeckung von nicht genehmigtem Erwerb, Gebrauch oder Veräussern von Vermögenswerten des Unternehmens, die einen wesentlichen Einfluss auf die Jahresrechnung haben könnten.

Aufgrund inhärenter Grenzen kann das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung gegebenenfalls Fehlaussagen nicht verhindern oder aufdecken. Zudem sind Projektionen von Beurteilungen über die Wirksamkeit für zukünftige Perioden mit dem Risiko behaftet, dass Kontrollen gegebenenfalls wegen geänderter Verhältnisse unzureichend werden oder sich der Grad der Einhaltung der Richtlinien und Verfahren verschlechtern.

Nach unserer Beurteilung hat die Group basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, in allen wesentlichen Gesichtspunkten ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2011 unterhalten.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA) und den Schweizer Prüfungsstandards haben wir zudem die Konzernrechnung der Group, bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2011 und 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, die Veränderungen des Eigenkapitals, die erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen, die Mittelflussrechnungen sowie die Anhangangaben für die am 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 23. März 2012 haben wir ein uneingeschränktes Prüfurteil bezüglich dieser Konzernrechnung der Group abgegeben.

KPMG AG

Marc Ufer
Zugelassener Revisionsexperte

Simon Ryder
Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, Schweiz
23. März 2012

VI

Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group

393 Bericht der Revisionsstelle

395 Statutarische Jahresrechnung

397 Anhang zur Jahresrechnung
(Siehe folgende Seite für detailliertes
Verzeichnis)

**409 Antrag zur Verwendung des
Bilanzgewinns und
Kapitalausschüttung**

410 Bericht der Kapitalerhöhungsprüfer

Statutarische Jahresrechnung

395	Erfolgsrechnung
396	Bilanz

Anhang zur Jahresrechnung

397	1 Rechnungslegungsgrundsätze
397	2 Eventualverbindlichkeiten
397	3 Vergütungen an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats
407	4 Wesentliche Beteiligungen
407	5 Durch die Gesellschaft und deren Gruppengesellschaften gehaltene eigene Aktien
407	6 Bedeutende Aktionäre
408	7 Aktienkapital, bedingtes und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group
408	8 Risikobeurteilung



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 44 249 31 31
Telefax +41 44 249 23 19
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.



Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinnes dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht, und empfehlen die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG AG

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rickert'.

Philipp Rickert
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Liberto'.

Mirko Liberto
Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, 23. März 2012

Statutarische Jahresrechnung

Erfolgsrechnung

	2011	2010
Ertrag (in Mio. CHF)		
Dividendertrag aus Beteiligungen an Gruppengesellschaften	362	3 344
Sonstiger Finanzertrag	156	200
Gewinn aus Veräusserung von Anlagevermögen	41	124
Sonstiger Ertrag	195	293
Total Ertrag	754	3 961
Aufwand (in Mio. CHF)		
Finanzaufwand	167	266
Personalaufwand	68	78
Sonstiger Aufwand	41	46
Wertberichtigungen, Abschreibungen und Rückstellungen	2	343
Steueraufwand	20	11
Total Aufwand	298	744
Reingewinn	456	3 217

Bilanz

	Verweis auf Anhang	2011	Ende 2010
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel bei Gruppengesellschaften		13	18
Forderungen gegenüber Dritten		16	8
Aktive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		217	305
Total Umlaufvermögen		246	331
Beteiligungen an Gruppengesellschaften	4	35 005	34 911
Darlehen an Dritte		0	1
Darlehen an Gruppengesellschaften		5 859	6 926
Finanzanlagen		41	973
Total Anlagevermögen		40 905	42 811
Total Aktiven		41 151	43 142
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten		5	1
Verbindlichkeiten gegenüber Gruppengesellschaften		4 310	5 824
Passive Rechnungsabgrenzungen – Dritte		71	63
Passive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		67	69
Total kurzfristige Verbindlichkeiten		4 453	5 957
Darlehen von Gruppengesellschaften		2 087	2 568
Rückstellungen		312	342
Total langfristige Verbindlichkeiten		2 399	2 910
Total Verbindlichkeiten		6 852	8 867
Aktienkapital	7	49	47
Allgemeine Reserven		1 800	1 800
Reserven aus Kapitaleinlagen		13 679	14 113
Allgemeine gesetzliche Reserven		15 479	15 913
Reserven für eigene Aktien	5	3 929	3 929
Freie Reserven		10 500	10 500
Gewinnvortrag		3 886	669
Reingewinn		456	3 217
Bilanzgewinn		4 342	3 886
Total Eigenkapital		34 299	34 275
Total Passiven		41 151	43 142

Anhang zur Jahresrechnung

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Die statutarische Jahresrechnung der Holdinggesellschaft wird in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht erstellt und in Schweizer Franken ausgewiesen. Das Geschäftsjahr endet am 31. Dezember.

2 Eventualverbindlichkeiten

Ende	2011	2010
In Mio. CHF		
Gesamtbetrag der Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und sonstigen Eventualverbindlichkeiten (abzüglich der in der Bilanz als Verbindlichkeiten erfassten Risiken)	54 056	54 902
davon zugunsten Tochtergesellschaften	54 056	54 902

Die Gesellschaft gehört der Schweizer MwSt-Gruppe der Credit Suisse Group an und haftet gegenüber der Steuerbehörde solidarisch für die MwSt-Verbindlichkeiten der gesamten Gruppe.

3 Vergütungen an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

Wie nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (Artikel 663b bis und Artikel 663c, Absatz 3) vorgeschrieben, hat die Offenlegung bezüglich nahestehender Personen die gewährten Vergütungen und die Beteiligungen der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Kredite, die dieser Personengruppe oder mit ihnen verbundenen Personen und Gesellschaften gewährt wurden, zu enthalten.

Vergütung der Geschäftsleitung für das Jahr 2011

In Übereinstimmung mit dem Vergütungsreglement der Gruppe besteht auch die Gesamtvergütung der Geschäftsleitung aus einem Basissalär und einem variablen Vergütungselement. Die Basissaläre für die Mitglieder der Geschäftsleitung werden jährlich überprüft. Die leistungsabhängige variable Vergütung macht normalerweise den grössten Teil der Gesamtvergütung aus und variiert von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit vom Erfolg der Gruppe, von der Höhe des variablen Vergütungspools sowie vom Leistungsausweis des betreffenden Geschäftsleitungsmitglieds. Des Weiteren wird bei der Festsetzung der Gesamtvergütung eines Geschäftsleitungsmitglieds auch die jeweils anwendbare prozentuale Aufteilung zwischen der fixen und der variablen Vergütung berücksichtigt.

Im Einklang mit dem tieferen Ergebnis der Gruppe im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr belief sich die durchschnittliche Gesamtvergütung der Geschäftsleitungsmitglieder auf CHF 5,4 Mio. und war somit 46% niedriger als im Jahr 2010. Die durchschnittliche variable Vergütung betrug CHF 3,5 Mio., was einem Rückgang von 57% im Vergleich zur durchschnittlichen variablen Vergütung für die derzeitigen Mitglieder der Geschäftsleitung im Jahr 2010 entspricht. Das Basissalär für die Mitglieder der Geschäftsleitung blieb für das Jahr 2011 unverändert gegenüber dem Vorjahr: CHF 2,5 Mio für den CEO und CHF 1,5 Mio. (USD 1,5 Mio. für jene Mitglieder der Geschäftsleitung, die in US-Dollar entlohnt werden) für die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder. Die Geschäftsleitung erhält keine variable Barvergütung und die ganze variable Vergütung ist zu 100% aufgeschoben.

Von der Gesamtvergütung der Geschäftsleitung, bestehend aus 13 Personen, die alle während des ganzen Jahres 2011 der Geschäftsleitung angehörten, bezogen sich 28% auf das Basissalär, 47% auf Aktienansprüche (davon 70% auf Performance-Share-Ansprüche), 18% auf Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche (PAF2-Ansprüche) und 7% auf sonstige Vergütungen (einschliesslich vorsorgeähnlicher Leistungen und Dividendenäquivalente). Alle Mitglieder der

Geschäftsleitung erhielten mindestens 50% ihrer Aktienansprüche als Performance-Share-Ansprüche, die Rückzahlungsbestimmungen im Falle einer zukünftigen negativen Performance der Gruppe oder einer der Divisionen unterliegen. Für den CEO, die Leiter Shared-Services und die regionalen CEOs wird eine etwaige zukünftige Anpassung der Performance-Share-Ansprüche auf der Basis der Performance der Gruppe gemacht. Für die CEOs von Private Banking, Investment Banking und Asset Management werden zukünftige Anpassungen der Performance-Share-Ansprüche auf die gleiche Weise vorgenommen, wie dies für die Mitarbeitenden in

ihren Divisionen der Fall ist. Die prozentualen Anpassungen, die im Falle einer negativen Performance der Gruppe oder der jeweiligen Division zur Anwendung gelangen würden, sind in der Tabelle «Prozentuale Anpassung von Performance Share Awards» aufgeführt. Von den 13 Mitgliedern der Geschäftsleitung erhielten neun PAF2-Ansprüche. CEO Brady W. Dougan und die Geschäftsleitungsmitglieder Tobias Guldemann, David R. Mathers und Pamela Thomas-Graham erhielten aufgrund ihrer engen Einbindung in die Festlegung der endgültigen Struktur und Bedingungen des PAF2-Programms keine Ansprüche.

Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für 2011

	Basis-	Bargeld ohne Ver- fügungsbe- schränkung	Total bar	Wert der Aktienan- sprüche	Wert der PAF2-An- sprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sons- tige Vergü- tungen ¹	Dividen- denäqui- valente ²	Zahlungen und An- sprüche aufgrund vertraglicher Verein- barungen ³	Total Vergü- tung ⁴
2011 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)									
13 Personen	19.38	– ⁵	19.38	32.83 ⁶	12.48 ⁷	2.66	2.85	–	70.20
In % der Gesamtvergütung	28%		28%	47%	18%				
davon am höchsten bezahlt:									
Robert S. Shafir	1.32	–	1.32	4.39	2.37	0.02	0.40	–	8.50
In % der Gesamtvergütung	16%		16%	52%	28%				
davon CEO:									
Brady W. Dougan	2.50	–	2.50	3.00	–	0.02	0.30	–	5.82
In % der Gesamtvergütung	43%		43%	52%					

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2011 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 13 Mio., die im Namen der Geschäftsleitungsmitglieder gemacht wurden. ⁵ Per 31. Dezember 2011 erhielt kein Geschäftsleitungsmitglied eine Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung. ⁶ Enthält CHF 22,8 Mio. Performance-Aktienansprüche; der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 21.90. ⁷ Der Wert der Partner Asset Facility 2011 entsprach dem Fair Value per Zuteilungsdatum am 1. März 2012.

Gesamtvergütung 2011 für das höchstbezahlte Mitglied

Das höchstbezahlte Mitglied der Geschäftsleitung im Jahr 2011 war Robert S. Shafir, CEO Asset Management. Die an Robert S. Shafir geleistete Gesamtvergütung betrug CHF 8,5 Mio., aufgeteilt in das Basissalär von CHF 1,3 Mio., eine variable Vergütung (Aktienansprüche, Performance-Share-Ansprüche und PAF2-Ansprüche) von CHF 6,8 Mio. sowie andere Vergütungselemente (vorsorgeähnliche Leistungen und Dividendenäquivalente) von CHF 0,4 Mio.

Die variable Vergütung von Robert S. Shafir im Jahr 2011 erfolgte aufgrund seiner erfolgreichen Tätigkeit als CEO Asset Management. Unter der Leitung von Robert S. Shafir konnte das Asset Management erfolgreich neu positioniert und der Fokus auf das Wachstum stabiler gebührenorientierter Erträge

sowie auf die Steigerung der operativen Effizienz gelegt werden. Das Asset Management verzeichnete 2011 eine verbesserte Performance. So stieg der Vorsteuergewinn um 10% im Vergleich zu 2010. Robert S. Shafir hat ein diszipliniertes und proaktives Risikomanagement gefördert.

Trends im Bereich performanceabhängige Entlohnung

Der Betrag an variabler Vergütung an den CEO und die Mitglieder der Geschäftsleitung für 2011 und vorangehende Jahre entspricht der finanziellen Performance der Gruppe für das entsprechende Jahr.

Die realisierte Vergütung für die Geschäftsleitung im Jahr 2011 besteht aus dem Basissalär und den im Jahr 2011 übertragenen Anteilen der aufgeschobenen variablen Vergütungen

aus vorangehenden Jahren. Der Wert dieser Übertragungen enthält implizite und explizite Anpassungen gemäss der Performance der Gruppe.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie bereits 2010 und 2009 hat das Compensation Committee im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool variabler Vergütungen für die Geschäftsleitung für 2011 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf CHF 13 Mio.; diese Mittel hätten sonst an Mitglieder der Geschäftsleitung als Vergütung ausbezahlt werden können. Die Spenden sollen Wohltätigkeitsorganisationen zugutekommen. Einige Mitglieder der Geschäftsleitung, darunter der CEO, können Empfehlungen über die Zuteilung der Spenden abgeben.

Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz

Im Jahr 2009 genehmigte der Verwaltungsrat Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen. Die Mindestanzahl der zu haltenden Aktien liegt bei 350 000 für den CEO und 150 000 Aktien für die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung. Für die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen gilt eine Mindestzahl von 50 000 Aktien für Führungskräfte, die für die Divisionen Investment Banking, Private Banking und Asset Management verantwortlich sind, beziehungsweise von 20 000 Aktien für Führungskräfte der Shared Services und der regionalen Managementfunktionen. Die jeweilige Schwelle bezieht sich auf alle von den Führungskräften oder in deren Namen gehaltenen Aktien der Gruppe, einschliesslich der noch nicht übertragenen Aktienansprüche. Die betroffenen Führungskräfte unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Aktien der Gruppe, einschliesslich der bereits übertragenen Aktienansprüche, solange die genannten Mindestanforderungen nicht erfüllt sind.

Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für 2010

	Basis-	Bargeld ohne Ver- fügungsbe- schränkung	Total bar	Wert der Aktienan- sprüche	Wert der APP-An- sprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sons- tige Vergü- tungen ¹	Dividen- denäqui- valente ²	Zahlungen und An- sprüche aufgrund vertraglicher Verein- barungen ³	Total Vergü- tung
2010 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)									
16 Personen ⁴	20.50	4.21 ⁵	24.71	64.65 ⁶	58.65 ⁷	3.90	5.70	2.73	160.34
In % der Gesamtvergütung	13%	3%	16%	40%	37%				
davon am höchsten bezahlt:									
Antonio C. Quintella	0.79	–	0.79	6.97	6.97	0.08	0.82	–	15.63
In % der Gesamtvergütung	5%		5%	45%	45%				
davon CEO:									
Brady W. Dougan	2.50	–	2.50	4.87	4.87	0.03	0.49	–	12.76
In % der Gesamtvergütung	20%		20%	38%	38%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² SISUs und ISUs beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte SISUs und ISUs der Vorjahre bezahlt. ³ Zahlungen und Ansprüche gemäss vertraglichen Verpflichtungen von CHF 2,73 Mio. bestehen aus CHF 1,16 Mio. in bar und CHF 1,57 Mio. in aktienbasierten Ansprüchen. ⁴ Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütungen an Renato Fassbind und Kai S. Nargolwala, welche die Geschäftsleitung im September 2010 verliessen; aber enthält nicht die Beraterhonorare, die an sie in ihrer Funktion nach dem Austritt aus der Geschäftsleitung bezahlt wurden. Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütungen an Osama S. Abbasi, Fawzi Kyriakos-Saad, David R. Mathers und Antonio C. Quintella, welche im Jahr 2010 zur Geschäftsleitung stiessen. Enthält Pro-Rata-Betrag der fixen Vergütung für Paul Calello, welcher im November 2010 verstarb. ⁵ Besteht aus Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung an das frühere Geschäftsleitungsmitglied Paul Calello. Per 31. Dezember 2010 erhielt kein anderes Geschäftsleitungsmitglied Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung. ⁶ Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 41.40. ⁷ Der Wert der Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche entsprach dem Wert per Zuteilungsdatum am 20. Januar 2011.

Vertragsdauer und Kündigungsbestimmungen

Sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung haben unbefristete Arbeitsverträge, die bis zu deren Beendigung in Kraft bleiben. Mitglieder der Geschäftsleitung müssen eine vertragliche Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten einhalten und haben im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch die Gruppe ebenfalls Anrecht auf eine Kündigungsfrist von sechs Monaten. Darüber hinaus bestehen keine zusätzlichen Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung, die Zahlungen oder Leistungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses vorsehen, die anderen Mitarbeitenden der Gruppe generell nicht zustehen. Im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses gelten indessen in Bezug auf ausstehende Vergütungsansprüche unterschiedliche Bedingungen, je nachdem, ob es sich dabei um ein freiwilliges, unfreiwilliges oder durch einen Kontrollwechsel bedingtes Ausscheiden handelt.

Im Falle der Kündigung eines Mitglieds der Geschäftsleitung ohne Grund können die Höhe und die Bedingungen einer Abfindung zwischen der Gruppe und dem betreffenden Mitglied der Geschäftsleitung vereinbart werden. Das Mitglied der Geschäftsleitung hat jedoch kein vertragliches Recht auf eine Abfindungszahlung aus verfallenen Anteilen an aufgeschobener Vergütung.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Im Allgemeinen haben ehemalige Mitglieder des höchsten Geschäftsleitungsgremiums der Gruppe, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, immer noch Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobienutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2011 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder anderen Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche nach Empfängern

	Anzahl erworbene Aktien	Anzahl nicht erworbene Aktien- ansprüche	Anzahl nicht erworbene ISUs	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Anzahl PIP-II- Einheiten ¹	Wert der nicht er- worbenen Ansprü- che bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht er- worbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2011								
Brady W. Dougan	870 586	117 754	–	114 153	–	–	12 538 963	5 118 187
Osama S. Abbasi	233 801	75 354	3 771	44 232	–	–	6 218 957	2 804 282
Walter Berchtold	700 040	157 005	42 023	106 473	–	–	15 093 404	7 653 886
Romeo Cerutti	37 543	66 426	7 260	34 908	–	–	5 343 325	2 554 139
Tobias Guldimann	20 124	66 426	8 399	43 635	–	–	5 968 402	2 796 587
Fawzi Kyriakos-Saad	199 942	75 354	35 973	34 425	–	–	6 667 886	3 997 001
Karl Landert	96 248	66 426	34 039	45 381	–	–	6 967 319	3 957 127
David R. Mathers	16 420	78 503	17 588	22 695	14 960	–	5 547 285	3 003 091
Hans-Ulrich Meister	46 676	108 696	39 751	69 819	–	–	10 554 425	5 679 330
Antonio C. Quintella	112 323	37 677	–	–	–	–	1 559 828	831 531
Robert S. Shafir	190 489	127 522	84 480	93 480	–	–	14 460 480	8 574 359
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	46 372	–	21 573	–	–	3 368 158	1 499 546
Eric M. Varvel	–	139 810	39 183	83 205	–	–	12 721 715	6 636 589
Total	2 528 775	1 163 325	312 467	713 979	14 960	–	107 010 147	55 105 655
31. Dezember 2010								
Brady W. Dougan	951 114	–	90 956	152 207	368 400	78 102	31 145 014	9 261 929
Osama S. Abbasi	233 801	–	50 193	58 977	–	26 110	9 215 028	4 429 732
Walter Berchtold	688 210	–	163 197	141 967	–	104 167	25 704 435	14 685 664
Romeo Cerutti	19 456	–	19 420	46 547	–	–	3 982 362	3 050 911
Tobias Guldimann	903	–	28 798	58 183	15 640	20 834	7 228 240	3 934 143
Fawzi Kyriakos-Saad	119 177	–	127 142	45 902	–	49 849	13 177 674	9 198 782
Karl Landert	82 718	–	83 060	60 511	–	31 250	9 748 212	7 955 834
David R. Mathers	26 617	–	59 008	30 260	14 960	5 375	5 538 189	4 735 645
Hans-Ulrich Meister	1 720	1 720	88 538	93 093	–	–	9 724 068	9 896 890
Antonio C. Quintella	234 685	–	–	–	–	26 002	1 872 144	0
Robert S. Shafir	131 239	–	168 960	124 641	–	71 213	19 305 533	17 365 460
Pamela A. Thomas-Graham	–	–	–	28 764	–	–	1 931 143	1 102 812
Eric M. Varvel	5 614	–	157 085	110 940	–	56 953	19 995 068	13 056 709
Total	2 495 254	1 720	1 036 357	951 992	399 000	469 855	158 567 110	98 674 511

¹ Die PIP-II-Einheiten wurden im März 2011 gemäss Planbedingungen abgerechnet. Die PIP-II-Einheiten hatten anlässlich der Abrechnung keinen Wert, was darauf zurückzuführen war, dass die Aktienkurs-Performance der Gruppe unter dem Minimalziel von CHF 47 pro PIP-II-Einheit lag.

Die übertragenen Aktienbestände von Mitgliedern der Geschäftsleitung umfassen den Besitz des jeweiligen Geschäftsleitungsmitglieds, seiner direkten Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Geschäftsleitungsmitglied kontrollierte Unternehmen. In den nicht übertragenen aktienbasierten Ansprüchen sind nach dem 31. Dezember 2011 gewährte Zuteilungen nicht enthalten.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit

vom Kurs der Aktie der Gruppe sowie von weiteren Faktoren, die sich auf den Fair Value des Anspruchs auswirken können. Die Tabelle «Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche nach Empfängern» enthält Angaben zum Wert von noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung am 31. Dezember 2011. Der kumulierte Gesamtwert dieser noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüche verringerte sich per 31. Dezember 2011 im Vergleich zum Wert am jeweiligen Zuteilungsdatum um 49%.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen Bargeldvergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit von der Eigenkapitalrendite der Gruppe (für Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche für die Jahre 2010 und 2009), vom Wert der zugrunde liegenden Vermögenswerte für Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche (PAF-Ansprüche) sowie von der verbleibenden Übertragungsdauer. Der Gesamtwert dieser Baran-

sprüche am Zuteilungsdatum und der Stichtagswert betragen CHF 117 Mio. Der heutige Wert liegt bei CHF 133 Mio. Die Zunahme kommt einerseits von der Anpassung aufgrund der Eigenkapitalrendite bei den noch nicht erworbenen Ansprüchen des Adjustable Performance Plan und andererseits von der Wertzunahme der PAF-Ansprüche, die im Jahr 2008 zugeteilt wurden.

Anzahl Optionen nach Empfängern

31. Dezember 2011	David R. Mathers		Ausübungs-Verfall preis in CHF	
Zuteilungsjahr				
2003	1 095	22. Januar 2013	30.60	
2002	13 865	3. Dezember 2012	34.10	
Total	14 960	-	-	

31. Dezember 2010	Brady W. Dougan	Tobias Guldemann	David R. Mathers	Ausübungs-Verfall preis in CHF	
Zuteilungsjahr					
2003	-	-	1 095	22. Januar 2013	30.60
2002	-	-	13 865	3. Dezember 2012	34.10
2001	368 400	15 640	-	25. Januar 2011	84.75
Total	368 400	15 640	14 960	-	-

Alle Optionen auf Aktien wurden im Rahmen der Vergütung der Vorjahre gewährt. Per 31. Dezember 2011 und 2010 hielt kein Mitglied der Geschäftsleitung aus Privatvermögen erworbene Optionen.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich entweder nach den für Drittparteien oder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Mitglieder der Geschäftsleitung auf CHF 22 Mio., CHF 18 Mio. beziehungsweise CHF 19 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres betrug sechs. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf CHF 11 Mio. und betraf das Geschäftsleitungsmitglied Walter Berchtold.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind, zur Anwendung.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird in Übereinstimmung mit den Statuten und dem Reglement des Compensation Committee festgelegt. Die Vergütung wird jährlich vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee genehmigt. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten ein Basishonorar plus ein zusätzliches Honorar in Abhängigkeit des Aufgaben- und Verantwortungsbereichs des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds. Zu Vergütungszwecken unterscheidet die Gruppe zwischen Verwaltungsratsmitgliedern mit funktionalen Aufgaben, wozu der vollamtliche Präsident und die drei Vorsitzenden der Kommissionen zählen, und Verwaltungsratsmitgliedern ohne funktionale Aufgaben (zehn Personen). Die Vergütung an alle Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgt in Form von Barzahlungen und von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe.

Die Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionale Aufgaben erhielten für 2011 ein jährliches Basishonorar von CHF 250 000 sowie ein jährliches Honorar für ihre Mitarbeit im Audit Committee, im Risk Committee oder im Compensation Committee. Es wurden die folgenden Kommissionshonorare ausgerichtet: CHF 150 000 für das Audit Committee, CHF 100 000 für das Risk Committee und CHF 100 000 für das Compensation Committee. Mitglieder des Chairman's and Governance Committee erhalten kein Kommissionshonorar. Ferner erhielt Peter Brabeck-Letmathe in seiner Funktion als Vize-Präsident ein Honorar von CHF 400 000. Das Basishonorar und das Honorar für die Kommissionsarbeit werden vom Compensation Committee festgesetzt und decken den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab.

Mitglieder des Verwaltungsrats mit der Funktion eines Kommissionsvorsitzenden erhalten zusätzlich zum jährlichen Basishonorar eine variable Vergütung für die funktionalen Aufgaben im Zusammenhang mit der grösseren Verantwortung und dem zusätzlichen Zeitaufwand für die Ausübung dieses Amtes. Das jährliche Basishonorar für die beiden Vorsitzenden des Audit Committee und des Risk Committee betrug im Jahr 2011 CHF 400 000 und für den Vorsitzenden des Compensation Committee CHF 350 000. Das Basishonorar für den Kommissionsvorsitzenden wird vom Compensation Committee festgesetzt und deckt den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab. Die Vergütung für funktionale Aufgaben für die drei Kommissionsvorsitzenden variiert je nach effektivem Zeitaufwand und wird im Einklang mit dem Jahreszyklus der variablen Vergütung für Führungskräfte für das laufende Jahr festgesetzt und entrichtet.

Der vollamtliche Präsident erhält ein Basishonorar plus eine variable Vergütung, die vom Compensation Committee vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat genehmigt wird. Für den Präsidenten, Urs Rohner, der ab der Generalversammlung 2011 die Rolle des Präsidenten übernahm, belief sich das Basishonorar für 2011 auf CHF 2,1 Mio. Die Höhe der variablen Vergütung für den vollamtlichen Präsidenten richtet sich nach dem finanziellen Ergebnis der Gruppe und der persönlichen Leistung. Die variable Vergütung wird in bar und in Form von für vier Jahre gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet.

Indem Verwaltungsratsmitglieder zu einem bedeutenden Teil in Form von gesperrten Aktien entschädigt werden, stellen wir die Ausrichtung ihrer Interessen mit denen der Aktionäre sicher. Der Wert der von den Mitgliedern des Verwaltungsrats Ende 2011 gehaltenen Aktien verringerte sich gegenüber dem Jahresbeginn 2011 um 41%.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2011

	Basis-honorar Verwaltungsrat	Honorar für Verwaltungsratsausschuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergütungskategorien ¹	Total Vergütung	Gewährt in bar	In % der Gesamtvergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamtvergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2011/2012 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ^{3,4}	2 100 000	–	2 000 000	234 881	4 334 881	3 334 881	77%	1 000 000	23%	45 663
Hans-Ulrich Doerig, ehemaliger Präsident ³	750 000	–	666 667	–	1 416 667	1 416 667	100%	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	3 180
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Noreen Doyle ^{5,6}	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	6 360
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	10 389
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	22 832
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	666 666 ⁷	–	1 066 666	733 333	69%	333 333	31%	15 221
Peter F. Weibel ⁵	250 000	150 000	465 000 ⁷	–	865 000	665 000	77%	200 000	23%	5 088
Total	6 650 000	1 050 000	5 198 333	234 881	13 133 214	9 222 381	70%	3 910 833	30%	141 169

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Hans-Ulrich Doerig und Urs Rohner dienten in der Funktion als Präsident im Vollamt beziehungsweise Vize-Präsident im Vollamt vom Januar 2011 bis zur GV im April 2011. Anlässlich der GV 2011 trat Urs Rohner die Nachfolge von Hans-Ulrich Doerig in der Funktion des Präsidenten im Vollamt an. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2011 zugeteilte variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 21.90. ⁵ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 29. April 2011 bis 27. April 2012. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk and Compensation Committees. Für 2010 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per GV 2011 CHF 39.31. ⁶ Im Juli 2011 wurde Noreen Doyle zur nicht geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Audit Committee der britischen Tochtergesellschaft Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited ernannt. Sie erhielt dafür ein Gesamthonorar von GBP 50 000. ⁷ Peter F. Weibel war bis zur GV 2011 Vorsitzender des Audit Committee. Nachfolgend übernahm John Tiner diese Funktion.

Vergütung des Verwaltungsratspräsidenten für 2011

Der Präsident des Verwaltungsrats erhielt für das Geschäftsjahr 2011 eine Gesamtvergütung von CHF 4,3 Mio. Davon waren CHF 2,1 Mio. das Basissalär und CHF 2,0 Mio. die variable Vergütung, wovon CHF 1,0 Mio. in bar und CHF 1,0 Mio. in Form von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet wurden. Die übrigen CHF 0,2 Mio. entfielen auf sonstige Vergütungen, hauptsächlich bestehend aus vorsorgeähnlichen Leistungen.

Im Jahr 2011 war die variable Vergütung des Präsidenten 50% niedriger und die Gesamtvergütung 31% niedriger als im Jahr 2010.

Zusätzliche Honorare und Vergütungen

Drei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2011 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten gegenwärtiger oder ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2010

	Basis- honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ¹	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2010/2011 (in CHF)										
Hans-Ulrich Doerig, ehemaliger Präsident ³	2 250 000	–	4 000 000	24 000	6 274 000	4 274 000	68%	2 000 000	32%	48 310
Urs Rohner, Vize-Präsident im Vollamt ³	1 800 000	–	4 000 000	234 881	6 034 881	4 034 881	67%	2 000 000	33%	48 310
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁴	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	5 031
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁴	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	2 516
Robert H. Benmosche ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Noreen Doyle ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Walter B. Kielholz ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Andreas N. Koopmann ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Jean Lanier ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Anton van Rossum ⁴	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	3 522
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ³	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	5 496
David W. Syz ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ³	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	12 078
John Tiner ⁴	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	4 025
Peter F. Weibel, Vorsitzender des Audit Committee ³	400 000	–	1 395 000	10 000	1 805 000	1 205 000	67%	600 000	33%	14 493
Total	7 700 000	1 200 000	10 795 000	268 881	19 963 881	12 786 381	64%	7 177 500	36%	165 919

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2010 zugewiesene variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 41.40. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 30. April 2010 bis 29. April 2011. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk and Compensation Committees. Für 2010 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 49.70.

Aktien und Optionen im Besitz von Mitgliedern des Verwaltungsrats

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen umfassen den Aktienbesitz des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds, enger Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2011 verfügte kein Verwaltungsratsmitglied über ausstehende Optionen.

Aktienbesitz nach Empfängern

31. Dezember	2011	2010
Anzahl Aktien¹		
Urs Rohner	221 056	144 870
Hans-Ulrich Doerig	–	223 800
Peter Brabeck-Letmathe	108 820	103 732
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	5 696	2 516
Robert H. Benmosche	23 304	20 252
Noreen Doyle	31 837	27 385
Walter B. Kielholz	281 891	323 734
Andreas N. Koopmann	21 400	16 948
Jean Lanier	30 912	24 552
Anton van Rossum	38 831	34 379
Aziz R.D. Syriani	66 385	60 889
David W. Syz	81 193	76 105
Richard E. Thornburgh	283 600	296 522
John Tiner	8 625	8 625
Peter F. Weibel	72 232	52 651
Total	1 275 782	1 416 960²

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren. ² Per 30. April 2011 trat Hans-Ulrich Doerig aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richteten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 beliefen sich die ausstehenden Kredite von Mitgliedern des Verwaltungsrats auf CHF 34 Mio., CHF 35 Mio. beziehungsweise CHF 25 Mio.

Verwaltungsratsmitglieder mit Ausleihungen haben keinen Anspruch auf Mitarbeiterkonditionen, sondern unterliegen Bedingungen, wie sie auch für andere Kunden mit vergleichbarer Bonität angewendet werden. Mitglieder des Verwaltungsrats, die vormals Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen gewährt worden waren. Zusätzlich zu den oben aufgeführten Krediten tätigten die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Credit Suisse Group Ausleihungen oder Finanzierungs-

geschäfte mit Gesellschaften, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission) ausüben.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

	2011 ¹	2010 ¹
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	5 090 650	5 590 000
Hans-Ulrich Doerig	–	1 800 000
Peter Brabeck-Letmathe	15 833 928	14 163 528
Walter B. Kielholz	5 050 000	5 000 000
Andreas N. Koopmann	2 775 000	3 500 000
David W. Syz	1 500 000	1 500 000
Richard E. Thornburgh	14 266	93 186
Peter F. Weibel	3 950 000	3 850 000
Total	34 213 844	35 496 714²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder. ² Per 30. April 2011 trat Hans-Ulrich Doerig aus dem Verwaltungsrat aus.

Per 31. Dezember 2011 und 2010 gab es keine solchen Positionen. Per 31. Dezember 2009 betrug die Position gegenüber diesen Parteien CHF 50 000 einschliesslich aller Ausstände und Eventualverpflichtungen. Die höchste gegenüber diesen Gegenparteien bestehende Position in einem der Jahre der am 31. Dezember 2011 endenden Drei-Jahres-Periode war nicht höher als insgesamt CHF 10 Mio.

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Unternehmen von Qatar Investment Authority (QIA) und der Olayan Group, die signifikante Positionen an Aktien der Gruppe halten, definitive Vereinbarungen für die Ausgabe von Tier 1 Buffer Capital Notes gegen Barzahlung oder im Tausch gegen 2008 ausgegebene Tier 1 Capital Notes ab. Nach Ansicht der Gruppe handelte es sich dabei um eine wesentliche Transaktion, und QIA und die Olayan Group wurden im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance der Transaktion als nahestehende Unternehmen von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani beziehungsweise Aziz R.D. Syriani erachtet. Die Gruppe und der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Jassim bin Hamad J.J. Al Thani und Aziz R.D. Syriani, die in den Ausstand traten) kamen zu dem Schluss, dass die Bedingungen der Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Pufferkapitals, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von QIA und der Olayan Group gehaltenen Tier 1 Capital Notes angemessen waren.

Die Gruppe ist zusammen mit ihren Tochtergesellschaften ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen und verfügt in der Schweiz über bedeutende Geschäftsaktivitäten im

Firmenkundengeschäft. Entsprechend unterhält die Gruppe Beziehungen zu vielen grossen Unternehmen einschliesslich solcher, bei denen Mitglieder des Verwaltungsrats eine Geschäftsführungsfunktion ausüben oder deren Verwaltungsrat sie angehören. Abgesehen von der Transaktion mit QIA und der Olayan Group, die als Transaktion mit nahestehenden

Unternehmen erachtet wurde, und den Krediten an nahestehende Unternehmen per 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 wurden alle Geschäftsbeziehungen der Gruppe mit Mitgliedern des Verwaltungsrats oder mit ihnen verbundenen Gesellschaften oder Parteien im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen.

4 Wesentliche Beteiligungen

- ▶ Siehe «Anhang 38 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft.

5 Durch die Gesellschaft und deren Gruppengesellschaften gehaltene eigene Aktien

	2011		2010	
	Aktienäquivalente	in Mio. CHF	Aktienäquivalente	in Mio. CHF
Zu Beginn des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand ¹	12 228 377	461	16 159 287	827
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	(85 968)	(3)	1 112 550	57
Am Ende des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand ¹	4 010 074	89	12 228 377	461
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	1 718 838	38	(85 968)	(3)

¹ Entspricht 0,3%, 1,0% und 1,4% der per 31. Dezember 2011, 2010 beziehungsweise 2009 ausgegebenen Aktien.

6 Bedeutende Aktionäre

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den bedeutenden Aktionären.

7 Aktienkapital, bedingtes und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group

	Anzahl Namenaktien	Nennwert in CHF	Anzahl Namenaktien	Nennwert in CHF
Aktienkapital per 31. Dezember 2010			1 186 174 442	47 446 978
Bedingtes Kapital				
Optionsscheine und Wandelanleihen				
GV vom 24. April 2009	100 000 000	4 000 000		
Zeichnungen im Dezember 2011 ¹	(16 493 873)	(659 755)	16 493 873	659 755
GV vom 29. April 2011 (kann ausschliesslich im Zusammenhang mit bedingten Wandelanleihen verwendet werden)	400 000 000	16 000 000		
Verbleibendes Kapital	483 506 127	19 340 245		
Mitarbeiteraktien				
GV vom 4. Mai 2007	96 509 721	3 860 389		
Zeichnungen 2007, 2008, 2009 und 2010	(14 550 124)	(582 005)		
Zeichnungen 2011	(21 664 747)	(866 590)	21 664 747	866 590
Verbleibendes Kapital	60 294 850	2 411 794		
Mitarbeiteraktien (Optionsprogramme Donaldson, Lufkin & Jenrette)				
GV vom 4. Mai 2007	7 290 153	291 606		
Zeichnungen 2007, 2008, 2009 und 2010	(2 250 057)	(90 002)		
Zeichnungen 2011	-	-	-	-
Verbleibendes Kapital	5 040 096	201 604		
Genehmigtes Kapital				
Erwerb von Unternehmen/Beteiligungen				
GV vom 29. April 2011 (erneuert)	100 000 000	4 000 000		
Verbleibendes Kapital	100 000 000	4 000 000		
Aktienkapital per 31. Dezember 2011			1 224 333 062	48 973 323

¹ Im Zusammenhang mit der Ausgabe von Pflichtwandelpapieren durch Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Ltd.

8 Risikobeurteilung

- ▶ Siehe «Anhang 42 – Risikobeurteilung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Risikobeurteilung in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht.

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Ende	2011
Bilanzgewinn (in Mio. CHF)	
Gewinnvortrag	3 886
Reingewinn	456
Verfügbarer Bilanzgewinn	4 342
Vortrag auf neue Rechnung	4 342
Total	4 342

Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen

Ende	2011
Reserven aus Kapitaleinlagen (in Mio. CHF)	
Bestand vor Ausschüttung	13 679
Ausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie für 1 224 085 391 Namenaktien – nach Abzug der eigenen Aktien ¹	(918)
Bestand nach Ausschüttung	12 761

¹ Die Anzahl der Namenaktien, die zum Bezug der Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen berechtigt sind, kann am Tag der Ausschüttung wegen der Ausgabe von neuen Aktien und/oder wegen Veränderungen im Bestand der eigenen Aktien verschieden sein.



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zürich

Postfach
 CH-8026 Zürich

Telefon +41 44 249 31 31
 Telefax +41 44 249 23 19
 Internet www.kpmg.ch

Prüfungsbestätigung betreffend bedingte Kapitalerhöhung an den Verwaltungsrat der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Gemäss Ihrem Auftrag haben wir die während der Periode vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 erfolgte Ausgabe neuer Aktien gemäss Generalversammlungsbeschlüsse vom 29. September 2000 und vom 29. April 2011 im Sinne von Art. 653f Abs. 1 OR geprüft.

Es obliegt dem Verwaltungsrat, die Ausgabe von neuen Aktien gemäss den statutarischen Bestimmungen durchzuführen, während unsere Aufgabe darin besteht zu prüfen, ob die Ausgabe im Sinne der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften erfolgt ist. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Verstösse gegen die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir haben die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen vorgenommen und sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Ausgabe von 38,158,620 Namenaktien im Nennwert von CHF 0.04, gesamter Nennwert der ausgegebenen Aktien CHF 1,526,344.80 dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

KPMG AG

Philipp Rickert
 Zugelassener Revisionsexperte

Mirko Liberto
 Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, 30. Januar 2012

Anhang

A-2 Ausgewählte Informationen

A-4 Risikofaktoren

A-14 Abkürzungsverzeichnis

A-16 Glossar

A-20 Informationen für Investoren

**A-22 Finanzinformationen: Termine und
Quellen**

Ausgewählte Informationen

Ausgewählte Informationen – Gruppe

im Jahr / Ende	2011	2010	2009	2008	2007
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	26 225	31 386	33 294	9 268	39 321
Rückstellung für Kreditrisiken	187	(79)	506	813	240
Total Geschäftsaufwand	22 577	23 978	24 711	23 357	25 341
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	3 461	7 487	8 077	(14 902)	13 740
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	671	1 548	1 835	(4 596)	1 248
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	2 790	5 939	6 242	(10 306)	12 492
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	(19)	169	(531)	6
Reingewinn/(-verlust)	2 790	5 920	6 411	(10 837)	12 498
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	837	822	(313)	(2 619)	4 738
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 953	5 098	6 724	(8 218)	7 760
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 953	5 117	6 555	(7 687)	7 754
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	(531)	6
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.37	3.93	5.14	(7.51)	7.06
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	1.37	3.91	5.28	(8.01)	7.07
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.36	3.91	5.01	(7.51)	6.77
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	1.36	3.89	5.14	(8.01)	6.78
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	1 049 165	1 032 005	1 031 427	1 170 350	1 360 680
Aktienkapital	49	47	47	47	46
Eigenkapital der Aktionäre	33 674	33 282	37 517	32 302	43 199
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausstehende Aktien	1 220.3	1 173.9	1 169.2	1 163.9	1 020.6
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.75 ¹	1.30	2.00	0.10	2.50
Quoten (in %)					
Rendite auf den Anlagen	0.3	0.6	0.6	(0.6)	0.6
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	6.0	14.4	18.3	(21.1)	18.0
Dividendenausschüttungsquote	54.7 ¹	33.2	37.9	(1.2)	35.4
Eigenkapitalquote	3.2	3.2	3.6	2.8	3.2

¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 27. April 2012; aus Reserven aus Kapitaleinlagen zu bezahlen.

Ausgewählte Information – Gruppe (Fortsetzung)

im Jahr / Ende	2011	2010	2009	2008	2007
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)					
Private Banking	6 940	6 589	6 236	6 121	5 949
Investment Banking	19 917	20 735	20 155	29 242	37 811
Asset Management	3 359	3 539	3 467	3 285	2 716
Credit Suisse	31 473	31 958	29 810	38 619	46 112
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %)					
Private Banking	34.2	52.5	59.0	63.5	92.9
Investment Banking	1.0	17.6	34.6	(46.7)	9.8
Asset Management	17.5	15.2	2.1	(34.8)	14.9
Credit Suisse	11.6	24.0	27.7	(38.1)	30.5

Ausgewählte Informationen – Bank

im Jahr / Ende	2011	2010	2009	2008	2007
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	24 301	29 598	31 993	7 305	36 890
Rückstellung für Kreditrisiken	97	(124)	460	797	227
Total Geschäftsaufwand	21 842	23 451	24 176	22 347	24 498
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	2 362	6 271	7 357	(15 839)	12 165
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	433	1 258	1 794	(4 922)	844
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	1 929	5 013	5 563	(10 917)	11 321
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	(19)	169	(531)	6
Reingewinn/(-verlust)	1 929	4 994	5 732	(11 448)	11 327
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	901	802	(697)	(3 379)	5 013
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 028	4 192	6 429	(8 069)	6 314
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 028	4 211	6 260	(7 538)	6 308
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	169	(531)	6
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	1 023 175	1 008 761	1 010 482	1 151 669	1 333 742
Aktienkapital	4 400	4 400	4 400	4 400	4 400
Eigenkapital des Aktionärs	27 502	27 783	31 228	26 868	31 334
Anzahl ausstehende Aktien (in Mio.)					
Anzahl ausstehende Aktien	44.0	44.0	44.0	44.0	44.0

Risikofaktoren

Unsere Geschäftsbereiche sind einer Vielzahl verschiedener Risiken ausgesetzt, die sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis oder unsere finanzielle Lage auswirken könnten. Einige dieser Risiken sind im Folgenden beschrieben.

Liquiditätsrisiko

Die Liquidität oder der schnelle Zugang zu finanziellen Mitteln ist für unsere Tätigkeit, und insbesondere für unser Investment Banking, von entscheidender Bedeutung. Wir halten flüssige Mittel bereit, um unseren Verpflichtungen auch unter angespannten Liquiditätsbedingungen nachzukommen.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management für weitere Informationen zu unserer Liquiditätsbewirtschaftung.

Unsere Liquidität könnte beeinträchtigt werden, falls wir nicht in der Lage wären, Zugang zu den Kapitalmärkten zu erhalten oder unsere Anlagen zu verkaufen. Zudem gehen wir von steigenden Liquiditätskosten aus

Unsere Möglichkeiten zur Aufnahme gedeckter und ungedeckter Kredite und die damit verbundenen Kosten können beeinflusst werden durch den Anstieg der Zinsen, die Ausweitung der Kreditrisikoprämien, die Kreditverfügbarkeit, regulatorische Anforderungen im Zusammenhang mit der Liquidität oder durch Wahrnehmung des Marktes von Risiken in Bezug auf uns oder den Bankensektor, einschliesslich unserer vermeintlichen oder tatsächlichen Kreditwürdigkeit. Ist am Fremdkapitalmarkt für ungedeckte lang- oder kurzfristige Kredite keine Refinanzierung erhältlich oder besteht kein Zugang zu den Märkten für gedeckte Kredite, so könnte dies unsere Liquidität erheblich beeinträchtigen. Unter schwierigen Kreditmarktbedingungen ist es möglich, dass unsere Refinanzierungskosten steigen oder dass wir die zur Unterstützung oder Erweiterung unserer Tätigkeit benötigten Mittel nicht aufnehmen können und dass sich diese Tatsache ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirkt. Ab 2009 hat sich der Zugang zu Fremdkapitalmärkten und Märkten für besicherte Darlehen für diejenigen Finanzinstitute, so auch für die Credit Suisse, die nach der Finanzkrise eine relativ solide Position innehatten, generell normalisiert. Die Kosten für die Liquidität sind dennoch gestiegen und wir erwarten, dass sich weitere Kosten aus den regulatorischen Anforderungen an eine höhere Liquidität sowie aus dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld in Europa, den USA und andernorts ergeben werden.

Sollten wir benötigte Mittel an den Kapitalmärkten nicht aufnehmen können, ist es möglich, dass wir unbelastete Vermögenswerte liquidieren müssen, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Herrscht Liquiditätsknappheit, ist es möglich, dass wir bestimmte unserer Anlagen nicht oder nur zu niedrigeren Preisen verkaufen können, was sich beides ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere finanzielle Lage auswirken könnte.

Unsere Geschäftsbereiche verlassen sich zu Refinanzierungszwecken stark auf unsere Einlagen

Unsere Geschäftsbereiche nutzen kurzfristige Refinanzierungsquellen. Dazu zählen primär Sichteinlagen, Inter-Bank-Kredite, Termingelder und Kassa-Anleihen. Obwohl die Einlagen langfristig eine stabile Refinanzierungsquelle dargestellt haben, kann dies nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Sollte sich daran etwas ändern, könnte unsere Liquidität beeinträchtigt werden, und wir wären unter Umständen nicht in der Lage, Einlagenrückzügen auf Verlangen oder bei ihrer vertraglichen Fälligkeit nachzukommen, Kredite bei Fälligkeit zu tilgen oder neue Kredite, Anlagen und Geschäfte zu refinanzieren.

Änderungen unserer Ratings könnten unsere Tätigkeit beeinträchtigen

Die Ratings werden durch Ratingagenturen vergeben. Diese können ihre Ratings jederzeit herabsetzen, ihre Herabsetzungsabsicht andeuten oder die Ratings zurückziehen. Die grossen Ratingagenturen konzentrieren sich nach wie vor auf die Finanzdienstleistungsbranche und insbesondere auf die offene Frage, ob Unternehmen, die ein systemisches Risiko darstellen, in einer Finanz- beziehungsweise Kreditkrise Unterstützung seitens des Staates oder der Notenbanken erhalten würden, und auf die potenzielle Anfälligkeit solcher Unternehmen gegenüber der Marktstimmung und dem Marktvertrauen, vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten. So senkte Fitch Ratings (Fitch) beispielsweise im Dezember 2011 nach Abschluss einer umfangreichen Revision der Ratings der grössten Banken der Welt die Ratings für acht «weltweit agierende Wertpapierhandels- und Universalbanken», darunter die Credit Suisse. Im Zuge dessen gab Fitch an, dass die Herab-

setzungen die Herausforderungen widerspiegeln, mit denen die Branche als Ganzes konfrontiert ist, und nicht die negativen Entwicklungen der zugrunde liegenden grundsätzlichen Kreditwürdigkeit der einzelnen Banken. Weitere Herabsetzungen der uns verliehenen Ratings, insbesondere unserer Kreditratings, könnte unsere Fremdkapitalkosten erhöhen, unseren Zugang zu den Kapitalmärkten einschränken, unsere Kapitalkosten steigern und die Fähigkeit unserer Geschäftsbereiche zum Verkauf und zur Vermarktung ihrer Produkte, zum Abschluss von Geschäftstransaktionen – insbesondere längerfristiger und derivativer Transaktionen – und zur Bindung von Kunden beeinträchtigen.

Marktrisiko

Wir könnten durch Marktschwankungen und Volatilität in unserer Handels- und Anlagetätigkeit erhebliche Verluste erleiden

Obwohl wir 2011 unsere Bilanz weiter reduziert und die Umsetzung unserer kundenorientierten und kapitaleffizienten Strategie beschleunigt vorangetrieben haben, halten wir weiterhin grosse Handels- und Anlagepositionen und Absicherungen in den Kredit-, Devisen- und Aktienmärkten wie auch in Private Equity, Hedgefonds, Immobilien und anderen Vermögensgeschäften. Diese Positionen könnten durch die Volatilität der Finanz- und anderer Märkte – das heisst durch das Ausmass von Preisschwankungen über einen bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Markt, ganz unabhängig vom Marktniveau – beeinträchtigt werden. Insofern als wir in diesen Märkten Anlagen besitzen oder Netto-Longpositionen halten, könnte ein entsprechender Marktrückgang Verluste aufgrund eines Wertrückgangs unserer Netto-Longpositionen zur Folge haben. Umgekehrt könnte uns, insofern als wir in entsprechenden Märkten Anlagen, die wir nicht besitzen, verkauft haben oder Netto-Shortpositionen halten, ein entsprechender Marktaufschwung potenziell erhebliche Verluste einbringen, wenn wir unsere Netto-Shortpositionen durch den Kauf von Anlagen in einem steigenden Markt zu decken versuchen. Marktschwankungen, Kursrückgänge und Volatilität können den Fair Value unserer Positionen und unser Geschäftsergebnis ungünstig beeinflussen. Die negativen Markt- und Wirtschaftslagen beziehungsweise -trends haben in der Vergangenheit zu einem ausgeprägten Rückgang unserer Nettoerträge und unserer Rentabilität geführt. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein.

Unsere Geschäfte unterliegen in den Ländern, in denen wir weltweit tätig sind, einem Verlustrisiko bei widrigen Marktbedingungen und ungünstigen wirtschaftlichen, monetären, politischen, rechtlichen und anderweitigen Entwicklungen

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen sind wir mit unseren Geschäftsbereichen von den Bedingungen an den Finanzmärkten und von den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen in Europa, den USA und anderen Ländern auf der ganzen Welt stark abhängig. Die Erholung von der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 geht in einigen entscheidenden Märkten nur schleppend voran. Im Verlauf des Jahres 2011 entstanden zusätzliche neue Herausforderungen, insbesondere in Europa, das unter der anhaltenden Unsicherheit bezüglich der Zukunft des Euro litt, und in den USA, deren Staatsanleihen erstmals in der Geschichte der Neuzeit herabgestuft wurden. Unsere Finanz- und Ertragslage könnte in erheblichem Masse negativ betroffen sein, wenn sich diese Bedingungen nicht verbessern oder wenn sie stagnieren oder sich verschlechtern. Des Weiteren kam es in mehreren Ländern, in denen wir tätig sind oder investieren, zu erheblichen, jeweils landestypischen oder regional geprägten konjunkturellen Störungen, einschliesslich extremer Wechselkursschwankungen, hoher Inflation, niedrigen oder negativen Wachstums nebst anderen negativen Bedingungen. Im Jahr 2011 wuchsen die Sorgen wegen bestimmter europäischer Länder wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien zunehmend. Die Sorgen drehten sich um die schwache Wirtschafts- und Finanzlage dieser Länder und darum, wie sich diese Schwäche auf andere Volkswirtschaften und Finanzinstitute (einschliesslich der Credit Suisse) auswirken könnte, die diesen Ländern Geld liehen oder mit ihnen oder in ihren Ländern Geschäfte tätigten. Es besteht immer die Möglichkeit, dass sich wirtschaftliche Störungen in anderen Ländern, selbst in solchen, in denen wir derzeit keine Geschäfte tätigen oder Betriebe unterhalten, nachteilig auf unsere Geschäfte und Ergebnisse auswirken.

Ungünstige Markt- und Wirtschaftsbedingungen stellen die Finanzdienstleister weiterhin vor grosse geschäftliche Herausforderungen. Namentlich der Einfluss der Zinssätze und der Wechselkurse, das Risiko geopolitischer Ereignisse, die Schwankungen der Rohstoffpreise, die europäische Staatsschulden- und die US-amerikanische Staatsschuldenkrise wirkten sich auf die Finanzmärkte und die Wirtschaft aus. In den letzten Jahren beeinträchtigten Zinsschwankungen unseren Zinserfolg und den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im festverzinslichen Bereich. Zudem minderten Bewegungen an den Aktienmärkten zusammen mit dem branchenweit gesunkenen Emissionsvolumen den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im Aktienbereich, während sich

die Stärke des Schweizer Frankens nachteilig auf unseren Ertrag und Reingewinn ausgewirkt hat.

Derart ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen können die Zahl und den Umfang der Investment-Banking-Transaktionen einschränken, für welche wir Emissions-, Fusions- und Übernahmeberatungen oder andere Dienstleistungen erbringen, und sich daher ungünstig auf unsere Finanzberatungshonorare und Übernahmeprovisionen auswirken. Unter Umständen schlagen sich diese Entwicklungen sowohl in der Art als auch im Umfang der von uns für Kunden getätigten Wertpapiergeschäfte nieder und belasten unseren Nettoertrag aus Kommissionen und Spreads. Darüber hinaus gehen mehrere unserer Geschäftsbereiche Transaktionen mit Obligationen staatlicher Stellen ein oder handeln mit diesen, darunter mit supranationalen, nationalen, bundesstaatlichen, Provinzial-, Kommunal- und Lokalbehörden. Durch diese Aktivitäten können wir höheren Länder-, Kredit-, operationellen und Reputationsrisiken ausgesetzt sein. Dazu zählen auch die Risiken, dass eine staatliche Institution ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, es zu einer Umschuldung ihrer Verbindlichkeiten kommt oder vorgebracht wird, dass die von Beamten durchgeführten Handlungen über deren rechtliche Befugnis hinausgingen, was unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis belasten könnte.

Ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen beeinträchtigten in den letzten Jahren unsere Geschäfte. Dazu gehören das niedrige Zinsumfeld, ein weiterhin vorsichtiges Verhalten seitens der Anleger, das branchenweit gesunkene Emissionsvolumen und eine gedämpfte Fusions- und Übernahmetätigkeit. Diese negativen Faktoren schlugen sich in niedrigeren Kommissions- und Gebührenerträgen aus Umsätzen und Handel im kundenorientierten Geschäft und aus Vermögensverwaltungsaktivitäten nieder, was auch die vom Wert unserer Kundenportfolios abhängigen Kommissions- und Gebührenerträge umfasst. Eine Anlageperformance, die unter derjenigen der Konkurrenz oder unter den Vermögensverwaltungsbenchmarks liegt, könnte einen Rückgang der verwalteten Vermögen und der entsprechenden Gebühren zur Folge haben und die Gewinnung von Neukunden erschweren. Im Zusammenhang mit den jüngsten Verwerfungen an den Finanz- und Kreditmärkten verlagerten die Kunden ihre Nachfrage eindeutig zuungunsten der komplexen Produkte und bauten in grossem Stil Fremdmittel ab. Solange sich dieser Trend fortsetzt, sind negative Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis der Kunden im Bereich Asset Management und Wealth Management Clients nicht auszuschliessen, wie die Vergangenheit gezeigt hat.

Weiter wirkten sich die ungünstigen Markt- oder Wirtschaftsbedingungen auch negativ auf unsere Private-Equity-Beteiligungen aus. Wenn nämlich ein Private-Equity-Invest-

ment erheblich an Wert einbüsst, ist es möglich, dass wir keine höhere Beteiligung an den Erträgen und Gewinnen der betreffenden Anlage erhalten (auf die wir in bestimmten Fällen Anspruch haben, wenn der Ertrag entsprechender Anlagen eine bestimmte Ertragsschwelle übersteigt), dass wir zuvor entgegengenommene Carried-Interest-Überschusszahlungen an Investoren rückerstatten müssen und dass wir unseren Pro-rata-Anteil am investierten Kapital verlieren. Ausserdem könnte es schwieriger werden, die Anlage abzustossen, da auch gut abschneidende Anlagen in schwachen IPO-Märkten schwer veräusserbar sein können.

Neben den oben erörterten makroökonomischen Faktoren können weitere Ereignisse ausserhalb unserer Kontrolle, darunter Terroranschläge, militärische Konflikte, Wirtschafts- oder politische Sanktionen, Pandemien, politische Unruhen oder Naturkatastrophen in erheblichem Masse einen negativen Einfluss auf die Wirtschafts- und Marktlage, die Marktvolatilität und die Finanzaktivität haben und sich auch in unseren Geschäften und Ergebnissen niederschlagen.

Wir könnten erhebliche Verluste im Immobiliensektor erleiden

Wir finanzieren und erwerben Eigenpositionen in einer Reihe von Immobilien und immobilienbezogenen Produkten in erster Linie für Kunden und schaffen Kredite, die durch Wohn- und Geschäftsliegenschaften besichert sind. Weiter verbriefen und handeln wir mit Immobilien und damit verbundenen Krediten und Hypotheken im Wohnliegenschaftsbereich sowie mit anderen Wohn- und Geschäftsimmobilienanlagen und -produkten, einschliesslich Residential Mortgage-backed Securities. Unsere Immobiliengeschäfte und Risikopositionen könnten weiterhin negativ vom Rückgang auf den Immobilienmärkten, anderen Marktsektoren und der Wirtschaft allgemein beeinflusst werden. Insbesondere könnte die Überhitzung des Immobilienmarkts in bestimmten Teilen der Schweiz erhebliche negative Auswirkungen auf unser Immobiliengeschäft haben.

Das Halten grosser und konzentrierter Positionen könnte uns anfällig für hohe Verluste machen

Risikokonzentrationen könnten Verluste in unserem Private Banking und Investment Banking erhöhen, da diese Bereiche umfangreiche Kredite an und Wertpapierbestände von bestimmten Kunden, Branchen oder Ländern aufweisen können. Unser Nettoertrag könnte auch von einem rückläufigen Wirtschaftswachstum in Sektoren, in denen wir etwa durch die Zeichnung von Finanzinstrumenten, Kreditvergaben oder Beratungsdienstleistungen hochgradig engagiert sind, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Durch das grosse Transaktionsvolumen, das wir routinemässig mit Broker-Dealern, Banken, Fonds und anderen Finanzinstituten abwickeln, weisen wir bedeutende Risikokonzentrationen im Finanzdienstleistungssektor auf. Auch können wir durch unsere normale Geschäftstätigkeit eine Risikokonzentration bezüglich einer bestimmten Gegenpartei aufweisen. Wir, wie auch andere Häuser, passen in Abstimmung mit den für uns zuständigen Aufsichtsbehörden unsere Verfahren und unsere Geschäftstätigkeit laufend an die neuen Einsichten in die eingegangenen systemischen Risiken und Klumpenrisiken bei Finanzinstituten sowie den Umgang mit diesen Risiken an. Die Regulierungsbehörden fokussieren sich weiterhin auf diese Risiken und es bestehen zahlreiche neue Regulierungen und Gesetzesentwürfe der Regierung sowie eine erhebliche andauernde regulatorische Unsicherheit im Hinblick darauf, wie man diesen Risiken am besten begegnen kann. Es können keine Zusicherungen gemacht werden, dass die Anpassungen unserer Geschäftstätigkeit beziehungsweise der Finanzbranche sowie der Verfahren und entsprechenden Vorschriften sich im Management dieser Risiken als effizient erweisen.

- ▶ [Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen.](#)

Eine Risikokonzentration kann dazu führen, dass wir Verluste erleiden, auch wenn die Wirtschafts- und Marktbedingungen für andere Vertreter unserer Branche generell günstig sind.

Es ist möglich, dass unsere Hedging-Strategien Verluste nicht verhindern

Falls einzelne der vielfältigen Instrumente und Strategien, die wir zur Absicherung unserer Engagements gegenüber verschiedenen Arten von Risiken im Rahmen unserer Tätigkeit einsetzen, nicht wirksam sind, kann das für uns Verluste zur Folge haben. Möglicherweise können wir dann keine Absicherungen erwerben oder sind nur teilweise abgesichert, oder unsere Hedging-Strategien können ihre Wirkung nicht voll entfalten, um unsere Risikoexposition in allen Marktumgebungen oder gegenüber allen Arten von Risiken zu verringern.

Marktrisiken könnten die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, erhöhen

Neben den oben beschriebenen potenziell ungünstigen Auswirkungen auf unsere Tätigkeit könnte das Marktrisiko die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, noch verschlimmern. Sollten wir beispielsweise erhebliche Handelsverluste erleiden, könnte unser Liquiditätsbedarf stark zunehmen, während unser Zugang zu flüssigen Mitteln beeinträchtigt sein könnte. In Verbindung mit einem weiteren Marktrückgang könnten zudem auch unsere Kunden und Gegenparteien wiederum selbst erhebliche Verluste erleiden, so dass deren

finanzielle Lage geschwächt und unser mit ihnen eingegangenes Kredit- und Gegenparteirisiko dadurch erhöht würde.

Kreditrisiko

Wir könnten durch unsere Kreditengagements erhebliche Verluste erleiden

Für unsere Geschäftsbereiche besteht das grundsätzliche Risiko, dass ihre Schuldner und andere Gegenparteien nicht in der Lage sein könnten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unsere Kreditrisiken bestehen bei einem breiten Spektrum von Transaktionen mit einer Vielzahl von Kunden und Gegenparteien, unter anderem im Rahmen von Kreditbeziehungen, Engagements und Akkreditiven sowie bei Derivat-, Devisen- und anderen Transaktionen. Verschärft werden können diese Risiken durch negative Konjunktur- oder Markttrends sowie durch eine erhöhte Volatilität in relevanten Märkten oder Instrumenten. Darüber hinaus können Störungen in der Liquidität oder Transparenz der Finanzmärkte dazu führen, dass wir unsere Positionen nicht verkaufen, syndizieren oder ihren Wert realisieren können, sodass erhöhte Konzentrationen entstehen. Wenn diese Positionen nicht reduziert werden können, erhöht dies unter Umständen nicht nur die mit ihnen verbundenen Markt- und Kreditrisiken, sondern auch die Höhe der risikogewichteten Aktiven in unserer Bilanz, wodurch sich wiederum unsere Eigenkapitalanforderungen erhöhen. All dies kann sich negativ auf unser Geschäft auswirken.

- ▶ [Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zur Bewirtschaftung von Kreditrisiken.](#)

Die Festlegung der Rückstellungen für Kreditverluste durch die Geschäftsleitung ist eine wichtige Ermessensfrage. Es ist möglich, dass unsere Bankbereiche ihre Rückstellungen für Kreditverluste erhöhen müssen oder dass sie Verluste verzeichnen, welche die vorgenommenen Rückstellungen übersteigen, sofern sich unsere ursprünglichen Verlustschätzungen als inadäquat erweisen sollten. Dies könnte unser Geschäftsergebnis erheblich beeinträchtigen.

- ▶ [Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze», «Anhang 10 – Rückstellung für Kreditverluste» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigungen für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rückstellungen für Kreditverluste und zur Minderung von Risiken.](#)

Die regelmässige Überprüfung der Bonität unserer Kunden und Gegenparteien im Hinblick auf Kreditverluste erfolgt unabhängig von der buchhalterischen Behandlung der Vermögenswerte oder Engagements. Änderungen der Bonität von Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, die zum Fair Value bilanziert werden, werden im Handelsertrag ausgewiesen.

Wir waren aus Konkurrenzgründen in der Vergangenheit dem Druck ausgesetzt, längerfristige Kreditrisiken einzugehen, Kredite gegen weniger liquide Sicherheiten bereitzustellen und für derivative Instrumente auf Basis der von uns übernommenen Kreditrisiken eine aggressivere Preispolitik zu verfolgen. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein. Wir gehen davon aus, dass diese Risiken eine Erhöhung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an uns sowie an die gesamte Finanzdienstleistungsbranche zur Folge haben werden.

Zahlungsausfälle eines grossen Finanzinstituts könnten sich ungünstig auf die Finanzmärkte im Allgemeinen und auf uns im Besonderen auswirken

Befürchtungen oder auch bloss entsprechende Gerüchte oder tatsächliche Zahlungsausfälle eines Finanzinstituts könnten zu erheblichen Liquiditätsproblemen, Verlusten oder Zahlungsausfällen auch anderer Institute führen, da die Bonität vieler Finanzinstitute aufgrund ihrer gegenseitigen Kredit-, Handels-, Clearing- und anderen Beziehungen eng miteinander verbunden ist. Dieses Risiko wird auch als «systemisches Risiko» bezeichnet. Die Befürchtungen betreffend Zahlungsausfälle und Konkurse vieler Finanzinstitute, insbesondere jener mit hohem Engagement in der Eurozone, bestanden auch im Jahr 2011 weiter und könnten weitere Verluste oder Zahlungsausfälle von Finanzinstituten und Finanzintermediären, mit denen wir im Tagesgeschäft zu tun haben, beispielsweise Clearing-Stellen und Clearing-Häusern, Banken, Wertpapierfirmen und Börsen, zur Folge haben. Unser Kreditrisiko nimmt ausserdem zu, wenn sich die von uns gehaltenen Sicherheiten nicht realisieren lassen oder nur zu Preisen realisiert werden, welche die eingegangenen Risiken nicht vollumfänglich decken.

Die von uns zur Bewirtschaftung unseres Kreditrisikos verwendeten Informationen könnten unrichtig oder unvollständig sein

Obwohl wir unsere Kreditengagements gegenüber spezifischen Kunden und Gegenparteien wie auch gegenüber spezifischen Branchen, Ländern und Regionen, die unseres Erachtens Kreditprobleme in sich bergen könnten, regelmässig überprüfen, könnten Ausfallrisiken aufgrund von Ereignissen oder Umständen entstehen, die schwer vorzusehen oder zu erkennen sind, wie etwa Betrug. Auch ist es möglich, dass

wir keine vollständigen Informationen über die Kredit- oder Handelsrisiken einer Gegenpartei erhalten.

Schätzungs- und Bewertungsrisiken

Wir nehmen Schätzungen und Bewertungen vor, die einen Einfluss auf unsere ausgewiesenen Ergebnisse haben. Dazu gehören die Schätzung des Fair Value bestimmter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Bildung von Rückstellungen für Schadensmöglichkeiten und für Verluste im Zusammenhang mit Ausleihungen, Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Verfahren, die Verbuchung von Wertberichtigungen auf Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, die Beurteilung unserer Möglichkeiten zur Aktivierung latenter Steuerguthaben, die Bewertung aktienbasierter Mitarbeiterentschädigungen sowie die Berechnung der Aufwendungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Pensionsplänen. Diese Schätzungen sind Ermessenssache und beruhen auf den verfügbaren Informationen. Unsere tatsächlichen Resultate können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen.

- ▶ Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen Schätzungen und Bewertungen.

Die verwendeten Schätzungen und Bewertungen beruhen auf Modellen und Verfahren zur Prognose von wirtschaftlichen Bedingungen und Marktbeziehungsweise sonstigen Ereignissen, welche die Fähigkeit von Gegenparteien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber oder auch den Wert der Vermögenswerte beeinflussen könnten. Falls die verwendeten Modelle und Verfahren aufgrund unvorhergesehener Marktbedingungen, Illiquidität oder Volatilität an Aussagekraft verlieren, könnte unsere Fähigkeit zu zutreffenden Schätzungen und Bewertungen negativ beeinflusst werden.

Risiken im Zusammenhang mit ausserbilanziellen Gesellschaften

Wir gehen im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit Geschäfte mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ein, wobei bestimmte dieser Gesellschaften nicht zum Konsolidierungskreis gehören. Ihre Aktiven und Passiven sind somit ausserbilanzieller Art. Die Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung verpflichten uns dazu, zu Beginn sowie bei Eintreten bestimmter Ereignisse zu überprüfen, ob eine Konsolidierung angebracht ist. Gegebenenfalls ist

diese Prüfung wesentlich vom Ermessen des Managements abhängig. Die Rechnungslegungsvorschriften zu diesem Thema haben sich geändert; weitere Änderungen sind nicht auszuschliessen. Falls wir eine SPE zu konsolidieren haben, würden deren Aktiven und Verbindlichkeiten in unserer konsolidierten Bilanz ausgewiesen, während die entsprechenden Gewinne und Verluste in unserer konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst würden. Dieser Vorgang könnte sich negativ auf unser Geschäftsergebnis und unsere Eigenkapitalquote sowie das Verhältnis Fremd- zu Eigenmitteln auswirken.

- ▶ Siehe «Ausserbilanz» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Bilanzielle, ausserbilanzielle und andere vertragliche Verpflichtungen und «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den Geschäften der Gruppe mit SPEs und ihren Verbindlichkeiten solchen Gesellschaften gegenüber.

Grenzüberschreitende und Fremdwährungsrisiken

Grenzüberschreitende Risiken könnten unsere Markt- und Kreditrisiken erhöhen

Länder-, Regions- und politische Risiken sind Bestandteile des Markt- und Kreditrisikos. Die Finanzmärkte und allgemeinen Wirtschaftsbedingungen waren immer schon und können jederzeit von entsprechenden Risiken betroffen sein. Der wirtschaftliche oder politische Druck in einem Land oder einer Region kann sich beispielsweise infolge lokaler Marktstörungen, Währungskrisen, geldpolitischer Kontrollen oder anderer Faktoren ungünstig auf die Fähigkeit von Kunden oder Gegenparteien im betreffenden Land oder in der betreffenden Region auswirken, was ihre Beschaffung von ausländischen Währungen oder Krediten und somit die Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber betrifft. Dies wiederum kann sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken.

Wir könnten erhebliche Verluste in den Emerging Markets erleiden

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen und Branchenleader in den Emerging Markets sind wir der wirtschaftlichen Instabilität, die in Emerging Markets herrschen kann, ausgesetzt. Wir überwachen diese Risiken, streben eine Diversifizierung in den Branchen, in die wir investieren, an und stellen das kundenbezogene Geschäft in den Mittelpunkt. Trotzdem ist es jedoch möglich, dass unsere Bestrebungen zur Begrenzung des Emerging-Market-Risikos nicht immer erfolgreich sind.

Wechselkursschwankungen könnten sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken

Wir sind Risiken ausgesetzt, die mit Wechselkursschwankungen verbunden sind, vor allem gegenüber dem US-Dollar. Vor allem lautet ein bedeutender Anteil der Aktiven und Passiven in unserem Investment Banking und Asset Management auf andere Währungen als den Schweizer Franken, während unsere finanzielle Berichterstattung primär in Schweizer Franken erfolgt. Auch unser Gesellschaftskapital lautet auf Schweizer Franken, und wir verfügen nicht über eine vollständige Absicherung unserer Kapitalausstattung gegenüber Wechselkursveränderungen. Obwohl die Schweizerische Nationalbank eine Kursuntergrenze für den Schweizer Franken gegenüber dem Euro festgelegt hat, legte der Schweizer Franken 2011 gegenüber dem US-Dollar und dem Euro erheblich an Wert zu. Insbesondere die Aufwertung des Schweizer Franken und die Wechselkursschwankungen im Allgemeinen wirkten sich in den letzten Jahren ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere Kapitalausstattung aus und auch künftig könnte ein solcher Effekt entstehen.

Operationelles Risiko

Wir sind einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken einschliesslich Informationstechnologierisiken ausgesetzt

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Obwohl wir über Pläne zur Gewährleistung der Geschäftskontinuität verfügen, sind unsere Geschäftsbereiche im Allgemeinen mit einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken konfrontiert. Dazu gehören Technologierisiken, die durch Abhängigkeiten gegenüber der Informationstechnologie, unabhängigen Zulieferern und der Telekommunikationsausrüstung entstehen. Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen verlassen wir uns in hohem Masse auf unsere Finanz-, Buchführungs- und sonstigen EDV-Systeme, die vielseitig und komplex sind. Unser Unternehmen ist darauf angewiesen, dass wir grosse Volumina unterschiedlicher und komplexer Transaktionen verarbeiten können. Dazu gehören auch derivative Transaktionen, deren Volumina und Komplexität zugenommen haben. Wir sind operationellen Risiken ausgesetzt, die aus Fehlern in der Ausführung, Bestätigung oder Abrechnung von Transaktionen oder aufgrund der nicht ordnungsgemässen Registrierung und Verbuchung von Transaktionen stammen. Die regulatorischen Anforderungen in diesem Bereich haben sich erhöht und werden sich in Zukunft voraussichtlich weiter erhöhen.

Informationssicherheit, Vertraulichkeit der Daten und Datenintegrität sind für unser Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Trotz der Vielzahl unserer Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit unserer Systeme und Daten ist es nicht immer möglich, die sich laufend verändernde Bedrohungslage vorherzusehen und alle Risiken für unsere Systeme und Daten zu mindern. Zudem könnten Risiken in Bezug auf Systeme und Daten von Kunden, Lieferanten, Dienstleistern, Gegenparteien und anderen Drittparteien auch uns betreffen.

Falls irgendwelche unserer Systeme infolge von Cyber-Angriffen, Verstösse gegen Sicherheitsvorschriften, unbefugten Zugriffen, Datenverlust oder -zerstörung, Dienstaussfällen, Computerviren oder anderen Ereignissen, die sich negativ auf die Sicherheit auswirken könnten, nicht ordnungsgemäss funktionieren oder kompromittiert werden, könnten wir in Rechtsstreitigkeiten verwickelt werden oder finanziellen Verlusten, Geschäftsunterbrüchen, Schadenersatzforderungen seitens unserer Kunden, Interventionen der Aufsichtsbehörden oder einer Rufschädigung ausgesetzt sein. Derartige Ereignisse könnten uns auch zwingen, erhebliche zusätzliche Ressourcen aufzuwenden, um unsere Schutzvorkehrungen anzupassen oder Sicherheitslücken oder andere Gefährdungen zu untersuchen und zu beseitigen.

Wir könnten durch Fehlverhalten von Mitarbeitenden Verluste erleiden

Unsere Geschäftsbereiche sind Risiken ausgesetzt, die durch mögliche Nichteinhaltung von Richtlinien, Fehlverhalten von Mitarbeitenden, Fahrlässigkeit oder Betrug entstehen könnten und sowohl Sanktionen der Aufsichtsbehörden, eine schwerwiegende Rufschädigung als auch finanzielle Verluste nach sich ziehen könnten. In den vergangenen Jahren haben einige multinationale Finanzinstitute aufgrund fehlbarer Handlungen von Händlern oder anderen Mitarbeitern erhebliche Verluste erlitten. Ein Fehlverhalten von Mitarbeitenden lässt sich nicht immer verhindern, und es ist möglich, dass die von uns ergriffenen Vorsichtsmassnahmen zur Verhinderung und Erkennung entsprechender Aktivitäten nicht immer wirksam sind.

Risikomanagement

Wir verfügen über Risikomanagementtechniken und Richtlinien zur Bewirtschaftung unserer Risiken. Es ist jedoch möglich, dass diese Techniken und Richtlinien, insbesondere in hochvolatilen Märkten, nicht immer wirksam sind. Wir passen unsere Risikomanagementtechniken laufend an die Änderungen in den Finanz- und Kreditmärkten an. Diese Anpassungen betreffen in erster Linie die Value-at-Risk-Berechnung, welche

auf historischen Daten beruht. Risikomanagementprozesse können niemals alle Marktentwicklungen oder -ereignisse voraussagen. Deshalb ist es möglich, dass unsere Risikomanagementprozesse und Absicherungsstrategien, ebenso wie die ihnen zugrunde liegenden Beurteilungen, nicht in der Lage sind, unsere Risikoexposition in allen Märkten und gegenüber allen Arten von Risiken vollständig zu mindern.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem Risikomanagement.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Unser Risiko aus gesetzlicher Haftpflicht ist erheblich

Unsere Geschäftsbereiche sind erheblichen rechtlichen Risiken ausgesetzt. Der Umfang und die Zahl der in Gerichtsverfahren, regulatorischen Verfahren und anderen Rechtsstreiten gegen Finanzdienstleistungsunternehmen erhobenen Schadenersatzforderungen sind in Zunahme begriffen.

Wir und unsere Tochtergesellschaften sind einer Reihe wichtiger Rechtsprozesse, regulatorischer Massnahmen und Untersuchungen ausgesetzt. Unvorteilhafte Ergebnisse einzelner oder mehrerer dieser Verfahren könnten innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter anderem je nach unseren Ergebnissen im betreffenden Zeitraum erhebliche Auswirkungen auf unser Geschäftsergebnis haben.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen und anderen rechtlichen und regulatorischen Verfahren, die das Investment Banking und die übrigen Geschäftsbereiche betreffen.

Die Ergebnisse vieler rechtlicher, regulatorischer und sonstiger Streitverfahren, in die unsere Geschäftsbereiche involviert sind, lassen sich schwer abschätzen. Das gilt insbesondere für Fälle, in denen Forderungen durch verschiedene Klägerkategorien erhoben werden, in denen Schadenersatz für nicht spezifizierte oder nicht feststellbare Beträge gefordert wird oder die neuartige rechtliche Forderungen betreffen. Das Management ist im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten verpflichtet, Reserven für Verluste, die wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können, zu bilden, zu erhöhen oder freizugeben.

- ▶ Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Regulatorische Änderungen können unser Geschäft und unsere Fähigkeit zur Umsetzung strategischer Pläne beeinträchtigen

Als Akteur innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche unterstehen wir umfassenden Regulierungen durch staatliche Stellen, Aufsichtsbehörden und Selbstregulierungsorganisationen in der Schweiz, in Europa, in den USA und in anderen Rechtsgebieten auf der ganzen Welt, in denen wir tätig sind. Diese Regulierungen werden immer umfangreicher und komplexer, und in den letzten Jahren sind die Kosten in Verbindung mit der Einhaltung dieser Vorschriften und die von den Aufsichtsbehörden beantragten und verhängten Strafen und Bussgelder für die Finanzdienstleistungsindustrie deutlich angestiegen. Oft dienen diese Regulierungen dazu, unsere Tätigkeit einzuschränken, was unter anderem durch Vorschriften betreffend erhöhter Kapitalanforderungen, den Kundenschutz und das Marktverhalten wie auch durch direkte oder indirekte Einschränkungen bezüglich der Tätigkeitsbereiche, in denen wir operieren und investieren dürfen, erfolgt. Diese Einschränkungen können negative Auswirkungen auf unser Geschäft und unsere Fähigkeit haben, strategische Initiativen umzusetzen.

Seit 2008 setzen die Aufsichtsbehörden und Regierungen einen Schwerpunkt in die Reform der Finanzdienstleistungsbranche. So erweiterten sie unter anderem ihre Anforderungen an die Kapital-, Fremdmittel- und Liquiditätsausstattung, setzten Veränderungen in der Vergütungspraxis (einschliesslich steuerlicher Aspekte) durch und ergriffen Massnahmen zur Minderung des systemischen Risikos. Wir sind bereits in vielen unserer Geschäftsbereiche von diesen verschärften Regulierungen betroffen und rechnen mit zunehmenden Regulierungen und Überprüfungen sowie Vollzugsmassnahmen. Wir nehmen an, dass diese Entwicklung unsere Kosten erhöhen und unsere Fähigkeit zu bestimmten Geschäftstätigkeiten beeinflussen wird. So kann unser Geschäft beispielsweise durch Regulierungsmassnahmen wie zusätzliche Anforderungen an das Eigenkapital, die Eigenmittelunterlegungsquote, Bestimmungen bezüglich des Leverage Capitals und Liquiditätsvorschriften beeinträchtigt werden, die wir mit der in erster Linie für uns in der Schweiz zuständigen Behörde, der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), vereinbart haben, sowie durch die laufende Umsetzung der Vorschriften im Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (einschliesslich der «Volcker Rule» und der Regulierung von Derivaten) in den USA und andere regulatorische Entwicklungen, die in *I – Informationen zum Unternehmen – Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden* beschrieben sind. Wir gehen davon aus, dass wir – wie die gesamte Finanzdienstleistungsbranche – auch im Jahr 2012 mit einer beträchtlichen Unsicherheit über den Umfang und Inhalt der regulatorischen Reformen zu rechnen haben.

Trotz unseren besten Bemühungen um Einhaltung der geltenden Vorschriften bleiben verschiedene Risiken bestehen. Das gilt insbesondere für Bereiche, in denen die geltenden Vorschriften unklar sind, in denen die Aufsichtsbehörden ihre bisherigen Richtlinien überarbeiten oder in denen die Gerichte frühere Urteile revidieren. In vielen Rechtsgebieten sind die Behörden berechtigt, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gegen uns anzustrengen, die unter anderem zur Suspendierung oder zum Widerruf unserer Konzessionen, zu Unterlassungsverfügungen, Bussen, zivil- oder strafrechtlichen Strafen oder anderen Disziplinarmassnahmen führen könnten, die sich äusserst ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken und unseren Ruf schwerwiegend schädigen könnten.

Änderungen der Gesetze, Vorschriften und Regeln beziehungsweise ihrer Auslegung oder ihres Vollzugs oder die Umsetzung neuer Gesetze, Vorschriften und Regeln können sich negativ auf unser Geschäftsergebnis auswirken.

- ▶ [Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für eine Beschreibung des regulatorischen Systems und der Eigenkapitalanforderungen an die Gruppe sowie eine Zusammenfassung einiger der bedeutenden regulatorischen und gesetzgeberischen Reformvorschläge für die Finanzindustrie.](#)

Geldpolitische Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum voraussagen

Die Geldpolitik der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden in der Schweiz, den USA und weiteren Ländern beeinflusst unsere Arbeit. Die Massnahmen der Fed und anderer Behörden des Bankwesens schlagen sich direkt in unseren Kosten für Mittel zur Kreditgewährung, für die Kapitalbeschaffung sowie für Anlagen nieder. Zudem können sie den Wert von Finanzinstrumenten in unserem Besitz sowie das Wettbewerbs- und Betriebsumfeld in der Finanzdienstleistungsbranche beeinflussen. Viele Zentralbanken haben ihre Geldpolitik erheblich geändert. Wir können nicht vorhersehen, ob diese Änderungen wesentliche negative Auswirkungen auf uns oder unsere Geschäfte haben werden. Änderungen der Geldpolitik üben möglicherweise auch einen Einfluss auf die Bonität unserer Kunden aus. Sämtliche geldpolitischen Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum vorher-sagen.

Rechtliche Einschränkungen gegenüber unseren Kunden könnten die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen reduzieren

Wir könnten nicht nur durch Vorschriften, denen wir als Finanzdienstleistungsunternehmen unterstehen, erheblich beeinträchtigt werden, sondern auch durch Vorschriften von allgemeiner Gültigkeit. Beispielsweise könnte unser

Geschäftsumfang in einem Jahr unter anderem durch bestehende und vorgeschlagene Steuergesetze, Kartell- und Wettbewerbsrichtlinien, Corporate-Governance-Initiativen und andere staatliche Vorschriften oder Richtlinien beeinträchtigt werden oder durch Änderungen in der Auslegung oder Durchsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften, die sich auf die Geschäftstätigkeit und die Finanzmärkte auswirken.

Eine Umwandlung unseres bedingten Kapitals würde die Eigentumsanteile der bestehenden Aktionäre verwässern

Gemäss den Schweizer Eigenmittelvorschriften, mit deren Einführung wir rechnen, werden wir verpflichtet sein, bedingtes Kapital in bedeutender Höhe herauszugeben. Dieses wird bei Eintritt eines Trigger-Ereignisses in Common Equity umgewandelt. Wir haben die Emission von entsprechendem bedingtem Kapital im Umfang von insgesamt CHF 8,4 Mia. bereits getätigt beziehungsweise vereinbart. Wir gehen davon aus, dass wir in Zukunft weiteres bedingtes Kapital dieser Art herausgeben werden. Sollte ein Trigger-Ereignis eintreten, würde die Umwandlung eines Teils oder des gesamten dann ausstehenden bedingten Kapitals zu einer Verwässerung der Eigentumsanteile für die dann bestehenden Aktionäre führen. Eine solche Verwässerung könnte erheblich sein. Ausserdem könnte eine Umwandlung oder die Erwartung der Möglichkeit einer Umwandlung den Börsenkurs unserer Aktien unter Druck setzen.

Wettbewerb

Wir stehen unter starkem Wettbewerbsdruck

Wir sind in allen Finanzdienstleistungsmärkten mit den von uns angebotenen Produkten und Dienstleistungen einem starken Wettbewerb ausgesetzt. Konsolidierungen, etwa durch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ausgelöste Fusionen, Übernahmen, Allianzen und Zusammenarbeitsvereinbarungen, sorgen für zunehmenden Wettbewerbsdruck. Dieser betrifft viele Faktoren: die angebotenen Produkte und Dienstleistungen, die Preissetzung, die Vertriebssysteme, den Kundendienst, die Markenwahrnehmung, die wahrgenommene Finanzkraft sowie die Bereitschaft zum Kapitaleinsatz zwecks Abdeckung von Kundenbedürfnissen. Durch Konsolidierungen sind verschiedene Unternehmen entstanden, die wie wir die Fähigkeit besitzen, eine breite Produktpalette anzubieten, die sich von Krediten und Einlagen über Maklerdienste, Investment Banking bis zur Vermögensverwaltung erstreckt. Manche dieser Unternehmen mögen in der Lage sein, eine breitere Produktpalette anzubieten als wir oder entsprechende Produkte zu konkurrenzfähigeren Preisen anzubieten. Unter den aktuellen Marktbedingungen hat sich die Wettbewerbslandschaft für die

Finanzdienstleister einschneidend verändert, da zahlreiche Finanzinstitute sich zusammengeschlossen haben, Konkurs anmeldeten, staatliche Unterstützung erhielten oder ihren regulatorischen Status gewechselt haben, was ihre Geschäftstätigkeit beeinflusst. Zudem wirkt sich die heutige Marktlage grundsätzlich auf die Nachfrage der Kunden nach Produkten und Dienstleistungen aus. Wir gehen zwar davon aus, dass sich mit der zunehmenden Konsolidierung und den Umbrüchen in unserer Branche neue Chancen auftun, können aber keine Zusicherung abgeben, dass unser Geschäftsergebnis nicht negativ beeinflusst wird.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit könnte durch eine Rufschädigung beeinträchtigt werden

Im hart umkämpften Umfeld, das sich aus der Globalisierung und der Konvergenz innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche ergibt, ist unser Ruf von hoher Finanzkraft und Integrität entscheidend für unsere Leistungen, damit wir unter anderem Kunden und Mitarbeitende gewinnen und binden können. Unser Ruf könnte in Frage gestellt werden, falls es uns mittels unserer umfassenden Verfahren und Kontrollen nicht gelingt oder nicht zu gelingen scheint, Interessenkonflikte auszuschliessen, Fehlverhalten von Mitarbeitenden zu verhindern, im Wesentlichen präzise und vollständige Finanz- und andere Informationen zu liefern oder nachteilige rechtliche oder regulatorische Massnahmen zu vermeiden.

- ▶ Siehe «Reputationsrisiken» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen.

Wir müssen gut ausgebildete Mitarbeitende rekrutieren und binden

Unser Geschäftsgang ist zu einem grossen Teil von der Kompetenz und dem Engagement gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängig. Qualifizierte Mitarbeitende werden hart umworben. Wir haben bedeutende Ressourcen für die Rekrutierung, Fortbildung und Entschädigung unserer Mitarbeitenden eingesetzt. Damit wir uns weiterhin auf unseren Gebieten erfolgreich behaupten können, müssen wir in der Lage sein, neue Mitarbeitende zu gewinnen und die bestehenden Mitarbeitenden zu behalten und zu motivieren. Die Vergütungspraxis in der Finanzindustrie erregt in der Öffentlichkeit nach wie vor ausgeprägtes Interesse. Dies sowie regulatorische Änderungen in diesem Bereich könnten es uns erschweren, gut ausgebildete Mitarbeitende zu rekrutieren und an uns zu binden.

Wir sind mit Konkurrenz durch neue Handelstechnologien konfrontiert

Unsere Geschäftsfelder Private Banking, Investment Banking und Asset Management stehen unter Wettbewerbsdruck durch

neue Handelstechnologien, die unsere Kommissions- und Handelserträge sinken lassen, unsere Geschäftsfelder von bestimmten Transaktionen ausschliessen, unsere Beteiligung an den Handelsmärkten einschränken und den damit verbundenen Zugang zu Marktinformationen verringern sowie zum Aufkommen neuer und stärkerer Konkurrenten führen könnten. Wir haben bedeutende zusätzliche Aufwendungen für die Entwicklung und den Unterhalt neuer Händlersysteme vorgenommen oder in sonstiger Weise in Technologien investiert, um konkurrenzfähig zu bleiben. Weitere Anforderungen in dieser Richtung sind nicht auszuschliessen.

Risiken im Zusammenhang mit unserer Strategie

Wir können möglicherweise die erwarteten Vorteile aus unseren strategischen Initiativen nicht vollumfänglich nutzen

Angesichts der zunehmenden regulatorischen und Eigenkapitalanforderungen und der weiterhin schwierigen Markt- und Wirtschaftslage haben wir im Jahr 2011 angekündigt, dass wir unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie zur Optimierung unserer Kapitalverwendung anpassen und unsere Kostenstruktur verbessern werden. Zur Umsetzung dieser Strategie reduzieren wir den Personalbestand konzernweit um rund 7% und maximieren die Einsatzmöglichkeiten durch Rationalisierung unserer derzeitigen Standorte. Des Weiteren integrieren wir unser Betriebsmodell stärker, fahren mit der Zentralisierung unserer Infrastruktur fort und straffen unsere betrieblichen und Supportfunktionen. Wir nehmen zudem Änderungen an der Kapitalallokation vor, insbesondere im Investmentbanking, um in Geschäftsbereiche und deren Wachstum zu investieren, während wir gleichzeitig unsere risikogewichteten Aktiven und unsere Kostenbasis erheblich reduzieren. Faktoren ausserhalb unserer Kontrolle, darunter

u. a. die Markt- und Wirtschaftslage und andere Herausforderungen, die vorstehend detailliert erörtert wurden, könnten unsere Fähigkeit beschränken, alle erwarteten Vorteile aus diesen Initiativen zu erzielen.

Zudem sind wir durch Übernahmen und andere ähnliche Transaktionen, die wir als Teil unserer Strategie durchführen, gewissen Risiken ausgesetzt. Obwohl wir die Unterlagen von Unternehmen, deren Übernahme wir planen, prüfen, ist es uns im Allgemeinen nicht möglich, alle entsprechenden Aufzeichnungen im Detail zu analysieren. Auch mit einer gründlichen Überprüfung der Aufzeichnungen bleiben bestehende oder potenzielle Probleme eventuell unerkannt oder wir können uns nicht genügend mit einem Unternehmen vertraut machen, um seine Stärken und Schwächen vollständig zu erfassen. Deshalb ist nicht auszuschliessen, dass wir unerwartete Verbindlichkeiten (einschliesslich Streitpunkten im Zusammenhang mit Rechts- und Compliance-Fragen) übernehmen oder dass sich ein übernommenes Unternehmen nicht erwartungsgemäss entwickelt. Auch besteht für uns das Risiko, dass Akquisitionen sich nicht effektiv in unsere bestehende Tätigkeit einbinden lassen, weil unter anderem unterschiedliche Abläufe, Geschäftspraktiken und technologische Systeme vorliegen oder weil bei der Anpassung einer übernommenen Gesellschaft an unsere Organisationsstruktur Schwierigkeiten auftreten. Es besteht somit das Risiko, dass die Erträge aus Akquisitionen die durch die betreffenden Akquisitionen entstandenen Kosten oder Verschuldungen oder die zum Aufbau der betreffenden Unternehmen erforderlichen Investitionsausgaben nicht ausgleichen.

In den letzten Jahren sind wir ferner eine Reihe neuer Joint Ventures und strategischer Allianzen eingegangen. Obwohl wir uns bemühen, geeignete Partner zu finden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass unsere Joint-Venture-Bestrebungen sich als erfolglos erweisen oder unsere Investitionen und sonstigen Verpflichtungen nicht rechtfertigen.

Abkürzungsverzeichnis

A

ABO	Accumulated Benefit Obligation (Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen)
ABS	Asset-backed Securities (Vermögenswertbesicherte Wertschriften)
ADR	American Depositary Receipts
ADS	American Depositary Shares
AES®	Advanced Execution Services
AIG	American International Group, Inc.
A-IRB	Advanced Internal Ratings-based Approach
AMA	Advanced Measurement Approach
AMF	Asset Management Finance LLC
APP	Adjustable Performance Plan
ARS	Auction Rate Securities
ASC	Accounting Standards Codification
ASU	Accounting Standards Updates

B

BA	Bachelor of Arts
BBA	Bachelor of Business Administration
BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BORO	Bank Operational Risk Oversight
bp	Basispunkte

C

CARMC	Capital Allocation and Risk Management Committee
CDO	Collateralized Debt Obligation (Forderungsbesicherte Wertschriften)
CDS	Credit Default Swap
CET1	Common Equity Tier 1 (Quote des harten Kernkapitals)
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
CFTC	Commodity Futures Trading Commission
CIO	Chief Information Officer
CMBS	Commercial Mortgage-backed Securities (verbriefte Geschäftshypotheken)
CoE	Centers of Excellence
COO	Chief Operating Officer
CP	Commercial Paper
CPR	Constant Prepayment Rate
CRA	Cash Retention Awards
CRM	Credit Risk Management
CRO	Chief Risk Officer
CVA	Credit Valuation Adjustment

D

DOJ	United States Department of Justice
DVA	Debit Valuation Adjustment

E

EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
EMEA	Europe, Middle East, Africa (Europa, Naher Osten und Afrika)
ETF	Exchange-traded Funds
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank

F

FASB	Financial Accounting Standards Board
Fed	US Federal Reserve (Amerikanische Zentralbank)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FINRA	Financial Industry Regulatory Authority
FNMA	Federal National Mortgage Association (Fannie Mae)
FRB	Federal Reserve Bank
FSA	UK Financial Services Authority
FSMA	Financial Services and Markets Act 2000

G

G-20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
G-SIB	Global Systemically Important Bank (Globale systemrelevante Banken)
GSE	Government Sponsored Enterprise

I

IKS	Internes Kontrollsystem
IMA	Internal Models Approach
IPO	Initial Public Offering (Börsengang)
IRC	Incremental Risk Charge (Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken)
IRS	Internal Revenue Service
ISU	Incentive Share Unit
IT	Informationstechnologie

K

KPI	Key Performance Indicator (Leistungsindikator)
-----	--

L

LCR	Liquidity Coverage Ratio (Mindestliquiditätsquote)
LGD	Loss Given Default (erwartete Verlustquote)
LIBOR	London Interbank Offered Rate
LPA	Longevity Premium Awards

M

M&A	Mergers & Acquisitions
MBA	Master of Business Administration
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MSRB	Municipal Securities Rulemaking Board
MRTC	Material Risk Takers and Controllers

N

NSFR	Net Stable Funding Ratio (strukturelle Liquiditätsquote)
NYSE	New York Stock Exchange

O

OGR	Organisations- und Geschäftsreglement
OTC	Over-the-Counter

P

PAF	Partner Asset Facility 2008
PAF2	Partner Asset Facility 2011
PBO	Projected Benefit Obligation (Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen)
PD	Probability of Default (Ausfallwahrscheinlichkeit)
PIP	Performance Incentive Plan
PSA	Prepayment Speed Assumption

Q

QIA	Qatar Investment Authority
-----	----------------------------

R

R&R	Report and Recommendation
RAR	Risk Analytics and Reporting
RMBS	Residential Mortgage-backed Securities
ROE	Eigenkapitalrendite (Return on equity)
RWA	Risk-weighted Assets (risikogewichtete Aktive)

S

SEC	US Securities and Exchange Commission
SECO	Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft
SIFI	Systemically Important Financial Institutions (Systemrelevante Finanzinstitute)
SISU	Scaled Incentive Share Unit
SIX	SIX Swiss Exchange
SNB	Schweizerische Nationalbank
SOX	US Sarbanes-Oxley Act of 2002
SPE	Special Purpose Entity (Spezialzweckgesellschaft)
SPIA	Single Premium Immediate Annuity
SRM	Strategic Risk Management

T

TRS	Total Return Swap
-----	-------------------

U

UHNWI	Ultra-high-net-worth individuals
UK	United Kingdom
US	United States of America
US GAAP	Accounting Principles Generally Accepted in the US (In den USA allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze)

V

VaR	Value-at-Risk
VIE	Variable Interest Entity (Zweckgesellschaft mit variablem Anteil)
VIX	Chicago Board of Options Exchange Market Volatility Index

Glossar

A

Advanced Execution Services® (AES®) ist eine von der Credit Suisse betriebene Suite von algorithmischen Handelsstrategien, Instrumenten und Analysemethoden zur Vereinfachung des globalen Aktienhandels. Durch den Einsatz von Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und Ausführung von Kundenaufträgen unterstützt AES® Institutionen und Hedgefonds bei der Reduktion von Marktauswirkungen. AES® bietet Zugang zu Aktienbörsen in mehr als 35 Ländern weltweit mittels über 45 führender Handelsplattformen.

Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB) Im Rahmen des Internal Ratings-based Approach (IRB-Ansatz) werden die Risikogewichtungen anhand von internen Risikoparametern festgelegt. Wir verfügen über eine Genehmigung der FINMA zur Nutzung des Advanced-IRB-Ansatzes (A-IRB-Ansatz), in dessen Rahmen wir unsere eigenen Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) und der ausstehenden Forderungen bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) vornehmen. Diesen Ansatz haben wir vollumfänglich implementiert. Wir nutzen den A-IRB-Ansatz, um unser Kreditrisiko bezüglich institutionellen und der meisten Privatkunden zu ermitteln.

Advanced Measurement Approach (AMA) Der AMA-Ansatz dient zur Messung des operationellen Risikos. In diesem Zusammenhang haben wir grosse, für uns relevante operationelle Risiken in Form von Schlüsselszenarien identifiziert. Expertenteams analysieren diese Szenarien einzeln und schätzen ihre Wahrscheinlichkeit und Verlusthöhe ab. Als Zahlenbasis dienen interne und externe Verlustdaten zusammen mit bestimmten Daten zum Geschäftsumfeld, zu internen Kennzahlen, etwa den Ergebnissen von Selbsteinschätzungen, und massgeblichen Risikoindikatoren. Die Wahrscheinlichkeits- und Verlustschätzungen aus den Experten-Meetings werden in ein Verlustmodell eingegeben, das eine Verlustverteilung generiert. Wir haben von der FINMA die Genehmigung zur Messung des operationellen Risikos mithilfe des AMA-Ansatzes erhalten.

American Depositary Receipts (ADR) und American Depositary Shares (ADS) ADR sind handelbare Zertifikate über American Depositary Shares (ADS). Sie werden von einer Depotbank ausgestellt und repräsentieren Aktienbruchteile oder ganze Aktien eines im Ausland ansässigen Unternehmens, die von der betreffenden Depotbank verwahrt werden.

Auction Rate Securities (ARS) sind Instrumente mit kurzer Laufzeit, die sich auf ein Portfolio aus länger laufenden Wertpapieren oder Aktiven beziehen. Die Verzinsung von ARS wird in regelmässigen Abständen in einem Auktionsverfahren neu festgelegt.

Ausfallwahrscheinlichkeit Die Parameter für die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) erfassen das Risiko eines Gegenparteiausfalls über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die entsprechenden Schätzwerte beruhen auf zeitgewichteten Durchschnittsn historischer Ausfallquoten nach Ratingstufen, wobei für höhere Ratings Schätzungsmethoden für Portfolios mit geringen Ausfallquoten zur Anwendung kommen. Die einzelnen Ausfallwahrscheinlichkeiten entsprechen den internen Ratings für den betreffenden Schuldner.

Äusserst vermögende Kunden (ultra-high-net-worth individuals, UHNWI) Als äusserst vermögend gelten Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 50 Mio. beziehungsweise deren Gesamtvermögen CHF 250 Mio. übersteigen.

B

Backtesting bezeichnet einen Prozess zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von VaR-Modellen. Er arbeitet mit einem Vergleich zwischen den effektiven Handelserträgen und dem 1-Tages-99%-VaR. Auch die Aufsichtsbehörden beurteilen die Leistungsfähigkeit von Modellen mithilfe von Backtestings. Fallen bei einem VaR-Modell mehr als vier Ausnahmen pro Jahr an, erhöhen sich die Eigenkapitalanforderungen.

Basel II Im Juni 2006 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) eine umfassende Version seiner überarbeiteten Rahmenvereinbarung über die internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen, die auch als Basel II bezeichnet wird. Basel II beschreibt die Rahmenbedingungen für die Messung der Eigenkapitalunterlegung und die Mindeststandards, die von den beteiligten Aufsichtsbehörden einzuhalten sind. Diese Rahmenvereinbarung basiert auf drei Säulen, die sich gegenseitig ergänzen sollen:

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen – verlangen von einem Institut, dass es über genügend Kapital zur Deckung seiner Kreditrisiken, seiner Marktrisiken und seiner operationellen Risiken verfügt.

Säule 2: Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren – beschreibt die Rolle der Aufsichtsinstanz, die darin besteht, sicherzustellen, dass die Institute über ein angemessenes Verfahren zur Beurteilung und zur Aufrechterhaltung der Eigenkapitalquote über die regulatorischen Mindestanforderungen hinaus verfügen.

Säule 3: Marktdisziplin – enthält die Offenlegungsanforderungen, insbesondere für jene Institute, die um die Anerkennung bankinterner Modelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen ersuchen.

Basel II.5 Im Juni 2009 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) die revidierte Marktrisiko-Rahmenvereinbarung Basel II, die als Basel II.5 bezeichnet wird. Die Revisionen verlangen, dass Banken, die für die Eigenmittelunterlegung im Handelsbuch den Ansatz der internen Marktrisiko-Modelle verwenden, einen allgemeinen Eigenmittelzuschlag für Marktrisiken berechnen. Eine Bank, die die Genehmigung zur Modellierung spezifischer Risiken besitzt, muss auch einen Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge) berechnen. Der Basler Ausschuss verlangte die Umsetzung von Basel II.5 für BIZ-Zwecke bis spätestens bis 31. Dezember 2011.

Basel III Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht die Rahmenvereinbarung Basel III, die umfassende Reformmassnahmen zur Stärkung der Regulierung, der Aufsicht und des Risikomanagements im Bankensektor enthält. Mit diesen Massnahmen soll gewährleistet werden, dass der Bankensektor Schocks infolge finanzieller oder wirtschaftlicher Stresssituationen

unabhängig von deren Quelle besser auffangen kann, dass das Risikomanagement und die Kontrollen (Governance) verbessert werden und dass die Transparenz und Offenlegung der Banken gestärkt werden. Schrittweise Einführung zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2019.

Buchungszentrum Teil einer juristischen Einheit der Credit Suisse AG, die über eine einheimische Banklizenz verfügt und über die Kundenvermögen verwaltet und gebucht werden.

C

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) sind eine Form von hypothekarisch gesicherten Wertpapieren, die durch Kredite auf Geschäftsliegenschaften besichert sind und Immobilienanlegern und professionellen Darlehensgebern Liquidität verschaffen können.

Commercial Paper (CP) sind unbesicherte Geldmarkteffekten mit einer festen Laufzeit zwischen 1 und 364 Tagen, die von Grossbanken und Unternehmen ausgeben werden, um kurzfristige Verbindlichkeiten (z. B. Lohnzahlungen) zu decken.

Credit Default Swap (CDS) sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swaps in regelmässigen Abständen eine Gebühr entrichtet und im Gegenzug im Falle eines bonitätsrelevanten Ereignisses bei der als Referenz dienenden Gesellschaft eine Zahlung des Verkäufers erhält. Zu den Kreditereignissen (Credit Events) zählen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, materiell ungünstige Schuldenumstrukturierungen beziehungsweise Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit.

D

Derivate sind Finanzinstrumente oder Kontrakte, die alle der folgenden drei Eigenschaften aufweisen: (1) Ihr Wert ändert sich bei Preisänderungen des betreffenden Basiswerts, das heisst Änderungen der Verzinsung, des Wertpapierkurses, des Devisenkurses, der Bonität/Kreditkosten oder des Index; (2) sie erfordern zu Beginn keine Netto-Investitionen bzw. Netto-Investitionen, die geringer sind als bei anderen Kontraktarten, bei denen vergleichbare Reaktionen auf Änderungen der Marktfaktoren zu erwarten sind; und (3) Netto-Erfüllungen sind unter ihren Bedingungen entweder zulässig oder verbindlich (US GAAP), ansonsten erfolgt die Erfüllung zu einem zukünftigen Zeitpunkt (IFRS).

E

Erwartete Verlustquote In die Parameter der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) gehen die Rangstufe von Schuldverschreibungen, die Deckung, die Branche der Gegenpartei und in bestimmten Fällen auch Fair-Value-Rückgänge ein. LGD-Schätzungen beruhen auf empirischen Analysen historischer Verlustquoten. Sie werden kalibriert, um dem Zeitraum und den Kosten von Wiedereinbringungen sowie Konjunkturrückgängen Rechnung zu tragen. Der LGD eines Grossteils des Private-Banking-Portfolios hängt in erster Linie von der Art

und dem Umfang der gestellten Sicherheiten ab. Pool-LGD für sonstige Kreditrisiken im Privatkundenbereich, insbesondere für durch Finanzinstrumente besicherte Ausleihungen, differenzieren zwischen üblichen und erhöhten Risiken sowie Transaktionen im In- beziehungsweise Ausland. Die Kreditbewilligungs- und die Überwachungsverfahren für die gestellten Sicherheiten beruhen auf Belehnungsgrenzen. Bei Hypothekarkrediten (Wohn- und Geschäftsimmobilien) gelten nach Art der Liegenschaft differenzierte Erlösquoten.

Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC) Beim Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken handelt es sich um einen aufsichtsrechtlichen Eigenmittelzuschlag für Ausfallrisiken und Ratingveränderungen auf unverbriefte Kreditprodukte in den Handelsbüchern. Die Berechnung basiert auf einem einjährigen Beobachtungszeitraum mit einem Konfidenzniveau von 99,9%, unter Berücksichtigung der Liquidität einzelner oder in Gruppen zusammengefasster Handelspositionen.

F

Fair Value Preis, der für den Verkauf eines Aktivums beziehungsweise die Übertragung einer Verbindlichkeit in einer regulären Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag eingenommen würde.

Flow-based Der Begriff «Flow-based Business» (kundenorientiertes Geschäft) bezieht sich auf Produkte, die im Allgemeinen eine höhere Liquidität und eine geringere Komplexität und Volatilität aufweisen und deren Gebühren oder Handel aufgrund oder zur Vereinfachung von Kundenaufträgen in der Regel für eine stabilere Ertragsbasis sorgen. Zu diesen Geschäften zählen die Bereiche Devisen, Zinsprodukte, Cash Equities, Standard-Derivate und Prime Services. Diese Produkte aus dem Investment Banking haben auch für Asset-Management- und Private-Banking-Kunden einen hohen Stellenwert.

Forderungsbesicherte Wertschriften (Collateralized Debt Obligations, CDO) sind eine Form von Asset-backed Securities, deren Wert und Zahlungsströme von einem Portfolio aus festverzinslichen Vermögenswerten als Basiswert abgeleitet sind.

G

G-20 Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) vertritt die Finanzminister und Zentralbankgouverneure aus 19 Ländern sowie der Europäischen Union.

H

Haircut Prozentsatz, um den der Marktwert eines Aktivums bei der Berechnung des erforderlichen Kapitals, der Margenanforderungen und der Deckungen/Sicherheiten vermindert wird. Bei der Vergabe von Ausleihungen gegen Sicherheiten dienen Haircuts als Sicherheitspuffer gegen Wertminderungen der betreffenden Sicherheiten.

I

Internal Models Approach (IMA) Mithilfe des IMA-Modells werden die Kapitalanforderungen für Marktrisiken berechnet. Die FINMA sowie bestimmte weitere Aufsichtsbehörden unserer Tochtergesellschaften haben die Verwendung unseres VaR-Modells bei der Berechnung der Eigenmittelunterlegung des Marktrisikos im Handelsbuch gemäss IMA genehmigt. Wir setzen das IMA-Modell für den grössten Teil unserer Positionen im Handelsbuch ein. Wir beantragen auch weitere Genehmigungen der Aufsichtsbehörden für laufende Optimierungen der VaR-Methoden. Das betreffende Modell wird regelmässig durch die Regulatoren und Revisoren überprüft.

K

Konstante vorzeitige Tilgungsrate Die konstante vorzeitige Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) für Darlehen entspricht dem Anteil derjenigen in einem Pool zusammengefassten Darlehen, welcher in jeder Periode wahrscheinlich vorzeitig zurückgezahlt wird. Dieser Schätzwert basiert auf einer Reihe von Faktoren wie den historischen Tilgungsraten für frühere mit den im Pool vertretenen vergleichbaren Darlehen sowie Konjunkturprognosen.

L

London Interbank Offered Rate (LIBOR) ist ein täglich gestellter Referenzzinssatz. Er basiert auf den Zinssätzen, welche die Banken für gegenseitige Ausleihungen von unbesicherten Mitteln im professionellen Geldmarkt in London verlangen.

M

Match funded Match Funded bedeutet, dass Bilanzpositionen auf der Aktivseite beziehungsweise auf der Passivseite sowohl in Bezug auf Fälligkeit als auch Bewertung gleich sind. Damit erreicht man, dass die zu schaffende Liquidität, beziehungsweise die geforderte Finanzierung, dieser Positionen im Wesentlichen übereinstimmen.

Mindestliquiditätsquote Mit der Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten flüssigen Mitteln mit hoher Qualität verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den Liquiditätsbedarf für einen Zeithorizont von 30 Tagen zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten: dem Wert des Bestands an qualitativ hochstehenden flüssigen Mitteln in Stresssituationen und den gesamten Nettomittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis der flüssigen Mittel gegenüber den Nettomittelabflüssen sollte mehr als 100% betragen.

N

Negativer Wiederbeschaffungswert Der negative Wiederbeschaffungswert steht für den negativen Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsdatum. Ein negativer Wiederbeschaffungswert entspricht dem einer Gegenpartei bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag geschuldeten Betrag oder den für die Glattstellung eines offenen Derivatgeschäfts zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag anfallenden Kosten für ein Gegengeschäft, das die erste Transaktion vollumfänglich kompensiert.

Netting-Vereinbarung Netting-Vereinbarungen (Verrechnungsvereinbarungen) sind Vereinbarungen zwischen zwei Parteien zur Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen aus offenen Geschäften, falls bestimmte Ereignisse wie Insolvenz, Konkurs oder andere Kreditereignisse eintreten. Durch Einbezug einer rechtlich verbindlichen Netting-Vereinbarung verringert sich das Brutto-Ausfallrisiko auf einen Nettobetrag.

O

Over-the-Counter (OTC) OTC-Wertpapiere und -Derivate werden nicht an Börsen gehandelt, sondern stellen private Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gegenparteien dar.

P

Positionsrisiko Das Positionsrisiko, eine Komponente des dem Economic Capital zugrunde liegenden Modells, wird zur Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung über die Risiken in der ganzen Gruppe verwendet. Es ist als der unerwartete ökonomische Verlust auf allen Positionen über einen Horizont von einem Jahr definiert, welcher nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für die Risikobewirtschaftung, 0,03% für die Kapitalbewirtschaftung).

Positiver Wiederbeschaffungswert Der positive Wiederbeschaffungswert steht für den positiven Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag. Ein positiver Wiederbeschaffungswert entspricht dem von einer Gegenpartei geschuldeten Betrag bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag oder den Kosten für den Abschluss einer identischen Transaktion über die Restlaufzeit des ursprünglichen Derivats zum Rechnungslegungsstichtag, falls die Gegenpartei ausfallen sollte.

R

Regulatorischer VaR Der regulatorische VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik der VaR automatisch erhöht wird, sobald die kurzfristige die langfristige Marktvolatilität übersteigt. Der Zeithorizont für die Messung der langfristige Messung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der regulatorische VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt zehn Tage, die für Offenlegungszwecke auf einen Tag angepasst wird. Diese Methode führt zu einem

reaktionsschnelleren VaR-Modell, da eine generelle Erhöhung der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt wird.

Repo-Geschäfte sind Verkäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Rückkauf von substanzial identischen Wertpapieren. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) sind eine Form von Mortgage-backed Securities, die sich aus einer breiten Palette von Hypotheken mit Ausnahme von Geschäftshypotheken zusammensetzen. Sie verbrieft die Zins- und Tilgungszahlungen aus privaten Liegenschaften. Verschiedene Wohnhypotheken mit unterschiedlichen Bonitätsbeurteilungen werden in einem Pool zusammengefasst und in Tranchen bei Anlegern platziert.

Reverse-Repo-Geschäfte sind Ankäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Wiederverkauf substanzial identischer Wertpapiere. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Risikogewichtete Aktiven (Risk-Weighted Assets, RWA) Risikogewichtete Aktiven entsprechen dem Wert aller Aktiven, die nach kategorisierten Risiken gewichtet sind, um die Einhaltung der regulatorischen Bedingungen sicherzustellen.

Risikomanagement-VaR Der Risikomanagement-VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik Unterschiede zwischen kurzfristiger und langfristiger Marktvolatilität automatisch zu einer Anpassung des VaR führen. Der Zeithorizont für die Messung der langfristigen Messung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der Risikomanagement-VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt einen Tag. Diese Methode führt zu einem reaktionsschnelleren VaR-Modell, da bestimmte Entwicklungen der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt werden.

Risikominderung Der Begriff Risikominderung bezieht sich auf Massnahmen seitens der Gruppe beziehungsweise der Bank zur aktiven Steuerung ihrer Risiken. Bei Kreditrisiken umfassen die entsprechenden Massnahmen im Allgemeinen den Einsatz von Credit Hedges und Sicherheiten wie Bargeld und handelbare Wertpapiere. Credit Hedges umfassen den Nominalbetrag der Kreditrisiken, die in der Regel durch den Einsatz von Credit Default Swaps auf Gegenparteien mit erstklassiger Bonität übertragen werden können.

Risikonehmer (Covered Employees) Das Senior Management und andere als Material Risk Takers and Controllers (MRTC) klassifizierte Mitarbeitende, deren Tätigkeiten nach Auffassung der Bank einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe haben können.

S

Sehr vermögende Kunden (high-net-worth individuals) Als sehr vermögend gelten Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 1 Mio. übersteigen.

Stress-VaR (Stressed VaR) Der Stress-VaR repliziert die VaR Berechnung des aktuellen Portfolios der Gruppe beziehungsweise der Bank unter Berücksichtigung einer starken Belastung der Finanzmärkte über einen einjährigen Beobachtungszeitraum. Die Berechnung des Stress-VaR hilft dabei, das prozyklische Verhalten der minimalen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko zu reduzieren.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) mit der NSFR soll gewährleistet werden, dass die Banken ein langfristiges Finanzierungsprofil mit einer soliden Struktur und einem Horizont von über einem Jahr aufrechterhalten. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR. Sie ist so strukturiert, dass die Finanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Der Standard ist wie folgt definiert: das Verhältnis verfügbarer stabiler Finanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Finanzierungsmittel. Das Verhältnis sollte immer mindestens 100% sein.

T

Too Big to Fail Im Jahr 2011 verabschiedete das schweizerische Parlament die Gesetzesänderung im Hinblick auf die Grossbanken. Sie umfasst Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie Vorschriften zur Risikoverteilung und Notfallplanung, die auf die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Funktionen, selbst im drohenden Insolvenzfall, ausgerichtet sind.

Total Return Swap (TRS) Bei TRS handelt es sich um Swapkontrakte, deren eine Partei Zahlungen auf Basis eines definierten – festen oder variablen – Zinssatzes leistet, während die Zahlungen der anderen Partei auf der Rendite eines Basiswerts beruhen und sowohl die Erträge aus diesem Basiswert als auch mögliche Kapitalgewinne berücksichtigen. Der Basiswert von Total Return Swaps wird als Referenzwert bezeichnet und besteht zumeist aus einem Aktienindex, Ausleihungen oder Anleihen.

V

Value-at-Risk (VaR) ist eine Methode zur Messung des potenziellen Fair-Value-Verlusts von Finanzinstrumenten auf Basis von statistischen Analysen historischer Preistrends und Volatilitäten. Das VaR-Konzept lässt sich auf alle Formen von finanziellen Risiken mit valablen regelmässigen historischen Preisreihen anwenden. Es ermöglicht Risikovergleiche zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen wie etwa Fixed Income und Aktien.

W

Wohlhabende Kunden (affluent individuals) Als wohlhabend gelten Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 50 000 übersteigen.

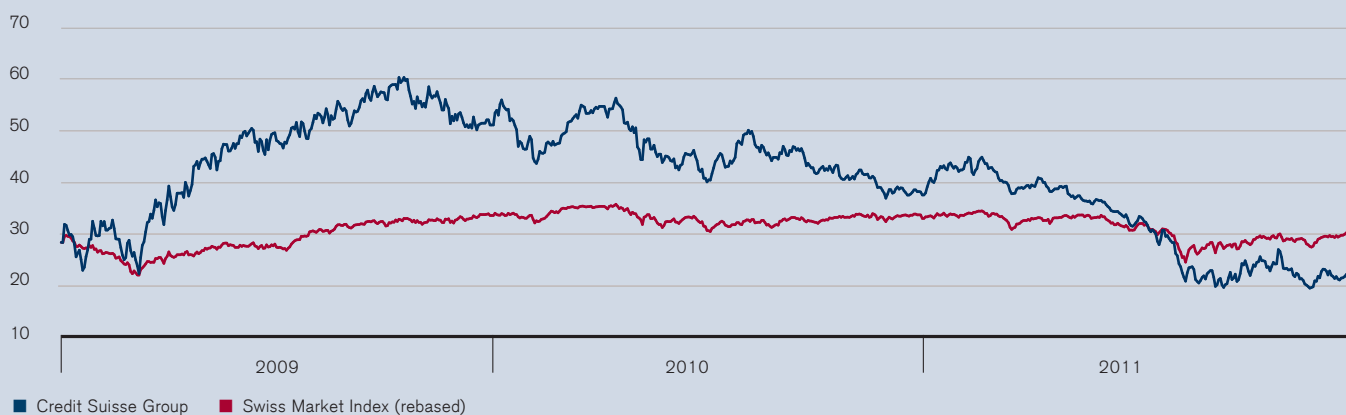
Informationen für Investoren

Angaben zu den Aktien

im Jahr / Ende	2011	2010	2009
Aktienkurs (Stammaktien, in CHF)			
Durchschnitt	31.43	45.97	45.65
Minimum	19.65	37.04	22.48
Maximum	44.99	56.40	60.40
Ende der Periode	22.07	37.67	51.20
Aktienkurs (American Depositary Shares, USD)			
Durchschnitt	35.36	44.16	42.61
Minimum	21.20	36.54	19.04
Maximum	47.63	54.57	59.84
Ende der Periode	23.48	40.41	49.16
Börsenkapitalisierung			
Börsenkapitalisierung (in Mio. CHF)	27 021	44 683	60 691
Börsenkapitalisierung (in Mio. USD)	28 747	47 933	58 273
Dividende pro Aktie (in CHF)			
Dividende pro Aktie	0.75 ¹	1.30 ²	2.00

¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 27. April 2012; aus Reserven aus Kapitaleinlagen zu bezahlen. ² Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

Kursentwicklung



Tickersymbole / Börsenkotierungen

	Stammaktien	ADS ¹
Tickersymbole		
Bloomberg	CSGN VX	CS US
Reuters	CSGN.VX	CS.N
Telekurs	CSGN,380	CS,065
Börsenkotierungen		
Valorennummer	1213853	570660
ISIN-Nummer	CH0012138530	US2254011081
CUSIP-Nummer	-	225 401 108

¹ Eine American Depositary Share (ADS) entspricht einer Stammaktie.

Anleihenratings

per 16. März 2012	Moody's	Standard & Poor's	Fitch Ratings
Ratings der Credit Suisse Group AG			
Kurzfristig	P-1	A-1	F1
Langfristig	Aa2	A	A
Ausblick	Überprüfung auf mögliche Herabstufung		Stabil
Ratings der Credit Suisse AG			
Kurzfristig	P-1	A-1	F1
Langfristig	Aa1	A+	A
Ausblick	Überprüfung auf mögliche Herabstufung		Stabil

Fremdwährungskurse

	Ende			Durchschnitt		
	2011	2010	2009	2011	2010	2009
1 USD / 1 CHF	0.94	0.94	1.03	0.88	1.04	1.08
1 EUR / 1 CHF	1.22	1.25	1.49	1.23	1.38	1.51
1 GBP / 1 CHF	1.45	1.45	1.66	1.42	1.61	1.68
100 JPY / 1 CHF	1.21	1.15	1.12	1.11	1.19	1.16

Finanzinformationen: Termine und Quellen

Termine Finanzinformationen

Resultat des ersten Quartals 2012	Mittwoch, 25. April 2012
Generalversammlung	Freitag, 27. April 2012
Kapitalausschüttungszahlung	Freitag, 23. Mai 2012
Resultat des zweiten Quartals 2012	Donnerstag, 26. Juli 2012

Investor Relations

Telefon	+41 44 333 71 49
E-Mail	investor.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/investors

Media Relations

Telefon	+41 844 33 88 44
E-Mail	media.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/news

Zusätzliche Informationen

Ergebnisse und Finanzinformationen	www.credit-suisse.com/results
Gedruckte Exemplare	Credit Suisse AG Publikationenbestellungen/TLSA 221 Postfach 8070 Zürich Schweiz

US-Aktienregister und Registerführer

	Deutsche Bank
ADS-Depotbank	Trust Company Americas
Adresse	Credit Suisse c/o American Stock Transfer & Trust Co. Peck Slip Station P.O. Box 2050 New York, NY 10272-2050 USA
Anrufe aus den USA/Kanada	+1 800 301 35 17
Anrufe von anderen Ländern	+1 718 921 81 37
E-Mail	DB@amstock.com

Schweizer Aktienregister und Registerführer

Adresse	Credit Suisse Group AG Abteilung RXS 8070 Zürich Schweiz
Telefon	+41 44 332 26 60
Fax	+41 44 332 98 96

Hauptniederlassungen

Schweiz

Credit Suisse
Paradeplatz 8
8070 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 212 16 16
Fax +41 44 333 25 87

Europa, Naher Osten und Afrika

Credit Suisse
One Cabot Square
London E14 4QJ
Grossbritannien
Tel. +44 20 7888 8888
Fax +44 20 7888 1600

Nord- und Südamerika

Credit Suisse
Eleven Madison Avenue
New York, NY 10010-3629
USA
Tel. +1 212 325 2000
Fax +1 212 325 6665

Credit Suisse
Av. Brig. Faria Lima
3064 – 13º andar
Jardim Paulistano
São Paulo 01451 000
Brasilien
Tel. +55 11 3841 6000
Fax +55 11 3841 6900

Asien-Pazifik

Credit Suisse
One Austin Road West
Kowloon
Hongkong
Tel. +852 2101 6000
Fax +852 2101 7990

Credit Suisse
One Raffles Link
#05-02
Singapore 039393
Singapur
Tel. +65 6212 6000
Fax +65 6212 6200

Credit Suisse
Izumi Garden Tower
6-1, Roppongi 1-Chome
Minato-ku
Tokyo, 106-6024
Japan
Tel. +81 3 4550 9000
Fax +81 3 4550 9800

Vorsorglicher Hinweis zu Aussagen über die künftige Entwicklung

Dieser Bericht enthält Aussagen, die Aussagen über die künftige Entwicklung («forward-looking statements») im Sinne des US-Gesetzes zur Reform privater Rechtsstreitigkeiten über Wertpapiere (Private Securities Litigation Reform Act von 1995) darstellen. Des Weiteren können wir sowie Dritte in unserem Namen in Zukunft Angaben machen, die Aussagen über künftige Entwicklungen beinhalten. Solche Aussagen über künftige Entwicklungen betreffen insbesondere:

- unsere Pläne oder Ziele,
- unsere künftigen wirtschaftlichen Leistungen oder Aussichten,
- die möglichen Auswirkungen bestimmter Unwägbarkeiten auf unseren künftigen Erfolg sowie
- Annahmen, die solchen Aussagen zugrunde liegen.

Wörter wie «glauben», «annehmen», «erwarten», «beabsichtigen» oder «planen» und ähnliche Ausdrücke sollen Aussagen über die künftige Entwicklung kenntlich machen, sind aber nicht das einzige Mittel, um solche Aussagen kenntlich zu machen. Wir beabsichtigen nicht, diese Aussagen über die künftige Entwicklung zu aktualisieren, sofern wir nicht durch anwendbare Wertpapiergesetze dazu verpflichtet sind.

Aufgrund ihrer Art beinhalten Aussagen über künftige Entwicklungen allgemeine und spezifische Risiken und Ungewissheiten; und es besteht die Gefahr, dass Vorhersagen, Prognosen, Projektionen und Ergebnisse, die in zukunftsgerichteten Aussagen beschrieben oder impliziert sind, nicht eintreffen. Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass mehrere wichtige Faktoren dazu führen können, dass die Ergebnisse wesentlich von den Plänen, Zielen, Erwartungen, Einschätzungen und Absichten abweichen, die in solchen Aussagen erwähnt sind. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem:

- die Fähigkeit, eine ausreichende Liquidität aufrechtzuerhalten und auf die Kapitalmärkte zuzugreifen;
- Schwankungen der Märkte und Zinssätze und Höhe der Zinssätze;
- die Stärke der Weltwirtschaft im Allgemeinen und die Stärke der Wirtschaft in den Ländern, in denen wir tätig sind, insbesondere das Risiko der anhaltenden langsamen Wirtschaftserholung oder eines Konjunkturabschwungs in den USA und in anderen Industrieländern im Jahr 2012 und danach;
- die direkten und indirekten Auswirkungen einer anhaltenden Verschlechterung oder einer langsamen Erholung von privaten und gewerblichen Immobilienmärkten;
- weitere negative Ratingmassnahmen von Ratingagenturen in Bezug auf Emittenten von Staatsanleihen, strukturierte Kreditprodukte oder andere kreditbezogene Risiken;
- die Fähigkeit, unsere strategischen Ziele, wie Leistungssteigerung, Risikoreduktion, Kostensenkung und effizienter Kapitaleinsatz, zu erreichen;

- die Fähigkeit von Gegenparteien, ihre Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen;
- die Auswirkungen und Veränderungen haushalts-, währungs-, handels- und steuerpolitischer Massnahmen und von Währungsschwankungen;
- politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie Krieg, Unruhen oder terroristische Aktivitäten;
- die Möglichkeit von Devisenkontrollen, Enteignung, Verstaatlichung oder Beschlagnahmung von Vermögen in Ländern, in denen wir tätig sind;
- betriebliche Faktoren wie Systemausfall, menschliches Versagen oder die nicht ordnungsgemässe Umsetzung von Verfahrensweisen;
- Massnahmen von Aufsichtsbehörden in Bezug auf unser Geschäft und unsere Praktiken in einem oder mehreren der Länder, in denen wir tätig sind;
- die Auswirkungen von Änderungen an Gesetzen, Vorschriften oder Rechnungslegungsgrundsätzen oder -praktiken;
- der Wettbewerb in Regionen oder Geschäftsbereichen, in denen wir tätig sind;
- die Fähigkeit, qualifiziertes Personal zu halten und zu gewinnen;
- die Fähigkeit, unsere Reputation zu wahren und unsere Marke zu fördern;
- die Fähigkeit, unseren Marktanteil zu steigern und unseren Aufwand zu kontrollieren;
- technologische Veränderungen;
- die zeitgerechte Entwicklung und Annahme unserer neuen Produkte und Dienstleistungen und der subjektive Gesamtwert dieser Produkte und Dienstleistungen für deren Benutzer;
- Akquisitionen, einschliesslich der Fähigkeit, akquirierte Unternehmen erfolgreich zu integrieren, sowie Veräusserungen, einschliesslich der Fähigkeit, nicht zum Kernvermögen gehörende Vermögenswerte zu verkaufen;
- der ungünstige Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Unwägbarkeiten;
- die Fähigkeit, unsere Kosteneffizienzziele und andere Kostenvorgaben zu erreichen; sowie
- unser Erfolg bei der Bewältigung der Risiken, mit denen die genannten Faktoren behaftet sind.

Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass die vorstehende Liste wichtiger Faktoren nicht erschöpfend ist. Bedenken Sie bei der Beurteilung von Aussagen über die künftige Entwicklung sorgfältig die obigen Faktoren und andere Ungewissheiten und Ereignisse sowie die Informationen unter Risikofaktoren im Anhang.

CREDIT SUISSE 

CREDIT SUISSE GROUP

Paradeplatz 8

8070 Zürich

Schweiz

Tel. +41 44 212 16 16

Fax +41 44 333 25 87

www.credit-suisse.com